

hochschule

leipziger beiträge
zu hochschule &
wissenschaft

ost

3-4/99

hochschule ost. leipziger beiträge zu hochschule & wissenschaft

Herausgegeben von Peer Pasternack

Redaktion:

Sonja Brentjes, Falk Bretschneider, Frank Geißler,
Monika Gibas, Thomas Neie, Peer Pasternack, Georg Schuppener

Redaktionsanschrift: Universität Leipzig, PF 920, 04009 Leipzig.

Hausanschrift: Burgstraße 21/106, 04109 Leipzig.

Tel. (0177) 32 70 900.

Fax (0341) 97 37 859.

E-Mail: hso@rz.uni-leipzig.de

www.uni-leipzig.de/~zhs/hso/hoframe.html

Die veröffentlichten Beiträge geben selbstverständlich nicht in jedem Falle Meinungen des Arbeitskreises HpÖ bzw. der Redaktion wieder.

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten (Ausdruck & Diskette) ein. Ein Veröffentlichungsanspruch besteht nicht.

ISSN 0944-7989. Dieser Band: ISBN 3-9806319-3-1

AKADEMISCHE RITUALE SYMBOLISCHE PRAXIS AN HOCHSCHULEN

<i>Falk Bretschneider & Peer Pasternack:</i> Rituale der Akademiker.....	9
<i>Wolfgang Kraushaar:</i> Symbolzertrümmerung. Der Angriff der Studentenbewegung auf die Insignien universitärer Macht	47
<i>Michael Daxner:</i> Akademische Rituale der Gruppenuniversität.....	58
<i>Reinhard Kreckel (Interview):</i> Talare über Latzhosen	68
<i>Torsten Bultmann:</i> Die Eliten und die Massen. Kritik eines bildungspolitischen Stereotyps	79
<i>Karl-Heinz Siehr & Elisabeth Bemer:</i> „Studentensprache“ – aus der Perspektive von Studenten. Ein Bericht.....	91
<i>Dietrich Heither:</i> Traditionsbeständestudentischer Männerbünde. Studentenverbindungen: Vielfalt und Einheit	104
<i>Barbara M. Kehm:</i> Charismatiker, Gremienhengste und Paradiesvögel. Zur Stereotypenbildung im Hochschulroman	123
<i>Sabine Besenfelder & Renate Föll:</i> Das Outfit der Wissenschaft.....	143
<i>Marco Finetti & Armin Himmelrath:</i> Zwischen Lehrstuhl und Sozialhilfe. Aufstiegsrituale und Absturzgefahren für den Nachwuchs: ein guter Nährboden für wissenschaftliche Unredlichkeit	151
<i>Rainer Kuhlen:</i> Berufungsverfahren an deutschen Universitäten – eine gravierende Strukturschwäche.....	159

<i>Karin Zimmermann:</i> Die soziale Konstruktion der Passfähigkeit in Personal- auswahlverfahren. Berufungen an ostdeutschen Universitäten.....	171
<i>Clemens Klockner:</i> Das Professoriat an Fachhochschulen	195
<i>Jürgen Enders:</i> Die Stellung der Hochschullehrer an den amerikanischen Universitäten: ein Vorbild für die deutschen Hochschulen?	214
<i>Hermann Horstkotte:</i> Mehr als eine Frage der Ehre. Der Dr. h.c. und der Honorarprofessor.....	229
<i>Jochen Hörisch:</i> Die Liebe der Alma mater	237

FORUM I

<i>Siegfried Prokop:</i> Alternativen 1956. Fritz Behrens, Herbert Crüger, Wolfgang Harich, Kurt Vieweg	242
<i>Werner Röhr:</i> Wirtschaftsplanung als Anschlußplanung. Der „Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands“ und das Jahr 1990.....	254

DOKUMENTATION I

Personelle Erneuerung in Sachsen. Ministerielle Bilanz.....	263
---	-----

FORUM II

<i>Werner Bramke:</i> Personelle Hochschulerneuerung in Sachsen 1990 bis 1997. Resümee einer Großen Anfrage im Sächsischen Landtag.....	277
<i>Till Fichtner:</i> Die Wendedokumentation der Jenenser Studentenschaft. Fragen zu Quellenkritik und Vergangenheitsbewältigung. Ein Fallbeispiel	286
<i>Heike Kahlert:</i> Stand und Perspektiven der Frauen- und Geschlechterforschung in Mecklenburg-Vorpommern	295

<i>Julia Lepperhoff & Frauke Spottka:</i> Wege aus der Unterrepräsentanz von Fachhochschulprofessorinnen. Eine Untersuchung von Berufungsverfahren an der FH Brandenburg	307
---	-----

REAKTIONEN

<i>Günter Wirth:</i> Zu „Jüdische Intellektuelle in der DDR. Politische Strukturen und Biographien“ (=hochschule ost 1-2/1999)	317
--	-----

<i>Jürgen Werner:</i> Zu „Der unbequeme Ja-Sager. Arnold Zweigs Jahre in der DDR“ (hochschule ost 1-2/1999)	323
---	-----

DOKUMENTATION II

<i>Peer Pasternack:</i> Forschungsprojekte zu Wissenschaft und Hochschulentwicklung in der DDR und Ostdeutschland - 5. Folge	325
--	-----

PUBLIKATIONEN

<i>Peer Pasternack:</i> Bibliographie Wissenschaft und Hochschulen in Ostdeutschland und Osteuropa 1945 bis zur Gegenwart.....	331
1. SBZ / DDR 1945-1989	331
2. Ostdeutsche Wissenschaftsentwicklung & -politik seit 1990 ..	344
3. Wissenschaft & Hochschulen in Osteuropa.....	348

Wolf-Hagen Krauth/Ralf Wolz (Hg.): Wissenschaft und Wiedervereinigung. Asien- und Afrikawissenschaften im Umbruch (<i>Martin Robbe</i>).....	355
--	-----

Rainer Land/Ralf Possekel: Fremde Welten. Die gegensätzliche Deutung der DDR durch SED-Reformer und Bürgerbewegung in den 80er Jahren (<i>Peer Pasternack</i>)	358
--	-----

Clemens Zintzen (Hg.): Gesamtverzeichnis der deutschen Akademien (<i>Jürgen Werner</i>)	361
--	-----

Martina Röbbcke: Mitbestimmung und Forschungsorganisation (<i>Thomas Neie</i>)	363
---	-----

Autorinnen & Autoren	366
---------------------------------------	-----

**Falk Bretschneider
Peer Pasternack
(Hrsg.)**

Akademische Rituale

Symbolische Praxis an Hochschulen

Rituale der Akademiker

**Falk Bretschneider &
Peer Pasternack**
Leipzig/Wittenberg

Die Universität, so kann man immer noch hier und da lesen, sei eine jener Institutionen, deren Symbolik zur vernachlässigbaren Größe geschrumpft ist: "Von der EDV erstellte Magisterzeugnisse werden den Absolventen per Post zugestellt, der Talar gehört einem vergangenen Jahrtausend an, und der einzige streng befolgte Ritus ist die Kaffeepause."¹ Wenn sich dies je derart reduzieren ließ – seit geraumer Zeit jedenfalls ändert sich es wieder einmal.

1. Akademische Rituale zwischen Ost und West

“Von Fachschaften der Studierenden”, so faxte die Pressestelle der Universität Leipzig Ende 1997 in die Zeitungsredaktionen, gebe es die Absicht, “einen alten Brauch wiederzubeleben und am Montagabend zum Rektoratswechsel einen Umzug mit Lichtern und Fackeln vor dem Rektoratsgebäude” zu veranstalten. “Diese ‘Huldigung’ in heutiger Zeit verdient sicher, von der Öffentlichkeit bemerkt zu werden”, heißt es ohne nähere Begründung.² Weit über hundert Studenten und Studentinnen zogen dann am 1. Dezember 1997 tatsächlich, nach Einbruch der Dunkelheit, in freier Selbstbestimmung vor das Rektoratsgebäude und blickten im Fackelschein erwartungsvoll nach oben. Halb gerührt, halb amüsiert erschienen die alten und neuen Würdenträger der Universität auf dem Balkon im ersten Obergeschoß, auch dort rechts und links von Fackeln in studentischen Händen flankiert, und bedankten sich artig.³ Dann gab’s Bier für alle.

Auch in Dresden sind Fackelzüge wieder Bestandteil der Hochschul-folkloristik. Das *Dresdner Universitätsjournal* berichtete unlängst vom

¹ Richard Kämmerlings: Im Säurebad des Diskurses, in: *F.A.Z.*, 16.12.1998, S. 37.

² Universität Leipzig, Pressestelle: Presseinformation und Einladung: Feierliche Amtseinführung des Rektors. 20.11.97.

³ Vgl. die entsprechenden Fotos in V.S.: Amtseinführung des neuen Rektors, in: *Universität Leipzig* 7/1997, S. 7-10, hier 9.

"großen Zuspruch", den "der Fackelzug für den Allgemeinchirurgen Professor Dr. med. Hans-Detlev Saeger" fand:

*"Die Organisatoren wollten damit eine alte universitäre Tradition aus dem 19. Jahrhundert wieder aufleben lassen. Professoren und Studenten organisierten den Zug als Dank für die Entscheidung Saegers, den Ruf an die Universität Heidelberg/Mannheim abzulehnen und in Dresden zu bleiben. Professor Saeger wurde mit seiner Gattin in einer einspännigen Kutsche von der Klinik für Chirurgie bis zu seinem Haus in der Waldparkstraße gefahren."*⁴

Eine andere Frage beschäftigte zu jener Zeit die Universität Greifswald. 1997 war dort der erste deutsche Wettbewerb um einen Rektormantel ausgeschrieben worden – nachdem das zugrundeliegende Problem bereits 1994 Senatssitzungen beherrscht hatte:

*"Ratlosigkeit herrschte... bei der Frage, was... aus dem Mäntelchen des Rektors werden soll, das zu den traditionellen Insignien gehört. Der Zustand des... einzig erhaltenen Originals verschlechtert sich durch die ständige Nutzung zusehends. Einig war sich der Senat darüber, daß auch dieses Teil ins Museum gehört. Andererseits hat man offensichtlich in den letzten 5 Jahren Gefallen an alten Bräuchen gefunden und will nicht mehr mantellos alte Traditionen zelebrieren. Eine originalgetreue Kopie kostet ca. 100 000 DM. Dem Vorschlag eines Senatsmitglieds, vielleicht irgendwo in Osteuropa eine Billigkopie in Auftrag zu geben, wurde die Befürchtung entgegengehalten, daß dann später womöglich hundertausende Duplikate existieren könnten... Letztlich kam der Hinweis, daß dieser Mantel immerhin 400 Jahre und sogar 40 Jahre Kommunismus überstanden hätte und es jetzt auf 4 Wochen nicht ankäme. Daraufhin wurde vertagt."*⁵

1999 dann war das Problem abschließend gelöst. Die Wettbewerbsjury hatte sich, bei 15 Einsendungen, "nicht für eine kupferne Halskrause einer gelernten Korbflechterin" entschieden, sondern für ein sogenanntes Rad, also einen eher schlichten, am Hals geschnürten Umhang: ein "Modell, das in der frühen Neuzeit als sportlich galt". Die auf Vorrat produzierten Untertalare umfassen immerhin auch einen "für eine noch zu wählende Rektorin".⁶

Aus den Zeiten, als in Westdeutschland Talare unüblich geworden waren, stammt die Angewohnheit, sich auf akademischen Festveranstaltungen die studentischen Sprecher auch dann diszipliniert anzuhören, wenn sie ungezogene Sachen sagen. So auch 1993 in Jena, als ein neuer Rektor eingeführt wurde und Studentensprecher Michael Leipold lange überlegt hatte, wie er es wohl seinen Professoren sage:

⁴ Mediziner veranstalteten Fackelzug als Dank für Rufablehnung, in: *Dresdner Universitätsjournal* 9/1998, S. 5.

⁵ Bärbel Bastian: Aus dem Senat, in: *CRASH! Die Greifswalder Studentenzeitung* 6/1994, S. 5.

⁶ EP: Fränkisch feierlich. Der neue Talar des Rektors zeigt Würde, in: *Journal der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald* April 1999, S. 13.

“Die Jenaer Universität wird größere Beachtung von außen durch Leistung gewinnen... Die Anerkennung als Lehr- und Forschungseinrichtung ist nur noch lange nicht mit dem Tragen von ständischen Ehrenkleidern gewonnen... Talare sollen möglicherweise ein traditionelles Sinnbild der Unantastbarkeit, der Souveränität... sein... Unantastbarkeit mag für den einen oder anderen Professor persönlich wohl wünschenswert sein, um sich kritikfrei gegenüber Studierenden und Kollegen zu bewegen. Für die hier im Saal mit Talaren bekleidet Sitzenden gilt das gewiß nicht. Ungewollt wird damit eher ein Symbol des Gegensatzes von Lehrenden und Studierenden, der Ordinarienuniversität eben, zur Schau getragen. Diese Tatsache als unangenehm zu empfinden, liegt bestimmt nicht allein an der typisch deutschen Prinzipienreiterei. Haben doch auch einige von Ihnen, wer te Professoren, 1968 im Westen – mittendrin in der studentischen Bewegung oder an deren Rande stehend – sich mit akademischer Stagnation auseinandergesetzt... Insofern bedarf es keiner expliziten Betonung, daß Sie nicht etwa für die Restauration stehen. Das Bewußtsein, die reaktionären Strukturen des Wissenschaftsbetriebes hinter sich gelassen zu haben, muß dann nicht anläßlich eines für die Universität bedeutenden Festaktes wie diesen ins Verborgene gerückt werden. Es darf sich doch sehr wohl die Frage auch ansatzweise nur erübrigen, ob denn... nach der pseudosozialistischen Beschneidung der Wissenschaftsfreiheit nun das Reaktionäre sich niederläßt.”⁷

Hier klingt bereits an: Die Neigungen und Tendenzen, traditionelle akademische Formen, Symbole und Bräuche wiederanzueignen, traten zwar zunächst im Zuge des Umbaus der ostdeutschen Hochschulen seit 1989 auf. Doch weckten jährliche Immatrikulationsfeiern, Betonung des Titelwesens, feierliche Investituren, Talare und Amtsketten alsbald auch unter westdeutschen Akademikern wieder zunehmendes Interesse. So feierte am 24. Juni 1993 die TU München ihr 125jähriges Bestehen, der seinerzeitige Dresdner TU-Rektor Günther Landgraf war auch angereist, und sichtlich ergriffen verfaßte er hernach eigens einen Artikel, um seiner heimatlichen Universität folgende Informationen zukommen zu lassen:

“Zum ersten Mal seit Kriegsende trugen in München die Rektoren wieder Talare.⁸ Das... verlieh der Festveranstaltung im neu erbauten Auditorium maximum einen ganz besonderen Glanz. Der Präsident der TU München, Prof. Meitinger, betonte stolz, daß die reich geschmückten Umhänge und phantasievollen Hüte gute Traditionen neu beleben werden und nicht die Asche bewahren sollen, sondern die Flamme.”⁹

⁷ Michael Leipold: Grußwort der Studierenden, in: Friedrich-Schiller-Universität Jena (Hg.), *Feierliche Investitur des neugewählten Rektors Prof. Dr. med. habil. Georg Machnik*, 28. Juni 1993, Jena 1993, S. 27-29, hier 28f.

⁸ Hier war der Autor unzureichend informiert: In München trug man zumindest an der Ludwig-Maximilians-Universität bis in die 60er Jahre Talare.

⁹ G[ünther] Landgraf: *Rektoren wollen alte Traditionen neu beleben*, in: *Dresdner Universitätsjournal* 14/1993, S. 5.

Typisch deutsch ist das im übrigen nicht. 1992 berichtet der österreichische Mediziner Christoph Brezinka über die "Wissenschaftliche Promotion in den Niederlanden":

"Die eigentliche Verteidigung findet immer in sehr festlichem Rahmen statt. Jeder Professor besitzt seinen eigenen Talar, und nachdem ihn dieser immerhin 3000 Gulden bei einer der wenigen noch existierenden Talarschneidereien gekostet hat, zieht er ihn auch bei jeder Gelegenheit an. Ausländische Kommissionsmitglieder bringen üblicherweise ihre Talare mit – und stellen das daraus entstandene Übergepäck im Flugzeug auch der einladenden Universität in Rechnung. Besonders beliebt sind Promotionen mit englischen Professoren mit ihren farbenprächtigen Talaren. Die Talare der skandinavischen Hochschullehrer, die auch häufig in niederländischen Kommissionen sitzen, erinnern mehr an Pastorenkuten in einem ländlichen Schwank, vor allem deren ungewöhnlich hohen Hüte sorgen für Heiterkeit... Auch Universitäten, die beim besten Willen auf keine große akademische Tradition zurückgreifen können, wie die Erasmus-Universität Rotterdam, haben ihr Zepter, das der Pedell beim Einzug der Kommission hereträgt. Es sieht zwar aus wie eine postmoderne Ministrantenglocke auf einer Stange, aber es erfüllt seinen Zweck, wenn der Pedell es mit der nötigen Würde trägt."¹⁰

Um solche bedeutsamkeitserzeugenden Inszenierungen abzuschaffen, hatte es aber, entgegen verbreiteter Ansicht, gar nicht zwingend einer 68er Revolte bedurft. So waren bspw. in Österreich mit Hofdekret vom 11. November 1784 die bei akademischen Feiern an Universitäten und Lyzeen "üblichen bebrämten samtenen Mäntelchen der Rektoren und Dekane gänzlich abgeschafft (worden) und die Akademischen Funktionäre angehalten worden, in ihren eigenen Kleidern zu erscheinen":

"Josef II. hatte mit dieser Verordnung dem Wunsch sämtlicher Lehrer der Wiener Universität vom 12. Oktober 1784 entsprochen, die in einer Eingabe um Abschaffung dieses Brauches mit der Begründung gebeten hatten, er erinnere an jene finstere Zeiten, wo der päpstliche Stuhl sich ausschließlich das Recht zueignete, Universitäten zu errichten. Die Verzierung von Rektor und Dekanen vertragen sich nicht mit der Aufklärung und ihrer Denkungsart."¹¹

In den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts wurden die Talare an den österreichischen Universitäten allerdings erneut eingeführt. 1998 war die alt-neue Mode auch in Köln zum wiederholten Male angekommen – wo es ortsspezifische Erläuterungen erforderte: "Dies hier ist kein Karnevalskostüm, sondern die Amtstracht des Dekans der Philosophischen Fakultät", mußte Professor Henner von Hesberg vorsorglich erklären, als

¹⁰ in: *Mitteilungen Ärztekammer für Tirol*, Okt./Nov./Dez. 1992, S. 11, hier zit. nach: Gerhard Oberkofler, *Universitätszeremoniell. Ein Biotop des Zeitgeistes*, Wien 1999, S. 35f.

¹¹ Gerhard Oberkofler: *Universitätszeremoniell. Ein Biotop des Zeitgeistes*, Wien 1999, S. 33.

er im lilasamtenen Talar seinen MagisterkandidatInnen zum Examen gratulierte. Die Magisterfeier war ausgerechnet auf Weiberfastnacht gefallen.¹²

Zwar gibt es auch noch Gegenbeispiele, etwa die Universität Hamburg: obschon ihr Fundus 131 Talare birgt, und sich hin und wieder auch "ein Professor bei einem Auslandsaufenthalt mit einem solchen Gewand" schmückt, gilt dort selbst die andernorts als Kompromißlösung getragene Amtskette als "museumsreifes Relikt hanseatischer Hochschulvergangenheit"; sie ist entsprechend in einem Tresor des Hamburger Museums für Kunst und Gewerbe deponiert.¹³ Doch erklärungsbedürftig scheint es gleichwohl, warum dieser einstige vermeintliche *common sense* seit Beginn der 90er Jahre verloren geht.

Die Zeit hat Erklärungen zur Hand: Im Osten Deutschlands halte man "rasselnde Amtsketten" und "muffige Talare" seit der Wende für Symbole wiedererlangter akademischer Freiheit. "Von der Knute der SED-Herrschaft befreit, griffen die Rektoren voller Stolz wieder zum Zepter." Aber in der Folge entdeckten auch die Kollegen im Westen "den Spaß am Kostümieren", selbst an den Reformunis krame man das "Theaterdekor" wieder hervor. "Der wahre Grund für den neuen Trend zur Tradition: Amt und Würden sind schön und gut – aber unsichtbar... Erst der volle Ornat macht aus Müllers Fritz Magnifizenz Fritz Müller."¹⁴

Indessen sind es nicht allein die Talare und auch nicht nur Fackelzüge, die beide noch unter akademischer Folklore verbucht werden könnten. Den Äußerlichkeiten korrespondieren inhaltliche Entwicklungen, und auch hier sind Ähnlichkeiten zwischen Ost und West durchaus zu entdecken. Zwar läßt sich Wolfgang Kaschuba zufolge der west-ost-deutsche Hochschulsystemtransfer im Stile eines ethnologischen Feldtagebuchs beschreiben:

*"Fremde rücken in das Gebiet einer indigenen Stammeskultur vor, sie übernehmen dort die Schlüsselpositionen der Häuptlinge und Medizinmänner, zerstören einheimische Traditionen, verkünden neue Glaubenssätze, begründen neue Riten. Das klassische Paradigma also eines interethnischen Kulturkonflikts, nur daß sein Schauplatz nicht in Papua-Neuguinea liegt, sondern ganz unexotisch nah, in Berlin, Unter den Linden."*¹⁵

¹² Kirsten Buchmann: Mit Beffchen und Baret. Die Talare werden entstaubt: Dekane werfen sich wieder in Schale, in: *Süddeutsche Zeitung*, 24.1.1998.

¹³ Hamburger Muff-Talare in Berlin. Pressemitteilung der Universität Hamburg, 20.05.1999.

¹⁴ Sabine Etzold: Aufgetakelt. Deutsche Rektoren greifen wieder zum Ornat, in: *Die Zeit*, 6.5.1999.

¹⁵ Wolfgang Kaschuba: Neue Götzen, alte Rituale. Die Berliner Humboldt-Universität im Kulturkonflikt, in: *Süddeutsche Zeitung*, 20./21.3.1993, S. 49. Als neuere Unter-

Doch die Codierungen der neuen Rituale sind so unterschiedlich nun auch wieder nicht, wie der Ostberliner Soziologe Hartwig Schmidt beschreibt:

*“Wie kann man nur so angepaßt sein, entrüstet sich ein Kollege aus München über die DDR-Intellektuellen. Später versucht er mit seiner intimen Kenntnis gewisser Spielregeln zu glänzen: Ohne persönliche Beziehungen bekäme man keinen Fuß in die DFG hinein. Ich wolle in einem Aufsatz mit Herrn B. polemisieren? Welche Naivität. Herr B. sei ordentlicher Fachgutachter bei der DFG, auf meinem Gebiet; wenn ich den anginge, könne ich mir eine Projektfinanzierung gleich in den Wind schreiben...”*¹⁶

Andererseits setzt man unter ostdeutschen Hochschullehrern gerade dann kämpferische Energien frei, wenn es um symbolische Auseinandersetzungen mit den neuen KollegInnen aus dem Westen geht. So gilt etwa die Regelung vieler ostdeutscher Promotionsordnungen, sowohl Rigorosum wie auch Disputation durchzuführen, als ‘besonders akademisch’, weil streng: “Ein Problem tauchte auf, als die Westdeutschen ihre Doktoranden mitbringen und zu diesem Zwecke das Rigorosum abschaffen wollten. Aber wir hatten das ja gerade erst wieder eingeführt. Wir haben es erfolgreich verteidigt”, berichtet ein ostdeutscher Sprachwissenschaftler in einem Interview.¹⁷

Zu fragen ist also genauer, welche möglicherweise gemeinsamen und unterschiedlichen Ursachen derartige Rückbesinnungen haben, wie tragfähig in Westdeutschland der einstige 68er Abschied von der akademischen Symbolwelt war, ob Symbole, Rituale und Bräuche Inhalte ergänzen oder ersetzen, ob älteren Formen neuere zur Seite treten, und wem all dies warum nützt, schadet oder gleichgültig sein kann.

suchungen zu den (nicht hochschulspezifischen) Ritualen der DDR-Gesellschaft liegen – neben zahllosen mehr oder minder nostalgischen Text- und Bildokumentationen – insbesondere die Studie von Ulla Fix (Hg.): *Ritualität in der Kommunikation der DDR*, Frankfurt a.M. 1998, der Band von Andreas Meier: *Jugendweihe – Jugendfeier. Ein deutsches nostalgisches Fest vor und nach 1990*, München 1990, sowie die Publikation von Monika Gibas/Rainer Gries/Barbara Jakoby/Doris Müller (Hg.): *Wiedergeburten. Zur Geschichte der runden Jahrestage der DDR, Leipzig 1999*, vor; vgl. desweiteren auch Monika Gibas: „Hammer und Zirkel im Ährenkranz“. Anmerkungen zur Symbol- und Repräsentationskultur der DDR, in: *Deutschland Archiv* 4/1999, S.552-563.

¹⁶ Hartwig Schmidt: Subjektivierende Unterwerfung. Essai, in: *Berliner Debatte Initial* 6/1994, S. 28-38, hier 28.

¹⁷ in: Peer Pasternack, *Geisteswissenschaften in Ostdeutschland 1995. Eine Inventur*, Leipzig 1996, S. 182f.

Nun ist die Beschäftigung mit den Ausdrucksformen der akademischen Welt durchaus ein altes Geschäft.¹⁸ In der Meistererzählung der Hochschulreformbestrebungen seit den sechziger Jahren in (West-)Deutschland spielt sie – symbolisch – eine herausragende Rolle. Sowohl in der Erinnerungskultur konservativer als auch in der avantgardistischer hochschulpolitischer Akteure hat sich in einem Ereignis die Wandlung und Öffnung der Hochschulen metaphorisch verdichtet: Am *dies academicus* des Jahres 1967, dem 9.11., versammelten sich an der Hamburger Universität die in ihre traditionellen Umhänge gewandeten akademischen Honoratioren, um festlich den Rektoratswechsel zu begehen, als in einer Gruppe von Studierenden, die der Festumzug passieren mußte, ein Transparent entfaltet wurde. Die Reaktionen der Anwesenden auf den darauf zu lesenden Spruch *Unter den Talaren Muff von 1000 Jahren* war ein einhellig fassungsloses Unverständnis: „Ich selber [bin] 45 Jahre alt“, beginnt eine gerade ins Amt gekommene Professorin ihre Eindrücke zu beschreiben:

„Ich rieche keinen Muff. Aber ich bin stolz auf die tausend Jahre... Die Rede [des Rektors] wird immer wieder durch Gegenrede und Zwischenrufe gestört – so respektlos, wie ich das von meinen Kolumbien-Jahren her kenne. Wo ich mich im übrigen mit meinen ‚roten‘ Studenten gut verstand, denn sie hatten ganz eindeutige Gründe: Armut, Elend, mangelnde Alphabetisierung... Aber hier bei uns? Was sollte der Klamauk. Die Feier war zu Ende, eiliger, weniger würdevoll verließen wir den Saal.“¹⁹

Für die heraufziehende, sich selbst als revolutionäre Bewegung begreifende Protestkultur gegen die elitäre Professorenuniversität sind wurden die Worte des Transparants zum leitenden Motto – und mit ihnen die in den Talaren verdinglichten universitären Rituale zur Ausdrucksform akademischer wie politischer Reaktion.²⁰

Es etablierte sich ein herrschaftskritischer Blick: Er richtete sich auf die sozialen Ungleichheiten an Hochschulen – hervorgerufen durch unausgewogene Bildungsbeteiligung, Eliten-Selbstreproduktion, hochschulische Oligarchien und personale Abhängigkeitsverhältnisse –, die sich hinter den akademischen Ritualen verbargen; diese wiederum wurden als ideologische Selbstthematization eines bestimmten Gesellschaftssegments interpretiert. Im Zuge dessen wanderten diese Rituale in der Folgezeit in diverse Schubläden. Für die einen verband sich mit der Erinnerung an ein vormals prächtiges akademisches Fest- und Feierwesen der

¹⁸ Nicht zuletzt auch ein literarisches: vgl. den Beitrag von Barbara M. Kehm: Charismatiker, Gremienhengste und Paradiesvögel. Zur Stereotypenbildung im Hochschulroman, in diesem Band.

¹⁹ Erika Lorenz: Vom Karma zum Karmel. Erfahrungen auf dem inneren Weg, Freiburg i. Br. 1989, S. 12-14.

²⁰ Vgl. dazu den Beitrag von Wolfgang Kraushaar: Symbolzertrümmerung. Der Angriff der Studentenbewegung auf die Insignien universitärer Macht, in diesem Band.

Wunsch nach normativ aufgeladener kollektiver Sinnstiftung; für andere gerieten die Umzüge und Prunksitzungen zur musealen Traditionspflege, derer eine moderne, offene Hochschule nicht bedürfe.

Die Deutungsmacht erlangten und behielten bis zum Beginn der neunziger Jahre in Westdeutschland vor allem jene, bei denen die alten symbolischen Ausdrucksformen auf Ablehnung stießen. Daher geriet die rituelle Praxis an Hochschulen aus den Augen – und damit allerdings auch der Umstand, daß die alten Rituale nicht nur einfach abgeschafft, sondern teils durch neue oder modifizierte ersetzt, daß manches aus der akademischen Symbolwelt in subtileren Formen erhalten worden war.

Doch dann, in den 90er Jahren, ging es plötzlich wieder andersherum. Zunächst noch mit Irritation reagierte man auf die im Zuge des ostdeutschen Hochschulumbaus festzustellende Neigung, alte rituelle Formen im aufdringlichen Original zu neuer Ehre kommen zu lassen. Als die ostdeutschen Professoren die Talare aus den Kustodien holten, sich mit Amtskette und Beffchen ausstaffierten und ohne jeden Gedanken an eine mögliche Ridikülität dieser Kostümierung begannen, durch Straßen und Hallen der Universitätsstädte zu ziehen, erhob sich die Frage nach den sozialen Begründungen solcher repräsentativen Darstellungen in der Öffentlichkeit. Erste Interpretationen sahen im regen Überbieten der westlichen akademischen Ritualisierung die Reaktion einer "bildungsbürgerlichen noblesse de robe" aus neuberufenen oder übriggebliebenen Ostprofs, die ihre gegenüber den westdeutschen Kollegen fehlende Anciennität zu kompensieren suchten, indem sie sich besonders traditionsbewußt zeigten.²¹ Doch solche Deutungen wurden spätestens dann hinfällig, als auch westdeutsche Universitäten begannen, sich der in ihren Effektenkammern lagernden symbolgeschwängerten Potentiale zu erinnern.

Hans-Georg Soeffner weist darauf hin, daß "unser Wissen um Herkunft, Ordnungsleistungen und ursprünglichen Handlungssinn der von uns im Handeln wieder aufgegriffenen Darstellungsformen... nicht besonders stark ausgeprägt" ist. Den im Handeln dargestellten Formen des Wissens entspreche kein explizites Wissen um die Form.²² Was Soeffner an Menschenketten, dem Bodenkuß des aktuell amtierenden Papstes und den taubenzüchtenden Bergleuten im Ruhrgebiet exemplifiziert, gilt auch für die Hochschulen. Daher braucht es den vorliegenden Band.

2. Rituale und Alltäglichkeit

²¹ Matthias Middell: Das Beispiel Hochschulreform, in: Etienne François/Matthias Middell/Dorothee Wierling/Emmanuel Terray (Hg.), 1968 – ein europäisches Jahr?, Leipzig 1997, S. 125-146, hier 144.

²² Hans-Georg Soeffner: Die Ordnung der Rituale. Die Auslegung des Alltags 2, Frankfurt a.M. 1992, S. 10.

Die wissenschaftliche Beschäftigung mit Ritualen hat einen ihrer Anfänge in der Religionssoziologie Emile Durkheims. Für ihn bestand das Wesentliche des religiösen rituellen Prozesses darin, die Empfindungen einzelner Menschen zu sammeln und in einem kollektiven Gefühl zu konzentrieren.²³ In gemeinsam ausgeführten religiösen Handlungen werden die individuellen Gefühle symbolisch reproduziert und verdichtet. Sie schaffen ein Moment kollektiver Erfahrung (von Durkheim als das "Heilige" bezeichnet) und bestehen unabhängig von dem, was nicht auf diese Art und Weise gesammelt und konzentriert werden kann (das von ihm so genannte "Profane"). Kurzgefaßt artikulieren in der durkheimschen Interpretation Ritualisierungen ein soziales Bedürfnis nach Solidarität – sie dienen der sich im Religiösen verwirklichenden kollektiven Identitätsproduktion.

Die aktuelle interdisziplinäre Ritualforschung hat sich von einer solchen Deutung, die Rituale nur im religiösen Zusammenhang identifizierte, gelöst. Zugleich hat sie sich von ausschließlich utilitaristischen Interpretationen, die Rituale als nur äußerliche Demonstration von etwas Nicht-Rituellen sehen (etwa die Verdrängung traumatischer Erlebnisse bei Freud oder die Beeinflussung natürlicher Umweltfaktoren bei Malinowski), getrennt. Heute gilt das Ritual als ein auf allen Ebenen der Gesellschaft anzutreffendes soziales Phänomen *sui generis*, das einer eigenen theoretischen Klärung und eigener methodologischer Zugriffe bedarf.²⁴

Dabei müsse, so wird betont, insbesondere eines in den Blick genommen werden: die Ausdifferenzierung bzw. Fragmentierung der postmodernen Gesellschaft in semi-autonome funktionelle Subsysteme, in denen rituelles Handeln für die soziale Interaktion eine wichtige Rolle spiele.²⁵ Hier wird – an die klassische Bestimmung des Rituals von Durkheim als Ausdruck eines kollektiven Bedürfnisses nach sozialer Solidarität anschließend – als der Kern eines Rituals ein gemeinsames Handeln verstanden, das in einer bestimmten Gruppe von Menschen ein Gefühl der Teilnahme an etwas Überindividuellen und/oder Transzendente erzeugt, und das als "kollektive Repräsentation" sowohl die Existenz und den Zusammenhalt, aber auch die differenzierte Struktur dieser Gemeinschaft konstituiert und aufrecht erhält. Die Postmoderne, so meint

²³ Emile Durkheim: Die elementaren Formen des religiösen Lebens, Frankfurt/M. 1994 (frz. 1912).

²⁴ Andrea Belliger/David J. Krieger: Einführung, in: dies. (Hg.), Ritualtheorien. Ein einführendes Handbuch, Opladen 1998, S. 7.

²⁵ Ebd., S. 9.

die Mehrzahl der Autoren, zeige eine Bereitschaft "zur Wiederverzauberung der Welt".²⁶

Symbolisches Handeln

Ein zunächst einfacher Begriff rituellen Handelns definiert Rituale als ein symbolisches Handeln, das sozial standardisiert und repetitiv ist. Der symbolische Aspekt verdichtet dabei eine reiche Palette von Bedeutungen auf einer unterbewußten und damit wirkmächtigeren Ebene in einem Objekt, einer Handlung oder einem Ereignis. Eine Funktionsanalyse solchen Verhaltens betrachtet es jedoch nicht isoliert, sondern bringt es in Zusammenhang mit der sozialen Ordnung: Wo soziale Unterschiede existieren, entwickeln sich auch Rituale, die diese sozialen Strukturen einführen, erneuern und bestätigen, die Grenzen zwischen den verschiedenen Elementen von Gesellschaft ziehen.²⁷

In diesem Zusammenhang wird der Performance-Aspekt eines solcherart gestalteten Handelns betont. Ethnologische Untersuchungen von Gesellschaften mit starken und stabilen Statusunterschieden (etwa auf Bali) lassen erkennen, daß Rituale Statusunterschiede nicht einfach verstärken, sondern daß sie "einen metasozialen Kommentar zu der Tatsache" liefern, "daß die menschlichen Wesen in einer festen Ranghierarchie zueinander stehen – und daß die kollektive Existenz der Menschen im Rahmen dieser Rangordnung stattfindet".²⁸

Der unterstellte performative Charakter von Ritualen fokussiert somit eine praxisorientierte Dimension von Sinnggebung: Rituale sind kulturelle sinnggebundene Handlungsmuster, die ihre Wirkung daraus beziehen, daß sie eine bestimmte Anzahl miteinander interagierender Menschen repräsentieren und zugleich die sozialen Strukturen und kulturellen Weltdeutungen dieser Gemeinschaft bestätigen und reproduzieren.

Hierzu gibt es, wie es sich für eine seriöse Debatte gehört, unterschiedliche Ansichten. So herrscht in der Ethnologie z.B. keineswegs Einigkeit darüber, ob Rituale notwendigerweise symbolische Bedeutungen beinhalten. A. Michaels sieht die Diskussion inmitten eines theoretischen Wettrennens, dessen Ziel zu sein scheint, den Sinn von Ritualen nachzuweisen:

"Bei den Rennwagen gibt es drei Modelle... Die Modelle sind funktionalis-

²⁶ Corina Caduff/Joanna Pfaff-Czarnecka: Vorwort, in: dies. (Hg.), *Rituale heute. Theorien – Kontroversen – Entwürfe*, Berlin 1999, S. 8.

²⁷ Belliger/Krieger (Hg.): *Ritualtheorien*, a.a.O., S. 17.

²⁸ Clifford Geertz: "Deep play" – Ritual als kulturelle Performance, in: ders., *Dichte Beschreibung. Beiträge zur Interpretation kultureller Systeme*, Frankfurt/ M. 1987, S. 252.

tisch, konfessionalistisch... oder formalistisch. Die Position der Funktionalisten ist: 'Ein Auto ist ein Nutzfahrzeug', die Position der Konfessionalisten ist: 'Ein Auto ist ein Mythos', die Position der Formalisten ist: '›Auto‹ ist ein Kurzwort für ›Automobil‹ oder ›Ein Auto ist ein motorgetriebenes Fahrzeug; warum es fährt und wohin es fährt, interessiert uns nicht.‹' Die Funktionalisten sagen, Rituale braucht's für diesen oder jenen individuellen oder gemeinschaftlichen bzw. spielerischen Zweck: Rituale sind Kriseninterventionen; Rituale sind Bündnisse. Die Konfessionalisten sagen, Rituale hat's, weil sich in ihnen eine andere, den Menschen überfordernde Macht (Gott) zeigt: Rituale sind Hierophanie. Die Formalisten sagen, Rituale gibt's, weil sie sich als Handlungen mit diesen oder jenen Gemeinsamkeiten auszeichnen: Rituale sind reine Form.²⁹

Es ist hier nicht der Ort, die Ritual-Debatte in all ihre Verästelungen zu vertiefen. In einer Hinsicht aber ist es notwendig, sie zu präzisieren.

Rituelle Alltagsbewältigung und Alltagsüberschreitung

Für moderne Gesellschaften, die teils tatsächlich, teils vermeintlich durchrationalisiert und mythenentlastet sind, scheint eine Unterscheidung zweier Ritualtypen nötig:

- (a) Während in traditionellen Gesellschaften auch den 'kleinen Ritualen des Alltags' transzendierende Bedeutungen eignen, sind die alltäglichen Rituale in modernen Sozialstrukturen entweder sinnentleert oder weisen über sich selbst hinaus allein durch ihre sozialintegrative Funktion: "Viele 'kleine' Rituale, wie alltägliche Begrüßungen, Fragen nach dem Wohlergehen, Entschuldigungen sind nichts als Versuche, Reibungsflächen im Sozialkontakt zu ölen und damit als Gefahrenherde für soziale Konflikte unschädlich zu machen."³⁰

Solche Rituale sozialisieren die beteiligten Personen und verleihen ihrem Zusammenwirken basale Handlungssicherheiten: "Begegnungen und Gefühle unterschiedlichster Art... lassen sich durch Rituale in der Lebenspraxis des Individuums in sozial legitimierte Formen einordnen und bewältigen."³¹

- (b) Daneben sind auch in modernen Gesellschaften *transzendierende Rituale* zu entdecken – solche, die Initiationen begleiten und gestalten oder Mythen transportieren und reproduzieren oder in anderer Weise Außeralltäglichkeit erzeugen; Rituale also, die, wie van Genepp sagt, einen "Sprung", eine Zwischenphase "sakraler" Zeit im

²⁹ Axel Michaels: "Le rituel pour le rituel" oder wie sinnlos sind Rituale?, in: Caduff/Pfaff-Czarnecka (Hg.), Rituale heute, a.a.O., S. 23-47, hier 24f.

³⁰ Wolfgang Klein: Einleitung, in: ders. (Hg.), Sprache und Ritual (=Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik H. 65), Göttingen 1987, S. 7f.

³¹ Reiner Franzpötter: Organisationskultur. Begriffsverständnis und Analyse aus interpretativ-soziologischer Sicht, Baden-Baden 1997, S. 54.

Kontinuum des Alltagslebens bewirken.³² Typisch hierfür sind Inszenierungen kollektiver Großereignisse. Deren strukturellen Sinn erkennt Soeffner "in der Tendenz und dem Versuch, die Alltäglichkeit sozialen Zusammenlebens auf dreierlei Weise zu überschreiten":

„(1) *In der Transzendenz individuellen Erlebens und Erfahrens durch die Evidenzillusion einer kollektiv dargestellten Intersubjektivität. Diese gibt zwar – für sich selbst glaubhaft – vor, sich an konkreten Inhalten und Idee zu orientieren, drückt jedoch schließlich nichts anderes aus als den – transitorisch – erfüllbaren Wunsch nach einer höheren Gemeinschaft, die vor allem sich selbst als Idee und Inhalt hat.*

(2) *In der Transzendenz des individuellen Raumes und der individuellen Reichweite durch die aktive Mitarbeit des Individuums, das sich als Teil des Gemeinschaftskörpers und der Gemeinschaftsseele darstellt und im Monument der Gemeinschaft aufgeht.*

(3) *In der Transzendenz von Zeit und Vergänglichkeit durch die Illusion, im Ritual die Zeit anzuhalten, die permanente Gegenwärtigkeit der 'höheren' Gemeinschaft sichern und das flüchtige Gemeinschaftserlebnis auf Dauer stellen zu können.*"³³

Unter Verwendung einer begrifflichen Differenzierung aus der Drogengebrauchsforschung soll der Unterschied dieser beiden Rityaltypen mit dem Begriffspaar *alltagsakzessorisch – alltagstranszendierend* gefaßt werden. Es gibt einerseits das Motiv, mit den Anforderungen des Alltags zurechtzukommen – durch Erzeugung von Anspannung, Entspannung, Kommunikations- und/oder Konzentrationsfähigkeit, Munterkeit, Müdigkeit, Geselligkeit, Introspektion und dergleichen, Zustände also, die auch durch zahlreiche Alltagsrituale befördert werden. Andererseits gibt es das Motiv, aus dem Alltag auszubrechen, um in eine andere Wirklichkeit einzutauchen – mittels Drogengebrauch, Meditation, Askese, Fasten, Tanz, Hypnose, Reizverminderung oder -überflutung oder eben Ritualen.³⁴

Ebenso wie es sinnvoll ist, alltagsakzessorische und alltagstranszendierende Rituale voneinander zu unterscheiden, weisen sie gleichwohl auch Gemeinsamkeiten auf. Solche lassen sich insbesondere in einem funktionsspezifischen Sinn erkennen, wie ihn M. T. Fögen anhand der Rituale der römischen Rechtssprechung identifizieren konnte: Der Sinn des Rituals liegt darin, die Reflexion, das heißt: das Mitdenken und die

³² Arnold van Gennep: *Übergangsriten (Les rites de passage)*, Frankfurt a.M./New York/Paris 1999 (frz. 1909), S. 82.

³³ Hans-Georg Soeffner: *Die Ordnung der Rituale*, a.a.O., S. 118.

³⁴ Irmgard Vogt/Sebastian Scheerer: *Drogen und Drogenpolitik*, in: S. Scheerer/I. Vogt (Hg.), *Drogen und Drogenpolitik. Ein Handbuch*, Frankfurt a.M. 1989, S. 5-50, hier 8f., und Olaf Herold: *Ausgewählte Aspekte des Drogengebrauchs junger Erwachsener in der Techno-Szene*. Med. Diss., Universität Leipzig 1998, S. 10.

Verfügbarkeit anderer Möglichkeiten, nicht zuzulassen; darin, so Fögen, unterscheidet sich das Ritual bspw. von der bloßen Routine.³⁵

Dies kann hinsichtlich der konfliktentlastenden Funktion von Alltagsritualen durchaus unproblematisch sein; es kann in Bezug auf die sozial-integrative Funktion von Ritualen, ob alltagsakzessorisch oder -transzendierend, auch angebracht sein. Doch versteht sich dies weder von selbst, noch ist es einfach verallgemeinerbar für *jegliche* Ritualisierungen und Rituale. Jedenfalls im hiesigen Kontext – bei der Betrachtung der reflexiven Großorganisation Hochschule – liegt, wenn Rituale der Reflexionsvermeidung dienen, eine Frage auf der Hand: Was und wer produziert und reproduziert warum Rituale an der Hochschule – angefangen bei den Ritualen, die den Mythos zu pflegen, die Hochschule sei in Forschung und Lehre allein der Wahrheitssuche, reflexiver Aufklärung, sachbezogener Kommunikation und antiideologischer Infragestellung vermeintlicher Selbstverständlichkeiten verpflichtet?

3. Rituale im akademischen Betrieb

Wenn wir (akademische) Rituale als standardisierte Bedeutungsträger fassen, die durch das Handeln von Akteuren kulturprägend wirken, dann ergibt sich, daß die Rituale Bestandteile einer entsprechenden (akademischen) Kultur sind. Deren bedeutungstragende Erscheinungsformen lassen sich mittels dreier Begriffe voneinander unterscheiden:³⁶

- Symbole bzw. "Symbolsysteme"³⁷: sie repräsentieren und formen soziale Deutungen, Wahrnehmungen und Ordnungsschemata und stellen Bezüge zwischen Alltäglichem und Außeralltäglichem her;
- Zeichen bzw. Zeichensysteme: sie sind die "ornamentale Ausgestaltung und Benennung eines Systems sozialer Typen und Wertvorstellungen, das als Orientierungs- und Handlungsrahmen für soziale Gruppen und Gemeinschaften fungiert"; ihren Formenreichtum differenziert Franzpötter so aus: bildhafte Überzeugungssignale (z.B. Wappen, Embleme), habituell ausgedrückte Zugehörigkeitssignale (z.B. Uniformen, Trachten), Funktions- und Statussignale (z.B. Dienstwagen, Amtskette), moralische Appelle und Parolen (z.B. "Wir sind das Volk", "Die Hochschule ist bemüht, den Frauenanteil zu erhöhen"), Fassa-

³⁵ Marie Theres Fögen: Ritual und Rechtsfindung, in: Caduff/Pfaff-Czarnecka (Hg.), Rituale heute, a.a.O., S. 149-163, hier 156f.

³⁶ Franzpötter: Organisationskultur, a.a.O., S. 47-55.

³⁷ Geertz: Dichte Beschreibung, a.a.O., S. 9.

densignale (z.B. T-Shirts mit Aufdruck von Firmenlogos oder "University of Michigan") und milieuspezifische Identitätssignale (z.B. Autoaufkleber "Ich brems auch für Tiere" oder T-Shirt mit Aufdruck "ZfH – Zentrum für Hochschulsport – Uni Leipzig");

- Rituale und rituelles Handeln.

Insoweit Rituale durch Handeln 'zum Leben gebrachte' Symbole und Zeichen sind, müssen sie auch entsprechend kontextualisiert werden. Daher ist die Betrachtung akademischer Rituale in die akademische Symbol- und Zeichenwelt einzuordnen. Diese wiederum weist Beziehungen auf zu den diversen Fachkulturen,³⁸ zu Interaktionsstilen, kollektiven Orientierungen, Werthaltungen, institutionellen Mythen usw., kurz: zu sämtlichen symbolisch kontaminierten Elementen des akademischen Betriebs.

Um Rituale als akademisch zu kennzeichnen, reicht zunächst aus, daß es die spezifischen Riten eines nach außen abgrenzbaren Teilsystems der sozialen Ordnung – des vor allem durch die Institution der Hochschule konstituierten akademischen Subsystems – sind. Der Ausdruck "akademische Rituale" bezeichnet demnach einen bestimmten Vorrat symbolischer Handlungen, die den Kanon ihrer Kernsymbole aus einem spezifischen Referenzsystem, dem der Hochschule, beziehen.

Was allerdings innerhalb dieses Subsystems alles als Ritual, als rituelle Praxis, als rituelles Handeln zu fassen ist, bleibt genauer zu beschreiben. Die großen öffentlichen Zeremonien, die exotisch und spektakulär, die feierlichen Immatrikulationen und Rektoratsinvestituren, die akademischen Festakte, Ehrenpromotionen, die Umzüge in Talartracht – diese rituellen Äußerungsformen machen nur einen Teil ritualisierter Handlungen im akademischen Subsystem aus.

Den Gegenpol bilden die kleinen, fast versteckten rituellen Praktiken und Formen, die sich beispielsweise auf der Ebene personaler Interaktion abspielen: Wenn ein Professor im Studiensekretariat telefonisch mokiert, daß im Vorlesungsverzeichnis sein Titel vergessen wurde, so ist dies ein Gebaren, das ein bestimmtes rituelles Verhalten einfordert. Wenn Forschungsförderungseinrichtungen Anträge auf Wissenschaftssubventionierung nur entgegen nehmen, sofern die unterschreibenden AntragstellerInnen – unabhängig von ihrer individuellen Qualifikation – einer bestimmten akademischen Hierarchiestufe entstammen, dann ist dies ein die rituellen Gepflogenheiten der Institution interpretierendes Verhalten. Auch wenn der Rektor einer Hochschule sich bei einer Ehrenpromotion vertreten läßt und diese Vertretung nicht als selbstverständlich, sondern zum Anlaß einer Entschuldigung des statt dessen erschienenen Prorektors

³⁸ Dazu präsentieren Sabine Besenfelder/Renate Föll einen originellen Zugriff, vgl. ihren Beitrag: Das Outfit der Wissenschaft..., in diesem Band.

genommen wird, ist das ritualisiertes Handeln – wie die Ehrenpromotion als solche auch.

Drei Ebenen ritueller Praxis

Um in dieses 'rituelle Chaos' ein wenig Ordnung zu bringen, bietet sich zunächst in Anlehnung an Albert Bergesen eine schematische Unterscheidung ritueller Praxis in drei verschiedene Ebenen an:³⁹

1. Eine erste Ebene bilden *Mikroriten*, bei denen Sprachmuster die einfachste Form ritueller Praxis konstituieren, und die das Individuum als "Mitglied der symbolischen Körperschaft gemeinsamer linguistischer Zeichen und Bedeutungen"⁴⁰ schaffen. Als Ausdruck von Gruppensolidarität entwickeln sich restriktive Codes, die sich auf eine gemeinsame Gruppenkultur berufen, "denn ihre verschlüsselte Natur kann nur in bezug auf gemeinsam akzeptierte Annahmen verstanden werden".⁴¹

Beispiele für solche linguistischen Riten sind das spezielle Vokabular der Korporationen, sogenannte Fachsprachen oder eine Studierendensprache.⁴²

2. Eine zweite Ebene bilden *Mesoriten*, die als Gesten zwischen sozialen Rollenspielern der interpersonalen Bildung, Bestätigung und Reproduktion relativer sozialer Hierarchien dienen. In der Regel verlangen diese Riten nach der Anwesenheit von mindestens einer anderen Person, welche die Angemessenheit einer einzelnen Geste anerkennen kann. Die Spannbreite der Mesoriten ist groß. Den größten Raum dürften auf dieser Ebene allerdings die Interaktionsrituale einnehmen, die u.a. Gesten der Ehrerbietung umfassen. Die gesamte akademische Etikette ist rituelle Bestätigung einer sozialen Hierarchie, die sie zum Teil selbst konstituieren.

An der Grenze zu den linguistischen Ritualen bewegen sich etwa Verhaltensformen, die mit sprachlichen Mitteln eine Huldigung nur widerwillig oder gar nicht zeigen. Wenn Ost-Studierende entgegen den sonstigen ortsüblichen Gepflogenheiten in Gremien der Hochschule bewußt darauf verzichten, Dozenten und Professoren mit deren Titeln anzusprechen, teilen sie zum einen mit, daß sie die

³⁹ Albert Bergesen: Die rituelle Ordnung, in: Belliger/Krieger (Hg.), *Ritualtheorien*, a.a.O., S. 49-76.

⁴⁰ Ebd., S. 55.

⁴¹ Ebd., S. 59.

⁴² Vgl. dazu den Beitrag von Elisabeth Berner/Karl-Heinz Siehr: „Studentensprache“ – aus der Perspektive von Studenten, in diesem Band.

- sonst gültigen Verhältnisse in einer speziellen Situation nicht anerkennen; zum anderen – mikrorituell – konstituieren sie sich auch selbst als Mitglieder einer Gruppe, insofern sie eine sprachlich ausgedrückte politische Gemeinsamkeit artikulieren.
3. Die dritte und letzte Ebene bilden die *Makroriten*, die als ausdrücklich öffentliche Zeremonien eine spezifische kollektive Identität und die moralischen Werte der Gemeinschaft zum Ausdruck bringen sollen. Makroriten lassen sich in korporative Zeremonien und Rituale von Statusübergängen unterscheiden. Die korporativen Zeremonien feiern die bestehende Gemeinschaft als ganze, sie definieren sie symbolisch und grenzen sie durch die Verwendung von Symbolen, die für normative, rechtliche und ideologische Überzeugungen der Gemeinschaftsmitglieder stehen, nach außen ab (ein Beispiel sind akademische Feiertage mit festlichen Umzügen, wie sie etwa an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg gepflegt werden⁴³). Die Rituale von Statusübergängen – die *rites de passage*⁴⁴ – spielen eine Rolle beim individuellen Überschreiten von Grenzen. Sie umfassen all jene zeremoniellen Akte, die beim Eintritt oder Austritt aus einer Gemeinschaft oder bei einer Änderung der sozialen Situation innerhalb dieser zelebriert werden: festliche Immatrikulations- und Exmatrikulationsfeiern, Promotions- und Habilitationsverteidigungen, Institutseröffnungen, Begräbnis- und Gedenkfeiern etc.

Auch die Makroriten berühren sich mit anderen Ebenen der rituellen Ordnung, etwa wenn in einem Habilitationsverfahren zwischen den Mitgliedern der Fakultät über die genaue Bezeichnung des Lehrgebiets des Kandidaten gestritten wird und dabei nicht dessen Qualifikation, sondern die soziale Hierarchie der Streitenden im Mittelpunkt steht. Ebenso gibt es zu den linguistischen Ritualen Überschneidungen, die etwa dann besonders auffallen, wenn bei akademischen Festakten Vertreter der Studierenden den getragenen Stil verlassen und Despektierliches verlauten lassen.

Soziale Ordnung und Distinktion

Rituale beziehen sich auf soziale Ordnung – auf verschiedene Dimensionen sozialer Ordnung: Sie reproduzieren ihre Struktur, legen sie offen,

⁴³ Vgl. dazu das Interview mit Reinhard Kreckel: Talare über Latzhosen, in diesem Band.

⁴⁴ van Gennep: Übergangsriten, a.a.O.; Victor Turner: Das Ritual. Struktur und Antistruktur, Frankfurt/M. 1989 (am. 1969), S. 94ff.

sind Ausdruck von Macht und Herrschaft, stehen gleichermaßen aber auch für ein Bedürfnis nach sozialer Solidarität. Sie integrieren und schließen aus. Rituale sind formgebundene Interpretationen sozialer Wirklichkeit. Wenn akademische Rituale Interpretationen akademischer Wirklichkeit sind, stellt sich demzufolge auch die folgende Frage: Warum hält sich trotz eines immer wieder behaupteten und zum Teil auch augenfälligen Wandels dieser Wirklichkeit (Stichworte "Massenuniversität", "Dienstleistungsunternehmen") der Formwandel akademischer Rituale nicht nur in Grenzen, sondern warum werden auch alte Formen wieder aufgenommen? Oder, um es herrschaftskritisch zuzuspitzen: Wir leben in einer Gesellschaft, die mehr als ein Drittel ihrer Schulabgänger auf die Hochschulen schickt; was rechtfertigt in einer solchen Gesellschaft elitär anmutende, distinktive symbolische Handlungen eben dieser Hochschulen, die zum bildungsbiographischen Normalfall geworden sind, sich aber immer noch als das Besondere gerieren?

Zur Wiederbelebung akademischer Rituale in Ostdeutschland nach 1989 wird gern gesagt, daß diese symbolisch anders besetzt seien, als das in der Bundesrepublik vor 1968 wie auch insgesamt in der deutschen Universitätstradition der Fall gewesen ist. Bereits vor 1989 konnte die Anrede „Magnifizenz“ eine feinsinnige Vermeidung des „Genosse Rektor“ sein. Nun, nach 1989, suche das Bewußtsein akademischer Freiheit einen symbolischen Ausdruck, den es nach 40 Jahren akademischer Unfreiheit legitimerweise beanspruchen könne.

So läßt sich unter der ostdeutschen Wiederaneignung traditioneller akademischer Formen, Etikette und Emblematik also verstehen, was Roland Barthes als "mythischen Signifikant" bezeichnet: ein Zeichen, dessen Bedeutung sich aufgelöst und nur den Buchstaben zurückgelassen hat, bis dieser als Projektionsfläche von anderen Wertesystemen neu besetzt werden konnte.⁴⁵ Was aber ist das neue Wertesystem, das auf die akademischen Rituale, deren ursprüngliche Bedeutungen historisch entsorgt wurden, neue Bedeutungen projiziert? Welche Aussagen sind es, die zu entschlüsseln uns die alt-neue akademische Symbolwelt aufgibt?

Hierzu sollten wir auf die oben getroffene Unterscheidung zwischen alltagsakzessorischen und alltagstranszendierenden Ritualen zurückkommen. Dabei ist eine Besonderheit des Referenzsystems – der Hochschule – zu berücksichtigen: Manches, was im akademischen Betrieb noch als alltagsakzessorisch gelten darf, kommt Außenstehenden oftmals ziemlich alltagstranszendierend, um nicht zu sagen: abgedreht vor. Den-

⁴⁵ Roland Barthes: *Mythen des Alltags*, Frankfurt a.M. 1964, S. 97.

noch ist die Unterscheidung nötig, um die spezifische Symbolhaftigkeit der verschiedenen akademischen Rituale erfassen zu können.

Alltagsakzessorische akademische Rituale

Womit also behelfen sich Hochschulangehörige, um einigermaßen entlastet von der Notwendigkeit, sich ständig zu erklären und ihr Tun und Lassen ausdrücklich motivieren zu müssen, miteinander den akademischen Alltag über die Runden zu bringen; welche alltagsakzessorischen Rituale sind mithin zu entdecken?

Am auffälligsten lassen sich diese an den Sprechweisen und Kommunikationsformen beobachten. Es beginnt beim Grußverhalten inklusive distinktiver Anreden (Magnifizenz, Spectabilität, Professor, Doktor), zeigt sich an konventionalisierten Sprachregelungen (z.B.: "Fragen, die früher klassen- oder schichtenanalytisch genannt wurden, die man jedoch in der heutigen Soziologie unter dem Begriff 'Analyse sozialer Lagen' faßt"⁴⁶), und es endet keineswegs beim Ritual des akademischen Diskurses: Nach abgeschlossenem Vortrag klopfen das Publikum verhalten auf die Tische, um sich dann mit Fragen auf allerhöchstem Abstraktionsniveau und kritischen Kommentaren, verpackt als Hinweis für die weitere Arbeit des Referenten, seinerseits in Szene zu setzen. "Die Antwort des Gescholtenen: Man werde den Hinweis in künftige Überlegungen mit einbeziehen."⁴⁷

Ob das geschieht, läßt sich in aller Regel zwei Jahre später überprüfen: dann erscheint ein Sammelband mit den Akten der jeweiligen Tagung. Wer geschickt ist, macht aus den "künftigen Überlegungen" auch einen künftigen, also weiteren Artikel. Denn im wissenschaftlichen Publikationswesen gilt das Prinzip der "kleinsten veröffentlichen Einheit", da nur so die pralle Fülle der individuellen Literaturlisten erreichbar ist, die als Produktivitätsnachweis gilt.

Ritualisiert können auch die sogenannten Zitierkartelle sein: Nicht der referentielle Verweis auf die Publikation des Kollegen oder der Kollegin selbst ist zwingend die zu übermittelnde Botschaft, sondern die kollegiale Nachricht, man habe dankbar die eigene Erwähnung im letzten Aufsatz

⁴⁶ Joseph Huber/Georg Thurn: Divergente wissenschaftliche und soziale Milieus, in: dies. (Hg.), *Wissenschaftsmilieus. Wissenschaftskontroversen und soziokulturelle Konflikte*, Berlin 1993, S. 7-10, hier 9.

⁴⁷ Susanne Kusicke: Alles Theater. Die Welt als Bühne und Vorstellung: Die DFG hat einen neuen Zentralschlüssel für die Kultur, in: *F.A.Z.*, 2.7.1999, S. 45.

des Kollegen/der Kollegin zur Kenntnis genommen. Ähnliche oder gegensätzliche Motive können auch dem Rezensieren zugrunde liegen.⁴⁸

Wer sich in dessen Mechanismen vertieft, gelangt sofort zur spezifischen Mechanik des Kennens und Anerkennens, wie sie etwa in Berufungsverfahren karriereentscheidende Wirkungen entfaltet.⁴⁹ Ein Beispiel ist das Argument der sogenannten „Einschlägigkeit“ der Veröffentlichungen von BewerberInnen auf eine Professur, das zugleich auf die impliziten Ritualisierungen in solchen Verfahren verweist: Es geht nicht darum, ob die Publikationen nun tatsächlich „einschlägig“ oder nicht sind, sondern es geht um gewissensentlastende Techniken, einzelne KandidatInnen elegant aus dem Verfahren zu bekommen – und nur Neulinge, z.B. studentische VertreterInnen, wissen (anfangs) nicht, daß es eben genau darum geht.

Wie faktisch zuverlässig solche Beurteilungen sind, erbrachte eine unlängst in *Nature* publizierte Untersuchung zweier Göteborger Wissenschaftlerinnen. Sie hatten untersucht, nach welchen Kriterien die Gutachter des schwedischen medizinischen Forschungsrates vorgehen, wenn die Qualifikationen von BewerberInnen für Post-doc-Stellen zu beurteilen sind. Formal ging es darum, auf einer Skala von 0 bis 4 die wissenschaftliche Kompetenz, die Bedeutung des Forschungsvorhabens und die gewählte Methodik zu bewerten; die drei "Meßwerte" wurden anschließend mit sich selbst multipliziert.

Wie sich herausstellte, erhielten Frauen in allen drei Bewertungskriterien schlechtere Noten: sie erreichten 13,8 Punkte, während ihre männlichen Mitbewerber auf 17 Punkte kamen. Ein wichtiger Maßstab für den Punkt "wissenschaftliche Kompetenz" ergibt sich aus der Häufigkeit, mit der Publikationen zitiert werden; dabei zeigte sich, daß Frauen, deren Arbeiten ebensooft erwähnt wurden wie diejenigen von Männern, dennoch weniger Punkte erhielten. Offenbar bestehe allgemein eine Neigung, die Leistung von Männern unbewußt höher einzuschätzen. Doch neben dem – männlichen – Geschlecht konnte noch ein weiteres Kriterium herausgefiltert werden, das zu einer günstigeren Bewertung führt: Bewerber, die als Kollegen eines Komitee-Mitglieds bekannt sind, erhalten deutlich bessere Noten.⁵⁰

⁴⁸ Vgl. Herbert Ernst Wiegand: Nachdenken über wissenschaftliche Rezensionen. Anregungen zur linguistischen Erforschung einer wenig erforschten Textsorte, in: *Deutsche Sprache* 3/1983, S. 122-137, hier 125f.

⁴⁹ Vgl. den Beitrag von Karin Zimmermann: Die soziale Konstruktion der Passfähigkeit in Personalauswahlverfahren. Berufungen an ostdeutschen Universitäten, in diesem Band.

⁵⁰ Christine Wennerås/Agnes Wold: Nepotism and sexism in peer-review, in: *Nature* 387/22 May 1997, S. 341-343.

In Deutschland erweist sich das Institut des Professoriats als zuverlässigste Verwaltung des rituellen Haushalts mit dem Ziel der Hierarchiebefestigung. Historisch hatte sich mit dem Entstehen scharf umrissener Disziplinen der wissenschaftliche Austausch in Gestalt von Kongressen, Treffen, Brief- und Reiseverkehr, fachlicher Kritik über Journale und Rezensionsorgane intensiviert – eine Entwicklung, die mit der Ausgestaltung der Arbeits- und Institutsuniversität eng verbunden war. Daher wurde nun die auf "Applausum" und Lokalismus bezogene tribalistische Traditionalität der Ordinariatenuniversität "mit der Durchsetzung des Forschungsimperativs nicht nur um Momente neuer 'Reisigkeit' und translokaler Geschäftigkeit im disziplinären Verkehr ergänzt"; sie wurde "auch erweitert in ihrer schon lange bestehenden, bis auf den heutigen Tag gestärkten unangenehmen und in den Folgen schädlichen hierarchisch-autoritären Fixierung":

*"Unter dem Kommando tagungsgeselliger Institutsleiter werden in den Instituten, Kliniken und Seminaren von den selbst noch immobilen Mitgliedern wissenschaftliche Ergebnisse erarbeitet, die der Ordinarius in der Öffentlichkeit als sein Arbeitsprodukt vertritt. Aus der Einsamkeit wissenschaftlicher Arbeit geht die hierarchisch verfaßte Arbeitsgeselligkeit der Institutsuniversität hervor, in der die Reisigen über die ortsansässigen Geisteigenen nach Gutdünken verfügen."*⁵¹

Das F.A.Z.-Feuilleton berichtete unlängst davon, wie eine (als überfällig annoncierte) Veränderung des Faches Kunstgeschichte durch "verkrustete akademische Rituale erschwert" werde:

*"Wie etwa Michael Hesse und Werner Oechslin vorführten, zählt Autorität mehr als das plausible Erschließen eines umstrittenen Gegenstandes. In einem klug und begriffssicher argumentierenden Vortrag zu 'Kunstzitat und Kunstbewußtsein' im Werk des Architekten Philip Johnson erschloß Hesse dessen Stilpluralismus in seiner historischen Zweideutigkeit. Johnsons berühmtes 'Glashaus' von 1949 sei nicht nur eine kritische Reflexion der Architektur Mies van der Rohes. Aus der Sicht der Moderne antizipiere es vielmehr das postmoderne Spiel mit Zitaten, füge aber zugleich aus der Sicht der Postmoderne die Moderne als Stil in das mittlerweile entstandene Gesamtensemble von Johnsons Landsitz ein. Statt sich auf Hesses These einzulassen, befand Werner Oechslin knapp: Das sei zuviel der Ehre für einen Architekten, dessen Werk er für trivial halte. Er selbst versuchte dann, eine differenzierte Verwendung der Begriffe 'klassisch', 'modern', 'architektonisch' und 'antik' zu entwickeln, ohne allerdings über ein chaotisches Nebeneinander von Begriffsfeldern hinauszukommen."*⁵²

⁵¹ Jürgen Wilhelm: Die Stammeskultur der Ordinariatenuniversität, in: Martin Baethge/Wolfgang Eßbach (Hg.), Soziologie: Entdeckungen im Alltäglichen, Frankfurt/New York 1983, S. 477-495, hier 486.

⁵² Thomas Wagner: Bitte das nächste Dia. Wir sind das Fach: Der fünfundzwanzigste deutsche Kunsthistorikertag in Jena, in: F.A.Z., 24.3.1999, S. 59.

Hier kommt eben genau das zum Zuge, was die Ethnologen Tribalismus nennen: "eine Verhaltenstendenz der Bevorzugung von Kontakten zu Mitgliedern der eigenen Kulturgruppe".⁵³ Neben den Professoren (seltener den Professorinnen) weisen in den hochschulischen Milieus nur noch die zwar lebendigen, gleichwohl marginalisierten Korporationen und Burschenschaften eine vergleichbare Kohärenz auf, die über alle persönlichen Animositäten hinweg erhalten wird.⁵⁴

Als akademische Initiationsrituale dürfen – neben der vergleichsweise harmlosen feierlichen Immatrikulation – die zahlreichen Prüfungsverfahren gelten,⁵⁵ die in den Weg einer wissenschaftlichen Karriere eingebaut sind. Vordiplom/Zwischenprüfung, Diplom- oder Magisterprüfung bzw. Staatsexamen, Promotionsverfahren, Habilitationsverfahren: so geht es mit abnehmender Munterkeit von einer niederen Stufe der Unmündigkeit zur nächsthöheren Stufe der Unmündigkeit. Wie – beispielsweise – eine Vorlesung gehalten wird, die keine Vor-Lesung ist, erlernt man dabei zwar höchstens zufällig, aber die Zurichtung hat ohnehin andere Ziele: "die Habilitation dient eben nicht der Förderung wissenschaftlicher Originalität, die immer auch Außenseitertum bedeutet; sie dient der Integration in das Gefüge einer Wissenschaft ebenso wie der Selektion."⁵⁶

Am Ende des Weges gelten die Übriggebliebenen hinsichtlich sämtlicher außerakademischer Verwendungen als fehlqualifiziert. Mancher wird statt dessen zum Professor berufen. Mit (meist) über 40 Jahren sieht er (gelegentlich sie) sich plötzlich in die Mündigkeit entlassen. Das kann nicht immer gutgehen – wie sich vorzugsweise den zugeordneten Assistenten und Assistentinnen im Laufe der Zeit erschließt.

Über die Bewertung solcher Prüfungen⁵⁷ wie den Sinn und Unsinn insbesondere der Habilitation ist viel und kontrovers geschrieben wor-

⁵³ Sabine Helmers: Theoretische und methodische Beiträge der Ethnologie zur Unternehmenskulturforchung, hrsg. vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin 1990, S. 13.

⁵⁴ Zu letzteren vgl. den Beitrag von Dietrich Heither: Traditionsbestände studentischer Männerbünde, in diesem Band.

⁵⁵ Steinar Kvale: Prüfung und Herrschaft. Hochschulprüfungen zwischen Ritual und Rationalisierung, Weinheim/Basel 1972, S. 122-124.

⁵⁶ Peter J. Brenner: Habilitation als Sozialisation, in: ders. (Hg.), Geist, Geld und Wissenschaft. Arbeits- und Darstellungsformen von Literaturwissenschaft, Frankfurt a.M. 1993, S. 318-356, hier 331; vgl. auch die informative Auswertung empirischer Studien zum Belohnungssystem in der Wissenschaft bei Jerry Gaston: Soziale Organisation, Kodifizierung des Wissen und das Belohnungssystem der Wissenschaft, in: Nico Stehr/René König (Hg.), Wissenschaftssoziologie (=Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Sonderheft 18/1975), Opladen 1975, S. 287-303, hier vor allem 290-297.

⁵⁷ Vgl. Kvale: Prüfung und Herrschaft, a.a.O.; zum Dokortitel vgl. das angenehm verknäppte Pro und Contra: "Dokortitel: Qualifikationsnachweis oder akademische

den.⁵⁸ Zur Zeit wird die Habilitation auch wieder einmal abgeschafft.⁵⁹ Es kann an dieser Stelle genügen, exemplarisch auf einige problembeladene Habilitationsverfahren hinzuweisen, die durch die nachfolgenden wissenschaftlichen Karrieren eindrucksvoll demontiert worden sind: Georg Lukács,⁶⁰ Theodor W. Adorno,⁶¹ Jürgen Habermas⁶² und, als letztlich gar gescheitertes Verfahren, Walter Benjamin.⁶³

Zu wirksamen Integrationsritualen haben sich seit 30 Jahren auch Hochschulproteste entwickelt – und für Erstsemester zu Initiationsritualen, die hinsichtlich der hochschulischen Sozialisation alle propädeutischen Bemühungen der Institute in den Schatten stellen. Jeder und jede Studierende sollte – und möchte wohl auch – einmal während des Studiums ordentlich gegen die herrschende Hochschulpolitik protestiert haben: mit dem Schlafsack in die Uni ziehen, Transparente malen, Pressemitteilungen schreiben und durch die Gegend faxen, die Profs in Protest-Freunde und -Feinde einteilen, Minister zum Rücktritt auffordern und sich über das katastrophale Protestmanagement der StudentInnenvertretung aufregen – das sich beim nächsten Male freilich wiederholen wird, da die nun fast professionalisierten Protestierer dann im Examen stecken und keine Zeit mehr für überindividuelle Anliegen haben. Dennoch kommen Proteste an Hochschulen unterdessen mit solcher Regelmäßigkeit vor, daß sie nur höchst selten noch alltagstranszendierend wirken. Aufgrund der asymmetrischen Sanktionsmachtverteilung zwischen ali-

Ehre?" von Gert Hummel und Heiner Müller-Merbach, in: *Forschung & Lehre* 10/1996, S. 522f.

⁵⁸ Vgl. etwa Bruno W. Reimann: Die Habilitation in der Perspektive empirischer Studien, in: *hochschule ost* 2/1994, S. 16-26.

⁵⁹ Vgl. § 44 Abs. 2 Hochschulrahmengesetz i.d.F. vom 20.8.1998; die Formulierung lautet: „Die zusätzlichen wissenschaftlichen Leistungen... werden durch eine Habilitation oder durch gleichwertige wissenschaftliche Leistungen, die auch außerhalb des Hochschulbereichs erbracht sein können, nachgewiesen.“ Zu früheren Versuchen, die Habilitation abzuschaffen, vgl. etwa die Entschließung der Westdeutschen Rektorenkonferenz: Zur Reform des Habilitationswesens. Empfehlungen der 69. Westdeutschen Rektorenkonferenz, Bad Godesberg, 21. Januar 1969.

⁶⁰ Vgl. Gerhard Sauder: Von Formalitäten zu Politik: Georg Lukács' Heidelberger Habilitationsversuch, in: Helmut Kreuzer (Hg.), *Wissenschaftsgeschichte der Philologien (=Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik 53-54)*, Göttingen 1984, S. 79-107.

⁶¹ Vgl. Burkhardt Lindner: Habilitationsakte Benjamin. Über ein 'akademisches Trauerspiel' und über ein Vorkapitel der "Frankfurter Schule" (Horkheimer, Adorno), in: Kreuzer (Hg.), *Wissenschaftsgeschichte der Philologien, a.a.O.*, S. 147-165, hier 159-161.

⁶² Vgl. Rolf Wiggershaus: *Die Frankfurter Schule. Geschichte, theoretische Entwicklung, politische Bedeutung*, München 1991, S. 616f.

⁶³ Vgl. Lindner: *Habilitationsakte Benjamin, a.a.O.*

mentierendem Staat und bedürftiger Hochschule ist nur symbolisches Handeln möglich. Arbeitsverweigerungen von WissenschaftlerInnen und Studierenden z.B. gefährdeten den gesellschaftlichen Reproduktionszusammenhang erst dann, wenn sie jahrelang durchgehalten würden. Da das niemand tut, rufen sie beim Publikum regelmäßig eher verständnisloses Kopfschütteln hervor. Trotzdem bleibt nichts anderes übrig, als zu versuchen, eine doch eher gleichgültige Öffentlichkeit zu interessieren. Als Bestandteil von Protestverhalten können gezielte Regelüberschreitungen eingesetzt werden, um anzuzeigen, daß nun aber wirklich das Maß voll sei. Die Ritualisierungen der Protestkultur bedingen einen entsprechenden Vernutzungseffekt.⁶⁴

Alltagstranszendierende akademische Rituale

Alltagstranszendierend wirken zunächst zahlreiche rituell überformte Alltagsvorgänge mit Langzeitwirkung: so die hochschulischen Rechte zur Symbolverwaltung (Zeugnisse und akademische Abschlüsse mit Titelei-genschaft: M.A., Dipl.-Ing., Dr. med.) und Prestigezuteilung (über akade-mische Titel: Doktor, Professor, Honorarprofessor; Ehrentitel: Dr. h.c., Ehrenbürger, Ehrenmitglied, Ehrensensator; Anreden: Magnifizienz, Spec-tabilität/Spectabilis; sowie Auszeichnungen: Höchstbenotungen, Preise).

Das akademische Titelwesen – übertroffen nur noch von Militär und öffentlichem Beamtentum – erweist sich in diesem Zusammenhang als erstaunlich zählbig.⁶⁵ Zwar brachte die Bildungsexpansion eine Infla-tionierung akademischer Abschlüsse und damit auch entsprechender Grade mit sich. Dennoch gilt ein M.A. oder Dr. nach wie vor als erstre-benswert, zumal letzterem die Eigenschaft zugeschrieben wird, "anrede-fähig" zu sein (was freilich nicht heißt, daß er, wie weithin vermutet, an-redepflichtig ist, denn der Dr.-Grad ist, ebenfalls gegen allgemeine Ver-mutung, kein Namensbestandteil⁶⁶). Dokumentieren die Titel der ersten Abschlußstufe aber immerhin noch einen ganz praktischen Verwen-dungszweck, nämlich die Berufsfähigkeit des Titelträgers, und verleihen sie diesem "eine gewisse Unabhängigkeit gegenüber dem ökonomischen

⁶⁴ Vgl. dazu Pascal Beucker: Abwehrkampf und Naivität. Wenn Studierende in West & Ost Politik machen. Das Beispiel BAföG, in: *hochschule ost* 4/1996, S. 31-42.

⁶⁵ Vgl. dazu auch den Beitrag von Hermann Horstkotte: Mehr als eine Frage der Ehre. Der Dr. h.c. und der Honorarprofessor, in diesem Band.

⁶⁶ Vgl. Wolfgang Zimmerling: Akademische Grade und Titel, Köln/Berlin/Bonn/München 1990, S. 2; Franz Kahle: Der Mißbrauch von Titeln, Berufsbezeichnungen und Abzeichen. Rechtsgut, Schutzzweck und Anwendungsbereich des § 132a StGB, Marburg 1995, S. 196.

System",⁶⁷ so gilt dies nicht für die weiteren Titelstufen. Das zeigt sich besonders augenfällig am Professorentitel.

Obgleich das Professoriat infolge der Hochschulexpansion seit den 60er Jahren zur Massenbewegung geworden ist, und obwohl die ostdeutschen Entwicklungen der 90er Jahre zumal in Jura und Wirtschaftswissenschaften es unmöglich machten, einen westdeutsch Habilitierten ablehnen zu können, es also manchen auf eine Professur spülte, dessen Talente in anderen Bereichen als der Wissenschaft zu vermuten sind – die Faszination des Professorentitels und das soziale Prestige, das er verschafft, sind ungebrochen. Die Öffentlichkeit scheint noch nicht bemerkt zu haben, daß Professor zu sein weder bedeuten muß, sonderlich gelehrt noch übermäßig begütert zu sein. Um so intensiver werden die internen Differenzierungen gepflegt: C2, C3, C4, Fachhochschul- und Universitätsprofessor,⁶⁸ außerplanmäßiger und ordentlicher Professor.⁶⁹ Die Größe der Dienstzimmer ist hierbei zu einem zuverlässigen Distinktionsmerkmal avanciert.

Doch weiterer Phantasie sind keine Grenzen gesetzt. So kennt das sächsische Hochschulrecht bspw. keine Lehrstühle (wie andernorts die C4-Professuren heißen); dennoch finden sich in Sachsen allort Oprettenlehrstühle, wenn man Briefköpfen und Türbeschriftungen glauben möchte,⁷⁰ und an der TU Dresden werden gar Promotionsurkunden "unter dem Rektorat des Professors mit Lehrstuhl..." ausgestellt.⁷¹

⁶⁷ und: "Je autonomer... die Produktionsinstanz von Titeln gegenüber der Wirtschaft ist, um so mehr verleiht auch der von ihr vergebene Titel Unabhängigkeit gegenüber der Wirtschaft." Pierre Bourdieu/Luc Boltanski: Titel und Stelle. Zum Verhältnis von Bildung und Beschäftigung, in: dies./Monique des Saint Martin/Pascale Maldidier-Pargamin, Titel und Stelle. Über die Reproduktion sozialer Macht, Frankfurt a.M. 1981, S. 89-115, hier 99.

⁶⁸ Vgl. dazu den Beitrag von Clemens Klockner: Das Professoriat an Fachhochschulen, in diesem Band.

⁶⁹ Vgl. dazu auch den Beitrag von Jürgen Enders: Die Stellung der Hochschullehrer an den amerikanischen Universitäten: ein Vorbild für die deutschen Hochschulen?, in diesem Band.

⁷⁰ Vgl. auch die amüsierte Bemerkung dazu bei Karl Friedrich Reimers: „Daß auch sächsische Universitätslehrer dazu neigen, ‘vom Gesetzgeber unbelehrbar’ die Vorgabe des Freistaats zu ignorieren und unter einem eigen-gestalteten Lehrstuhl-Briefkopf mit aller Welt zu korrespondieren, mag sich aus der Wertschätzung einer überlebten Status-Zuweisung ableiten, die deutsche Professoren beim Umgang mit sich selbst immer wieder gern entfalten.“ Reimers: Von der DDR-Journalistik an der Karl-Marx-Universität zur Kommunikations- und Medienwissenschaft an der heutigen Universität Leipzig, in: *hochschule ost* 1/1997, S. 9-32, hier 31.

⁷¹ Kurt Reinschke: Professuren und Professoren. Gedanken wider den Verfall akademischer Umgangssprache, in: *Dresdner Universitätsjournal* 12/1997, S. 4.

Eine andere feinsinnige Differenzierung hat man sich für das Personalverzeichnis der Leipziger Universität ausgedacht, um die Überreste der personellen Flurbereinigung 1990ff. zwar schamhaft, aber doch kenntlich zu machen: Infolge politischer Reinigungsineffizienz war die neue Personalkategorie der "Professoren alten Rechts", d.h. der nach DDR-Recht Berufenen, entstanden.⁷² Wo nun im Personalverzeichnis bei ProfessorInnen neuen Rechts das jeweilige Berufungsgebiet in Klammern vermerkt ist, dort steht bei den Überresten der DDR-Hochschullehrerschaft allein "Professor" – was offenbar soviel bedeuten soll wie: "Professor für nichts".⁷³

Das mag manchen der Betroffenen durchaus stören, denn in der DDR war akademische Titelhuberei ein verbreitetes Phänomen. Dieses kann heute noch beobachtet werden, wenn etwa Zeitungsartikel, vorzugsweise im *Neuen Deutschland*, regelmäßig von diversen "Doz. Dr. sc." gezeichnet sind. Freilich gab es hierbei einen Funktionswandel. Was ursprünglich die Dokumentation von Aufstiegsmobilität (vom Landarbeiterkind zur Hochschullehrerin) gewesen sein mag, das hat sich nun zur Form des Protests gegen die soziale Deklassierung großer Teile der DDR-Wissenschaftselite nach 1989 gewandelt.

Doch auch nach-89er Aufsteiger sind nicht unempfänglich für die Versuchung, sich symbolisch durch einen Titel als "Namensbestandteil" erhöhen zu lassen. Der 1993 als Bundespräsidentchaftskandidat ins Gespräch gebrachte Steffen Heitmann, sächsischer Justizminister, hatte während seiner Kandidaturodyssee Ablehnung von links bis rechts erfahren. Den einen waren seine wohldurchformulierten und anschließend habilitationsadäquat richtiggestellten Ansichten schlicht eine "Zumutung",⁷⁴ die anderen erinnerte sein sächsisches Idiom an Walter Ulbricht.⁷⁵ Die Leipziger Juristenfakultät wollte tröstend wirken, entdeckte wissenschaftliche Verdienste Heitmanns und ihr Recht, Ehrendokortitel zu verteilen. Heitmann war nicht abgeneigt, obgleich er über das sächsische Justizprüfungsamt in einem unmittelbaren Vorgesetztenverhältnis zu der Leipziger Fakultät steht. Ostdeutsche, die sich noch an Ehrendokortitel für Kurt Hager oder – in Leipzig – an die Ehrenpromotion der Parteihochschulrektorin Hanna Wolf erinnerten, vermochten hier

⁷² Zu deren Rechtsstellung vgl. Thomas Neie: Zur Stellung der DDR-Hochschullehrer nach Abschluß der Hochschulrenewierung, in: *hochschule ost* 3-4/1997, S. 247-255.

⁷³ Vgl. Der Rektor der Universität Leipzig (Hg.): Universität Leipzig Personalverzeichnis 1996/97, Leipzig o.J. [1996].

⁷⁴ Vgl. den Aufmacher des *Stern* 39/1993, S. 18.

⁷⁵ So etwa Werner Münch, seinerzeit sachsen-anhaltinischer Ministerpräsident, zit. in: *F.A.Z.* vom 18.11.1993, S. 1.

rektorin Hanna Wolf erinnerten, vermochten hier jedenfalls keinen Ritualgebrauchswandel zu erkennen.⁷⁶

Wiederum aber ist diese Versuchung, gegen alles Feingefühl keine Wichtigtuerei zu verpassen, kein allein ostspezifisches Phänomen. Hannelore Kohl etwa fand die medizinische Ehrendoktorwürde der Greifswalder Universität 1995 auch dann noch annehmbar, als in sämtlichen überregionalen Zeitungen bereits ausführlich gewürdigt worden war, daß ihre – von der Promotionsordnung geforderten – "Leistungen für die Wissenschaft" eher praktischer und monetärer Natur sind. Der Akademische Senat hatte sich gar per Abstimmung gegen diese offenkundig politische Ehrenpromotion ausgesprochen.⁷⁷ Der Universitätsrektor Jürgen Kohler stand nicht an, eine süffisante Eröffnungsrede zur Ehrenpromotion zu halten: die Medizinische Fakultät verleihe heute die Ehrendoktorwürde, und zwar – damit auch dem letzten klar werde, daß die Universität nichts dafür könne – "auf der Grundlage von § 2 der Promotionsordnung der Medizinischen Fakultät". Kohler merkte an, daß es "nicht an mir als einem Fachfremden" sei, "hier Ausführungen über medizinwissenschaftliche Leistungen zu machen", um sich hinterlistig darauf zu freuen, was dem Dekan der Medizinischen Fakultät dazu in seiner Ansprache einfallen werde.⁷⁸ Nachdem die Sache überstanden war, änderte der Akademische Senat die Promotionsordnung der Greifswalder Universität, auf daß die Mediziner so etwas nicht noch einmal veranstalteten.⁷⁹

Wenn Rituale symbolweltlich kontextualisiert werden sollen, dann dürfen wir eine Kategorie nicht vergessen: die akademischen Mythen. Mancher Mythos wird fortwährend zum Handeln erweckt, etwa der, daß Hochschule eine elitäre Veranstaltung sei, wozu voraussetzlich eine klare Trennung zwischen "Elite" und "Masse" vorgenommen werden müsse und könne.⁸⁰ Die Folge sind regelmäßige Forderungen nach Hochschuleingangsprüfungen – zwischenzeitlich auch an einer Reihe von Hochschulen praktiziert oder angestrebt; ebenso weist ein Argumentations-

⁷⁶ Vgl. Peer Pasternack: Heitmann for Ehrendoktor, in: *Universität Leipzig* 1/1994, S. 24f., und Thomas Rauscher: Zu: "Heitmann for Ehrendoktor" (Heft 1/94), in: *Universität Leipzig* 2/1994, S. 31.

⁷⁷ Bert Lingau: Hannelore Kohl wird trotz Senatsablehnung Ehrendoktorin der Medizin, in: *CRASH! Die Greifswalder Studentenzeitung* 1/1995.

⁷⁸ Jürgen Kohler: Begrüßung durch den Rektor der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, in: Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, der Rektor (Hg.), Ehrenpromotion Hannelore Kohl. "Rehabilitation Hirnverletzter – einst und jetzt" (=Greifswalder Universitätsreden N.F. Nr. 80), Greifswald 1995, S. 5-7, hier 5.

⁷⁹ Vgl. *Journal der Ernst-Moritz-Arndt-Universität* 5/1995, S. 2.

⁸⁰ Vgl. dazu den Beitrag von Torsten Bultmann: Die Eliten und die Massen. Kritik eines bildungspolitischen Stereotyps, in diesem Band.

strang in der aktuellen Bachelor/Master-Debatte – derjenige der akademischen Kulturpessimisten – in die gleiche Richtung.⁸¹

Andere Mythen werden für den jeweiligen lokalen Symbolhaushalt benötigt. So war man an der Universität Leipzig lange Zeit auf der Suche nach dem „Identitätskern der Universität“, nach einer sinnstiftenden Idee, die man der fast 600jährigen Universitätsgeschichte unterschieben könnte. Benötigt wurde Material für die symbolische Konstruktion gegenwartstauglicher Geschichtsbezüge, mit denen aktuell zu pflegende Rituale historisch aufgeladen werden können. Die Suche blieb nicht gänzlich ohne Erfolg. 1996 wurde von einem damals amtierenden Prorektor eine originelle Gedankenkette präsentiert, die jedenfalls die zentrale Bedingung des lebendigen Mythos erfüllt – "Der Mythos ist eine Aussage"⁸²:

"Bei all diesen Veränderungen galt es, den Identitätskern dieser Universität zu bewahren, der sich allen politischen Vereinnahmungsversuchen gegenüber resistent erwiesen hatte. // Die besondere Leipziger Identität ermöglichte selbst in den dunkelsten Perioden der immerhin 60 Jahre dauernden diktatorischen Vereinnahmungen, daß ein kritisch-aufklärerischer Geist dem universitären Alltag nicht völlig abhanden kam. Es handelt sich um die in Jahrhunderten entstandene integrative Fähigkeit dieser Universität, die Spezialisierungsschritte der Wissenschaften in der Universitas litterarum immer wieder aufzuheben... Und wenn der interdisziplinäre Dialog hier und da... ins Stocken kam, blieb als stabile integrative Plattform, auf der sich die Angehörigen der Universität immer treffen konnten, der gemeinsame Bezug zum Musischen, zur Musik, zur Kunst..."⁸³

Es darf eine weitere Bedingung hinzugefügt werden, die hier erfüllt ist: "Der Mythos ist eine entpolitisierte Aussage." Er leugnet nicht die Dinge, lesen wir bei Roland Barthes, "seine Funktion besteht im Gegenteil darin, von ihnen zu sprechen. Er reinigt sie nur einfach, er macht sie unschuldig, er gründet sie als Natur und Ewigkeit, er gibt ihnen eine Klarheit, die nicht die der Erklärung ist, sondern die der Feststellung."⁸⁴

Die vermeintliche Überzeitlichkeit der Hochschule bedienen auch akademische Eide. An der Wiener Universität wird noch heute von allen Examinierten eine sog. Sponsionsformel bzw., von den Promovierten, die Promotionsformel gesprochen, so etwa für das Magisterium der Philosophie bzw. Naturwissenschaften bzw. Sozial- und Wirtschaftswissenschaften:

⁸¹ exemplarisch: Kurt Reumann: Studienreform und Arbeitsmarkt, in: *F.A.Z.*, 27.7.1999, S. 14.

⁸² Barthes: *Mythen des Alltags*, a.a.O., S. 85.

⁸³ Michael Geyer: *Der Umbau der Universität Leipzig. Chancen und Risiken für einen Wissenschaftsstandort*, in: Rektorat der Universität Leipzig (Hg.), *Wissenschaftsstandort Leipzig. Die Universität und ihr Umfeld*, Leipzig 1997, S. 11-22, hier 11f.

⁸⁴ Barthes: *Mythen des Alltags*, a.a.O., S. 130f..

„Ich verspreche, der Universität, die mir den akademischen Grad verliehen hat, dauernd verbunden zu bleiben, und sie in der Erfüllung ihrer Aufgaben nach meinen Kräften zu unterstützen.

Ich verspreche insbesondere, den Fortschritt der Wissenschaften auf dem Gebiete, auf dem mich der akademische Grad zur Berufsausbildung berechtigt, aufmerksam zu verfolgen und mir insoweit anzueignen, als es für meine Berufsausübung von Bedeutung ist.

Ich verspreche ferner, mein Urteil in wissenschaftlichen Fragen stets nach bestem Wissen und Gewissen ohne Rücksicht auf persönlichen Ehrgeiz oder Vorteil oder andere außerwissenschaftliche Motive zu bilden.

Ich verspreche endlich, in meiner Lebensführung alles zu unterlassen, was das Ansehen des mir verliehenen akademischen Grades schädigen könnte.“⁸⁵

Im Zuge der aktuellen Debatte über Fälschung und Betrug in der Wissenschaft werden solche Eide auch neu diskutiert. Funktionale Äquivalente zu Eidesformeln stellen die wissenschaftsethischen Selbstverpflichtungen dar, wie man sie heute beim Eintritt in Fachgesellschaften praktischerweise gleich mitunterzeichnet. Auch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) hielt den zeitgenössischen akademischen Betrieb für so verworfen, daß sie die ethische Ermahnung auf 20 Seiten ausdehnte.⁸⁶ Solche gut gemeinten Papiere können selbstredend nichts ändern, solange die Strukturen, welche die Verwerfungen produzieren, kein Gegenstand der Veränderung sind. Daher tragen sie auch nichts zur Bewältigung des akademischen Alltags bei, sondern überhöhen ihn lediglich: indem sie das so sympathische wie realitätsferne Bild guter Menschen zeichnen, die in problematischen Strukturen nicht adäquat, also problematisch, sondern gut handeln, obgleich sie sich damit u.U. die Grundlage entziehen, in diesen Strukturen weiterhin überhaupt handeln zu können.⁸⁷ Dieter Simon hat, wie meist, mit der gebotenen Zurückhaltung die Situation in feinfühliges Wortes gefaßt: *Der Jammer groß. Die Kommissionen treten zusammen. Selbstreinigung wird gefordert, auf daß man nicht gereinigt werde. Buße ist annonciert. Hat man sich nicht selbst ein bißchen zuwenig gekümmert? Zu flüchtig gelesen? Das 'Fehlverhalten' wird kartographiert. Ethikkodizes werden konzipiert. Du sollst keine Daten erfinden und andere nicht bestehen. Aha! Endlich wird deutlich, was unanständig ist. An dem einen Ende droht die Justiz. Am anderen werden E-*

⁸⁵ Wien 1999, unveröff.

⁸⁶ Vgl. Deutsche Forschungsgemeinschaft: Vorschläge zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis. Empfehlungen der Kommission "Selbstkontrolle der Wissenschaft". Denkschrift, Weinheim 1998, S. 5-24. Vergleichbare Empfehlungen liegen von der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) und der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) vor.

⁸⁷ Vgl. hierzu den Beitrag von Marco Finetti/Armin Himmelrath: Zwischen Lehrstuhl und Sozialhilfe. Aufstiegsrituale und Absturzgefahren für den Nachwuchs: ein guter Nährboden für wissenschaftliche Unredlichkeit, in diesem Band.

thikvorlesungen gefordert und installiert. Ganze Disziplinen machen sich anheischig, sich in Moralwissenschaften zu transformieren. Vielleicht geht Platons Traum nach zweieinhalbtausend Jahren doch noch in Erfüllung. Man lehre einen Menschen recht deutlich die Tugend. Sobald er sie endlich begriffen hat, wird er ihr folgen.

Er wird nicht. Also denkt man besser in den Kategorien von Überwachen und Strafen. Das Disziplinarrecht muß verschärft, die juristischen Handhabungen müssen verbessert werden. 'So ruft das Volk nach jeder abstoßenden Tat nach der Todesstrafe.' 'Gewiß. Aber einige Sicherungen mehr könnte man schon einbauen': Begrenzung der Anzahl von Autoren eines Beitrags; detaillierte Kennzeichnung der Verantwortlichen für eine Abhandlung; mehr, sorgfältigere und internationale Gutachten; Verstärkung der Selbstkontrolle; Reduzierung der Datenflut; Beseitigung der mörderischen 'Publish or perish'-Alternative. Gut so – aber helfen wird es nichts. 'Der Fehler liegt im System.' – 'Gewiß doch – wo sonst?' Eben deshalb ist das Kind längst in den Brunnen gefallen, und es ist nicht zu sehen, wie man es wieder ans Tageslicht hieven könnte.⁸⁸

Nun, vielleicht so, wie sich die Universität Freiburg in ihren Grundsätzen zur "Selbstkontrolle in der Wissenschaft" redlich bemüht: "Befunde und Ideen anderer Forschender sind... in gebotener Weise zu zitieren."⁸⁹

Weitere alltagstranzendierende Rituale hatten wir oben bereits problemillustrierend erwähnt: das akademische Zeremonialwesen, bestehend aus Investitur, feierlicher Im- und Exmatrikulation, Promotionsdisputation und Habilitationsvortrag, Goldenem Doktorjubiläum, Begräbnis- und Gedenkeremonien, die Amtsketten und die Straßenumzüge in vollem Ornat. Transzendierend sind solche Rituale weniger durch einen Glauben an etwas außerhalb der liturgisch integrierten Gemeinschaften, sondern in der Feier ihrer selbst – also des Status quo, mithin der Veränderungsresistenz. Hier gilt, was Hans-Georg Soeffner übergreifend feststellt: *allgemeine Bedeutung und Botschaft des Rituals (bestehen) weder im Glauben an einen Gott noch an die Dire Straits, den FC Schalke 04, Frieden und Freiheit etc. ... Hier geht es... vor allem um das Erlebnis und die Erfahrung von 'Gemeinschaft' selbst innerhalb einer möglichst großen und einsinnigen, kollektiven Ausdrucksgestalt... Zugleich wird aus dem Prozeß, in dem subjektive Gefühle und Erlebnisse durch die kollektive Darstellungsform in ein Gemeinschaftserlebnis transformiert und gesteigert werden, ein Prozeß der 'Selbstcharismatisierung' der Gemeinschaft als solcher.*⁹⁰

⁸⁸ Dieter Simon: Die Wahrheit muß erfunden werden. Wozu die Wissenschaft dient: Über glitschige Kröten, dramatisierte Kurven und andere Geburtshelfer des Fortschritts, in: *F.A.Z.*, 18.12.1997, S. 40.

⁸⁹ Albert-Ludwigs-Universität Freiburg: Selbstkontrolle in der Wissenschaft. Verabschiedet vom Senat in seiner Sitzung am 16. Dezember 1998, <http://www.uni-freiburg.de/universitaet/kommissi.druck.htm> (Zugriff: 25.5.1999).

⁹⁰ Soeffner: Die Ordnung der Rituale, a.a.O., S. 115f.

In der Organisationskulturperspektive stellen sich derartige zeremoniellen Feiern "als Rituale dar, die nicht nur alle Angehörigen symbolisch in die Gemeinschaft einschließen, sondern auch ihre imaginierte 'Identität' neu kreieren, bekräftigen und öffentlich inszenieren. Feste *unterbrechen* die Routine und Abläufe" des Alltags, "sie bilden einen 'Rahmen', sie legitimieren disparate und widersprüchliche Alltagserfahrungen der Organisationsmitglieder, indem sie diese symbolisch überhöhen". Konstruiert werde "die öffentliche Fiktion der *Corporate Identity*, suggeriert Gemeinschaft und Zusammengehörigkeit von unterschiedlichen Menschen, Gruppen und Abteilungen – auch und gerade, wenn die *Corporate Identity* im Alltagsleben kaum erfahrbar ist".⁹¹

Gleichfalls symbolisch kapitalbildend ist ein Bündel von unentwirrbar verfilzten informellen Vorschriften, machtmechanisch motivierten Normen und raffinierten Ritualen angelegt, das sich funktional *zwischen* alltagsakzessorischem und -transzendierenden Charakter bewegt: Die gesamte akademische Etikette (das Anreden mit Titeln und Positionsbezeichnungen wie Spektabilität oder Magnifizienz, die Verleihung von Ehrendiplomen und Ehrentiteln), das Anführen von Autoritäten in wissenschaftlichen Veröffentlichungen, Danksagungen, Festschriften,⁹² subtile Formen wie das selbst genommene, aber auch gewährte Recht, auf Kolloquien zu langen Gegenreferaten anzusetzen, oder die professorale Angewohnheit, zwar andere ProfessorInnen mit „Herr Kollege“/„Frau Kollegin“ anzureden, nicht aber den Gelehrten/die Gelehrte ohne Professorentitel, Sitzordnungen bei akademischen Feiern etc. etc. – alle diese scheinbar kleinen Ausdrücke von Unter- oder Überordnung sind rituelle Bestätigung der sozialen Hierarchie, die sie zum Teil selbst konstituieren.

Selbstverständlich lassen sich diese Gesten der Ehrerbietung nicht davon trennen, daß sie das Element der Unterwürfigkeit enthalten und der Manifestierung von Macht dienen; allerdings müssen sie darauf nicht reduziert werden. Es existiert auch im akademischen Bereich eine Vielzahl von symmetrischen Ehrerbietungen zwischen sozial Gleichrangigen, und einzelne Formen der Ehrerbietung sind Ausdruck von Vertrauen, Würdigung von Kenntnissen, Formen von Achtung oder Zugehörigkeit.⁹³

⁹¹ Franzpötter: Organisationskultur, a.a.O., S. 187.

⁹² Vgl. hierzu die nicht auf den akademischen Bereich bezogene, aber in ihren Ergebnissen übertragbare, anhand politischer und Vereinsfestschriften vorgenommene Untersuchung von Gerd Antos: Grußworte in Festschriften als "institutionelle Rituale". Zur Geschichte einer Textsorte, in: Wolfgang Klein (Hg.), Sprache und Ritual (= *Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik* H. 65), Göttingen 1987, S. 9-40.

⁹³ Erving Goffman: Interaktionsrituale, in: Belliger/Krieger (Hg.), Ritualtheorien, a.a.O., S. 323-338, hier 326-328.

Wer die neuerdings wiederbelebten Rituale der Ordinarienuniversität entschlüsseln will, stößt auf drei Codes. Diese bilden den Sinn der austauschbaren symbolischen Handlungen, finden sich – in unterschiedlicher Gewichtung kombiniert – in diesen immer wieder repräsentiert und verbinden bei allen Unterschieden die vor-68er Hochschule mit der nach-89er. Die drei Codes sind: Wir an der Hochschule sind historisch; wir sind anders als alle anderen; und wir legen Wert darauf, daß einige wenige bei uns die Ziele und Wege bestimmen, die die Mehrheit dann anstrebt und beschreitet. Die wesentlichen Botschaften akademischer Rituale sind also: Historizität, Distinktion und Hierarchie.⁹⁴

Ursprünglich verliehen akademische Rituale einer bestimmten Würde Ausdruck. Diese Würde ist nicht erst heute, sondern war durch die Geschichte hin immer schon ambivalent. Einerseits unterstrich sie den Anspruch auf Autonomie – das richtete sich nach außen und zeigte sich bereits darin, daß an der Universität republikanische Elemente beheimatet waren, als die gesellschaftliche Ordnung noch zutiefst feudal strukturiert war. Andererseits unterstrich die akademische Würde die interne Hierarchisierung. Talare bspw. symbolisierten immer auch Herrschaftsverhältnisse. Hierarchien wurden damit – und mit weiteren Instrumenten – markiert, Kommunikationsverhalten geprägt, Entscheidungsprozesse strukturiert. Das bleibt zeitenübergreifend gültig, denn: “Zwischen den einzelnen Gesellschaftsmitgliedern und der symbolischen Ordnung, den Bedeutungen, in und an denen sie sich orientieren, liegt der Bereich der Politik, der Macht, der Herrschaft und der Ideologie.”⁹⁵

Ist nun aber der Talar als Ausdruck von Amtswürde eine symbolische Kapitalanlage und läßt sich als Reputationssponder verstehen, so ergibt sich doch auch für die ummantelte Person eine widersprüchliche Doppelwirkung. Einerseits wird das Individuum, sobald es den Talar überstreift, aus der Masse herausgehoben, also subjektiv erhöht. Dies geschieht aber andererseits um den Preis der gleichzeitigen Entsubjektivierung: denn das talargeschmückte Individuum erfährt seine Erhöhung allein dadurch, daß es vom symbolischen Bedeutungsgehalt des Talars benetzt wird – was sinnfällig wird, sobald es sich des Talars entledigt und augenblicklich auf seine optische, moralische, intellektuelle oder sonstwelche Durchschnittlichkeit zurückgeworfen wird.

⁹⁴ Eine etwas andere Lesart präsentiert Jochen Hörisch: Die Liebe der Alma mater, in diesem Band.

⁹⁵ Wolfgang Habermeyer: Schreiben über fremde Lebenswelten. Das postmoderne Ethos einer kommunikativ handelnden Ethnologie, Köln 1996, S. 85.

Die in Organisationsritualen sich zeigende symbolische, normative und emotionale Kontrolle der Organisationsangehörigen, so lesen wir bei Franzpötter, wirkt "nicht in direkter, sondern in eher indirekter und subtiler Weise":

*"Führung und Einfluß, Kontrolle und Unterordnung sind... nicht verschwunden, im Gegenteil, sie zeigen sich heute... in zahlreichen kleinen Episoden, die man als 'Dramatisierungen' von Kontrolle und Herrschaft bezeichnen kann... Die Kontrolle der Organisation über ihre Mitglieder beruht somit auf subtilen sozialen Vermittlungsformen, sie ist eingebettet in einen je besonderen Ritualkontext, in dem der einzelne durch seine Teilhabe an den symbolisch-expressiven Ausdrucksformen des Kollektivs lernt, sich selbst zu kontrollieren und eine sozial akzeptierte Darstellung seiner Tätigkeit zu geben... Wer unter so hohem sozialen Erwartungsdruck sich bestimmte Meinungen, Sichtweisen und Überzeugungen zu eigen macht, wird dazu neigen, sie als authentischen Ausdruck seiner 'wirklichen' Auffassungen und Grundanschauungen zu verstehen."*⁹⁶

Was hier beschrieben wird, sind gewandelte Organisationen im außerakademischen Bereich. Was dies für uns interessant sein läßt, ist der Umstand, daß eben dieser bislang außerakademische Organisationswandel und seine Techniken soeben im Begriff sind, die Hochschulen zu erreichen. Damit aber ist auch ein ganzes Arsenal neuer Ritualisierungen zu gewärtigen. Nach den alltagsakzessorischen wie -transzendierenden Ritualen der alten Ordinarienuniversität, den daran sich anschließenden primär alltagsakzessorischen Ritualen der nach-68er Gruppenuniversität und nach den nunmehr die alltagsstranszendierenden Aspekte betonenden Reanimationen der 90er Jahre werden also die ungleich subtileren Rituale des *organisational change* folgen. Manches davon ist bereits aktuell zu beobachten, z.B. Leitbilder: Sie liegen im Trend der Hochschulpolitik, „Planer und Hofdichter sind an allen Universitäten zwecks Imageförderung mit deren Abfassung beschäftigt“, spottet Michael Daxner und sieht aus „dem Wesen, der Idee und der Bestimmung der Universität das *Leitbild* geworden, und unterhalb des Leitbildes erscheint die Zielvereinbarung als gerade noch zu bewältigendes Instrument akademischer Selbstreflexion“.⁹⁷

Das hat Folgen. Der ökonomistische Strang der aktuellen Hochschulreformdebatte hat zwischenzeitlich eine handlungsleitende Entlastungsformel kreiert, die selbst bereits rituell geworden ist. Sie lautet: „Enttabuisierung“. Dahinter versteckt sich ein Vorgang, der die einen Tabus (z.B. Chancengleichheit statt Hochschuleingangsprüfungen) bricht, um die anderen Tabus (z.B. hierarchische Sozialstrukturen in Instituten und Kliniken) zu schützen. Hier wird Offenheit für Neues ("Innovation") de-

⁹⁶ Franzpötter: Organisationskultur, a.a.O., S. 190-192.

⁹⁷ Michael Daxner: Leitbilder – Leitplanken auf der Bildungsschiene?, in: *Gegenworte* 3/Frühjahr 1999, S. 53f., hier 53.

monstriert, werden alte Üblichkeiten neu etikettiert ("Centers for Excellence") und Unannehmlichkeiten der letzten Jahrzehnte entsorgt ("Wettbewerb statt Frauenförderung").

Zur Absicherung dessen folgt man der neueren Managementliteratur, die *Corporate Identity* (CI) in den Mittelpunkt der Personalführung und -entwicklung stellt. Es gewinnen Prozesse an Bedeutung, die individuelle und kollektive Identitätsbildung mit der Hochschule befördern sollen. Das ist zunächst ein Versuch, organisationsinterne Widerstände gegen Veränderungen mithilfe positiver immaterieller Anreize zu demobilisieren. Das hierbei mindestens zu lösende Problem ist freilich ein jeder Identitätsfindung innewohnendes: das der Spannung zwischen Identifikation und subjektiver Autonomie. Reformfreudige Institutionen benötigen Mitglieder, die Entscheidungsspielräume ausfüllen, damit Verhaltensrisiken eingehen und auf diese Weise Kreativität entwickeln. Identifikation verbindet sich nicht per se mit individueller Autonomie, sondern fördert eher das Gegenteil.

Erste CI-Auswirkungen sind vornehmlich bei der Pflege der Ornamentik (jetzt: *Corporate Design*) der Hochschulen zu beobachten – die bislang eher alltagsstranzendierend wirkte, etwa wenn alte Siegel im Briefkopf weitergeführt werden. Nunmehr gewinnt die Ornamentik neue und zwar alltagsakzessorische Funktionen, wenn bspw. im Logo der TU Dresden die beiden Buchstaben T und U zusammen die Form einer Schraube bilden. Im Anschluß an solche CI-Auswirkungen wird eine komplett neue Symbolwelt – sachgemäßer wohl als *Styling* zu bezeichnen – entworfen werden, welche die aktuell sich dynamisierende Hochschulreformbetriebsamkeit⁹⁸ aufnimmt, akzeptabel zu machen sucht und sie aber auch obstruieren wird: Leitbilder, Zielvereinbarungen, Evaluationen und Ranking werden neue Ritualisierungen produzieren, um damit Anforderungen vermeintlich zu bedienen, tatsächlich jedoch die profanen Zumutungen der Marktwelt zu unterlaufen.

Spannend verspricht dabei vor allem eines zu werden: Die mitarbeiterorientierten Managementkonzepte – im öffentlichen Sektor als *New Public Management* – orientieren zuvörderst auf flache Hierarchien, möglichst horizontale Aufgabenverteilung und Verantwortungsdelegation nach unten. In der Tat stehen dort, wo es um Wettbewerb und Leistungsorientierung gehen soll, Hierarchien vor allem im Wege. Hier wird das Publikum in den nächsten Jahren aller Voraussicht nach mannigfache Phantasieentfaltung beobachten können: bei der Suche nach Mitteln und

⁹⁸ überblicksweise dazu Falk Bretschneider/Peer Pasternack: Die deutsche Hochschulreformindustrie und die sächsische Reformmanufaktur, in: F. Bretschneider (Hg.), Hochschulpolitikerneuerung. Perspektiven für Sachsen, Leipzig 1998, S. 85-97.

Wegen, die Hochschule optisch zu enthierarchisieren, ohne die bestehenden Hierarchien anzutasten. Der aktuelle Streit zwischen der Hochschulrektorenkonferenz und dem universitätsprofessoralen Hochschulverband darüber, ob nun die Hochschullehrer stark bleiben oder die Präsidenten, Rektoren und Dekane stark werden sollen, liefert ein erstes anschauliches Beispiel: dafür, wie man das eigentliche Problem, nämlich die Hierarchien, wegdefiniert, indem man das Problem zur Lösung deklariert und diese Deklaration als Grundsatzstreit inszeniert.

Was leisten die akademischen Rituale?

Die Frage, die sich angesichts dessen einer betont vorurteilsfreien Betrachtung stellt, ist: Wie leistungsfähig hinsichtlich sozialer Integration, symbolischer Selbstvergewisserung und historischer Platzanweisung der Hochschule werden die alten Rituale gegen die kommenden Zumutungen der managerialistischen Konzepte sein? Werden sie einen konservativen Widerstand zu mobilisieren in der Lage sein; oder vermögen sie die praktischen Veränderungen auf der symbolischen Ebene so lange abzufedern, bis die Liebhaber akademischer Etikette verrentet sind; oder aber wird eine Brücke geschlagen werden zwischen der Alltagsakzession qua Ritualen der Deregulierung einerseits und der Alltagstranszendierung mittels der Rituale der Alten Universität andererseits?

Als Bedeutungsträger sind Rituale auch Medien: mit ihrer Hilfe werden Botschaften kommuniziert. Daher dürfte es, wenn ein Kulturwandel zu erwarten steht, sinnvoll sein, auch in bezug auf akademische Rituale den Perspektivenwechsel der Medienwirkungsforschung nachzuvollziehen. Wurde ursprünglich mit Lasswells Kommunikationstheorie gefragt: "Wer sagt Was Wem Wodurch mit Welcher Wirkung?",⁹⁹ so setzt sich seit den 70er Jahren immer mehr die Frage durch: "Was tun die Leute, die Gruppen, die Gesellschaft mit den Medien?"

Antworten auf diese Fragen versuchen die nachfolgenden Beiträge in diesem Band. Wir für unseren Teil wollen uns auf drei abschließende grundsätzliche Bemerkungen beschränken.

Zunächst ist, erstens, darauf hinzuweisen, daß es Anzeichen dafür gibt, daß Rituale ein menschliches Bedürfnis befriedigen, sich von symbolischen 'Tatsachen' beeinflussen zu lassen und nicht allein von utilitaristischen Kalkulationen.¹⁰⁰ So artikulieren etwa Studierende am Ende ih-

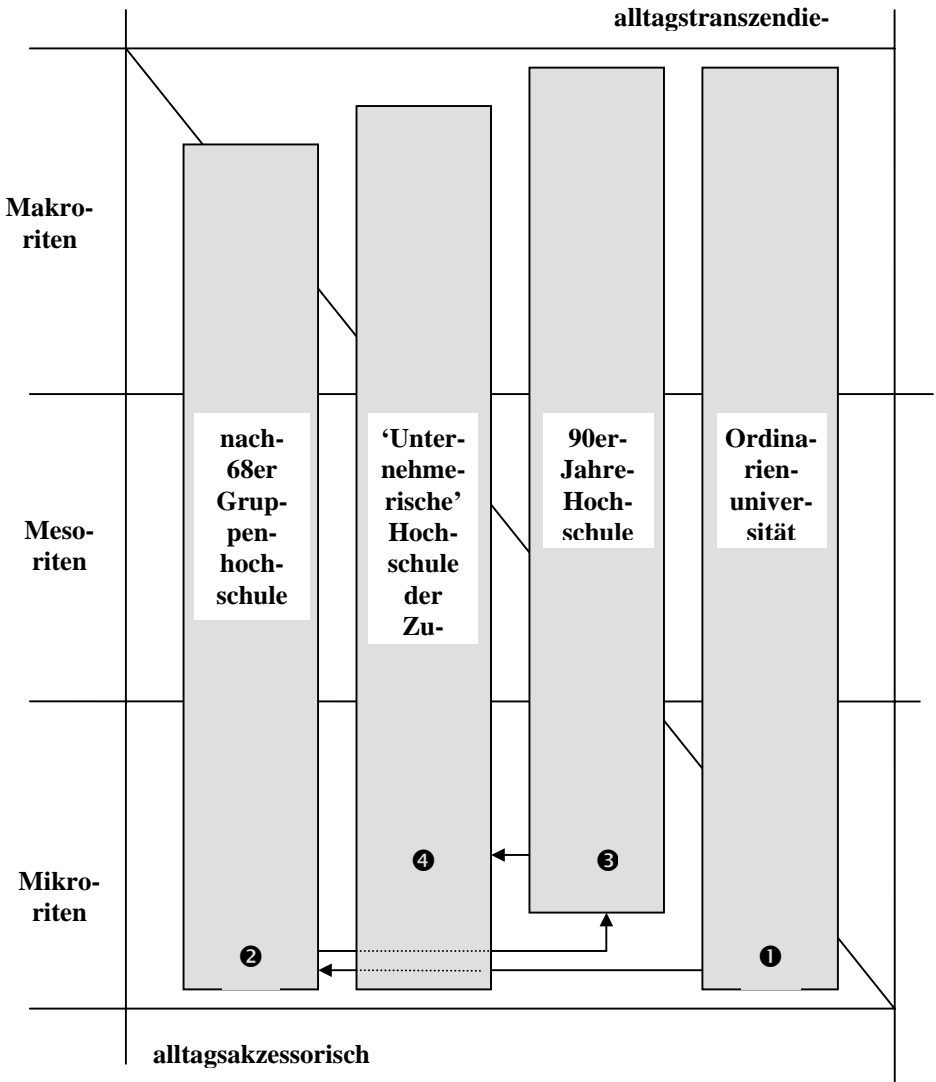
⁹⁹ Harold D. Lasswell: The Structure and Function of Communication in Society, in: L. Bryson (ed.), The Communication of Ideas, New York 1948.

¹⁰⁰ David I. Kertzer: Ritual, Politik und Macht, in: Belliger/Krieger (Hg.), Ritualtheorien, a.a.O., S. 365-390, hier S. 367.

res Studiums immer wieder Mißmut über die Form ihrer Exmatrikulation: Sie stört, daß beim Überschreiten einer wichtigen biographischen Schwelle und nach Meisterung einer ganzen Reihe von Hürden das Besondere der Situation allein darin Ausdruck findet, daß ihnen von der Mitarbeiterin des Prüfungsamtes nüchtern ein schmuckloses Abschlußzeugnis in die Hand gedrückt wird. Hier äußert sich ein Verlangen, mit der individuellen Erfahrung nicht allein zu bleiben, sondern diese kollektiv zu verdichten, eine (vermutlich flüchtige) kollektive Identität zu schaffen und damit die eigene Position in der Sozialstruktur symbolisch zu sichern: Nicht nur soll die eigene Statuserhöhung veranschaulicht, sondern gleichermaßen auch die neue Rolle symbolisch angenommen werden.

Zum zweiten tragen Rituale dazu bei, aufgekommene Konflikte auszutragen. Der akademische Habitus ist i.d.R. durch Konventionen wie Zurückhaltung, Würde und Affektbeherrschung geprägt. Eine offene Austragung von zwischenmenschlichen Konflikten ist bei Einhaltung dieser Regeln so gut wie ausgeschlossen – die Akteure sind dadurch gezwungen, sich subtilerer Formen zu bedienen, um intersubjektive Spannungen auszutragen bzw. auszuhalten. Das rituelle Repertoire der akademischen Etikette stellt dafür eine ganze Reihe von Elementen bereit, deren Befolgen wie auch Verletzen auf der rituellen Ebene das ausdrücken kann, was offen und direkt geäußert keine soziale Akzeptanz finden würde.¹⁰¹ In der Wirklichkeit zwangsläufig verdrängte emotionale Reaktionen auf soziale Rang- und Machtstrukturen werden rituell erlebbar.

¹⁰¹ Belliger/Krieger: Einführung, a.a.O., S. 15.



Die Balken repräsentieren das jeweilige rituelle Repertoire der hier grob unterschiedenen (ungleichgewichtigen) Hochschulentwicklungsphasen. Ihre vertikalen Plazierungen drücken die Verschiebungen eher hin zu Makro- oder eher hin zu Mikroriten aus. Die horizontalen Plazierungen verdeutlichen die Gewichtung zwischen alltagsakzessorischen und alltagstranszendierenden Ritualen. Die Numerierung kennzeichnet die chronologische Abfolge.

Symbolwelt und Ritualgebrauchswandel der deutschen Hochschule

Zum dritten schließlich behalten viele akademische Rituale nur oberflächlich ihre Gestalt. Zwar ist insbesondere den Makroriten ein konservativer Charakter eigen, doch zeigen neue Elemente im Symbolhaushalt der Hochschulen – z.B. das an westdeutschen Universitäten in den siebziger Jahren und teils noch heute übliche Duzen im Seminar¹⁰² – auch: die rituelle Praxis an Hochschulen vermag durchaus auf Änderungen ihres lebensweltlichen Kontextes zu reagieren.¹⁰³ Daraus ließe sich schließen, daß auch moderne Gesellschaften kollektiver, sakraler Praktiken und Rituale bedürfen und sich schöpferisch neue Objekte und Symbole der Verehrung schaffen¹⁰⁴ – eine Position, die jedenfalls die neuere Ritualdebatte durchzieht. Die Inhalte kommen und gehen, das Ritual aber bleibt? Völlig abwegig erscheint dies nicht – wir brauchen ja nur einmal, da wir gerade dabei sind, diesen Artikel betrachten. Bei genauem Anblick präsentiert er eine charakteristische Sequenz symbolischer Handlungen, subtextueller Raffinessen und distinktiver Zeichensetzungen.

Die Rituale dieses Artikels

Es geht gleich zu Beginn los: Obgleich er ein Vorwort ist, trägt der Text einen richtigen Titel: die Autoren haben schließlich auch ihre Publikationslisten zu füllen, und auf solchen klingt "Vorwort" nun doch zu wenig eindrucksvoll.

Dann sind so eifrig wie durchgehend einschlägige Autoritäten zitiert, querbeet geht das *name-dropping*. Die Botschaft: die Verfasser sind im Bilde und erstaunlich belesen. Der Subtext für Eingeweihte: sie verstehen ihre Gedankengänge geschickt gegen Einwände zu immunisieren. Aber: natürlich sind nicht *alle* im hiesigen Kontext zitierfähigen Autoritäten zitatweise ausgebeutet oder verweisungstechnisch untergebracht worden (es fehlen etwa Marcel Mauss, Herbert Spencer, Claude Levi-Strauss, James Clifford, Michel Foucault, und, besonders gewitzt, Bourdieu ist zwar zitiert, jedoch nicht mit dem "Homo academicus"). Die Botschaft:

¹⁰² Vgl. Gerhardt Amendt: Über das Suzen und Diezen an der deutschen Reformuniversität, in: *Leviathan* 3/1994, S. 307-317: "Das Duzen drückte mehreres aus: Vertrautheit, politische Gemeinsamkeit in der Ordinarienkritik, Verantwortung für das Gemeinwohl, symbolische Abgrenzung von rigiden Traditionen sprachloser Konfliktvermeidung, ja sogar gemeinsamen Kampf für die Befreiung von der Geisel kapitalistischer Mehrwerterpressung. [...] Was ist die Du-Du-Form heute? Für die Hochschullehrer ist sie ein Hilfsmittel, ihren grauer und spärlicher werdenden Kopfschmuck zu verleugnen, zu ignorieren, daß sie älter werden und daß die Alterskluft zwischen ihnen und den Studenten unübersehbar wird... Das 'Du-Du' behauptet auf der hochschulpolitischen Ebene eine Vertrautheit, die nicht mehr besteht." (S. 308, 310)

¹⁰³ Vgl. den Beitrag von Michael Daxner: Akademische Rituale der Gruppenuniversität, in diesem Band.

¹⁰⁴ Durkheim: Die elementaren Formen des religiösen Lebens, a.a.O., S. 514.

die Verfasser sind ziemlich souverän im Umgang mit den Autoritäten und haben es keineswegs nötig, alles und jeden zu zitieren.

Dagegen haben die Autoren es nicht vermieden, sich selbst zu zitieren. Die Botschaft: dies ist nicht ihre erste bedeutende Veröffentlichung. Ein Zitierkartell ist gleichfalls dokumentiert: Immerhin steht einer der Verfasser in der Danksagung einer Leipziger medizinischen Dissertation, da gehört es sich, diese Arbeit und ihren Autor bei Gelegenheit auch einmal in einer Fußnote unterzubringen. Die Gelegenheit war jetzt.

Die Sprache des Artikels bemüht sich einerseits um verständliche Ausdrucksweise, doch sollte dies andererseits nicht übertrieben werden: denn insgesamt mag man denn doch einen 'akademischen Eindruck' hinterlassen. Ebenso ist Wert darauf gelegt worden, nicht an sämtlichen Modekonzepten vorbeizuschreiben, sondern wenigstens einige Signalbegriffe unterzubringen: es finden sich Verweise auf Diskurse, Medien, Theatralität und noch manches andere mehr (– um den eiligen Leser, der auf der Suche nach Zusammenfassungen nur Schlußkapitel liest, hier nicht komplett zu bedienen).

Selbstredend ist das Potpourri auch mit einigen interdisziplinären Anregungen angereichert, denn das macht man heute so. Der "Ritualgebrauchswandel" kommt vom soziolinguistischen Sprachgebrauchswandel, die Kennzeichnung der Rituale als (auch) Medien eröffnet den Seitenblick in die Medienwirkungsforschung, die Differenzierung von alltagsakzessorischen und -transzendierenden Ritualen geht auf eine entsprechende Unterscheidung in der Drogengebrauchsforschung zurück.

Schließlich: Indem die Verfasser, wie gerade geschehend, ihre rituelle Selbstverstrickung thematisieren, frönen sie einem historisch eher jungen Ritual, nämlich Selbstreflexivität zu zelebrieren, die eigene Subjektposition im großen Drama der Objektivierung lustvoll zu dekonstruieren und sich selbstironisch dorthin zu plazieren, wo die Wissenschaft endlich nicht mehr die endlos zweifelhafte Wahrheit, sondern den Spaß an wechselnden Konjunkturen und den sich daraus ergebenden Aufmerksamkeitschancen produziert – also dort, wo Ulrich Beck (zweiter Modernist), Gerhard Schulze (Erlebnisgesellschaftler), Peter Sloterdijk (sphärisch Blasender), Ronald Hitzler (Bastelbiographiker) und all die anderen schon sind.

Symbolzertrümmerung

Der Angriff der Studentenbewegung auf die Insignien universitärer Macht

Wolfgang Kraushaar
Hamburg

I. Kein anderer Slogan aus der Zeit der Studentenbewegung hat sich so sehr ins Gedächtnis eingegraben wie jener, der am 9. November 1967 im Auditorium maximum der Universität Hamburg den Teilnehmern einer Rektoratsfeier

präsentiert wurde: „Unter den Talaren Muff von 1000 Jahren“. Die Zielscheibe der Protestaktion waren unmißverständlich die Ordinarien, denen gegenüber der Vorwurf erhoben wurde, daß sich unter ihren akademischen Traditionsgewändern der Ungeist des Nationalsozialismus verberge. Die beiden Studenten, die das schwarze Transparent mit den weißen Lettern vor sich hertrugen, waren die beiden stellvertretenden AStA-Vorsitzenden Detlev Albers und Gert Hinnerk. Das berühmte Foto, das die beiden zeigt, wie sie sich an die Spitze des Zuges der in Talaren gekleideten Professoren setzen und die Treppe zum Versammlungsort hinuntersteigen, wirkt heute auf eigentümliche Weise brav. Die beiden studentischen Akteure sind feierlich gekleidet, sie tragen dunkle Anzüge und Krawatten. Während sie in einer Mischung aus Hilflosigkeit und Verschmitztheit grinsen, blicken der Rektor und ein weiterer Ordinarius, die wie zur unfreiwilligen Illustrierung der Klageformel hinterherstapfen, ernst und beinahe grimmig. Niemand macht Anstalten, den Studenten das Spruchband zu entreißen. Die Professoren scheinen sich ihrem Schicksal, wie Nasenbären der Geschichte in den Ring geführt zu werden, widerspruchslos zu fügen. Das Ganze wirkt inszeniert wie bei einer eher mittelmäßigen Theateraufführung.

Doch die Aufnahme hat einen trügerischen Charakter. Zwar gibt sie einen wichtigen Moment wieder, den Höhepunkt einer symbolischen Aktion, sie vermittelt jedoch kaum etwas davon, was sich zu jener Stunde im Audimax tatsächlich abgespielt hat. Die akademische Feierstunde begann bereits unter dramatischen Vorzeichen und vollzog sich in einer selbst für jene Tage außerordentlichen Turbulenz. Durch einige Vorfälle auf dem Universitätsgelände alarmiert hatten sich der Rektor und der In-

nensenator darauf verständigt, eine Gruppe von Polizeibeamten in Zivil – nach Aussagen des AStA über zwanzig Personen – der akademischen Feier beiwohnen zu lassen, um im Bedarfsfalle für die Sicherheit der Beteiligten zu sorgen. Mehreren Mitgliedern des „Sozialistischen Deutschen Studentenbunds“ (SDS) wurde bereits der Eintritt zum Audimax verwehrt. Als diese ihre Eintrittskarten vorwiesen und deutlich machten, daß sie sich das nicht gefallen lassen würden, kam es zu einem Handgemenge. Einer der Studenten wurde dabei so hart in die Mangel genommen, daß er einen Arzt aufsuchen mußte. Ein anderer wurde vorläufig festgenommen, in einen der Kellerräume abgeführt, durchsucht und verhört. Doch vergeblich – er führte nichts bei sich, was das Mißtrauen der Ordnungshüter hätte rechtfertigen können.

Nach der Transparentaktion hielt der neue Rektor, der Wirtschaftswissenschaftler Professor Dr. Werner Ehrlicher, wie vorgesehen seinen Antrittsvortrag über die Wirtschaftsrezession der Jahre 1966/67 und ihre politischen Folgen. Er konnte sich jedoch in dem mit über 1000 Personen besetzten Saal kaum verständlich machen. Zahlreiche Studenten riefen dazwischen, intonierten Sprechchöre und verlangten, durch rhythmisches Klatschen immer wieder unterstützt, nach einer Hochschulreform. Angeprangert wurde insbesondere das „starre Festhalten an undemokratischen Formen und Traditionen“ der Universität. Unmittelbar nach Beendigung seines Vortrags verließ der Rektor, von seinem gesamten Lehrkörper treu gefolgt, fluchtartig das Audimax. So entging ihnen, was der AStA-Vorsitzende Björn Pätzold in seiner Rede an Mängeln und Mißständen der Hamburger Universität aufzuzeigen wußte. Zu der auf Flugblättern geforderten Diskussion über Reformmaßnahmen konnte es wegen des vorzeitigen Auszugs der Professoren dann ohnehin nicht mehr kommen.

Bemerkenswert an den Berichten über die ungewöhnliche Rektoratsfeier war insbesondere, daß Springer-Zeitungen wie die *Welt* und die *Bild* lediglich vom „Muff von 100 Jahren“ schrieben. Der Bezug zum „Tausendjährigen Reich“ der Nazis war damit getilgt. Was manche Zeitungen nicht zu melden bereit waren, das wurde allerdings durch einen Zwischenfall um so nachhaltiger in Erinnerung gerufen. Der Islamwissenschaftler Professor Dr. Berthold Spuler, Direktor des Orientalischen Seminars, hatte den Protestierern während der verunglückten Feierstunde kurzerhand entgegengeschleudert: „Ihr gehört alle ins KZ!“ Damit hatte er in seinem Zorn unfreiwillig eine Bestätigung für den Slogan der beiden Studentenschaftsvertreter geliefert. Der Ordinarius geriet dieser Äußerung wegen so sehr unter Druck, daß er ein Disziplinarverfahren gegen sich selbst einleitete und schließlich trotz einiger „Ehrenerklärungen“ seiner Kollegen vorläufig suspendiert wurde. Drei Monate später durfte

der Wissenschaftler, der nicht nur, wie sich schon bald herausstellte, SA- und NSDAP-Mitglied gewesen war, sondern während des Krieges auch im Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete gearbeitet hatte, seine Lehrtätigkeit wieder aufnehmen, weil sich, wie die Hamburger Schulbehörde meinte mitzuteilen müssen, „zahlreiche Schüler“ für seine Rückkehr in den Hörsaal ausgesprochen hätten. Wie kurze Zeit später bekannt wurde, hatten sich lediglich 14 Studenten bereit gefunden, dem Wunsch Ausdruck zu verleihen, den Veranstaltungen des unter Kollegen als „erkonservativ“ geltenden Orientalisten auch in Zukunft als Hörer beiwohnen zu wollen.

II. Universitäten sind nach einem Wort des Historikers Hans-Werner Prahl „historisch sedimentierte Institutionen“, in denen sich „geschichtliche Konstellationen abgelagert“ und zu einem gewissen Teil „gegenüber Wandlungen resistent gemacht“ haben. „Die Beharrungstendenzen“, schreibt Prahl weiter, „sind schon im äußerlichen unübersehbar: Kleidung, Insignien, Rituale, Sprachgewohnheiten und Titel verweisen auf Vergangenes, obwohl Hochschulen längst zu bürokratisierten Großbetrieben geworden sind.“¹ Die Initiationsriten einer solchen Eliteinstitution sind insofern ebenso wie ihre Rechts- und Verwaltungspraktiken versteinerte Zeugen von Herrschaftsgeschichte.

Im Unterschied zu den Universitäten in Italien und Frankreich etwa, die als Ausdruck eines sich bereits früh emanzipierenden städtischen Bürgertums begriffen werden können, sind die deutschen Universitätsgründungen von Anfang an obrigkeitliche Gründungsakte gewesen, die von fürstlichen oder städtischen Stiftern initiiert wurden. Der Soziologe Helmut Schelsky hat darauf hingewiesen, daß dieser Charakter der Staats-, Landes- oder Stadt-Universitäten „eine Territorialisierung der deutschen Universitäten, ja der Wissenschaften und des geistigen Lebens überhaupt“² begründet habe. Bezeichnenderweise folgten die deutschen Universitäten in ihren innerorganisatorischen Prinzipien nicht etwa dem Vorbild von Bologna, sondern dem der als besonders autoritär geltenden „Kanzler-Universität“ von Paris. Es waren Magisterkorporationen mit einem Rektor an der Spitze, in denen der Kanzler den Kirchenvertretern eine besonders einflußreiche Machtposition sicherte.

Mitte der sechziger Jahre galten die Universitäten in ihrer Struktur als antiquiert, ineffizient und legitimierungsschwach. Der Bildungsnotstand,

¹ Hans-Werner Prahl, Sozialgeschichte des Hochschulwesens, München 1978, S. 10.

² Helmut Schelsky, Einsamkeit und Freiheit. Idee und Gestalt der deutschen Universität und ihrer Reformen, Reinbek 1963, S. 18.

der zum geflügelten Wort geworden war und am schmerzlichsten in den Hochschulen empfunden wurde, drückte einen materiellen Mangel ebenso wie eine strukturelle Schwäche aus. Um einen Ausweg aus dieser Situation zu finden, schien anderes nötig zu sein, als nur mehr Geld in den lange Zeit vernachlässigten Sektor zu stecken. Als entscheidender Schlüssel wurde eine Demokratisierung der in weiten Bereichen immer noch feudal strukturierten Universitäten angesehen.

Da die politisch radikalen Studenten mit dem aus der SPD hinausgeworfenen SDS an ihrer Spitze nicht über die Macht verfügten, Reformen in Gang zu bringen, bei der die Studentenschaft drittelparitätisch in den Entscheidungsgremien vertreten gewesen wäre, begannen sie mit einem Sturm auf die Insignien der überholten Macht. Wo immer es ihnen möglich war, versuchten sie die akademischen Institutionen und ihre Repräsentanten bloßzustellen.

Dabei ging es ihnen jedoch nicht nur darum, zwischen legitimen und nicht-legitimen Autoritäten zu unterscheiden sowie überholte Autoritäten vom Sockel zu stürzen, sondern die Institutionen als solche anzugreifen. Das Gehäuse wissenschaftlicher Lehre war ihnen mehr als nur verdächtig, es galt ihnen wegen seiner Verwendung durch das NS-Regime als diskreditiert. Man versuchte, wo irgend möglich, die verborgenen Kontinuitäten von Professoren zur NS-Zeit nachzuweisen, um damit die Einrichtung als Ganzes zu treffen.

Die Studentenbewegung war in ihrem Kern antiinstitutionell ausgerichtet. Es existierte eine regelrechte Antinomie zwischen Institution und Bewegung. Was zählte, war die Vollversammlungsdemokratie, das gesprochene Wort, die Bedeutung einer Person unter Absehung von Funktion, Rolle und Titel. Nicht ohne Grund stand Spontaneität besonders hoch im Kurs. Die Furcht vor falschen Festlegungen, vor Verdinglichung und Entfremdung, vor anonymen und kaum transparenten Prozessen in unüberschaubaren Bürokratien war allgegenwärtig.

Ein weiterer Gesichtspunkt war der veränderte soziale Status der akademischen Bildung. Mit wachsendem Bruttosozialprodukt stieg die Nachfrage nach höherer Qualifizierung im allgemeinen ebenso wie die nach Studienplätzen im besonderen. Ausbildung war immer weniger ein bloßes Mittel zur Absicherung eines Status, der durch die Familie, zu meist durch den Vater, ererbt wurde; Ausbildung wurde selbst zum Medium sozialer Mobilität. Nun sollte es darauf ankommen, die gebotenen Chancen durch die Erbringung individueller Leistungen zu nutzen. Nur die Qualifikation konnte das Tor zu einer neuen Berufswelt aufstoßen.

Kaum jemand dürfte den Angriff auf die Ordinarienuiversität und die alten Bildungsprivilegien mit drastischeren Worten beschrieben haben als der Schriftsteller Gerhard Zwerenz:

„Ja, wir kommen, aufgepaßt Ihr akademischen Traditionstrottel und Universitäts-Erbhofbesitzer, Eure Exklusivität ist im Eimer, Eure Zeit läuft ab. Aufgepaßt, wir kommen, kriechen aus den Gullys, den muffigen Mietskasernen, Hinterhofpißwinkeln, Kellerlöchern, Wanzendachkammern, kommen aus letzten Landschaften, die vor Jahrhunderten vergessen worden sind, aus beschränkten Kleinstädten und Kaffs, entlaufen Fabriken, Meistern, Maschinen, Besitzern. Wir kommen...“³

Der ehemalige Leipziger Student, der bei Ernst Bloch Philosophie studiert hatte und 1957 in den Westen geflohen war, lag im objektiven Trend der Zeit. Nicht zufällig erkannte er sich in den wichtigsten Zielsetzungen der Studentenbewegung wieder.

III. Zu ähnlichen Zwischenfällen wie in Hamburg kam es im Wintersemester 1967/68 und im Sommersemester 1968 auch bei anderen akademischen Feierlichkeiten an westdeutschen Universitäten wie in Göttingen, Heidelberg, Kiel, Marburg und Tübingen. Den Vogel bei den zumeist happeningartig verlaufenden Aktionen schossen dabei zweifelsohne Studenten der Freien Universität in West-Berlin ab. Im Anschluß an eine Vollversammlung besetzten dort am 27. Juni 1968 rund einhundert Studenten das Rektorat und verbarrikadierten sich bei der Ankunft der von Universitätsangehörigen eilends herbeigerufenen Polizei. Als dann mit Daniel Cohn-Bendit einer der Anführer der Pariser Studentenrevolte auf einer Abendveranstaltung im Audimax vor 2.000 Zuhörern eine „Neuordnung aller Institute und der ganzen Universität“ forderte, preschte der Kommunarde Fritz Teufel mit einer skurril-eigenwilligen Aktion vor. Das schon von seiner Haarpracht und seinem Vollbart her unübersehbare Idol der antiautoritären Bewegung schnappte sich kurzerhand die Robe des Rektors, die im Laufe der Besetzungsaktion aus dem Amtszimmer geworfen worden war, hängte sie sich über und fuhr in dieser Verkleidung mit einem Fahrrad lautstark klingelnd im Mittelgang des Saales auf und ab. Dabei gab er sich als „neuer Rektor“ aus und erklärte unter Gelächter und Beifall seiner Kommilitonen, er wolle sich großzügig erweisen und den Studenten alle Institute zur Verfügung stellen.

Im Laufe der nächsten Tage staunten einige Professoren nicht wenig, als die Post ihnen ein Dokument zuschickte, in dem ihnen die fristlose Kündigung mitgeteilt wurde. Die Schreiben stammten dem Anschein nach aus dem Rektorat, sie waren ordnungsgemäß adressiert und mit dem

³ Gerhard Zwerenz, Kopf und Bauch. Die Geschichte eines Arbeiters, der unter die Intellektuellen gefallen ist, Frankfurt/Main 1971, S. 132.

Dienstsiegel versehen. Erst beim Blick auf die Unterschrift des für die überraschende Maßnahme Verantwortlichen fiel einigen auf, daß es sich bei der Entlassungsaktion um die „erste Amtshandlung des neuen Rektors Fritz Teufel“ gehandelt hatte. Erst jetzt begann sich der Schreck, der einigen Ordinarien, wie sie später kleinmütig bekannten, in die Glieder gefahren war, wieder zu legen.

Verglichen mit dem, was sich während derselben Zeit auch an anderen Universitäten, insbesondere bei Inaugurations- und Immatrikulationsfeiern, abspielte, war die Entwendung professoraler Insignien keineswegs ungewöhnlich, sie unterschied sich lediglich durch die Konsequenz, mit der die Zweckentfremdung an der FU beim Worte genommen und soweit durchgespielt wurde, daß, wie seinerzeit üblich, von einer „Umfunktionalisierung“ gesprochen werden konnte. Regelverstöße dieser Art, die über bloße Regelverletzungen hinausgingen und bereits den Tatbestand eines Strafdelikts erfüllten, gehörten zum Metier der Kommune I. Die Gruppierung, die erstmals im April 1967 durch das sogenannte Pudding-Attentat auf den US-Vizepräsidenten Hubert Humphrey für Schlagzeilen sorgte, hatte es sich zum Prinzip gemacht, durch Provokationen die verborgenen Reaktionsmuster einer autoritär strukturierten Einrichtung wie der Universität herauszukitzeln, ihre Herrschaftsmechanismen aufzudecken und wenn möglich der Lächerlichkeit preiszugeben. Von Happening-Künstlern wie Wolf Vostell, Bazon Brock und Joseph Beuys entwickelte Darstellungsformen, die auf die Einmaligkeit des gelebten Augenblicks abzielten, vermischten sich hier mit Motiven des traditionellen Studentenulks, dem schon immer an der Bloßstellung professoraler Attitüden gelegen war.

Dieter Kunzelmann, Rainer Langhans, Fritz Teufel und die anderen Kommunarden waren die Protagonisten einer Aktionsmethode, die für eine gewisse Zeit außerordentlich erfolgreich war, obwohl sie von den meisten Zeitgenossen nicht verstanden wurde. Sie betrieben Bluff, Imitation, Simulation – immer das Gegenteil von dem, was Realpolitik zu sein beanspruchte. Ihre Absicht war es, falsche Autoritäten, insbesondere deren Popanz, zu treffen und ihre Legitimationsunfähigkeit aufzudecken. Es ging ihnen vor allem darum, Symbole der Macht zu attackieren und wenn möglich zu destruieren. Wenn der Satz, daß Lächerlichkeit töten könne, jemals seine Berechtigung hatte, dann unter den Aktivisten der Kommune I.

Es blieb jedoch nicht bei der Destruktion alter Symbolwelten. Zumeist war sie verknüpft mit der Schaffung neuer. Die Identifikation mit revolutionären Programmen und Personen ging einher mit der Einübung anarchistischer, sozialistischer und kommunistischer Symbolwelten. Rote und schwarze Fahnen, Kampfpapieren und Lieder, Buttons und Embleme, gereckte Fäuste und genossenschaftliche Anrede – eine Fülle von histo-

risch besetzten Zeichen und Gesten wurde reaktiviert. Ebenso rasant, wie sich die Entwertung bürgerlich tradierter Symbole vollzog, folgten ihr die Szenarios revolutionärer Bildwelten und die Kultivierung neuer Vor- und Leitbilder.

In kürzester Zeit wurde außerdem eine sozialistische Ahnengalerie aus dem Hut gezaubert, die von den Stammvätern des Marxismus, Karl Marx und Friedrich Engels, bis zu den seinerzeit gerade aktuellen Heroen der Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt, Ho Chi Minh und Che Guevara, reichten. Zugleich symbolisierten sie als Grundüberzeugungen den Anti-Kapitalismus sowie den Anti-Imperialismus. Die Identifikationsucht machte auch vor bereits damals überführten Massenmördern wie Stalin und Mao Tse-tung nicht halt. Besonders hoch in der totalitären Ikonologie standen allerdings jene im Kurs, die unmittelbar im Kampf standen oder bereits ihr Leben für die revolutionären Ziele geopfert hatten. Idealfigur war zweifelsohne der argentinische Arzt Guevara, der an der Seite Fidel Castros einen revolutionären Umsturz auf Kuba herbeigeführt hatte und 1967 in Bolivien ermordet worden war. Wie kein anderer eignete er sich als Projektionsfigur für die ungestillten Veränderungswünsche und Umsturzphantasien der Studenten. In seiner jesuähnlichen Physiognomie, die ihn als globales Popidol hat überleben lassen, spiegeln sich die Unerfülltheit einer revolutionären Romantik ebenso wie der nicht nur für das Christentum besonders charakteristische moralische Rigorismus.

IV. Als einer der ersten hatte der Sozialphilosoph Jürgen Habermas, der mehrere Jahre lang als einer der Mentoren des SDS galt, führenden Sprechern der Studentenbewegung auf dem Höhepunkt ihrer Revolte die Verwechslung von symbolischen mit realen Handlungen vorgeworfen. Auf dem Schüler- und Studentenkongreß Pfingsten 1968 in der Frankfurter Universität warf er den Akteuren vor, eine „Scheinrevolution“ zu betreiben, die den Zielen einer Demokratisierung letztendlich nur schaden könne. „Die neuen Demonstrationstechniken, die nur symbolische Handlungen einschließen können“, trug er seine Einwände vor,

„verwandeln sich in den Köpfen altgedienter SDSler zu Mitteln des unmittelbaren revolutionären Kampfes. Eine rote Fahne im richtigen Augenblick auf dem richtigen Dach kann eine aufklärende Wirkung haben; sie kann eine Tabuschränke durchbrechen, eine Barriere gegen Aufklärungsprozesse aus dem Wege räumen. Etwas anderes ist es aber, wenn ein solches Symbol diejenigen, die es setzen, darüber betrügt, daß es heute um einen Sturm auf die Bastille nicht gehen kann. Wie die Vorgänge in den Räumen der Frankfurter Universität... unmißverständlich zeigen, verwechseln einige führende Akteure den virtuellen Vorgang einer Universitätsbesetzung mit einer faktischen Machtergreifung. Eine so gravierende Verwechslung von Symbol und Wirklichkeit erfüllt im klinischen Bereich den Tatbestand der Wahnvorstellung. Derjenige, der sich der aus der Protestpsy-

chologie von Jugendlichen stammenden Techniken nicht als Erwachsener, nämlich im Bewußtsein ihres virtuellen Charakters bedient, wer sie vielmehr, wie das Kind selber, ernst nimmt, verfällt damit einem Infantilismus. Die Verwechslung von Realität und Wunschphantasie hat ferner zur Folge, daß an Stelle der allein gebotenen Strategie massenhafter Aufklärung die Taktik der Scheinrevolution tritt.“⁴

Habermas sprach in diesem Zusammenhang eine Rektoratsbesetzung an, zu der es im Rahmen von Aktionen gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze gekommen war. Dabei waren mehrere Insignien rektoraler Machtausübung entwendet worden.

Unter den Kritikern, die durch diese Kritik wiederum auf den Plan gerufen wurden, setzte sich insbesondere der ehemalige SDS-Bundesvorsitzende und spätere Psychoanalytiker Reimut Reiche mit dem Vorwurf der Verwechslung von Symbol und Realität auseinander. „In den Symbolen der neuen Bewegung, vielmehr in der provokativen Verwendung historischer und exotischer Symbolzeichen“, verteidigte er in dem Band „Die Linke antwortet Jürgen Habermas“ das studentische Vorgehen,

„wird eine neue Form der psychologischen Beziehung zur Umwelt erprobt, eben jenes neue Realitätsprinzip, das ihnen permanent verweigert wird... Die Symbolbildungen erleichtern unmittelbare und spontane Identifikationsprozesse. Es hängt vom Sublimierungsgrad in der Art und der Verwendung der Symbole ab, wie ich-fördernd diese Identifikationsprozesse sind ... Die rote Fahne in der Hand von Beethoven auf dem Bonner Münsterplatz und in den Händen von Tausenden von Menschen, die am Vormittag des 11. Mai in kleinen Gruppen durch Bonn rannten, hatte außer der phallisch-aggressiven noch eine andere Funktion: nämlich eine autoritätslösende, kollektiv befreiende und Identität herstellende Funktion. Nur auf dieser Basis können die kognitiven Prozesse stabil und massenhaft einsetzen... Die Symbole der gegenwärtigen antiautoritären Bewegung werden nicht in einer rigiden Form von oben eingesetzt, nicht von einem klassischen Partei-Über-Ich angeordnet; sie sind wirklich das spontane Produkt dieser Bewegung.“⁵

Das von Reiche erwähnte Beispiel bezieht sich auf den Sternmarsch auf Bonn, mit dem die Kampagne für Demokratie und Abrüstung bundesweit gegen die Notstandsgesetze mobilisierte. Bemerkenswert ist an seiner Argumentation, wie er den Kanon einer linken Politsymbolik, die selbst von autoritären Zügen geprägt ist, so umzuinterpretieren versucht, daß ihr eine positive, die Subjektautonomie stärkende Funktion beige-messen werden kann.

⁴ Jürgen Habermas, Die Scheinrevolution und Ihre Kinder. Sechs Thesen über Taktik, Ziele und Situationsanalysen der oppositionellen Jugend, in: *Frankfurter Rundschau* vom 5. Juni 1968.

⁵ Reimut Reiche, Verteidigung der „neuen Sensibilität“, in: Wolfgang Abendroth u.a., *Die Linke antwortet Jürgen Habermas*, Frankfurt/Main 1968, S. 99-101.

V. Nicht erst seit den richtungweisenden Analysen des französischen Soziologen Pierre Bourdieu weiß man, daß sich über Graduierungen, Titel und andere symbolische Güter soziale Macht reproduziert.⁶ Das universitäre Graduierungswesen entstand bezeichnenderweise erst in dem Moment, als mit dem Zusammenschluß der Magister und Scholaren zu einer genossenschaftlichen Korporation organisatorische Regelungen notwendig wurden, um den Zugang zur Korporation zu begrenzen. Der Eintritt in die Korporation stand also nicht allen offen, sondern wurde an bestimmte Kriterien wie Lebensalter, Lateinkenntnisse, spezifische Fachqualifikationen usw. geknüpft. „Jeder gradus, d.h. Stufe im wissenschaftlichen Bereich, ist gleichzeitig ein status, Berufsstand, Lebensstand, dem entsprechende Ehrenvorrechte gebühren.“⁷ Das akademische Graduierungssystem hat Prahl zufolge die Funktion, „die interne Differenzierung der Hochschulen mit der Gesellschaftsstruktur kompatibel“ zu machen. Bereits Max Weber hatte in „Wirtschaft und Gesellschaft“ die zunehmende Rolle von Bildungszertifikaten als Instrumenten der Sozialprivilegierung erkannt. „Wenn wir auf allen Gebieten“, schreibt er,

„das Verlangen nach der Einführung von geregelten Bildungsgängen und Fachprüfungen laut werden hören, so ist selbstverständlich nicht ein plötzlich erwachender ‚Bildungsdrang‘, sondern das Bestreben nach Beschränkung des Angebots für die Stellungen und deren Monopolisierung zugunsten der Besitzer von Bildungspatenten der Grund. Für diese Monopolisierung ist heute die ‚Prüfung‘ das universelle Mittel, deshalb ihr unaufhaltsames Vordringen. Und da der zum Erwerb des Bildungspatents erforderliche Bildungsgang erhebliche Kosten und Karenzzeiten verursacht, so bedeutet jenes Streben zugleich die Zurückdrängung der Begabung (des Charisma) zugunsten des Besitzes, – denn die ‚geistigen‘ Kosten der Bildungspatente sind stets geringe und nehmen mit der Massenhaftigkeit nicht zu, sondern ab.“⁸

Um einiges radikaler hatte Marx schon Mitte des 19. Jahrhunderts das Graduierten- und Prüfungswesen als „Hierarchie des Unsinnns“ gegeißelt. An einer wirklich egalitären Allgemeinbildung könne das Bürgertum ja gar nicht interessiert sein. Denn das würde voraussetzen, daß „die ganze Gesellschaft sich in der Situation dieser Klasse befindet, also z.B. Geld und Bildung besitzt oder beliebig besitzen“ könne. Die Examina stellten nichts anderes, so argumentiert er, als eine staatliche Konstruktion dar.

⁶ Siehe Pierre Bourdieu/Luc Boltanski/Monique de Saint Martin/Pascale Maldidier, Titel und Stelle. Über die Reproduktion sozialer Macht, Frankfurt/Main 1981.

⁷ Ludwig Boehm, Die Verleihung akademischer Grade an den Universitäten des 14.-16. Jahrhunderts, in: Chronik der Ludwig-Maximilian-Universität München 1958/59, S. 172.

⁸ Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie, 2. Halbband, hrsg. von Johannes Winckelmann, Tübingen 1976, S. 577.

„Das ‚Examen‘ ist nichts als eine Freimaurereiformel, die gesetzliche Anerkennung des staatsbürgerlichen Wissens als eines Privilegiums.“⁹

An diese ebenso antibürgerliche wie antistaatliche Vorstellung haben die radikalsten Teile der Studentenbewegung anzuknüpfen versucht.

VI. Die Idee einer radikalen Demokratisierung der Universitäten ist gescheitert. Der Versuch, eine auf sozialer Ungleichheit basierende Gesellschaft über eine grundlegende Reform ihrer Bildungseinrichtungen zu verändern, konnte nicht zum Erfolg führen. Desgleichen war auch der Versuch zum Scheitern verurteilt, die Universität als einen Ort herrschaftsfreier Kommunikation und Interaktion zu etablieren – dazu mangelte es an einem *fundamentum in re*. Das in den siebziger Jahren an bundesdeutschen Hochschulen ubiquitäre Sich-Duzen, die Verwerfung fast aller akademischen Formen und die systematische Höherbenotung von Examina konnten nur zum Schein der alten Institution ihre Herrschafts-, Differenzierungs- und Leistungsfunktion nehmen.

In der DDR konnten im Schatten der SED-Herrschaft zahlreiche Formen der Ordinariuniversität überwintern. Einerseits war zwar eine Entnazifizierung des Lehrkörpers betrieben worden, andererseits wurde jedoch die traditionelle Rektorats- und Senatsstruktur beibehalten. Dieser Übernahme einer autoritativen Grundorientierung entsprach die zentrale Lenkung des Hochschulwesens durch ein eigenes Ministerium. Die SED bediente sich der feudalen Überbleibsel in der Universitätsstruktur, um sie als Transmissionsriemen für ihre eigenen Herrschaftsinteressen zu benutzen.

Die Ansicht, daß es sich bei akademischen Formen weder um Äußerlichkeiten noch um Relikte überholter Zeiten handle, ist heute sicherlich weniger verbreitet als vor der studentischen Revolte am Ende der sechziger Jahre. Trotzdem kann nicht ausgeschlossen werden, daß die Überzeugung, Universitäten benötigten in ihrer Selbstdarstellung einen Kanon bestimmter Rituale und Symbole, wieder zunimmt. Der Universitäts-historiker Hans-Werner Prahl vertritt, obwohl er die unübersehbaren Elemente sozialer Ungleichheit in den Graduierungsprozessen selbst angeprangert hat, die Überzeugung, daß Hochschulen aus ihrer besonderen Funktion heraus „die Brücke zur Vergangenheit herstellen“ müßten. „Der Appell an die Geschichte“, gibt er zu bedenken,

„an die Traditionen des Wissens, der in den Ritualen, Zeremonien und Titeln enthalten ist, verschafft den Hochschulen eine Legitimation, die rational – also durch vernunftbetontes Gespräch, durch Überlegung, Differenzierung und Dis-

⁹ Karl Marx, Kritik des Hegelschen Staatsrechts, in: Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 1, Ost-Berlin 1970, S. 253.

*kussion – so nicht erzeugt werden könnte. Hochschulen leben also nicht bloß in ihrer Geschichte, für sie ist die Geschichte lebensnotwendig.*¹⁰

Es gebe keine völlige Synchronität zwischen den Einrichtungen der höheren Bildung und der modernen Gesellschaft. Gerade aus ihrer relativen Ferne zu Politik und Gesellschaft bestimme sich ihr Ort in der Geschichte.

Die Reaktivierung von längst als überholt angesehenen universitären Herrschaftssymbolen könnte dennoch auch als Indiz für das Wiedereinsetzen restaurativer Tendenzen im Hochschulwesen ebenso wie in der Gesellschaft bewertet werden. Der Philosoph und Schriftsteller Walter Benjamin, dem eine akademische Karriere versperrt blieb und der auf der Flucht vor den Nazis Selbstmord beging, hatte sein Mißtrauen gegenüber den universitären Symbolwelten bereits als Student zum Ausdruck gebracht. „Es führt zu nichts Gutem“, schrieb er in seinem Aufsatz über „Das Leben der Studenten“, „wenn Institute, wo Titel, Berechtigungen, Lebens- und Berufsmöglichkeiten erworben werden dürfen, sich Stätten der Wissenschaft nennen.“¹¹

Diese Skepsis muß nicht unbedingt geteilt werden, Anlaß zum Nachdenken sollte sie dennoch geben.

¹⁰ Hans-Werner Prah, Sozialgeschichte des Hochschulwesens, München 1978, S. 10.

¹¹ Walter Benjamin, Das Leben der Studenten, in: ders., Gesammelte Schriften, Bd. II,1, hrsg. von Rolf Tiedemann und Hermann Schweppenhäuser, Frankfurt/Main 1977, S. 76.

Akademische Rituale der Gruppenuniversität

Michael Daxner
Oldenburg

Schon der Begriff "Gruppenuniversität" ist ein ritueller Begriff: unter dem Signum "Gruppe" wird etwas anderes suggeriert, als es tatsächlich bedeutet. *Gruppe* meint soziologisch eine distinkte, an originären Merkmalen erkennbare Menge

von Menschen, die sich mit hinreichender Trennschärfe von anderen Gruppen unterscheidet. Die Gruppen der Gruppenuniversität sind aber "Status-Gruppen", d.h. synthetisch von Gesetzgeber und Interessenverbänden gesetzte Einheiten. Anders als bei der üblichen Gruppendifinition beziehen sich diese Gruppen *unbedingt* aufeinander und stehen alle (vier) in einem gleichzeitigen, aber nicht gleichberechtigten Interesse zu einer Institution, der Hochschule, nicht aber zur Gesellschaft selbst. Die vier Gruppen sind nach dem Hochschulrahmengesetz von 1975 die Professoren, der Mittelbau (im Gesetz: wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und -mitarbeiter, sowie eine Mehrzahl von Fachbezeichnungen, die einige Male verändert wurden: es „gibt“ nämlich keinen Mittelbau, sondern es werden in dieser synthetischen Gruppe verschiedene Merkmale gemischt; Mittelbau selbst ist ein ritueller Begriff, vgl. HRG § 38 (2) in der Fassung von 1993), die Studentinnen und Studenten sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im technischen und Verwaltungsdienst. Sie gehören kollusiv zum personellen Inventar einer Institution, die sich abschließend nur aus diesen Gruppen und der Leitung, als imaginärer fünfter "Gruppe", zusammensetzen darf.

1. Klassen, Schichten, Typen – warum nicht auch Gruppen?

Eine genaue Geschichte und Würdigung der Gruppenuniversität mögen sich die geschätzten LeserInnen selbst aneignen, wenn es sie nach historistischen Erklärungen gelüftet. Ihre bloße Namensnennung liegt bereits im Bereich des Rituellen, mit Abscheu oder Überzeugung soll sie entweder abgeschafft oder erhalten werden. Kaum jemand weiß, was sie ist,

woher sie kommt, und daß sie mehr bedeutet als bloß ein Paritätenverhältnis.¹

Als die verspätete demokratische Nation Westdeutschland die partizipative Kraft der Mitbestimmung an den Hochschulen entdeckte, war es insgesamt mit der Demokratie auf Systemebene (Parlament, Gewaltenteilung, Arbeitnehmer-Teilhabe an Entscheidungsprozessen) weiter als mit der Demokratisierung der Institutionen. Öffentliche Verwaltung, Justiz, Gesundheitswesen und die Hochschulen warteten zu Beginn der 60er Jahre noch auf die Grunderfahrung, daß Mitbestimmung Loyalität bindet, die Produktivität steigert, das System eher stützt als schwächt, kurz: daß partizipative Demokratie zum ganz normalen Kapitalismus gehört. Einzig die traditionellen industriellen und gewerblichen Bereiche hatten in der BRD einiges davon mitbekommen, mit den Gewerkschaften als systemstabilisierender Kraft.² Lange vor der Justiz begannen die Hochschulen das Demokratiedefizit zu spüren, und was sich als erfolgreichste Modernisierung in sozialer und bildungsökonomischer Hinsicht erweisen sollte, war zunächst das Produkt einer mehrfach geschichteten Erkundung unbekannter Terrains. Auch diese Geschichte erzähle ich hier nicht, bis auf einige Stichworte, die darauf hinweisen, wie sich denn die seltsame Konstruktion Gruppenuniversität erklären läßt. Für die DDR vor 1989 gelten andere Demokratie-Vorstellungen, nach 1989 wird eine nachholende und teilweise umgehende "demokratische Erneuerung" versucht,³ deren Ergebnis in den heutigen, vereinigten Zustand der Gruppenuniversität gemündet ist. Die Mythen sind durch die Vereinigung etwas unschärfer geworden, die Gruppenuniversität repräsentiert sie durch ihre Rituale ebenfalls etwas weniger deutlich als vor der Vereinigung.

Zunächst: die ansatzweise Demokratisierung der Westalliierten, mit der Wiederöffnung der Universitäten auch ein wenig angelsächsische Partizipation einzuführen, blieb in der restaurativen Formbestimmung einer durchweg elitären, höchst konventionellen Universität stecken, die die Verfallsphase der Mandarin-Anstalt noch ins neue Zeitalter hinüberrettete.⁴ Ausnahmeerscheinungen wie der nach Frankfurt zurückgekehrte Max Horkheimer oder Wolfgang Abendroth in Marburg waren wegen ihrer Inhalte und ihrer Methoden, aber sicher nicht wegen ihrer institutionellen Bemühungen um Mitbestimmung Ausnahmen.

¹ Michael Daxner: Ist die Uni noch zu retten? Reinbek 1996 (Rowohlt), S. 133ff.

² Vgl. Barbara Kehm: Zwischen Abgrenzung und Integration, Opladen 1991 (Westdeutscher Verlag)

³ Peer Pasternack: "Demokratische Erneuerung". Dissertation, Oldenburg 1998; Hilde Schramm (Hrsg.): Hochschule im Umbruch, Berlin 1993 (Basisdruck)

⁴ Vgl. Fritz Ringer. Die Gelehrten. Stuttgart 1983 (Klett-Cotta)

Nun brach aber eine neue Zeit an, die alten "bürgerlichen" Ansätze der Bildungsökonomie waren obsolet geworden.⁵ Stichworte dazu: Sputnikschock 1957, Vollbeschäftigung mit Mangel an qualifizierten Arbeitskräften ab 1958, Mauerbau mit dem Ausbleiben von guten Facharbeitern 1961, OECD-Bericht mit schlechten Noten für das westdeutsche Bildungssystem 1963, Ausrufung der Bildungskatastrophe 1964, und mittendrin die Verbindung von Hochschule ohne/und/in der Demokratie.⁶

Demokratie hieß nicht primär Mitbestimmung, schon gar nicht von hochschulinternen Gruppen, sondern Transparenz, Kontrolle, Nachvollziehbarkeit der Relevanz der Forschung und (Aus)Bildung sowie ein Bezug zu den realen ökonomischen Entwicklungen, die bei den einen als Vorboten der Revolution, bei den andern wenigstens als Modernisierungsdefizit interpretiert wurden, von den meisten aber in keinen Zusammenhang gebracht werden konnten.

Ich nehme das Ergebnis vorweg, wie es sich in den fortschrittlichen Hochschulgesetzen ab 1968 widerspiegelte und durch das Bundesverfassungsgericht 1973 und 1975 endgültig in Form gebracht wurde:

Die Gruppen-Universität ist die *ständische Kompromißform*, die die Studentenbewegung trotz alledem zustande brachte, in Anerkennung eines *massendemokratischen* Phänomens und mit widerwilliger Anteilnahme von drei Partnern bzw. Gegnern.

Das Phänomen war, daß die quantitative Expansion andere Mitbestimmungsforderungen mit sich bringen mußte, als die alte Anstalt sie erlaubt hätte, und daß diese Expansion allen beteiligten Kräften gemeinsames Ziel war, obwohl sie höchst gegensätzlich begründet wurde: von den einen mit Modernisierungsbedarf, von den anderen mit Aufstiegsmotiven und von den dritten mit Emanzipationshoffnungen. Die Partner bzw. Gegner waren

- Demokraten (Sozial- und Frei-), Liberale, jedenfalls alle, die meinten es gäbe ein Recht auf Mitbestimmung der Lebensbereiche, in denen man massenhaft tätig ist oder studiert;
- Technokraten (mit den Demokraten meist identisch, aber in ihrer sozialökonomischen Formbestimmungen scheinbar kontrovers). Diese erkannten, daß der Modernisierungsbedarf mit seinen Qua-

⁵ Vgl. Altwater/Huisken (Hrsg.): Materialien zur politischen Ökonomie des Ausbildungssektors, Erlangen 1971; Michael Daxner: 2 Phasen des Bildungsbooms. ÖGHDI-Informationen 3/78 (Wien), 273-309

⁶ VDS: Hochschule in der Demokratie 1962, SDS-Hochschuldenkschrift 1961 (Frankfurt: Verlag Neue Kritik 1972), Dieter Kunzelmann: Leisten Sie keinen Widerstand!, Berlin 1998 (Transit). Gerade hier werden bestimmte Rituale mit viel Selbstdistanz hervorragend beschrieben; sie geben die Differenz zwischen Gründungsmentalität und Gründungsmythos genau an.

lifikationsdefiziten nicht autoritär gedeckt werden konnte, sondern nur partizipativ und mit Anreizen versehen befriedigt werden konnte. Die Anreize waren Geld, Geld und wieder Geld, sowie die horizontale Vervielfachung der bestehenden Strukturen, die Partizipation schuf die hochschulinternen Gruppen, denen statt Autonomie Mitsprache in beschränktem Umfang gewährt wurde.

- Die Ordinarien schließlich mußten ihren objektiven Bedeutungsverlust indirekt, d.h. über den Verlust individueller Autonomie gegenüber der Gremiendemokratie erfahren.

Die ersten beiden Gruppen verstanden es, eine auf die Klassenrealität oder Schichtmodelle abzielende Öffnung der Hochschulen dadurch abzuwehren, daß der innere Demokratiebedarf, der ja objektiv vorhanden war, als Ersatz für die Mitwirkung der Öffentlichkeit, die erst heute zur Debatte steht, herhalten mußte, und weil die Studenten den Ordinarien am meisten zu schaffen machten, war die *studentische Mitbestimmung* das vordergründig-ideologische Grundanliegen der Gruppenuniversität.

Die Dyade Professoren - Studenten: auf sie könnte man sich ja noch soziologisch und historisch einlassen als reziproke Population der europäischen Universität seit Bologna. Aber da gab es zwei Hindernisse: nicht alle Meister (Magister, später Dozenten, noch später Professoren, ganz spät ordentliche Professoren) waren wirklich Professoren, vorher waren sie Hilfsbeamte und -angestellte (Assistenten),⁷ mit der Expansion kam der Mittelbau. Und da waren die nicht-wissenschaftlichen, die keine "Sonstigen" mehr sein wollten und jetzt endlich als MTV (=Mitarbeiter im technischen und Verwaltungsdienst) gelandet sind. Das zweite Hindernis: Sozio-ökonomisch mußte die Linke gemeinsam mit den Technokraten, aber gegen die Bildungsbürger und Humanisten, etwas daran finden, die Hochschule als Betrieb zu sehen.

Erste, sozusagen vor-revolutionäre Rituale: der Mittelbau vor allem stärkte die Gewerkschaften, wobei damals die Anhänger der Betriebsidee eher in die ÖTV, die der Bildungsidee eher in die GEW eintraten. Der professorale Organisationsgrad in beiden Organisationen ist bis heute zu vernachlässigen. Die Professoren wiederum scharten sich im Hochschul-

⁷ In früheren Hochschulgesetzen hieß das „beamtete Hilfskräfte“ für alle nicht auf Lebenszeit eingestellten Beamten und „wissenschaftliche Angestellte“. Auch die feinen Differenzen zwischen den Hochschulassistenten und den wissenschaftlichen Assistenten spielten eine Rolle. Eine nützliche Übersicht über die ideologischen Brüche in der Zeit der Desillusionierung ist: Michael Bochwo u.a., Ohne Perspektive keine Qualität, Frankfurt 1986 (GEW). Desillusionierung bezieht sich auf die Folgen des HRG, die weitere Emanzipation des Nachwuchses auf einer Karriereleiter „nach oben“ und eine neue Formbestimmung des Berufs.

verband zusammen, dessen anachronistische Ideologie im Alltag weniger wirksam als bei politischen Großveranstaltungen, Lobbyarbeit und in den Wissenschaftsorganisationen zu spüren war (und, mit abnehmender Tendenz, ist).

Ritualreste aus der Frühphase: wenn Studenten *Streik* sagen und den Boykott ihrer eigenen Lehrveranstaltungen meinen, dann ist das ein Relikt der Betriebsdiskussion, mit den Professoren und der Universität als virtuelle Arbeitgeber – und sich selbst irgendwie entfernt doch als Proletariat; oder das Ritual, bei bestimmten Entscheidungen darauf zu pochen, man sei die Mehrheit und deshalb sollte "one (wo)man – one vote" vor allem bei Wahlen von Spitzenpositionen (Rektoren etc.) gelten.

Umgekehrt ist der rituelle Schutzengel der Lehrenden, wenn sie sich ihren Pflichten entziehen wollen, eine "Wissenschaftsfreiheit", die weder Verfassung noch Gesetzgeber je so eindeutig geplant hatten, die aber wie ein Schutzpatron der Zunft ihre rhetorischen Altäre erhält.

Es gibt also vier Gruppen. Daß sie bei den meisten Entscheidungen im Rahmen der akademischen Selbstverwaltung in unterschiedlicher Gewichtung zu beteiligen sind, ist ein Erfolg der Demokratieforderung. Daß sie inkonsistent geschnitten sind und deshalb keine demokratische Repräsentation darstellen, hat drei Gründe, die sich in den Ritualen wiederfinden:

- (a) Die Gruppen sind *zünftig* geschnitten, d.h. nach funktional vorbestimmten Verhältnissen zu einander, die *konstante* Interessenkonstellationen unterstellen.
- (b) Das Paritätsverhältnis der Gruppen zu einander ist zugunsten der Professoren für alle wichtigen akademischen Entscheidungen fixiert. Wir können also von einem *Kurienwahlrecht* mit unterschiedlichem Stimmgewicht, wie zu Ende der konstitutionellen Monarchien im 19. Jahrhundert, sprechen.
- (c) Die Gruppen sind gegeneinander in unterschiedlichem Maß durchlässig, so daß es für den Mittelbau ein Ziel ist, statusrechtlich in die Professorengruppe befördert zu werden, auch wenn man dienstrechtlich nicht ProfessorIn wird; ähnlich für wissenschaftlich Ausgebildete in den MTV-Reihen, die oft einen Sitz im Mittelbau anstreben.

Rituale, die sich daraus ergeben, sind vielfältig und auf mehreren Ebenen angesiedelt. Allen gemeinsam ist, daß die eher konservativen und wirtschaftsliberalen Kräfte gleich die ganze Gruppenuniversität abschaffen wollen, während die linksliberalen oder studentennäheren Gruppen sie jeweils "erhalten" und weiterentwickeln wollen. Diese Positionen finden sich in Wahlprogrammen wieder. Mitbestimmungsregeln als Kern der Erscheinung der Gruppenuniversität, nicht der Begründung ihres We-

sens, werden bisweilen sofort nach einem Regierungswechsel verändert, wie zur Zeit in Hessen zu beobachten.

2. Gründungsmythen und Gremienstruktur

Alle Rituale, d.h. ständig wiederkehrende Handlungen, die einen bestimmten Kontext aufrufen, beruhen mehr oder weniger auf Mythen. „Gründungsmythen“ sind besonders beliebt, weil sie den Überlebenden aus der Gründung – heute den Alt-68ern – eine gewisse Autorität verleihen, und weil sie schlecht nachzuprüfen sind; sie werden u.a. zum Mythos, weil die Spuren verwischt werden, was selbst wiederum ritualisiert geschieht.

Die Gruppenuniversität wird von den meisten Professoren als Faktum hingenommen, von vielen aber als Entqualifizierung der akademischen Autonomie mißbilligt. Für die anderen Gruppen ist sie eher der Einstieg in eine noch unvollkommene Demokratie. Im Verhalten führt das dazu, daß Professoren regelmäßig die bestehenden Gremien unterlaufen, wenn sich z.B. eine Vorabsprache untereinander anbietet. Die Studierenden verweigern sich häufig bestimmten Abstimmungen oder Entscheidungen, wenn sie z.B. ihren Einfluß (2 von 13, 1 von 7 Stimmen) als irrelevant einstufen; wieweit Planungsentscheidungen der Gremien mitbestimmungspflichtig nach dem Personalvertretungsrecht sind, interessiert naturgemäß die MTV).

Die Konsequenzen aus diesem Verhalten sind hochritualisiert, aber den Außenstehenden kaum auffällig. Es sind Verhandlungsrituale oder Schuldzuweisungen. Sie werden durch einen anderen Tatbestand konterkariert bzw. aufgehoben: wenn hochschulpolitische Konstellationen es erforderlich machen, dann wird nicht entlang der Gruppenzugehörigkeit argumentiert. Auch diese Argumente sind ritualisiert. Sie nehmen die folgenden Formen an:

- alle Gruppen gegen die Hochschulleitung und/oder das Ministerium;
- alle Gruppen mit der Hochschulleitung gegen das Ministerium und/oder bestimmte (vermutete und reale) Einflußnahmen der Öffentlichkeit;
- Mittelbau und Studierende gegen die Professoren mit den MTV als Joker in Forschungsangelegenheiten mit nachhaltigen Strukturfolgen für die Hochschule, z.B. Institutsgründungen; vor allem dann, wenn die ungeliebten Paritäten "nach unten" weitergegeben werden. Auch bei Ausgründungen, An-Instituten ist diese Konstellation häufig;

- Mittelbau und Professoren, wenn es um die Verteidigung "der Wissenschaft" gegen unsachliche Einflußnahme geht, und
- MTV und Professoren gegen die andern beiden Gruppen, wenn Modernisierungen oder ähnliche Vorhaben positiven Einfluß auf den internen Arbeitsmarkt haben.

Das Gruppeninteresse wird dabei durch einen Herkunftsmythos mitbestimmt: der studentische liegt im Betrieb, im strukturell proletarischen oder arbeitnehmer-analogen Kontext; zugleich mit einer besonderen Rolle des "politischen Mandats" für diese eine Gruppe, wogegen derartige Mandate partikulären Interessenvertretungen (vor allem ständischer und wirtschaftlicher Art, Ärzte- und Handelskammern, Kirchen etc.) natürlich abgesprochen wird. Der professorale Mythos liegt im vordemokratischen, feudalen Bereich, in einer fast "ritterlichen" Sachwalterschaft für die Wissenschaft. Man soll die Mythen und Legenden nicht überbewerten, aber es ist erstaunlich, wieviel man davon zu später Stunde mitbekommt, von beiden Seiten, weil sich nämlich beide Seiten auf 1968 als Schicksalsjahr berufen. Für meine Mythenvermutung spricht, daß die professorale Position auch von denen eingenommen wird, die die Gewinner der Expansion und Öffnung von 1968 sind und die Zeit davor gar nicht kennen können.

3. Loyalität und Verrat

Das gruppenspezifische Verhalten ist von zwei Elementen maßgeblich geprägt: der Nähe zum vermuteten bzw. expliziten Gruppeninteresse im Vergleich zum individuellen Interesse, und von der Bereitschaft, die eigenen Interessen zu vernachlässigen, um die Gruppe nicht zu verraten bzw. ihr gegenüber loyal zu sein. Das gängige Ritual ist, im Schutz der Gruppenöffentlichkeit die Beschlußlage zu feiern und zu bestärken, um dann, individuell-taktisch sich nach den eigenen Interessen zu richten. Das ist einfach, und nicht nur opportunistisch, weil es gegenüber dem Gruppenimperativ ja zwei andere Interessenkonstellationen gibt: die hochschulpolitische, die die Gruppengrenzen vertikal schneidet, und die Dialektik von institutionellen Loyalitäten gegen Fach-, Instituts- und Einzelinteressen.

Der studentische Mythos des imperativen Mandats ist kaum mehr spürbar, aber seine Rituale leben noch, z.B. bei einem Konflikt zwischen dem Studentenparlament oder AStA einerseits, studentischen Mandataren in Gremien andererseits. Das imperative Mandat speist sich aus der gesellschaftlichen Legitimation einer politischen Meinung innerhalb einer Gruppe. Es ist zwar längst als undemokratisch denunziert und auch nie richtig wirksam geworden, hat aber einen seltsamen Nachfolger gefun-

den: die Verweigerung der studentischen Vertretung, geringste Wahlbeteiligungen in Frage zu stellen, weil die Legitimation durch die Aktiven, d.h. die auf der "richtigen Seite" engagierten WählerInnen gegeben sei.

Bei den Professoren, seltener bei anderen Gruppen, ist der Rest dieser imperativen Mandatsbindung auch noch zu spüren: wenn jemand seine hochschulpolitische Liste wechselt, wird dies nicht selten genau begründet, und dann finden sich die drei Interessenebenen im Bekenntnis zusammengefaßt.

Nun kann man Loyalität auch an Ritualen ablesen. Positive Rituale setzen voraus, daß man in Entscheidungsprozesse eingebunden ist, z.B. daß man wählen oder mitbestimmen darf. Negative Rituale entstehen durch Exklusion. Darum handeln sich die konservativen Gesetzgeber regelmäßig Illoyalität und Feindschaft ein, wenn sie z.B. schärfer, als das Verfassungsgericht es verlangt, zwischen Professoren und den andern Gruppen trennen oder Studierende von der Wahl ihrer Hochschulleitung faktisch ausschließen. Umgekehrt könnten sie nur gewinnen, wenn sie über Partizipation Loyalität einforderten. Die Rituale zeigen sich durch eine Argumentationsverschiebung: Wer einbezogen wird, neigt dazu, die Machtvorgabe eher zu akzeptieren, als wer nicht beteiligt wird. Rhetorisch gelingt hier die Akzeptanz von Sachzwängen leichter, während die Kritik von außen oft treffend und fast immer übertrieben scharf ist.

4. Gruppenrituale und Betroffenheitsrituale

Die Interessen der Statusgruppen sind, wie gesagt, ständisch oder zünftig organisiert. Sie werden um so mehr rhetorisch und rituell fixiert, je stärker die Gruppe bedroht ist. Das ist vor allem bei den Studierenden der Fall, weil ihnen zwei Prinzipien über Kreuz kommen. Das *Funktionärs- und Mandatsprinzip*, das mit der Gruppenuniversität gut vereinbar ist, und bei dem die Funktionäre sich auf Mehrheiten stützen müssen und können; und das *Betroffenheitsprinzip*, das mit der Gruppenuniversität unvereinbar und nicht durch Mehrheiten zu legitimieren ist. Vielmehr muß eine Privilegierung von Betroffenen durch Anerkennungsrituale hergestellt werden und dann satzungsmäßig gegen die Mehrheitsprinzipien legitimiert und verankert werden, in aller Regel durch Verfahren, die den Beauftragten dieser Betroffenen bestimmte Rechte einräumen.

Klassisches Beispiel und am besten zu begründen sind die *Frauenbeauftragten*, aber auch sie brechen grundsätzliche Mehrheitsvorstellungen durch bewußte kompensatorische und anti-diskriminierende Maßnahmen. Wenn das aber für *Minderheiten* gilt, seien sie Ausländer, Behinderte, sexuell speziell Orientierte oder aus aktuellem Anlaß auffällige Gruppen,

so werden zwei Rituale eingeführt: das *Outing*, d.h. um als Minderheit anerkannt zu werden, braucht man hinreichend viele Menschen, die sich offen zu dieser Gruppe bekennen, und eine *Referenzgruppe*, die dieser Minderheit ihre Legitimität zugesteht, d.h. sie der Verpflichtung enthebt, ihren Minderheitsstatus im Wettbewerb gegen andere zu begründen oder zu verteidigen.

In aller Regel, aber nicht ausschließlich, ist es die studentische Statusgruppe, die sich zur Anwältin immer neu entstehender Gruppen macht, wobei die rituelle Rhetorik die grundsätzliche Relevanz der "Autonomisierung" der in Rede stehenden Minderheit in den Gremien betont. Das führt innerhalb der AStEN dann zu vielen "autonomen" Referaten, weil Autonomie von der Mehrheitsentscheidung zu befreien scheint. Beispiel: "Autonomes Schwulen- und Lesben-Referat", "Autonome Gruppe ausländischer Studierender" etc.

Wenn nun ein Gremium oder die Hochschulleitung diesem Autonomiebegriff nicht folgt, kann es oder sie schnell der Ablehnung des Minderheitsanliegens verdächtigt werden oder einen Anlaß zur Verweigerung von Kooperation geben. Dies ist ein typischer Fall der rituellen Selbstentmachtung einer Statusgruppe durch eine neue Konstellation – nehmen wir nur vier Gruppenmerkmale: Geschlecht, sexuelle Präferenz innerhalb des Geschlechts, Inländer/Ausländerstatus und Statusgruppenzugehörigkeit. Diese Gruppenmerkmale werden durch hochschulpolitische Differenzierung und Prioritäten in den Anliegen (Single Issues oder Mehrfachinteressen) noch weiter aufgespalten. Es entsteht eine Institution von Betroffenengruppen, denen neue Formen der Durchsetzung ihrer Interessen wichtig sein müssen. Auch der Gesetzgeber und die Hochschulen selbst leisten im übrigen dieser neuen Gruppenuniversität Vorschub.

5. Habitus, Fach und Gruppe

Die Rituale der Gruppenuniversität werden von denen anderer Hochschulstrukturen herausgefordert: Fachkulturen prägen die Mitglieder innerhalb einer Statusgruppe, Erfolg, Kommunikationsstile und alle lebensweltlichen Konstruktionen der eigenen Hochschule sind entscheidende Modifikatoren der Gruppenrituale und zugleich selbst ritualisiert. Man könnte hypothetisch formulieren, daß die Rituale der Universität in ihren fachkulturellen und sozialen Ausprägungen dominant gegenüber denen der Gruppenuniversität sind, daß aber umgekehrt die Gruppenuniversität die volle Entfaltung jener eher universalen akademischen Rituale behindert. Wenn eine Instanz so ideologisch aufgeladen ist, daß sie im-

mer auch die Gesamtideologie und ihre Kritik aus der Gründungszeit mit sich schleppt – z.B. bei linken Gruppen Antifaschismus oder Verweigerung gegenüber staatlichen Symbolen –, dann wird im ritualisierten Verhalten ein der Gegenwart nicht mehr unmittelbar erklärbarer Rest aufgezungen. Das geschieht bei der ambivalenten Haltung zu Feiern, Würdigung und Festakten; umgekehrt ist die Ablehnung der Rituale ex ante, z.B. der Burschenschaften, in anderer Weise, also politisch korrekt, sanktioniert und selbst rituell.

Bei Professoren hat sich die Ambivalenz des Talarrituals und der durch die Vereinigung wieder auflebenden Begrüßungsrituale – Magnifizenz, Spektabilität – erhalten. Bedauerlich ist, daß es keine habituskritische Diskussion dieser Phänomene gibt. Die Rituale interessieren niemanden mehr so richtig. Die Gruppenuniversität auch nicht. Das erspart mir ein Schlußkapitel.

Talare über Latzhosen

Interview mit Reinhard Kreckel,

Rektor der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg¹

hso: Herr Kreckel, wir möchten Sie gern als Zeitzeugen in zweierlei Hinsicht befragen. Zum einen als jemanden, der die alte Ordinarienuniversität zumindest noch als Student kennengelernt hat und dann vergleichen konnte mit dem, was danach kam, also nach der Symbolzertrümmerung der Achtundsechziger. Dann sind Sie 1992 nach Halle gekommen und wurden mit diesem Wechsel zum Grenzgänger nicht nur zwischen zwei Gesellschaften, sondern wiederum zwei akademischen Kulturen. Die Chancen, die Sie hatten, akademische Kulturen miteinander vergleichen zu können, sind also das, was uns interessiert. Wir würden gerne chronologisch beginnen. Wie konsequent ist aus Ihrer Sicht eigentlich die Symbolzertrümmerung der 68er Bewegung in Westdeutschland gewesen, inwiefern war das oberflächlich oder hat sich diesbezüglich unter der Oberfläche manches gehalten, was die öffentliche Wahrnehmung nicht berührt?

Reinhard Kreckel: Nun, Symbolzertrümmerung... Es sind einige Symbole seit damals nicht mehr gesehen worden, das kann man schon sagen. Aber Kontinuitäten gibt es natürlich auch. Die deutsche Universität ist ja immer noch als solche erkennbar, auch in ihren Varianten Ost und West. Das haben auch 40 Jahre DDR und drei Hochschulreformen mit dem Versuch, die ostdeutschen Universitäten total zu sowjetisieren, nicht geschafft. Wir finden zunächst ganz schlichte, rituelle Elemente, in denen sich die Kontinuität zeigt: Die Vorlesung fängt „c.t.“ an, hinterher wird abgeklopft, man isst in der „Mensa“, man „immatriculiert“ sich usw. Das schwört ja die Leute darauf ein: Hier wird jetzt Universität gespielt. Aber Ihre Frage zielte noch weiter.

hso: Ja, darauf, ob es auch neue symbolische Formen gibt, die sich erst nach '68 herausgebildet haben. War die Revolte so angelegt – nicht in-

¹ Das Gespräch wurde am 21. April 1999 in Halle/S. geführt. Die Fragen stellten Falk Bretschneider und Peer Pasternack.

tentional, aber in ihrer Wirkung –, daß sie ihre eigenen Rituale produziert hat, also eigentlich etwas produziert hat, was sie ursprünglich zerbrechen wollte?

Kreckel: Na selbstverständlich. Mit Vergnügen las ich kürzlich einen Artikel in der *Süddeutschen Zeitung* mit dem Titel „Gegen den Muff der Latzhosen“. Da wurde auf eine ironische Bemerkung des Bundespräsidenten Herzog hingewiesen, der gesagt hatte, daß auch diejenigen, die in der 68er Zeit gegen die Talare gekämpft hätten, selbst nicht gegen Erstarrung gefeit seien – auch wenn sie heute immer noch Latzhosen trügen. Auch dort, unter diesem so locker und unpräzise getragenen Kleidungsstück, könnte sich inzwischen einiger Autoritäts-Muff angestaut haben. Natürlich gibt es eine Achtundsechziger-Akademikerkultur mit eigenen Ritualen und Duftmarken. Sie haben das „Sie“ abgeschafft, das damals unter Studenten üblich war, und sich gegenseitig geduzt – eine Informalisierung hohen Grades, die ja in einem bürgerlichen Milieu etwas Neues war. Und um das gleich noch mitzusagen: Die Informalisierung an den DDR-Hochschulen lief durchaus anders. Da sind die bürgerlichen Stile erst einmal in Verruf geraten. Es kam zunächst der hemdsärmelige Proletstil rein – das ist wunderbar bei Wolfgang Engler nachzulesen. Aber immer dann, wenn der Spaß zu Ende war, wurde auf Autorität geschaltet und die ideologische Schraube angezogen. Das hat auch jeder so verstanden, trotz hemdsärmeliger Umgangsformen.

hso: Wäre daraus nun abzuleiten, daß der akademische Betrieb unabhängig von der gesellschaftlichen Einbettung Rituale und Symbole benötigt?

Kreckel: Das ist mir zu allgemein gefragt. Da könnte ich antworten, daß menschliches Zusammenleben ohne Symbole gar nicht möglich ist, und ohne Gestanztes und Gestelztes wahrscheinlich auch nicht. Symbole haben ja zunächst einmal nur die Funktion des abgekürzten Wiedererkennens. Insofern ist symbolisches Handeln harmlos, passiert ja ständig: Ziehe ich eine Krawatte an, ziehe ich keine an - immer symbolisiere ich etwas und gebe zu erkennen, wie ich wahrgenommen werden möchte. Ich denke, das gehört zunächst einmal zum Grundrepertoire, wie Menschen in Gesellschaften miteinander umgehen, zumal wenn Anonymität eine Rolle spielt. Insofern auf Ihre Frage: ja. Doch wenn es um die Hochschulen geht, muß man durchaus spezifischer nachfragen, was es denn für Symbolisierungen, Ritualisierungen, Zeremonialisierungen sind, und was die bedeuten.

hso: *Wir können ja versuchen, das einmal anhand der Universität Halle zu betrachten. Zunächst ist sie eine ostdeutsche Universität, und wie Sie schon sagten, in der DDR hat sich die Verabschiedung von bürgerlichen akademischen Formen anders vollzogen. Dabei ist verschiedenes anders verlaufen. Es gab teils, wie von Ihnen schon angedeutet, einen politisch gesteuerten Kulturwandel. Aber es gab zum Teil auch eine viel stärkere Entfaltung akademischer Formen, beispielsweise was die Betonung des akademischen Titelwesens betrifft, das über die gesamte DDR-Zeit eifrig gepflegt worden ist, oder die Verbindung akademischer Feierkultur mit dem zeremoniellen Repertoire der Arbeiterbewegung. Nach 1990 haben viele ostdeutsche Universitäten nahtlos an die alten Formen der Ordinarienuniversität angeknüpft, und Halle hat den Ruf, in dieser Brauchtumspflege besonders engagiert zu sein. Sie mußten nun als jemand, der aus Westdeutschland kam, diese Bedürfnisse, die hier vor Ort in dieser Hinsicht bestanden und bestehen, irgendwie in Ihr Selbstkonzept als Rektor – der sie 1996 geworden sind – integrieren. War das für Sie ein Problem? Sie hatten das ja, wenn wir uns richtig erinnern, in Ihrer Ansprache zur Rektoratsübernahme kurz erwähnt, mehr ironisch...*

Kreckel: Nein, es war gar nicht sehr ironisch. Ich habe mir noch einmal herausgesucht, was ich damals gesagt habe. Es läßt sich vielleicht zitieren, da es ziemlich authentisch ist:

“Hier als neugewählter Rektor im prachtvollen Talar seiner Vorgänger steht ein Mann vor Ihnen, der gleichzeitig das geflügelte Wort des Jahres 1968, ‘Unter den Talaren – der Muff von 1000 Jahren’, für einen wichtigen Meilenstein unserer neueren Universitätsgeschichte hält. Ein Widerspruch? Er darf sicherlich der Erläuterung.

Wir, die Studenten und Assistenten der 68er Jahre in Süd-, West- und Norddeutschland und in Westberlin, haben damals mit unserer ungestümen Kritik an den Universitäten gewiß einige Verwirrung gestiftet. Aber es ist uns dabei doch auch manches Bemerkenswerte gelungen. Insbesondere hat die Studenten- und Assistentenbewegung mit dafür gesorgt, daß die Mentalitäten und Strukturen, die das NS-Regime während der ominösen zwölf Jahre seines sogenannten ‘Tausendjährigen Reiches’ in den Universitäten hinterlassen hat, endgültig überwunden werden konnten.

Genau darauf, auf die Erbschaft des Hitlerischen ‘Tausendjährigen Reiches’, war der ironische Satz vom ‘Muff der 1000 Jahre’ ja ursprünglich gemünzt worden. Erst später ist daraus dann ein antiautoritärer und traditionsfeindlicher Rundumschlag geworden, der keine Differenzierungen mehr zuließ. Dem sollten wir nicht folgen. Wir können dann konstatieren, daß die ursprüngliche Aufgabe, den NS-Geruch aus den deutschen Universitäten zu vertreiben, jetzt im wesentlichen erledigt ist.

Jener andere Muff aber, der im östlichen Deutschland über 40 Jahre lang weite Teile der Universitäten mit Denkverboten und alle ihre Mitglieder mit unerträglichen Restriktionen und Überwachungen belegt hat, steht uns heute noch viel näher. Wir sollten deshalb alles tun, daß auch er keine Renaissance erlebt.

Dabei kann, so paradox es erscheinen mag, auch dieser immerhin knapp 100 Jahre alte Rektormantel ein Stück mithelfen. Denn man muß wissen, daß – etwa zeitgleich mit der Bundesrepublik – auch in der DDR Ende der 60er Jahre die Talare aus dem Verkehr gezogen worden sind. Das war jedoch nicht, wie im Westen, durch Druck von unten bewirkt worden. Verantwortlich ist dafür vielmehr die von oben verordnete III. Hochschulreform gewesen, die die weitgehende Gleichschaltung der DDR-Universitäten besiegelt hat. Wenn wir deshalb in Halle heute, nach der Katharsis von 1990, bei feierlichen Anlässen unsere alten Talare wieder tragen, so tun wir das als bewußtes Kennzeichen unserer wiedergewonnenen akademischen Freiheit. Wir tun es in aller Bescheidenheit, weil wir durch Schaden klug geworden sind. Mit Nostalgie und Geschichtsverklärung hat das nichts zu tun – eher schon mit einer Verbeugung vor den Männern und Frauen, die die alten Roben im Zeichen der Erneuerung unserer Universität wieder angelegt haben.“

Es wäre eine Vereinfachung zu sagen, in die ostdeutschen Länder sei einfach die alte Ordinarienuniversität wieder hinübertransplantiert worden. Um 1968 – das ist das rituelle Datum, das man immer nennt – sind im Westen in der Tat Umschwünge in Gang gekommen. Die alte Ordinarienuniversität, wo es meist nur einen Professor pro Fach gab, der über sein Institut und seine Assistenten regierte und in Allmacht eine riesige Masse von Studenten bändigte, sie ist im Zuge dieser Reform verschwunden. An die Stelle des einen, alles bestimmenden Fachvertreters sind in vielen Fächern vielleicht fünf oder acht Professorenkollegen getreten. Der in olympischen Höhen schwebende Professor mit Genieverdacht (besser: -selbstverdacht) ist dabei weitgehend ausgestorben. Wesentliche Elemente der Ordinarienuniversität sind aber geblieben, wie das Berufungs- und Begutachtungswesen, die persönliche Zuordnung von Doktoranden und Assistenten und dergleichen. Aber die elitäre Einzigartigkeit der Universitätsprofessoren ist mit diesen umfänglichen Neugründungen und Ausweitungen relativiert worden: Nun gibt es Hochschulwahlen und Mitbestimmung. Der Mittelbau, die Studierenden und das nichtwissenschaftliche Personal haben ihre Rechte eingefordert. Es folgte die ganze Verrechtlichung – Arbeitsrecht, Tarifrecht, Kapazitätsverordnung, zentrale Studienplatzvergabe usw. Insoweit sahen die westdeutschen Universitäten 1990 schon ganz anders aus als 1968.

Was dann nach Ostdeutschland herübergekommen ist, ist also nicht einfach die „Ordinarienuniversität“, sondern ein durch die Zerreißprobe von Reform und Gegenreform gegangenes Etwas. Das kannte ich, als ich

1992 hierher kam. Es war diese nachachtundsechziger Universität, die dann hier auf einen Boden gepflanzt worden ist, der für so etwas ganz unvorbereitet war. Ich meine, die Kolleginnen und Kollegen, die hier vor Ort waren, kannten das alles nicht. Sie hatten vielleicht etwas darüber gelesen, und sie haben sich über die unformellen stilistischen Dinge zunächst einmal gewundert, die die neuberufenen Professoren mitbrachten. Der herkömmliche Westprofessor gab sich kollegial, Titel und akademische Grade benutzte er im täglichen Umgang nicht. Für das harte Sektionsleitersyndrom alter DDR-Professoren hatte er wenig Verständnis. Aber, er oder sie setzt sich dann doch auch durch, das läuft nur anders.

Das sind nur einige herausgegriffene Beispiele. Sie machen aber doch deutlich, daß das Reden von der Ordinarienuiversität und ihrer Wiedereinführung hier in den Neuen Bundesländern doch etwas korrigiert werden muß.

Nun zu dem anderen Punkt: Ich kam 1992 hierher. Da müssen Sie natürlich wissen, daß ein typischer Westprofessor, wenn er in Halle ankommt, in der Regel nicht zum ersten Mal an einem neuen Ort ankommt. Er ist im Laufe seines Studiums und seiner bisherigen wissenschaftlichen Laufbahn schon an mehreren Universitäten und Forschungsinstituten gewesen. Dabei hat er – vielleicht – gelernt, daß man sich den jeweiligen Landessitten auch mit einer gewissen Bescheidenheit zu nähern hat und einen gewissen zivilen Umgang mit der Welt pflegen sollte. Wenn man, geprägt von solchen Erfahrungen, nach Halle kommt, dann schaut man sich natürlich erst einmal um und fragt sich: „Was läuft denn hier, was gilt denn hier?“ Man kommt nicht und sagt gleich: „Bei uns zu Hause schmecken die Würste aber ganz anders, also sind die Würste hier schlecht“.

In diesem Zusammenhang bin ich dann auch mit den Talaren konfrontiert worden. Ich habe mich natürlich erst einmal darüber gewundert. Dann wurde mir das berichtet, was ich in der Antrittsrede von 1996 wiedergegeben habe. Diese Rede enthält als Grundgedanken, daß die Talare in der Wendezeit von den neu in Amt und Würden Gekommenen als eine Art Symbol der Erlösung aus der III. DDR-Hochschulreform verstanden worden sind. In deren Zuge waren ja die Talare offensichtlich auch verschwunden, obwohl es keine förmliche behördliche Entscheidung gab. Ich habe zumindest keine finden können. Jedenfalls, einige der Talare, die wir hier in Halle haben, sind noch ganz alte. Der älteste ist der Rektormantel, der aus dem späten 19. Jahrhundert stammt. Dann gibt es noch einige prächtige Roben für die Prorektoren und Dekane. Schließlich gibt es noch welche, die sind ganz deutlich DDR-Machart.

Ich habe mir dann natürlich auch den Spaß gemacht, einmal dem schönen Satz von dem „Muff von 1000 Jahren unter den Talaren“ ein bißchen nachzugehen. Als erstes fällt ja auf, daß die meisten Leute, die diesen Satz aufgreifen, historisch etwas ungebildet sind und die Anspielung auf die 1000 Jahre nicht verstehen, die auf Hitlers vermeintlich „Tausendjähriges Reich“ abzielt. Die Anspielung hatte damals mit einer Kampagne gegen die „Braune Universität“ zu tun, die in den mittsechziger Jahren von liberalen und linken Studenten entfacht worden war. Professoren mit deutlichem Nazihintergrund wurden von der jungen Studierendengeneration angegriffen und kritisiert, nachdem lange mehr oder weniger Stillschweigen über dieses Thema geherrscht hatte. Das heißt, die Polemik zielte auf die jüngste NS-Vergangenheit, nicht auf die vielhundertjährige Tradition der deutschen Universitäten. Nur Fortschrittsgläubige, für die alles Vergangene per se negativ besetzt ist, konnten das mißverstehen. Für Kundige war klar, daß es sich um eine Anspielung auf das nationalsozialistische Erbe der westdeutschen Universität handelte. Aber hinterher hat sich das generalisiert und ist in den Sog der antiautoritären Bewegung geraten, für die jede Form von Tradition schon als Gefährdung galt. Man glaubte, mit der Entschleierung traditioneller Symbole auch die von ihnen gestützten Herrschaftsverhältnisse überwinden zu können. Aber so einfach ist das nicht.

Symbolzerstörungen sind immer auch Spiegelfechtereien. Was man sieht, sind die Symbole; worum es geht, ist meistens etwas ganz anderes. Doch häufig wird der Unterschied vergessen. Dann streitet man nur noch über Symbole. Für Sozialwissenschaftler ist das das tägliche Brot. Meinen Studenten versuche ich beizubringen, sich nicht allein an symbolischen Gegebenheiten festzuhalten. Trotzdem wird man durch den Gebrauch von Symbolen auch selbst festgelegt. Meine Freunde haben natürlich geschmunzelt, mich als Konterfei mit Talar zu sehen. Nun bin ich aber immer davon ausgegangen, daß es auch ein bißchen darauf ankommt, wer so etwas trägt und wie man es trägt. Kleider machen nicht immer Leute.

hso: Wie läuft eigentlich die Verteilung dieser Talare? Sucht sich da jeder einen aus, gibt es bestimmte Zuordnungen? Gibt es da möglicherweise auch Auseinandersetzungen, ob man und ggf. welchen Talar man anziehen darf? Ihr Kustos z.B. behilft sich ja nach unseren Informationen – mangels funktionspezifischer historischer Ausstattung – mit dem Gewand des Pedells.

Kreckel: Nein, nein, das ist natürlich festgelegt, wie das bei zeremoniellen Dingen üblich ist. Da gibt es den Rektortalar, die Prorektorentalare; dann gibt es welche für die Dekane, die sind natürlich alle irgendwie

schöner; und es gibt – aus DDR-Zeiten – schlichtere Talare für die Senatsmitglieder. Für die gewählten Vertreter der Studierenden, der wissenschaftlichen und der sonstigen Mitarbeiter im Senat haben wir keine Talare. Meines Wissens hat sich darüber bis jetzt noch niemand beschwert. Die sieben Fakultäten unserer Universität sind nach Farben sortiert. Das sind die historischen Farben der Fakultäten.

hso: Gibt es da nicht auch Probleme? Die historischen Fakultäten sind ja nicht immer identisch mit den heutigen Fakultäten.

Kreckel: Also, der Sache bin ich nie nachgegangen. Jedenfalls haben wir jetzt immer so viele unterschiedliche Farben, wie es Fakultäten sind, und jeder ist mit seiner Farbe zufrieden; da habe ich nie einen Streit gehört. Sie müssen ja sehen, daß den Leuten, die da in den Talaren marschieren, das so stark am Herzen nun auch wieder nicht liegt. Ich glaube, mancher paradiert sein Gewand dann schon ganz stolz, aber eines ist doch andererseits klar: Es ist im wahrsten Sinne des Wortes ein „Aufzug“, der für besondere Anlässe bestimmt ist. Bei uns ist es nicht wie in Oxford, Cambridge oder an anderen britischen Universitäten, wo man einfach diesen schwarzen Umhang, den Talar, als Arbeitsmantel trägt. Wir tragen den Talar auch nicht wie der Naturwissenschaftler seinen weißen Kittel, der, ob das jetzt nützlich ist oder nicht, damit zu erkennen gibt: „Ich bin ein Experimentalwissenschaftler – auch wenn ich faktisch nur die Bibliothek betreue.“

hso: Sind eigentlich in Halle noch die Anredeform ‘Magnifizienz’, ‘Spectabilis’ und ‘Spectabilität’ üblich?

Kreckel: Das kommt vor. Es gibt Leute, die sagen das habitualisiert. Ich habe mich auch daran gewöhnt, ich höre das jetzt schon gar nicht mehr bewußt. Es gibt Leute, die sagen „Guten Tag, Magnifizienz“. Inzwischen erröte ich nicht einmal mehr, wenn ich das höre. Allerdings habe ich einmal einen Kollegen, meinen Amtsvorgänger Gunnar Berg, ganz bewußt und öffentlich als „Magnifizienz“ angesprochen und habe dazu gesagt: „In diesem Fall meine ich es so.“ Damit wollte ich meine persönliche Hochachtung vor seiner Amtsleistung als Rektor zum Ausdruck bringen. Aber sonst würde ich es eher vermeiden, das Wort zu verwenden. Ich muß gestehen, im Umgang mit Leuten, die weil sie z.B. Bischof sind, als Exzellenz oder Eminenz angesprochen werden müßten – das geht mir nicht leicht über die Lippen. Ich meine, Menschen können Beachtliches leisten; aber „exzellent“ oder „magnifizient“ ist nur selten ei-

ner. Diese Bezeichnungen sind Überbleibsel. Aber soll ich mich ständig dagegen wehren? Nehmen Sie unsere Rektoratssekretärin, die mich schon mal mit „Guten Morgen, Magnifizienz“ begrüßt. Ich habe darauf einmal zu ihr gesagt: „Sie haben es ja einfach, ich bin jetzt Ihr fünfter Rektor, da verwechseln Sie uns wenigstens nicht.“ Da sie meine Neigung zu spöttischen Bemerkungen kennt, hat sie mir das nicht weiter übel genommen. Sie sagt eben Magnifizienz, dann soll sie halt Magnifizienz sagen.

hso: Allerdings sind die darin sich ausdrückenden Symbolisierungen historisch immer ambivalent gewesen. Einerseits transportierten sie den Anspruch auf Autonomie dem Landesfürsten oder sonstwem gegenüber, gegenüber einer kritischen Öffentlichkeit vielleicht auch, andererseits wurden dadurch doch auch institutionsinterne Herrschaftsverhältnisse stabilisiert.

Kreckel: Ja, stabilisiert und gekennzeichnet, sicher.

hso: Und diese Herrschaftsverhältnisse sind doch dann personenunabhängig. Da findet die Überhöhung einer Rolle statt, nicht einmal die Erhöhung einer Person. Da geht es nicht um die Wertschätzung von Menschen, sondern um Positionalautorität, um die Bedeutung, die das Amt spendet. Das, was Sie für Halle hier beschreiben, ist ja nicht völlig sinnentleert. Nach 1990 war es zunächst die Rückbesinnung auf eine Tradition, die bis zur III. Hochschulreform zumindest in Spurenelementen noch erkennbar gewesen war. Aber nun ist das ja auch schon zehn Jahre vorbei. Die Frage ist, wie lange muß man sich von der III. Hochschulreform der DDR abgrenzen?

Kreckel: Na gut, eine Sache, die sicherlich nicht ganz ohne meinen Einfluß geschehen ist, besteht darin, daß wir das Tragen von Talaren ein wenig zurückgefahren haben. Das muß ja nicht ständig passieren. Aber vielleicht noch eine paradoxe Erwägung, weil Sie von Herrschaft sprechen: Die traditionelle deutsche Universität war dadurch gekennzeichnet, daß Rektoren und Dekane eigentlich nicht viel zu sagen hatten, da die Autonomie der einzelnen Professoren doch relativ stark war. Daher haben früher auch die Rektoren- und Dekansämter sehr rasch rotiert, für ein oder zwei Semester. Sie waren eigentlich eher Ehrenämter, nicht Ausdruck wirklicher Machtfülle. In der gegenwärtigen Hochschuldiskussion beziehen die Hochschulen nun aus einer ganz anderen Ecke Feuer. Es geht jetzt nicht mehr so sehr um staatliche Eingriffe in die Wissenschafts-

autonomie, sondern um den Einzug der Marktlogik in die Hochschulen: Wettbewerbsfähig, kostengünstig und „schlank“ sollen sie werden. Deshalb, so klingt es landauf-landab, seien starke Präsidenten und starke Dekane mit Managerqualitäten nötig. Dabei fällt nun auf: Von den Talaren und sonstigen traditionellen Herrschaftssymbolen wird nicht mehr geredet. Die Macht wird vielmehr ganz direkt und ohne Verbrämungen eingefordert. Insofern könnten an einer Universität, wo noch heute ganz altmodische Talare getragen werden, eben diese Talare auch ein Kennzeichen dafür sein, daß man sich dort noch nicht so ganz auf die Vorstellung vom straffen „Management“ eingelassen hat. Wobei ich nur am Rande bemerken möchte, daß in der Wirtschaft inzwischen versucht wird, diese hierarchischen Befehls- und Gehorsamsstrukturen, die man in den Hochschulen gerade einzuführen versucht, durch kooperative Formen zu ersetzen.

Ich meine, letztendlich kann man in Talaren alles und auch das Gegenteil betreiben. Man hebt, sobald man solche Gewänder trägt, natürlich einen gewissen Moment und einen gewissen Ort als etwas Besonderes und damit Kommentierungsbedürftiges heraus. Wenn man dagegen wie ein „Don“ in Oxford oder Cambridge ständig einen Talar trägt, dann schleift sich das ab und veralltäglicht sich.

hso: Doch was ist an Hochschulen, die mittelfristig für 40 Prozent der Angehörigen eines Altersjahrgangs zum bildungsbiographischen Normalfall werden, eigentlich noch das Besondere, das betont werden soll gegenüber anderen gesellschaftlichen Bereichen? Andererseits aber kann es doch wiederum nicht das Bestreben einer Universität sein, gleichsam Folklore zu betreiben. Wenn der Akademische Senat der Martin-Luther-Universität alljährlich am Reformationstag durch Wittenberg zieht, dann ist zwar zu vermuten, daß die Bevölkerung Wittenbergs das mit Wohlgefallen wahrnimmt, doch ebenso, daß sie dies eher als etwas Folkloristisches wahrnimmt, vergleichbar mit den Umzügen der Halloren in Halle oder der Langen Kerls e.V. in Potsdam.

Kreckel: Das ist natürlich eine ganz sinnvolle Frage. Man kann sie gleich wieder zweiteilen: Wieviel Prozent eines Altersjahrganges auch immer studieren – die Gefahr, zum Trachtenumzug zu werden, ist da. So wird man zum Teil ganz gewiß auch wahrgenommen. In gewissem Umfang muß man das aushalten, aber es muß sich in Grenzen halten.

Der andere Teil der Frage impliziert: Universität war einmal eine Eliteangelegenheit, und sie wird es jetzt immer weniger. Das ist ja wahr. Nicht, daß die zwei oder fünf Prozent, die vor hundert oder fünfzig Jah-

ren studiert haben, alle immer schon wußten, was sie hinterher für Berufe haben würden. Das mit der Arbeitsplatzsicherheit für Hochschulabsolventen war schon immer eine Legende. Früher sind die ehemaligen Studiosi auch bei den Fürsten herumgetingelt und haben versucht, irgendeinen Posten zu bekommen. So einfach war das nicht. Unsere großen Dichter etwa, die hatten natürlich auch alle studiert und mußten dann irgendwie mühselig unterkommen. Nicht jeder fand, wie Herder und Goethe, einen Herzog in Weimar, der sich ihrer annahm.

Aber Sie fragen nach der heutigen Universität. Ich will Ihnen vielleicht zunächst als Teilantwort darauf etwas, das ich vor zwei Stunden hörte, erzählen. Da habe ich einen neu berufenen Professor hier begrüßt. Er kam aus Bremen und ist von mir vereidigt worden. Wir kamen ins Gespräch und ich erwähnte, daß ich mir gerade über das Talarthema Gedanken gemacht hätte, weil Sie ja heute Nachmittag kommen würden. Da erzählte er mir, in Bremen – und Bremen ist ja nun *die* westdeutsche Achtundsechzigergründung, wo sämtliche festen Regeln erst einmal verflüssigt worden sind –, also in Bremen habe sich inzwischen eine Art private Initiativgruppe gebildet, die die feierliche Übergabe von Diplomurkunden organisiert. Da kämen dann die Eltern dazu, die Leute hätten zwar ihr Zeugnis von der Verwaltung bereits mit der Post zugeschickt bekommen, aber es gäbe ein- oder zweimal im Jahr dieses Ereignis. Er meinte, 90 Prozent der Diplomanden kämen da mit Kind und Kegel hin und bekämen dort mit feierlichem Brimborium ihr Zeugnis überreicht. In Bremen. Nun, was bedeutet das? Auch Bremen ist eine große Universität mit vielen Studenten, und einigermaßen anonym wird es dort auch zugehen. Doch gibt es einen gewissen Willen auf Seiten der Studierenden, irgendwann einmal sagen zu können, „Ich habe an der und der Universität studiert“, statt nur sagen zu können, „Ich habe irgend ein Diplom erworben“. Also: die Zugehörigkeit zu etwas erkennbar Differentem und Besonderem wird doch sehr geschätzt. Das gilt natürlich für Mitarbeiter und Professoren ganz analog.

Wir haben hier in Halle eine Zeitlang eine zentrale Übergabe der Promotionsurkunden veranstaltet, aber das wurde dann angesichts der Anzahl der Verfahren einfach zu riesig. Wir haben es jetzt erst einmal an die Fakultäten delegiert, die es mit unterschiedlicher Intensität durchführen. Die Juristen z.B. machen das mit Festvortrag. Andere Fakultäten führen ihre Promotionen eher salopp durch. Es gab jetzt erneut Forderungen, man möge doch wieder eine zentrale Feier organisieren. Sie sehen, es geht auch bei uns darum, eine würdige Form zu finden, um unsere Promovenden nicht im Fließbandverfahren abzufertigen. Denn immerhin, eine Promotion bedeutet doch für jemanden etwas. Das sollte auch ge-

bührend symbolisiert und gewürdigt werden. Wenn jemand stolz darauf ist (und stolz darauf sein kann), seinen Doktor an der Martin-Luther-Universität gemacht zu haben, dann sollten wir den Aufwand einer kleinen Zeremonie nicht scheuen.

Gewiß, Zeremonien und Rituale können Bindungen nicht herstellen. Aber sie können sie doch bekräftigen, und das ist manchmal sehr nötig: Einem Professor klarzumachen, daß er als Mitglied einer Universität, ob er es nun will oder nicht, schon über die Finanzumverteilung in eine Solidargemeinschaft eingebunden ist, das ist gar nicht so einfach. Das heißt ja auch zu sagen: Wenn Du mehr bekommst, dann bekommen alle anderen weniger. Da helfen natürlich gewisse Integrationsaktivitäten, und die bilden sich eben auch über festliche Ereignisse. Natürlich versucht man die dann möglichst so durchzuführen, daß die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die ja meistens unter dem Stern der Rationalität angetreten sind, doch irgendwie im expressiven Teil ihres Erlebens gepackt werden. Dafür sind all solche Dinge wie Immatrikulationsfeiern, feierliche Investituren und dergleichen da. Daß sie auch einschüchternde Aspekte haben, das will ich nicht leugnen. Das ist so, und das kann man auch nicht wirklich vermeiden. Aber wir versuchen ja doch, unsere Studierenden zu souveränen Persönlichkeiten heranzubilden, die zwischen Schein und Sein unterscheiden können. Solange uns das gelingt, ist mir nicht bange.

Die Eliten und die Massen

Kritik eines bildungspolitischen Stereotyps

Torsten Bultmann
Bonn

Seit der 1992er Jahrestagung der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) gibt es eine griffige Formel, um die Krise der Hochschulen zu beschreiben: „Humboldt ist in der Masse erstickt!“ Diese Sentenz aus der Eröffnungsansprache des da-

maligen HRK-Präsidenten Erichsen ist mittlerweile zu einem geflügelten Wort geworden. Es kann gerade deswegen einen breiten politischen Konsens herstellen, *weil* seine Bedeutung nicht eindeutig ist und aus dem Grunde auch nicht polarisierend, sondern integrierend wirkt.

Zunächst soll damit wohl gesagt sein, daß das Verhältnis von finanzieller Unterausstattung der Hochschulen und großer Studierendenzahl ein adäquates wissenschaftliches Studium gemäß den Standards der Universitätstradition unmöglich macht. Das kann vermutlich noch jedeR unterschreiben.

Aus dieser Zustandsschilderung können dann allerdings politisch völlig entgegengesetzte Schlußfolgerungen gezogen werden, welche zugleich die Spannweite bildungspolitischer Polarisierungen in der Gesellschaft beschreiben: Zum einen die Forderung nach einer *angemessenen* Finanzierung in Verbindung mit solchen Strukturreformen, welche die Studienbedingungen *für alle* verbessern. Zum anderen die Forderung nach einer *Verkleinerung* der Hochschulen etwa durch eine stärkere Drosselung des Hochschulzugangs. Bei letztgenannter Position wäre der Begriff „Masse“ negativ besetzt; eine Assoziation, welche durch die Zuschreibung einer „erstickenden“ Eigenschaft begünstigt wird. Einfacher: An den Hochschulen seien zu viele Leistungsschwache, die dort eigentlich gar nichts zu suchen hätten und durch ihre bloße raumgreifende und ressourcenbeanspruchende Präsenz die potentiell Leistungsstarken an der Entfaltung ihrer Fähigkeiten hindern würden. Hier klinkt sich dann die Diskurskette über „Leistungsverfall“ und „abnehmende Studierfähigkeit“ ein; eine Kritik folglich, deren Adressat das *gesamte* Bildungssystem ist. In den Worten eines ehemaligen Berliner Wissenschaftssenators:

„Wer Qualität sagt, der muß Selektion - auch wenn das ein Tabu ist - hinzudenken. Begabungsförderung, Begabungsauselese finden an der Schule nicht mehr statt. Durchlässigkeit und Chancengleichheit als Fanale haben dem Staat und seinen Bildungseinrichtungen den Mut zu Begabungsförderung und Begabungsauselese genommen.“ (Konrad-Adenauer-Stiftung 1992, 87).

Konservative Sozialstaatskritik („Anspruchsinflation“ etc.) verdichtet sich hier zu einem spezifischen bildungspolitischen Handlungsmotiv, dem der Selektion. Ein solcher Ansatz wiederum ermöglicht die Transformation einer Finanz-, Struktur- und politischen Steuerungskrise in ein subjektiv zuschreibbares Problem von „Begabung“ und „Eignung“. Dadurch wird zugleich ein Reformdruck in eine bestimmte Richtung – meines Erachtens die falsche – produziert.

Wer sich längere Zeit mit Bildungs- und Wissenschaftspolitik beschäftigt, stößt immer wieder auf dieses stereotype Argumentationsmuster einer Entgegensetzung von „Elite“ und „Masse“ bzw. von „Leistung“ und „(Chancen-)Gleichheit“ oder - aus einer anderen Perspektive - von „sozialer Förderung“ und „Auslese“. Dieses Muster ist deswegen schwer zu widerlegen, weil es scheinbar durch seine pure Evidenz gerechtfertigt ist und daher seine Prämissen gar nicht zur Diskussion zu stellen braucht. Schließlich gibt es ja in jeder Gesellschaft Menschen, die mehr können als andere! Oder? Strukturell ausgeblendet wird bei diesem Blickwinkel allerdings die entscheidende Fragestellung: Wer definiert die Standards von „Leistung“, nach denen wiederum spezifische Fähigkeiten gefördert und andere benachteiligt oder vernachlässigt werden? Mit diesen verborgenen Prämissen möchte ich mich im folgenden beschäftigen.

1. Die Bildungspyramide als sich selbst erfüllende Prophezeiung

Jede hochgradig arbeitsteilige Gesellschaft braucht zu ihrer Integration und Reproduktion ein funktionierendes Bildungssystem. Dieses dient zunächst der Bereitstellung der erforderlichen Qualifikationen für den gesellschaftlichen Arbeitsprozeß. (Becker/Jungblut 1972, 19 ff) Damit dient es *zugleich* der Legitimation der sozialen Struktur einer Gesellschaft (Graf 1999, 13), genauer: der Legitimation einer bestimmten Arbeitsteilung unter fachlichen, klassen- und geschlechtsspezifischen Aspekten. Das ist gleichbedeutend mit der ständigen Reproduktion sozialer Rangunterschiede und Hierarchien, innerhalb derer der konkrete gesellschaftliche Arbeitsprozeß organisiert ist und innerhalb derer folglich gesellschaftliche Chancen verteilt, besser: zugeteilt, werden.

In einer Gesellschaft mit struktureller Ungleichheit kann es daher kein „optimales“ Bildungssystem geben. Die permanente Krise ist diesem

quasi eingeschrieben. Die allgemeine Schulpflicht ist etwa ein Resultat der Herausbildung bürgerlicher Nationalstaaten. Die Notwendigkeit der Verallgemeinerung von Bildung auf immer höherem Niveau fällt mit der industriell-technologischen Entwicklung zusammen. Bildung wird zu einem „Wert“ auf dem Arbeitsmarkt und zu einem *individuellen* Schlüssel sozialen Aufstiegs. Die Proklamierung eines „Rechtes auf Bildung“ verbindet sich „naturwüchsig mit der demokratischen Ideologie von der Gleichheit des Staatsbürgers... (...) Daraus entsteht von Anfang an ein Widerspruch zwischen der Unmöglichkeit, sie als ‚Recht der Person‘ prinzipiell zu negieren, und der Unmöglichkeit, sie allgemein zuzugestehen.“ (Rossanda/ Cini/Berlinguer 1972, 26)

Konstitutiv für eine kapitalistische Marktwirtschaft und ein ihr entsprechendes Bildungssystem ist die ideologische Bewußtseinsform, jeder könne durch eigene Leistung etwas erreichen. Dies wird tagtäglich durch die (weitgehend leistungsindifferente) Begrenztheit der Ressourcen gehobener sozialer Positionen – wie des Arbeitsmarktes insgesamt – demontiert. Die Verteilung sozialer Chancen resultiert schließlich „primär aus der ungleichen Verteilung von Einkommen und Vermögen und erst sekundär aus der von Bildung...“ (Fischbach 1999, 12) Die spezifische Funktion des Bildungssystems ist dabei die *Individualisierung* dieses *sozialen* Widerspruches.

Die Funktion der sozialen Legitimation erfüllt das Bildungssystem durch den konstitutiven Mechanismus permanenter Klassifikation und Selektion (Noten, Zeugnisse, Abschlüsse). Durch diesen Mechanismus werden die sozialen Ursachen von Ungleichheitsverhältnissen *unbewußt* gemacht, indem diese auf *individuelle* Unterschiede an „Begabung“ und „Eignung“ auf einer Skala gegenseitiger persönlicher Konkurrenz zurückgeführt werden. (Graf/Graf 1997, 34). In diesem Sinne läßt sich etwa die öffentliche Schule sowohl als ein Ort der Produktion von gesellschaftlichen Chancen wie der permanenten „Chancenvernichtung“ (ebd., 32) beschreiben.

Derartigen Effekten liegt natürlich weder eine „Verschwörung“ noch subjektiv böser Wille, etwa von Lehrern/-innen, zugrunde. Die „Abstimmung“ zwischen Bildungssystem und Gesellschaftsstruktur erfolgt auch niemals völlig reibungsfrei. Sie vollzieht sich in Form spezifischer, durch die Politik transportierter „gesellschaftlicher Erwartungen“, wobei über das politische System der Bildungssteuerung- und -finanzierung ständig Standards und Normen in das Bildungssystem implementiert werden. Man muß nur wissen, daß derartigen Standards nicht die beanspruchte Dignität „objektiver“ wissenschaftlicher und pädagogischer Verfahren zukommt, sondern daß es sich dabei um soziale Konstruktionen handelt.

Derartige „gesellschaftlichen Erwartungen“ nehmen tendenziell die Form sich selbst erfüllender Prophezeiungen in der Steuerung des Bildungsverhaltens und in der Kanalisierung der „Bildungsströme“ an.

So ist etwa in der Bildungsforschung schon häufiger auf die Korrelation zwischen dem dreigliedrigen Schulsystem und der typischen tayloristischen Arbeitsteilung der traditionellen Industriegesellschaft hingewiesen worden (von Friedeburg 1994, 33f). Das gegliederte Schulwesen, dem in der konservativen Pädagogik ein geradezu „gattungsgemäßer“ Status zukommt, verbürgte mit seinen spezifischen Weichenstellungen über Jahrzehnte hinweg halbwegs adäquate Proportionen in der gesellschaftlichen Verteilung von „Normalbiographien“ für wenige gehobene, viele mittlere und einige niedrige soziale Positionen.

Das System der Notenvergabe verstärkt diese Effekte. Der dadurch bewirkte abstrakt-quantifizierende Vergleich fördert die relative Gleichgültigkeit gegenüber den Lerninhalten (und die Verselbstständigung des Motivs der „günstigen“ sozialen Positionierung im Lernverhalten); er ist zugleich identisch mit der Konkurrenz der Benoteten gegeneinander, quasi als antizipierte Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt. Die soziale Logik des Notensystems erzeugt bestimmte (normal-)verteilungsorientierte Bewertungsproportionen. (Markard 1998, 39) Die spezifische Valenz einer „1“ ergibt sich auf der Skala etwa erst aus der Differenz zur „4“ oder zur „6“; würden ausschließlich „1en“ und „2en“ vergeben, wäre das System außer Kraft gesetzt (zusätzlich würden die Schulbehörden eingreifen, wie es in den 70er Jahren häufiger der Fall war). Über einen längeren Zeitraum verglichen, nähert sich daher die Streuweite der Notenverteilung immer der sog. Normalverteilungskurve des Mathematikers Gauß an: wenige Spitzenleistungen, ein breites Mittelfeld von „Durchschnittlichen“ und einige Versager. (Weckel 1999, 36) Die Reproduktion einer entsprechend breiten „sozialen Mitte“ als gesellschaftlicher Stabilitätsfaktor ist garantiert. So war es zumindest viele Jahrzehnte lang.

Es gibt Zeiten, in denen die eingangs erwähnte Qualifikationsfunktion des Bildungssystems mit seiner Legitimationsfunktion in Konflikt gerät. Dann finden in der Regel Reformen statt. In den 60er Jahren etwa hatte die wissenschaftlich-technische Entwicklung eine derartige Dynamik angenommen, daß das traditionelle deutsche Bildungssystem aufgrund seiner (im Vergleich mit dem Ausland) extremen Selektivität und geringen Durchlässigkeit „nach oben“ den Qualifikationsbedarf der Industrie nach hoch qualifizierten, insbesondere nach akademisch qualifizierten, Fachkräften nicht mehr befriedigen konnte. Schulreform und Hochschulausbau waren die Folge. „Durchlässigkeit“, „soziale Öffnung“ und „Chancengleichheit“ waren die dominierenden bildungspolitischen Lösungen.

Es wäre allerdings zynisch und unzutreffend, die Bildungsreformen der 60er und 70er Jahre auf den Aspekt ökonomischer Modernisierung zu reduzieren. Gerade *weil* es objektiv erforderlich war, aus der Breite der Bevölkerung neue „Qualifikationsreserven“ zu erschließen, mußten auch neue sozialstaatliche Bildungsfördermechanismen (BAföG) entwickelt werden. Vor diesem Hintergrund fiel ein besonders kritischer Blick auf die traditionelle *soziale* Selektion in der Verteilung von Bildungschancen (Weber 1973).¹ Dadurch gewann ein demokratietheoretisch begründeter Ansatz von Chancengleichheitspolitik, der den Blick auf Diskriminierungseffekte der Sozialstruktur lenkte, in der öffentlichen Mobilisierung und Polarisierung ein gewisses Eigengewicht.

Dieser Phase sind die heutigen „Massenhochschulen“ zu verdanken – und die bereits sehr früh einsetzenden ideologischen Abwehrreaktionen einer polemischen Entgegensetzung von „Quantität und Qualität“, „Elite und Masse“ etc., „mit denen sich... publizierende Professoren und professorale Publizisten ihre Tage versüßten.“ (Bourdieu 1992, 218). Es wird suggeriert, daß es so etwas wie einen mechanischen Übergang von der wachsenden Größe der Hochschulen in Qualitätsverlust (und die entsprechende Umwandlung einer „Gemeinschaft“ in eine „Masse“) gäbe (Bourdieu ebd.), obwohl die Phase, in der dies angeblich erfolgt, niemand bestimmen kann. Physische Enge und technische Überlastung der Hochschulen aufgrund ihrer chronischen Unterfinanzierung fördern allerdings einen entsprechenden politischen Selektionsdruck, der sich selbst wiederum mit den dazugehörigen obskuren Behelfstheorien „ungleicher Begabungen“ (s.u.) tautologisch rechtfertigen kann.

Merke: Wenn das Gleichgewicht zwischen wachsendem gesellschaftlichen Bildungsniveau und Begrenztheit privilegierter Arbeitsplätze erheblich gestört ist und wenn dadurch möglicherweise noch ein zusätzlicher Demokratisierungs- und Legitimationsdruck im Hinblick auf gehobene soziale Positionen entsteht, ändert sich im Regelfall die politische Gefechtslage: das Chancengleichheitsmotiv wird als bildungspolitischer Impuls abgewertet, statt dessen heißt es nun „Mut zur Erziehung!“ (1978), „Mehr Elitenförderung!“, „Mehr Wettbewerb!“ (Regierungswechsel 1982/83; vgl. Bultmann/Weitkamp 1999, 64 ff). Politikmächtig werden derartige konservative Abwehrreflexe, welche die Bildungsreformen seit Anbeginn begleiteten, erst in Verbindung a) mit der Stagnation öffentlicher Haushalte im Widerspruch zu wachsenden gesellschaftlichen Bildungsbedürfnissen, b) mit der Sättigung akademischer Arbeits-

¹ Noch in den 50er Jahren bestand eine einflußreiche Lehrmeinung darin, wie der Pädagoge Karl Valentin Müller zu behaupten: „Der Sozialpyramide entspricht eine biologische Begabungs- und Leistungsstruktur.“ (zit. nach Weber, a.a.O., 33) Heute sind wir fast wieder dort angelangt (s.u.).

märkte und c) mit dem gesellschaftlich akzeptierten Übergang zu einem „marktwirtschaftlichen“ Verständnis „effizienten“ Bildungsverhaltens in der Bildungssystemsteuerung (s.u.).

Der Sachverhalt, daß die offizielle Hochschulpolitik auffälligerweise die Form von kurzfristig hochgepushten, einander ablösenden hektischen Kampagnen zu wechselnden „Themen“ hat – gegenwärtig: „Mangelnde Internationalität des deutschen Hochschulsystems“ –, ist aus der Tatsache erklärbar, daß sich Gesellschaftsstruktur und Bildungssystem in ihrem Verhältnis nicht harmonisch entwickeln *können*; genauer: es so lange nicht können, wie die quantitative Expansion „höherer“ Bildungsgrade (und -ansprüche) nicht in eine Demokratisierung der Gesellschaft mit der entsprechenden Vermehrung realer Partizipationschancen mündet. Gerade Hochschulpolitik vollzieht sich daher – über längere Zeiträume betrachtet – im Wechsel von Expansion und Kontraktion. Dazwischen können jahrzehntelange Phasen der Stagnation liegen. Gegenwärtig befinden wir uns demnach in einer Phase der Kontraktion. Diese hat uns das „Mega-Thema Bildung“ (Roman Herzog) als Bertelsmann-Verschnitt besichert.

2. Im deutschen Bildungszoo: der Durchschnitt, die Begabten und die Hochbegabten

Zweifellos gibt es im individuellen Vergleich Leistungsunterschiede. Diese Feststellung ist erstens eine Trivialität und zweitens eine Frage der politischen Definitionsmacht darüber, welche Anstrengungen gesellschaftlich wünschbar und entsprechend förderbar sind. (Weckel 1999) Gegenwärtig bekommen wir aus allen Ecken und Enden erklärt, daß das deutsche Bildungssystem immer weniger leistet, unter anderem weil es „Wettbewerb“ verhindere. In dem von einem früheren Bundespräsidenten ausgerufenen „Aufbruch in der Bildungspolitik!“ klingt das so:

„Menschen sind Individuen. Sie haben unterschiedlich Begabungen. Wer das leugnet, vergißt einerseits die herausragenden Talente, die unser Bildungssystem oft genug behindert, und andererseits die weniger Begabten, denen unser Bildungswesen jeglichen Abschluß verweigert.“ (Herzog 1997, 1002)

Das ist die Schlüsselsequenz der gesamten „großen Rede“. Gerade diese Sätze wurden in der Folgezeit endlos zitiert, paraphrasiert und noch auf der letzten Provinzabiturfeier durchgeknetet. Sie sind im Kern – auch in den sich daran anschließenden Ausführungen Herzogs – eine Fundamentalkritik an der Bildungsreform: Deren Ergebnisse würden aufgrund der sozialen Vermehrung von Bildungschancen einen egalisierenden Nivellierungsdruck „nach unten“ ausüben, so daß sich die „Hochbegabten“ nicht entfalten könnten. In der sozialdarwinistischen Zuspitzung durch

die Zeitschrift *Wirtschaftswoche* (Nr. 28/2.7.98), die im Anschluß an Herzog dem Thema „Hochbegabung“ einen Leitartikel widmete, liest sich das so:

„Während lernschwachen Kindern jede nur möglich Unterstützung zukommt (was eine faustdicke Lüge ist; TB), übersieht das staatliche Angebot das obere Ende der Bildungsskala ganz. Das Ungleichgewicht ist ungerecht und hat negative Folgen für alle: Deutschlands größte Talente können sich nicht entfalten, das Humankapital bleibt unter seinem möglichen Leistungsniveau.“

Mit anderen Worten: Es ist mal wieder soweit. Immer wenn neue einschneidende Sparmaßnahmen an den staatlichen Bildungsetats ins Haus stehen, werden die verbliebenen Ansätze einer integrativen Bildungspolitik, die sich um eine bessere Bildung für alle bemüht, durch „Begabtenforschung“ und „Begabtenförderung“ verdrängt. (Ulmann 1991, 134) In solchen Zeiten wird (mal wieder) der Elitenbegriff „enttabuisiert“ (*Forschung & Lehre* 4/1997; *DUZ* 14/1998)² und wendige Mainstream-PsychologInnen entwickeln Meßinstrumente, die eine frühzeitige Selektion unterschiedlicher Lebenschancen ermöglichen sollen. Nicht alle Menschen möglichst gut zu bilden, ist dann angesagt, „sondern diejenigen auszuwählen und zu fördern, bei denen ‘es lohnt’“. (Ulmann, a.a.O.; vgl. auch Holzkamp 1992, 6) Die Konsequenzen sind anhand der aktuellen Bildungspolitik gut beschreibbar: Abbau von Rechtsansprüchen in der Bildungsbeteiligung, stärkere Selektion individueller Bildungsbiographien über Prüfungen und „Eignungstests“ (hochschulinterne Studienplatzvergabe), Einführung von Kurzstudiengängen für die Masse (Bachelor), generelle Absenkung der durchschnittlichen gesellschaftlichen Bildungszeiten, „Aufwertung“ der Hauptschule (Vorreiter: Bayern), Förderung von Privathochschulen etc. (Bultmann/Weitkamp 1999, 41 ff).

Allerdings läßt sich die aktuelle Situation nicht nur als Revival vergangener reaktionärer bildungspolitischer Zyklen beschreiben. Die anti-pädagogische Fragestellung, wieviel an Bildungsinvestition sich in welchen Menschentyp „lohne“, beschreibt eine – meines Erachtens in dieser Intensität neuartige – Synthese aus betriebswirtschaftlichem Rentabilitätskalkül und erbbiologischen Aftertheorien über „natürliche“ Ungleichheit (s.u.). Gegenwärtig sind bspw. alle Bildungseinrichtungen, Schulen und Hochschulen, einem gigantischen Kostensenkungsdruck bei wachsender gesellschaftlicher Beanspruchung ausgesetzt. Der dadurch begünstigte Übergang von traditionellen (Selbst-)Verwaltungsstrukturen zu betriebswirtschaftlich ausgerichteten sog. „neuen Steuerungsmodellen“

² Oder wie der Hamburger Uni-Präsident, Jürgen Lüthje, richtig feststellt: „Der Ruf nach Eliten soll die Nachrangigkeit von Bildung und Ausbildung in den politischen Prioritäten kompensieren.“ (in: *Forschung & Lehre* 4/1997, S. 179)

(vgl. Bultmann 1999) produziert strukturbedingt einen selektiven Blickwinkel auf die Bildungsobjekte. Wenn etwa Bildungskosten als „Investition“ umdefiniert werden, erhöht sich der Druck auf eine präzisere „Kalkulation“ dieser Ausgaben.

Dieser Sachverhalt wirkt wiederum als Druck *erstens* in Richtung einer formalisierbaren quantitativen Leistungsmessung (Steuerung über Noten) und – noch wichtiger – *zweitens* in Richtung einer selektiven individuellen Differenzierung dieser Investitionen nach Maßstäben möglichst frühzeitiger persönlicher Leistungsfähigkeitsprognosen. Entsprechend verschiebt sich der pädagogische Schwerpunkt: an die Stelle einer (potentiellen) emanzipatorisch orientierten Förderung von Entwicklungschancen und Handlungsmöglichkeiten tritt eine klassifikatorische Diagnostik invarianter „Eigenschaften“ und „Anlagen“. (Markard 1998, 38) Damit ist die Brücke zu Biologismus und Rassismus geschlagen.

Im Bunde mit der „prallen (Pseudo-)Konkretheit“ (Markard) des Alltagsbewußtsein über menschliche Unterschiede und mit der Pseudo-Rationalität betriebswirtschaftlicher Verfahren ist ein herrschendes Verständnis von Bildungspolitik, wie es in der „großen“ Herzog-Rede seinen Ausdruck findet, weitgehend gegen öffentliche (sowieso kaum stattfindende) Kritik immun, obwohl seine tragenden politischen Begründungsfiguren unbeweisbar sind und eher den Charakter willkürlicher ideologischer Setzungen haben. Wenn etwa durch Herzog die Essenz von „Individualität“ durch das Kriterium „unterschiedliche Begabungen“ (s.o.) definiert wird, dann ist in letzter Konsequenz „Individualität“ bzw. persönliche Entwicklung nicht durch die jeweiligen gesellschaftlichen Möglichkeiten konkreter Menschen bestimmt, also ein Resultat spezifischer Förderung (oder auch Behinderung), sondern auf die knospenhafte „Entfaltung“ eine „Anlage“ reduziert.

Genau das macht den Begabungsbegriff so problematisch, da er gesellschaftlich nichts erklärt und folglich auch nicht bildungspolitisch operationalisiert werden kann. Er erklärt Leistungsunterschiede zwischen einzelnen Menschen, die auf der Beobachtungsebene feststellbar sind, nicht aus den gesellschaftlichen Lebensumständen, die sie bewirken, sondern durch eine reduktionistische Konstruktion:

„Begabung ist nicht etwas, das man beobachten kann, sondern etwas, mit dem man Beobachtetes deutet, interpretiert, erklärt. Das Zirkuläre der Begabungsvorstellung liegt darin, daß von ‚Leistung‘ unmittelbar auf ‚Begabung‘ geschlossen wird, diese aber als Ursache der Leistung herhalten soll.“ (Markard 1998, 36)³

³ „Den Begabungsbegriff derart zu problematisieren, schließt also keineswegs notwendig ein, Leistungsunterschiede zu leugnen. Problematisiert werden damit allein die wissenschaftliche Dignität und die gesellschaftliche Funktionalität der biologisch-genetischen Erklärung von Leistungsunterschieden. Die Funktion dieser Erklärung be-

„Begabung“ wird so zu einem gegenüber dem gesellschaftlichen Lernen isolierbaren „Faktor“, welcher zugleich die nicht übersteigbaren individuellen „Grenzen“ des Lernens aufzeigt. (Holzkamp 1992, 14) Die Konsequenz ist naheliegend: Ein hierarchisch gegliedertes Bildungssystem mit seiner Eigenschaft einer institutionellen Zuteilung ungleicher Lebenschancen erscheint als adäquater Ausdruck „natürlicher“ Unterschiede, eine egalitäre Bildungspolitik hingegen als „widernatürlicher“ Zwang und Gewalt gegen dieselben.⁴

In einem gleichen „begabungstheoretischen“ (tautologischen) Begründungskontext sind die immerwährenden Anläufe einer institutionellen Sonderförderung von sog. „Eliten“ und „Hochbegabten“ angesiedelt (spezielle Förderklassen, Elite-Gymnasien, Privathochschulen). Das ist nicht allein eine Frage der isolierten Existenz exklusiver Einrichtungen; mit dem Hochbegabungsbegriff wird ein spezifischer Druck auf das öffentliche Bildungssystem in Richtung einer stärkeren hierarchischen Differenzierung ausgeübt.

Es ist kein Zufall, daß sich nach der Herzog-Rede in den Medien rührselige Reportagen häuften, welche das Leiden der „Hochbegabten“ an der „Massengesellschaft“ thematisierten. „Experten“ (wer sonst?) hätten „geschätzt“, daß es in Deutschland 300.000 hochbegabte Jugendliche gäbe, die aber aufgrund der allseits dominierenden Mittelmäßigkeit z.T. noch gar nicht entdeckt seien. (*Wirtschaftswoche* 28/2.7.98: „Das System Schule richtet sich am Durchschnitt aus. Lehrpläne, Lehrer und Schulbücher orientieren sich am Durchschnittsschüler.“) Dieser Umfang entspricht ungefähr dem Punkt „rechtsaußen“ auf der Gaußschen Kurve. Wer von einer genetisch bedingten Variationsbreite von „Begabungen“ ausgeht – kurz: wer eine Gesellschaft wie einen Zoo betrachtet –, kommt zwangsläufig zu dem Schluß, daß es auch das Phänomen „Hochbegabung“ gäbe, welches als individuelle Eigenschaft identifizierbar, isolier-

steht vor allem in der Naturalisierung von Unterschieden und dem damit erleichterten Sortieren von Individuen.“ (Markard ebd.)

⁴ Der abgebrühte Zynismus der „großen“ Herzog-Rede (1997, 1002) erweist sich u.a. darin, daß er seine Sorge um die „herausragenden Talente“, die sich nicht „entfalten“ könnten, mit seiner Für-Sorge für die „weniger Begabten“, die keinen Abschluß erhielten, schein-demokratisch auspendelt: Diese pseudo-humanitäre Zuwendung zu den Bildungsabbrechern bewirkt in der öffentlichen Meinung das Gegenteil. Statt zu fragen, unter welchen Bedingungen Bildungsabbrecher“karrieren“ entstehen (und wie man diese Bedingungen ggf. verändern kann), werden die Betroffenen dadurch gesellschaftlich erledigt, daß man sie als „weniger Begabte“ klassifiziert, womit sie letztlich an ihrem Schicksal selber schuld sind. Für die Gesellschaft bleibt nur die Sorge, ihnen (vielleicht nach der 6. oder 8. Klasse?) eine formalen „Abschluß“ zu verpassen, in Gestalt eines Zettels mit Noten drauf.

bar und unter labormäßigen Bedingungen exklusiver Ghettoisierung spezifisch und „günstiger“ förderbar sei.⁵

Nach derartigen Vorstellungen ist „Lernen“ letztlich kein sozialer Begriff mehr, sondern komplett auf die biologistische Vorstellung des „Auskeimens“ reduziert. Allein und isoliert eine „hohe“ bzw. (auf dem anderen Ende der Skala) eine „niedrige“ Leistung zu vollbringen, erscheint sinnvoller „als gemeinsam und kooperativ eine bessere; allein zum Ziel zu gelangen ist besser als die Verantwortung zur gemeinsamen Zielerreichung zu übernehmen...“ (Weckel 1999, 35)

3. Die Produktion gesellschaftlicher Stagnation

Durch ein selektives Bildungssystem, welches sich auf den ultimativen Gipfel der „Hochbegabtenförderung“ hin zuspitzt, werden spezifische gesellschaftlich mögliche Fähigkeiten eindimensional ausgebildet; andere zukunftsrelevante intellektuelle Ressourcen wiederum vernachlässigt und vergeudet. Dieses „Bildungsideal“ entspricht vollständig einer neoliberal deregulierten Gesellschaft von „EinzelkämpferInnen“. Seine methodischen Prämissen sind daher zwar interessenpolitisch nachvollziehbar, aber dennoch falsch. Dem Begabungsbegriff, insbesondere in Form der „Hochbegabtenförderung“,⁶ liegt ein „bildungspolitisch induzierter Pygmalioneffekt“ (Holzkamp 1992, 17) sich selbst erfüllender Prophezeiungen zugrunde. Wenn etwa spezifische Fähigkeiten besonders gefördert werden, lassen sich Wetten darauf abschließen, daß diese sich auch

⁵ Was für Früchtchen da heranreifen, wird unfreiwillig in einem Interview der „Wirtschaftswoche“ (28/2.7.98) mit „hochbegabten Jugendlichen“ der Christopherusschule Rostock deutlich. So findet etwa Jacqueline (17 Jahre): *„Der größte Teil meiner damaligen Klassenkameraden hatte auf dem Gymnasium nichts zu suchen. Was sollen die Lehrer dann schon machen? Wenn sie solche Klassen haben, dann müssen sie sich auf das Niveau der ganzen Klasse einlassen.“* Und Alexander (18) ergänzt: *„Ich halte deshalb das dreigliedrige Schulsystem für ganz wichtig.“* Schließlich Arne (18) über sich selbst: *„Ich stehe dieser ganzen Gleichmacherei, die so gern propagiert wird, kritisch gegenüber. Wenn alle auf dieselbe Schule gehen, dann können die Eliten nicht gefördert werden.“* Wie Papageien apportieren diese kleinen Monster die Zentrallosungen neoliberaler Bildungspolitik.

⁶ Der politökonomische Kern von Selektion und Privatisierung in der Bildungspolitik kann wie folgt definiert werden: *„.....eine Machtelite, die ihre Vermögen entzonalisiert hat, versucht sich über eine Bildungsreform legitimatorisch zu stützen. Dazu benötigt sie eine Konzentration der Ressourcen zu ihren Zwecken, das heisst, die Möglichkeit, sozial homogener und rascher als alle anderen, wenn möglich ungestört, quasi oder wirklich privat und damit unter sich die Bildungsgänge absolvieren zu können, die höchsten Qualifikationen sich selbst vorbehaltend, um den möglichst frühen und umfassenden Anschluß an die internationale Elite in Wissenschaft und Forschung, Wirtschaft und Politik herstellen zu können.“* Die Kehrseite davon ist die *„McDonaldisierung der Bildungsinstitutionen an der Basis...“* (Graf/Graf 1997, 34 f)

„überdurchschnittlich“ entwickeln. Dies wiederum wird als Beweis für das vorhergehende Vorhandensein einer „Hochbegabung“ herangezogen. In letzter Konsequenz schafft „Hochbegabtenförderung“ selbst die Bedingungen, durch die sie ihre Legitimation beansprucht. Zu diesen Bedingungen gehört die Erzeugung eines ständigen Leistungsabstandes „zwischen Normal- und Hochleistern.“ Dieser ist aber durch das Ziel der Förderung „in Wahrheit ... (mindestens partiell) miterzeugt: Eine Art von ‚selbsterfüllender Prophetie‘, durch die man Ressourcen an gesellschaftlich nutzbaren Leistungsmöglichkeiten nicht – wie beabsichtigt – fördert, sondern im Gegenteil durch die Vernachlässigung und Entmutigung der Nichttauserwählten unterdrückt und verschleudert.“ (Holzkamp ebd.)

Das vorhersehbare Ergebnis einer selektiven Bildungspolitik wird die Förderung von Konformismus, wissenschaftlicher Stagnation und Demokratieabbau sein. Eine derartige Politik untergräbt langfristig die Reproduktionsgrundlagen der gesamten gesellschaftlichen Zivilisation. Für die Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft hingegen ist es perspektivisch sinnvoller – und auch politisch anregender – darüber nachzudenken, wie gesellschaftlich erzeugte Lernbehinderungen und bildungsdiskriminierende Effekte der sozialökonomischen Strukturen in der gesellschaftlichen Breite nach und nach abgebaut werden können – statt sich primär mit der Sortierung „besonderer Begabungen“ zu beschäftigen. (Ulmann 1991, 137).

Die Zielsetzung einer integrativen Bildungspolitik ist mit der Frage der politischen Definitionsmacht über die perspektivischen gesellschaftlichen Interessen verknüpft. Ein voll ausgebildetes emanzipatorisches Bildungssystem kann es erst in einer Gesellschaft geben, in welcher für die jeweils einzelnen Menschen der strukturelle ökonomische *Zwang* entfällt, sich von anderen unterscheiden zu *müssen*. Das ist wiederum die Voraussetzung für die Entwicklung vielfältiger Fähigkeiten und Individualitäten als „Selbstzweck“ (Marx 1953, 387) Daß es bis dahin noch etwas dauert, kann keine Entschuldigung für die aktuelle Abwesenheit einer demokratischen Bildungspolitik sein. Deren Erfolgsmaßstab ist schließlich die tagtägliche Auseinandersetzung um den Abbau und die Relativierung dieses Konkurrenzzwanges. In letzter Konsequenz ist das jedoch keine bildungspolitische Fragestellung mehr. Jedenfalls nicht im engeren Sinne.

Literatur

Becker, Egon; Jungblut, Gerd (1972): Strategien der Bildungsproduktion, Frankfurt.

Bourdieu, Pierre (1992): Homo academicus, Frankfurt a.M.

Bultmann, Torsten; Weitkamp, Rolf (1999): Hochschule in der Ökonomie, Marburg.

Bultmann, Torsten (1999): Neue Hochschulsteuerungsmodelle als Instrumente

der Entpolitisierung der Wissenschaft; in: Neumann-Schönwetter, Marek/Renner, Alexander/Wildner, Ralph C. (Hrsg.), Anpassen und untergehen. Beiträge zur Hochschulpolitik, Marburg, S. 185-194.

Fischbach, Rainer (1999): Bildungsparadies oder Beschäftigungsroulette; in: *Freitag* 19.2.1999.

von Friedeburg, Ludwig (1992): Bildungsreform in Deutschland. Geschichte und gesellschaftlicher Widerspruch, Frankfurt a.M.

Geissler, Rainer (1999): Mehr Bildungschancen aber weniger Bildungsgerechtigkeit - ein Paradox der Bildungsexpansion; in: Neumann-Schönwetter, Marek/Renner, Alexander/Wildner, Ralph C. (Hrsg.), Anpassen und untergehen. Beiträge zur Hochschulpolitik, Marburg, S. 19-32.

Graf, Martin A./Graf, Erich O. (1997): Der Angriff der Bildungselite auf die Volksbildung. Bildungssoziologische Anmerkungen zur aktuellen Reformdebatte; in: *Widerspruch. Beiträge zur sozialistischen Politik* 33, Zürich, S. 23-38.

Graf, Martin A. (1999): Umstrukturierung von Reproduktion und Selektion im Zuge einer technokratischen Reform <Interview>; in: CLIC <Comité de Liaison Intercantonal> (Hrsg.), Seminarreader „Bildung als Ware und Humankapital“, Bern.

Herzog, Roman (1997): Aufbruch in der Bildungspolitik (Rede des Bundespräsidenten in Berlin); in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), *Bulletin* Nr. 87, S. 1001-1007.

Holzkamp, Klaus (1992): „Hochbegabung“: Wissenschaftlich verantwortbares Konzept oder Alltagsvorstellung?; in: *Forum Kritische Psychologie* 29, Berlin, S. 5-29.

Konrad-Adenauer-Stiftung (1992): Grundlagen und Perspektiven christlich-demokratischer Bildungspolitik. Fachkongreß am 14./15.9.1991 in Heidelberg (herausgegeben von Jörg-Dieter Gauger), Bonn.

Markard, Morus (1998): Begabung. Motivation. Eignung. Leistung. Schlüsselbegriffe der aktuellen Hochschulregulierung aus kritisch-psychologischer Sicht; in: *Forum Wissenschaft* 1/1998, Marburg, S. 36-40.

Marx, Karl (1953): Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (Rohentwurf 1857-1858), Berlin.

Rossanda, Rossanda/Cini, Marcello/Berlinguer, Luigi (1972): Thesen zur Schule und Hochschule; in: „Il Manifesto“ (Hrsg.), Thesen zur Schul- und Hochschulpolitik. Internationale Marxistische Diskussion 25, Berlin, S. 26-50.

Ulmann, Gisela (1991): Angeboren? - Anerzogen? Antworten auf eine falsch gestellte Frage, in: *Argument* Sonderband 175, Berlin, S. 113-138.

Weber, Norbert (1973): Privilegien durch Bildung. Über die Ungleichheit der Bildungschancen in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a.M.

Weckel, Erik (1999): Der Flaschenhals: Leistung - Was ist das eigentlich; in: Neumann-Schönwetter, Marek/Renner, Alexander/Wildner, Ralph C. (Hrsg.), Anpassen und untergehen. Beiträge zur Hochschulpolitik, Marburg, S. 33-40.

Zeitschriften

DUZ: *Deutsche Universitätszeitung*

Forschung & Lehre: hrsg. vom Deutschen Hochschulverband

Forum Wissenschaft: hrsg. vom Bund demokratischer WissenschaftlerInnen (BdWi)

„Studentensprache“ – aus der Perspektive von Studenten

Ein Bericht

**Karl-Heinz Siehr &
Elisabeth Berner**
Potsdam

1. Vorbemerkung

Der Titel mag etwas ungewöhnlich erscheinen, doch bringt er u.E. das Anliegen des Beitrages recht gut auf den Punkt. Was hier zum Thema „Studentensprache“ gesagt werden soll, bezieht sich in zweifacher Hinsicht auf eine „studentische Perspektive“: Die Formulierung ist zum einen gerechtfertigt, weil die folgenden Anmerkungen wesentlich auf Ergebnissen eines studentischen Projektseminars basieren, das unter unserer Leitung 1996/97 an der Universität Potsdam stattfand.¹ Solche Projektseminare ergänzen am Institut für Germanistik die traditionellen Veranstaltungsformen Vorlesung, Projektseminar, Grundkurs usw. und werden nach Absprache zwischen den Dozenten und den Studierenden bzw. ihrem Fachschaftratsrat ins jeweilige Lehrveranstaltungsprogramm eines Semesters aufgenommen. Inhaltlich sind Projektseminare ausgerichtet auf Themen, die ansonsten nicht angeboten oder nur am Rande besprochen werden; methodisch sollen sie den Forschungsprozeß von der Themenfindung bis zur sprachlichen Darstellung der Ergebnisse quasi simulieren und somit zur Entwicklung einer fachspezifischen Denk- und Arbeitsweise beitragen.

Die Wendung aus „studentischer Perspektive“ ist aber noch aus einem anderen Grund angebracht. Die Daten, die wir über die „Studentensprache“ gewonnen haben, sind nämlich primär Einstellungsdaten. Dies bedeutet in unserem Fall, daß sie das Ergebnis einer Befragung von Studierenden darstellen und somit vermittelte, subjektive Einsichten zum

¹ Zum Kreis der Mitstreiter gehörten im Kern ca. 20 Studenten, deren Namen hier aus Platzgründen nicht genannt werden können. Ihre Mitautorenschaft an diesem Beitrag sei jedoch ausdrücklich hervorgehoben. In mehreren Interviews für Zeitungen und Radiosender haben vor allem die Studenten „ihre“ Ergebnisse vorgestellt.

Thema 'Studenten und Sprache' zum Ausdruck bringen. Dieser Umstand sei ausdrücklich betont.

Daß die Methode der Befragung gewählt und in den Mittelpunkt der Recherchen gestellt wurde, hat verschiedene Gründe. Einer der wichtigsten hängt mit dem derzeitigen Status des Gegenstandes selbst zusammen. Die Anführungsstriche, die wir dem Ausdruck begeben, sollen die Frage evozieren, ob es in der sprachkommunikativen Wirklichkeit der Gegenwart eigentlich einen homogenen Ausschnitt gibt, auf den sich der Begriff „Studentensprache“ unkritisch anwenden läßt. Immerhin legt eine bestimmte Interpretation des Ausdrucks ja nahe, daß die soziale Gruppe der Studierenden eine mehr oder weniger originäre Sprache im Sinne eines spezifischen Wortschatzes, einer spezifischen Grammatik o.ä. „besitzt“, die von anderen Sprechern nicht oder kaum gebraucht wird. Diese Deutung ist z.B. oft in der Redeweise 'Sprache der Jugend' vorherrschend.

Da 'Sprache' im Deutschen bekanntlich nicht nur 'Sprachsystem', sondern auch 'Sprachgebrauch' bedeuten kann, ließe sich „Studentensprache“ allerdings auch im Sinne von 'Besonderheiten im Sprachverhalten von Studierenden' verstehen – eine Lesart, die weniger streng wäre und die dominiert, wenn z.B. vom 'Stil der Wissenschaft' die Rede ist. Doch wie immer man den Ausdruck „Studentensprache“ zu deuten weiß, seine Semantik scheint derzeit nicht so erfahrungsgestützt zu sein, wie dies besonders zwischen dem 17. und dem 19. Jahrhundert der Fall war, als die Studentensprache ganz offensichtlich zu den prototypischen Fällen von Sondersprachen des Deutschen zählte. Diese Form von Studentensprache ist umfassend dokumentiert in der sechsbändigen „Bibliothek zur historischen deutschen Studenten- und Schülersprache“ von H. Henne und G. Objartel (Hrsg. 1984; auch Götze 1928; Henne; Objartel o.J.); sie lebt heute nur noch in wenigen Ausdrücken und Redeweisen fort, die inzwischen allgemeinsprachlich geworden sind², und unter Umständen (noch oder wieder) in einigen studentischen Verbindungen.

Jeder Student bzw. jeder, der mit Studierenden zu tun hat, würde beim Lesen des o.g. Wörterbuches und der darin wiedergegebenen Einzelbelege und Texte jedoch sofort anmerken, daß das Sprechen und Schreiben heutiger Studentengenerationen „ganz anders“ ausfällt als das früherer Generationen. Doch worin die Spezifik liegt, läßt sich vermutlich nicht so ohne weiteres sagen.

Die Germanistik hat ihr Interesse lange Zeit mehr auf die Erforschung der älteren Stufen der Studentensprache konzentriert, lediglich im Zusammenhang mit der Studentenbewegung gab es seit den 60er und 70er Jahren Beiträge zu einzelnen Gesichtspunkten der „modernen“ Studen-

² Beispielsweise die Ausdrücke pauken, Kneipe, abgebrannt sein, ein Fuchs sein, Penne.

tensprache, auf die hier nur verwiesen werden kann.³ Von den neueren Wortmeldungen seien zwei zitiert, die den Stand der Forschung recht gut bilanzieren. In der „Germanistischen Soziolinguistik“ von H. Löffler (1985, 134f.) ist u.a. zu lesen:

„Mit dem veränderten Selbstverständnis der Wissenschaften und des akademischen Studiums hat sich seit dem zweiten Weltkrieg auch die soziale Merkmalsbeschreibung der Studenten gewandelt. Ihre Charakteristik und damit auch ihre Sprache nähert sich immer mehr der Normallage. Man spricht im Zusammenhang mit dem beschränkten Arbeitsmarkt für Studierende auch schon vom akademischen Proletariat. So ist auch die Sprache der Studenten in bezug auf die früher so auffälligen Merkmale des Sonderwortschatzes und 'kneipistischer' Metaphorik immer mehr die Sprache der Normalbürger geworden. Studieren ist beinahe schon eine berufliche Tätigkeit, die auch über Stipendien und Gebührenerlaß lohnähnlich honoriert wird. Diese veränderten Bedingungen provozierten jedoch eine neue Art 'Standessprache', die in ihren Merkmalen und ihrer pragmatischen Bedingtheit eine Mischung von Fach-, Wissenschafts-, Berufs- und Jugendsprache zu sein scheint, wegen des 'transitorischen' Charakters jedoch zu allerlei Zwängen und Spannungen führt.“

H. Objartel (1989, 199) zieht mit Blick auf Studentensprache diese Bilanz:

„Studentensprache ist heute ein diffuser Begriff. Der Korporationsjargon, obwohl bei stark geschrumpfter Trägerschaft immer noch vorhanden, kann jedenfalls nicht mehr als Prototyp von Studentensprache gelten ... Wenn mit dem Ausdruck Studentensprache Spezifika, Typika oder Auffälligkeiten in der kommunikativen Praxis von Studierenden allgemein oder spezieller Gruppen angesprochen werden, so können ganz verschiedene Dinge gemeint sein ... Die Skala der Möglichkeiten reicht von gängigen Kurzwörtern (Uni, Bafög) über fachgebundene Jargonismen, bildungssprachliche Prestigesignale, über Politvokabular und Agitationstechniken, über den teils emphatischen, teils auch aggressiven Diskussionsstil selbstbestimmter Interessengruppen, über kommunikative Hemmnisse und Verzerrungen bei Streß und Leistungsdruck bzw. Frust und Desorientierung bis hin zu dem jugendlichen Sprachhabitus, der aus der Schule mitgebracht und unter den neuen soziokommunikativen Bedingungen modifiziert wird. All dies ist inzwischen bei über einer Million Studenten nicht mehr auf einen Nenner zu bringen. Ein dominanter Typus von Studentensprache ist nicht erkennbar, eine Beschreibung sämtlicher Facetten nicht zu leisten. Studenten scheinen von ubiquitärer (= überall verbreiteter; die Verf.) 'Jugendsprache' und kommerzialisierter 'Jugendkultur' vereinnahmt zu werden.“

Was läßt sich diesen Einschätzungen entnehmen? Die Situation in Sachen Studentensprache scheint einerseits sehr klar zu sein: Ein „dominanter Typus“ von Studentensprache ist nicht mehr erkennbar, sie befindet sich auf dem Weg zur „Sprache der Normalbürger“, der Begriff ist „diffus“ geworden. Die Beschäftigung mit Studentensprache wäre dem-

³ Vgl. die Angaben im Literaturverzeichnis.

nach ein wenig begründbares Unternehmen. Andererseits gibt es aber auch diese Hinweise: Studentensprache ist „eine neue Art von 'Standessprache“, sie ist heute mehr eine „Mischung von Fach-, Wissenschafts-, Berufs- und Jugendsprache“, sie hat wenn nicht eine dominante, so doch viele „Facetten“, und sie weist trotz alledem „Spezifika, Typika, oder Auffälligkeiten in der kommunikativen Praxis von Studierenden“ auf.

Die Studenten, die das Projektseminar mit uns initiierten, empfanden diese ambivalente, in sich auch nicht stimmige Beschreibung der Situation jedenfalls als Herausforderung.⁴ Allen Teilnehmern war dabei bewußt: Die Erwartung durfte weder darin bestehen, das Projektseminar mit einer lexikonartigen Liste studententypischer Wörter und Wendungen, noch es mit einer kompletten Auflistung studentischer Sprachregister beenden zu können. Und vor allem: Angesichts des prinzipiell unklaren Status der aktuellen Beziehung von Studenten und Sprache schien es zunächst erst einmal angeraten, genauer zu prüfen, ob und wo sich überhaupt Anhaltspunkte für die Untersuchung der sprachlichen Verhältnisse i.e.S. anbieten. Dafür schien uns das den Sprachgebrauch überlagernde Sprachbewußtsein der Studierenden ein möglicher Indiziengeber zu sein. Bei dieser Annahme ließen wir uns von der generellen Einsicht leiten, daß die Sprecher einer Sprache im allgemeinen auch ein recht sicheres intuitives bzw. implizites Wissen von der Architektur ihrer Sprache, d.h. von den „Sprachen“ in der Sprache, haben.⁵ Wenn es so etwas wie Studentensprache gibt, müßten ihre Sprecher folglich darüber etwas mitteilen können. Um dieses „Wissen“ abzurufen, wählten wir die Methode der Befragung.

2. Zum Fragebogen

Aufbau und Gestaltung des Fragebogens, der eingesetzt wurde, orientierte sich an einschlägigen Empfehlungen der Sozialwissenschaft (vgl. u.a. Atteslander 1987; 1993) und an linguistischen Arbeiten zum Wert von sprachbezogenen Einstellungsdaten (vgl. u.a. Neuland 1993). Über den Schritt eines Vor-Testes, in den ca. 70 Studenten einbezogen waren, wurde ein vierseitiger Fragebogen entwickelt, der schließlich im Som-

⁴ Daß die Motivation für die Beschäftigung mit dieser Frage wohl auch etwas mit dem Ringen um ein studentisches Selbstverständnis heute zu tun hat, sei hier nur angemerkt.

⁵ Gemeint sind damit z.B. „Sprachen“ wie Dialekte, Umgangs-, Fach- und Gruppensprachen. In der Sprachwissenschaft werden solche Sprachgebrauchsformen im allgemeinen als Varietäten einer Einzelsprache bezeichnet.

mersemester 1996 von den Teilnehmern des Seminars an ca. 840 Studenten verteilt worden ist.

Es ist hier nicht möglich, den Fragebogen im einzelnen zu erläutern. Strukturell bestand er aus Fragen zu relevanten Sozialdaten⁶ und aus Fragen zum Sprachgebrauch an der Universität Potsdam, speziell zum Sprachverhalten von Studenten. (Vgl. Abschnitt 3.) Fragemethodisch wählten wir eine Mischung aus geschlossenen (ankreuzen von Vorgaben) und offenen (Möglichkeit der Meinungsäußerung) Fragen.

Der zweite, weitaus umfangreichere Teil zielte darauf ab, Indizien dafür zu erhalten, ob Studenten die Sprachsituation an der Universität überhaupt als auffällig wahrnehmen und ob sie diese Wahrnehmungen personell (wer), situativ (wann), funktional (warum) und strukturell (sprachliche Spezifik i.e.S.) spezifizieren können.

Von den ausgegebenen Fragebögen kamen 281 zurück, deren Angaben in den Computer eingegeben und – soweit es die quantitativen Daten betraf – mit Hilfe des Statistikprogramms SPSS ausgewertet wurden. Hinsichtlich der Zusammensetzung des Probandenkreises sei hier nur so viel mitgeteilt: Nach der angegebenen Hauptstudienrichtung waren 62% der Studierenden den Geisteswissenschaften, 27% den Naturwissenschaften, 7% den juristischen Studienrichtungen und 4% sonstigen Fachkombinationen zuzuordnen.

3. Ausgewählte Ergebnisse der Untersuchung

Wir fassen die wichtigsten Beobachtungen hier thesenhaft zusammen:

Die auf die allgemeine Einschätzung der universitären Situation zielende Einstiegsfrage: „Ist Dir aufgefallen, daß an der Universität (in bestimmten Situationen) anders gesprochen/geschrieben wird als außerhalb der Universität?“ wurde von 83% der Antwortenden bejaht. Diese Beobachtung wurde in gleichem Maße von allen Altersgruppen gemacht und steigt relativ mit zunehmendem (Lebens)Alter sogar noch etwas an. Damit konnte die Vermutung, daß vor allem die Studienanfänger sprachliche Differenzen besonders sensibel wahrnehmen, nicht bestätigt werden. Die Frage zielte in dieser Allgemeinheit bewußt nicht auf das Konstrukt ‘Studentensprache’, sondern vielmehr auf die umfassendere Wahrnehmung der sprachlichen Verhältnisse in der Institution Universität. Daß mit den wahrgenommenen sprachlichen Auffälligkeiten im einzelnen

⁶ Gefragt wurde u.a. nach dem Studiengang (Magister, Lehramt, Diplom); der studierten Fachkombination; dem Alter und dem Geschlecht; dem Studienbeginn; dem hauptsächlichlichen Wohnsitz (Wohnheim / Wohngemeinschaft / eigene Wohnung) und der regionalen Herkunft (Bundesland).

sehr unterschiedliche Erscheinungen erfaßt wurden, machten bereits an dieser Stelle die Kommentierungen deutlich. So wurden Hinweise auf den fachspezifischen Gebrauch (*nur fachspezifische Gespräche enthalten andere Begriffe und Formulierungen*), auf die Prestigefunktion von Sprache (*in einigen Seminaren begegnet mir eine aufgesetzte, unnatürliche und geschwollene Sprache*), auf regionale Besonderheiten (*in lockerer Runde wird oft Berlinisch gesprochen, ansonsten eher gewähltere Umgangssprache*) gegeben, aber auch auf Erscheinungen wie *feministischer Sprachgebrauch, größerer Wortschatz, komplexerer Satzbau* wurde verwiesen.

Der nächste Fragenkomplex („In welchen der folgenden Situationen weicht der Sprachgebrauch von dem außerhalb der Universität am meisten ab?“) richtete sich demzufolge auf eine Konkretisierung jener Situationen, in denen die Auffälligkeiten wahrgenommen wurden. Zur Auswahl standen: Seminardiskussion, studentische Arbeitszirkel, Seminarvortrag, Messagespräch, Privatgespräch, Konsultation, Vorlesung, Diskussionsrunden. In den Antworten wurde deutlich, daß die Wahrnehmungen der Studierenden in engem Zusammenhang mit dem Grad der Offizialität (innerhalb oder außerhalb von Lehrveranstaltungen) sowie der Strukturiertheit (Beteiligung von Lehrkräften) der kommunikativen Situationen stehen. Außerhalb dieser eher offiziellen Situationstypen werden deutlich weniger sprachliche Auffälligkeiten registriert. Zugleich beeinflußt der Grad der Schriftnähe die Bewertung der entsprechenden Situationen. So werden ‚Belegarbeiten‘ (85%), ‚Vorlesungen‘ (82%), ‚Seminarvorträge‘ (82%) und ‚Konsultationen bei einer Lehrkraft‘ (80%) als – im Sinne der Frage – besonders markiert wahrgenommen; in ‚Seminardiskussionen‘ (58%) und ‚offenen Diskussionsrunden‘ (43%) ist die Abweichung schon deutlich geringer, während ‚Messagespräch‘ (9%) und ‚Privatgespräch‘ (8%) kaum noch als auffällig bewertet werden.

Diese Differenzierung weist darauf hin, daß die in den Antworten zum Ausdruck kommende Einschätzung stark durch das Merkmal ‚Fachlichkeit der Kommunikation‘ beeinflußt wird. Allerdings spielt offensichtlich auch der Grad der ‚Schriftlichkeit‘ eine Rolle, was vor allem die mehr oder weniger durch ‚schriftliche Ausarbeitungen‘ charakterisierte erste Gruppe nahelegt.

Daß die (situative) Einschätzung auch sehr eng mit der personellen Konstellation der Kommunikationssituation korrespondiert, konnte im weiteren spezifiziert werden. Auf die Frage: „In welchem Umfang treten bei den folgenden Gruppen von Sprecherinnen und Sprechern sprachliche Besonderheiten auf?“ werden – interessanterweise – an erster Stelle (84%) die Dozenten genannt. Erst mit großem Abstand werden den (genauer: ‚allen‘ bzw. ‚vielen‘) Studierenden (54%) sprachliche Besonder-

heiten zugesprochen. Interessant sind hier die unterschiedlichen Bewertungen einzelner studentischer Gruppen. So werden Studierende geisteswissenschaftlicher Fächer mit 54% sprachlich deutlich auffälliger wahrgenommen als die Studierenden naturwissenschaftlicher Fächer (32%).⁷ Demgegenüber werden Studierenden, die sich in den studentischen Selbstverwaltungsgremien engagieren (soweit sie bekannt sind), mit 49% und Schreibenden in der zur Zeit der Untersuchung noch existenten Studentenzeitung RINNSAL immerhin noch mit 39% sprachliche Auffälligkeiten attestiert. Insbesondere diese letzten Angaben lassen erkennen, daß es sich bei den sprachlichen Auffälligkeiten, auf die wir mit unserer Frage zielten, um mehr als fachsprachlich zu interpretierende Befunde handeln muß. Darauf deuten auch die Antworten hin, die an verschiedenen Stellen auf „offene“ Fragen gegeben wurden.

In diesem Zusammenhang war jedoch vor allem die Frage nach möglichen Gründen, die nach Einschätzung der Befragten zu dem auffälligen Sprachgebrauch an der Universität führen („Welche Funktionen haben Deiner Meinung nach die beobachteten sprachlichen Auffälligkeiten?“), aufschlußreich. Im Unterschied zu den Untersuchungen von Wagner (1981), Wagner (1992) und Weber (1980) wurde in unserer Befragung von vornherein ein breiteres Funktionsspektrum unterstellt, das über die eher negativ bewerteten Funktionen wie Bluff, Selbstdarstellung, Prestigerheischung u.ä. hinausgehen sollte, um ein differenzierteres Bild zuzulassen. Eine deutliche Mehrheit (77%) sieht in der ‘effektiveren Kommunikation’ den wichtigsten Grund des sprachlichen Andersseins, gefolgt von ‘Selbstdarstellung, Prestige’ (69%). Erst mit deutlichem Abstand wird ‘Überspielen von Unsicherheit’ (50%) angegeben. ‘Abgrenzung’ (34%), ‘Mittel des Bluffs’ (33%) und ‘Ausdruck kreativen Umgangs mit Sprache’ (31%) sowie ‘Ausdruck gemeinsamen Gruppenbewußtseins’ (31%) folgen zwar mit deutlichem Abstand, sind aber dennoch für etwa ein Drittel der Studierenden wichtige Gründe für den abweichenden Sprachgebrauch. Demgegenüber schaffen nur noch für 14% der Befragten diese Besonderheiten auch ‘Nähe’. Die relativ geringen Werte bei den zuletzt genannten Funktionen signalisieren offensichtlich einen besonders markanten Unterschied zur ‚klassischen Studentensprache‘ früherer Jahrhunderte, in der gerade das Herstellen des gemeinsamen Gruppenbewußtseins ein zentrales Motiv sprachlicher Eigenheiten war.

Bezogen auf die Studiendauer sinkt tendenziell die Einschätzung ‘effektivere Kommunikation’ von 89% im ersten Studienjahr auf 68% im 5. Studienjahr, demgegenüber steigen die Angaben bei ‘Überspielen von Unsicherheiten’ im gleichen Zeitraum von 44% auf 54%. Tendenzuell

⁷ Die Gründe für diese offensichtlich auch durch intellektuelle Selbstbilder geprägte Einschätzung konnten allerdings mit unseren Methoden nicht ermittelt werden.

steigend ist auch die Bedeutung von 'Selbstdarstellung, Prestige' (61% im 1. Stdj., 93% im 6. Stdj.). Vergleicht man die Ergebnisse mit Untersuchungen der 80er Jahre, scheinen sich auch hier Veränderungen sowohl in der Wahrnehmung als auch in der Beschreibung von „Studentensprache“ abzuzeichnen. Wenn Weber (1980) studentische Kommunikation noch fast ausschließlich unter dem Blick einer 'gestörten Kommunikation' sowie einer 'Sprache des Bluffs' analysiert und beschreibt, wird damit ein existenter Zug offensichtlich überbetont und andere wesentliche Aspekte vernachlässigt. Bezogen auf Studienrichtungen ergab sich eine weitere interessante Differenzierung: Während zukünftige Juristen (Jur) mit 84% am häufigsten 'effektivere Kommunikation' angaben (81% Geisteswissenschaften /Gei/, 68% Naturwissenschaften /Nat/) und zugleich mit deutlichem Abstand (90%) 'Selbstdarstellung/Prestige' (66% Gei, 70% Nat), was wiederum mit einem hohen Wert bei 'Überspielen von Unsicherheit' (58%) korrespondiert (47% Gei, 65% Nat), spielt für sie die Funktion 'schafft Nähe' lediglich zu 5% (Gei 14%, Nat 17%) eine Rolle. Nicht unerwartet ist der 'kreative Umgang mit Sprache' noch am ehesten (33%) für Geisteswissenschaftler relevant (25% Nat, 26% Jur), während 'Gruppenbewußtsein' am häufigsten (35%) von zukünftigen Naturwissenschaftlern angeführt wird (31% Jur, 28% Gei).

Ein weiterer Fragenkomplex richtete sich auf die Charakterisierung der persönlichen Sprachentwicklung während der Zeit des Studiums und deren Einschätzung durch Dritte: „Hast Du an Dir selbst, seit Du an der Universität studierst, Veränderungen in Deinem Sprachverhalten beobachtet? Worin liegen die Veränderungen? Bist Du von anderen auf Veränderungen in Deinem Sprachgebrauch in irgendeiner Form angesprochen worden?“ lauteten unseren Fragen. Es konnten recht aufschlußreiche Beobachtungen notiert werden, wenngleich gerade bei dieser Frage in besonderem Maße mit Diskrepanzen zwischen der Selbstwahrnehmung und der Projektion von Erwartungen auf das Antwortverhalten zu rechnen ist.

So gaben ca. 90% der Studierenden an, daß sich ihr Sprachgebrauch im Verlaufe des Studiums verändert habe. Diese Veränderungen beziehen sich vor allem auf einen vermehrten Gebrauch der Fachsprachen (71%), mit deutlichem Abstand gefolgt von einer häufigeren Verwendung von Hochdeutsch (38%) und dem Abbau des Gebrauchs von Umgangs- (14,6%) bzw. Jugendsprache (4,3%). Insgesamt 22% der Befragten geben an, generell mehr zu sprechen.

In diesem Zusammenhang war auch aufschlußreich, welche Kommentare von „Außenstehenden“ zu den beobachteten Sprachveränderungen wiedergegeben wurden. Immerhin 40% der Befragten gaben an,

schon auf ihre sprachlichen Besonderheiten angesprochen worden zu sein. Dabei sind es vorrangig Freunde (32%), mit Abstand dann Eltern (17%), die hier genannt werden, demgegenüber spielen Mitstudierende (3%), Lehrkräfte (1%) und ‚andere‘ (5%) kaum eine Rolle.

In den zugehörigen offenen Antworten werden dabei vor allem zwei Tendenzen erkennbar: Zum einen beziehen sich die meisten Anmerkungen auf den (als übertrieben empfundenen) Gebrauch der Fachsprache, was zum überwiegenden Teil von den Gesprächspartnern als negativ bewertet wird. Zum zweiten wird sichtbar, daß es sowohl bei der bewertenden Selbstdarstellung des Sprachgebrauchs wie auch bei der Auswahl und Bewertung der Aussagen Dritter Unterschiede zwischen den Geschlechtern gibt.

Während den Studentinnen tendenziell der Gebrauch fachsprachlicher Ausdrücke als *arrogant* ausgelegt wird (*drücken wir uns heute aber wieder gewählt aus, bist jetzt völlig abgehoben*), werden gegenüber Männern Kritiken vorsichtiger formuliert (*und was bedeutet das in deutsch?; aha, unser Student*) oder von ihnen eher als Mangel der kommunikativen Kompetenz des Partners reflektiert (*ältere Verwandte verstehen häufig sehr schlecht, so hat mein Vater Verständnisprobleme geäußert... Schock, Vergötterung, Hingebung*). So scheinen nach unseren Befunden Frauen (auch negative) Meinungen von anderen stärker anzunehmen als Männer, die Fremdurteile eher aus einer begründend-distanzierten Position heraus beschreiben: Ein typisches Beispiel: Studentin: *Nennen meinen Sprachgebrauch arrogant*; Student: *Verwende – angeblich – zu oft den Begriff Aspekt*. Während Studentinnen eher bemerken, daß sie Sprache *bewußter, exakter* verwenden, was auch differenzierter gegenüber den GesprächspartnerInnen beinhaltet, reflektieren Studenten eher ihr eigenes Sprachhandeln: *mache mehr Sätze um ein Thema herum; verwende mehr Fremdwörter (unabhängig vom Fach)*.

Schließlich, vor allem um Hinweise auf weiterführende Untersuchungen zum konkreten Sprachgebrauch zu erhalten, zielte ein nächster Fragenkomplex auf die Wahrnehmung von speziellen Eigenheiten studentischen Sprachgebrauchs („Gibt es bestimmte Wörter und Wendungen, die nach Deiner Beobachtung charakteristisch für den Sprachgebrauch an der Universität sind? - möglichst keine speziellen fachspezifischen Ausdrücke und Wendungen“) sowie auf die Originalität studentischen Sprachgebrauchs („Stimmst Du unserer Beobachtung zu, daß es an der Universität originelle Aushänge / Plakate / Mitteilungen gibt, die von Studierenden stammen? Wenn ja, welche Gestaltungsmittel erzeugen den Eindruck der Originalität?“). Immerhin 56% der Befragten bestätigten die Existenz eines besonderen Vokabulars an der Universität, 31% verneinten die Fra-

ge, 13% gaben keine Antwort. Insgesamt ist dies aus der Sicht der Probanden ein Votum für die Existenz eines spezifischen Wortschatzes jenseits von fachsprachlichen Formen. Als Beispiele wurden neben einer Vielzahl von bildungssprachlichen Ausdrücken, die vor allem Prestigefunktionen zu erfüllen scheinen (*ambivalent, Intention, quasi, kognitiv, evident, explizit kompensieren*), in erster Linie unispezifische Abkürzungen und Wendungen sowie Bezeichnungen aus dem universitären Verwaltungsbereich (*Prof, Spowi, einen Schein machen, StuRa, WiWi, Ba-fög, Mensa, Kommilitone*) angegeben.

Bei der Frage nach dem kreativen Sprachgebrauch ist die Meinung geteilt. 45% der Befragten empfinden manche studentischen Aushänge durchaus als originell, 43% sahen dies nicht so, 12% wußten keine Antwort. In den angeführten Beispielen, die für originelle Texte stehen, dominieren Angaben wie *Wortspielereien, witzige (bis hin zur zynischen) Gestaltung (besonders durch die Einheit von Wort und Bild/ Karikaturen)* sowie *sehr persönliche Ansprache*. Bezogen auf die Studienrichtungen sind die Geisteswissenschaftler und Juristen mit je 42% zurückhaltender in der Einschätzung als die Naturwissenschaftler. Wird berücksichtigt, daß erstere der Kreativität als Funktion von Sprache einen relativ höheren Stellenwert als die Naturwissenschaftler zuerkannten, zeigt sich hier eine besonders kritische Haltung bzw. auch Sensibilität gegenüber dem veröffentlichten Wort.

Der letzte Fragenkomplex zielte schließlich zusammenfassend auf die Existenz oder Nichtexistenz eines mentalen Konstrukts ‚moderne Studentensprache‘ und auf seine Konturen.⁸ Aus der Sicht der Befragten ergibt sich ein relativ eindeutiges Bild. Sowohl die Auffassung, daß studentisches Sprechen der Sprache des ‚Normalbürgers‘ nahekomme als auch der Auffassung, daß es ein genuin studententypisches Sprachverhalten der Studierenden gibt, wurde jeweils nur in 20% der Antworten zugestimmt. Letzteres wird noch dadurch unterstrichen, daß in ca. 30% der Antworten betont wird, daß studentisches Sprechen so facettenreich ist, daß es nicht auf einen Begriff wie ‚Studentensprache‘ oder ‚studententypisches Spre-

⁸ „Im 17./18. Jahrhundert wurde der Studentenschaft eine eigene Sprache (‘Studentensprache’) zugeschrieben. Heute scheint eine solche Einordnung schwieriger zu sein. Es existieren unterschiedliche Auffassungen zur Existenz einer modernen Studentensprache. Welcher der folgenden Auffassungen neigst Du zu?: (die Sprache der Studierenden ist heute mehr die Sprache des ‚Normalbürgers‘; die Sprache der Studierenden ist eine spezifische Mischung aus Fach-, Umgang- und Jugendsprache; es gibt ungeachtet aller Vielfalt ein typisches studentisches Sprachverhalten; das studentische Sprechen und Schreiben ist derart facettenreich, daß es nicht einem Begriff wie ‚Studentensprache‘ oder ‚studententypische Sprech- und Schreibweise‘ untergeordnet werden kann“)

chen‘ gebracht werden könne. In 75% der Antworten wird das Sprachverhalten eher als ‚Mischform aus Fach-, Umgangs- und Jugendsprache‘ gesehen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß an anderer Stelle mehrheitlich ausgesagt wurde, daß an der Universität eher weniger Umgangs- und Jugendsprache gesprochen wird als außerhalb.

4. Bilanz und Perspektiven

Eine Bilanz des hier kurz skizzierten Projektes müßte im Grunde zwei Dimensionen berücksichtigen: Zum einen die Interpretation und Bewertung der gewonnenen Daten an sich, zum anderen jedoch auch den Kontext der Datengewinnung, das studentische Projektseminar⁹. Dieses umfassend zu leisten ist im Rahmen dieses Berichtes nicht möglich. Nur soviel sei abschließend angemerkt:

Wir glauben einschätzen zu können, daß die vorliegenden Daten so zu interpretieren sind, daß sich das Thema „moderne Studentensprache“ wissenschaftlich nicht „erledigt“ hat. Die in der Fachliteratur vorherrschende Skepsis über eine unkritische Projektion des Begriffs „Studentensprache“ auf die heutigen Verhältnisse (vgl. oben) ist jedoch begründet, die Meinung der Studenten ist in dieser Hinsicht recht eindeutig. Dennoch neigen wir ebenso dazu, das Bild vom studentischen Sprachgebrauch als „Sprache des Normalbürgers“ kritisch zu sehen.

Sicherlich haben sich im Vergleich zur klassischen Studentensprache dramatische Veränderungen im soziokulturellen Milieu der Studierenden vollzogen, die unweigerlich auch Auswirkungen auf das Sprachverhalten hatten und haben. Dennoch (re)produziert die Institution Universität offensichtlich auch heute noch ein spezifisches kommunikatives Umfeld, das das Sprachverhalten der Studierenden wesentlich (vor)bestimmt, dessen Spezifik in der Gegenwart aber auch durch ein hochgradig selbstbestimmtes kommunikatives Handeln der Studierenden geprägt wird. Die Richtung dieser Spezifik könnte mit der oben zitierten Aussage, daß „Studentensprache“ in ihren „Merkmale und ihrer pragmatischen Bedingtheit eine Mischung von Fach-, Wissenschafts-, Berufs- und Jugend-

⁹ Unser Eindruck ist, daß das Seminar den Studierenden einiges gebracht hat, sowohl bezogen auf Einsichten in den Gegenstand „Studentensprache“ als auch hinsichtlich der linguistischen Arbeitsmethodik. Besonders zu unterstreichen ist die emotionale und motivationale Seite des Projektseminars. Die Studenten haben das Seminar als „ihre“ Veranstaltung gesehen, die sie weitgehend selbständig und mit großem Engagement gestaltet haben. Wir als Lehrkräfte hatten oft „nur“ die Rolle der Moderatoren einzunehmen sowie in kritischen Phasen Lösungsmöglichkeiten in die Debatte einzubringen.

sprache zu sein scheint“ (Löffler 1985), durchaus skizziert sein.¹⁰ Dabei könnte sich u.E. der eigentliche Schnittpunkt des „Studentensprachlichen“ als eine Amalgamierung einerseits aus institutionell bedingten kommunikativen Anforderungen und Zwängen sowie andererseits aus einer Menge von individuellen Sprachrepertoires der Studierenden erweisen, die – je nach Einbindung des Einzelnen in die verschiedenen politischen, kulturellen, wissenschaftlichen, privaten u.a. Gruppenmilieus – vielfach gebrochen und vermittelt werden. Entlang dieser Linie wäre studentische Kommunikation dann ein hochgradig heterogenes, graduell vielfach abgestuftes Phänomen von mehr oder weniger *Studentesprache* (im Sinne von charakteristischen sprachlichen Mitteln und Strategien).

Doch wie immer man sich dieses Konstrukt auch hypothetisch vorstellen mag, eines dürfte feststehen: Noch wissen wir zu wenig! Die weitere, speziell linguistische Forschung muß künftig erstens viel stärker pragmatisch, d.h. kontext-, textsorten- und diskursorientiert angelegt sein, um zu realistischen Einsichten in den Sprachgebrauch von Studierenden zu gelangen. Für das, was sich unter Umständen als das genuin Studentenspezifische zeigt, ist ein Analyseraster, das sich vorrangig auf das Sammeln von „charakteristischen Ausdrücken“ orientiert, viel zu grob. Erfolgversprechender erscheint z.B. eine Bezugnahme auf das Konzept der Stilregister (vgl. z.B. Hoffmann; Siehr 1998): Studierende benötigen/beherrschen im Diskursraum einer Universität verschiedene spezifische Stilregister (der Fachsprachen, der Standardsprache, der Alltagssprache), die sie je nach Situation und Anforderung einsetzen können/müssen.

Und zweitens sind realistischere Aussagen zum Phänomen „Studentensprache“ dann zu erwarten, wenn auch längsschnittartige Studien zur Sprachentwicklung einzelner Studenten – etwa vom Abitur bis zur Aufnahme einer Beschäftigung nach dem Abschluß des Studiums – vorliegen.

Dann ist es sicherlich möglich, Studien zur „Sozialisation in der Hochschule“ (Huber 1991) auch ein Kapitel „sprachliche Sozialisation in der Hochschule“ anzufügen. Die Teilnehmer unseres Projektseminars waren insgesamt jedenfalls positiv überrascht davon, daß die Studierenden die Sprachsituation an einer Universität derart intensiv wahrnehmen, erleben und reflektieren. Dies ist offensichtlich ein Stück subjektiver Realität, dem in der Forschung und vor allem in der Ausbildung größere Aufmerksamkeit zu widmen ist.

¹⁰ Wobei allerdings die Mehrzahl der Studierenden eine Nähe ihres Sprachgebrauchs zur Jugendsprache stark bestreitet.

Literatur

- Atteslander, P. (1987): Befragung. In: Ammon, U. u.a. (Hrsg): Soziolinguistik. Ein internationales Handbuch. 2. Halbband. Berlin; New York: de Gruyter, 940-950.
- Atteslander, P. u.a. (1993): Methoden der empirischen Sozialforschung. 7., bearb. Aufl. Berlin; New York: de Gruyter.
- Beck, Peter (1975): Zwischen Identität und Entfremdung. Die Hochschule als Ort gestörter Kommunikation. Aspekte-Verlag.
- Behrend, W. (1982): Zur Sprache der Spontis. In: *Muttersprache* 93(1982)3-4, 146-162.
- Brinker-Gabler, G. (1978): „Ich weiß nicht, ob mich einer versteht, Leute.“ In: *Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht* 11(1978)2, 80-92.
- Götze, A. (1928): Deutsche Studentensprache. Berlin: Verlag des deutschen Sprachvereins, 1-16.
- Henne, H.; Objartel, G. (o.J.): Historische deutsche Studentensprache. Berlin; New York: de Gruyter, 3-31.
- Henne, H.; Objartel, G. (1984) (Hrsg): Bibliothek zur historischen deutschen Studenten- und Schülersprache: 6 Bde. Berlin; New York: de Gruyter.
- Hinrichs, U. (1983/84): Studentensprache, Spontisprache. In: *Muttersprache* 94(1983/1984), 404-416.
- Hoffmann, M.; Siehr, K.-H.: Alles eine Frage des Stils? Aspekte von Sprachvariation am Beispiel Jugendsprache. Varietäten des Deutschen. In: *Deutschunterricht* 51(1998)7-8, 355-365.
- Huber L. (1991): Sozialisation in der Hochschule. In: Hurrelmann, K.; Ulich, D.: Neues Handbuch zur Sozialisationsforschung. 4., völlig neubearb. Aufl. Weinheim; Basel: Beltz, 417-441.
- Jäger, S. (1970): Linke Wörter. Einige Bemerkungen zur Sprache der APO. In: *Muttersprache* 80(1970), 85-107.
- Kuhn, F. (1983): Überlegungen zur politischen Sprache der Alternativbewegungen. In: *Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht* 14(1983)51, 61-79.
- Löffler, H. (1985): Germanistische Soziolinguistik. Berlin: Erich Schmidt.
- Neuland, E. (1993): Sprachgefühl, Spracheinstellungen, Sprachbewußtsein. Zur Relevanz "subjektiver Faktoren" für Sprachvariation und Sprachwandel. In: Mattheier, K. J. (Hrsg.): Vielfalt des Deutschen: Festschrift für Werner Besch. Frankfurt a.M. u.a.: Lang, 723-747.
- Objartel, G. (1989): Akademikersprache im 19. Jahrhundert. In: Cherubim, D.; Mattheier, K. J. (Hrsg): Voraussetzungen und Grundlagen der Gegenwartssprache. Sprach- und sozialgeschichtliche Untersuchungen zum 19. Jahrhundert. Berlin; New York: de Gruyter, 197-227.
- Steger, H. (1964): Gruppensprachen. Ein methodisches Problem der inhaltsbezogenen Sprachbetrachtung. In: *Zeitschrift für Mundartforschung* 31(1964), 125-138.
- Wagner, A. C. (1981): Geschlecht als Statusfaktor in Gruppendiskussionsverhalten von Studentinnen und Studenten. Eine empirische Untersuchung. In: *Linguistische Berichte* 71(1981), 8-25.
- Wagner, W. (1973): Der Bluff. Die Institution Universität in ihrer Wirkung auf die Arbeitsweise und das Bewußtsein ihrer Mitglieder. In: *Probleme des Klassenkampfes* 7(1973), 43-81.
- Wagner, W. (1992): Uni-Angst und Uni-Bluff. Wie studieren und sich nicht verlieren? 3., vollst. überarb. Neuauf. Hamburg: Rotbuch Verlag.
- Weber, H. (1980): Studentensprache. Über den Zusammenhang von Sprache und Leben. Weinheim; Basel: Beltz

Traditionsbestände studentischer Männerbünde¹

Dietrich Heither
Wiesbaden

Studentenverbindungen: Vielfalt und Einheit

Das studentische Korporationswesen kann sowohl unter dem Aspekt der "Vielfalt" als auch unter dem der "Einheit" betrachtet werden.² Zunächst zum Gesichtspunkt der Vielfalt: Die meisten der derzeit etwa eintausend studentischen Verbindungen (Korporationen), die insgesamt etwa 23.000 Aktive und 140.000 Alte Herren repräsentieren, haben sich zu einem der über fünfundzwanzig Dachverbände zusammengeschlossen. Zu den bedeutendsten dieser Dachverbände zählen u.a. die Deutsche Burschenschaft, die katholischen Verbände CV und KV, der Köseener Senioren Convents-Verband (KSCV), der Weinheimer Senioren Convent (WSC), der Coburger Convent (CC), der Akademische Turnerbund (ATB), der protestantisch ausgerichtete Wingolfsbund und der Verband der Vereine Deutscher Studenten (VDSt).³ Diese Dachverbände unterscheiden sich nicht nur im Hinblick auf interne Organisationsprinzipien (schlagend/nichtschlagend, farben tragend etc.), sondern auch in ihren weltanschaulichen und politischen Ausrichtungen. So gibt es bspw. gravierende Unterschiede zwischen den katholischen Verbindungen auf der einen und der Deutschen Burschenschaft (DB) bzw. dem Coburger Convent (CC) auf der anderen

¹ Die hier nur thesenförmig formulierten Überlegungen zu den sozialen Funktionen männerbündischen Brauchtums werden von mir demnächst am Beispiel der Geschichte der Deutschen Burschenschaft im Rahmen einer Dissertation systematisiert und erläutert werden.

² Vgl. in diesem Zusammenhang Convent Deutscher Akademikerverbände (CDA) und Convent Deutscher Korporationsverbände (CDK) (Hrsg.), Vielfalt und Einheit der deutschen Korporationsverbände (Red. Harro Mies), Aachen 1992 (= *Der Convent / Schriftenreihe des CDK/CDA*, Heft 1).

³ Vgl. Ludwig Elm/Dietrich Heither/Gerhard Schäfer (Hrsg.), Füxe, Burschen, Alte Herren. Studentische Korporationen vom Wartburgfest bis heute, Köln 1993 (2. Auflage). Zu den Korporationsverbänden siehe auch Paulgerhard Gladen, Gaudeamus igitur. Die studentische Verbindungen einst und jetzt (unter Mitarbeit von Ulrich Becker), München 1986.

Seite. “Die” Verbindungen pauschal mit dem Etikett des Rechtsextremismus zu belegen (wie es häufig geschieht), ist sachlich falsch und wissenschaftlich problematisch. Einige von ihnen müssen bezüglich ihres Weltbildes und ihres politischen Verständnisses als “rechtsextrem” bezeichnet werden, andere wiederum bewegen sich in der Grauzone zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus; der größte Teil allerdings dürfte eher traditionell konservative Einstellungen vertreten.

Anderserseits weist das sich im 19. Jahrhundert herausbildende studentische Verbindungswesen bei all diesen Differenzen zugleich doch auch einen Fundus gemeinsamer Erscheinungsformen auf, die sich in Anlehnung an den österreichischen Historiker Michael Gehler⁴ zu folgenden “Strukturprinzipien” systematisieren lassen:

- das Prinzip der Rezeption bzw. Renoncierung, also die schrittweise, mit Auflagen gekoppelte Aufnahme und Einbindung in den Bund mittels ritueller Handlungen (Integrationsgemeinschaft);
- das Prinzip der innerverbandlichen Statusdifferenzierung (Hierarchisierungsgemeinschaft);
- das Prinzip der lebenslangen, in zahlreichen Erscheinungsformen familienähnlichen Mitgliedschaft - Neueintretenden wird mit der Aufnahme vielfach ein neuer Name gegeben, der zu seiner Identität in der studentischen Gemeinschaft gehört; zu verweisen ist ferner auf die sogenannten Leibverhältnisse und die aus ihnen entstehenden “Bierfamilien” (Generationengemeinschaft/Lebensbund);
- das Prinzip institutionalisierter Verhaltensrituale, altüberlieferte Formen des Verbindungslebens mit festgeformten und sich wiederholenden Riten, Sing- und Trinksitten (Ritualgemeinschaft);
- das Prinzip der Ideologisierung, wonach gemeinsam empfundene Werte – losgelöst von einer spezifischen Politisierung oder Parteipolitik – gepflegt werden. Hierzu zählen Begriffe wie “Charakterfestigkeit”, “Treue”, “Betonung der Tradition”, “Liebe zum Vaterland” etc. (Weltanschauungsgemeinschaft);
- das nicht auf alle Verbindungen zutreffende Couleurprinzip, d.h. die Integration und Präsentation mittels Farben, Bildern und Zeichen, die der symbolischen Schaffung eines Kollektives dienen (Symbolgemeinschaft);
- schließlich das (ebenfalls nicht auf alle Verbindungen zutreffende) schlagende Prinzip, d.h. das Austragen von Duell und Mensur, die

⁴ Vgl. im folgenden Michael Gehler, Männer im Lebensbund. Studentenvereine im 19. und 20. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung der österreichischen Entwicklung, in: *Zeitgeschichte* H. 1/2 (1994), S. 45-66, hier S. 48 f.

einen Angriff auf die körperliche Integrität des anderen bedeuten und vielfach blutig enden (Blutsgemeinschaft).

Männerbündische Strukturen, ein diesen korrespondierendes, streng ritualisiertes Brauchtum sowie ein politischer Wertekanon, der sich zumeist selbst als "unpolitisch" geriert, bilden den Kern des Korporationswesens, der sich im korporierten Erziehungs- und Sozialisationsanspruch niederschlägt, und der seinerseits wiederum als Begründungszusammenhang dafür fungiert, warum bis heute Korporierte nach Abschluss ihres Studiums oft Schlüsselstellungen in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft einnehmen, die sie ohne die Fürsprache ihrer Bundesbrüder wohl kaum erhalten hätten.⁵ Denn legitimiert wird dieser Verbindungs-Nepotismus durch den seitens korporierter Interessenvertreter formulierten Anspruch, einen von der "Massenuniversität" vernachlässigten Teil der "Akademikerwerdung", nämlich den des nichtfachwissenschaftlichen "Lebens", in Obhut zu nehmen. Erst dieser qualifiziere sie für besondere (Führungs-)Aufgaben. So heißt es in einer Rede Herbert Kesslers, der lange Zeit Herausgeber der verbändeübergreifenden Korporationszeitschrift *Der Convent* und einer der führenden Korporationsfunktionäre war, anlässlich des 135. Stiftungsfestes des Corps Franconia Berlin:

*"Es bedarf keines Nachweises, dass die Universitäten nicht zu jenen Verhaltensweisen qualifizieren, die den werktätigen Akademiker zur Selbstbehauptung und zur Menschenführung befähigen. Die Korporationen schaffen das; sie sind Vorschulen einer Akademiker-Existenz."*⁶

An anderer Stelle wird diese Überlegung vom selben Autor gar dahingehend zugespitzt, Hochschulabsolventen ohne Korporationszugehörigkeit zum "Non-Akademikus" zu erklären:

⁵ Vor dem Hintergrund eines enormen gesellschaftlichen Prestigeverlustes des Hochschulstudiums ("Akademiker-Arbeitslosigkeit") und der damit einhergehenden zunehmenden Konkurrenz, stehen korporierte Versprechungen bezüglich funktionierender Protektionsmechanismen durch Verbindungsbrüder in Widerspruch zum Elitebildungsprozess einer demokratischen Gesellschaft, der ja nicht nach standespolitischen Rücksichten, sondern nach fachlich-wissenschaftlichen Kriterien und demokratischen Tugenden erfolgen soll. Sicherlich waren diese Mechanismen in vergangenen Zeiten stärker ausgeprägt – zu verweisen ist vor allem auf die Rolle des Corpsstudententums im Kaiserreich oder die des Cartell-Verbandes in der Nachkriegszeit –, aber auch heute noch dient dieses "soziale Kapital" (Bourdieu) der Aufrechterhaltung einer öffentlich nicht oder nur schwer kontrollierbaren Elitenrekrutierung, wie selbst die Zeitschriften *Capital* oder *manager magazin* zu berichten wissen. Die Rede ist dort von der Verbindung als "Turbo-Lader", mit dem man der Karriere beschleunigt entgegenfährt (*Capital* 5/1989), von "Karrieren durch Corpsgeist" (*Capital* 8/1980) und von der "Beeinflussung so mancher Personalentscheidung" (*manager magazin* 6/1975).

⁶ Herbert Kessler, Rede anlässlich des 135. Stiftungsfestes des Corps Franconia Berlin zu Kaiserslautern, abgedruckt in: *Die Wachenburg* 1/1986, S. 2 ff., hier S. 3.

“Zum Natur- oder zum Geistes- oder Gesellschaftswissenschaftler, zum Mediziner oder zum Techniker wird man an der Hochschule ausgebildet - zum Akademiker aber bildet man sich im Lebensbund heran.”⁷

Die in den zwei Zitaten deutlich präjudizierte Eigenbedeutung des akademischen Standes, die in der Befürchtung zum Ausdruck kommt, sich von anderen Hochschulabsolventen bzw. von der “Masse” der Studenten nicht mehr so recht unterscheiden zu können, ist angesichts der öffentlichen Funktionen der Hochschulen und der damit verbundenen gesellschaftlichen Verantwortung von Forschung und Lehre als ständisch-borniert und elitär zu bezeichnen. Durch die selbstgestellte Aufgabe der “Persönlichkeitserziehung zum Akademiker” begeben sich die studentischen Verbindungen damit bewusst (zum Teil mag dies auch unbewusst geschehen) in Konkurrenz zu den Zielen einer modernen, demokratischen Hochschule, die Wissenschaft ja in gesellschaftlicher Verantwortung betreiben soll.

Unabhängig von diesem Exklusivitätsanspruch ist allerdings zu fragen, welche Leitbilder und Wertvorstellungen den Erziehungszielen bzw. dem Persönlichkeitsideal der Korporationen zugrundeliegen, und wie, d.h. in welchen Formen, sich der Anspruch auf Persönlichkeitsbildung im alltäglichen Zusammenleben gestaltet?

Das korporierte Autoritäts-, Gemeinschafts- und Politikverständnis

Bei der Beantwortung der Frage nach Leitbildern und Wertvorstellungen lässt sich – eigentlich erstaunlich angesichts der Betonung des “Erziehungsanspruchs” – nur wenig an Konkretem zu Tage fördern. Kaum aussagekräftige Erziehungsziele wie “Charakter”, “Treue”, “Bewährung”, “Freundschaft”, “Stil”, “Benimm”, “Haltung”, aber auch “Patriotismus”, “Dienst am Ganzen”, “Führen lernen”, “sich unterordnen können” und “Opferbereitschaft” sowie die in den zahlreichen Stiftungsfest- wie Feuerreden erscheinende Vorliebe für das Heroische und Tragische manifestieren zum einen Formenkult, der sich um Mensur und Kneipe als verbindende, “Gemeinschaft” stiftende Erlebnisse dreht; zum anderen ein hierarchisches Gesellschaftsbild, bei dem es ein natürliches Oben und Unten gibt. Die meisten der hier verkündeten Werte legen nahe: In der korporierten Gemeinschaft soll es keine gefährliche Wurzellosigkeit und Unsicherheit, “Laschheit” oder gar die “weiche Welle” geben, sondern feste, auf Autorität hin fixierte Wertvorstellungen, die als unveränderlich

⁷ Herbert Kessler, Vielfalt und Einheit der deutschen Korporationsverbände, in: *Der Convent* 9/1985, S. 194 ff., hier S. 198.

gelten. “Der Schwund an Autorität, ja der Abbau von Autorität ist erschreckend und eine Sünde an den Heranwachsenden” – so heißt es diesbezüglich in einer Ausgabe der verbändeübergreifenden Zeitschrift *Der Convent*.⁸

Weniger fachliches Können, wissenschaftliche Leistungen also, oder demokratische Tugenden bestimmen das korporierte Autoritätsverständnis, sondern vielmehr Vorstellungen von Herrschaftsgewalt und Machtbesitz. 1965, also unmittelbar vor der Zeit der Studierendenbewegung, ist das korporierte Bildungsideal von Kritikern der Korporationen wie folgt beschrieben worden:

*“Den Studenten soll jene Haltung ‚zuchtvoller Unterordnung‘ im Dienste der ‚nationalen Kulturgemeinschaft‘, ‚Gehorsam und Treue gegenüber Staat und Hochschule‘, die ‚Wahrung der akademischen Würde‘ gegen ‚Lässigkeit und Entartung‘ anerzogen werden, die zur konservativen Normvorstellung von deutschen Akademikern gehört. Die durchgängige Anwendung des Führer-Gefolgschafts-Modells entspricht dann in gewissem Maße dem Bedürfnis industrieller Arbeitgeber nach sogenannten ‚akademischen Führungskräften‘ oder ‚Führerpersönlichkeiten‘.“*⁹

Das Ignorieren der historischen Bedingtheit dieses von den Korporationen bis heute vielfach anempfohlenen Wertekanon, das mit dem Ausweichen vor der Frage nach dem Zusammenhang zwischen diesem und dem Nationalsozialismus einhergeht, schlägt sich gleichsam hinter dem Rücken der Beteiligten als Fixierung konservativer Wert- und Herrschaftsansprüche nieder und entzieht sich so einer Legitimation durch Vernunft.¹⁰ Vor diesem Hintergrund wird auch die korporierte Kritik an den Vertretern einer “Kritischen Theorie” der Gesellschaft verständlich, waren diese doch angetreten, unbegründete, lediglich auf Macht beruhende, aber sich nicht inhaltlich ausweisende autoritäre Ideologien und Strukturen der wissenschaftlichen Kritik zu unterziehen. In diesem Sinne stellte Max Horkheimer schon 1954 in seinem Vortrag auf dem Deutschen Studententag in München mit Blick auf die studentischen Korporationen fest:

“Es widerspricht meinem Begriff von geistiger Verantwortung, daß verdinglichte Ideen von dem, was Tugend, Staat und Menschheit sein sollen, oder über-

⁸ *Der Convent* 2/1959, S. 32, zitiert nach Lutz E. Finke, Gestatte mir Hochachtungsschluck. Bundesdeutschlands korporierte Elite, Hamburg 1963, S. 67.

⁹ Wolfgang Nitsch u.a., Hochschule in der Demokratie. Kritische Beiträge zur Erbschaft und Reform der deutschen Universität, Berlin-Spandau/Neuwied 1965, S. 337 f.

¹⁰ Vgl. hierzu auch Wolfgang Kreuzberger, Studenten und Politik 1918-1933. Der Fall Freiburg im Breisgau, Göttingen 1972, S. 81-83.

haupt ein fixiertes Leitbild die handfeste Voraussetzung jugendlicher Beziehungen bilden, anstatt Gegenstand kritischer Reflexionen zu sein."¹¹

Neben dem Autoritätsverständnis gilt es auch den korporierten Gemeinschaftsbegriff zu problematisieren. "Gemeinschaft" bezeichnet zunächst einmal allgemein jene Situation, der einzelne Menschen durch die Orientierung an ein gemeinsames Drittes verbindet. Die Intensität dieser Orientierung bestimmt Stärke bzw. Halt der Gemeinschaft. Bei den meisten Verbindungen ist jedoch die Gemeinschaft zum Selbstzweck erstarrt. Indem das gemeinsame Dritte die Gemeinschaft selbst ist, wird diese ausschließlich durch sich selbst begründet. Während man einer politischen Gruppierung beitrifft, um bestimmten Interessen und Zielen zur Durchsetzung zu verhelfen, geht man in eine korporierte Gemeinschaft um der Gemeinschaft willen – "Gemeinschaft" selbst wird dort zum Erlebnis. Das immer wieder geforderte "Eintreten für die Gemeinschaft" lässt dabei genauso wie dessen Negation, das "gemeinschaftsschädigende Verhalten" offen, wofür, für welche Ziele und Zwecke eingetreten werden soll, und durch "was" der Gemeinschaft geschadet wird. Ein inhaltlich indifferentes bzw. unbestimmtes Gemeinschaftsverständnis lässt sich, dies zeigt der Blick auf die Geschichte, mit völkischen Gemeinschaftskonzeptionen leicht kombinieren. Elemente völkischen Denkens sind daher bei zahlreichen Korporationen anzutreffen;¹² bei einigen – vor allem betrifft dies die Burschenschaften in der DB – verdichten sie sich gar zu rechtsextremen Grundüberzeugungen.¹³

Die von künstlerisch-musischen, beruflichen, wissenschaftlichen und politischen Konnotationen "befreite" Korporationsgemeinschaft, die unter Berufung auf das Toleranzprinzip jegliche politische oder konfessionelle Festlegung auf Verbindungs- oder Verbandsebene zurückweist, mag sich als unpolitisch verstehen; faktisch war und ist sie dies wohl kaum. Als Paradigma für dieses Selbstverständnis können die vom Schriftsteller Thomas Mann 1918 veröffentlichten "Betrachtungen eines

¹¹ Max Horkheimer, Verantwortung und Studium (1954), in: Ders., Gesammelte Schriften Band 8: Vorträge und Aufzeichnungen 1949-1973, hrsg. von Gunzelin Schmid Noerr, Frankfurt a.M. 1985, S. 433-453, hier S. 447 f.

¹² Vgl. Dietrich Heither/Gerhard Schäfer, Studentenverbindungen zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus, in: Jens Mecklenburg (Hrsg.), Handbuch deutscher Rechtsextremismus, Berlin 1996, S. 865-884.

¹³ Vgl. Dietrich Heither/Gerhard Schäfer, Im rechtsextremen Netzwerk - Burschenschaften seit den siebziger Jahren, in: Dietrich Heither/Michael Gehler/Alexandra Kurth/Gerhard Schäfer, Blut und Paukboden. Eine Geschichte der Burschenschaften, Frankfurt a.M. 1997, S. 223-270.

Unpolitischen”¹⁴ gelten. Sicher: Thomas Mann hat die in dieser Schrift niedergelegten Thesen – im Gegensatz zu vielen anderen Intellektuellen und wohl auch der Mehrzahl der Korporierten – bald verworfen; gleichwohl spiegelt sich in seinen Ausführungen wohl am deutlichsten ein Denken, dem jede kritisch-vernunftsgesteuerte und Vernunft ansteuernde Reflexion abhold war. Seine Ausführungen, nach denen Politik “dem deutschen Wesen fremd und giftig sei”, sein emphatischer Ausruf, dass “das deutsche Volk die politische Demokratie niemals wird lieben können, aus dem einfachen Grund, weil es die Politik selbst nicht lieben kann”, seine Ablehnung der Demokratie und seine alldeutschen Beschwörungen – all dies zusammengenommen waren für Mann “Betrachtungen eines Unpolitischen”.

In einem auf den Universitätstagen 1966 gehaltenen Referat hat der Marburger Politikwissenschaftler Wolfgang Abendroth den “unpolitischen” Geist Thomas Manns wie folgt charakterisiert:

“Aristokratische Entgegensetzung von ‚Geist‘ und ‚Politik‘ und ‚kulturpessimistische‘ Resignation; Haß gegen die Demokratie und gegen jede rationale und soziologische Analyse gesellschaftlicher und politischer Prozesse; mythologische Terminologie, die im Schein der Überlegenheit ihren eigenen Unklarheit über begriffliches Denken allen traditionellen Vorurteilen Raum gibt; Glorifizierung von logisch unüberprüfbar ‚Werten‘, die eine angeblich ‚natürliche‘ Differenz zwischen Herr und Knecht auch unter den Menschen der eigenen Nation statuieren und die der Knecht durch dankbare Unterordnung honorieren, der Herr durch gnädig von oben gewährte ‚Brüderlichkeit‘ gegenüber dem Knecht sozusagen heiligen soll, falls so lange und so weit der Knecht seine Unterordnung anerkennt; Überwertigkeitsbehauptung der ‚Kultur‘ des eigenen Staates gegenüber der bloßen ‚Zivilisation‘ der anderen Staaten (...), Bereitschaft, mit Waffengewalt die Macht dieses eigenen Staates gegenüber anderen Staaten auszudehnen, Anbetung der Macht, des Zwangs, der ‚Autorität‘, um die Massen zur Einhaltung dieser ‚Wert‘-Vorstellungen (...) nötigen zu können; Denunziation derer, die diese Mentalität rational analysieren wollen (...). Und all das – massiv politische, aber unreflektierte, antirationale, antidemokratische, brutalsten Imperialismus unterstützende Stellungnahme in einer Zeit schärfsten politischen Kampfes – gilt diesem Denken für sein eigenes Bewußtsein als ‚unpolitisch‘, als vom ‚Geist‘, von der ‚Kultur‘ gefordert.”¹⁵

Offenkundig schlug bei Thomas Mann die Weigerung, politisch zu denken, im Verbund mit einem unreflektierten “Kultur-Bewusstsein” in aktive Unterstützung der gegebenen politischen und sozialen Machtverhältnisse und ihres inhumansten Gebrauchs um. Eine solche Mentalität,

¹⁴ Vgl. Thomas Mann, Betrachtungen eines Unpolitischen, Frankfurt a.M. 1956 (1. Auflage 1918).

¹⁵ Wolfgang Abendroth, Das Unpolitische als Wesensmerkmal der deutschen Universität, in: Universitätstage 1966 (Veröffentlichung der freien Universität Berlin): Nationalsozialismus und die Deutsche Universität, Berlin 1966, S. 189-208, hier S. 197 f.

so Abendroth, hätte nur aufgelöst und überwunden werden können, wenn die akademischen Bildungsschichten zu systematischer Selbstkritik, zu radikaler Aufdeckung früheren Versagens und zu historisch wie philologisch genauer Überprüfung eigenen Fehlverhaltens gelangt wären. Eine solche Selbstüberprüfung hätte von der Einsicht ausgehen müssen, dass Kultur, Kunst und Wissenschaft in einer weithin durch politische Machtbildung bestimmten Entwicklung eingebettet sind und notwendig von ihr und ihren ideologischen Prämissen beeinflusst werden, solange diese Einflüsse nicht durch kritisch politisch-soziologische Analyse der Bedingungen und Funktionen der eigenen Forschung aufgehoben oder doch wenigstens begrenzt werden.¹⁶ Das von den Korporationen bis heute gepflegte Gemeinschafts- wie Politikverständnis steht einer solchen Überprüfung im Wege.

Überlegungen zum studentischen Brauchtum

Der pädagogisch-politische Inhalt der korporierten Erziehungsideale, der hier knapp skizziert wurde, ist problematisch; wie aber vollzieht sich die Herausbildung einer “akademisch-korporierten Persönlichkeit”? Auch hierzu gibt die schon eingangs zitierte Rede Herbert Kesslers Antworten:

“Die zwischenmenschlichen Tugenden, die uns zur Persönlichkeit prägen, lassen sich indessen nicht durch Vorlesungen, Seminare oder Predigten tradieren, man muß sie durch die Riten einer kleinen Gruppe, durch das Brauchtum einer Lebensform, durch das Vorbild der Älteren mehr unterschwellig als lehrhaft, mehr emotional als verstandesmäßig zur Gewohnheit, zum Habitus, zur Lebensart machen.”¹⁷

Der hier vertretenen Auffassung, dass vor allem durch Brauchtum und Riten in den studentischen Verbindungen “unterschwellig”, “emotional”, “nicht verstandesmäßig” Wertvorstellungen tradiert werden, ist unbedingt zustimmen – dies scheint auch nach meinem Dafürhalten die zentrale soziale Funktion des gesamten Verbindungslebens, über das in den Feuilletons der bundesdeutschen Presse zumeist amüsiert aber verständnislos berichtet wird. Beim überlieferten Brauchtum, bei den die All- wie die Festtage durch “Tradition” verbindlich und formalisiert prägenden Verhaltensmustern, handelt es sich nämlich nicht um harmlose, infantil-anachronistische Verspieltheiten junger Männer bzw. sich an ihre Adoleszenzphase gern zurückerinnernde Alt-Herren; vielmehr lassen sich aus den bis heute verbindungstypischen Umgangsformen Rückschlüsse

¹⁶ Vgl. ebenda, S. 198 f.

¹⁷ Kessler, Rede anlässlich des 135. Stiftungsfestes, S. 3.

auf das politische Selbstverständnis der Korporationen, auf Menschenbild und Persönlichkeitsideal ziehen. Beim Brauchtum handelt es sich daher, wie der Sozialwissenschaftler Arno Klönne festgestellt hat, "um ein hohes Maß an Funktionalität, um eine interessengeleitete, sozialmateriell leistungsfähige Kreation."¹⁸ Um es im Kern zu verstehen, ist nach seinem Entstehungskontext und seinen sozialen Bedingtheiten, die bis in die Gegenwart hinein wirken, zu fragen.

Der historische Rückblick zeigt, dass Formenwelt wie auch Leitbilder der "alten Burschenherrlichkeit" zum Großteil der Zeit des Wilhelminismus (und nicht der demokratischen Vormärzbewegung bzw. der ihr vorausgehenden Epoche der Aufklärung) entstammen, einer Epoche also, in der der vom preußischen Militäradel dominierte Verhaltens- und Empfindenskanon die deutsche Gesellschaft maßgeblich prägte, während andererseits die demokratisch-antifeudalen Überzeugungen, die bis 1848 noch im Bürgertum vorhanden gewesen waren, zugunsten der Anerkennung des Obrigkeitsstaates und des feudalen Vergesellschaftungsmodus geopfert wurden. Dass die Reichseinigung von 1871 durch einen Krieg und nicht durch eine erfolgreiche bürgerliche Revolution herbeigeführt wurde, verschaffte dem adligen Offizierscorps sowie dem Militär zusätzliches gesellschaftliches Prestige. Der konservative Historiker Friedrich Meinecke hat in seinem nach 1945 geschriebenen Buch über "Die deutsche Katastrophe" auf diesen verheerenden Zug des preußischen Militarismus verwiesen, der in Gestalt des Reserveoffiziers das sozialpsychologische Identifikationsmodell des Kaiserreichs schlechthin darstellte:

"... Der Preußische Leutnant ging als junger Gott, der bürgerliche Reserveleutnant wenigstens als Halbgott durch die Welt. Zum Reserveoffizier mußte man es bringen, um in der großbürgerlichen Welt und vor allem in der Staatsverwaltung voll zu gelten. So drang der Militarismus in das bürgerliche Leben ein, so kam es zu einem konventionellen Borussismus, zu einer naiven Selbstbewunderung preußischen Wesens, damit aber auch zu einer bedenklichen Verengung des geistigen und politischen Blickfeldes."¹⁹

Fasst man diese mentalitätsgeschichtlichen Veränderungen ins Auge, dann erweisen sich das 19. und 20. Jahrhundert als ein Zeitraum, "in dem die Zerstörung des Bildungsbürgertums und seiner Werte durch den Nationalismus unter 'Anleitung' zahlreicher Spitzen und Stützen der Gesell-

¹⁸ Arno Klönne, Alte und junge Herren im Lebensbund. Zur Geschichte der akademischen Korporationen, in: *Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik* 119/1992, S. 19-24, hier S. 21.

¹⁹ Friedrich Meinecke, *Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen*, Wiesbaden 1946, S. 25.

schaft erfolgte”,²⁰ zu denen sicherlich auch die Studentenverbindungen zählten, die ihre Einfluss- und Machtpositionen just zu der Zeit ausbauen, als der sozialstrukturelle Wandel und die Durchkapitalisierung der Lebenswelten die Universitäten wie auch die akademischen Berufe erfasste und veränderte. Der “Stil”, mit dem sie ein eigenes Sozialisationsmilieu kreierten und die Betonung des Brauchtums dienten dabei keineswegs nur der Erhaltung feudaler Standesinteressen (selbst die studentischen Corps, die zwar durch Angehörige des Adels besondere Würde erhielten, rekrutierten Studenten bürgerlicher Herkunft²¹); “vielmehr war das Korporationsstudententum gerade darauf eingestellt, männlich akademischen Nachwuchs des sich ausbreitenden Bürgertums in ein ganz bestimmtes Sozialisationsmuster und daraus hergeleitete Verpflichtungen einzufügen.”²²

Dieses Sozialisationsmuster ist durch sozialwissenschaftliche Studien jüngerer Datums erhellt worden. Norbert Elias²³ und Ute Frevert²⁴ haben den politischen wie kulturellen Habitus, der durch die Studentenverbindungen – und insbesondere durch die schlagenden Korporationen – im Kaisereich geprägt wurde, ausgiebig analysiert. Die gesellschaftliche Funktion des Verbindungswesens wird von Elias wie folgt zusammengefasst:

*“Mit dem Eintritt in eine der renommierten Studentenverbindungen betrat ein junger Mann einen Aufzug in das Establishment, und zwar nicht etwa nur in das einer einzelnen Stadt, geschweige denn in das der Universitätsstadt allein. Zugehörigkeit zu einer solchen Studentenverbindung wies ihn überall im Reich unter Mitgliedern eines lokalen Establishments als Zugehörigen aus, der in seinem Verhalten und Empfinden einem eigentümlichen Kanon gehorchte. Das war das Entscheidende.”*²⁵

Der “eigentümliche Kanon”, von dem Elias hier spricht, war das nicht-juristische sondern gesellschaftliche Privileg, bei tatsächlicher oder angenommener Beleidigung die Genugtuung mit der Waffe in der Hand

²⁰ Hermann Glaser, *Bildungsbürgertum und Nationalismus. Politik und Kultur im Wilhelminischen Deutschland*, München 1993, S. 32.

²¹ Vgl. Manfred Studier, *Der Corpsstudent als Idealbild der Wilhelminischen Ära. Untersuchungen zum Zeitgeist 1888 bis 1914* (Abhandlungen zum Studenten- und Hochschulwesen Bd. 3), Schernfeld 1990, S. 39 ff.

²² Klönne, *Alte und junge Herren*, S. 22.

²³ Vgl. Norbert Elias, *Studien über die Deutschen. Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert*, hrsg. von Michael Schröter, Frankfurt a.M. 1992, insbesondere S. 61-158.

²⁴ Vgl. Ute Frevert, *Ehrenmänner. Das Duell in der bürgerlichen Gesellschaft*, München 1991.

²⁵ Elias, *Studien über die Deutschen*, S. 67.

zu verlangen bzw. sich umgekehrt bei Ehrverletzung dem Zweikampf zu stellen: die Satisfaktionsfähigkeit. Zwar war der Waffengebrauch von Privatpersonen (und damit auch das Duell) im kaiserlichen Deutschland gesetzlich verboten – seine Missachtung stellte folglich einen offenen Bruch des staatlichen Gewaltmonopols dar –; da zwischen 1871 und 1918 die entscheidenden Machtpositionen des Staates von Mitgliedern der satisfaktionsfähigen Gesellschaft besetzt oder kontrolliert wurden, wurden die Exekutivorgane der Staatsgewalt gegen die Rechtsbrecher jedoch in aller Regel nicht mobilisiert. Das Duell war somit charakteristisch für ein sozialstrategisches Verhalten, mit dem sich Angehörige bestimmter sozialer Schichten aus der Masse der Bevölkerung hervorheben wollten, indem sie sich dem Zwang einer exklusiven Sondernorm freiwillig unterwarfen und dadurch zeigten, dass sie dem “Ehrenkanon” Vorrang vor den Gesetzen einräumten.

“Satisfaktionsfähigkeit” zu erlangen, die Voraussetzung für die Zugehörigkeit zur “höheren Gesellschaft” war, war für Männer aus dem Bürgertum nur möglich durch den Erwerb des Reserve-Offizierspatents oder durch die Mitgliedschaft in einer der schlagenden Verbindungen, in denen sich ein Verhaltens- und Erziehungskanon etabliert hatte, der dem militärischen Habitus weitgehend entsprach, und der daher die “Militarisierung” des vermeintlich “Bürgerlich-Zivilen” garantierte. Dieser Erziehungskanon zielte, wie es Elias formuliert hat, auf die “Bildung einer Persönlichkeit, die zur Zähmung ihrer eigenen Impulse in hohem Maße auf soziale Verstärkung, auf die Kontrolle durch andere Menschen angewiesen war.” Der von ihm geprägte Mensch entwickelte dabei eine “Persönlichkeitsstruktur, bei der die Selbstzwänge, also auch das eigene Gewissen, der Unterstützung durch den Fremdzwang einer starken Herrschaft bedurften, um funktionieren zu können.”²⁶ Eine Persönlichkeits- bzw. Charakterstruktur, die eine hohe Abhängigkeit des individuellen Gewissens von der Meinung anderer Menschen und damit auch eine relativ hohe Angewiesenheit auf die Unterstützung der eigenen Selbstkontrollen einschließt, ist nicht nur für militärische Prinzipien funktional, sondern für eine autoritäre Gesellschaft bzw. eine hierarchisch gegliederte Gesellschaftsordnung schlechthin.

Herausragende Bedeutung bei der Prägung dieses Charakters hatte das Schlagen sogenannter “Mensuren”, die sich seit etwa 1850 von den studentischen Duellriten lösten. Ein Teil behielt den Charakter von Duellen bei, zugleich entwickelte sich aber mit der Bestimmungsmensur - die einzelnen Gegner wurden bestimmt - eine besondere Form des Zwei-

kampfes zu einem Erziehungsmittel eigentümlicher Art: Man verlangte von Mitgliedern der Verbindung, dass sie lernten, sich mit der Waffe in der Hand blutige Verletzungen, und zwar ausschließlich im Gesicht bzw. am Schädel beizubringen. Diese Messuren waren keine Reaktion mehr auf wirklich empfundene Ehrverletzungen, sondern dienten einzig und allein dem Zweck, durch "Pauken" Ansehen zu gewinnen - für den jeweiligen Paukanten und seine Verbindung. Jeder Student, der in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts (1858 wurde die Bestimmungsmessur vom Köseener Senioren Conventsverband verpflichtend gemacht, die Burschenschaften gerieten in der Folgezeit in den Sog dieser Entwicklung) einer schlagenden Korporation beitreten wollte, musste dieses "Eintrittsritual" durchlaufen; und auch nach seiner Aufnahme war er verpflichtet, eine bestimmte Anzahl von Messuren zu fechten, um sich und seiner Verbindung den Ruf der "Schneidigkeit" (in diesem der Soldatensprache entstammenden Begriff verbinden sich forsches Auftreten und "Satisfaktionsfähigkeit") zu erhalten. Für den Einzelnen hatte dies einschneidende (im Wortsinn!) Folgen, sollte doch durch die Messur vor allem der als feminin empfundene "Verweichlichung", die von vielen als Kennzeichen der Epoche empfunden wurde, vorgebeugt werden: "Männlichkeit bewies sich darin, dass der Paukant den Messurplatz ohne ein Zeichen von Furcht betrat und auch während des Kampfes nichts von sich gab, das als Indiz für Schwäche und Feigheit gedeutet werden konnte."²⁷ Die Messur war mithin ein Bekenntnis zu männlich-militärischen Idealen, wie von ihren Anhängern immer wieder betont wurde. Sie sollte, wie es in einem Aufsatz Anfang der dreißiger Jahre heißt, helfen, "alle Weichheiten aus Kindheits- und Jünglingstagen abzustreifen, die dem Manneskampf ums Dasein nicht standhalten."²⁸

Dass dieser Zusammenhang noch heute eine gewichtige Rolle spielt, dokumentieren die Ausführungen Joachim Raacks, Mitglied des Köseener Senioren Convent-Verbandes (KSCV) aus den achtziger Jahren:

"Die Messur ist ein Mittel der Erziehung (...), der Persönlichkeitsentwicklung dadurch, dass sie anleitet zu Mut, Selbstüberwindung, Selbstbeherrschung und Standhalten. Wer auf scharfe Waffen antritt, muß – soldatisch ausgedrückt – den inneren Schweinehund überwinden, nämlich die (...) Angst. Nicht 'kniesen' oder reagieren verlangt Selbstbeherrschung. 'Blutige' und ihr Flicker tapfer zu ertragen, lehrt Standhalten."²⁹

²⁷ Frevert, Ehrenmänner, S. 150.

²⁸ Erich Wieprecht, Das Fechten und Messurwesen an deutschen Hochschulen, in: Michael Doeberl u.a., Das Akademische Deutschland, Bd. II, Berlin 1931, S. 63-76, hier S. 72.

²⁹ Joachim Raack, Vom Sinn und Wert der Messur, in: *Die Wachenburg* 3/1983, S. 115-117, hier S. 116.

Der ganze Ablauf einer Mensur verdeutlicht dies: Wichtiger als beherztes Draufschlagen oder geschicktes Ausweichen war und ist die Fähigkeit, Schläge regungslos und ohne Zeichen von Angst oder Schmerz hinzunehmen. In dieser Fähigkeit sieht man ein zentrales “Charaktererziehungsmittel”, das für das spätere Leben “von mindestens ebenso großem Wert sei wie die Gewöhnung an mutvolle Aggressivität.”³⁰ Als zentrales Kennzeichen dieser Persönlichkeitsstruktur, auf deren Erzeugung diese Formen studentischen Zusammenlebens gerichtet waren, hat Elias einen “Habitus ohne Mitleid” ausgemacht:

*“Im Grunde wurden Menschen hier dazu erzogen, sowie sie sich einem Schwächeren gegenüber wußten, hart zuzuschlagen, ihn die eigene Überlegenheit und seine Unterlegenheit alsbald und unzweideutig fühlen zu lassen. Das nicht zu tun, war Schwäche; und Schwäche war etwas Verächtliches.”*³¹

Gerade in der Mensur zeigt sich der problematische Gemeinschaftsbegriff, auf den eingangs bereits verwiesen wurde. Hier kulminiert der kollektive Wille, tritt dem einzelnen als Ritual fühlbar entgegen, hier muss die individuelle Schwäche der Stärke der Gemeinschaft und der von ihr gestellten Anforderungen untergeordnet werden. Die Begeisterung für diese Unterordnung vergeht, die Erfahrung schreibt sich aber in den Charakter ein, und ihre Spuren, ihre Male bleiben sichtbar. Als Ausweis der Privilegiertheit verdeutlicht der Schmiss, dass der Paukant zur Selbstaufgabe fähig und daher für die Selbstlosigkeit fordernden Stellungen der Macht geeignet ist – anders als all diejenigen, die sich dem Ritual nicht unterziehen wollen. Diese Bedeutung der Bestimmungsmensur wird auch heute noch von ihren Befürwortern vertreten. So heißt es in dem bereits zitierten Aufsatz von Joachim Raack, dass die Mensur “nach innen ein Bindeglied, ein Integrationsmittel, also ein Mittel zur Verstärkung der Bindung an den Bund” ist und “nach außen ein Abschreckungsmittel, nämlich gegenüber solchen, die es nicht fertig bringen, den ‘inneren Schweinehund’ zu überwinden, und die wir deshalb nicht in unseren Reihen haben wollen.”³²

Neben der Mensur galten reglementierte und reglementierende Trinkrituale als zweites wesentliches Erziehungsmittel der Studentenverbindungen. Ihre Grundlage war der sogenannte “Bier- oder Kneip-Comment”, eine meist schriftlich fixierte Normierung der Verhaltensweisen, der zwar von den einzelnen Verbindungen selbständig bearbeitet wurde,

³⁰ Frevert, Ehrenmänner, S. 150 f.

³¹ Elias, Studien über die Deutschen, S. 144.

³² Raack, Vom Sinn und Wert der Mensur, S. 116.

sich aber in den wesentlichen Punkten glich.³³ Das tägliche Exerzieren des Biercomments schuf eine Art Gegenkultur, die im Begriff des “Bierstaates” ihren zugespitztesten Ausdruck fand. In diesem bündelte sich gleichsam die verbindungsstudentische Verhaltenskultur: Es gab “Bierrechte”, eine “Bierehre”, eine “Biergemeinde”, “Bierverkehr” und – als Strafe – auch den “Bierverschiss”. Obwohl die Biercomments von offensichtlichem Studentenuk durchsetzt waren, wurden sie mit enormer Ernsthaftigkeit betrieben, die Einhaltung ging über alles.³⁴

Auffallend ist zunächst die völlige Hierarchisierung: individuelle Grenzen und Schranken wie die Sättigungsgrenze oder der notwendige Gang auf die Toilette fielen während der offiziellen Teile der Kneipe in den Zugriffsbereich der Verbindung und ihrer Institute. Junge Männer sollten lernen, die eigenen Grenzen und selbst “natürliche Bedürfnisse” auszuschalten bzw. der Gemeinschaft “ohne wenn und aber” zu unterstellen. Vor allem jüngere Verbindungsmitglieder wurden nach den Kneipordnungen dazu verpflichtet “nachzukommen”, wenn ihnen zugetrunken wurde, und mussten trotz erhöhten Alkoholkonsums “Haltung” bewahren. Der “Trinkzwang”, also die Pflicht, jedem Zutrunken durch mindestens der gleichen Menge Bieres zu entsprechen, oder das strafende “In die Kanne schicken” bzw. “Sprengen” eines Kneipanten wurden dabei vielfach angewendet, um “Füxe” in kürzester Zeit betrunken zu machen und ihnen so den niedrigen Status zu demonstrieren.

Übermäßigem Alkoholenuss kam zudem eine gewichtige gesellschaftliche Kompensationsfunktion zu. In Anbetracht der äußeren Zwänge der extrem formalisierten Gesellschaft des Kaiserreichs, denen man sich als kaisertreuer “Untertan” zu unterwerfen hatte, verschaffte der rauschhafte Zustand eine momentane Entlastung, verwandelte sich “das Bier, das man schluckte, (...) in innere Freiheit.”³⁵ In diesem Sinne hat Norbert Elias die Trinkrituale und das gerade auch in den Verbindungen anzutreffende exzessive Trinken als Ausdruck einengender Gesellschaftsnormen interpretiert:

“Gesellschaftliche Bräuche, die zum schweren Trinken anregen und die zugleich an eine gewisse Disziplin im Betrunkensein gewöhnen, lassen auf ein

³³ Vgl. Friedrich Schulze/Paul Ssymank, Das deutsche Studententum von den ältesten Zeiten bis zum Weltkriege, Leipzig 1910 (3. Auflage), S. 445.

³⁴ Vgl. Lynn Blattmann, “Laßt uns den Eid des neuen Bundes schwören ...” Schweizerische Studentenverbindungen als Männerbünde 1870-1914, in: Thomas Kühne (Hrsg.), Männergeschichte - Geschlechtergeschichte. Männlichkeit im Wandel der Moderne, Frankfurt a.M./New York 1996, S.119-135, bes. S. 124 ff.

³⁵ Treffend hat Heinrich Mann diese Kompensationsfunktion in seinem “Untertan” literarisch gestaltet. Vgl. Heinrich Mann, Der Untertan, München 1980 (21. Auflage), insbes. S. 24 f.

hohes Maß an Unglücksgefühlen schließen: offenbar sucht man sich auf diesem Wege eine gesellschaftliche Notlage, die schmerzt, aber der man nicht entrinnen kann, erträglicher zu machen."³⁶

Die Vorschriften des Biercomments waren aber mehr als nur ein Ventil für die in einer rigiden, formalisierten Gesellschaftsform lebenden Studenten. Nicht übersehen werden darf der längerfristige Einfluss dieses "Erziehungsmittels" auf die Persönlichkeit der jungen Männer, der sich in späteren Handlungen niedergeschlagen haben dürfte und damit selbst gesellschaftsprägend wurde.³⁷

Auch im Hinblick auf die Ausbildung eines männlichen Habitus war der Trinkcomment von Bedeutung. Die Faszination des Rausches hatte einerseits mit der archaischen Wertschätzung des exzessiven Trinkens als Mittel und Zeichen von Körperkraft zu tun; andererseits lag in der Koppelung von Alkoholkonsum und Körperkraft eine eindeutige Bindung an das männliche Geschlecht vor. Frauen wurden (und werden) ausgegrenzt – man könne ihnen dies "nicht zumuten" –, "Männlichkeit" durch entsprechende Rituale inszeniert.

Schließlich sind die Einstellung zum Trinken sowie die gruppenspezifischen Regeln und Rituale eingebunden in eine imaginäre Lösung der Probleme männlich-sexuellen Heranwachsens bzw. des (auch sexuellen) Verhaltens zum weiblichen Geschlecht insgesamt. Cornelia Helfferich hat in diesem Zusammenhang zwei wesentliche Funktionen erhöhten Alkoholenusses benannt: Die enthemmende Funktion von Alkohol und der damit verbundene Verlust an Selbstkontrolle erlaubt sexuelle Verbotstretungen, die sonst nicht möglich gewesen wären (zu verweisen ist hier auf eine Bandbreite, die von frauenverachtenden Zoten über den Austausch von Gewaltphantasien bis hin zum kollektiven Bordell-Besuch der Studenten reicht³⁸), entlastet zugleich aber auch von individuellen Schuldgefühlen. Eingebettet in Rituale, erhöht der gemeinsame Alkoholkonsum das Zusammengehörigkeitsgefühl der Gruppe, die ihrerseits die Übertretungen billigt oder gar positiv sanktioniert und damit mögliche Vorbehalte und Skrupel des einzelnen kompensiert. So brauchen die einzelnen Gruppenmitglieder einander, um sich gegenseitig bei der Herstellung ihrer vermeintlichen Überlegenheit zu helfen und eine spezifische männliche Geschlechtsidentität auszubilden und zu bestätigen.³⁹

³⁶ Elias, Studien über die Deutschen, S. 13.

³⁷ Vgl. Blattmann, "Laßt uns den Eid ...", S. 128.

³⁸ Vgl. in diesem Zusammenhang auch Bruno Bettelheim, Die symbolischen Wunden. Pubertätsriten und der Neid des Mannes, Frankfurt a.M. 1982, S. 160 f.

³⁹ Vgl. Cornelia Helfferich, Jugend, Körper und Geschlecht. Die Suche nach sexueller Identität, Opladen 1994, insbes. S. 113-122.

Dass ein durch derartige Riten geprägtes "Erziehungswerk" - entgegen einem bis heute anzutreffenden Selbstverständnis - politische Bedeutsamkeit besaß (und besitzt), ist offenkundig. Im Kern wurde hier ein militarisiert-kriegerisches Konfliktverhalten praktiziert, das "mit einem auf friedlichen Interessenausgleich und vernünftige Kommunikationsbereitschaft bedachten bürgerlichen Tugendkanon nur schwer zu vereinbaren war"⁴⁰ und sich daher mit Einstellungen (die als unpolitisch, da nicht "parteipolitisch" galten) wie "Sozialpolitik führt zur Verweichlichung", "die Treue zur Dynastie verlangt Germanenbegeisterung und Wehrbereitschaft", "in der Politik hat das Recht der starken Nation den Vorrang" oder "Frauenemanzipation ist lächerlich" verbinden konnte.⁴¹

Der korporierte Männerbund

Das gesamte Erziehungswerk der Studentenverbindungen war auf die Herausbildung eines heroisch-kriegerischen Männlichkeitsideals gerichtet, vor allem Duell und Mensur fungierten als "Bollwerk gegen die drohende Feminisierung des Mannes (...), als Schutz harter Männlichkeit vor weicher Weiblichkeit".⁴²

Mit der Ausbreitung des Frauenstudium um die Jahrhundertwende war die "Männerinstitution Universität" tiefgreifenden Wandlungen unterworfen, männliche Organisationsformen wie die studentischen Korporationen⁴³ bedurften in der Folgezeit zunehmend der Legitimation. Solange die Vorstellung eines Geschlechterantagonismus, die seit dem 18. Jahrhundert männliche und weibliche Stereotype und damit ein festgelegtes Rollen-Verständnis von Männlichkeit und Weiblichkeit begründete, so wirkungsmächtig gewesen war, dass sie den Ausschluss der Frauen aus der politischen wie kulturellen männlichen Öffentlichkeit (damit auch der Hochschulen) garantierte, war ein spezifisch männerbündischer Zusammenschluss im Hinblick auf die bürgerliche Öffentlichkeit weitgehend funktionslos - diese war in toto männlich und bedurfte zur Wahrung ihres männlichen Charakters keiner bündischen Besonderungen. Vorhandene Zusammenschlüsse von Männern hatten daher andere soziale und politische Funktionen (hierzu zählen politische Formierungsprozesse, Formen bündischer Elitenrekrutierung etc.).

⁴⁰ Frevert, Ehrenmänner, S. 196 f.

⁴¹ Vgl. Wilhelm Flitner, Studentisches Gemeinschaftsleben und Hochschulreform, in: *Die Sammlung. Zeitschrift für Kultur und Erziehung*, 7. Jg. 1952, S. 116-125.

⁴² Frevert, Ehrenmänner, S. 63.

⁴³ Vgl. die jüngst erschienene Studie von Helmut Blazek, Männerbünde. Eine Geschichte von Faszination und Macht, Berlin 1999, insbes. S. 120-157.

Erst als das geschlechtspolarisierende Denken an Wirkungsmacht einbüßte, d.h. die bestehende Herrschaftsordnung durch die Emanzipationsbestrebungen der Frau gravierenden Angriffen ausgesetzt war und daher der ideologischen Weiterentwicklung bzw. Radikalisierung und einer ihr korrespondierenden Formgebung bedurfte, entstand die Theorie von der Notwendigkeit eines eigenen, männlichen Umfeldes.⁴⁴ Ideologisch erstmals begründet wurde der Männerbund in dem 1902 erschienenen Buch "Altersklassen und Männerbünde" des Ethnologen Heinrich Schurtz. Seine Darstellung gab den Anstoß zur Entstehung jener spezifischen deutschen Männerbund-Ideologie, die über Autoren wie Hans Blüher bis hin zum nationalsozialistischen Gespann Baeumler/Rosenberg ihre extreme Ausformulierung erfahren hat.⁴⁵ Indem Virilität immer enger an martialischen Heroismus (so bei Ernst Jünger) und Antiliberalismus/Demokratiefeindlichkeit ("Konservative Revolution") gekoppelt wurde, konnte das Männerbunds-Syndrom innerhalb kürzester Zeit zu einem Kernelement der nationalsozialistischen Weltanschauung gesteigert werden.

Der Männerbund war die dieser Ideologie entsprechende soziale Ausdrucksform. Er ist die freiwillige und bewusst eingegangene (und in diesem Sinne "rationale") Organisationsbeziehung von Männern zu dem Zweck, alle dem Männlichkeitsverständnis und dem damit einhergehenden männlichen Stereotyp widersprechenden Einflüsse von "Weiblichkeit" aus der Sphäre der eigenen Sozialisation wie aus der bürgerlicher Öffentlichkeit fernzuhalten. Träger dieser Weiblichkeit sind Frauen, aber auch "feminine" Männer, die die als maskulin geltenden Geschlechtszuschreibungen bewusst oder unbewusst ablehnen bzw. nicht vertreten. Männerbünde haben nicht nur eine rationale, sondern auch eine emotionale, affektive, bisweilen sogar erotische Basis. Sie sind vielfach hierarchisch gegliedert, besondere Umgangs- und Verkehrsweisen sowie Formen kanonisierten Brauchtums – von zentraler Bedeutung sind dabei vor allem Initiationsrituale – begründen ihre "eigentümliche, geheimnisvolle Aura" und gewähren den Zusammenhalt der Mitglieder als "verschworene Gemeinschaft". In der jüngeren deutschen Geschichte dienten männerbündische Rituale dabei weniger dem Übergang junger Männer ins

⁴⁴ Vgl. den in diesem Kontext wichtigen Aufsatz von Nicolaus Sombart, Männerbund und politische Kultur in Deutschland, in: Thomas Kühne (Hrsg.), Männergeschichte – Geschlechtergeschichte, S. 136-155.

⁴⁵ Vgl. Jürgen Reulecke, Das Jahr 1902 und die Ursprünge der Männerbund-Ideologie in Deutschland, in: Männerbünde-Männerbünde. Zur Rolle des Mannes im Kulturvergleich, hrsg. von Gisela Völger und Karin v. Welck, Zweibändige Materialiensammlung zu einer Ausstellung des Rautenstrauch-Joest-Museums für Völkerkunde, Köln 1990, S. 3-10.

Erwachsenenleben; als symbolisch inszenierte Trennung vom Weiblichen hatten sie vielmehr und vor allem funktionale Bedeutung für die (unterschwellige) Sozialisierung des männlichen Stereotyps, für die Ausbildung martialisch-heroischer Männlichkeiten, die demokratisch-zivilisatorische Einflüsse als “weiblich” und dem “deutsch-männlichen Wesen” entgegengesetzt denunzierten.

Die engen Verknüpfungen von Männerbund und Staatsverständnis, Gegenstand sowohl der apogetischen, den Männerbund bejahenden bzw. fordernden Philosophie in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts, als auch – nun allerdings in kritischer Wendung – einer modernen, nicht-geschlechterblinden Staatstheorie,⁴⁶ werden deutlich, wenn sie als Befürchtungen vor einem anderen, einem “weiblicher-zivileren” Gesellschafts-, Staats- und Politikverständnis formuliert werden. Bekenntnisse wie die des Burschenschafters Werner Lackner treffen daher ins Zentrum der politischen Funktionen des Männerbundes bzw. seiner spezifischen Formen:

“Die Gewißheit, selbst Messuren schlagen zu müssen, läßt nur jene Aspiranten eintreten, die einem harten Kampfsport zumindest nicht negativ gegenüberstehen. Wichtiger noch scheint mir ihr Wille zum ‘heldischen Männerbund’ und damit ihr Bekenntnis zur ‘männlichen Gesellschaft’ zu sein. Die Mensur ist ja ein fast unüberwindbares Hindernis für Frauen, in den Bund aufgenommen zu werden.”⁴⁷

Komprimiert wird hier der Konnex von Brauchtum und Männerbund, von Mensur und politischem Selbstverständnis deutlich, der auch mit legitimierender, keinesfalls kritischer Intention in den *Burschenschaftlichen Blättern* formuliert worden ist: “Unser Burschenbrauchtum ist immer auf eine männliche Gruppe abgestimmt. Die menschliche Weltordnung ist auf das Männliche ausgerichtet.”⁴⁸

In der Mensur, in Trinkritualen wie im Organisationsgefüge (Männerbund) sind obrigkeitstaatliches Denken, Nationalismus, Militarismus und ein diesen Vorstellungen korrespondierendes Männer- wie Frauen-

⁴⁶ Vgl. hierzu insbes. Eva Kreisky, Der Stoff aus dem die Staaten sind. Zur männerbündischen Fundierung politischer Ordnung, in: Regina Becker-Schmidt/Gudrun-Axeli Knapp (Hrsg.), Das Geschlechterverhältnis als Gegenstand der Sozialwissenschaften, Frankfurt a.M./New York 1995, S. 85-124.

⁴⁷ Werner Lackner, Die Mensur. Der rituelle Zweikampf deutscher Studenten, in: Wahr und treu, kühn und frei! 130 Jahre Burschenschaft Olympia, hrsg. anlässlich des 130. Stiftungsfestes der Wiener akademischen Burschenschaft Olympia im Wintersemester 1989/90, Wien 1989, S. 107-116, hier S. 109.

⁴⁸ *Burschenschaftliche Blätter* 5/1980, zitiert nach Arbeitskreis “Wartburg ‘92”, Zur Geschichte des Korporationswesens von den Anfängen bis zur Zeit des Faschismus (Baustein 5: “Zum Frauenbild der Korporationen” / Dokumente), Marburg 1991.

bild eingeschrieben; daher begründet “männerbündisches Brauchtum” einen “Virilitätshabitus”, der exklusiv, anti-egalitär und tendenziell antidemokratisch ist. Wo dieses noch heute tradiert und dadurch vom einzelnen Verbindungsstudenten mehr oder weniger bewusst übernommen wird (wobei der Grad der Bewusstheit bei der Charakterformung eine eher untergeordnete Rolle spielt), bleiben die es kennzeichnenden Persönlichkeits- und Erziehungsideale wie auch die entsprechenden Wertvorstellungen wirksam.

Charismatiker, Gremienhengste und Paradiesvögel

Zur Stereotypenbildung im Hochschulroman

Barbara M. Kehm
Wittenberg/Kassel

1. Warum Hochschulromane?

Für A.E.

Spätestens mit der Popularität des Romans *Der Campus* von Dietrich Schwanitz (1994) dürfte das literarische Genre des Hochschulromans

auch in Deutschland über die üblichen Insider-Kreise hinaus bekannt geworden sein. Natürlich hat es auch schon früher Hochschulromane in Deutschland gegeben,¹ doch war die Anzahl nie groß und ihre Rezeption nicht breit genug, um ohne weiteres von einem eigenständigen literarischen Genre sprechen zu können. Auch wenn die Zahl der neu erscheinenden deutschen Hochschulromane in den letzten Jahren gestiegen ist, gibt es in den Vereinigten Staaten und Großbritannien eine wesentlich etabliertere und kontinuierlichere Tradition der 'campus novel' oder 'college novel', die etwa um die Mitte des 19. Jahrhunderts mit der Ausprägung der modernen, forschungsorientierten Universität einsetzt.²

¹ Vgl. etwa den bereits 1690 erschienenen Studentenroman von Eberhard Werner Happel: *Der Akademische Roman. Worinnen das Studentenleben abgebildet wird. Mitsamt allem, was auf den Universitäten passieret, was für Exzesse die Studenten oft begehen und was man von dem akademischen Leben zu wissen verlangen mag. Das Gute zur Lehre, das Böse aber zur Warnung der ehrliebenden Jugend und dem erinnerungsfreudigen Alter in einer schönen und abenteuerlichen Geschichte*, Ulm: Matthias Wagner 1690 (Neuedition: Bern/Stuttgart/Wien: Scherz 1962)

² Als eigenständiges literarisches Genre bildete sich mit Goethes *Wilhelm Meister* in Deutschland der sogenannte Bildungs- oder Entwicklungsroman heraus, in welchem zumeist die Universitätsjahre der Hauptfigur einen mehr oder weniger bedeutsamen Teil ausmachen. Demgegenüber kam die Bibliographie des Amerikaners Kramer auf über 425 'ernsthafte' amerikanische Hochschulromane zwischen 1830 und 1980. Für Großbritannien kam Proctor auf 70 Titel, die zwischen 1898 und 1956 erschienen. Von einigen früheren Ausnahmen abgesehen, wird das Entstehen einer literarischen Tradition des Hochschulromans im anglo-amerikanischen Raum etwa ab Mitte des 19. Jahrhunderts angesetzt, während Hochschulromane in Deutschland keine vergleichbare Tradition zu begründen vermochten. Vgl. Wolfgang Weiß: *Der anglo-amerikani-*

In diesem Beitrag soll allerdings nicht auf Details der literaturwissenschaftlichen Definition von Hochschulromanen und deren Abgrenzung zu anderen literarischen, besser: belletristischen, Genres eingegangen werden.³ Es mag an dieser Stelle genügen, daß das zentrale Milieu, in welchem die Geschichte spielt, die Hochschule ist und daß die zentralen Figuren Studierende, Lehrende und gegebenenfalls auch Akteure aus der Hochschulverwaltung und -leitung sind. Dabei ist es unerheblich, ob es sich um eine Satire (z.B. D. Schwanitz, *Der Campus*), einen Kriminalroman (z.B. T. Dorn, *Berliner Aufklärung*), eine Liebesgeschichte (z.B. E. Bürger, *Laß uns einen besseren Ort suchen*) oder eine Auseinandersetzung mit historischen und/oder zeitgenössischen politischen Ereignissen (z.B. M. Zeller, *Follens Erbe*) handelt.

In den letzten Jahren sind darüber hinaus auch einige Hochschulromane in Deutschland erschienen, die als Schlüsselromane, oft in kaum verhüllter Form, Ereignisse an einer bestimmten Universität zum Gegenstand haben (z.B. H. Spitzer, *Der Elfenbeinturm*). Meine Beispiele sind vorwiegend Hochschulromanen deutschsprachiger Autorinnen und Autoren entnommen, wobei zu Illustrationszwecken hier und da auch britische und US-amerikanische Hochschulromane herangezogen werden. Eine Zwitterstellung nehmen die Romane *Brandeis* von Urs Jaeggi und *Brandung* von Martin Walser ein, die die Geschichte eines deutschen Gastprofessors an einer US-amerikanischen Hochschule erzählen. Sowohl Jaeggi als auch Walser haben darin ihre eigenen Erfahrungen im Rahmen von Gastaufenthalten an einer amerikanischen Universität verarbeitet.⁴

Hochschulromane werden fast immer von Autorinnen und Autoren geschrieben, die entweder noch Hochschulangehörige sind oder es einmal waren, sei es als Studierende, sei es als Lehrende oder Forschende. Darüber hinaus werden in den Romanen die Institution und ihre 'Insassen' nur selten positiv dargestellt. Dies gilt – von wenigen Ausnahmen abgesehen – auch für die meisten anglo-amerikanischen Hochschulromane der jüngeren Zeit. Der amerikanische Literaturkritiker und Literaturprofessor Leslie Fiedler hat daher in einem Aufsatz, in welchem er das Genre der Hochschulromane untersucht, vorgeschlagen, es als „Anti-

sche Hochschulroman. Eine historische Skizze. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1988

³ Etwa die Unterscheidung zwischen Bildungs-/Entwicklungsroman, Wissenschaftsroman und Hochschulroman einerseits und die zwischen Kriminalroman, Liebesroman, Satire u.ä. andererseits.

⁴ Walser nach einer viermonatigen Gastprofessur in Berkeley, Jaeggi nach einer Gastprofessur an der Brandeis University (der Titel seines Romans ist der Name der Hauptfigur in dem Roman) im Staat New York.

Hochschulroman“ zu bezeichnen, weil Versagen der eigentliche Gegenstand sei und die allermeisten Hochschulromane als Geschichten von Niederlagen zu lesen seien sowie als Versuch, aus der Niederlage (an der Hochschule) im Nachhinein doch noch einen Erfolg (durch das Verfassen eines potentiellen Bestsellers) zu machen.⁵ Fiedler läßt in diesem Aufsatz eine Reihe amerikanischer Hochschulromane aus den 50er Jahren (der McCarthy-Ära) Revue passieren und kommt zu dem Schluß, daß für viele der Verfasserinnen und Verfasser Frustration, ohnmächtige Wut und das Bedürfnis, sich an der Institution zu rächen, Motive zum Schreiben gewesen sind.

Gerade das Bedürfnis, mit einer Institution und ihren Akteuren auf anderem Wege ‘abzurechnen’ – vielfach haben Hochschulromane einen fast denunziatorischen Unterton – fördert die Tendenz, mit Stereotypen zu arbeiten und Ereignisse parodistisch darzustellen oder gar in die Groteske zu verzerren. Allerdings sollten die Differenzen in den nationalen Hochschul- und Wissenschaftskulturen nicht außer acht gelassen werden. In Anlehnung an Galtung läßt sich der in anglo-amerikanischen Hochschulromanen vorherrschende Ton – bei Galtung als ‘sachsonischer Stil’ bezeichnet – als locker gestaltetes Spiel mit Konkurrenten und Gewinnern charakterisieren, während der ‘teutonische Stil’ der moderneren deutschen Hochschulromane eher die Darstellung eines verbissenen Kampfes mit Feinden und Siegern ist.⁶

Die tatsächlich existierenden akademischen Rituale, wie zum Beispiel die Lehrveranstaltung, die Prüfung, die Gremiensitzung, der Kongreß, die Berufung o.ä., dienen in den Romanen häufig als Arenen, in welchen die Rituale stattfinden und in denen die stereotypisierten Akteure ihre Kämpfe oder ihre Leidenschaften austragen. Die Hochschule bildet dabei einen sozialen Raum, von Bourdieu auch als Machtfeld bezeichnet, mit verschiedenen Arenen, in denen sich die Akteure möglichst günstig zu plazieren suchen. Ein günstiger Platz ist eine Position, in welcher symbolisches Kapital – z.B. Einfluß innerhalb der Institution oder wissenschaftliche Reputation innerhalb der ‘scientific community’ – vorteilhaft zum Einsatz gebracht werden kann.⁷ Hochschulromane nehmen in aller Regel

⁵ Leslie A. Fiedler: „The War Against the Academy.“ In: ders.: *Waiting for the End*. New York: Stein and Day 1964, S. 138-154

⁶ Vgl. Johan Galtung: „Struktur, Kultur und intellektueller Stil. Ein vergleichender Essay über sachsonische, teutonische, gallische und nipponische Wissenschaft.“ In: *Leviathan* Nr. 3, 1983

⁷ Vgl. P. Bourdieu: *Sozialer Raum und Klassen. Leçon sur la Leçon. Zwei Vorlesungen*. Frankfurt/M.: Suhrkamp 1985 und ders.: *Satz und Gegensatz. Über die Verantwortung des Intellektuellen*. Berlin: Wagenbach 1989

gerade diese Aspekte kritisch oder parodistisch aufs Korn und eignen sich daher besonders für eine Untersuchung von Ritualen und Stereotypen im akademischen Bereich.

In ihrem Artikel für ein Handbuch über Hochschultheorie und Hochschulforschung haben Thelin und Townsend einige interessante Beobachtungen über die mögliche Rolle von Hochschulromanen für die Forschung über Hochschulen gemacht. Erstens seien Hochschulromane eine mögliche Quelle der Information über und Einsicht in das Hochschulwesen. Zweitens könne die Analyse von Hochschulromanen die dominierende Fragebogenforschung über Erfahrungen mit und Verhalten in der Institution ergänzen. Drittens müsse bedacht werden, daß Hochschulromane nicht unmittelbar Informationslücken über Hochschulen schließen können, da die verwendeten Bilder, Ereignisse und Symbole erst dekodiert und dann mit anderen Informationsquellen verbunden werden müssen. Viertens vermöchten Hochschulromane jedoch Aufschlüsse über Sitten, Gebräuche, Rituale, Jargons oder Moden zu geben und weisen damit auf institutionelle Praktiken hin. Dies gelte fünftes auch umgekehrt: in sozialgeschichtlicher Perspektive geben viele Hochschulromane Auskunft darüber, wie hochschulpolitische Veränderungen sich auf Sitten, Gebräuche und Einstellungen der Hochschulangehörigen auswirken.⁸

2. Arenen und Rituale

Als Professor für Englische Sprache und Kultur ist Dietrich Schwanitz sicherlich mit dem Genre des anglo-amerikanischen Hochschulromans wohl vertraut gewesen, als er sich entschloß, selber einen Campusroman zu schreiben. Jedenfalls hat er kaum ein Ritual, Klischee und Stereotyp ausgelassen, das die neueren Hochschulromane und einige weitere Satiren über den Wissenschaftsbetrieb⁹ popularisiert haben. Die erste Arena oder auch das erste Machtfeld, das ich hier vorstellen möchte, ist der Fachbereich bzw. – entsprechend der strukturellen Besonderheit der Institution – das Institut oder Seminar. Als relativ abgeschlossener sozialer

⁸ John R. Thelin, Barbara K. Townsend: „Fiction to Fact: College Novels and the Study of Higher Education.“ In: John C. Smart (Hg.): *Higher Education: Handbook of Theory and Research*, Bd. IV. New York: Agathon Press 1988, S. 183-211

⁹ Damit sind Publikationen gemeint wie das in mehreren Auflagen erschienene Buch von Wolf Wagner: *Uni-Angst und Uni-Bluff*. Berlin: Rotbuch 1977 und die überarbeitete Neuauflage von 1992. Neueren Datums sind Otto Wunderlich (Hg.): *Entfesselte Wissenschaft. Beiträge zur Wissenschaftsbetriebslehre*. Opladen: Westdeutscher Verlag 1993, und Siegfried Bär: *Forschen auf Deutsch. Ein Machiavelli für Forscher – und solche, die es noch werden wollen*. Frankfurt/M.: Deutsch 1993

Raum innerhalb der Hochschule bietet sich der Fachbereich als Arena an, in welcher Konkurrenz und Intrigen um Macht und Anerkennung über den Einsatz von symbolischem Kapital ausgetragen werden können. Schwanitz beschreibt diese Arena folgendermaßen:

„Allmählich wurde Alice Hopfenmüller klar, warum sie so angenehm von der Atmosphäre im Historischen Seminar überrascht worden war. Wie bei jedem Neuen, der noch nicht durch Bündnisse und Seilschaften vereinnahmt war, witterten alle Angehörigen des Instituts die Chance, die Macht ihres Bündnisses durch ein weiteres Mitglied zu vergrößern: also wurde Alice von einem nach dem anderen hofiert und umworben. Man überschlug sich geradezu mit Aufmerksamkeiten... man führte sie durch das Territorium des Instituts – wie Gallien in drei Teile geteilt, in Alte Geschichte, Mediaevistik und Neue Geschichte. Man erklärte ihr geduldig die Stammessitten, zeigte ihr die akademischen Futterstellen und Tränkplätze in der Umgebung des Campus, erzählte ihr die Lokalmythen und weihte sie in die Mysterien der Stammesreligion der Hamburger Historiker ein. Es war einfach wunderbar. Alice wußte, daß das nicht dauern konnte. Daß eines Tages ihr Bündniswert verbraucht sein würde, weil sie sich dann entweder einer der Cliques angeschlossen oder sich als bündnisunfähige Einzelgängerin erwiesen hatte. Aber solange es dauerte, war es wunderbar, und sie war entschlossen, es dauern zu lassen. Wie die große Elisabeth von England wollte sie ihre Jungfräulichkeit teuer verkaufen und am Ende womöglich behalten. Und so begriff sie, daß die Freundlichkeit, mit der die alteingesessenen Mitglieder des Instituts eine Neue wie sie behandelten, im direkten Verhältnis zu der Intensität stand, mit der sie sich gegenseitig haßten.“ (D. Schwanitz, *Der Campus*, S. 165)

Unter der nach außen zur Schau gestellten Freundlichkeit und Aufmerksamkeit findet sich hier ein Pulverfaß, dessen Explosion nur durch das prekäre Gleichgewicht der drei verfeindeten Parteien verhindert wird. Schwanitz verwendet dazu zwei in der Literaturwissenschaft bekannte Verfahren: er wählt seine Metaphern und Symbole nach dem von Lévi-Strauss beschriebenen Verfahren der (mythischen) Bedeutungsbildung in primitiven Stammesgesellschaften¹⁰ und die Katachrese¹¹ als stilistisches Mittel zur Erzeugung von Komik. Aus kultursoziologischer Sicht bildet das Historische Institut, von welchem bei Schwanitz die Rede ist, einen Raum von Distinktionen, in welchem Abstände innerhalb von Differenzsystemen – seien sie nun wissenschaftlicher, sozialer oder politischer Art – als Unterscheidungsmerkmale dienen und nicht nur symbolisch, son-

¹⁰ Vgl. Claude Lévi-Strauss: *Strukturelle Anthropologie*. Frankfurt/M.: Suhrkamp 1967

¹¹ Widersprüchliche Fügung von Tropen (Symbolen) innerhalb eines synchronen Systems; hier: der Wechsel von der primitiven Stammesgesellschaft, die u.a. auf Frauenaustausch und Frauenraub basiert, zum Einsatz der 'Jungfräulichkeit' als politische Strategie der Machtentfaltung im elisabethanischen Zeitalter.

dern auch materiell werden,¹² zum Beispiel im Rahmen der Sitzordnung bei einer Institutsversammlung oder Gremiensitzung.

Wird die Gruppenuniversität oder der Fachbereich bzw. das Institut zumeist als Ort dargestellt, an dem sich die häufig sowohl wissenschaftlich als auch politisch verfeindeten Gruppen der Lehrenden untereinander bekämpfen, so ist die Gremiensitzung vielfach der Ort, an dem diese Kämpfe konkret ausgetragen werden. So wundert es kaum, daß sie eine der in Hochschulromanen beliebtesten Arenen ist, um Charismatiker, Gremienhengste und andere aufeinandertreffen zu lassen. Hier werden die Rituale der Diskussion und Abstimmung zelebriert und als leeres Gerede oder Machtpoker entlarvt, wobei die Rede im Namen der Wissenschaft bzw. Wissenschaftlichkeit selbst zur Farce wird.

Das Ritual der Gremiensitzung hat in den Hochschulromanen typischerweise fünf Phasen. Nicht bei jeder Darstellung einer Gremiensitzung im Roman sind alle Phasen gleichermaßen präsentiert, aber nach breiterer Lektüre läßt sich die folgende Typisierung ableiten.

Erste Phase: Telefonieren im Vorfeld zur Information der 'Verbündeten' und Abklärung des Abstimmungsverhaltens. Dafür ein Beispiel:

„Es war dann so, wie meistens vor einer entscheidenden Sitzung: Die Telefone klingelten. (...) Immerhin ergab sich durch die Telefoniererei eine vorbereitende Informiertheit. Kritiker anderer Gruppen nannten es das 'Ursener Telefonkartell', ohne es näher zu kennen. Es arbeitete vorzugsweise vor der Mittagsstunde, wenn Mitarbeiter und Studenten schon das Essen ansteuerten, oder für schwerwiegende Fälle auch spätabends über die Privattelefone.“ (Spitzer, *Elfenbeinturm*, S. 119f.)

Zweite Phase: Darstellung der Sitzordnung als soziale Stratifizierung der Teilnehmenden einerseits und Karikierung der Gruppenuniversität andererseits:

„Die Gruppenvertreter erschienen also vollzählig. Die zu einem Karree angeordneten Tische boten den Gruppen die Möglichkeit, sich brav je an eine der vier Seiten zu setzen. Ein paar Studenten, die zuhören wollten, mußten auf Fensterbänken und Heizkörpern Platz suchen.“ (Spitzer, *Elfenbeinturm*, S. 121)

Dritte Phase: Satirische Beschreibung der Sitzungsteilnehmerinnen und -teilnehmer, die dadurch mitsamt ihren hochschulpolitischen und wissenschaftlichen Anliegen lächerlich gemacht werden:

„Dies ist das Bild, das er sieht: Kollege A. hängt hinter jedes auf er endende Wort ein zweites oder drittes er er an, er beugt dann seinen Kopf tief übers Manuskript – die Zuhörer lachen nicht deswegen. Sie können mit dem Inhalt nichts anfangen, weil der Inhalt sie nicht interessiert. B., nervös schnaufend, wenn er vorträgt, rhetorisch perfekt. Je weniger gut vorbereitet er ein Seminar betritt, um so

¹² Vgl. Pierre Bourdieu: *Satz und Gegensatz. Über die Verantwortung des Intellektuellen*. Berlin: Wagenbach 1989, bes. S. 9-23

weniger Chancen haben die Teilnehmer, zu Worte zu kommen. Satz für Satz reiht er längstbekanntes aneinander, als sitze ihm der Leibhaftige im Nacken, als könne er diesen mit seinem Sprücheklopfen abschütteln. C., der klassische Typ des Gelehrten, in sich versunken, Augen nach innen, flink, die Zuhörer mit seinem Wissensschatz unterhaltend, in Panik versetzend. Kollegin D. trampelt auf dem Podest auf und ab, trampelt zur Wandtafel und zurück, hin und zurück. Keine Pause. Keinen Zweifel in der Stimme. Keine Satzzeichen. Eine wahrhaftige Lokomotive.“ (Urs Jaeggi, Brandeis, S. 86)

Vierte Phase: Die Darstellung der Sitzung erfolgt entweder als knallharter Machtpoker oder wiederum als Farce und kleinlicher Streit der Professoren bzw. der Fachkulturen. So wird zum Beispiel in Schwanitz Roman *Der Campus* ein Professor wegen sexueller Nötigung „geschlachtet“, um den Unipräsidenten nicht zum Rücktritt zu zwingen und dem ausgewiesenen Gremienhengst Bernie Weskamp zur Vizepräsidentschaft zu verhelfen. In Spitzers Roman *Elfenbeinturm* wird eine Sitzung des Fakultätsausschusses für Lehr- und Studienangelegenheiten – kurz „LuSt-Ausschuß“ genannt – ausführlich beschrieben, in welcher es um den Entwurf einer neuen Studien- und Prüfungsordnung geht – mit der ministeriellen Vorgabe der Straffung. Die Professoren versuchen alle darzulegen, daß ihre Spezialgebiete unverzichtbar seien, die Fachvertreter machen sich gegenseitig herunter, die Studierenden beschränken sich auf Johlen, Zwischenrufe und Lachen. In Zellers *Follens Erbe* ist es der Assistentensprecher, der unter dem Vorwand, gegen den ministeriellen Entwurf einer neuen Zwischenprüfungsordnung eine „konstruktive Abwehrfront“ bilden zu wollen, die Institutsangehörigen nicht nur auf die ministerielle Linie bringt, sondern sie auch noch dazu veranlaßt, „wider bessere Einsicht der Selbstbescheidung ihrer Rechte zuzustimmen“. (Zeller, *Follens Erbe*, S. 137-139)

Fünfte Phase: Das Ende der Sitzung, welches sich so lange hinzieht, bis entweder Beschlußfähigkeit besteht oder der harte Kern unter sich ist und ein Abstimmungsergebnis in seinem Sinne erzielen kann:

„Die Hitze des Raumes wurde schwer erträglich. Die Luft war mit Körperdunst und Schweiß geladen. Süßlicher blauer Zigarrenrauch schwebte darüber. Es war längst Abendbrotzeit. Die nichtwissenschaftlichen Vertreter, eine Laborantin und ein technischer Zeichner, hatten sich, eingedenk des kürzer werdenden Feierabends, schon früher verdrückt. Die Teilnehmer zeigten Erschöpfung. Gute Gründe, die Sitzung zu beenden ...“ (Spitzer, *Elfenbeinturm*, S. 126)

In fast allen Hochschulromanen gibt es Anlässe, eine Gremiensitzung mehr oder weniger detailliert und satirisch zu beschreiben. Daß bei der Wahl der stilistischen Mittel immer wieder die Farce und das Absurde bevorzugt werden, hat sicher nicht zuletzt etwas mit den Erfahrungen zu tun, die die meisten Autoren von Hochschulromanen sowie ihre der Hochschule angehörenden Leserinnen und Leser selbst bei realen Sitzun-

gen gemacht haben. Es liegt also fast auf der Hand, auch die Analyse solcher Rituale einmal entsprechend zu gestalten. In einer hochgradig satirischen Analyse des „akademischen Sitzungswesens“¹³, die aber vielfach den Kern der Sache trifft, werden Gremiensitzungen als zentraler Teil des Hochschulbetriebs bezeichnet.

*„Für den im Hochschulbereich tätigen Gelehrten... sei nicht mehr der Vorlesungssaal oder die Studierstube, sondern der Sitzungsraum der zentrale Ort seiner beruflichen Tätigkeit. Neben Forschung und Lehre sei als dritte tragende Säule des Hochschulbetriebs die Sitzung getreten, die nicht zuletzt zu einer differenzierten Verortung im Wissenschaftsbetrieb beitrage.“*¹⁴

Im weiteren Verlauf des Aufsatzes wird das „potentiologische Konzept der ‘Aufladung’“ des „Absurdologen Otto Wunderlich“ erläutert, mit dem dieser „eine überzeugende Erklärung der kaum faßlichen Dynamik des Sitzungsbetriebs“ geliefert habe. Das Konzept besteht aus „Wunderlichs Kette“ der Aufladung und Entladung: „Die Selbstdarstellung eines Sitzungsteilnehmers, die Entladung seiner Sitzungspotenz also, führt zu einer zusätzlichen Aufladung bei den anderen Sitzungsteilnehmern und damit zur Notwendigkeit weiterer Interventionen.“ Da Entladung und Aufladung sich bedingen, kommt es zu einer „potentiologischen Kettenreaktion – einem sitzungsbetrieblichen Perpetuum Mobile sozusagen“.¹⁵ Der erweiterte konzeptionelle Rahmen von „Wunderlichs Gleichung“ – dies als Erklärung der oben dargestellten fünften Phase – stellt „neben die positive Aufladung (Selbstdarstellungsbedarf)... die negative Aufladung (Langeweile, Ungeduld, Müdigkeit, anderer Termin). ‘Eine Sitzung endet dann, wenn die kumulierte negative Potenz die positive Potenz übertrifft.’ Mit anderen Worten: Eine Sitzung endet, wenn die Mehrheit der Teilnehmer keine Lust mehr hat oder zu einer anderen Sitzung muß.“ Schließlich gibt es noch den „Sitzungsrest“, d.h. die mit dem Ende oder dem Kollaps der Sitzung nicht entladene Potenz zur Selbstdarstellung, die zur Anberaumung der nächsten Sitzung führt.¹⁶

Solchermaßen ist der Sitzungsbetrieb selbst als Perpetuum Mobile charakterisiert. Der hier ausführlich zitierte Aufsatz endet mit der Auflistung einer Reihe von „Konferenztechniken“ und „Gegentechniken“, die

¹³ Otto Wunderlich (Hrsg.): *Entfesselte Wissenschaft. Beiträge zur Wissenschaftsbetriebslehre*. Opladen: Westdeutscher Verlag 1993. Hier besonders der Beitrag von Theodor O. Salbaderer: „Wunderlichs Sisyphus. Zum gegenwärtigen Stand der Sitzungsbetriebslehre“, S. 39-51

¹⁴ ebd., S. 42

¹⁵ ebd., S. 43

¹⁶ ebd., S. 44f.

„zu einer geordneten Gestaltung des akademischen Sitzungswesens im Sinne der kontrastiven Selbstdarstellung beitragen können.“¹⁷

Fast alle Aktivitäten an der Hochschule eignen sich für eine Ritualisierung. In den Hochschulromanen sind dies neben den Gremiensitzungen bevorzugt die Prüfung, der Festvortrag, die Lehrveranstaltung, Wahlen und Stellenbesetzungen. Im Vordergrund stehen dabei absurde Themen ohne Relevanz, die Austragung status- oder reputationsbezogener Differenzen, die Entlarvung von wissenschaftlicher Arbeit als Kungelei und Machtpoker von Versagern.

3. Stereotypen in Hochschulromanen

Neben den Arenen und Ritualen gehört zu den Ingredienzien eines Hochschulromans auch die Stereotypisierung der handelnden Personen. Insbesondere werden die Hochschulpräsidenten und die Lehrenden „bald gutmütig-humorvoll, bald böseartig-satirisch“¹⁸ aufs Korn genommen. Der Anglist Wolfgang Weiß hat in seiner historischen Skizze des anglo-amerikanischen Hochschulromans¹⁹ darauf hingewiesen, daß sich die verwendeten Stereotypen mit den historischen Veränderungen des Verhältnisses zwischen Hochschule und Gesellschaft ebenfalls verändern. „Solange das Bildungsideal eines durch Aneignung des kulturellen Erbes geformten Geistes, der frei von ökonomischen Interessen nach Erkenntnis strebt..., von der Gesellschaft als Ideal akzeptiert... wurde, solange erscheint vom akademischen Lehrer in der Literatur das jahrhundertalte Stereotyp vom weltentrückten Gelehrten.“

Als das Interesse an diesem literarischen Stereotyp mit den sich ändernden Funktionen der Hochschule zu verschwinden beginnt, „gerät der geisteswissenschaftliche Gelehrte in die Situation, vor sich selbst, vor seinen Studenten, vor der Administration der Universität und schließlich auch vor der Gesellschaft seine Tätigkeit und seine berufliche Existenz rechtfertigen zu müssen.“²⁰ Zwar gibt es ihn noch in den Hochschulromanen, den sprichwörtlichen ‘zerstreuten Professor’ oder den zurückgezogenen Gelehrten, der nur für seine wissenschaftliche Arbeit lebt, doch hat er mit dem universitären Leben nicht mehr viel zu tun. Dieses wird von politischen und ökonomischen Interessen und Konflikten bestimmt,

¹⁷ ebd., S. 46ff.

¹⁸ Wolfgang Weiß: *Der anglo-amerikanische Universitätsroman. Eine historische Skizze*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1988, S. 119

¹⁹ vgl. vorige Fußnote

²⁰ W. Weiß, a.a.O., S. 119f.

und Reputation ergibt sich weniger aus der Qualität der wissenschaftlichen Arbeit als aus der Zugehörigkeit zu den 'richtigen' Kreisen, der Pflege von Beziehungen, der Mitgliedschaft in Zitierkartellen, der Geschicklichkeit beim Einfädeln von Intrigen und der medienwirksamen Inszenierung öffentlicher Auftritte.

Entsprechend der in den Romanen dargestellten Korruption der Institution als solcher, erweisen sich die Lehrenden entweder als liberale und unschuldige Opfer sozialer bzw. politischer Repression oder als Verführer von Studentinnen. Ihre Beziehungen zur Hochschulverwaltung sind meist politischer und zu den Studentinnen häufig sexueller Art. Zwei Stereotypen eignen sich besonders für die satirische Verarbeitung im Hochschulroman: der Charismatiker und der Gremienhengst. Und während der klassische 'zerstreute Professor' allenfalls noch eine kleine Nebenrolle spielt, haben sich die 'Paradiesvögel' in den Hochschulromanen auf wundersame Weise vermehrt.

3.1 Der Charismatiker

Im Unterschied zu den anglo-amerikanischen Hochschulromanen ist der Charismatiker in deutschen Hochschulromanen eher selten oder nur ansatzweise vertreten. Sein Charakter und sein Schicksal unterscheiden sich jedoch kaum in diesem Genre. Er ist immer ein Mann – oft ein Hochschulpräsident –, er ist arrogant, zynisch, eitel, mit einem gehörigen Maß an persönlichem Ehrgeiz, und er scheitert fast immer. Die Wahl eines neuen Hochschulpräsidenten oder die Sicherung einer weiteren Amtszeit ist ein in Hochschulromanen beliebtes Thema, um die Gruppenuniversität ad absurdum zu führen und als „organisierte Anarchie“²¹ darzustellen, in der sich jeder selbst der Nächste ist. In der Figur des charismatischen Hochschulpräsidenten wird die spezifische Ambiguität der Hochschule als 'Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden' einerseits und als 'Organisation' andererseits fokussiert, wobei der Hochschulpräsident qua Amt die Organisation mit ihren Dimensionen der Öffentlichkeit, des Systems und der Politik repräsentiert, während er als Mensch Vertreter der Gemeinschaft ist mit ihren Dimensionen des Privaten, der Person oder Persönlichkeit und des Skandals. Seine symbolischen Strategien sollen Organisation und Gemeinschaft so weit wie möglich versöhnen sowie nach außen die Kohärenz der Institution sichern und nach innen die eige-

²¹ Vgl. dazu die berühmt gewordene Analyse von M.D. Cohen und J.G. March: *Leadership and Ambiguity: The American College President*. New York: McGraw-Hill 1974

ne Machtposition. Dazu ist ihm jedes Mittel recht, und dabei scheitert er fast immer – zumindest im Hochschulroman.

In *Der Campus* von Schwanitz fürchtet der Präsident – auch „großer Häuptling“ genannt – um seine Wiederwahl angesichts eines von der Presse aufgegriffenen Skandals der sexuellen Nötigung einer Studentin. In einer Lagebesprechung mit einigen Vertrauten soll die erforderliche öffentliche Stellungnahme und Distanzierung diskutiert werden:

„Wir können jetzt nicht mehr anders, wir müssen darauf reagieren. Sonst stellen die uns alle als chauvinistische Frauenschänder hin' Wenn es unangenehm wurde, redete der große Häuptling gerne von 'wir' und 'uns' und schloß sie alle mit ein. Wenn er Triumphe feierte, zog er die erste Person Singular vor.“ (Schwanitz, *Der Campus*, S. 279f.)

Um seine Wiederwahl zu sichern, sucht der Präsident nach einem Sündenbock und wendet sich dabei an Bernie Weskamp, den Gremienhengst par excellence: „Was sagen Sie dazu, wie stehen die Chancen, den Kerl zu finden und kunstgerecht zu schlachten?“ (S. 280) Natürlich hat Bernie das Schlachtopfer schon gefunden und es wird nach allen Regeln der Kunst der Presse zum Fraß vorgeworfen, auch wenn es nicht der Missetäter war, wie sich später herausstellt. Aber der betroffene Professor eignete sich für die Rolle des Opfers, und für Bernie springt ein Deal heraus. Mit Unterstützung des Präsidenten wird er für die Beschaffung des Schlachtopfers zum Vizepräsidenten gemacht.

Skrupellosigkeit und das Talent zum Lavieren zwischen den verschiedenen hochschulinternen Fraktionen und hochschulexternen Erwartungen und Anforderungen sind weitere wichtige Merkmale des Charismatikers. Die dabei erforderlichen Bauernopfer werden ohne große Umstände gesucht und gebracht. In Jaeggis *Brandeis* wird der fiktive Präsident der Bochumer Universität zur Zeit der Studentenbewegung – seine Magnifizenz Professor Rosenkopf²² – als Mann mit beträchtlichem Charisma und Potential zu Höherem dargestellt.

„Rosenkopfs Dackelaugen, die treugrauen Augen, der ständig leicht hängen-de Mund. Er fingert im Haar, streicht seine Locke zurück. Laßt uns die Vorfälle rational abwägen, sagt er, es gibt Lösungen. Auf dem Boden der Rationalität und der Effizienz.

Rosenkopfs Versprechungen: Versprechungen hier, Versprechungen dort. Er sagt diesen dies und jenen jenes. (...) Nichts Schriftliches, nur Angedeutetes, vage Versprechungen. Nichts endgültig festmachen, solange der fight läuft, in der

²² Realer Bochumer Universitätspräsident war seinerzeit Professor Biedenkopf, der heute Ministerpräsident in Sachsen ist. Jaeggi erlebte die Handlungszeit seines Romans gleichfalls an der Bochumer Universität. Das Buch gilt als Schlüsselroman. Insofern ist eine der am Ende des oben folgenden Zitats wiedergegebenen Reflexionen tatsächlich eingetroffen.

Schwebe halten, und erst im Notfall, wenn es anders nicht geht, erst dann sich auf die Seite der Stärkeren stellen. Taktieren und Lavieren. Auf den Sieger setzen ...

Magnifizenz wäscht seine Hände in Unschuld. (...) Ich mußte eingreifen lassen. Mir blieb keine andere Wahl, obwohl ich es bedaure, jawohl bedaure. (...)

Autorität ist wichtig, sagt Magnifizenz, geradezu entscheidend. Fachautorität! Menschliches Verständnis! Das suche doch die heutige Jugend. Das Vorbild. Das Leitbild. Wo kämen wir hin, wenn wir auf all das eingehen würden, auf die Zumutungen der Studenten. (...)

Man kann sich Rosenkopf vorstellen: als Firmenchef. Er könnte Generalsekretär einer Partei sein, Minister, Ministerpräsident, Bundeskanzler? Er bringt es weit, er wird es weit bringen, sagen die Kollegen. Als Fachmann für alles... Glänzend, ganz glänzend. Intelligent, zugriffig, arrogant, eine komische Arroganz, die man ihm, seiner Größe wegen, nie voll abnahm, trotz der bedeutungsschweren Stimme. Rosenkopf als Angeber, als Aufgeplusterter und all dies subtil, manchmal fast sympathisch – das ja, das auf jeden Fall.“ (Jaeggi, Brandeis, S. 93-96)

Auch in den Hochschulromanen ist ein Hochschulpräsident immer wieder zu unpopulären Maßnahmen gezwungen. Das Charisma erweist sich daran, wie gut der Amtsinhaber in der Lage ist, seine Maßnahmen als für das Wohlergehen, gar Überleben, und die Kohärenz der Institution erforderlich und durch äußere Umstände oder Krisen erzwungen hinzustellen. Dabei muß er jedoch immer auch seine menschliche Seite zeigen, das Bedauern über die eigenen unpopulären Maßnahmen betonen und das Gemeinwohl über das Wohl von Einzelnen stellen. Aber, wie bei Schwanitz deutlich wird, hat er – zumindest im Roman – in der Regel einige Verbündete oder Vertraute, die die unpopulären Maßnahmen für ihn durchsetzen, damit er in seinem Amt nicht gefährdet wird. Der Preis ist Erpreßbarkeit, an der er meist in einer der nächsten Krisen scheitert.

Im Hochschulroman überleben nur die wenigsten Hochschulpräsidenten und Charismatiker ihr Amt ohne Flecken auf der Weste. In den als Krimis gestalteten Hochschulromanen kostet es sie häufig das Leben. Die Aufklärung des Mordfalls ergibt das Bild des Charismatikers als schillernde, widersprüchliche, umstrittene und teils korrupte Figur, mit heimlichen Lastern und vielen Feinden. So spiegelt sich im Bild des Charismatikers an der Hochschule, wie er in den Hochschulromanen präsentiert wird, das generelle Stereotyp wider, mit dem in der Wirklichkeit charismatische Persönlichkeiten häufig konfrontiert sind: trotz aller Bereitschaft, ihnen zu folgen, ist immer auch ein gewisses Mißtrauen vorhanden, versuchen Neider, sie zu Fall zu bringen, und gibt es bei ihrem Fall immer ein beträchtliches Maß an Schadenfreude oder sogar Triumph.

3.2 Der Gremienhengst

Eine in deutschen Hochschulromanen unverzichtbare Figur ist der Gremienhengst. Wie die sprichwörtliche Spinne im Netz, hält er alle Fäden in der Hand. Bei ihm laufen die Informationen zusammen, die er zu seinem Vorteil zu nutzen weiß. Er ist nach außen hin verbindlich und insgeheim hochgradig manipulativ. Seine Rolle ist es, eher im Hintergrund zu bleiben und Intrigen zu spinnen. Darüber hinaus ist er ein routinierter Ausschußvorsitzender und Diskussionsleiter und hat zumeist seine wissenschaftliche Arbeit weitgehend zugunsten der Gremienarbeit und Kontaktpflege mit nützlichen Personen innerhalb und außerhalb der Universität aufgegeben. Daher sind Gremienhengste typischerweise Assistenten, die ihre Habilitation nie abgeschlossen haben und deren Verträge auf wundersame Weise immer wieder verlängert wurden.

In Zellers *Follens Erbe* ist es der Sprecher der Assistentenkonferenz, Dr. Dieter Dollhopf, der die anwesenden Kolleginnen und Kollegen – „sitzungsroutiniert“ und „stirnwärts feucht verspeckt“ – dazu bringt, einer verschärften Zwischenprüfungsordnung nach den Vorgaben des Ministeriums zuzustimmen, obwohl er ihnen dieses Ziel zunächst als Strategie des „präventiven Unterlaufens“ und später als Strategie der „konstruktiven Abwehrfront“ verkauft.

„Als Dollhopf spürte, wie die Kollegen auf seinen Kurs einschwenkten, verlangte er umgehend eine Abstimmung, um, wie er sagte, bei den anstehenden Auseinandersetzungen mit dem Ministerium ein Mandat in den Händen zu haben, mit dem sich allenfalls wuchern lasse. Der Entscheid für Dollhopf war einstimmig.“ (S. 139)

Der bereits mehrfach erwähnte Bernie Weskamp aus Schwanitz' Roman *Der Campus* ist ein Strategie par excellence, bei dem alle möglichen Informationen zusammenlaufen, die er dann in den Gremiensitzungen zu seinem persönlichen Vorteil oder im Sinne seiner Politik auszunutzen weiß. Dabei ist er nicht Teil einer Fraktion, sondern eher Einzelkämpfer im Dschungel der Gruppen- und Massenuniversität und hängt seine Fahne in jeden Wind, der ihm Vorteile verspricht.

„Bernie hatte sich nämlich eine Strategie für die heutige Präsidialsitzung zurechtgelegt. Dabei ging er davon aus, daß der Präsident verlangen würde, den Clauditz-Fall weiterzuverfolgen, und daß Seidel und Matte davon abraten würden. Schmale verhielt sich in solchen Kontroversen in der Regel neutral, denn er mußte später mit beiden Parteien weiterarbeiten und wollte deshalb vermeiden, es sich mit einer von beiden zu verderben. Am Anfang wollte Bernie selber sich ebenfalls zurückhalten, und erst, wenn der Präsident umzufallen drohte, wollte er ihm beispringen. Er versprach sich davon um so größere Dankbarkeit.“ (S. 276)

Diese Beispiele mögen genügen, um das zugrundeliegende Stereotyp zu verdeutlichen. Um in der Hochschule zu überleben oder gar Karriere zu machen, ist weniger die wissenschaftliche Arbeit von Bedeutung als das Talent zum Tricksen und Austricksen, das Sitzfleisch für die endlosen Gremiensitzungen und Besprechungen sowie das diplomatische Geschick, allen nach dem Mund zu reden und am Ende jeden gegen jeden auszuspielen, um sich dadurch selbst in die bestmögliche Position zu bringen.

3.3 *Paradiesvögel und andere*

Aber der Hochschulroman lebt nicht allein von den Intrigen und Machtpokern der Charismatiker und Gremienhengste. Auch die Figuren mit Nebenrollen werden als Stereotypen und Karikaturen dargestellt. So leistet sich fast jede Hochschule wenigstens einen Paradiesvogel und meist gleich mehrere, mal mehr mal weniger ausgebrannte Professoren, die entweder nur noch so tun, als wären sie produktiv, oder sich ganz auf das Bücherschreiben konzentrieren und die Lehre und Verwaltungsarbeit lieber ihren Assistenten überlassen. Gerade unter den Professoren dieses Typs sind die Feindschaften mit ihren Kollegen, und insbesondere mit den Paradiesvögeln, umso ausgeprägter, je weniger Erfolg und öffentliche Anerkennung ihnen selbst zuteil wird. Ein Beispiel für den ausgebrannten und unproduktiven Professor, der jedoch bis zur Pensionierung und am besten noch darüber hinaus zäh an seinem Lehrstuhl und seinen Privilegien festhält, findet sich in Thea Dorns Hochschulkrimi *Berliner Aufklärung*. Eine Doktorandin, deren Doktorvater ermordet wurde – „in vierundfünfzig Teile zerlegt, in Gefrierbeutel verpackt und gleichmäßig auf die vierundfünfzig Postfächer des Philosophischen Instituts an der Universität Berlin verteilt“ (S. 6) –, kommt zu dessen universitärem Gegenspieler in die Sprechstunde, um ihn zu bitten, die Betreuung ihrer Doktorarbeit zu übernehmen.

„Das Zimmer Professor Wogners lag unter undurchdringlichem Pfeifenqualm. Luft war als solche nicht mehr auszumachen. An den Wänden reiheten sich die obligaten Regale im Unieinheitsdesign, aus denen Bücher, Noten und alte Zeitungen auf den Fußboden quollen. Neben der Tür hing ein vergilbtes Konzertplakat ‚Luigi Nono: Fragmente – Stille‘.

Professor Hinrich Wogner selbst saß klein und verloren am hinteren Ende des Raumes. Kurz blickten seine dunklen Vogelaugen hinter den verrutschten Brillengläsern in Richtung Anja, dann glitten sie wieder über die Klaviertastatur ins Ferne. Wogner war alt geworden – ein zusammengesunkenes, zerzaustes Küken mit ergrautem Flaum.“

Wagner reagiert auf den Besuch ungehalten, fühlt sich in seiner Arbeit gestört und „wertvoller, da vielleicht letzter Momente der Inspiration“ beraubt. Im übrigen betrachtet er die Sprechstunde „als eine der letzten Verfallsformen akademischen Lebens“, die „am Ende ihrer Geschichte... in den Kultus des Audienzhaltens“ umschlägt. Als Wagner das Anliegen der Studentin hört, erwidert er: „Wie? Sie arbeiteten bei diesem Herrenmensch-Ideologen?“ (S. 77f.)

Der Professor, vom Pfeifenqualm ebenso vergilbt wie das Konzertplakat, weigert sich natürlich, die Doktorandin zu akzeptieren. In geschraubtem Stil, die idiosynkratische Satzstellung Adornos imitierend, weist er, der Professor für Musik-Ästhetik, ihr die Absurdität ihres Themas nach – „eine Verirrung, die nur philosophische Scharlatane akzeptieren werden“ (S. 80) –, während vom ihm selbst seit Jahren nichts anderes zu hören ist als ‘Fragmente und Stille’. Die geschraubte Rede und die Ablehnung des Kollegen, die dessen Studenten und Doktorandinnen miteinschließt, soll nicht nur die eigene Unproduktivität übertünchen, sondern vor allem die intellektuelle Distanz zementieren, die den Ermordeten als ‘Scharlatan’ abtut, obwohl dieser ihm nun nicht mehr gefährlich werden kann. Um die Satire auf die Spitze zu treiben, geht es bei dem abgelehnten Dissertationsthema um „eine Untersuchung zu den Begriffen der ‘Notwehr’ und der ‘Rache als zeitlich verschobener Notwehr’“ (S. 78f.). Letzteres wird von Wagner – zumindest in seinen verbalen Auslassungen – exemplarisch und in Reinkultur praktiziert, natürlich ohne daß er es selber gewahr wird. Er repräsentiert solchermaßen den Typus des gescheiterten Intellektuellen, der jedoch sein Scheitern nicht einmal vor sich selber zugeben mag und damit nur noch eine Rolle spielt, für die niemand mehr eine Verwendung hat.

Die Feindschaft zwischen einem zurückgezogenen Gelehrten, der nur für das Schreiben seiner Bücher lebt, und einem professoralen Medienstar, der seine Wissenschaft populistisch an die Öffentlichkeit zu bringen weiß, wird in Händlers Roman *Kongreß* dargestellt. Sowohl der Gelehrte als auch der Medienstar sind Direktoren zweier philosophischer Institute an derselben Hochschule, die nun im Zuge von Sparmaßnahmen zusammengelegt werden sollen. Unklar bleibt, wer das neue Institut leiten soll. Zunächst äußert der Assistenzprofessor am Institut des Gelehrten seine Bedenken über die wissenschaftliche Seriosität des Medienstars namens Sonnabend und die von ihm zu erwartende Institutspolitik.

„Sonnabend in Tageszeitungen, Sonnabend in Wochenzeitungen, Sonnabend in Nachrichtenmagazinen, Sonnabend im Fernsehen. Kant hat gesagt, Hegel würde formulieren, Schopenhauer wäre der Auffassung, Nietzsche würde entgegenhalten, im Geiste Burckhardts gesprochen... Aber kein Sonnabend in Fachzeitschriften und kein Sonnabend auf Fachkongressen. Er ist aufgeklärt konserva-

tiv, und er ist christlich. – Sie dürfen den Einfluß der Kirche auf die Besetzung unserer Lehrstühle nicht unterschätzen. – Wenn die beiden Institute zusammengelegt werden, wird er alle Stellen mit seinen Zöglingen besetzen, mit Leuten, die genau wie er über alles und überall schreiben.“ (S. 15)

Dann formuliert der Gelehrte, dessen wissenschaftliches Spezialgebiet – Logik – sich im Verlaufe der Jahre auf eine Weise in Abstraktionen verloren hat, daß niemand seine theoretischen Abhandlungen mehr nachvollziehen und verstehen kann, den Kontrast zwischen sich und dem Medienstar als unversöhnlichen Gegensatz zweier Auffassungen von Wissenschaft und ihrer Vermittlung in der Lehre, wobei natürlich die Arbeit des Gegners als völlig unwissenschaftlich denunziert wird:

„In Sonnabends Augen bin ich eine Art Ingenieur. Er verachtet mich und ich verachte ihn. Es gibt nichts, worüber ich mich mit ihm einigen könnte. Bei mir kämen seine Assistenten nicht einmal durch die Magisterprüfung. (...) Er rät seinen Studenten vom Besuch der Grundkurse an meinem Institut ab. Meine Grundkurse machten sie voreingenommen. Das ist richtig. Meine Logikkurse machen die Studenten voreingenommen gegen seine Begriffsschluderei. Sonnabend hat den Erfolg in der Öffentlichkeit, weil er die Stellung innehat, von der die Öffentlichkeit meint, sie sei der Lohn für den Erfolg in der wissenschaftlichen Gemeinschaft, und er hat die Stellung, weil die Narren im Ministerium – sie sind nur Demokraten! – meinen, der Erfolg in der Öffentlichkeit sei nicht denkbar, ohne den Erfolg in der wissenschaftlichen Gemeinschaft.“ (S. 35)

Im Unterschied dazu sieht sich der Gelehrte selbst als jemand, der immer der wissenschaftlichen Arbeit verpflichtet war und dies weiterhin ist:

„Ich habe mich nicht dahin gedrängt, wo ich jetzt bin. Ich habe immer nur gearbeitet. Ich bin auf den Lehrstuhl berufen worden, damit ich weiterarbeite. Ich habe auf nichts und niemanden Einfluß genommen, um dahin zu gelangen, wo ich jetzt bin.“ (S. 36)

Ähnlich wie Professor Wogner bemerkt auch der Gelehrte, trotz seiner Spezialisierung im Bereich der Logik, seine eigene Unlogik nicht, weil die Verachtung ihn blind dafür macht. Die Relevanz und Bedeutung der eigenen Arbeit stellt sich ausschließlich über die Quantität der Arbeit und allenfalls noch über die ‘scientific community’ her. Wer seine wissenschaftlichen Ergebnisse der Öffentlichkeit verständlich macht, ist allenfalls ‘Demokrat’, nicht aber Wissenschaftler. So schließen sich wissenschaftliche Arbeit und demokratisches Verhalten in den Augen des Gelehrten aus, die Funktion der wissenschaftlichen Arbeit ist wissenschaftliche Arbeit, mit anderen Worten ‘l’art pour l’art’. Das Ideal der Zweck- und Interessenfreiheit verdeckt entweder die Verantwortungslosigkeit des Gelehrten oder die Irrelevanz seiner Arbeit. Auf diese Weise werden gleich zwei Stereotypen exemplarisch reproduziert: die Universi-

tät als Elfenbeinturm und die wissenschaftliche Arbeit in Einsamkeit und Freiheit.

Zwar zählt auch der Medienstar zu den Paradiesvögeln, doch gibt es noch eine andere Sorte, die zumindest den Kollegen weniger gefährlich erscheint, weil sie sich sozusagen außer Konkurrenz befindet. Einer von dieser Sorte soll hier noch vorgestellt werden.

„Jedes Fach hat seinen Paradiesvogel. Es ist ein Amt, das, offiziell nicht ausgeschrieben wird, keine äußerlichen Machtinsignien kennt und das mit fachlichen Verdiensten allein noch niemals errungen wurde. (...) Zu der Zeit, als Buchwald an der Universität Winkeln zu lehren begann, duldeten es keinen Zweifel, daß in der Literaturwissenschaft Professor Curd Schäfel den schwer zu qualifizierenden Posten des Paradiesvogels bekleidete. (...) Curd Schäfel verfolgte eine schlagend simple Strategie, die ihn zum Matador in der Provinz befähigte: er weigerte sich kompromißlos zu veröffentlichen. Ob Doktorarbeit, ob Habilitationsschrift: nie war ein Druckexemplar einem Leser unter die Augen geraten.

Gerade in dieser Grauzone seines Bildungsweges nistete Schäfels Charisma. Die mannhafte Enthaltensamkeit beim Veröffentlichen festigte und mehrte sein Renommee vor Ort. Legenden umwoben seinen Namen. Keiner der Betroffenen ... wußte so recht zu sagen, ob er mehr Schäfels Bescheidenheit oder seine Klugheit bewundern sollte, seine Erkenntnisse nicht publik zu machen. (...) Selbst der nüchternste Kopf mußte sich eingestehen: dieser Schäfel schillerte entschieden.

Immer wieder hatte der Neuling Buchwald den 'Classischen Cuddel' von Studenten rühmend hören, wie Curd Schäfel wegen seines Spezialistentums für das Werk Friedrich Schillers genannt wurde, ohne daß einer ihm je mitteilen konnte, worin seine Verdienste im einzelnen bestanden.

So besuchte Buchwald, neugierig geworden auf den Paradiesvogel, eine Vorlesungsstunde Schäfels, die wie bereits seit Jahren der Schillerschen Ästhetik galt. Schon beim ersten Augenschein bekam Buchwald einen Zipfel des Numinosen zu fassen, das knapp über Schäfels Scheitel saß. Der Mann auf dem Katheder mied peinlich alles Professorale. Er gab wohl inszeniert den Part eines Künstlers. (...)

Der Blickfang beim Classischen Cuddel aber war sein breiter, mit langen Raucherzähnen bestückter Mund, von dem er ausgiebig Gebrauch machte zu einem wiehernenden Lachen. Nein, man mußte es Gelächter nennen. Hell unterbrach es immer wieder seinen Vortrag. Es sprang unversehens als trompetenhafte Parenthese aus der belegten Lesestimme oder ließ die abstrakten Sätze Schillers am Ende in sich auskollern. Dieses Gelächter gab der Rede Schäfels eine unbestimmbare zweite Dimension.

Buchwald, der sich freiwillig auf die Schulbank zurückversetzt hatte, fiel bald auf, daß Schäfel sein Gelächter gezielt als rhetorisches Mittel einsetzte. Der Vortrag war fachlich korrekt und fundiert. Man merkte schon, daß der Classische Cuddel seit mehr als dreißig Jahren ununterbrochen die gleichen Bücher las. Und doch geriet seine Rede immer wieder ins Stocken, zerfranzte sich der Sinn, verloren die Worte sich ins Vage, Mehrdeutige – aus dem Schäfel sie mit seinem jugenhaften Glockenlachen wieder zurückholte, um sie in einem neuen Anlauf umzustellen. Gerade dies glaubte Buchwald dann als die eigentliche Botschaft zu erkennen, womit Schäfel das dicht gedrängte Auditorium im größten Hörsaal der Universität in Bann schlug.“ (Zeller, Follens Erbe, S. 91ff.)

Mit der Veröffentlichung eines kleinen Gedichts gelingt dem 55jährigen Schäfel schließlich die Publikation seines Erstlingswerks – „mit der Reife eines Spätwerks hingeworfen“ (S. 107) –, woraufhin er sich an eine andere Universität bewirbt, den Ruf erhält, jedoch lohnende Bleibeverhandlungen führt, die es ihm am Ende ermöglichen, mit höheren Bezügen seine Paradiesvogel-Existenz in Winkeln fortzuführen. Im Unterschied dazu scheitert der kritische Assistent Buchwald an der Hochschule, indem er aus nichtigem Anlaß, aber gezielt lanciert, in den Verdacht des Sympathisantentums mit der Roten Armee Fraktion gerät und so unter Druck gesetzt wird, daß er am Ende die Hoffnung auf eine Hochschulkarriere aufgibt.

Das Fazit, daß sich aus den in den Hochschulromanen präsentierten Arenen, Ritualen und Stereotypen ziehen läßt, wirft ein schlechtes Bild auf die Hochschule und die Lehrenden. Die Institution scheint bevölkert mit menschlichen wie wissenschaftlichen Versagern, die sich gegenseitig verachten und bekämpfen – bis hin zum Mord –, während die Figur des kritischen Intellektuellen, der gute wissenschaftliche Arbeit leistet und sich um seine Studierenden bemüht, die fortwährenden Intrigen und Machtkämpfe nicht übersteht und entweder aus der Hochschule hinausgedrängt wird oder von selber geht.

4. Ausblicke?

Nach Hague²³ ist die Tatsache, daß in Hochschulromanen die Professoren zumeist als Karikatur ihrer selbst auftreten, ein Zeichen für den Verlust ihrer Identität. Die von den literarischen Figuren mehr schlecht als recht gespielte Rolle des Professors verstärkt die stereotype Wahrnehmung des Professors durch jene, die sich außerhalb der Hochschule befinden, und bekräftigt gängige Klischees und Vorurteile. Darüber hinaus kontrastieren die Formen hochschulischer Gelehrtheit und wissenschaftlicher Ideale mit ihrer subjektiven Brauchbarkeit in der Praxis, wobei die Fülle der zum Jargon verkommenen Begriffe die Objekte kleiner werden läßt, bis die Wirklichkeit zu nichts zerronnen ist.²⁴ In vielen Hochschulromanen wird dies von den Studierenden schnell erkannt, während derselbe Erkenntnisprozeß bei den Lehrenden kaum stattfindet oder sehr viel langsamer vonstatten geht und in der Regel mit einer einschneidenden Identitätskrise verbunden ist.

²³ Angela Hague: „The Academic World in Modern Literature.“ In: *Midwest Quarterly*, 26. Jg., Nr. 2, 1985, S. 171-187

²⁴ vgl. Dieter Arendt: „Der Gelehrte im Spiegel der Literatur.“ In: *Stimmen der Zeit*, Nr. 104, 1979, S. 677-688

Habitus und Fachkulturen spielen bei der Stereotypenbildung eine wichtige Rolle. Dabei geraten die literarischen Figuren zu Karikaturen, die keine klare Vorstellung von und keinen Kontakt mit der Wirklichkeit haben. Die universitären Disziplinen werden meist als Pseudo-Wissenschaften, die Lehre als leeres Gerede und Jargon entlarvt. So wird das Bild der Hochschule als 'Elfenbeinturm' perpetuiert, in dem auf Lebenszeit verbeamtete Versager die Macht haben. Die Figur des kritischen Intellektuellen, oft der Ich-Erzähler in den Romanen, scheitert an der Institution und den in ihr dominierenden Machtverhältnissen – und schreibt allenfalls noch einen Hochschulroman. Die in der Institution Überlebenden sind zumeist ausgebrannte und unproduktive Professoren, die Gremienhengste als Strategen des Beziehungsgefüges der Macht, der eine oder andere ungefährliche Paradiesvogel und – zumindest temporär – der virtuos mit allen inneren und äußeren Fraktionen und Interessengruppen umgehende Charismatiker. Letztlich haben sie alle die mit der Institution bzw. der Wissenschaft verbundenen Ideale verraten, so daß sich vielleicht der heutige Hochschulroman als moderne Variante der leidenschaftlichen Klage und Anklage Julien Bendas über den *Verrat der Intellektuellen* (1927) erweist.²⁵

Auch Günter de Bruyn kommt in seinem Roman *Preisverleihung*, einer Kritik des Hochschul- und Kulturbetriebs in der DDR, zu einem ähnlichen Schluß:

„Er sah ein Ideal und kam nicht heran, kam nur von einem Vorzimmer ins andere. Später, als er merkte, daß sein Durst nach Anerkennung anders leichter zu stillen war, machte er es sich leichter. Er suchte nicht mehr nach Worten, er hatte Schablonen parat, mit deren Hilfe sein Stil sauberer, glatter, flacher und eintöniger wurde. Und mit dem Stil wurden es seine Beobachtungen und Gedanken.

Die Becher der Anerkennung, die er leeren durfte, wurden größer, aber die Fässer, die er sich gewünscht hatte, wurden nicht daraus. Er war klug genug, um zu wissen, daß die schon zu lange benutzten Schablonen schuld daran waren. Aber er war schon zu träge (zu alt, sagte er), um sie auszuwechseln, hatte aber noch genug Energie, um sie anderswo zu verkaufen, beim Film, beim Funk, beim Fernsehen. (...) Das Verlangen nach dem Ruhm eines Bücherschreibers war vergessen wie ein Knopf, der unters Bett gerollt ist. Lohnte es, sich abzuarbeiten, nur damit ein paar tausend Menschen seinen Namen kannten und sich deshalb anmaßten, über ihn zu urteilen? Leichter war es, sich überall sehen zu lassen, immer mitzumachen, jeder Einladung zu folgen, dafür zu sorgen, daß einige wichtige Leute nur Gutes über ihn sagten, und sich von denen fernzuhalten, die in Ungnade gefallen waren.

Damit war sein Verhältnis zu den Menschen in ein drittes Stadium getreten.

²⁵ Julien Benda: *Der Verrat der Intellektuellen*. Paris: Grasset 1927. Neuausgabe: Frankfurt a.M./Berlin/Wien: Ullstein 1983

Im ersten hatten nur Sympathie und Antipathie entschieden. Im zweiten waren alle Leute im Hinblick auf künftige Bücher in interessante und uninteressante Charaktere eingeteilt worden. Jetzt fragte er nur noch nach ihrem Einfluß, den er eventuell für sich nutzen konnte.“ (S. 91)

Verwendete Hochschulromane:

- Bürger, Eric: *Lass uns einen besseren Ort suchen*. Frankfurt/M.: Fischer 1992
de Bruyn, Günter: *Preisverleihung*. Halle, Leipzig: Mitteldeutscher Verlag, 1972 und Frankfurt/M.: Fischer, 1993
Dorn, Thea: *Berliner Aufklärung*. Frankfurt/M.: Rotbuch, 1994
Händler, Wilhelm: *Kongreß*. München: dtv, 1996
Jaeggi, Urs: *Brandeis*. Frankfurt/M.: Fischer, 1981
Schwanitz, Dietrich: *Der Campus*. Frankfurt/M.: Eichborn, 1994
Spitzer, Hartwig: *Elfenbeinturm*. Frankfurt/M.: Fischer, 1993
Stengl, Britta: *Stiftlingen*. Tübingen: Klöpfer & Meyer, 1997
Walser, Martin: *Brandung*. Frankfurt/M.: Suhrkamp 1987
Zeller, Michael: *Follens Erbe*. Bad Homburg: Oberon, 1986

Das Outfit der Wissenschaft...

**Sabine Besenfelder &
Renate Föll**
Tübingen

... so lautete der Titel einer Ausstellung, die von einer Projektgruppe am Ludwig-Uhland-Institut (LUI) für Empirische Kulturwissenschaft der Universität Tübingen erarbeitet wurde.¹

Doch zunächst – ein Blick in die Mensa: Der Birkenstockträger mit jugenhaftem Gesicht und südamerikanischem Wollpulli, der sich da gerade einen Salat holt ... sicher ein Biologe ... und der da hinten, mit frisch gebügeltem Hemd und Handy am Gürtel, frisch gegeltem Haar und zielstrebigen Schritten ... der studiert doch bestimmt Jura oder wenigstens BWL ... und die da links, mit den lila gefärbten Haaren und den Ringelstrumpfhosen, die über dem vegetarischen Essen nicht aufhört zu diskutieren ... gewiß eine Sozialpädagogin ... Wird man, was man studiert? – Oder studiert man, was man ist?

Theoretische Vorüberlegungen

Ziel unseres Projekts war der Vergleich verschiedener Fachkulturen an der Tübinger Universität. Die Bezeichnung *Fach-Kulturen* resultiert aus der Überzeugung, daß Wissenschaft – wie alles soziale Tun – nicht in zweckrationalem Denken und Handeln aufgeht, sondern immer auch symbolische Praxis ist, in der sich Wertmaßstäbe und Sinngebungen ausdrücken. Wer sich in eine Wissenschaft, in ein einzelnes Fach einarbeitet, wird nicht nur in bestimmte Wissensbestände, sondern auch in einen sozialen Habitus eingeführt, wird enkulturiert. Diese Enkulturation umfaßt nicht allein Lehrkultur und Lernorganisation, Diskussionsstil und Problemlösungsstrategien, sondern auch Geschmackspräferenzen bei Kleidung, Essen, Wohnungseinrichtung. All diese sind abhängig von der ge-

¹ Der vorliegende Artikel stützt sich vor allem auf den Katalog zur Ausstellung: Das Outfit der Wissenschaft: Zur symbolischen Repräsentation akademischer Fächer am Beispiel von Jura, Botanik und Empirischer Kulturwissenschaft. Tübingen 1998. Erhältlich im Buchhandel oder über: Tübinger Vereinigung für Volkskunde, Schloß, 72070 Tübingen.

sellschaftlichen Position des Faches wie auch der – mehr oder minder eng – zugehörigen Berufskultur. Sie spielen also auch in der inneruniversitären hierarchischen Ordnung eine Rolle und sind Instrument und Ergebnis einer Rangkonkurrenz, wie sie schon Kant im ‘Streit der Fakultäten’² dargestellt hat.

Untersuchungsfelder und -methode

Wir wählten drei Untersuchungsfelder: das Fach Jura als vielleicht das klassischste, prestigeträchtigste und traditionsreichste überhaupt; die Botanik als Vertreterin der zweiten Kultur, der Naturwissenschaften (auch deshalb, weil das ursprünglich gewählte Fach Biologie mehrere Disziplinen umfaßt) und schließlich das eigene Fach, die Empirische Kulturwissenschaft (EKW), als Vertreterin der dritten und jüngsten Kultur an der Universität, der Sozialwissenschaften.

Da unser Hauptziel eine Ausstellung war,³ konzentrierten wir uns auf das äußere Erscheinungsbild der Fächer, auf ihr ‚Outfit‘: die Kleidung von Studierenden und Lehrenden an den Instituten, portable Arbeitsmittel, die an die Universität mitgebracht werden, sowie universitäre Räume und Raumausstattungen. Die Überlegung war: Wenn sogar bei diesen Äußerlichkeiten des Wissenschaftsbetriebs, trotz Zufällen (bei der Raumzuteilung) und individuellsten Neigungen (bei der Kleidung), fachspezifische Merkmale nachzuweisen sind, dann wären Existenz und Prägekraft des Fachhabitus umso mehr bestätigt.

Mit halbstandardisierten Interviews, einer standardisierten Fragebogenaktion und Beobachtungen (mit Beobachtungsprotokollen, Fotodokumentationen und Bestandszählungen) näherten wir uns unserem Feld in nach Fächern getrennten Untersuchungsgruppen – ausgestattet mit einer eigenen ‘Supervisionsgruppe’ zur Selbstkontrolle.

Einige der Ergebnisse der ‘Raumgruppe’ und unser Resümee, das versucht, die erstellten Fachprofile zusammenzufassen, wollen wir im folgenden präsentieren.

² Kant, Immanuel: Der Streit der Fakultäten. In: Ders.: Werke XI, hg. von Wilhelm Weischedel. Frankfurt/Main 1964, S. 279-300.

³ Sogenannte ‘Projekte’, die nach der theoretischen Vorarbeit und der empirischen Untersuchung zumeist sowohl Konzeption und Realisierung einer Ausstellung als auch die Erstellung einer Broschüre zum Ergebnis haben, sind in der Empirischen Kulturwissenschaft in Tübingen verpflichtender Bestandteil des Hauptstudiums und dauern meist drei Semester.

Der Raum als ein System von Zeichen

Ausgangspunkt der Raumgruppe war die Überlegung, daß Räume nie ausschließlich funktional sind, sondern ihre besondere Sprache, ihr eigenes Vokabular haben, daß sie Bedeutungen organisieren und darüber in Beziehung zu ihren Bewohnern und Nutzern treten.⁴

Paläste, Kirchen, Amtsgebäude, Fabriken oder Reihenhäuser – sie alle können als System von Zeichen angesehen werden: Zeichen, die Offenheit oder Distanz signalisieren, die auf innere Hierarchien oder auf egalitäre Strukturen hinweisen. Diese Zeichen werden gleich einem Text von jedem von uns tagtäglich gelesen, und ihre „Weisungen“ werden von uns befolgt: Machen uns lange, hallende Amtsflure ängstlich und demütig, lädt eine intime Sitzecke zum Verweilen oder lassen himmelhoch strebende Sakralbauten ein Gefühl der Ehrfurcht in uns aufkommen – dann hat die Kommunikation funktioniert. Besonders eng und wiederum wechselseitig muß folglich die Beziehung zwischen Räumen und den Menschen sein, die einen Großteil ihrer Zeit in ihnen verbringen. Unsere Untersuchung sollte den Zusammenhang zwischen den räumlichen Arbeitsbedingungen der Wissenschaft und der wissenschaftlichen Arbeit selbst aufdecken und ihn präzisieren. Sieht man einem Seminarraum an, ob in ihm Jura, Botanik oder Empirische Kulturwissenschaft betrieben wird? Gibt es einen ‘typischen Juristenflur’, ein ‘typisch botanisches’ Schwarzes Brett, ein ‘typisches EKW-Professorenzimmer’?

Annäherung an die Räume

Nachdem wir uns zunächst mit der jeweiligen Gebäudegeschichte befaßt hatten, betrachteten wir die Verortung der drei zu untersuchenden Institute im Stadtbild Tübingens aus der Vogelperspektive: Das Juristische Seminar, das Botanische Institut und das Ludwig-Uhland-Institut liegen in ganz verschiedenen Stadtteilen. Prägnant benennt ein britischer Reiseführer von 1990 den Lokalgeist der drei Tübinger Stadtareale:

„The university is now in three parts – the big new science campus on the hill north of the town; the main faculty area around the Wilhelmstrasse northeast of the centre; and the ancient kernel above the Neckar.“⁵

Erstaunlich, wie diese Quartiereinteilung mit dem Innenleben und dem vermuteten Fachhabitus der jeweiligen Institute korrespondiert: *New*

⁴ Vgl. Friese, Heidrun/Wagner, Peter: Der Raum des Gelehrten. Eine Topographie akademischer Praxis. Berlin 1993, hier S. 74.

⁵ Ardagh, John: Exploring Rural Germany. London 1990, S. 112.

und *on the hill*: die Naturwissenschaft; *main* und beim *centre*: die Juristen; in alten Gemäuern (*ancient*), vom mainstream entfernt: die EKW, vormals „Deutsche Altertumswissenschaft, Volkskunde und Mundartenforschung“.

Außenansichten

Die Neue Aula, wo das *Juristische Seminar* untergebracht ist, entstand in dem von ihrem Erbauer, König Wilhelm I., geschätzten klassizistischen Stil. Die symmetrische Dreiflügelanlage verweist auf die typische Gliederung des Barockschlosses, das Musterbeispiel herrschaftlichen Bauens. In dieser ästhetischen Nähe von Schloß und Neuer Aula dokumentiert sich der Souveränitätsanspruch eines Monarchen über eine Institution. Daß gerade die Juristen nach wie vor dieses Gebäude okkupieren (andere Fakultäten zogen im Zuge der sich vergrößernden Studentenzahlen aus), scheint mehr „Sinn“ als „Zufall“ auszudrücken.⁶

Einen Kontrast zur Neuen Aula und seiner „Paradefassade“ bilden die nüchtern gebauten naturwissenschaftlichen Institute auf der „Morgenstelle“. Zwei miteinander verbundene Quader dienen den *Botanikern* als Lehr- und Arbeitsstätte. Auf Repräsentativität oder Außenbeziehung wird kein Wert gelegt. Von der Architektur des Hochschulbaus der 60er und 70er Jahre beeinflusst, aus Stahlbeton erbaut, ist die Außenfassade von einem Raster aus emaillierten Aluminiumplatten und Alu-Fenstern des gleichen Formats überzogen und entspricht architektonisch der systematischen Arbeit der Wissenschaft, die hier untergebracht ist.

Zwar ist das *Ludwig-Uhland-Institut für Empirische Kulturwissenschaft* dem ansonsten prächtig renovierten Schloß Hohentübingen zugehörig, wirkt aber nur von der stadtabgewandten Westseite aus einigermaßen imposant. Die Eingangsfront des Instituts mit dem bis zum unteren Stockwerk reichenden Dach sieht gedungen und auch ein wenig ramponiert aus. Noch verstärkt wird der Katen-Charakter durch den vorgelagerten Obstgarten. Die Entscheidung der Bewohner/innen gegen eine Renovierung ihres ‘Hexenhäuschens’ hat sicherlich einiges mit dem Stil des Hauses zu tun: Schlichtheit ist hier durchaus gewollt.

⁶ Vgl. Bourdieu, Pierre: Zur Soziologie der symbolischen Formen. Frankfurt/M. 1970, S. 153. Bourdieu spricht hier von einer „Koppelung von Sinn und Zufall“ bei der Verteilung universitärer Räume.

Innenansichten

Gelangt man in das Innere der Institute, so sind frappierende Anklänge an die spätere Berufswelt der Absolventen festzustellen: Die Neue Aula, in der das Juristische Seminar untergebracht ist, und das Tübinger Amts- und Landgericht zeigen auffällige Ähnlichkeiten. In beiden Gebäuden wird der Blick zunächst auf klassizistische Portale gelenkt, hinter denen großzügige Treppen zu großen Sälen führen. Hier wie dort dieselbe repräsentative Höhe der Gänge, dieselben abgeschlossenen Glaskästen für amtliche Aushänge, derselbe Hall von Ledersohlen und Pumpsabsätzen auf polierten Steinfußböden.

Beim Gang durch das Botanische Institut fallen Bezüge zur späteren Berufswelt in Schule und Büro ins Auge. Die zahlreichen Schaubilder an Türen und Flurwänden – Ergebnisse von Forschungsprojekten – ähneln dem Unterrichtsmaterial einer Schule. Die langen fensterlosen Flure erinnern an den Verwaltungstrakt einer Firma, den man nur zur Einnahme des Mittagessens in der Kantine, sprich Mensa, verläßt.

Fast die Hälfte der AbsolventInnen des Ludwig-Uhland-Instituts kommt im Museums- bzw. im Archivbereich unter. Auf dieses Berufsfeld verweist das Interieur des Instituts: Eine eichene Eckbank mit Schnitzereien, ein Münsterländer Dielenschrank mit der Jahreszahl 1657, ein in der Bibliothek des Instituts aufgestelltes Modell eines Schwarzwaldhauses, auch das Schnitzwerk der Türrahmen und Treppengeländer geben dem Haus einen musealen Charakter.

Ausgestellte Tradition

Jura hat eine besonders lange Tradition. So weist auch das Gebäude, in dem sich das Juristische Seminar befindet, weit zurück in die Historie. Die antikisierende Innenausstattung, eine Venusstatue, eine Stele mit der Büste des Gründers der Tübinger Universität, Graf Eberhard im Barte, fordern Respekt vor der Geschichte – wenn auch schon mancher seine leere Colaflasche zu den Füßen der Venus abstellte.

Im Botanischen Institut gibt es nur wenige Hinweise auf die Fachgeschichte. Der Blick auf eine kleine Ahnengalerie im Untergeschoß wird durch abgestellte Möbel behindert – eine recht nonchalante Geste.

Die Fachgeschichte der Empirischen Kulturwissenschaft, vormals Volkskunde, ist einigermäßen pikant: Das Institut ist eine NS-Gründung. In den stilisierten Hakenkreuzen des holzgeschnitzten Treppengeländers ist seine Erblast sinnlich präsent. Daß sie belassen wurden, bedeutet jedoch nicht etwa eine Verharmlosung der unrühmlichen Vergangenheit,

sondern soll die ständige Auseinandersetzung mit der Fachvergangenheit provozieren.

Die Räume der Lehrenden

Auch Blicke in die Professorenzimmer geben aufschlußreiche Hinweise auf den jeweiligen Fachstil. Entgegen der Annahme von Friese/Wagner in ihrem Buch „Der Raum des Gelehrten“⁷ trifft es in den meisten Fällen nicht zu, daß die Möblierung in den Räumen der Wissenschaft der „rational-bürokratischen Verwaltung weitgehend angeglichen“ und durch „rationalen Minimalismus“ gekennzeichnet ist. Die Lehrendenzimmer als Orte der Forschung und Oasen des Rückzugs bieten Möglichkeiten der individuellen Ausgestaltung, welche auch – persönlichkeits- und fachspezifisch – genutzt werden. Die Spannung „Beruf – Privatheit“ zeigt sich in den drei untersuchten Fächern allerdings auf recht unterschiedliche Weise.

In den Professorenzimmern der Juristen bleiben Berufliches und Privates strikt getrennt: Private „Exponate“ haben keinerlei Bezug zum Fach, verweisen vielmehr auf Hobbys und persönliche Freizeitinteressen der Professoren. Bei den Botanik-Lehrenden dominiert eindeutig das Berufliche, wobei es eine kleine Schnittmenge mit Privatem gibt. Als unzertrennliche Einheit von Arbeit und Persönlichem wirken die Erinnerungsgegenstände, Bilder oder Geschenke, die in den Professorenzimmern des Ludwig-Uhland-Instituts anzutreffen sind.

Resümee

Die Puzzlestücke der empirischen Untersuchungen lassen mehrere Möglichkeiten offen. Insofern sind die folgenden Interpretationen nur als Vorschläge zu betrachten. Die JuristInnen, die sich relativ sicher sein können, daß sie auch im Berufsleben gehobene Positionen einnehmen werden, demonstrieren ihren Anspruch auf „weltliche Macht“ auch durch vergleichsweise edle Kleidung und Arbeitsmittel. Hier wird – mit Pierre Bourdieu gesprochen – ökonomisches und soziales Kapital repräsentiert. Bei den BotanikerInnen herrscht die Maxime nüchterner, sachorientierter Forschung. Diese läßt solch profane Dinge wie modische Kleidung oder repräsentatives Mobiliar in den Hintergrund des Interesses treten. Sowohl moralisches als auch soziales Kapital wird eher abgelehnt, man setzt auf das Image reiner Kognitivität. Die EKWlerInnen sind in bezug auf das

⁷ a.a.O., S. 83.

gesellschaftliche Ansehen den anderen beiden Fächern doppelt unterlegen – sie haben weder eine lange Tradition vorzuweisen (wie die „Juristerei“), noch bringt das wachsende gesellschaftliche Interesse an ‘Kultur’ dem Fach annähernd soviel Aufschwung wie das Interesse an naturwissenschaftlichen Neuerungen der Botanik. Im Kampf um Anerkennung dienen der EKW der moralische, gesellschaftskritische Anspruch und eine gewisse Originalität.

Diese Einschätzungen entsprechen auch durchaus der Selbst- und Fremdeinschätzung der Akteure selbst. Studierende aller Fächer sind sich einig, daß Jura im Ansehen sowohl inner- wie außerhalb der Universität ganz oben, Botanik in der Mitte und die EKW unten anzusiedeln ist. Aufholen kann die EKW gegenüber den anderen Fächern ein bißchen, wenn es um das Ansehen innerhalb der Universität geht – „drinnen“ und „draußen“ wird eben mit verschiedenen Maßstäben gemessen.

Ein weiteres Ergebnis: Die Hierarchie in einem Fach ist um so stärker ausgeprägt, je größer sein gesellschaftliches Ansehen ist. Im Juristischen Seminar, das auf eine gehobene Laufbahn und gesellschaftliche Führungsaufgaben vorbereitet, sind Aufgaben und Rechte der Institutsmitglieder klar abgestuft, und an den Türen der Dozentenzimmer grüßen die Schilder mit Titel und Rang. In der EKW dagegen findet sich – zumindest vordergründig – große Offenheit im Umgang miteinander, man duzt sich und die Studierenden haben gar ein gewisses Mitspracherecht in Institutsfragen wie Stellenbesetzungen oder inhaltlicher Orientierung des Fachs. Mit dem geringen Ansehen verbunden ist also eine flachere Hierarchie. Das Ansehen der Botanik ist ebenso bestimmt durch Faszination und (Ehr-)Furcht in der Gesellschaft, mit der man neuen, zukunftssträchtigen und ökonomisch verwertbaren Entwicklungen begegnet, wie durch das Bild von der trockenen ‘Erbsenzählerei’, wenn es z.B. um die Systematisierung von Pflanzenarten geht. Die Hierarchien sind ausdifferenzierter als in Jura oder EKW und werden im Kampf um größere Zimmer und technische Ausstattung ausgefochten, während andererseits das „Du“ auch hier nicht selten zu hören ist.

Was für die innere Hierarchie eines Faches gilt – daß sie nämlich in einem Zusammenhang steht mit dem gesellschaftlichen Ansehen –, scheint offensichtlich auch für den Umgang mit den „niederen Bedürfnissen“ des eigenen Körpers zu gelten: Bei den EKWlern gehören Dinge wie der Getränkeautomat mit dem Bierfach und Sofas in den Dozentenzimmern zum täglichen Leben, ebenso selbstverständlich wie die Erlaubnis, auch während eines Seminars zu essen oder zu trinken. Dort läßt man somit zu, was bei den Botanikern – zumeist aus funktionalen Gründen wie der Sicherheit und Hygiene in den Labors – in dafür vorgesehene Be-

reiche verbannt ist, in Pausenzimmer und die zentrale Mensa. Fast entschuldigend wird dort zugegeben, daß man sich manchmal „für ein halbes Stündchen auf die Wiese lege“, aber „schließlich ist man ja zum Arbeiten hier“. Bei den Juristen hingegen werden Hunger und Ruhebedürfnis noch ein Stück weiter weggedrängt – Sofas sind selten und mit Büchern bedeckt, die Cafeteria liegt im Keller, und zum Essen geht man durchaus auch mal ins Restaurant.

Zurück zur Ausgangsfrage: Wird man, was man ist? Deutlich wird, daß alle Studierenden ziemlich zufrieden sind mit der Atmosphäre an ihrem Institut. Wenn jemand sich nicht wohlfühlt, so sind es meist Frauen – in der Botanik gar ein Viertel. Gleichzeitig schätzen Frauen das Ansehen ihres Faches inner- und außerhalb der Universität weniger hoch ein und glauben, daß es viele negative Vorurteile ihrem Fach gegenüber gibt. Schlägt sich hier nieder, daß Frauen ihre Berufschancen – mit gutem Grund – skeptischer beurteilen als Männer? Dennoch: Die weitaus meisten Frauen identifizieren sich mit ihrem Fach. Sie haben, kaum weniger als ihre Kommilitonen, das gefunden, was sie gesucht haben – weil sie das gesucht haben, was sie bereits sind.

Literatur:

Apel, Helmut: Fachkulturen und studentischer Habitus. Eine empirische Vergleichsstudie bei Pädagogik- und Jurastudierenden. In: *Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie*, 9 (1989), S. 2-22.

Bourdieu, Pierre: Die feinen Unterschiede. Frankfurt 1982.

Bourdieu, Pierre: Homo Academicus. Frankfurt 1992.

Engler, Steffani: Fachkultur, Geschlecht und soziale Reproduktion. Eine Untersuchung über Studentinnen und Studenten der Erziehungswissenschaft, Rechtswissenschaft, Elektrotechnik und des Maschinenbaus. Weinheim 1993.

Friese, Heidrun/Wagner, Peter: Der Raum des Gelehrten. Eine Topographie akademischer Praxis. Berlin 1993.

Holthusen, Andrea: Die Kultur der Kulturwissenschaftler. Empirische Untersuchungen zum 'Fachhabitus' von Juristen und Kulturwissenschaftlern. Magisterarbeit, Tübingen 1989.

Liebau, Eckardt/Huber, Ludwig: Die Kulturen der Fächer. In: *Neue Sammlung* 25 (1985), S. 314-339.

Portele, Gerhard/Huber, Ludwig: Entwicklung des akademischen Habitus. Zum Problem der Konzeptbildung in der Hochschulsozialisationsforschung. In: Sommerkorn, Ingrid N. (Hg.): Identität und Hochschule. Probleme und Perspektiven studentischer Sozialisation. Hamburg 1981. S. 185-197.

Zwischen Lehrstuhl und Sozialhilfe

Aufstiegsrituale und Absturzgefahren für den Nachwuchs: ein guter Nährboden für wissenschaftliche Unredlichkeit

**Marco Finetti &
Armin Himmelrath**
Köln

Chefarzt-Visite in einem beliebigen Universitätsklinikum: Gleich einem Schwarm Zugvögel nahen die Ärzte und ihre Adlaten in Keilform heran. An der Spitze steht der Ärztliche Direktor, natürlich ein Pro-

fessor, gefolgt von "Schwärmen von Abhängigen",¹ die sich – fein abgestuft nach Titel und wissenschaftlichem Stand – die hinteren Ränge teilen müssen. Jeder der Nachfolgenden möchte möglichst schnell möglichst weit nach vorne gelangen, doch der Weg zur Spitzenposition ist lang – und von Absturzgefahren in Bedeutungslosigkeit, Sozialhilfe und berufliche Abgründe bedroht. Besonders gefährdet sind dabei natürlich diejenigen, die sich nicht an die Regeln des Rudels halten. Und diese Regeln besagen allzu häufig: Der Chef befiehlt, eine Diskussion findet nicht statt. "Auf allen Qualifizierungsstufen hängen Nachwuchswissenschaftler am Gängelband ihrer Professoren – mitunter selbstgefällige Sklavenhalter, die über das Schicksal ihrer Mitarbeiter willkürlich verfügen", urteilt der Wissenschaftsjournalist Jochen Leffers.² Da stellt sich die Frage, ob das System der Aufstiegsrituale tatsächlich die wissenschaftliche Befähigung des Nachwuchses oder eher das Stehvermögen und die Biegsamkeit des Rückgrats austesten soll.

Daß sich gerade in der Medizin eine solch ausgeprägte "Boß-Mentalität" entwickeln konnte, kriedet Werner Franke vom Deutschen Krebsforschungszentrum Heidelberg nicht nur dem oft diktatorischen Führungsstil der Professoren an, sondern ebenso der "etwas unterwürfige[n], bis zur Arschkriecher-Mentalität auch heutiger, sich verdingen müssen der Nachwuchswissenschaftler" an. Da sie "von einem Zwei-Jahres-Vertrag zum nächsten" lebten, seien sie faktisch auf Gedeih und Verderb

¹ So Prof. Dr. Werner Franke, Krebszentrum Heidelberg, in: Für Ruhm und Fördermittel: Betrug und Käuflichkeit in der Wissenschaft. Hörfunk-Diskussion in Radio Bayern 2, 13.02.1998, 22:05 Uhr. Franke fordert darin vehement die Abschaffung eben dieser Abhängigkeiten.

² Leffers, Jochen: Ausgeträumt. Immer mehr junge Wissenschaftler verzichten auf eine Hochschulkarriere, in: *Das Sonntagsblatt*, 26.05.1995.

dem jeweiligen Klinikchef ausgeliefert.³ In einer solchen Atmosphäre der erzwungenen bedingungslosen Unterwerfung ist eine Kultur der gegenseitigen Kritik und Akzeptanz kaum denkbar. Auf diese Weise werden Verhaltensweisen und Beurteilungsmaßstäbe von einer Wissenschaftlergeneration an die nächste weitergegeben – oft auch dann, wenn sie unredlich, fragwürdig oder gar falsch sind.

Verfestigt wird diese Konstellation noch dadurch, daß es durchaus fachliche Gründe gibt, die eine solche Hackordnung begründbar erscheinen lassen. Eine Doktoranden-Meinung könne niemals soviel zählen wie die fachliche Meinung des vorgesetzten Arztes, meint Peter Hans Hofschneider vom Max-Planck-Institut Martinsried: "In einer Klinik ist das unmöglich. Da hat der Klinikchef das letzte Wort, und ich würde mal sagen, zum Wohle des Patienten muß er das auch haben."⁴

Hier wird einer der Gründe deutlich, warum der Medizin in der Diskussion um die fälschungsfördernden Mechanismen der Wissenschaft⁵ eine besondere Rolle zukommt. Eine solche Hackordnung wie in einer Klinik sei für ihn in seinem Fachgebiet unvorstellbar, sagte etwa der kürzlich verstorbene Physiker und Direktor der Hamburger Großforschungseinrichtung DESY, Prof. Dr. Björn Wiik:

"In der Physik ist es eine Todsünde, einen Rang zu benutzen, um eine Argumentation zu entscheiden. Ich würde nie hingehen und sagen, ich bin der Direktor von DESY und deswegen habe ich recht. Die Leute würden mich auslachen."⁶

Selbstkritik beim Umgang vieler Wissenschaftler mit ihrem Nachwuchs legt auch Arnd Morkel, früherer Rektor der Universität Trier, an den Tag. Er bezweifelt, daß sich generell ausreichend um den Berufsnachwuchs gekümmert werde. Für viele junge Wissenschaftler entscheide sich schon durch Erfahrungen mit Vorgesetzten ihre eigene spätere wissenschaftliche Einstellung und damit ihr berufliches Ethos:

"An was sind wir mehr interessiert: an ihren Dienstleistungen oder an ihrer wissenschaftlichen Weiterqualifikation? Wollen wir, daß sie ihren Doktor machen und sich habilitieren, oder sind wir damit zufrieden, wenn sie uns bei unseren Lehrverpflichtungen, unseren Forschungsvorhaben, unseren Nebentätigkeiten unterstützen? Nehmen wir uns ausreichend Zeit für sie und lassen wir ihnen für

³ W. Franke, a.a.O.

⁴ in: Für Ruhm und Fördermittel: Betrug und Käuflichkeit in der Wissenschaft. Hörfunk-Diskussion in Radio Bayern 2.

⁵ Dazu haben d. Verf. den Band „Der Sündenfall - Betrug und Fälschung in der deutschen Wissenschaft“, Raabe-Verlag Bonn, 262 Seiten, ISBN 3-88649-351-2, 34.- DM, veröffentlicht.

⁶ So in einem Interview mit A. Himmelrath am 20.02.1998 in Hamburg

ihre eigene wissenschaftliche Arbeit genügend Freiraum? Sehen wir in ihnen künftige Kollegen oder bestehen wir auf hierarchischer Unterordnung?"⁷

Aus der Beantwortung dieser Fragen resultiert unmittelbar der Umgangsstil mit dem wissenschaftlichen Nachwuchs. Und diesem Umgang mit den Jung-Forschern wird in der Diskussion um die Vermeidung von Fälschung und Betrug eine besonders große Bedeutung eingeräumt. Der Umkehrschluß ist zulässig und gerechtfertigt: Wer willige Laborknechte heranzieht, der braucht sich nicht darüber wundern, daß sich für sie die Frage nach der Form redlicher wissenschaftlicher Arbeit möglicherweise niemals ernsthaft und bewußt stellt.

Hinzu kommt eine gewisse Unsicherheit, die jungen Forschern gerade in ihrer beruflichen Einstiegsphase zugestehen ist. Schließlich stehen sie nicht nur unter äußerem, sondern oft auch unter einem extremen inneren Erfolgsdruck. Wer da einmal ein paar Wochen oder gar Monate lang keine Fortschritte bei seiner Arbeit macht - und diese Phasen kommen vor und sind keine Seltenheit -, der wird in seinen Selbstzweifeln möglicherweise dem Vorankommen seiner Arbeit etwas nachhelfen wollen; erst recht, wenn der Betreuer für solche kritischen Gemütslagen nicht zugänglich ist und seinem Schützling das Gefühl vermittelt, mit seinen Schwierigkeiten völlig allein zu sein. "Ich kann mir vorstellen, daß es solche Konfigurationen sind, in denen das Fehlverhalten, das potentiell immer da ist, herausgelockt wird", sagt Max-Planck-Präsident Hubert Markl.⁸

Hinzu kommt die soziale Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses. Wer sich einmal der akademischen Karriere verschrieben hat, gilt in der freien Wirtschaft schon nach wenigen Jahren als praxisfern und überqualifiziert; der Weg von der universitären oder außeruniversitären Forschung in einen normalen Beruf in der Industrie ist verbaut oder zumindest nur noch sehr, sehr schwierig zu beschreiten: ein Grund mehr, sich den Regeln des Wissenschaftsbetriebs zu unterwerfen. Das gilt gerade auch im Hinblick auf den Fall, daß ein Untergebener wissenschaftliche Unredlichkeiten eines Vorgesetzten bemerkt und diese öffentlich brandmarkt. Zahlreiche Fälle haben gezeigt, daß die Abstrafung durch die Kollegen oft auf dem Fuße folgt: Ein *whistleblower* muß, ungeachtet der Sonntagsreden über die enge Liaison zwischen Wissenschaft und Wahrheit, bis heute mit einem Karriereknick oder sogar mit einem Abbruch seiner Wissenschaftlerlaufbahn rechnen. Die implizite Botschaft ist klar: Mund halten, heißt die Aufforderung an den allzu kritischen Nach-

⁷ Morkel, Arnd: Erinnerung an die Universität. Ein Bericht, Vierow bei Greifswald 1995, S. 118.

⁸ So in einem Interview mit M. Finetti und A. Himmelrath am 18.02.1998 in Mainz.

wuchs. Und der beugt sich dieser Maßgabe, um nicht ins berufliche Nichts verstoßen zu werden.⁹ "Dahinter steht möglicherweise die Angst, sich die eigene Zukunft zu verbauen. Denn wer sich in dieser Weise offenbart, gefährdet sich selbst", sagt Detlev Ganten vom Max-Delbrück-Centrum Berlin: "Er muß immer damit rechnen, daß die Beschuldigten letztlich doch nicht aus dem Verkehr gezogen werden und ihm später vielleicht schaden können."¹⁰ Ganten spricht aus Erfahrung: An seinem Centrum hatten auch die Krebsforscher Friedhelm Herrmann und Marion Brach gearbeitet, mit deren Namen sich der bisher spektakulärste Fall von Forschungsbetrug in Deutschland verbindet. Auch im Fall Herrmann/Brach gab es, wie sich später herausstellte, frühzeitig Hinweise auf Unregelmäßigkeiten. Doch die entsprechenden Berichte versickerten regelmäßig im Hierarchiegefälle der betroffenen Arbeitsgruppen.

Wie groß der Diskussions- und Handlungsbedarf innerhalb des Wissenschaftssystems zum Umgang mit Verdachtsfällen wissenschaftlichen Betrugs wirklich ist, wurde nicht erst durch die Empfehlungen der DFG deutlich vor Augen geführt. Im Umfeld fast jeden Falls, der in den vergangenen Jahren einer mehr oder weniger breiten Öffentlichkeit bekannt wurde, berichteten Beteiligte – und da besonders die rangniedrigeren Nachwuchswissenschaftler – von den großen Schwierigkeiten, andere von ihrem Fälschungsverdacht zu überzeugen oder überhaupt erst einmal zu unterrichten. Mal wurde den *whistleblowern* kein Glauben geschenkt, mal offene Hilflosigkeit demonstriert ("Ich weiß auch nicht, was man da machen kann"), dann wieder zu bedingungsloser Loyalität gemahnt: "Vergessen Sie die Geschichte am besten, Sie haben sowieso keine Chance." Das stärkste Druckmittel jedoch ist die mehr oder weniger unverhüllte Drohung mit dem Ende der wissenschaftlichen Karriere.

Denn es ist klar, daß eine akademische Laufbahn mit dem Ziel Wissenschaftler immer mit einem gewissen beruflichen Risiko verbunden ist; nicht jeder Doktorand kann einen Lehrstuhl erreichen.

"Doch müssen Risiko und Chance in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen. Wenn aber von sechs oder sieben Privatdozenten nur einer die

⁹ In diesem Zusammenhang ist interessant, daß Wissenschaftler, die der Fälschung bezichtigt oder überführt werden, oft sehr viel leichter den Umstieg in die Privatwirtschaft schaffen. Ein Beispiel ist der Fall eines Neurobiologen, der nach einem aufgeflogenen Betrugsversuch am Max-Planck-Institut Martinsried auf eine weitere Karriere als Wissenschaftler verzichten mußte und heute als Klinikarzt in der Schweiz arbeitet.

¹⁰ "Was hilft, ist exemplarisches Vorgehen", Interview mit Detlev Ganten, in: *Berliner Zeitung*, 28.05.1997

*Möglichkeit hat, Professor zu werden – und so sah es Mitte der achtziger Jahre aus –, dann läßt sich von einer angemessenen Relation nicht mehr reden."*¹¹

Nicht auszuschließen ist in einer solchen Situation, daß der eine oder andere Nachwuchswissenschaftler seine Chancen dadurch zu verbessern trachtet, daß er durch Überschreitungen der Regeln wissenschaftlicher Redlichkeit etwas schnellere, etwas bessere oder einfach passendere Ergebnisse präsentieren kann. Die Versuchung ist jedenfalls groß, meint die Hamburger Professorin und Biochemikerin Ulrike Beisiegel: "Es gibt junge Wissenschaftler, die sind sicherlich intelligent, die haben eine Überfliegernatur, die sie auch kultivieren, die merken, daß sie am meisten imponieren, wenn sie total viel machen."¹²

Davon wiederum lassen sich gerade ältere Forscher gerne beeindrucken. Etwa im Bereich der Medizin, wo zwischen den Generationen eine große, fachlich bedingte Lücke klafft. Viele ältere Wissenschaftler sind hier noch nicht mit der Molekularbiologie aufgewachsen und sind von Berichten fasziniert, die sie möglicherweise rein fachlich gar nicht verstehen oder nachvollziehen können. Trotzdem – oder deswegen – stehen die Jungforscher bei ihnen in einem besonders guten Ruf. "Diese Jungdynamiker merken, daß, je mehr sie blöffen, desto besser kommen sie an", beschreibt Ulrike Beisiegel den dann einsetzenden Mechanismus, "und Blöffen ist ja die erste Stufe zur Unredlichkeit, da übertreibt man ja dann nur und spielt die Daten ein bißchen hoch. Die merken, damit fahren sie unendlich gut und dann machen sie die erste kleine Unredlichkeit und merken, damit kommen sie noch besser an, das ist dann ein fließender Übergang zu Fälschung und Betrug." Ein gewissermaßen antrainiertes Verhalten, daß durch ständige Bestärkung und positive Rückmeldungen irgendwann nicht mehr in Frage gestellt wird.

Dazu gehört auch die Tatsache, daß es innerhalb der klinischen Forschung oft nicht mehr sehr hoch bewertet wird, wenn ein Wissenschaftler sich die Zeit nimmt, über etwas eingehend nachzudenken. "Alle Kliniker sind total verwirrt, wenn sie zu mir kommen und mir was sagen, und ich blöff nicht gleich irgendwas raus, sondern sage, es könnte so und so sein, aber das muß ich jetzt noch mal nachlesen", berichtet Ulrike Beisiegel. Oft sei gerade in ihrer Anfangszeit von Kollegen die Reaktion gekommen: Ach ja, das sei ja eine Frau, die sei ohnehin unqualifiziert.

"Mit der Zeit haben sie dann gelernt, daß da schon etwas dahinter war und daß die Antworten dann etwas solider waren. Aber wenn man kein Durchhalte-

¹¹ A. Morkel, a.a.O., S. 116.

¹² So in einem Interview mit A. Himmelrath am 20.02.1998 in Hamburg. Aus diesem Interview stammen auch alle folgenden Aussagen von U. Beisiegel.

vermögen hat und kein Selbstbewußtsein, dann ist das Blöffen wesentlich einfacher."

Durchhaltevermögen, wenn auch unter einem etwas anderen Blickwinkel, fordert auch Arnd Morkel von den jungen Wissenschaftlern, die erst am Anfang ihrer Karriere stehen. Wer sich für eine Forscherkarriere entscheide, müsse sich darüber klar sein, daß er sich für einen – beruflich gesehen – höchst langwierigen Aufstieg entschlossen habe.

"Das heißt, ein Wissenschaftler braucht vierzig oder mehr Jahre, bis er selbständig wird.¹³ Ich weiß, dafür lassen sich einige gute Gründe anführen, etwa die fortschreitende Spezialisierung oder der unaufhörlich wachsende Berg an Sekundärliteratur, durch den man sich erst hindurcharbeiten muß, bevor man mit der eigentlichen Untersuchung beginnen kann; aber ist die anhaltende Verlängerung der Ausbildung teilweise nicht auch 'hausgemacht'? Bleibt den Mitarbeitern immer genügend Zeit zur Promotion oder zur Habilitation?"¹⁴

Tatsächlich lohnt es sich, darüber nachzudenken, inwieweit eine "Entrümpelung" der wissenschaftlichen Karrierevorschriften zu einer besseren Ausbildung und damit zu besseren Wissenschaftlern im Sinne einer redlicheren Tätigkeit mit höherem ethischen Bewußtseinsstand führen kann. Von Studienreformprojekten und der Verschlinkung von Prüfungs- und Promotionsordnungen bis hin zur Diskussion über die Notwendigkeit des Habilitationsverfahrens reichen die in diesem Zusammenhang zu erwähnenden aktuellen Entwicklungen, denen gerade auch im Hinblick auf die Diskussion um eine Neufassung des Hochschulrahmengesetzes eine besondere Bedeutung zukommt. Natürlich wirft diese Frage nach den wesentlichen Elementen der wissenschaftlichen Ausbildung (und damit eben gleichzeitig auch nach den unwesentlichen, entrümpelbaren) unmittelbar auch die Frage nach dem Selbstverständnis der Forscherinnen und Forscher auf: Welche Rolle spielen sie selbst? Und: Wünschen sie ihren Nachwuchs als stromlinienförmige Adlaten ("Pipettierknechte", wie sie angeblich in der Arbeitsgruppe Herrmann/Brach hießen) oder als selbständig arbeitende, kritische Kollegen?

Wie wenig gerade im Bereich der Biomedizin die Meinung von Nachwuchswissenschaftlern zählt, hat Ulrike Beisiegel selbst erfahren müssen. Zu Beginn ihrer Karriere hatte die Wissenschaftlerin in einer Forschungsgruppe mitgearbeitet und einen Widerspruch zwischen den vor ihr erarbeiteten Ergebnissen und einer Veröffentlichung über das Forschungsprojekt festgestellt:

"Als ich merkte, daß das publiziert wird, bin ich zu dem Chef der ganzen Abteilung - da war ich noch sehr jung, das war ganz zum Anfang meiner Zeit – und

¹³ Morkel meint wohl Lebens-, nicht Forschungsjahre.

¹⁴ A. Morkel, a.a.O., S. 118.

habe gesagt, hier sind meine Unterlagen und meine Experimente, und das stimmt einfach nicht mit dem Manuskript des Kollegen überein. Ich kann damit nicht leben."

Obwohl keine Autorin auf dem *paper*, forderte Ulrike Beisiegel ihren Chef auf, sich die Unterlagen anzusehen und eine Entscheidung herbeizuführen.

"Da ist überhaupt nichts passiert. Er hat mich so ein bißchen ausgelacht und gesagt, es wäre ja nett, daß ich zu ihm gekommen wäre und ihn informiert hätte – und das war's."

Doch der Druck zu angepaßtem Verhalten erstreckt sich nicht nur auf die fachliche Zusammenarbeit. Wer seine Mitarbeiter als gehorsame Befehlsempfänger betrachtet, schreckt auch vor weitergehender Einflußnahme nicht zurück. Etwa dann, wenn es darum geht, im Rahmen von Berufungsverfahren das Abstimmungsverhalten der Nachwuchswissenschaftler zu kontrollieren. "Als Assistentin habe ich es selber erlebt, daß mein Chef und der Chef der klinischen Chemie mich zu sich ins Büro geholt und gesagt haben, wenn sie als Assistentenvertreterin nicht so stimmen wie wir, dann wird das für ihre Karriere Nachteile haben", berichtet Ulrike Beisiegel. Trotz dieses immensen Drucks blieb sie seinerzeit standhaft. Als Professorin stellt sie heute in ihrem beruflichen Umfeld die selben Mechanismen von Druckausübung und Zwang gegenüber dem wissenschaftlichen Nachwuchs fest:

"Das gibt es etwa in der Medizin den Fall, daß junge Ärzte sagen, diese Medikation ist für diesen Patienten genau das richtige. Und dann kommt der Chef und sagt, weg damit, hier ist das Richtige, und auch wenn die jungen Leute ganz sicher sind, das ist das Falsche, geben sie trotzdem das falsche Medikament."

Hinter solchem Verhalten steht das Wissen um die völlige Abhängigkeit vom *goodwill* seines Vorgesetzten oder Betreuers. Der hat gewissermaßen die Richtlinienkompetenz und gibt diskussionslos vor, was geforscht und gearbeitet wird. Und nur derjenige, der sich innerhalb dieser Denkschule bewegt, hat reelle Chancen auf eine erfolgreiche eigene Karriere. "Wenn man allerdings die Denkschule verläßt und als Querdenker möglicherweise sogar richtigere, wahrheitsgemäßere Ergebnisse produziert, fällt man heraus, wird möglicherweise nicht mehr gefördert", sagt der grüne Forschungspolitiker Manuel Kiper.¹⁵ Bei einem solchen System sei es geradezu symptomatisch, daß eine große Zahl von "Scheinwahrheiten" produziert werde. Und diese Scheinwahrheiten werden mit ungeheurer Energie in den weltweiten Veröffentlichungsstrom einge-

¹⁵ So in einem Hörfunkinterview in der Sendung „Leonardo: Wissenschaftsbetrug“, WDR - Radio 5, 23.09.1997, 16:05 Uhr.

speist. Ein Platz dafür findet sich immer – und sei es auf irgendeiner Homepage im Internet.

Daß dies alles einen Wissenschaftler-Typus hervorbringt, der sich eher der Anpassung als der Abweichung, eher dem *mainstream* als der Originalität verpflichtet fühlt, liegt nahe. Deutlich wird der kurze Weg von der *Krankheit* des Wissenschaftssystems zum Phänomen von Betrug und Fälschung. Und der Weg ist in diesem Fall noch kürzer und direkter als etwa beim irrsinnigen Wettlauf um Fördergelder und Publikationen: Wo der selbstgesetzte und von außen herangetragene Erfolgsdruck immer größer wird, wo die Abhängigkeiten zahlreich, die Aufstiegsrituale mühsam und die Absturzgefahren allgegenwärtig sind – da werden Betrug und Fälschung mitunter gar nicht erst zur hin- und hergewendeten Versuchung. Da sind sie im Extremfall vielmehr der verzweifelt ergriffene Rettungsanker, das gleichsam letzte Mittel im Kampf um die Erhaltung der Karrierechancen.

Berufungsverfahren an deutschen Universitäten – eine gravierende Strukturschwäche

Rainer Kuhlen
Konstanz

Deutsche Professoren werden berufen, sie erhalten einen Ruf. Das klingt für die Nichteingeweihten geheimnisvoll, als ob von irgendwoher ein Ruf erschallt, der den Berufenen – es war einmal – gänzlich unvorbereitet treffen sollte.

Professoren und Professorenanwärter forschen und lehren ja, und das tun sie rund um die Uhr und können sich dabei um nichts anderes kümmern. Erst recht braucht es nicht ihre Sorge zu sein, ob es mit dem Ruf und den materiellen Konsequenzen seine Richtigkeit hat. Der Rufende, der Minister, garantiert ihm per Amt, daß bis ans Lebensende das Gehalt oder dann die Pension gezahlt werden wird. Auch soll er nicht alleine lehren und forschen und auch nicht ohne apparative Ausstattung und das auch nicht von seinem Arbeitszimmer zu Hause aus tun. Also werden ihm die Assistenten, die Hilfskraftgelder, die Labors und die Computer und die gut möbilierten Räume nebst individueller Sekretärin zugesichert. Andere Kleinigkeiten wie Gelder für Reisen zu Konferenzen und geregelte Forschungsfreisemester sind ebenfalls kein Problem. Ist zudem die Universität selber bzw. das speziellere fachliche Umfeld attraktiv, auch der Ort und das Umfeld, dann wird der Ruf rasch angenommen. Lehre und Forschung können ungestört im neuen Institut, das private Leben in dem leicht gefundenen Haus und mit der leicht verpflanzten Familie unproblematisch weitergehen. Alles hat zwei Monate gedauert. Zu einem 1.8. ist der frühere Stelleninhaber gegangen. Er hatte einen anderen Ruf erhalten. Zu einem 1.10. fängt der Neue an. Die Studierenden haben in den Semesterferien den Wechsel kaum mitbekommen.

Vielleicht war es ja nie so. Sollte es heute so sein? Spielen wir den Normalfall durch, der sich zwar an den Konstanzer Gepflogenheiten orientiert, die aber an anderen deutschen Universitäten nicht grundlegend anders sein dürften. Auch hier ist eine Stelle freigeworden. Der Wegge-

hende hat sich zum Ende des Semesters, so Mitte Februar, entschieden. Für beamtete Professoren gibt es keine Kündigungsfristen. Zum 1.4. ist er eben weg bzw. aus der Sicht der anderen Universität da. Das muß zunächst gar nicht auffallen. Nach Semesterende hält vielleicht noch der Dekan oder sein Vertreter und der Fakultätsreferent, soweit vorhanden, die Stellung, die anderen Kollegen, die bei den nun anstehenden Besetzungsvorgängen benötigt werden, sind nicht erreichbar. Selbstverwaltung, wie die Beteiligung der Universitätsangehörigen bei der Verwaltung genannt wird, findet während der Semesterferien, die in der Außenkommunikation „vorlesungsfreie Zeit“ genannt werden, im Grunde nicht statt. Sitzungen sind verpönt. Aber alleine kann der Dekan so gut wie nichts machen.

Entsprechend kommt es erst so ab Ende April zu professoralen Vorgesprächen über das, was man mit der Stelle machen will. Weitergehende Pläne, Reorganisationsmaßnahmen oder curriculare Initiativen, die eine Neuausrichtung der Stelle, gar in einem anderen Fach, nahelegen könnten, sind in der Regel nicht vorhanden. Also wird als Normalfall die Wiederzuweisung an das bisherige Fach und in der bisherigen Ausrichtung als der zu gehende Weg beschlossen. Es gehört zum Prinzip von Fakultäten (zumindest von Mehrfächer-Fakultäten), daß man sich nicht ohne Not in die Besitztümer der anderen Fächer einmischt. Allerdings ist dieses Friedensprinzip in den letzten Jahren häufig aufgekündigt worden, da, vor allem durch ministeriell auferlegte Sparzwänge, die „Not“ eingetreten ist und jede frei gewordene Stelle Objekt der Begierde wird, um vielleicht eigene Kürzungsschäden zu kompensieren.

Die leichtere Aufgabe scheint die Besetzung der Berufungskommission zu sein. Das soll/muß die Fakultät aus sich heraus leisten. Der Senat gibt bei den meisten Universitäten höchstens noch einen Beobachter oder Berichterstatter dazu. Selbstverwaltung bedeutet bei der Besetzung von Professorenstellen Selbstrekrutierung. Eine Kommission zusammenzusetzen, ist die hohe Kunst der gleichzeitigen negativen und positiven Koordination.

Positiv ist die Koordination, wenn überlegt wird, welche anderen Lehrstühle im Umfeld der freien Stelle und welche anderen Studiengänge und damit andere Fakultäten der Universität von der Besetzung betroffen sein könnten. Die sollten mitmischen und den rationalen Vorschlag erarbeiten, der dann von den dazu legitimierten Gremien beschlossen und an das berufende Ministerium weitergeleitet werden kann.

Die negative Koordination setzt größere antizipierende Taktik voraus. Sie arbeitet mit zwei Werkzeugen: Zum einen die Stelle so zu definieren zu versuchen, daß mögliche Interessen anderer Fächer und Fakultäten

davon nicht tangiert sind, so daß sie nicht in der Kommission vertreten sein müssen, und zum andern die Namen der Personen nicht ins Spiel zu bringen, die zwar facheinschlägig, aber erfahrungsgemäß nicht auf Konsensbildung ausgelegt sind, sondern vermutlich, auch unter Einsatz folgenreicher Maßnahmen wie das Schreiben von Sondergutachten, zu individuellen Durchsetzungsstrategien neigen.

Die Prozedur zum Besetzen einer Berufungskommission hat schon Fakultäten auf Jahre zu nicht mehr freundlichen Einrichtungen werden lassen. Übertreiben wir aber nicht, wir wollen nicht die Extremfälle durchspielen. Die Hürde kann meistens gut genommen werden. Die positive Koordination bezüglich der Personen setzt sich überwiegend durch, mit der Konsequenz, daß im Zweifelsfall der Entscheidung, zwischen verschiedenen möglichen Mitgliedern der Kommission wählen zu müssen, ausgewichen wird. Es werden dann eben beide (oder auch weitere) Kandidaten genommen, hoffend, daß die dann große Kommission für den einzelnen weniger Arbeit macht und ebenso hoffend, daß durch die Größe die spätere Entscheidung nicht komplizierter wird.

Geht es mit dem Antrag zur Wiederzuweisung, wie erforderlich, dann zur Universitätsleitung bzw. zum Senat, dann türmen sich schon Barrieren auf, die einige kommunikative Kompetenz des Dekans verlangen, die er, da gedrillt auf Lehre und Forschung und kaum vorbereitet auf die 2 Jahre Dekansamt, das ihn irgendwann einmal trifft, in der Regel nicht hat. Die Fakultät muß der Universitätsleitung und dem Senat als dem universitären Entscheidungsgremium auch für Stellenzuweisungs- und Besetzungsfragen zusammen mit dem Wiederzuweisungsantrag eine detaillierte Begründung vorlegen, warum die anstehende Stelle und ihre Ausrichtung unverzichtbar ist. Nicht nur brillante Argumentationskunst – in der Regel retrospektive Rationalisierungsstrategien für nicht rational ausgehandelte Fakultätsentscheidungen – ist verlangt, die außerhalb der Philosophischen Fakultät kaum vorhanden ist, sondern vor allem Daten, Daten, Daten. Auch wenn an vielen Universitäten zunehmend die Verpflichtung zur Erarbeitung von mittelfristigen Entwicklungsplänen besteht, in denen nach Möglichkeit nicht nur auf die Historie der Stellen und Lehrangebote, sondern auch auf die Erwartungen und Pläne eingegangen werden soll, sind die dann konkret benötigten Daten so gut wie nie auf Abruf in der erforderlichen Aktualität und in dem gewünschten desaggregierten Zustand verfügbar, sondern müssen erarbeitet werden.

Wen wundert es – und wir kommen zu unserer Zeitskala zurück, die an einer Mitte Februar angefangen hatte –, daß dazu leicht das Sommersemester ins Land geht. Versucht man es schneller, so ereilt einen schon hier die Grundregel von Berufungsverfahren, daß es prinzipiell immer

länger dauert, wenn man versucht, es zu beschleunigen. Konkret, geht man zu früh, d.h. unzureichend informationell abgesichert, in die Fakultät oder gar zu früh in den Senat, so kann man ziemlich sicher sein, daß der Antrag erst einmal in das subordinierte Gremien zurückverwiesen wird. Und das kostet, neben Prestige, Zeit.

Diese Grundregel, die zum universitären Grundgesetz mutiert, wird uns auf allen Stufen begleiten, indem kein Risiko eingegangen wird, sondern allen möglichen Bedenken im Vorgriff Rechnung getragen wird. Je nach Temperament sind da beträchtliche Leistungen im antizipierenden Erkennen möglicher Konflikte auszumachen. Das ist häufig weniger an dem Ziel selber orientiert, sondern an dem gesichtsbedrohenden Prestigeverlust. Ein Kommissionsvorsitzender, der seine Liste nicht einstimmig verabschieden kann, sondern mit einigen Enthaltungen oder gar Gegenstimmen meint leben zu können, muß sich in der Hackordnung einige Abstufungen gefallen lassen; erst recht der Dekan, dem die Fakultät die Liste wieder in die Kommission verweist oder dem ein Kollege ein Minderheitsvotum mit auf den weiteren Weg der Findung gibt. Auch ein Rektor, dem Senatsdiskussionen bei den Tops Berufungen lang, kontrovers und ohne Ergebnis verlaufen, macht sich nicht gerade beliebt.

Gesetzt, es sind keine Widrigkeiten aufgetreten – und wir haben gar nicht einmal den Fall berücksichtigt, daß in dem konkreten Fall der Wiederbesetzung auch das Ministerium ein Interesse daran haben könnte, das Verfahren in eine Nulllösung münden zu lassen, sprich die Stelle ganz einsparen zu können (mildere Varianten, wie das zeitweise Aussetzen der Stelle, kommen vor) –, dann kann gegen Ende des Sommersemesters ausgeschrieben werden. Da kann man sich auch ruhig eine längere Bewerbungsfrist leisten, so 2-3 Monate, da in der vorlesungsfreien Zeit die eingegangenen Bewerbungsakten sowieso nur durch Lagerung, nicht durch Einsicht Gewicht gewinnen. Die Berufungskommission wird nicht tagen. Spielen wir rasch den folgenden Normal-/Idealfall durch.

Zu Anfang des Semesters legt der Fakultätsreferent oder wer auch immer eine Synopse der eingegangenen Kandidaten und Kandidatinnen durch, und die erste Sitzung der Berufungskommission findet so Ende Oktober in dem Wintersemester statt. Nicht selten vertagt sich diese aber wieder sofort, da oft die gegebene Information einigen Kommissionsmitgliedern nicht ausreicht („die informationelle Basis für eine Entscheidung ist nicht gegeben“ – wird zum stereotypen Muster bei allen folgenden Entscheidungsschritten) und sie keine Zeit gehabt haben, die vollständigen Akten einzusehen, was bei oft um die 50 Bewerbern auch keine Kleinigkeit ist. Oft reicht zur Vertagung auch das Versäumnis, die Frau-

enbeauftragte eingeladen zu haben, die meistens das Recht hat, an allen Berufungsverfahren beobachtend teilzunehmen.

Hat der Kommissionsvorsitzende aber gute Arbeit geleistet oder hat er hohes Prestige, so gelingt es auf der Aktengrundlage, die Bewerbermenge auf ca. 15 herunterzudrücken, die man sich näher anschauen will. Hier fallen allerdings schon wesentliche Vorentscheidungen. Obgleich prinzipiell und offiziell jeder erst einmal ausgeschiedene Bewerber im Status der Wiedererweckbarkeit bleibt – er bekommt in der Regel bis zum endgültigen Abschluß des Verfahrens auch keine offizielle Nachricht und auch seine Unterlagen nicht zurück –, faktisch gilt aber das „they never come back“. In dieser Phase werden auf noch subtile Weise die Kandidaten herausselektiert, die aus welchen Gründen auch immer einigen Kommissionsmitgliedern oder auch nur einem nicht erwünscht sind. Vielfach ist es auch noch einfach, da in diesem Stadium oft formale Gründe ausreichen – „der ist zu alt“, „der ist noch zu unerfahren für eine C4-Stelle“, „er ist noch nicht habilitiert“, „er hat zu wenige qualitative, also referierte Beiträge vorzuweisen“. Raffinierter sind Argumente wie: „der kommt bei der Ausstattung, die er jetzt hat, sowieso nicht“, „der bewirbt sich überall“, „der ist an einer anderen Universität, die im Verfahren schon weiter ist, an einer aussichtsreichen Stelle“, „der hat gerade ein Haus gekauft“, „seine Frau ist gerade ins Beamtenverhältnis übernommen worden“.

Ein Killerargument an deutschen Hochschulen ist so gut wie immer auch der Verdacht oder die Tatsache der möglichen Hausberufung. Ist man schon an der Hochschule, an der das aktuelle Berufungsverfahren läuft, und zwar auf einer niedrigeren Position, dann sollte man die Bewerbung lieber gleich lassen. Manche Hochschulen verfahren sogar so rigide, daß auch eine schon zurückliegende Habilitation an der aktuellen Hochschule den Hausberufungsverdacht nicht ausräumt, auch wenn man längst woanders arbeitet. Hausberufungsbarrieren können, wenn überhaupt, nur dadurch umgangen werden, daß man zur gleichen Zeit ein Rufangebot auf eine andere Universität auf eine Stelle gleicher Qualifikation nachweisen kann. In Deutschland ist man nicht willens, die Nachwuchsleute, die sich am Ort als brillant erwiesen haben, zu halten. Das gehört zum Selbstrekrutierungsritual, auf daß keinesfalls der Verdacht aufkommen kann, hier werden akademische Imzucht oder einfach nur Begünstigungsstrategien getrieben. Daß faktisch ein Gutteil der Besetzungen nach dem Motto läuft, „nimmst Du meinen Assistenten, der sich gerade habilitiert hat, jetzt, nehme ich Deinen Assistenten bei unserer nächsten freiwerdenden Stelle“, gehört zu den Geheimnissen der Univer-

sitäten, die angesichts der vielen bei Berufungen beteiligten Gremien objektiv unmöglich zu sein scheinen, aber Realität sind.

So 15 Kandidaten, so hatten wir gesagt, kommen in die zweite Stufe. Dazu werden meistens einige Arbeiten der Kandidaten angefordert, die sie für besonders gut und einschlägig für die Stelle halten. Bei guten Verfahren schauen sich zwei Gutachter die Arbeiten an und können sich dabei beliebig weit aus allen ihnen verfügbaren Quellen weiter informieren. In den Naturwissenschaften spielt hierbei der Science Citation Index eine wichtige Rolle, der allerdings von den dabei zu kurz Gekommenen als Zitierkartell der Insider abqualifiziert wird. Bis diese Prozedur zu einem Ende gekommen ist, sind im günstigen Fall weitere vier Wochen vergangen. Es sollte Ende November geworden sein.

Die nächste Stufe wird betreten. Für die Vorstellung und Diskussion und Selektion der referierten 15 Kandidaten braucht man eine recht lange weitere Kommissionssitzung. Läuft auch hier alles weitgehend konfliktfrei ab, so einigt man sich auf ca. 5-7 engere Kandidaten, die zu den Vorträgen eingeladen werden. Etwas Zeit sollte man denen schon lassen, aber da für einen Vorstellungsvortrag in der Regel nicht brandneue Forschung präsentiert werden muß, könnte es sogar klappen, daß die Vorträge noch vor Weihnachten stattfinden können und sogar die Berufungskommission sich auf ihrer letzten Sitzung auf die ihr genehme Liste, die meistens drei Personen enthält, einigt.

In diesem Stadium ist in den letzten Jahren ein weiteres Erschwernis dazugekommen, die aus einer ganz anderen Berufungstradition stammt und die es so gut wie unmöglich macht, in einem Semester nach Beginn der Kommissionsarbeit die Sache zu einem solchen Ende zu kommen, daß die Liste die Universität in Richtung Ministerium verlassen kann. Wird ein Berufungsvorschlag von einem Gremium erarbeitet, z.B. einem Universitätsrat oder früher sogar vom Ministerium selber, das nicht gründliche eigene Fachkompetenz hat, dann sind externe Gutachten unverzichtbar. Heute werden diese externen Gutachten auch im Kontext des an sich eigene Kompetenz unterstellenden Selbstrekrutierungsverfahrens verlangt, vermutlich aus Gründen des Mißtrauens der Ministerialbürokratie gegenüber einer interesselosen Objektivität der Universität selber. Die Universitäten haben diese neue Auflage allerdings dann selber sich zu eigen gemacht und schicken diese Gutachten jetzt nicht mehr einfach dem Ministerium als weitere Information für die endgültige Entscheidung, den Ruf, mit oder überlassen es nicht den Ministerien, sich doch selber im Zweifelsfall um die Einholung der Gutachten zu kümmern, sondern inkorporieren externe Gutachten in die eigenen Prozeduren, manche erst auf der Senatsebene, viele auch schon auf der Fakultätsebene oder sogar

bei nicht klaren Mehrheitsverhältnissen in der Kommission auch schon auf dieser Ebene. Neben Berufungskommission und Fakultät wird also eine dritte offizielle Kompetenzebene einbezogen. Der Senat als vierte wartet dann schon.

Gutachten einzuholen, ist aber kein leichtes Geschäft. Unter sechs Wochen macht es eigentlich keiner, ganz andere Zeitrahmen, vor allem in den Semesterferien und bei den akademischen Celebrities (und die will man natürlich bevorzugt), sind nicht ungewöhnlich. Lassen sich der Dekan oder der Berufungskommissionsvorsitzende auf das Objektivitätsspiel ein, dann gibt es keine Chance mehr, im laufenden Semester zu einem Ergebnis zu kommen. Es sollen allerdings Vorsitzende mit Managementqualitäten existieren, die sich schon im Vorfeld möglicher Gutachter vergewissern und auch solche, die Begutachtungstemplates an die Gutachter verschicken, in die nur noch einige wenige Daten eingefügt werden müssen (inwieweit schon unterschriftsfähige Gutachten nur noch zurückgeschickt werden müssen, gehört ebenfalls zu den Geheimnissen der Universitäten, die nie offen werden – sicher ist, daß jede Auflage im Prinzip konterkariert werden kann und oft genug wohl auch wird).

Also müssen wir davon ausgehen, daß die Universitätsentscheidung erst im folgenden Sommersemester fällt, in der Fakultät so Anfang Mai und im Senat Mitte bis Ende Mai. Das gilt allerdings nur für den reichlich unwahrscheinlichen Fall, daß es in den verschiedenen Gremien nicht zum Dissens gekommen ist. Abweichende Meinungen, gar verbunden mit angekündigten oder dann auch wahrgenommenen Sondervoten, können den Entscheidungsprozeß ins Unabsehbare verlängern. Das Selbstrekrutierungsprinzip geht eine Koalition mit dem Konsensprinzip ein, d.h. einfache Mehrheitssituationen werden in der Regel sowohl nicht angestrebt, als auch nicht toleriert. Eine Liste, die mit sagen wir drei Gegenstimmen von acht Mitgliedern in die Fakultät eingebracht wird, zumal wenn es sich um professorale Stimmen und schon gar aus dem einschlägigen Fach handelt, hat in einer Fakultät eigentlich keine Chance. Schon gar nicht eine Liste im Senat, wenn in der Fakultät ein Mitglied, vor allem ein professorales Fachmitglied, ein Sondervotum beigelegt hat. Versucht dies der Senat zu ignorieren, so greift dies in der Regel das Ministerium auf und gibt dann oft genug die Liste, herunter die Gremienhierarchien, zurück oder tritt zumindest in langwierige Verhandlungen mit der Universität ein.

Aber halten wir uns nicht bei den komplizierten Fällen auf, die allerdings eher die Norm sind, sondern gehen wir davon aus, daß die Liste so Mitte Juni im Ministerium liegt. Das sind 16 Monate nach der Entscheidung des früheren Inhabers, die Universität zu verlassen. Damit haben

wir nach unseren Erfahrung so ungefähr Halbzeit. Halbzeit bedeutet ja auch Pause. So sieht es jedenfalls von außen aus. Verfahren, bei denen die Zeit zwischen Eingang einer Liste und Herausgabe des Rufes kürzer als drei Monate liegt, mag es in einigen Bundesländern geben. Ich kenne niemanden, der das je gehört hat. Gewiß ist die Halbzeitpause keine Untätigkeitspause. Es kommt jetzt eben eine weitere Kompetenz zum tragen – neben der Selbstrekrutierungs-, der Gremien-, Konsens- und der (externen) Gutachterkompetenz –, über die das Ganze politisch, sagen wir mal hochschulpolitisch, überprüft und auf einen verfahrenstechnisch korrekten Weg gebracht werden kann, es geht immerhin um eine Lebensbeamtenstelle. Und schließlich muß man ja auch noch am Ende die Unterschrift des Ministers bekommen.

Wieso dann trotzdem Halbzeit? Deutsche Universitäten haben bislang keinen Mechanismus entwickeln können, wie die Phase zwischen Ruferteilung und Rufannahme so optimiert werden kann, daß den Interessen der Beteiligten gleichermaßen Rechnung getragen werden kann, als da sind: die Studierenden, die Universität auf ihren verschiedenen Ebenen, das Ministerium und schließlich der zu Berufende selber. Heute sind die Gewichte einseitig verteilt. Bis zur Ruferteilung immer noch in der Position des Bewerbers, der sich möglichst vorteilhaft darstellen will, wird dieser mit dem Papier, das den Ruf dokumentiert und das eigentlich nur noch unterschrieben zu werden braucht, zum allseits Umworbene. Und das wird auch reichlich ausgenutzt.

Sehr bald bekommt man das Gefühl, ob der Kandidat, vor allem wenn es sich schon um einen C4-Professor handelt, es wirklich ernst gemeint hat oder nur den Ruf dazu benutzt, um sich in der Heimatuniversität die Vorteile zu verschaffen, die er sonst nicht erwerben kann. Positionsverbesserungen an deutschen Universitäten sind eigentlich nur über Rufannahmen oder durch geschickte Bleibeverhandlungen zu erreichen. Auch hier, wie im gesamten Prozeß, werden unterschiedliche Ansätze miteinander verflochten, mit der Konsequenz, daß das Verfahren zu komplex wird, und es damit auch zu zeitaufwendig wird, es zu entflechten. Man weiß es also sehr bald, kann aber eigentlich nichts dagegen machen, da nun alle Karten in der Hand des zu Berufenden (eigentlich bleiben Wollenden) sind. Die antizipierbare Ungewißheit führt heute oft dazu, daß Bewerbungen von C4-Professuren oft schon gar nicht mehr in die engere Wahl gezogen werden, obgleich sie objektiv für die Stelle höchst passend wären. Auch ein Beispiel negativer Koordination bei zu vielen schlechten Erfahrungen.

Rufannahme, Rufablehnung – es steht einiges auf dem Spiel. Daher wundert es nicht, daß die Verhandlungen lange dauern. Verhandelt wird

an zwei Fronten, im Ministerium, obgleich es dort meistens nur um das persönliche Gehalt geht, aber man tut so, als ob auch individuelle Ausstattungswünsche von dort zu erfüllen wären. Inhaltlich und ausstattungsmäßig verhandelt man mit der Universität und zwar parallel oder nacheinander mit Fakultät und Universitätsleitung, wobei jeder Teil versucht, Zusagen mit Konsequenzen, vor allem bezüglich der Stellen, in die Verantwortung des jeweils anderen zu verlagern. Die Universität verlangt eine Umschichtung in der Fakultät, damit Stellen für den/die Neue/n frei werden. Die Fakultät sieht keinen Handlungsspielraum und hofft auf entsprechenden in der Gesamtuniversität. Leicht kann man sich vorstellen, daß solche Verhandlungen dauern und oft genug zum Fehlschlag führen, woraufhin dann das Spiel mit den Weiterplazierten weitergeht.

Jeder wird Fälle anführen können, bei denen dann der Letztplazierte zum Zuge gekommen ist, woraus dann Berufungskommissionen die gute Regel ableiten, bei der Positionierung jedem Listenplatz die gleiche Sorgfalt zukommen zu lassen, wie beim dem Erstplazierten. Denn die Wahrscheinlichkeit ist nicht vernachlässigbar klein, daß derjenige, der eigentlich der am wenigsten Gewollte war, doch der ist, der dann wirklich kommt. Häufig genug wird jedoch gegen diese Regel verstoßen, da man wirklich nur den Erstplazierten will, aber die Problematik einer Einerliste zu umgehen sucht. Bei einer dann erfolgten Ablehnung, wird häufig das Ministerium gebeten, die Liste doch nicht weiter zu prozessieren, sondern lieber einer Neuausschreibung zuzustimmen, mit den entsprechenden Konsequenzen für die Dauer des Verfahrens.

Jede Universität kann Beispiele anführen, wo für die Besetzung einer Stelle vielfache Rufe sequentiell herausgegangen sind. Dann dauern Verfahren gut drei, vier oder fünf Jahre, in denen die Aufgaben der Stelle, vor allem mit Blick auf Lehre und andere studentische Betreuungsaufgaben, bestenfalls über Vertretungen wahrgenommen werden können. Im gesamten Komplex der Wieder- oder Neubesetzung von Stellen sind Vertretungen ein gewichtiges Kapitel in sich. Darauf soll hier nicht eingegangen werden. Ich verweise nur auf einen berühmt-berüchtigt gewordenen Artikel in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* im Frühsommer 1997,¹ wo ein besonders grotesker Fall dokumentiert wurde (der im übrigen Mitte 1999 immer noch nicht zu einer abschließenden Besetzung gekommen ist).

Als Beispiele für die Ineffizienz von Berufungsverfahren werden häufig sehr drastische Geschichten erzählt, die sicher kaum statistische Sig-

¹ R. Kühlen: Großes Hufescharren. Ein Witz: Wie deutsche Universitäten Lehrstühle besetzen, in: *F.A.Z.*, 12.5.1997, S. 38.

nifikanz haben. Mir sind aber keine (objektiven) Statistiken bekannt, wie hoch der Prozentsatz der Ablehnungen der Erst- bzw. dann Weiterplazierten ist und wie oft ein Ruf herausgehen muß, bis er zum Erfolg führt. Ich vermute, daß der Durchschnitt, zumindest bei C4-Professuren, bei zwei Verhandlungen pro Besetzung liegt. Rechnet man sehr knapp für jeden Verhandlungsvorgang von Ruferteilung bis Rufannahme ein gutes halbes Jahr, so wird die zweite Halbzeit schnell voll. Ist man eher Pessimist, so könnte der Durchschnitt 32 Monate schon sein, ab der Kündigung zu einer Neubesetzung. Die Optimisten werden vielleicht von 18 Monaten ausgehen. Unter einem Jahr macht es keiner.

Die Diskussion des Normalverfahrens, wie es sich mir darstellt, hat langwierig gedauert. Das bewertende Resümee kann knapp ausfallen: Die gegenwärtige Praxis der Be- oder Wiederbesetzung von Professuren in Deutschland ist so gut wie immer ein Skandal und ein Musterbeispiel für Ineffizienz, oft von Intrigen- und Machtspielen und vor allem für nicht mehr aus sich heraus zu beseitigende Struktur- und Verfahrensschwäche. Diese beruht vor allem darauf, daß es schon seit geraumer Zeit nicht mehr gelungen ist, für die verschiedenen Traditionen und die verschiedenen Verfahrensanforderungen der beteiligten Institutionen eine an dem Ziel einer raschen und qualitativ hochstehenden Besetzung orientierte Schnittmenge zu finden, sondern daß sich das alles zu einer überkomplexen Vereinigungsmenge aller nur denkbaren Regulierungen mit entsprechenden Verzögerungskonsequenzen zusammenfindet. Wir erinnern nur an das Beispiel des Selbstrekrutierungsprinzips, das mit der Anforderung der quasi objektiven externen Bewertung konfligiert und das zudem wegen der differenzierten institutionellen Zuständigkeiten keineswegs leicht zu einem unisonen Interesse gebündelt werden kann.

Lehrstühle, Fachgruppen, Institute, Fakultäten, Senate und Universitätsleitungen, ganz zu schweigen von den unterschiedlichen korporativen Gruppen (neben den Professoren der Mittelbau, die Studierenden und das nicht-wissenschaftliche Personal) und Einzelpersonen – sie alle mischen unter dem Anspruch der Selbstrekrutierung mit und haben oft genug nicht das Ziel des Konsens im Blick, sondern die Wahrung der eigenen Interessen. Dekane im Senat denken an ihre Fakultäten und an die demnächst in ihren Bereichen stattfindenden Berufungen. Das Interesse, die aktuelle einer anderen Fakultät zu fördern, wie renommiert der zu Berufende und welche Zierde für die Gesamtuniversität dieser auch sein mag, ist nur sehr begrenzt ausgeprägt, wenn dadurch zu verteilende Ressourcen angeknabbert werden.

Wir halten das gegenwärtige Berufungssystem mit dem Knäuel der Interessenverflechtungen und der aufwendigen prozeduralen Gepflogen-

heiten für nicht reformierungsfähig. Gefragt ist ein gänzlicher Neuansatz, der bezüglich der rechtlichen und verfahrensmäßigen Absicherung eine erhebliche Koordinationsleistung des Bundes und der verschiedenen Wissenschaftsministerien verlangen wird. Wir haben keinen ausgearbeiteten Gegenentwurf anzubieten. Aber das allgemeine Ziel sollte klar sein: Besetzungsverfahren sollten vom Zeitpunkt der Kündigung bzw. der Neueinsetzung einer Stelle bis zur Besetzung keinesfalls länger als ein halbes Jahr dauern. Diesem Primärziel muß sich alles andere unterordnen. Dazu sollten z.B. die folgenden Rahmenbedingungen gegeben sein. Sie beziehen sich auf die Verschlinkung des Verfahrens, auf Transparenz der Bedingungen der Stelle und auf zeitliche Begrenzungen bei der Entscheidungsfindung.

- Das Selbstrekrutierungsprinzip der Hochschulen soll in jedem Fall erhalten bleiben, auch wenn es nicht auf verschiedene Ebenen verteilt werden sollte. Für das Berufungsverfahren sollte nur noch eine Institution in der Universität zuständig sein, die als ad hoc bestellte Findungskommission oder als permanent eingerichteter Ausschuß dem Rektor/Präsidenten der Universität (bei einer entsprechenden Aufwertung dem Dekan) einen Entscheidungsvorschlag unterbreitet. In diesem Ausschuß soll, neben den Mitgliedern der eigenen Universität auch externe Expertise der Wissenschaft und des mit der Stelle angesprochenen Praxisfeldes eingebracht sein. Der Ausschuß tagt auch während der vorlesungsfreien Zeit.
- Jede Universität muß über ein leistungsstarkes Informationsmanagement verfügen, durch das alle entscheidungsrelevanten Daten aktuell bereitgestellt werden. Zu jeder Stelle muß ein abrufbares Szenario vorhanden sein, was mit welchen Prioritäten getan werden sollte, wenn eine Stelle wieder frei wird, so daß sofort gehandelt werden kann. Die tendenziell statischen Entwicklungspläne reichen hierfür nicht aus.
- Die Rahmenbedingungen für die Ausstattung der Stelle sollten mit der Ausschreibung an geeigneter Stelle (z.B. im WWW) offengelegt werden, so daß jeder Interessierte vor seiner Bewerbung weiß, ob das Angebot mit seinen Erwartungen konform geht. Er muß wissen, auf was er sich einläßt, und die Universität muß wissen, daß es der Bewerber weiß.
- Den Kandidaten, für die die Universität sich entschieden hat, sollten maximal 4 Wochen Zeit für ihre Entscheidung gegeben werden. Danach wird der Nächstplazierte eingeladen.
- Das System der Bleibeverhandlungen sollte abgeschafft werden. Wer sich bewirbt, gibt zum Ausdruck, daß er sich verändern will. Das per-

sönliche Einkommen und die Ausstattung der Stelle sollten eher über nachgewiesene Leistungen (dazu können ja auch abgelehnte Rufe gehören) verbessert werden können. Dazu müssen sich die an einer Verbesserung Interessierten einer internen und externen Evaluierung unterziehen.

Die Rolle der Ministerialverwaltungen kann sich gänzlich darauf beschränken, den Universitäten, z.B. im Rahmen von Globalhaushalten, die finanziellen Rahmenbedingungen vorzugeben, die insgesamt gelten, und mit vorgeschlagenen Kandidaten die besoldungstechnischen Angelegenheiten zu regeln. Ansonsten braucht die Ministerialbürokratie in das gesamte Verfahren, von der Wiederzuweisung bis zur Benennung der gewünschten Person(en), nicht beteiligt zu sein.

Die für jeden Beteiligten nicht übersehbare Krise und mangelnde Attraktivität der deutschen Universitäten, vor allem für Studierende, sind natürlich nicht allein auf die Besetzungsverfahren zurückzuführen. Einiges wäre aber schon gewonnen, wenn die Universitäten aus sich heraus ihre Berufungsprozeduren besser organisieren könnten.

Die soziale Konstruktion der Passfähigkeit in Personalauswahlverfahren

Berufungen an ostdeutschen Universitäten

Karin Zimmermann
Dortmund

Die Rekrutierung des Personals für Professuren, die im universitären Betrieb nahezu ausschließlich eine Lebenszeitstellung garantieren, ist ein heikles Thema. Wie im Transformationsprozess der ostdeutschen

Universitäten zu beobachten war, führen die einen dabei schnell die Rede von den Seilschaften und Netzwerken im Munde: „Selbstverständlich! Warum sollte es in der Wissenschaft anders funktionieren als in der Politik oder in der Wirtschaft?“ „Aber nein!“, widersprechen die anderen energisch: „In der Wissenschaft zählen nur 'objektive' Kriterien, geht es doch darum, 'die Besten', 'die Exzellenten' und 'die Hochrangigen' herauszufischen.“

Derart diskrepante Einschätzungen werfen die Frage auf, welches Selbstverständnis eine Organisation wie die Universität hat. Die Frage nach den Mechanismen der Auswahl ihres Kernpersonals, welches unter anderem die Funktion der Außendarstellung wahrnimmt, ist dabei eine entscheidende.

Am ostdeutschen Fallbeispiel rekonstruiere ich, wie bei den Personalauswahlen für die Professuren Verfahren und Entscheidungen so prozessualisieren, dass am Ende der dann offiziell so dargestellten Auslese „der Besten“ jene stehen, die sich als „die am besten Passfähigen erwiesen“ haben. Um in den Personalauswahlverfahren die *Passfähigkeit* der (zukünftigen) Mitglieder einer fachlichen Scientific Community festzustellen, wirken die Beteiligten an einem kollektiven Erkenntnisakt mit: Sie schaffen eine soziale Realität, die sie interaktiv konstruieren.

Wie die Passfähigkeit durch die aktive Konstruktionsarbeit aller Beteiligten hergestellt wird, werde ich aufdecken, indem ich die Innenperspektiven verschiedener sozialer Akteursgruppen ost- wie westdeutscher Herkunft, von Männern und Frauen sowie von unterschiedlichen universitären Statusgruppen aufnehme.²

² Dieser Beitrag stützt sich auf eine qualitative Fallstudie zum Berufungsgeschehen an

Der Interaktionsraum

Zunächst ist der *Interaktionsraum* als zentrales Instrument der qualitativen Rekonstruktion der Interviews mit den genannten Akteuren und Akteurinnen einzuführen, um anschließend verschiedene Interaktionsräume zu öffnen, in denen die *Passfähigkeit* definiert und hergestellt wird.

Eine singuläre universitäre Berufungskommission, ein wissenschaftliches Expertengremium oder auch bestimmte Verfahrensabläufe und Entscheidungsprozesse z.B. in einer Wissenschaftsorganisation lassen sich als Interaktionsräume konzipieren. Der zentrale Gedanke ist, dass die einzelnen Interaktionsräume wie die in einem Haus angesiedelten Zimmer nicht ungeordnet nebeneinander stehen, sondern in einem *Machtraum* miteinander verbunden sind.

Das auf die ostdeutschen Bundesländer übertragene westdeutsche System wissenschaftspolitischer Steuerung (Bund-Länder-Koordination) stellt einen solchen Machtraum dar. Im statischen Zustand betrachtet, sind in diesem Machtraum die in Übersicht 1 dargestellten unterschiedlichen Gruppen sozialer Akteure positioniert.

Auf jeder vertikalen Ebene (Makro, Meso, Mikro) des Machtraumes der föderativ geregelten wissenschaftspolitischen Steuerung bestehen zusätzlich horizontale Kompetenz- und Arbeitsteilungen zwischen Wissenschaft und Staat, die Gegenpole bilden.³ Während die Wissenschaft (z.B. auf der Makroebene die Wissenschaftsorganisationen) vorwiegend mit dem kulturellen Kapital ausgestattet ist, das die Grundlage ihrer sozialen Positionierung bildet, stützt sich die staatliche Seite (z.B. auf der Makroebene die Bundes- und Landesministerien) primär auf die Ressource des politisch-ökonomischen Kapitals.⁴ Während den staatlichen Akteuren

ostdeutschen Universitäten zwischen 1990/91 und 1994/95. An fünf ostdeutschen Universitäten wurden insgesamt 35 Experten- und Expertinnengespräche geführt. Die Befragten waren in universitären Gremien und Kommissionen und in regionalen Strukturkommissionen der Bundesländer sowie im überregionalen Wissenschaftsrat und anderen Gremien als Experten und Expertinnen tätig. Leser und Leserinnen, die weiterführend an Fragen der Entwicklung wie Umsetzung des Forschungskonzeptes zur Analyse der Prozesse der Definition und der Herstellung der Passfähigkeit interessiert sind, möchte ich auf meine Veröffentlichung „Spiele mit der Macht in der Wissenschaft“ hinweisen. Diese Arbeit wurde als Dissertation am Fachbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin angenommen und erscheint im Herbst 1999 bei edition sigma, Berlin.

³ Rechts- und verfassungspolitisch liegt der Besetzung von Professuren die Autonomie der Hochschulen zugrunde. Zu den transferspezifischen besonderen Kündigungs- und Personalüberleitungsregelungen durch den Einigungsvertrag sowie deren Umsetzung in den einzelnen Bundesländern vgl. z.B. Klemm et. al. (1992).

⁴ Grundlegend zum Kapitalbegriff vgl. Bourdieu (1983).

letztlich die Entscheidungskompetenz obliegt, sind die wissenschaftlichen Akteure beratend und empfehlend tätig. Deren Vorschläge und Empfehlungen sind für die staatlichen Akteursgruppen nicht bindend.

Makro-Ebene (Bund)	
BUND (BMFT/BMBW) ⁵	BUND-LÄNDER-/ LÄNDER-LÄNDER- KOOPERATION (KMK/BLK) ⁶
WISSENSCHAFTSORGANISATIONEN (MPG/FhG/AGF/DFG/HRK/WR) ⁷	
Meso-Ebene (Länder)	
LANDESPARLAMENTE WISSENSCHAFTSMINISTERIEN HOCHSCHULSTRUKTURKOMMISSIONEN	
Mikro-Ebene (Universitäten)	
UNIVERSITÄRE KOMMISSIONEN (Personal-, Fach-, Überleitungskommissionen, Gründungs-, Struktur- und Berufungskommissionen)	

Übersicht 1: Machtraum der wissenschaftspolitischen Steuerung

So waren die von den ostdeutschen Wissenschaftsministerien und Landesregierungen 1991/92 eingerichteten Hochschulstrukturkommissionen (Mesoebene) mit Empfehlungen zur Profilbildung in den Universitäten betraut, ebenso der auf gesamtstaatlicher Makroebene angesiedelte Wissenschaftsrat (WR) und die für ihn tätigen wissenschaftlichen Experten und Gutachter. Sie gaben wiederum Empfehlungen zur Durchführung der Berufungsverfahren und zur Einsetzung von Gutachtern und Gründungsbeauftragten in den Universitäten (Mikroebene).

⁵ BMFT: (damaliges) Bundesministerium für Forschung und Technologie, BMBW: (damaliges) Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft.

⁶ KMK: Kultusministerkonferenz, BLK: Bund-Länder-Kommission für Forschungsförderung und Bildungsplanung.

⁷ MPG: Max-Planck-Gesellschaft, FhG: Fraunhofer Gesellschaft, AGF: Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen, DFG: Deutsche Forschungsgemeinschaft, HRK: Hochschulrektorenkonferenz, WR: Wissenschaftsrat.

Interagieren die in dem Machtraum auf der Grundlage ihrer Ressourcen und Kompetenzen positionierten sozialen Akteursgruppen, dann aktualisieren sie die zwischen ihnen bestehenden sozialen Beziehungen. Sie verleihen dem, bisher im statischen Zustand betrachteten Machtraum Dynamik: Durch Interaktionen auf und zwischen den verschiedenen Ebenen werden *Machtfelder* gebildet.

Der theoretische Begriff des Machtfeldes bezeichnet "eine ganz reale Population von Inhabern jener greifbaren Realität (...), die man Macht nennt: worunter ich die Machtverhältnisse zwischen sozialen Positionen verstehe, die ihren Besitzern ein ausreichendes Quantum an gesellschaftlicher Macht – oder Kapital – sichern, um sie in die Lage zu versetzen, in die Kämpfe um das Monopol auf die Macht einzutreten, zu deren wichtigsten Dimensionen die Kämpfe um die Definition der legitimen Form der Macht gehören." (Bourdieu 1996:263)

Wird das westdeutsche, in den Osten transferierte System wissenschaftspolitischer Steuerung (Machtraum) als Prozess der Übertragung analysiert, gerät der (statische) Machtraum in Bewegung und ist als ein für den Transformationsverlauf spezifisches, *wissenschaftspolitisches Machtfeld* zu verstehen.⁸

Die Prozesse der Definition der legitimen Formen der Macht bei der Umstrukturierung ostdeutscher Universitäten lassen sich nun detaillierter und aus der empirischen Perspektive beobachten.

Auflösung und Neubildung legitimer Gruppen

Dem Einigungsvertrag zufolge ist die Legitimität der früheren Machtausübung auch im wissenschaftspolitischen Machtfeld der DDR obsolet geworden. Durch die entscheidungskompetenten staatlichen Akteure auf der Makroebene des transferspezifischen wissenschaftspolitischen Machtfeldes wird die legitime Definitionsmacht über das Verfahren bei den Berufungen dem Wissenschaftsrat übertragen (vgl. Wissenschaftsrat 1990 und 1992).

Wie sich im Rahmen dieser Untersuchung herausstellte, bieten die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Durchführung der Berufungen

⁸ Bourdieu hat sich zur Anwendung seines Habitus-Feld-Konzeptes auf den Reorganisationsprozess meines Wissens nicht geäußert. Auch in der mit der Transformation (von Wissenschaft und Forschung) entstandenen sozial- und politikwissenschaftlichen "Transformationsforschung" (im Überblick vgl. z.B. Kollmorgen 1994) wurde es bisher nicht herangezogen. Anregungen hierzu finden sich bei Dölling (1991). Zur Anwendung des Habitus-Feld-Konzeptes auf ehemals "realsozialistische" Gesellschaften vgl. Bourdieu 1991.

und die Empfehlungen für Fächerneu- und -umgründungen den mit dem kulturellen Kapital ausgestatteten wissenschaftlichen Akteuren, vorwiegend westdeutscher Herkunft, große Definitionsspielräume; und zwar gerade deshalb, weil sie keinen bindenden Charakter haben.

Doch müssen Definitionsspielräume erst ausgehandelt und umgekehrt muss die Definitionsmacht von anderen Gruppen anerkannt sein, um (neue) legitime Gruppen bilden zu können. Im Transformationsprozess ostdeutscher Universitäten gelingt dies nur solchen Gruppen, die es vermögen, die ihnen seitens der Politik zugeschriebene Definitionsmacht über die sozialen Netzwerke, die in den fachlichen Scientific Communities existieren, zu verteilen. Das kulturelle Kapital, über das die wissenschaftlichen Akteursgruppen in Form des wissenschaftlichen Prestiges (Reputation) verfügen, bildet hierfür nur die notwendige materielle Mindestvoraussetzung.

In der Situation des Zusammenschlusses beider Machtfelder – zumindest in der ersten Phase um 1990/91⁹ – ist das kulturelle Kapital ostdeutscher Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen tendenziell entwertet. Dies wirkt sich unter anderem bei der Besetzung wissenschaftlicher Machtpositionen aus, z.B. im wichtigsten überregionalen Gremium, dem Wissenschaftsrat, oder bei der Besetzung von Expertenpositionen in den Landesstrukturkommissionen der ostdeutschen Bundesländer. Die im Rahmen dieser Untersuchung befragten Experten und Expertinnen (im folgenden E1+x) in solchen Gremien, sehen die Beteiligung von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen ostdeutscher Herkunft eher in beratenden Funktionen, vornehmlich mit der Begründung, eine "Selbstevaluation" vermeiden und "Objektivität" (E32) gewährleisten zu wollen. Aus dieser Perspektive muss das bisherige wissenschaftliche Prestige ostdeutscher Akteursgruppen in einer zukünftig gemeinsamen ost- und westdeutschen Scientific Community erst (wieder) hergestellt werden. In der ersten Reorganisationsphase waren den Westdeutschen in den Expertengremien die "Wissenschaftler aus der DDR (...) eben nicht alle bekannt, und diejenigen, die gereist sind, waren eher die Belasteten, die anderen müssen sozusagen erst in die Öffentlichkeit treten." (E32)

Zu diesen "anderen" sozialen Gruppen, deren wissenschaftliches Prestige offenbar mit weniger Anerkennung belohnt wird, gehören neben den "Wissenschaftlern (aus der DDR)" (E32) auch die Wissenschaftlerinnen ostdeutscher Herkunft als potentielle Expertinnen und Gutachte-

⁹ Die politikwissenschaftliche Transformationsforschung spricht hier von Transition (vgl. z.B. Kollmorgen 1994). Zur Transformationsphase im Wissenschaftsbereich vgl. die Untersuchung von Mayntz (1992) über die Einschaltung des Wissenschaftsrates als Evaluationsgremium.

rinnen. Doch ähnlich wie Wissenschaftlerinnen westdeutscher Herkunft waren auch Ost-Wissenschaftlerinnen selten in der Rolle als Expertinnen und Gutachterinnen in den Reorganisationsgremien anzutreffen. Vor allem für die ersten und entscheidenden Reorganisationsphasen der Jahre 1990/92 seien sie, so die Wahrnehmung westdeutscher Mitglieder in Expertengremien, nicht nur seltener, sondern, im Vergleich zu ihren ostdeutschen Kollegen, relativ spät aufgetaucht. Dieses verspätete Erscheinen ist ein Indiz für die allgemein geringe Repräsentanz wissenschaftlicher Expertinnen in den oberen Rängen des Machtfeldes, die auch für das wissenschaftspolitische Machtfeld der DDR galt. Bis zum Reorganisationszeitpunkt bestand, offenbar auch in der westdeutschen Sichtweise, der Mythos fort, dass es aufgrund der vergleichsweise stärkeren Präsenz von Wissenschaftlerinnen in den unteren Regionen des wissenschaftlichen und universitären Feldes der DDR, quasi automatisch, auch mehr Wissenschaftlerinnen in wissenschaftlichen Machtpositionen gegeben habe. Die Reorganisation trägt hier also auch zu einer Entmythologisierung bei und zeigt im Rückblick, wie sehr ehemalige offizielle (ideologische) Verlautbarungen in den Wahrnehmungen und Bewertungen überdauern können.

Diese "in den Köpfen" verankerten Rangordnungen stützen sich in aller Regel auf eine "strukturelle Geschlechterasymmetrie" (Zimmermann 1997) im Machtfeld, wodurch die Zugänge zu den relevanten Interaktionsräumen prästrukturiert werden. So finden sich (1991/92) unter den über 100 Mitgliedern in den Hochschulstrukturkommissionen der ostdeutschen Bundesländer lediglich vier Professorinnen, eine Frauenbeauftragte und eine Gewerkschaftsvertreterin. Nur zwei der insgesamt sechs Hochschulstrukturkommissionen (HSK) der ostdeutschen Bundesländer zählten überhaupt Frauen zu ihren Mitgliedern. Es handelt sich hierbei gleichzeitig um jene beiden Hochschulstrukturkommissionen (Berlin und Brandenburg), die in ihren allgemeinen Empfehlungen zum Gegenstand "Frauen an Hochschulen" inhaltlich Stellung bezogen haben.¹⁰ Die häufige Ausklammerung des Expertinnenwissens zur Situation von Wissenschaftlerinnen an den Hochschulen eines Landes, über das z.B. die zuständigen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der Landeshochschulen inzwischen verfügen, verdeutlichen die diskriminierende Problemwahrnehmung, die immer wieder dazu führt, dass über den Gleichstellungsauftrag (z.B. der Hochschulen) in Strukturbildungsprozessen systematisch hinweggesehen wird.

¹⁰ Vgl. Brandenburgische Landeskommission für Hochschulen und Forschungseinrichtungen (1993), S. 34f. sowie Landeshochschulstrukturkommission Berlin (1992), S. 121-126.

Auch für die derzeitige Reorganisationsphase der Flexibilisierung der Hochschulhaushalte, oft verbunden mit der Einführung neuer staatlicher Steuerungsmodelle, ist dies zu beobachten. Ein aktuelles Beispiel für solche längst überholt geglaubten (Re)Traditionalisierungen gibt die nordrheinwestfälische Landesregierung mit dem kürzlich durch sie eingesetzten "Expertenrat" zur Evaluation und Neuplanung der Hochschullandschaft des Landes für die nächsten Jahre. Dort finden sich zwei Frauen neben 15 Männern, vergleichbar dem Expertinnenanteil bei den HSK der ostdeutschen Bundesländer in den Jahren 1991/92. Deutlich wird in diesen Fällen, dass Interaktionsräume wie die Hochschulstrukturkommissionen durch stillschweigend gehandhabte Quoten vorstrukturiert sind. In der Regel durch eine bestimmte Anzahl an sozialen Akteursgruppen aus Wissenschaft und Öffentlichkeit (i.d.R. aus Wirtschaft und Gewerkschaften), die regelmäßig fast ausschließlich durch Männer repräsentiert werden.

Die dabei angewandten etablierten und stillschweigend akzeptierten Quoten finden sich auch bei der Rekrutierung neuer Mitglieder in den Wissenschaftsorganisationen. Dort tragen die Auswahlprocedere sehr stark ritualisierte Züge und folgen dem Grundmuster der Repräsentation, Delegation und Kooptation. Bei der Kooptation neuer Wissenschaftler für den Wissenschaftsrat z.B. delegiert der Kreis der aktuellen Mitglieder das Auswahlprocedere an die "Allianz" (E31). Das ist die Sitzung der Präsidenten und Vorsitzenden der in dieser Organisation repräsentierten Wissenschaftsorganisationen.¹¹ Zwischen ihnen bestehen informelle Regeln, z.B. dass es ein internes "ausgeklügeltes System der Fächerrepräsentanz" (E31) gibt, an dem sich bereits die Vorauswahlen festmachen. Der Interaktionsraum "Sitzung der Allianz" (E31), in dem sich das im folgenden beschriebene Auswahlprocedere abspielt, ist außerdem durch Machtungleichgewichte prästrukturiert; z.B. liegt das Vorschlagsrecht bei einer bestimmten Organisation, oder eine Organisation oder auch der Vorsitzende als Person erhält ein stärkeres Gewicht als andere. Dort überhaupt eine Wissenschaftlerin vorzuschlagen, setzt eine bewusste Vorentscheidung voraus:

"(...) zumindest ich habe – wenn wir nicht schon jemand hatten – meine Frage gestellt, haben Sie Frauen? Wir müssen doch! Und dann wurde gesagt, also wir nicht oder wir ja. Und auf diese Weise ist dann z.B. Frau Y berufen worden.

¹¹ Das sind die Max-Planck-Gesellschaft (MPG), die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), die Fraunhofer Gesellschaft (FhG), die Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen (AGF), die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) und der bzw. die Vorsitzende des Wissenschaftsrates (WR) selbst (vgl. auch die oben stehende Grafik zum transferspezifischen wissenschaftspolitischen Machtfeld).

Bei der kam alles zusammen, erstens mussten Leute aus dem Osten berufen werden, dann wurde immer noch die Frage gestellt, hoffentlich sind die auch nicht irgendwie so exponiert,¹² dass wir da hinterher Ärger kriegen. Nein, schön wäre es auch, wenn es eine Frau wäre." (E31)

Aufgrund der Vorauswahlen sind alle verfügbaren Plätze bereits besetzt, und es erscheint so, als ob das Geschlecht als Auswahlkriterium keine Rolle spiele. Zumindest tritt in der Präferenzordnung die ostdeutsche Herkunft an die erste Stelle, um künftig – nach außen vermittelbar – auch den neuen Teil der Scientific Community zu repräsentieren. Gegenüber der Dokumentation gleicher Partizipationsmöglichkeiten von Ost und West ist der äußere Erwartungsdruck bezüglich der Dokumentation gleicher Partizipationsmöglichkeiten von Männern und Frauen vergleichsweise geringer. Die Bedingung "wenn es eine Frau wäre" wird in der konkreten Auswahl situation zum "i-Tüpfelchen" (E32), da beide Erwartungen gleichzeitig erfüllbar werden.

Bei den Wissenschaftsorganisationen wie bei der Besetzung wissenschaftlicher Expertengremien mündet diese soziale Praxis in einen allgemeinen Rekrutierungsmodus, der sich in dem Muster der Präsentation einer "Legitimationsfrau" (E31) verdichtet: "um zu sagen, wir haben auch Frauen – eine, mehr wollen wir nicht." (E31) "Mehr wollen wir nicht" gehört allerdings zu den unausgesprochenen – nach außen nicht darstellbaren – subkutanen Formen der Diskriminierung. Das "*verborgene Doppelleben* der akademischen Institution, das als untergründiges Leben aus den Ablagerungen der Geschichte und unartikulierten Motiven rührt" (Metz-Göckel 1997:24, Hervorh. i.O.), strukturiert auch in der entscheidungsrelevanten Situation der Jahre 1991/92 die Vorstellungen der Auswählenden, denen es kaum gelingt, passfähige "Frauen ad hoc zu benennen" (E32). Dabei ruht die kulturell-symbolische Geschlechterordnung, wie sie hier an einigen Beispielen für die oberen Regionen des Machtfeldes sichtbar wurde, auf der strukturellen Geschlechterasymmetrie im Machtraum, die z.B. in den immer noch geringen Anteilen an Professorinnen und leitend tätigen Wissenschaftlerinnen in den Forschungseinrichtungen zum Tragen kommt. Das durch diese sozialen Positionen verliehene kulturelle Kapital (Prestige, Reputation) stellt wie erwähnt nur eine, wenn auch notwendige Mindestvoraussetzung für die Teilhabe an der wissenschaftlichen Definitionsmacht dar.

Zwischen dem kulturellen Kapital (Prestige) und dem symbolischen Kapital (wissenschaftliche Definitionsmacht) bildet das soziale Kapital

¹² Gemeint ist eine evtl. so eingeschätzte „politische Belastetheit“, aufgrund exponierter Tätigkeiten und Ämter im früheren wissenschaftspolitischen Machtfeld der DDR, die dem Ruf des Gremiums Wissenschaftsrat u.U. hätte schaden können.

(Netzwerke) das zentrale Verbindungsstück. Denn es hält soziale Beziehungen der gegenseitigen *Anerkennung* zwischen den Mitgliedern einer Scientific Community bereit, die für die (Re)Distribution der wissenschaftlichen Definitionsmacht sorgen.

Struktureffekte durch emergente soziale Netzwerke

Der hohe Stellenwert des sozialen Kapitals tritt in Zeiten, in denen die Universität als Institution in eine Krise gerät, wie im Reorganisationskontext, besonders deutlich hervor. Ausgestattet mit der wissenschaftlichen Definitionsmacht und eingebunden in soziale Netzwerke erhalten vor allem die sozialen Positionen der (Gründungs)Dekane für die Fakultäten und der (Gründungs)Beauftragten für die einzelnen Fächer an den Universitäten als Akteure der Redistribution der allgemeinen wissenschaftlichen Definitionsmacht ein entscheidendes Gewicht. Sie können als Knotenpunkte in den netzwerkförmigen Verteilungsstrukturen der Definitionsmacht fungieren, weil ihre Netzwerkverbindungen in die fachlichen Communities (z.B. Fachverbände) hinein reichen. Solche Verbindungen ermöglichen Handlungsstrategien, die die Präsenz in verschiedenen Interaktionsräumen und dadurch die Bildung von Machtfeldern gewährleisten, und zwar die oben skizzierten drei vertikalen Ebenen des Machtraumes umfassend.

Diese Grundstruktur der Distribution der symbolischen wissenschaftlichen Definitionsmacht bedingt und begleitet die in den ostdeutschen Universitäten (Mikroebene) stattfindenden Neupositionierungen. Sie verlaufen als konflikthafte Prozesse der Einpassung bisheriger Instituts- und Forschungsprofile in die neuen Fächerprofile. Aus der Perspektive einer ostdeutschen, in die neue Personalstruktur übergeleiteten C4-Professorin, zu diesem Zeitpunkt Dekanin an ihrer Universität, stellt sich die Situation wie folgt dar: Sie habe

„sofort nach der Wende probiert, mit meiner Forschungsgruppe in das Establishment der Bundesrepublik hineinzukommen. (...) Und da hatten wieder unsere alten Genossen, die rüber durften, den Riesenvorteil, die kannten die Leute und die brauchten bloß noch an den Strippen zu ziehen, und saßen drüben schon wieder in allen Gremien drin. (...) Die hatten ihre alten Beziehungen sofort wieder spielen lassen. Und das war für uns, die wir Newcomer waren, doppelt schwer, und bis heute kämpfen die jungen Professoren darum, dort überall reinzukommen. (...) Und das hat bei uns Frust hervorgerufen.“ (E18)

Wie dieses Beispiel andeutet, vollziehen sich die Platzwechsel im Machtfeld unter den Bedingungen einer verstärkten Konkurrenz vor allem zwischen den ostdeutschen Akteuren und Akteurinnen. In dem "Spagat zwischen Selbst- und Fremdergänzung" (Brentjes/Pasternack 1994)

kommt es bei den Platzwechseln im universitären Raum auch zu ost-west-übergreifenden Koalitionsbildungen.

In einer Situation, in der in vielen Universitäten die Professuren noch nicht neu bzw. wieder besetzt sind, und der wissenschaftliche Mittelbau noch nicht in die neuen Personalstrukturen (nach dem Hochschulrahmengesetz) übergeleitet ist, konstatieren die im Rahmen dieser Untersuchung Befragten die verschärfte Konkurrenz selbst für Universitäten mit einem, im Vergleich zu anderen ostdeutschen Universitäten, weniger rigorosen Personalabbau. Abgesehen von einem vorwiegend westdeutsch besetzten Gründungssenat ist in dem folgenden Beispiel einer ostdeutschen Universität im Bereich der Professuren die frühere

"personelle Zusammensetzung (...) im wesentlichen so geblieben, außer einigen Kündigungen aus politischen Gründen oder diejenigen, die in den Vorruhestand gegangen sind. (...) Und es funktioniert genau das weiter, was früher auch funktioniert hat: (...) Diese alten Seilschaften sind aber nur mit Einschränkungen wirksam, denn was jetzt hier passiert, ist etwas Vielschichtiges: Was die Sache ganz diffizil macht, ist einmal, dass man sich natürlich nach wie vor weiter untereinander hilft, dann aber auch, dass man natürlich auch sofort versucht hat, neue Seilschaften mit den West-Professoren zu bilden, zumindest bei einigen Leuten ist ein vorausseilender Gehorsam ganz offensichtlich zu spüren. Man meint, das ist jetzt die Macht, und die haben ja auch im Prinzip das Sagen. (...) Die neuen C4-Professoren bekommen unausgesprochen irgendwie so einen Bonus, weil sie aus dem Westen kommen. Das sind die, die hier auch das fachliche Niveau in den nächsten Jahren sicher bestimmen werden, und da will man doch mit von der Partie sein, das möchte ja wirklich jeder." (E24)

Eine wesentliche Konsequenz der stillschweigenden Zustimmung besteht darin, dass den Westdeutschen, die in den universitären Personalüberleitungs- und Berufungskommissionen als Gründungsbeauftragte für ein Fach bzw. als Gründungsdekan für eine Fakultät etc. tätig geworden sind, die Bildung legitimer Gruppen erleichtert wird. Aber auch ostdeutsche Akteure konnten, ebenfalls anknüpfend an bestehende soziale Netzwerke, neue aufbauen und für sich mobilisieren. Dies vor allem dort, wo in den Umstrukturierungs- und Profilbildungsprozessen seltener westliche Akteure tätig geworden sind, also vorwiegend in den bereits bestehenden Fächern. Vor allem in den neu gegründeten Fächern (wie in den Geistes- und Sozialwissenschaften) sind die westlichen Akteure dominant. Die ihnen, auch formal durch die rechtspolitischen Grundlagen des Einigungsvertrages und durch die politischen Entscheidungsträger in den ostdeutschen Bundesländern eingeräumte Stellung kann jedoch nur funktionieren, wenn sie durch ein Verhalten der Anpassung, die sich im Reorganisationskontext häufig auch auf Ressourcenschwächen der ostdeutschen Akteure zurückführen lässt, bestärkt wird.

Für sie ergibt sich eine wesentliche Neuerung aus den Veränderungen in der Rekrutierungsweise für die Professuren. Während früher die Rekrutierungsfunktion der (eigenen) Universität stärker im Zentrum stand, in deren Rahmen "man die Kader für die eigene Hochschule vorbereitete" (E21), ist die neue Rekrutierungsweise vor allem auch durch eine größere Mobilität gekennzeichnet. Besonders bei den Auswärtigen westdeutscher Herkunft wird durch die zahlreichen Ausschreibungen von Professuren ein Mobilitätsschub erzielt. Bestehende Anerkennungsbeziehungen werden dadurch teilweise "veröffentlicht". Dies erscheint den Einheimischen, gerade in der Anfangsphase, häufig als übler Trick und bewusste Täuschung – vor allem dann, wenn sie nicht in ein solches „informelles System integriert“ sind:

"Wir haben das nur in (einem Wissenschaftsbereich) erlebt (...). Das hat ja in der ganzen Stadt Aufsehen erregt. (...) Der Gründungsdekan hatte einen Freund als Vorsitzenden der Berufungskommission bestellt. Dann haben wir festgestellt, dass Freunde eingeladen waren. Der eine Mann, das kriegte man dann so mit, der soll es werden. Und von dem war er der Doktor-Vater. (...) Da konnte man feststellen, wie so die Seilschaften laufen, Bewerber aus der einen Uni, die sich gegenseitig kennen. Wir waren noch zu naiv, dass wir das gar nicht durchschauen konnten". (E21)

Während sich die alte Rekrutierungsweise stärker auf die Universität bezog (vgl. hierzu z.B. Buck-Bechler 1994), zwingt die neue westdeutsche Rekrutierungsweise die Anwärter und Anwärterinnen auf eine Professur – i.d.R. unter Geltung des Hausberufungsverbot –, die Hochschule zu wechseln. Eine weitere Neuerung ist die relativ stärkere Bindung an eine fachliche Scientific Community und den dort existierenden Fachverbänden. Möglicherweise handelt es sich hierbei um "die größte Divergenz beider Systeme" (E9) Ost und West. Aus der stärkeren Rückbindung der Rekrutierungsweise an eine fachliche Scientific Community nach westdeutschem Muster erklärt sich der im Reorganisationskontext, im Vergleich zu den westdeutschen (Normal)Bedingungen, relativ starke Einfluss wissenschaftlicher Fachgesellschaften und -verbände auf den transferspezifischen Rekrutierungsmodus. Folgerichtig werden die sozialen Netzwerke von den (ursprünglich) Einheimischen insbesondere bei den neu Hinzukommenden gesehen. Die einheimischen Universitätsmitglieder erkennen die "Seilschaften der Fremden" an den für soziale Netzwerke typischen informellen Beziehungen, die affektive Bedürfnisse beinhalten; Affekte i.S. emotionaler Bindungen, die auf Vertrauen und wechselseitiger Anerkennung zwischen Personen beruhen, die unmittelbar miteinander interagieren. Das heißt, die soziale Beziehung geht über einen reinen Aufgabenbezug der "prescribed networks" (Tichy 1981), wie die Durchführung der Berufungsverfahren für ein Institut, hinaus,

z.B. durch gemeinsame Abend- und Freizeitgestaltung. Die für diese Beziehungsform typischen affektiven Merkmale werden im folgenden aus der Perspektive einer ostdeutschen Akteurin beobachtet, die als Vertreterin des wissenschaftlichen Mittelbaus an vielen Kommissionssitzungen teilgenommen hat:

"Man begrüßt sich schon mit Küsschen in manchen Kommissionen, und die Kandidaten begrüßen dann die Prüfenden persönlich, die sich kennen. (...) Dass sich Leute untereinander kennen, die noch dazu aus demselben Fach kommen, dagegen ist ja auch nichts zu sagen. Warum sollen die sich nun ausgerechnet hier nicht mehr kennen. (...) Dass jemand seinen Habilitanden empfiehlt, kann man ihm nicht zum Vorwurf machen, der weiß, dass der gut ist (...) Aber trotzdem gibt es Anzeichen dafür, dass manches nicht auf dem Verfahrensweg geklärt wird, sondern auf irgendeiner Ebene, die für mich nicht zu durchschauen ist. (...) Aber das sind subjektive Wahrnehmungen, wo man denkt, das kann doch den Amtsweg nicht gegangen sein. Da ist ja jetzt plötzlich eine Beziehung da, und der passt nur zu dem, und der kann nur mit dem. Ganz offensichtlich sind da, ich sage mal nicht Seilschaften, sondern subjektive Befindlichkeiten und Beziehungen mit im Spiel, die auf verschiedenen Ebenen verschieden zum Ausdruck gebracht werden." (E26)

Die vermittelnde Variable der informellen Beziehungen stellt für die Scientific Community ein Mittel der Kontrolle über die Passfähigkeit der Netzwerkmitglieder dar und wird über die Figuration spezifischer Netzwerkcluster gewährleistet, die innere und äußere Personenkreise umfassen. Das Besondere dieser "emergent networks" (Tichy 1981) besteht darin, dass sie Struktureffekte verursachen, das heißt qualitative Sprünge, deren Wirkungen einen eigendynamischen Charakter entfalten, der in einem sozialen System nicht zwangsläufig bereits so angelegt ist. Die Struktureffekte werden in dem folgenden Beispiel ausgehend von einem egozentrierten Netzwerk (der Person A) für einen mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich geschildert. Es berichtet eine ostdeutsche Professorin, die sich selbst außerhalb des Beziehungsnetzes verortet, obwohl sie zu den Mitgliedern des Fachbereiches zählt und eine der zuerst Berufenen ostdeutscher Herkunft ist. Nach oben in Richtung des staatlichen Akteurs der Mesoebene findet die Legitimität des Gründers (im folgenden Interviewzitat die Person A) jene Anerkennung, die in Form eines "Kredits" an die Kollegen in der Kommission verliehen wird. Über den höchsten Kredit verfügen die Knotenpunkte in den wissenschaftlichen Netzwerken vor allem dann, wenn sie, wie im folgenden "Professor A" (E10), neben der Reputation als Wissenschaftler über eine wissenschaftliche Machtposition verfügen, die i.d.R. in der (aktuellen oder früheren) offiziellen Repräsentation einer westdeutschen Fachvereinigung besteht. Mit der Anerkennung dieser Legitimität kann das nepotistische Machtspiel (der Vererbung von Stellen) in Gang gesetzt werden:

"Der Minister hatte wohl die Personen aus der Landesstrukturkommission gebeten, ihm Namen zu nennen, wen er in die einzelnen Strukturkommissionen berufen soll. Den Professor A hat der Wissenschaftsminister in die Landesstrukturkommission berufen. Der hat dann aus seinem engeren Arbeitsgebiet drei Leute benannt, einer (B) ist aus (Z/w)¹³, (...) C kommt aus (Y/w) und D war aus (X/w) (...) Ich würde sagen, sie hatten alle irgendwie schon zusammen viel miteinander zu tun gehabt. Ich würde es nicht zu eng sehen, mit dem Fachgebiet. (...) Auch nicht unmittelbar Schule, ein bisschen weitergehend schon. Es bestand eine Wertschätzung unter diesen Herren, sie kannten sich halt. (...) A hat dann hier seine Leute eingebracht und diese drei Personen benannt, die sind vom Minister auch berufen worden. Derjenige, der angewandte (Richtung innerhalb einer Wissenschaftsdisziplin) repräsentieren sollte, ist dann der Vorsitzende der Berufungskommission gewesen. Die beiden anderen waren die offiziellen Vertreter anderer Teile der (Disziplin). (...) Im Endeffekt hat das dazu geführt, dass zwei der drei westlichen Mitglieder der Berufungskommission hier einen Platz bekamen, eine schöne C4-Stelle mit einer schönen Ausstattung. (...) Spätestens zu diesem Zeitpunkt hätte der Fachbereich tätig werden können. (...) Der Minister hat aber (...) einfach eine neue Berufungskommission benannt. (...) Und der neue Berufungskommissionsvorsitzende war zufällig wieder der Herr A, der zusammen mit noch zwei anderen, diese letzten, zufällig noch freien zwei C4-Stellen verhöbert hat. Der Herr B. zum Beispiel, der vorher der Vorsitzende war, der hat sich auf diese Stelle nicht extra beworben, sondern die Kommission hat ihn gebeten, Berufungsunterlagen zu schicken. (...) Erst hat Herr A die Kommission berufen und dann hat er natürlich immer bei Gutachten mitgewirkt. Wenn man jetzt die Gutachtersituation anschaut, da finden sich dann Überschneidungen. Unter anderem, und das passt dazu, diese eine C4, die mit Herrn B inzwischen besetzt ist, zu der gehört eine C3-Professur, und diese Stelle wurde auch von dieser neuen Kommission irgendwie so schnell mal mitgemacht. Da ist natürlich auch wieder zufällig einer aus (X/w) der Favorit gewesen, diejenigen Leute, die aus den einzelnen Einzugsbereichen oder Bekanntenkreisen kommen." (E10)

Je höher der Kredit des Knotenpunktes, desto stärker der qualitative Sprung vom aufgabenbezogenen zum emergenten Netzwerk, desto unangreifbarer die Anerkennung der dadurch verkörperten legitimen Definitionsmacht, und desto größer die Wahrscheinlichkeit der Durchsetzung einer fachlichen Orthodoxie entlang dessen, was von den Inhabern der legitimen Definitionsmacht als Kernbereich definiert wird.

Die Konstruktion des dritten Listenplatzes

Wird auch die singuläre universitäre Personalüberleitungs- bzw. Berufungskommission als ein Interaktionsraum unter vielen anderen auf der Mikroebene des Machtfeldes konzipiert, gilt es, sich über die bisher beschriebenen Prästrukturierungen noch detaillierter Klarheit zu verschaf-

¹³ /W steht für einen Universitätsstandort (X, Y, Z) in der westlichen Bundesrepublik, analog für /o in der östlichen Bundesrepublik.

fen. Nicht nur die Definition von Kernbereichen, die je nach Fach und finanziellen Ausstattungsmöglichkeiten unterschiedlich ist, sondern auch die Reihenfolge, in der die Professuren besetzt werden, ist ausschlaggebend für die Strukturierung der Interaktionsräume. Als Muster kristallisiert sich heraus, dass i.d.R. die statushöheren C4-Kernprofessuren vor den C3-Professuren besetzt werden und anschließend die Stellenbesetzung und Überleitung der Positionen im wissenschaftlichen Mittelbau erfolgt. In den Auswahl-situationen stellt sich die Situation häufig so dar, dass der Kreis der zuerst berufenen C4-Professoren bereits konstituiert und in die noch ausstehenden Besetzungen von Professuren mit eingebunden ist. So auch im folgenden Beispiel, über das ein Interviewpartner westdeutscher Herkunft und Inhaber einer C4-Professur im Kernbereich eines sozialwissenschaftlichen Fachbereiches berichtet. In diesem Fall steht die Besetzung einer Methodenprofessur und die in einem Anwendungsgebiet noch aus:

"Es gibt ja auch im Westen noch frauenfreie Institute, die aber doch gering abnehmen. Und hier, muss man sagen, scheint so etwas zu entstehen. Es sieht so aus, dass in diesem Fach keine Frau Professorin wird. Ich kann das zwar als männliches Vorurteil auffassen, aber in diesen zwei Entscheidungsprozessen, an denen ich beteiligt war, war das keine Entscheidung gegen Frauen. Sondern es war der Versuch da, sowohl Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus dem Osten zu berücksichtigen, als auch Frauen. (...) Aber erstens haben sich für (... die Professur im Anwendungsgebiet) schon extrem wenige Frauen beworben, genauso wie Wissenschaftler oder Wissenschaftlerinnen aus dem Osten. (...) Und bei der Methodenstelle war der Anteil der Frauen, die sich beworben haben, extrem gering. In einem weiteren Feld, also von uns hier als Vorschlag, ist eine Frau reingekommen, die aber – das muss man jetzt dazusagen, habilitiert war -, aber sich auf dem Gebiet (... der im Fach dominanten Methodenrichtung) weitgehend nur für die Geschichte der Methode ausgezeichnet hat. Was aber ganz wichtig ist, ist eine Ausbildung in den Methoden selbst, und genau das war dieser Knackpunkt, warum die Frau nicht in die engere Wahl kam. Es ist nicht von den Leuten oder von den Männern hier die Mauer – bei dem Ergebnis würde man das zunächst einmal vermuten, dass hier gemauert wird –, sondern es ist in bestimmten Bereichen schon sehr sehr schwierig, die entsprechenden Frauen zu finden, die die entsprechenden formalen Qualifikationen haben. Es sind dann doch zu wenige Frauen habilitiert, das kann man ja sehr schön zahlenmäßig festmachen". (E16)

Die Bezugnahme auf die tatsächlich zahlenmäßig festzumachende strukturelle Geschlechterasymmetrie ist ein wiederkehrendes Argumentationsmuster. Besonders problematisch ist dabei die zirkelschlüssige Argumentation: Zwar werden die für die strukturelle Asymmetrie typischen Merkmale (der mit steigender Qualifikationsstufe sinkenden Wissenschaftlerinnenanteile) gesehen. Allerdings spart die Ursachenanalyse die in den Fachcommunities selbst erzeugten Barrieren aus. Sie werden,

mehr oder weniger implizit, aber regelmäßig "den Frauen" bzw. einer "Unvereinbarkeitsproblematik" zwischen Wissenschaft und Familienbindung zugeschrieben. Wie das Beispiel zeigt, muss selbst bei einer relativ reflektierten Sichtweise (dieses Interviewpartners) – aufgrund des Ausklammerns wissenschaftsimmanenter Faktoren – an dieser Stelle mit einem antizipierten "männlichen Vorurteil" (E16) operiert werden, bzw. mit der durchaus auch ernst zu nehmenden, manchmal aber nur argumentativen Kunstfertigkeit, das eigene Verhalten von dem Vorurteil zu entlasten. Im Resultat wird das strukturelle Argument zur Legitimationsstrategie. Sie wird in den, bewusst oder unbewusst, eher stillschweigend getroffenen Übereinkünften offensichtlich, dass Kandidatinnen letztlich das "falsche" Geschlecht repräsentierten, wie auch in dem folgenden Beispiel.

Hier entscheidet die zuständige Berufungskommission immer in derselben Zusammensetzung über die Besetzung von mehr als zehn Professuren für zwei Institute. Es gibt eine Gründerfigur, die von der zuständigen Wissenschaftsadministration eingesetzt wurde. Neben wenigen ostdeutschen Universitätsmitgliedern, setzt sich die Berufungskommission vorwiegend aus externen Mitgliedern westdeutscher Herkunft zusammen. Die einzige Frau in diesem Gremium ist eine C3-Professorin ostdeutscher Herkunft. Sie berichtet, dass die Sprechpositionen in dem Gremium entlang zweier benachbarter Fachgebiete verteilt werden, und dass es in Entscheidungssituationen jeweils eine Person gibt, der für das entsprechende Fachgebiet eine entscheidende Stimme ("ein Prä") eingeräumt wird. Als Kommissionsmitglied sei sie

"teilweise sehr ärgerlich darüber, dass wir auch sehr gute Bewerberinnen hatten, die die formalen Kriterien erfüllt haben, aber dann doch nicht auf den ersten Platz gekommen sind. Zum Beispiel ist (X), die vor allem auch für ihre Verbindung von (... zwei Methodenrichtungen) bekannt ist und wirklich ein Standing hat, auf den dritten Platz gekommen. Der, der auf dem ersten war, der war schon sehr gut, das habe auch ich so gesehen (...), aber ich war der Meinung, daß (X), wenn man nur die Qualifikation und die Art und Weise des Sich-Darstellens nimmt, auf den zweiten Platz gehört hätte." (E11)

Die zweite Listenplatzierung sei zu diesem Zeitpunkt innerhalb der Berufungskommission jedoch nicht durchsetzbar gewesen. Als der Erstplatzierte dann den Ruf ablehnt, "hatte ich gehofft durchsetzen zu können, dass sie vom dritten Platz aus berufen werden muss, unter diesem Gesichtspunkt Frauenförderung. Aber auch da konnte ich mich in der Kommission nicht durchsetzen. (...)." (E11)

Eine ähnliche Konstellation ergibt sich bei den Listenplatzierungen für die Besetzung einer Professur in einem Anwendungsgebiet im benachbarten Fach, "wo die Liste noch einmal offen war, und wir versucht ha-

ben, die Kandidatin von dem dritten Platz nach oben zu hieven, was aber auch nicht gelungen ist." (E11)

Die Kandidatin, "die einen sehr guten Eindruck gemacht hat" (E11), habe angeblich die "falsche" Profession repräsentiert. Zumindest hat die Person mit der ausschlaggebenden Stimme innerhalb der Kommission dies als Argument gegen die Erstplatzierung angeführt. Anschließend wurde die Professur neu ausgeschrieben. "Der, der jetzt kommen wird", stammt zwar ebenfalls aus derselben „falschen“ Profession wie die Kandidatin im ersten Durchlauf des Berufungsverfahrens, "aber er ist eben ein Mann" (E11).

Im Ergebnis dieses Konstruktionsprozesses steht das "fachliche" Argument mit der "falschen Profession" als Begründung für die Ablehnung der Kandidatin, obwohl das ausschlaggebende Selektionskriterium offenbar das "richtige Geschlecht" des Professors ist. In dem folgenden Beispiel wird dieses heimliche Auswahlkriterium als "eindeutig(es) Vorurteil gegen die Frau" (E32) von einer C3-Professorin westdeutscher Herkunft entschlüsselt. Als Gutachterin in Berufungsverfahren wird sie häufiger, unter anderem auch an ostdeutschen Hochschulen tätig:

"Endlich bewirbt sich eine Frau auf eine Stelle. Eine Frau, die wirklich qualifiziert ist (...), unbestritten von der Forschung und von der Literatur her, (...) und sie hat unglaublich viel gemacht, auch exzeptionelle Studien und in interessanten Gebieten. Da haben die in der Berufungskommission die Frau wegen Nicht-Einschlägigkeit aussortiert. Und zwar passte die von ihren Studien, von ihren Forschungsarbeiten nicht hundertprozentig auf das Berufungsgebiet. Die hatte sozusagen nicht denselben Titel über ihren Forschungsarbeiten stehen, aber implizit war der Zusammenhang evident. Es war völlig klar, dass die da reinpasst. Abgesehen davon, dass sie sehr breit gearbeitet hat (...). Aber es gab einen Bewerber, der viel weniger gemacht hat, der aber just eine Doktorarbeit oder Habilarbeit gemacht hat über ein Thema, das den selben Titel hat wie die Ausschreibung. Der galt dann als einschlägiger – das nur zur Enge und zur Breite. Der Typ war viel enger und es war eher die Frage des i-Tüpfelchens." (E32)

Damit offenbart sich, dass die Frage der Passfähigkeit im Grunde genommen eine Frage des "i-Tüpfelchens" (E32) ist, und dass nicht selten in "alle Trickkisten" (E32) gegriffen wird, um die gängige Rekrutierungspraxis vor Infragestellungen zu schützen:

"Da hat es in der Berufungskommission große Kontroversen gegeben und da hat einer, ein ganz bekannter Kollege, gesagt, die kommt auf keinen Fall infrage. Und da hat mich dann ein anderer angerufen, weil der wusste, dass ich als Gutachterin da tätig war, und hat gesagt, ich sollte den Dritten anrufen, um ihm zu sagen, da wird es Ärger geben, sozusagen ihm einmal meine Sichtweise der Sache zu schildern. (...) Es war eindeutig ein Vorurteil gegenüber der Frau. Das sind übrigens häufig dieselben Kollegen, die das haben, die nicht unbekannt sind, (...) die ihre jungen Nachwuchslern holen, die keine Frauen ausgebildet und keinen weiblichen Nachwuchs haben, und verzweifelt versuchen, ihre Studenten, ih-

re Ex-Assistenten unterzubringen. Das Motiv ist - ich unterstelle jetzt einmal, noch nicht einmal Weiberfeind, bei einigen denke ich das allerdings doch -, (sondern) den eigenen Nachwuchs unterbringen, ganz eindeutig. Und wenn zu diesem eigenen Nachwuchs eben keine Frau gehört, was die Regel ist bei dieser Generation, dann ist das eben an einen Mann gegangen. Da hat man sehen können, (...) wie die Leute da wirklich zu allen Trickkisten greifen. Und da gibt es so diese atmosphärischen Dinge, die man rational nicht auflösen kann. (...) Es war schon die Frage, dass ein männliches Mitglied der Berufungskommission gesagt hat, wir brauchen eine Frau und die gut fand, (...und) der andere, der dagegen (gegen die Bewerberin und deren Erstplatzierung) war (...), der aber aus seiner Schule jemanden unterbringen wollte. Die war nun in der Tat nicht aus seiner Schule. Insofern könnte man sagen, es geht auch um Kontroversen von Schulen, aber das war da nicht der Punkt.“ (E 32)

Zwischen "Punkt" (Professoren und deren Nachwuchs) und "i-Tüpfelchen" (Passfähigkeit) wird ein positives Vorurteil in bezug auf den "eigenen Nachwuchs" (E32) entfaltet, um die männliche Genealogie der Gruppe auch zukünftig zu gewährleisten, während das „negative Vorurteil“ (Bourdieu 1997) in den "atmosphärische(n) Dinge(n)" liegt, "die man rational nicht auflösen kann" (E32). Die unartikulierten Motive, die auf das verborgene Doppelleben der Institution verweisen, lassen sich in den Begründungsschwierigkeiten aufspüren, in die Interviewpartner manchmal geraten, wie im folgenden der Gründer mehrerer eingeschlechtlicher Institute, der als Knotenpunkt an verschiedenen Universitätsstandorten tätig wurde:

"In (Y/o) hatte ich Frau (C), die uns sehr gut gefallen hat und die wir auf den zweiten Platz der Liste gestellt haben. Sie hatte Pech gewissermaßen, weil der, der auf den ersten kam, nun wirklich so stark war, dass man, hätte man ihn hinter die Frau gesetzt, hätte man ein..., hätte man irgendwie... – wäre der nicht dagewesen, dann hätten wir die Frau auf den ersten Platz genommen. Es tat uns leid." (E6)

In der argumentativen Verlegenheit drückt sich die Schwierigkeit aus, eine nachvollziehbare Begründung dafür zu liefern, warum der Frau, obwohl ihr gleiche oder vergleichbare wissenschaftliche Kompetenzen zugeschrieben werden (müssen), nicht der erste Platz eingeräumt wird. Wenn wie in diesem Beispiel keine sachlichen Gründe angegeben werden können, legt die Verlegenheit offen, dass die Akteure als Auswählende in den Gremien der Personalrekrutierung über Vorstellungen und über ein entsprechendes Empfindungsvermögen verfügen, das ihnen anzeigt, wann die soziale Rangordnung zwischen den Geschlechtern durchbrochen werden würde. Dies wäre dann der Fall, wenn dem Mann die nachrangige Position, in diesem Fall der zweite Platz auf einer Berufsliste, zugewiesen werden würde.

Die gleichermaßen "atmosphärisch" (E32) im Interaktionsraum verdichteten negativen Vorurteile können, wenn überhaupt, offenbar nur

ausnahmsweise ausgeräumt werden. So berichten Expertinnen von "Frauen, die (...) super clever, die (...) besser sind als die Männer" (E26). Solche Kandidatinnen zeichnen sich dadurch aus, dass sie, um das negative Vorurteil zu kippen, versuchen, den Vorstellungen der i.d.R. mehrheitlich oder ausschließlich männlichen Mitglieder einer Berufungskommission möglichst zu entsprechen und Irritationen zu vermeiden. In dem folgenden Beispiel wird die Präsentation einer als clever klassifizierten Kandidatin aus der Perspektive eines Kommissionsmitgliedes ostdeutscher Herkunft im Status der wissenschaftlichen Mitarbeiterin und Gleichstellungsbeauftragten der Universität dargestellt. Die Kandidatin gehört einer technikwissenschaftlichen Disziplin mit allgemein geringen Frauenanteilen an. Die Kommissionsmitglieder konstatieren dementsprechend eine 'schlechte' Bewerberinnenlage, und Frau A ist die einzige Kandidatin. Frau A wird von der Beobachterin ostdeutscher Herkunft als eine Bewerberin klassifiziert, die sie dem Kollektiv "Ost-Frau" (E26) zuordnet:

"Eine Ost-Frau, nicht viel hermachen, ein Lippenstift wäre schon zuviel, das stört bei der Arbeit. Anpacken, in einem Bereich, in dem es überhaupt keine Frauen gibt. Ich weiß noch den Tag, wo die sich vorstellte. Eingeladen wurde sie, weil sie einen riesen Berg von Veröffentlichungen, Paletten von Patenten etc. hatte, und dann kam die: So ein Typ Mutti, hoch geschlossene weiße Bluse, langer schwarzer Rock (...) 'nun werde ich Euch mal was erzählen'. Ich dachte noch, mein Gott, und hier alles Wessis, wenn die Dich jetzt nicht fertigmachen. Die machte den Mund auf, und die Männer wurden immer kleiner: Die bringt sieben Projekte mit, Drittmittel in Millionenhöhe, die hat einen Vortrag hingelegt, konnte so parieren, alle waren wirklich begeistert. Diese Liste zusammenzustellen, das ging ruck-zuck: Frau (A), Platz eins! Gegen West-Männer, die alle in den USA waren, was unsere nie konnten, wenn sie bis in die Sowjetunion kamen, waren sie schon gut. Das sind so Sternstunden (...), und ausgerechnet in so einem Fach noch dazu, wo Leute aus dem Westen waren, die im Konzern ihre Finger mit drin hatten und bestimmt gute Beziehungen." (E26)

Frau A verkörpert durch ihre Darstellung eine Reihe konkordanter Merkmale in Bezug auf die in diesem Fach relevanten Qualitätskriterien: Neben der *formalen Qualifikation* (Habilitation, Veröffentlichungsliste) erfüllt sie eine Reihe *zusätzlicher leistungsbezogener Qualitätskriterien* wie Patente, Forschungs Kooperationen und Drittmittelprojekte. Darüber hinausgehend verfügt sie über *extrafunktionale Qualitätsmerkmale*, die es den Auswählenden erleichtern, in Frau A den männlich konstruierten Techniker zu erkennen. Als "Techniker" verfügt Frau A über Merkmale wie Cleverness, Gewandtheit im Auftreten, Geschäftstüchtigkeit im Forschungsmanagement und einen gewissen Pragmatismus etc., die durch das unauffällige Outfit noch unterstrichen werden. Dadurch wird Frau A auch die Fähigkeit zugeschrieben, die im Reorganisationskontext not-

wendige "Aufbauarbeit" zu leisten, die mit "Knochenarbeit ist Männerarbeit" (E28) bzw. mit "Kampfgeist" (z.B. um Räume für das neue Institut) assoziiert wird.

Diese Selektionskriterien fließen als extrafunktionale Qualitätskriterien in die Herstellung der Passfähigkeit in den universitären Interaktionsräumen mit ein. Es sind i.d.R. nur teilweise festgeschriebene Regeln, zu denen z.B. auch fächerspezifische Vorstellungen darüber gehören, wie in einem bestimmten Forschungsgebiet ein Forschungskonzept auszusehen hat, oder wie beim Probevortrag mit Studierenden umzugehen ist. Gerade die extrafunktionalen Qualitätskriterien bieten eine Angriffsfläche für die sozialen Konstruktionsarbeiten am Geschlecht der Professionen, d.h. in diesem Fall, dass die Technik den kulturellen Code beibehält, ein Bereich zu sein, der Männern vorbehalten ist. Vor allem die Präsentationsstile und die Art der Darstellung können wiederum fächerspezifisch unterschiedlich zu Passfähigkeitskriterien gemacht werden, die gerade für die Kandidatinnen von größter Relevanz sind. Denn die Darstellung wissenschaftlicher Kompetenzen durch Frauen wird unter den beschriebenen Bedingungen mit anderen kulturellen Bedeutungen versehen:

"Der Vortrag kann mal gut mal schlecht sein, jeder hat einmal einen schlechten Tag. Bei der Frau wird aber etwas anderes gesehen. Wenn die sich schlecht darstellt, dann ist das für die Männer eine Bestätigung, dass das eine dumme Nuss ist." (E32)

Die Körperhaltungen, das Auftreten, der Gang, Kleidung und Gesten, und wie sie wahrgenommen werden, unterstützen die soziale Konstruktion des Geschlechts i.S. einer "Konstruktion des Unbewussten" (Bourdieu 1997:187), indem sie als eine ständige und unauslöschliche Gedächtnisstütze wirken. Die "in den Körpern" und "in den Köpfen" tief verankerten Gedächtnisstützen lassen sich kaum so explizit und offen aussprechen wie in der abschließenden Selbstdarstellung des oben schon zitierten Gründers neuer Fächerprofile an mehreren ostdeutschen Hochschulen:

"Also ich bin natürlich ein vollkommener Traditionalist, Frauen sind für mich Menschen und insofern kriegen sie keinen Bonus, aber auch keinen Malus. Ich müsste aber ein neues Bewusstsein haben und müsste sagen, Frauen kriegen erst einmal einen Bonus, und das tue ich nicht. Insofern bin ich ein Reaktionär. Der Witz ist doch einfach der, Sie dürfen Frauen nicht diskriminieren, also sagen, ach Gott, diese Frau! Nein, wir wollen keine Frauen haben, wir wollen hier unter Männern bleiben. Das ist Diskriminierung, da wird die Qualität nicht in Betracht gezogen, sondern das ist von vornherein ein Malus. Und es normalisiert sich ja auch langsam, nun haben wir ja auch überall Frauenbeauftragte, die ja auch ihrerseits immer sagen, warum ist unter diesen weiblichen Bewerbungen keine in die engere Wahl gekommen. Das finde ich in Ordnung, da muss man sagen, warum sie nicht in die engere Wahl gekommen sind, da muss man argumentieren können. Wenn man es nicht argumentieren kann, dann sagt die, 'nein, das passt

mir nicht, ladet die mal noch ein'; das ist auch in Ordnung. Sie haben also einen Begründungszwang und der Begründungszwang ist wichtig. Das finde ich einen guten Fortschritt. Das ist sehr gut, weil ein expliziter Begründungszwang fördert die Explikation der Kriterien. Ich bin dagegen, dass man sagt, jede zweite Stelle soll mit einer Frau besetzt werden. Warum jede zweite Stelle? Meinetwegen zwei Stellen hintereinander, dann, wenn die wirklich gut sind." (E5).

Um solche Situationen bewusst herbeizuführen, müsste – bezogen auf die universitäre Geschlechterordnung – die soziale Konstruktionsarbeit an dem dritten Listenplatz unterbrochen werden. Dies würde vor allem einschließen, die situativ nur schwer bewusst wahrnehmbare euphemisierende Praxis (vgl. Bourdieu 1998:160ff.) zu erkennen, wie sie in dem letzten Interviewzitat – "man darf nicht sagen" (E5) – noch einmal explizit wird.

Im Verborgenen der euphemisierenden sozialen Praxis, die die subtilen Herrschaftsverhältnisse in der Institution Universität verschleiert und beschönigt, liegt der für die Herstellung hierarchischer Anordnungen (zwischen Frauen und Männern, Ost und West, C3- und C4-Professur etc.) grundlegende Mechanismus.

Über das Quotieren spricht Mann nicht, sondern tut es

Um die in diesem Beitrag an empirischen Beispielen verdeutlichte, zunächst an vielen Stellen willkürlich und sogar widersinnig erscheinende soziale Praxis akademischer Personalrekrutierung der Reflektion zugänglich zu machen, ist hier abschließend die Problematik der Präreflexivität aufzugreifen. Denn in einer Präreflexivität liegt letztlich die "kulturelle Willkür" (Bourdieu 1992) bei den hier analysierten Personalauswahlverfahren für die hochangesehenen Positionen im Wissenschaftsbetrieb begründet.

Die Präreflexivität, das heißt das "unbewusst Gewusste" macht den sozialen Akteuren und Akteurinnen in den Personalauswahlverfahren glauben, es handele sich bei den durch ihr eigenes Zutun "konstruierten" Ordnungen um "natürliche" (Geschlechter-)Ordnungen. In der Naturalisierung liegt ein allgemeines Stabilisierungsmoment aller sozialen Konstruktionen, da durch den Anschein des "Natürlichen", des "Offensichtlichen" und des "Selbstverständlichen" der Charakter der Konstruktion und damit das eigene Zutun der Beteiligten verschleiert wird. Die vermeintlich *objektiven* Einteilungen, die in die Konstruktion der Passfähigkeit einfließen – etwa in Form der o.g. formalen, zusätzlichen leistungsbezogenen und der extrafunktionalen Qualitätskriterien – gründen sich auf *subjektive* Wahrnehmungen und Bewertungen. Diese *kognitiven Kategorien* bewirken, dass die Akteure und Akteurinnen die Welt als sinnvolle

erkennen und konstruieren können. Da die kognitiven Kategorien aber aus derselben Welt hervorgegangen sind, auf die sie angewendet werden, befinden sie sich weitgehend im Einklang mit der dort jeweils üblichen Ordnung der Dinge. Dabei wird keine Ordnung als so selbstverständlich und natürlich empfunden und fraglos hingenommen wie die – zweigeschlechtlich konstruierte – Ordnung zwischen Männern und Frauen (ausführlich vgl. z.B. Bourdieu 1997).

Dies gilt gerade für Bereiche wie die Wissenschaft und Universität, obwohl dort besonders großer Wert auf Objektivität und (Geschlechts-) Neutralität gelegt wird. Unter der Hand werden jedoch Kriterien definiert, die von den Auswählenden als "*objektive*" Kriterien verwendet und situativ permanent re- und umdefiniert werden. Diese selbstdefinierten Regeln repräsentieren "*subjektive*" Sichtweisen. Insoweit diese in den Aushandlungsprozessen (Interaktionsräumen) miteinander in Übereinstimmung gebracht werden, verwandeln sie sich in "*kollektiv*" zur Verfügung stehende Regeln. Auf die symbolische Macht, das heißt auf die unsichtbaren und nicht hinterfragten Beziehungen gegründet, werden die selbstdefinierten Regeln in eine soziale Realität verwandelt.

Auf diese Weise können die Verfahren im Berufungsgeschehen so prozessualisieren, dass am Ende wie selbstverständlich "die Besten" bestehen. Es sind diejenigen, die in den Selektionsprozessen als die am besten Passfähigen klassifiziert werden. Somit enthält die Passfähigkeit nichts, was nicht hergestellt und produziert worden wäre, aber auch nichts, was vollständig beliebig und willkürlich wäre, weil die Passfähigkeit in Interaktionsräumen ausgehandelt wird, die wie hier gezeigt wurde, durch Machträume, Ressourcen (Kapitalien), legitime Gruppen und kognitive Schemata etc. (prä-)strukturiert sind.

Um die den Konstruktionsprozessen innewohnenden verborgenen Mechanismen der Macht eben nicht fraglos hinzunehmen, sondern sie sichtbar zu machen, sie offenzulegen und sie so zu dekonstruieren, war es für die Analyse notwendig, die bestehenden Beziehungsnetze, in die sich die Passfähigen eingezeichnet finden, zu zerreißen.

Durch diese de-konstruktivistische, das heißt die verborgenen Mechanismen offenlegende Herangehensweise an das Thema akademische Personalrekrutierung wird deutlich, dass Prozesse der Vergeschlechtlichung" (Wetterer 1993) bei der sozialen Konstruktion der Passfähigkeit Elemente darstellen, die in die sozialen und kognitiven Strukturen integriert sind. Weil dichotome Schemata (Mann versus Frau, Ost versus West etc.) unmittelbare Bestandteile der Konstruktionsprozesse sind, kann auch die Unterrepräsentanz von Frauen in der Wissenschaft nicht (mehr) als sogenannte "Frauenfrage" behandelt oder gar von "Frauenförderung" gespro-

chen werden. Vielmehr wird deutlich, dass es sich bei der akademischen Personalrekrutierung um einen sozialen und beruflichen Kontext handelt, der durch Machtbeziehungen, vor allem auch zwischen Männern und Frauen, strukturiert wird. Zukünftige kontraproduktive Wirkungen der sogenannten "Frauenförderung" zu vermeiden kann vor diesem Hintergrund nur bedeuten, dass Frauen keine "Förderung" im herkömmlichen Verständnis und in dem bis heute kaum hinterfragten Sinne brauchen (können) (vgl. hierzu Wetterer 1994). Solange sich an den universitären Machtverhältnissen nichts Grundlegendes ändert, bleibt auch das so genannte "Benachteiligungsverbot", das die Universitäten bei der Rekrutierung ihres Personals "verwirklichen" sollen – indem sie "weder eine Bevorzugung noch eine Benachteiligung von Wissenschaftlerinnen" zulassen (Thieme 1996:500) – eine Fiktion.

Die Rechtsnorm des „Benachteiligungsverbotes“ kann in der sozialen Praxis akademischer Selbstrekrutierung vor allem deshalb nicht wirksam werden, weil sie auf Ängste vor dem Verlust der männlichen Nachfolge auf die hoch dotierte und mit hohem sozialen Status und Prestige versehenen Universitätsprofessur stößt. Gegenüber der fiktiven "Frauenquote" verkörpert die "Männerquote" in der Universität bis heute eine soziale Realität, die sich vornehmlich der stillschweigenden Duldung durch die in den obigen Ausführungen offengelegten Verhaltens-, Qualifikations- und Selektionsmuster in Prozessen akademischer Personalrekrutierung verdankt.

Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen im Kontext der Reorganisation der ostdeutschen Universitäten erweist sich das bisherige Berufungsverfahren – unter westdeutschen Bedingungen in mehr als 40 Jahren eingeschliffen und auf die ostdeutschen Universitäten übertragen – als defizitär. Wie gezeigt wurde, werden die Defizite vor allem aufgrund der Beharrlichkeit der sozial-kulturellen und kognitiven Muster fortgeschrieben.

Ihr relativ hohes Beharrungsvermögen wird sich auch in dem aktuell angedachten Reformprozess der Hochschulen durch Haushaltsflexibilisierungen und Einführung neuer Steuerungsmodelle, z.B. über Systeme der Mittelverteilung, auswirken.¹⁴ Aufgrund der Ergebnisse dieser Untersuchung sollte vor allem die Absicht alarmieren, den Hochschulen auch bei der Personalrekrutierung noch mehr Autonomie zu gewähren als dies bisher der Fall ist. Würde das Berufungsverfahren als Arbeitsteilung zwischen Wissenschaft und Staat nicht grundsätzlich neu überdacht,

¹⁴ Hierzu gibt es bereits neuere Überlegungen wie der Gleichstellungsauftrag der Hochschulen (und Bundesländer) mit neuen Steuerungsmodellen verknüpft werden kann (vgl. Roloff 1998).

bliebe unter den bestehenden Bedingungen (nur) das Fazit: Über das Quotieren spricht Mann nicht, sondern tut es.

Innovativen Problemlösungen adäquater ist dahingegen die Steuerung der Zugangswege zu den Interaktionsräumen in Wissenschaft und Wissenschaftspolitik, in denen die Definitionsmacht zugeschrieben und über Beziehungsnetzwerke verteilt wird. Das Schwierigste dabei ist, wie die kognitiven Schemata ihres präreflexiven Charakters zu entkleiden sind.

Literatur

Adler, Helga (1997), Gleichstellungspolitik. Ein nachgeordnetes Problem im Umstrukturierungsprozess ostdeutscher Hochschulen? in: Lang, Sabine/Birgit Sauer (Hg.), Wissenschaft als Arbeit – Arbeit als Wissenschaftlerin, Frankfurt/M., New York, S. 67-74.

Arndt, Marlies/Magdalene Deters/Gabriele Harth/Gabriele Jähnert/Johanna Kootz/Birgit Riegraf/Manuela Roßbach/Karin Zimmermann (Hg.) (1993), Ausgegrenzt und mittendrin, Frauen in der Wissenschaft, Dokumentation einer Tagung an der Humboldt-Universität Berlin am 23./24. Oktober 1992, Berlin.

Bourdieu, Pierre (1991), Die Intellektuellen und die Macht, hrsg. v. Irene Dölling, Hamburg.

Bourdieu, Pierre (1992), Homo academicus, Frankfurt/M.

Bourdieu, Pierre (1994), Zur Soziologie der symbolischen Formen, 5. Auflage, Frankfurt/M.

Bourdieu, Pierre (1996), Die Praxis der reflexiven Anthropologie. Einleitung zum Seminar an der École des hautes études en sciences sociales, Paris, Oktober 1987, in: Bourdieu, Pierre/Loic J.D. Wacquant (1996), Reflexive Anthropologie, Frankfurt/M., S.251-294.

Bourdieu, Pierre (1997), Die männliche Herrschaft, in: Dölling, Irene/Beate Kraus (Hg.) (1997), Ein alltägliches Spiel. Geschlechterkonstruktion in der sozialen Praxis, Frankfurt/M., S. 153-217.

Bourdieu, Pierre (1998), Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns, Frankfurt/M.

Brandenburgische Landeskommission für Hochschulen und Forschungseinrichtungen (Hg.) (1993), Empfehlungen und Stellungnahmen zur Entwicklung der Hochschul- und Forschungslandschaft in Brandenburg, Potsdam.

Brentjes, Sonja/Peer Pasternack (1994), Berufungsverfahren Ost: Der Spagat zwischen Selbst- und Fremdergänzung, in: *hochschule ost* 4/1994, S. 28-43.

Buck-Bechler, Gertraude (1994), Das Hochschulwesen der DDR Ende der 80er Jahre, in: Mayntz, Renate (Hg.), Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozess, Frankfurt/M., New York, S. 11-31.

Dölling, Irene (1991): Der aktuelle Geschlechterdiskurs und die Macht der Wissenschaft, in: *ZfF-Bulletin*, 2, S. 5-17.

Klemm, Klaus/Wolfgang Böttcher/Michael Weegen (Hg.) (1992), Bildungspaltung in den neuen Bundesländern. Entwicklungstrends, Perspektiven und Vergleiche, Weinheim, München.

Kollmorgen, Raj (1994), Auf der Suche nach Theorien der Transformation. Über-

legungen zu Begriff und Theoretisierung der postsozialistischen Transformationen, in: *Berliner Journal für Soziologie* 3/1994, S. 381-399.

Landeshochschulstrukturkommission Berlin (Hg.) (1992), Stellungnahmen und Empfehlungen zur Struktur und Entwicklung der Berliner Hochschulen, Berlin.

Mayntz, Renate (1992), Die Forschung im Prozess der deutschen Einigung, in: *Leviathan* 1/1992, S. 65-82.

Metz-Göckel, Sigrid (1997), Geschlecht in der Hochschulforschung und im Hochschulalltag. Unerwünschte und gewollte Unterschiede, in: Metz-Göckel, Sigrid/Felicitas Steck (Hrsg.), *Frauenuniversitäten. Initiativen und Reformprojekte im internationalen Vergleich*, Opladen, S. 17-40.

Roloff, Christine (Hg.) (1998), Reformpotential an Hochschulen. Frauen als Akteurinnen in Hochschulreformprozessen, Berlin.

Thieme, Werner (1986), *Deutsches Hochschulrecht*. Köln, Berlin, Bonn, München.

Tichy, Noel M. (1981), Networks in Organizations, in: Nystrom, P./W. Starbuck (Eds.), *Handbook of organizational Design*, Vol. 2, *Remodeling organizations and their environment*, New York, Oxford, p. 225-249.

Wetterer, Angelika (1993), Professionalisierung und Geschlechterhierarchie. Vom kollektiven Frauenausschluss zur Integration mit beschränkten Möglichkeiten, in: *Wissenschaft ist Frauensache*, Bd. 3, Kassel.

Wetterer, Angelika (1994), Rhetorische Präsenz - Faktische Marginalität. Zur Situation von Wissenschaftlerinnen in Zeiten der Frauenförderung, in: *Zeitschrift für Frauenforschung*, 11. Jg., H. 1 und 2, S. 93-110.

Wissenschaftsrat (1990), *Perspektiven für Wissenschaft und Forschung auf dem Weg zur deutschen Einheit. Zwölf Empfehlungen*, Köln.

Wissenschaftsrat (1992), *Empfehlungen zur künftigen Struktur der Hochschul-landschaft in den neuen Ländern und im Ostteil von Berlin*, Teil 1, Köln.

Young, Brigitte (1993), Deutsche Vereinigung. Der Abwicklungsskandal an ost-deutschen Universitäten und seine Folgen für Frauen, in: *Feministische Studien* 1/1883, S. 8-20.

Zimmermann, Karin (1997), Wissenschaftliche Netzwerke im deutsch-deutschen Wissenschaftstransfer, in: Lang, Sabine/Birgit Sauer (Hg.), *Wissenschaft als Arbeit - Arbeit als Wissenschaftlerin*, Frankfurt/M., New York, S. 247-262.

Zimmermann, Karin (1999), *Spiele mit der Macht in der Wissenschaft. Passfähigkeit und Geschlecht als Kriterien für Berufungen* (i.E., edition sigma, Berlin).

Das Professoriat an Fachhochschulen

Clemens Klockner
Wiesbaden

*Sie können nicht glauben, was es
eine schöne Sache um einen Professor
ist. Ich bin ganz entzückt gewesen, da
ich einige von diesen Leuten in ihrer
Herrlichkeit sah.*

Goethe am 13. Oktober 1765
an seinen Vater¹

*Professor. C 3: Halbgott in spe. Professor. C 4: Halbgott.
Professor. Fachhochschule: Nun ja. Immerhin.
Siehe auch → Minderwertigkeitskomplex.
Philipp Köster, DUZ 6/1999²*

Goethe hatte in der Mitteilung an seinen Vater sicher den ureigentlichen deutschen Professor im Sinn, den Ordinarius oder o. Professor, den Gottähnlichen – dessen sprichwörtliche Zerstreutheit ist seit Jahrhunderten als deutsches Markenzeichen in viele Länder exportiert und dann bisweilen „als Tiefe und Genialität, als genuin Faustisches, oder doch zumindest als etwas liebenswürdig Altmodisches interpretiert worden“.³

Von dem „Zephir“-Professor, dem Universitätsprofessor C 4, ist der Fachhochschul-Professor Welten entfernt, wie aus dem frechen und köstlich zu lesenden 1 x 1 der Bildungspolitik von Philipp Köster zu entnehmen ist. Weder gott- noch halbgottähnlich. Nun ja. Immerhin. Es gibt diese besondere Spezies unter den Professorinnen/Professoren, aber scheinbar mit Minderwertigkeitskomplexen beladen. Um diese Gruppe geht es in meinem Beitrag. Deren Geschichte ist überschaubar, sie ist so alt oder so jung wie die Institution, in der sie lehren und forschen.

Zu Beginn der 70er Jahre ist mit den Fachhochschulen ein neuer Hochschultyp mit eigenem Bildungsauftrag, eigenen Eingangsvoraussetzungen, Curricula und Abschlüssen neben die Universitäten sowie die

¹ Zit. nach: Wulf Rehder, *Der deutsche Professor. Handbuch für Studierende, Lehrer, Professoren und solche, die es werden wollen*, Hamburg 1985.

² Köster, Philipp, 1 x 1 der Bildungspolitik, in: DUZ 6/1999.

³ Rehder, Wulf, a.a.O., S. 9. Vgl. Moraw, Peter, *Vom Lebensweg des deutschen Professors. Ein historisches Berufsbild*, in: *Mitteilungen des Hochschulverbandes* 5/1989, S. 259 f.

Kunst- und Musikhochschulen getreten. Die Fachhochschulen sind überwiegend aus Ingenieurschulen, Werkkunstschulen, Höheren Fachschulen für Sozialarbeit und Sozialpädagogik sowie Höheren Wirtschaftsfachschulen mit zum Teil großer Tradition hervorgegangen. Faktisch hat sich damit eine an den jeweiligen Abschlüssen orientierte, freilich durch viele institutionelle Überschneidungen und Verzahnungen gemilderte Dreiteilung des Hochschulwesens ergeben, die nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten auch in Ostdeutschland eingeführt wurde.

In diesem System bilden die Universitäten und die ihnen gleichgestellten Hochschulen den größten Bereich. Mit ca. 1,3 Millionen sind gut drei Viertel aller Studierenden an ihnen eingeschrieben. Ein Viertel der Studierenden, rund 420.000, studieren an den 146 Fachhochschulen.

Fachhochschulstudium bedeutet Vorbereitung auf Berufsfelder, welche die Anwendung wissenschaftlicher Methoden oder künstlerischer Fähigkeiten erfordern. Verglichen mit dem Universitätsstudium ist die Studienzeit kürzer. Das Fachhochschulstudium ist im allgemeinen straffer organisiert, die Vorlesungszeit länger, das Pflichtpensum an Lehrveranstaltungen pro Semester und die Zahl der Klausuren höher. Praktika vor dem Studium, praktische Studiensemester sowie an praktischen Aufgabenstellungen orientierte Studien- und Diplomarbeiten sind für die Fachhochschulen charakteristisch. Infolge ihres bildungspolitischen Auftrags, praxisorientierte wissenschaftliche Ausbildungsgänge anzubieten, verfügen die Fachhochschulen lediglich über ein begrenztes Fächerspektrum. Schwerpunkte sind die klassischen Bereiche: Ingenieurwissenschaften, Informatik, Architektur, Bauingenieurwesen, Betriebswirtschaftslehre/Wirtschaftswissenschaften, Sozialwesen und Design/Gestaltung. In diesen Bereichen stellen die Fachhochschulen zwischen 50% und 70% der deutschen Hochschulabsolventen/-absolventinnen.

In den letzten 15 Jahren wurde das auf die akademische Lehre hin konzentrierte Profil der Fachhochschulen durch spezifische Leistungen der angewandten Forschung, des Technologie- und Wissenstransfers und der wissenschaftlichen Weiterbildung ergänzt. Auch die Pflege der Auslandsbeziehungen hat in den letzten 15 Jahren für die Entwicklung der Fachhochschulen eine besondere Rolle gespielt. Wegen ihres eingeschränkten Forschungsauftrages besitzen die Fachhochschulen kein Promotions- und Habilitationsrecht. Ihre besonders qualifizierten Absolventen/Absolventinnen können aber nach einem kurzen Zusatzstudium und einer erfolgreich bestandenem Eignungsfeststellungsprüfung an den Universitäten zur Promotion zugelassen werden, ohne das universitäre Abschlussexamen zusätzlich erwerben zu müssen.

Trotz dieser grundsätzlich positiv verlaufenden Entwicklungsgeschichte der deutschen Fachhochschulen sind Infrastrukturdefizite sowie Strukturdefizite unübersehbar. Zu den Infrastrukturdefiziten gehören solche im personalstrukturellen Bereich, auf die noch näher einzugehen sein wird, daneben Defizite an konsumtiven („laufenden“) Mitteln, Defizite an investiven Mitteln (an apparativer Ausstattung), Defizite an Raumangebot. Zu den herausragenden Strukturdefiziten gehört die mangelnde fachliche Breite des Fachhochschulangebots in Bezug auf Studiengänge. Die Fachhochschulen haben gegenüber den vergleichbaren neuen englischen Universitäten, den ehemaligen Polytechnics, und den niederländischen HBO die deutlich geringere fachliche Breite. Die Bedeutung dieses strukturellen Defizits kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Erhebliche strukturelle Defizite liegen in der systematischen Verzahnung zwischen Hochschulabschluss und Berufseintritt. Fachhochschulen müssen sich verstärkt mit einer Entkoppelung von Hochschulabschluss und Berufszulassung, insbesondere in den sogenannten freien Berufen, befassen. Dass die Tarif- und Besoldungsstruktur hinsichtlich der Absolventen/Absolventinnen von Fachhochschulen defizitär ist, wer wollte das bestreiten? Die Spannweite der Forschungsaktivitäten der Fachhochschulen hat sich in den letzten 15 Jahren zwar wesentlich erweitert, sie reicht heute von der Umsetzung von Ergebnissen der Grundlagenforschung in innovative Lösungen konkreter Praxisaufgaben bis hin zur Produktentwicklung. Fachhochschulen leisten diese Forschungs- und Entwicklungsarbeiten in verschiedenem Umfang und unterschiedlicher Intensität, in unterschiedlichen Organisationsformen sowie in unterschiedlichen Kooperationen, die von Großunternehmen bis zu Handwerksbetrieben reichen. Fachhochschultypisch ist allerdings, dass die Tätigkeitsfelder im Bereich angewandter Forschung und Entwicklung nach wie vor weit davon entfernt sind, den ihnen entsprechenden Rang einzunehmen.⁴

Zur gegenwärtigen Personalsituation an Fachhochschulen

1. Personalstruktur

In den Vorgängereinrichtungen (den früheren Ingenieurschulen) waren die planmäßigen Lehrkräfte dort in der Regel als Beamte des höheren Dienstes tätig – entsprechend ihrer Eingruppierung als Bauräte, Oberbau- räte, Baudirektoren usw. Als Einstellungsvoraussetzung galt ein Studium

⁴ Mönch, Ronald, Defizite und ihre Behebung: Fachhochschule 2001, in: Fachhochschule Dortmund (Hrsg.), Stationen der Fachhochschule Dortmund, Lünen 1990, S. 206 ff.

mit Diplomabschluss an einer Technischen Hochschule oder die große Staatsprüfung für den höheren technischen Verwaltungsdienst (Assessor). Die Diplom-Ingenieure mussten zusätzlich eine fünfjährige, die Assessoren eine zweijährige berufspraktische Tätigkeit nachweisen. Für eine Lehrtätigkeit in mathematisch-naturwissenschaftlichen Grundlagenfächern oder kulturwissenschaftlichen Fächern war eine abgeschlossene Ausbildung für den höheren allgemeinbildenden Schuldienst vorgesehen; für die Lehre in Wirtschafts-, Rechts- oder Sozialkunde wurde schließlich ein entsprechender fachwissenschaftlicher Studienabschluss verlangt.

Mit der Überführung der Vorgängereinrichtungen als Fachhochschulen in den Hochschulbereich wurden die Einstellungsvoraussetzungen für das hauptamtliche Lehrpersonal angehoben und in den Ländergesetzen neu gefasst. Für eine Einstellung als Dozent musste fortan im allgemeinen nachgewiesen werden: ein abgeschlossenes Hochschulstudium, eine mindestens fünfjährige berufliche Tätigkeit, die Befähigung zu selbständiger, wissenschaftlicher bzw. künstlerischer Arbeit (nachgewiesen in der Regel durch eine Promotion) und pädagogische Eignung.

1976 wurde in § 4 HRG die geforderte Mindestqualifikation der Professorinnen/Professoren an Fachhochschulen erstmals bundeseinheitlich festgelegt. Mit diesen Bestimmungen kommt die Übergangsphase in der Anpassung der Einstellungsvoraussetzungen für Professorinnen und Professoren an ein hochschuladäquates Niveau zu einem ersten Abschluss. Hochschulpolitisch ging es dabei dem Gesetzgeber zum einen darum, das Professorinnen-/Professorenamt für qualifizierte und nicht in traditioneller Weise habilitierte Bewerberinnen und Bewerber zu öffnen und zum anderen darum, für die Erreichung weiterer bildungspolitischer Ziele (insbesondere Schaffung der Gesamthochschulen) die Homogenität des Professorinnen-/Professorenamtes materiell durch die Sicherung eines qualitativen Mindeststandards zu gewährleisten.

Prägend für das Hochschullehrerinnen-/Hochschullehreramt an Fachhochschulen ist seitdem eine sowohl wissenschaftliche als auch praxisorientierte Qualifikation der Lehrenden. Einstellungsvoraussetzungen sind demnach sowohl die wissenschaftliche Befähigung, nachgewiesen durch eine qualifizierte Promotion, als auch besondere praktische Erfahrungen bei der Anwendung wissenschaftlicher Methoden und Erkenntnisse, nachgewiesen durch eine mindestens fünfjährige qualifizierte Tätigkeit in der Praxis.⁵

⁵ Kalkum, Dietrich, Der Lehrkörper an Fachhochschulen. Eine empirische Untersuchung an 18 Fachhochschulen in 7 Bundesländern zur Struktur, Rekrutierung, Qualifi-

Diesen hohen Anforderungen an die Professorinnen und Professoren entspricht die Ausgestaltung des Professoren-/Professorinnenamtes insbesondere hinsichtlich Lehrdeputat und Besoldung nicht. Die Lehrverpflichtung der Professorinnen und Professoren an Fachhochschulen beträgt einheitlich 18 Semesterwochenstunden. Diese Höhe ist in erster Linie aus der Geschichte der Fachhochschulen zu erklären, die sich aus den Höheren Fachschulen entwickelt haben, wo das Lehrdeputat noch höher lag. Mit der Überführung war den Fachhochschulprofessorinnen und -professoren eine schrittweise Zurückführung auf 16 Semesterwochenstunden in Aussicht gestellt worden, zu der es jedoch aus vielen Gründen – vor allem finanziellen Erwägungen – nicht gekommen ist. Für diese Lehrverpflichtung von 16 Semesterwochenstunden sprach unter anderem die Lehrverpflichtung der Universitätsprofessorinnen und -professoren, die Aufgaben in Lehre und Forschung haben, und deren Deputat deswegen auf 8 Semesterwochenstunden festgesetzt ist. Selbst eine Lehrverpflichtung von 16 Semesterwochenstunden läge immer noch weit oberhalb dessen, was an ausländischen Hochschulen, die mit den Fachhochschulen vergleichbar sind, üblich ist.⁶

Die Besoldung der Professorinnen und Professoren ist durch eine Differenzierung in zwei Ämter gekennzeichnet. Die Professorinnen und Professoren der beiden Besoldungsgruppen C 2 und C 3 unterscheiden sich jedoch hinsichtlich Qualität und Quantität ihrer Rechte und Pflichten und der Wahrnehmung der Aufgaben nicht. Die Aufspaltung der Professorenämter in ein oberes und in ein unteres Professorenamt geht zurück auf die Vorgängereinrichtungen der Fachhochschulen, deren Dozenten in einer Laufbahn als Bauräte und Oberbauräte beschäftigt waren. Die Situation hat sich in mehrfacher Hinsicht geändert. Von den Professorinnen und Professoren an Fachhochschulen werden heute sowohl Erfahrungen in der Berufspraxis als auch eine wissenschaftliche Qualifikation verlangt. Die Besoldung nach C 2 entspricht daher nicht den Qualifikationsanforderungen. Es gibt auch keine Laufbahnen für Professorinnen und Professoren, und die Aufspaltung der Professorenämter lässt sich nicht mit den Unterschieden in den Aufgaben begründen. Professorinnen und Professoren nach C 2 lehren im gleichen Umfang, in den gleichen Fächern und sind in gleichem Maße mit anderen Aufgaben der Fachhochschulen betraut wie ihre Kolleginnen und Kollegen, die nach C 3 besoldet werden. Infolge einer gesetzlich festgelegten Obergrenze dürfen

kation und zum Einsatz. Dissertation am Fachbereich 22 Unterrichts- und Erziehungswissenschaften der Technischen Universität Berlin, Berlin 1989, S. 46/47.

⁶ Wissenschaftsrat (Hrsg.), Empfehlungen zur Entwicklung der Fachhochschulen in den 90er Jahren, Köln 1991, S. 111.

höchstens 60% der Professorinnen- und Professorenstellen an Fachhochschulen nach C 3 ausgebracht werden. Alle Versuche der letzten Jahre, zu sachlich begründeten Differenzierungen im Professorenamt zu kommen, blieben ohne überzeugende Ergebnisse. Die Aufspaltung des Professoren-/Professorinnenamtes wird daher an den Fachhochschulen nicht verstanden und beinträchtigt das kollegiale Miteinander, insbesondere wenn freiwerdende C 3-Stellen für Neuberufungen ausgeschrieben werden und seit Jahren nach C 2 besoldete Kolleginnen und Kollegen keine Aussicht sehen, in eine Planstelle nach C 3 zu kommen. Um den C 2-Professorinnen und Professoren eine Perspektive auf eine C 3-Stelle zu geben und ihre Motivation zu fördern, wird an vielen Fachhochschulen versucht, freiwerdende C 3-Stellen vorrangig mit Bewerbern aus dem eigenen Haus zu besetzen. Dies hat dann allerdings zur Folge, dass den Professorinnen und Professoren, die neu an die Fachhochschulen berufen werden, nur C 2-Stellen angeboten werden können. Weil keine zeitlich exakt kalkulierbare Perspektive besteht, aus C 2 nach C 3 zu kommen, ist das Professorinnen-/Professorenamt an der Fachhochschule für viele qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber nicht mehr attraktiv. Zunehmend wird von der Fachhochschulseite darüber Klage geführt, dass sich für neu ausgeschriebene C 2-Stellen nur wenige Bewerberinnen und Bewerber aus der Praxis interessieren, die Besetzungsverfahren länger werden und qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber häufig ihre Bewerbung noch während des Verfahrens zurückziehen. Vor allem im Informatikbereich, der Betriebswirtschaft und den Ingenieurwissenschaften hat sich der Abstand zwischen den in der Wirtschaft üblichen Gehältern für promovierte, berufserfahrene Hochschulabsolventinnen und -absolventen, die für eine Berufung an einer Fachhochschule in Frage kommen würden, und der Besoldung der Professorinnen und Professoren an Fachhochschulen erheblich ausgeweitet.

In den Fachhochschulen kommt es bislang nur selten vor, dass C 2-Professorinnen und -Professoren sich für eine C 3-Stelle an einer anderen Fachhochschule bewerben, denn anders als an den Universitäten gibt es zur Zeit keine Möglichkeiten zur Verhandlung der personellen und sächlichen Ausstattung der Stellen. Gegen ein einheitliches Professorinnen-/Professorenamt werden von der staatlichen Seite in erster Linie finanzielle Argumente vorgebracht.⁷

Die in der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) vertretenen Rektorinnen und Rektoren und Präsidentinnen und Präsidenten der Fachhochschulen versprechen sich denn auch mit den von der HRK angestrebten

Lösungen für ein anreizorientiertes Dienst-, Besoldungs- bzw. Tarifrecht für die Professorinnen und Professoren, das übrige wissenschaftliche Personal und das administrative und technische Personal eine nachhaltige Verbesserung des Besoldungsbereichs auch der Professorinnen und Professoren an Fachhochschulen. Da nach den Vorschlägen der HRK die unterschiedlichen Besoldungsgruppen bei den Professorinnen und Professoren durch ein einheitliches Ausgangsgehalt mit nach Funktion und Verantwortung variablen, in der Regel befristet vereinbarten Leistungs-, Belastungs- oder Funktionszulagen ersetzt werden soll, wogegen das regelmäßige Anwachsen des Gehalts um die Alterszulage entfallen soll, kämen die Professorinnen und Professoren an Fachhochschulen zum ersten Mal in ihrer Geschichte in den Genuß von Berufungs-, Bleibe- und Sonderzuschüssen sowie von Leistungs-, Belastungs- und Funktionszulagen. Dass die Fachhochschulseite bei der Reformierung des Dienst- und Besoldungsrechts darauf drängen wird, dass das Basisgrundgehalt für alle Hochschularten gleich definiert wird und nicht nach Hochschularten differenziert wird, versteht sich dabei von selbst.⁸

2. Gegenwärtiger Stellenbestand an Fachhochschulen

1993 gab es an den Fachhochschulen insgesamt 10.122 Stellen für Professorinnen und Professoren, wovon 5.070 Stellen nach C 3 und 5.052 Stellen nach C 2 ausgewiesen waren. Nur 666 der rund 10.000 Stellen wurden zu diesem Zeitpunkt von Professorinnen wahrgenommen. Das Schwergewicht der Professuren lag im Bereich der Rechts-, Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften (2.589 Stellen) sowie der Ingenieurwissenschaften (5.482 Stellen); weitere Fächergruppen wie Mathematik, Naturwissenschaften (1.058 Stellen), Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften (408 Stellen), Kunst, Kunstwissenschaften (409 Stellen) sowie Sprach- und Kulturwissenschaften (176 Stellen) folgten in großen Abständen.

Neben den rund 10.000 Professorinnen und Professoren waren an den Fachhochschulen zu diesem Zeitpunkt⁹ in nicht nennenswertem Umfang (ca. 800 Personalstellen insgesamt) Studienräte im Hochschuldienst und

⁸ Hochschulrektorenkonferenz (Hrsg.), Zum Dienst- und Tarif-, Besoldungs- und Vergütungsrecht sowie zur Personalstruktur in den Hochschulen, in: Beiträge zur Hochschulpolitik 8/1998, S. 13/14.

⁹ Tischvorlage für die Sitzung der Arbeitsgruppe der Kultusministerkonferenz „Personalgewinnung für Professuren an Fachhochschulen“ am 08. Oktober 1997. Bestand an C 2- und C 3-Professorinnen und -Professoren an Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen) nach Fächergruppen, hekt. Manuskript.

Lektoren, Lehrkräfte für besondere Aufgaben, Fachlehrer, wissenschaftliche Mitarbeiter auf Dauer und auf Zeit tätig. Zu dem Bestand von knapp 10.000 Professorinnen und Professoren kamen noch ca. 12.000 nebenberuflich Tätige hinzu, von denen die Lehrbeauftragten (ca. 10.000) die größte Gruppe darstellten. Hinzu kamen noch ca. 10.000 hauptberuflich und 4.500 nebenberuflich Beschäftigte in Verwaltung, Technik, Bibliothek und für sonstige Aufgaben.

Mit dem nachhaltigen Anstieg der Studienanfängerinnen/-anfänger in den 80er und 90er Jahren hat der Ausbau des wissenschaftlichen Personalbestands an den Fachhochschulen in keiner Weise Schritt gehalten. Die deutliche Abkoppelung des Personalbestandes an Fachhochschulen von der Entwicklung der Studienanfängerinnen/-anfänger und Studentinnen-/Studentenzahlen hat dazu geführt, dass die Betreuungsrelation, d.h. die Relation Studentin/Student je Stelle bzw. Studienanfängerin/-anfänger je Stelle, in diesen Jahren deutlich schlechter geworden ist. Erst der dramatische Rückgang der Studienanfängerinnen/-anfängerzahlen im Bereich der Ingenieurwissenschaften seit Mitte der 90er Jahre hat hier zu einer deutlichen Abschwächung in der Belastungsspitze im professoralen Bereich geführt.

Auch im Bereich der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, denen Dienstleistungen im lehr- und forschungsnahen Bereich (Laboringenieurinnen/Laboringenieure) obliegen, sowie im Bereich des Verwaltungspersonals verfügen die Fachhochschulen über große Defizite. So steht jeweils 3-4 Professorinnen/Professoren nur eine Mitarbeiterin/ein Mitarbeiter gegenüber, der/dem Dienstaufgaben im lehr- und forschungsnahen Bereich obliegen.

Auch die Zentralverwaltungen einschließlich der Fachbereichsverwaltungen sind so knapp mit Stellen ausgestattet, dass den Professorinnen und Professoren bei der Bewältigung ihrer Lehr- und Forschungsaufgaben von dieser Seite keine nennenswerte Unterstützung zuteilkommt. Wesentliche Infrastrukturdefizite im personalstrukturellen Bereich können daher benannt werden:

- Defizite in der Zahl und in der Besetzung der Professorinnen-/Professorenstellen,
- Defizite in der besoldungsmäßigen Einordnung der Hochschullehrerinnen-/Hochschullehrerstellen,
- Defizite in der Gesamtheit der Arbeitsbedingungen der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, nicht zuletzt die nicht hochschuladäquate Höhe der Lehrverpflichtung,
- Defizite in der Zahl und in dem Qualifikationsniveau der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den lehr- und forschungsnahen Lei-

- Leistungsfeldern der Fachhochschule,
- Defizite in der tariflichen Eingruppierung bzw. der Besoldung dieses Personenkreises,
- vergleichbare Defizite in den Bereichen der Verwaltung und der Bibliotheken,
- Defizite an wissenschaftlichen und studentischen Hilfskräften sowie an Tutoren,
- Defizite in der Mobilität des Lehrkörpers.¹⁰

Berufsbild der Professorinnen und Professoren an Fachhochschulen

„Der Fachhochschullehrer – Perspektiven eines Berufs“ war der Titel einer Tagung, die vom 25.-27. März 1977 an der Evangelischen Akademie in Tutzingen am Starnberger See stattfand. Laut Eleonore von Rothenhan waren nahezu 100 Fachhochschullehrerinnen und Fachhochschullehrer erschienen. Der Veranstalter hatte erwartet, dass hier Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer zusammen kommen würden, die noch etwas von dem Schwung der Bildungsreformer mitbrächten und die durch die Gründung der Fachhochschulen eine neue Form beruflicher Identität gefunden hätten. Tatsächlich aber war hier nur eine Gruppe von Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern beisammen, die vor allem beklagte, dass ihr Lehrdeputat zu hoch sei, die Bezahlung zu gering, die Verwaltungsarbeit viel zu umfangreich und die Anerkennung bei der Bürokratie und der Öffentlichkeit gleich Null. Solange der Staat nicht die Forschung als eine lebenswichtige Aufgabe der Fachhochschulen anerkenne, sei überhaupt keine anständige Lehre zustande zu bringen, und außerdem seien die zuständigen Kultusministerien allesamt nicht bereit, sich angemessen darum zu kümmern, dass die Fachhochschulprofessorinnen und -professoren sich ausreichend fortbilden könnten.¹¹

Obwohl seit dem Zeitpunkt dieser Tagung über 20 Jahre vergangen sind, ist die Konstanz der Klagen von Seiten der Professorinnen und Professoren über ihre Arbeitsbedingungen an den Fachhochschulen evident geblieben. Diese Konstanz ist nicht zufällig, sondern entspricht weitgehend der Konstanz der Bedingungen, unter der die Arbeit an den Fachhochschulen steht. Auch heute noch gilt, dass die Rahmenbedingungen mehr denen der Vorgängereinrichtungen als denen genuiner Hochschulen

¹⁰ Mönch, Ronald, a.a.O., S. 207.

¹¹ Rothenhan, Eleonore, von, Krise und Chance der Fachhochschule, München 1980, S. 48.

ähneln, wenngleich nicht zu verkennen ist, dass der Bund und die Länder mit Erfolg Anstrengungen unternommen haben und unternehmen, die Arbeitsbedingungen der Fachhochschulen durch verstärkte Ressourcenzuweisung (u.a. im Bereich der Auflegung von Programmen zur Förderung der angewandten Forschung und Entwicklung) zu verbessern.¹²

Die von Jürgen Enders und Ulrich Teichler vom Zentrum für Berufs- und Hochschulforschung der Universität Gesamthochschule Kassel im Jahre 1992 durchgeführte repräsentative Befragung von mehr als 100.000 Lehrenden und Forschenden aller hauptberuflich tätigen Statusgruppen an Hochschulen in den alten Ländern der Bundesrepublik, deren Ergebnisse im Jahre 1995 vorgelegt wurden,¹³ kommen im Hinblick auf die berufliche Zufriedenheit der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer zu dem Befund, dass sich zwei Drittel der Universitätsprofessorinnen/-professoren und nur jede zweite/jeder zweite Fachhochschulprofessorin/-professor zufrieden zu ihrer beruflichen Situation äußern. Nahezu alle Universitätsprofessorinnen/-professoren sind mit der Sicherheit des Arbeitsplatzes, drei Viertel von ihnen mit den Lehrveranstaltungen sowie der erreichten Position zufrieden. Die Mehrheit der Universitätsprofessorinnen/-professoren äußert sich zufrieden über ihr Verhältnis zu den Kolleginnen und Kollegen, die Möglichkeit, eigene Ideen zu verwirklichen, sowie die Forschungsarbeit. Vergleichbar der Einschätzung der Professorinnen und Professoren an Universitäten äußern sich ebenfalls nahezu alle Professorinnen und Professoren an Fachhochschulen zufrieden mit der Sicherheit ihres Arbeitsplatzes, und eine deutliche Mehrheit von ihnen schätzt auch die Lehrveranstaltungen, das Verhältnis zu den Kolleginnen und Kollegen sowie die erreichte berufliche Position positiv ein. Demgegenüber sind nur ein Drittel der Professorinnen und Professoren an Fachhochschulen mit der Möglichkeit, eigene Ideen zu verwirklichen, und nur 11% mit der Forschungsarbeit zufrieden. Die spezifische Problematik einer ganz überwiegend auf Lehrtätigkeit ausgerichteten wissenschaftlichen Betätigung kommt hier deutlich zum tragen. Nur 5% der Professorinnen und Professoren an Fachhochschulen sind mit den eigenen beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten zufrieden im Gegensatz zu den Universitäten, wo die eigenen beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten von einem

¹² Klockner, Clemens, Erforderliche äußere Rahmenbedingungen zur Weiterentwicklung der Lehre, in: Hochschullehrerbund (Hrsg.), Weiterentwicklung der Lehre. Bericht über das XIV. Kolloquium des Hochschullehrerbundes, Bad Honnef 19.-21.11.1991 in: Schriften des Hochschullehrerbundes zur wissenschaftlichen und künstlerischen Berufsausbildung, Band 4, Königswinter 1992, S. 74 ff.

¹³ Enders, Jürgen/Teichler, Ulrich, Berufsbild der Lehrenden und Forschenden an Hochschulen. Ergebnisse einer Befragung des wissenschaftlichen Personals an westdeutschen Hochschulen, Bonn 1995, S. 80 ff.

Drittel ihrer professoralen Mitglieder als zufriedenstellend eingeschätzt wird. Professorinnen und Professoren sind insgesamt seltener als ihre Kolleginnen und Kollegen an den Universitäten mit ihren Einkommensverhältnissen zufrieden: nur ein Drittel der Fachhochschulprofessorinnen/-professoren (bei den Universitäten zwei Drittel) gab an, mit dem Einkommen aus der hochschulischen Tätigkeit zufrieden zu sein, und dies weitgehend unabhängig vom tatsächlich erreichten Einkommensniveau.

Aus der von Enders und Teichler vorgelegten Studie wird beim Vergleich des Zeitbudgets (bezogen auf das gesamte akademische Jahr, d.h. Veranstaltungszeit und vorlesungsfreie Zeit) der Professorinnen und Professoren beider Hochschularten deutlich, dass bei den Universitätsprofessorinnen/-professoren lehr- und forschungsbezogene Aktivitäten annähernd das gleiche Gewicht haben (34% der Zeit für Aktivitäten in der Lehre, 37% für forschungsbezogene Aufgaben, 8% für wissenschaftliche Dienstleistungen, 6% für sonstige berufliche Aktivitäten). Professorinnen und Professoren an Fachhochschulen verwenden hingegen einen deutlich größeren Zeitanteil auf die Lehre (62%), für Forschungsaktivitäten einen wesentlich geringeren Anteil (17%). Weitere 12% der Arbeitszeit werden von Verwaltungsaufgaben und 7% von wissenschaftlichen Dienstleistungen in Anspruch genommen.

Dass die lehrbezogene Arbeitszeit der Professorinnen und Professoren an Fachhochschulen im Zeitbudget einen so hohen Stellenwert einnimmt, geht mit der Tradition dieses Hochschultyps als „Lehrhochschule“ einher, in deren gesetzlich fixiertem Aufgabenkatalog die hochschultypische Aufgabe der Forschung bis in die Mitte der 90er Jahre weitgehend fehlte.¹⁴ Mittlerweile ist die angewandte Forschung zwar auch eine gesetzlich fixierte Aufgabe der Fachhochschule, die Voraussetzungen dafür sind aber keineswegs vorhanden. Für Forschung ist die Fachhochschule höchstens individuell und punktuell gerüstet.¹⁵

Die institutionellen Voraussetzungen an den Fachhochschulen selbst stellen das größte Problem dar. An erster Stelle ist hier zu nennen, dass die Fachhochschule praktisch nicht über die Möglichkeit verfügt, den Professorinnen und Professoren für Forschungs- und Entwicklungsarbeiten eine geeignete personelle Unterstützung zur Verfügung zu stellen. Die einzige Form des „Unterbaus“, die die Fachhochschulen kennen, sind

¹⁴ Klockner, Clemens, 5 Essentials für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen der Forschung an Fachhochschulen, in : Forum Wissenschaft, Studienheft Nr. 8, Marburg 1990, S. 11.

¹⁵ Slapnicar, Klaus, Stand der Forschung an Fachhochschulen, in: Fachhochschule Dortmund (Hrsg.), a.a.O., S. 192.

die Diplomandinnen und Diplomanden. Ein großer Teil der Forschungs- und Entwicklungsarbeit der Fachhochschulen wird mit Hilfe von Diplomandinnen und Diplomanden bewerkstelligt. Doch stößt diese Konstruktion zunehmend an Grenzen. Je anspruchsvoller die Aufgaben werden, die von außerhochschulischen Partnern an die Fachhochschule hergetragen werden, je weniger sind Diplomandinnen und Diplomanden in der Lage, angemessene Lösungen zu finden.

Die Forschung an Fachhochschulen würde sicherlich wesentlich erleichtert, wenn eine Form des Mittelbaus geschaffen würde: sei es auf dem Wege der Promotion von Fachhochschulabsolventinnen/-absolventen an einer Universität (unter Beteiligung von Fachhochschulprofessorinnen/-professoren als Referentinnen/Referenten), sei es im Rahmen des Weiterstudiums (z.B. im Rahmen eines Masterstudiengangs) auf eine zweite, an der Fachhochschule vorzusehende Graduierung. Im Sinne der Kontinuität der Forschungsarbeit, aber auch im Sinne der wissenschaftlichen Herausforderung der Hochschullehrerinnen/Hochschullehrer, würde die zeitlich befristete Möglichkeit einer Weiterbeschäftigung und Weiterarbeit dieser Gruppe sicherlich Gewicht und Qualität der Forschung an den Fachhochschulen erhöhen.

Neben dem Defizit eines Mittelbaus ist der am stärksten wirkende Hemmnisfaktor im Hinblick auf die Forschung an den Fachhochschulen die große Belastung der Professorinnen und Professoren in der Lehre. Die Betreuungsrelation in einem Fachbereich korreliert sehr deutlich mit dem Engagement der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer in Forschung und Entwicklung. Ebenfalls hinderlich wirkt sich die für Forschung und Entwicklung bescheidene räumliche und sächliche Ausstattung aus. Besonders hinderlich erweist sich, dass die Verwaltungen und Sekretariate aus der Tradition der „Lehrhochschulen“ heraus quantitativ und zum Teil auch qualitativ nicht ausreichend besetzt sind. Diese Defizite führen offensichtlich zu zahlreichen Hemmnissen und Verzögerungen der Arbeit.¹⁶

Die Fachhochschulen sind daher von der Politikseite für die Forschung zu befähigen. Ohne die entsprechende Materialisierung des politischen Willens ist abzusehen, dass die Frustrierung der Professorinnen und Professoren angesichts der Diskrepanz von Erwartung an die Fachhochschulen (auch von Seiten der neuberufenen Professorinnen und Professoren) und unzureichenden Voraussetzungen für die Erfüllung einer

¹⁶ Holtkamp, Rolf, Voraussetzungen von Forschung und Entwicklung an Fachhochschulen. Ergebnisse eines Forschungsprojekts in: Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.), Reihe Bildung – Wissenschaft – Aktuell 1 / 94, S. 108-109.

solchen Aufgabe „eher zur Marginalisierung der Forschung und unmittelbar zur Abnahme der Lehrqualität führt“.¹⁷

Mechanismen der Ausgrenzung und Abwertung der Gruppe der an Fachhochschulen lehrenden Professorinnen/Professoren

Seit Errichtung der Fachhochschulen bestehen anhaltende Versuche zur korporations-, dienst- und besoldungsrechtlichen Abwertung und sogar Ausgrenzung der Professorinnen und Professoren aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer.

Auf Grund der Gesetzeslage und der Rechtsprechung zeigt sich eine Tendenz, den Fachhochschulen und ihren Professorinnen und Professoren einen eigenständigen Aufgabenbereich ausdrücklich zuzuerkennen, deren Gleichwertigkeit etwa den Universitäten gegenüber hingegen in Abrede zu stellen: Die Eigenständigkeit wird um den Preis einer statusrechtlichen Abwertung und damit einer zunehmenden Hierarchisierung des Hochschulbereichs gewürdigt.¹⁸ Zwei Gerichtsurteile zur Statusproblematik von Fachhochschulen und ihren Professorinnen und Professoren werden zum Beleg dieser Aussagen herangezogen:

1. Das Rechtslehrerurteil des Bundesverwaltungsgerichtes

Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) hat wiederholt entschieden, dass die mit rechtskundlichen Fächern betrauten Fachhochschullehrerinnen/Fachhochschullehrer nicht „Rechtslehrer“ an einer deutschen Hochschule im Sinne des § 67 Abs. 1 Satz 1 VwGO und damit vor dem Bundesverwaltungsgericht nicht postulationsfähig seien.¹⁹ Ihnen wird die besondere, den Professorinnen und Professoren der Rechtswissenschaft (Rechtslehrer) an einer deutschen Hochschule zustehende Befugnis, im Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht an Stelle des sonst zur Prozessvertretung im Revisionsverfahren berufenen Rechtsanwalts auftreten zu dürfen, nicht verliehen.

Den Fachhochschullehrerinnen/Fachhochschullehrern wird dieses Recht mit der Begründung abgesprochen, dass Fachhochschulen nicht die Kriterien des Hochschulbegriffs des § 67 Abs. 1 Satz 1 VwGO erfüllen würden. Bei Fachhochschullehrerinnen und Fachhochschullehrern können die für die Postulationsfähigkeit erforderliche Qualifikation, gerade auch forensischer Art, nicht in demselben Maß unterstellt werden

¹⁷ Holtkamp, Rolf, a.a.O., S. 110.

¹⁸ Kalkum, Dietrich, a.a.O., S. 34.

¹⁹ Kalkum, Dietrich, ebd., S. 71 f., sowie Leuze, Dieter, Sind Fachhochschullehrer Rechtslehrer an deutschen Hochschulen?, in: DUZ 1978, S. 664 ff.

wie den Rechtslehrerinnen/Rechtslehrern an „wissenschaftlichen Hochschulen“. Denn während die Fachhochschullehrerinnen und Fachhochschullehrer auf Grund des begrenzten Wissenschaftsbezuges, des eingeschränkten Forschungsbezuges u.a.m. über ein geringeres Anforderungsprofil verfügten sowie nur eingeschränkte Tätigkeiten ausführen würden, könnten nur die Universitätslehrer wegen der Qualität „der wissenschaftlichen Hochschulen“ in Lehre und Forschung wertvolle Beiträge zur Rechtsfindung und Rechtsfortbildung in der Revisionsinstanz leisten – selbst bei fehlender forensischer Praxiserfahrung. Weil Fachhochschulen eine Hochschulart minderen wissenschaftlichen Ranges seien, seien dies auch deren Hochschullehrerinnen/Hochschullehrer. Diese Differenzierung zwischen den Rechtslehrern verstoße auch nicht, so das Bundesverwaltungsgericht, gegen Artikel 3 I GG, weil sich hierfür sachliche Gründe finden ließen.

Für die Vertretungsregelung in § 138 Abs. 1 StPO wird ebenfalls angenommen, dass Professorinnen/Professoren an Fachhochschulen nicht vor den Strafgerichten auftreten könnten. Auch für die Vertretungsregelung in § 22 Abs. 1 Satz 1 BVerfGG wird angenommen, dass nur Universitätsprofessorinnen/-professoren vor dem Bundesverfassungsgericht zur Vertretung berechtigt und Fachhochschullehrerinnen/Fachhochschullehrer davon ausgeschlossen seien.²⁰

2. Das Bundesverfassungsgerichtsurteil zur Amtsbezeichnung der Professorinnen/Professoren

Auf Grund einer Verfassungsbeschwerde von mehr als 800 Universitätsprofessorinnen/-professoren hatte das Bundesverfassungsgericht 1983, in Fortführung seines Urteils aus dem Jahre 1974 zur Amtsbezeichnung der Richter, festgestellt, dass die Amtsbezeichnung „Professor“ ohne kennzeichnenden Zusatz für C 4/C 3 Professorinnen/Professoren an „wissenschaftlichen Hochschulen“ im Blick auf die Unterschiede der Aufgaben und die verschiedenen Anforderungen an die Qualifikation – etwa im Vergleich zu den Ämtern der Fachhochschullehrerinnen/Fachhochschullehrer – nicht mit Art. 33 Abs. 5 GG vereinbar sei.

Mit ihrer Verfassungsbeschwerde hatten sich die Universitätsprofessorinnen/-professoren gegen die gesetzlichen Regelungen gewandt, wo-

²⁰ BVerfG (1993) Beschluss vom 03. März 1993 (1 BvR 757, 1551 / 88 -). Die gemäß § 49 Abs. 1 Nr. 4 Buchs. b des Gesetzes über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (WissHG) eingewiesenen, an Gesamthochschulen Recht lehrenden Professoren sind „Lehrer des Rechts an einer deutschen Hochschule“ im Sinne von § 22 Abs.1 Satz 1 BVerfGG.

nach sie nur die allen Hochschullehrerinnen/Hochschullehrern gleichermaßen verliehene Amtsbezeichnung „Professor“ ohne kennzeichnenden Zusatz zu führen hätten. Die Pflicht zur Führung dieser einheitlichen Amtsbezeichnung ohne differenzierende Zusätze egalisiere und nivelliere die verschiedenen, nach Funktion und Besoldung unterschiedenen Ämter, insbesondere soweit in Verletzung des Homogenitätsgebotes auch solche Professoren der Gruppe der Hochschullehrer zugeschlagen würden, die ganz offensichtlich nicht die Kriterien des materiellen Hochschullehrerbegriffs erfüllen würden. Dieses betreffe – neben den C 2-Professoren der Universität – vor allem die Fachhochschulprofessoren auf Grund der bekannten Besonderheiten dieser Hochschulart hinsichtlich des eingeschränkten Auftrages, der eingeschränkten Forschungsaufgabe, der geringeren Einstellungs Voraussetzungen und niedrigeren Besoldungsstufen.²¹

In der Urteilsbegründung hatte das Bundesverfassungsgericht die Argumentation der Beschwerdeführer in weiten Teilen übernommen. Hinsichtlich der Fachhochschulen weist das Gericht deren Minderwertigkeit gegenüber den wissenschaftlichen Hochschulen nach, indem es deren faktische Andersartigkeit ausführt. Dazu bedient es sich des nicht näher begründeten Junktims von Amtsfunktion / Amtsinhalt / Besoldungshöhe / Stufe in der Amtshierarchie einerseits sowie Leistungs-/Qualifikations-/Einstellungs Voraussetzungen andererseits. Hierfür sollen einige Beispiele genannt werden, die die Argumentation des Gerichts besonders klar werden lassen:

- Die vorrangige Orientierung am Anwendungsbezug präge die Lehrinhalte (an den Fachhochschulen). Die Lehrziele würden durch die Anforderungen der Tätigkeitsfelder bestimmt. Dementsprechend werde auch die Qualität der Lehre an Fachhochschulen an ihrer Brauchbarkeit für die Berufsausbildung gemessen. Im technischen wie im nichttechnischen Bereich liege daher die Betonung auf Fragestellungen mit konkretem Bezug zur Berufspraxis. Das bedeute für den an der Fachhochschule Lehrenden einmal, dass er die Berufsanforderungen und ihren Wandel stets im Auge behalten müsse. Es bedeute zum anderen aber auch, dass der Fachhochschullehrer die Fortschritte der jeweiligen wissenschaftlichen Disziplinen zu berücksichtigen habe, weil die Lehre auf wissenschaftlicher Grundlage erfolgen solle; er sei vornehmlich gehalten, die wissenschaftlichen Erkenntnisse daraufhin zu überprüfen, inwieweit sie für das Berufsfeld relevant

²¹ Kalkum, Dietrich, a.a.O., S. 72 ff.. S. auch Schneider, Hans, Die Amtsbezeichnung „Professor“, in: *Mitteilungen des Hochschulverbandes* 2/1978, S. 77-82. Siehe auch Thieme, Werner, *Deutsches Hochschulrecht* 2. Aufl., München 1986, S. 528 f.

seien. Es reiche danach aus, wenn der Fachhochschullehrer die wissenschaftliche Entwicklung seines Faches verfolge und für seine Lehre fruchtbar mache. Da ein eigener Beitrag zur theoretischen Weiterentwicklung der Disziplin von ihm nicht gefordert werde – Grundlagenforschung gehöre zu den Aufgaben der wissenschaftlichen Hochschulen –, könne seine Tätigkeit in der Lehre im Ergebnis als rezeptiv-umsetzend charakterisiert werden.

- Der enge Bezug zur wissenschaftlich-praktischen Berufsvorbereitung führe zu einer inhaltlichen Beschränkung der Lehre des Fachhochschullehrers, wodurch sie sich qualitativ unterscheide von der des C 4-Professors an einer Universität. Die kurze Regelstudienzeit an Fachhochschulen bedinge eine Konzentration der Lehre auf das für den betreffenden Studiengang Wesentliche, auf das für die Anwendung Notwendige. Der engen curricularen Einbindung der Studenten im Kurssystem – ebenfalls eine Folge der Regelstudienzeit – stehe eine solche der Fachhochschullehrer gegenüber, die die vorgeschriebenen Lehrveranstaltungen in den hierfür vorgesehenen Semestern abzuhalten haben. Demgegenüber werde an der Universität dem Selbstverständnis des Faches breiter Raum gegeben. Der C 4-Professor vertrete sein Fachgebiet in „voller Breite“ und könne im Rahmen seiner *Venia Legendi* Lehrveranstaltungen nach freier Wahl anbieten. Die Studien- und Prüfungsordnungen der Universitäten begründeten insoweit keine die Qualität der Lehre verändernde Einschränkungen.
- Weil die Lehre in ihrer je besonderen Qualität auch von der Aufgabenstellung abhängt, die die jeweilige Hochschule zu erfüllen habe, sei für das Studium an einer wissenschaftlichen Hochschule herkömmlicherweise die Hochschulreife Zulassungsvoraussetzung. Das Reifezeugnis attestiere dem Schulabgänger, dass er gewissen Mindestanforderungen, die im Hinblick auf das Grundlagenwissen und seiner methodischen Fähigkeiten gestellt würden, im Studium zu genügen imstande sei. Für die Zulassung zum Studium an der Fachhochschule bedürfe es keines Nachweises der Hochschulreife, es reiche bereits der Abschluss einer Fachoberschule oder ein vergleichbarer Abschluss aus. Dieser berechtige den Fachhochschulstudenten nicht zur Aufnahme eines Universitätsstudiums; doch könne er nach erfolgreichem Besuch der Fachhochschule, also erst nach einer neuerlichen Qualifikation, zum Weiterstudium an einer Universität zugelassen werden.
- Der Lehrende müsse diesen Bildungsstand seiner Hörer berücksichtigen. Er müsse sich darauf einstellen und seinen „Unterricht“ entsprechend gestalten. Dabei sei in diesem Zusammenhang unerheblich,

dass es auch an Fachhochschulen Studenten mit Abitur gebe und dass ihre Zahl in einzelnen Studienfächern beträchtlich sein könne. Bei der Frage, welche Anforderungen das Amt an den Hochschullehrer stelle, sei nur darauf abzuheben, was an Leistung von ihm typischerweise verlangt werde.

- Lehrern an wissenschaftlichen Hochschulen seien nach alledem andere Lehrfunktionen übertragen worden als Lehrern an Fachhochschulen. Diese Lehrfunktionen, die den jeweiligen Amtsinhalt entscheidend prägen würden, liessen sich nicht ohne weiteres gleichsetzen. Der Gesetzgeber habe dies erkannt und dementsprechend in seinen Regelungen differenziert und gewichtet. Ob er hierbei auch berücksichtigt habe, in welchem Umfang die Lehre an Fachhochschulen als „wissenschaftliche Disziplin“ zu qualifizieren ist, könne in diesem Zusammenhang auf sich beruhen.
- Dahin stehen könne auch die Frage, welcher Art die von Fachhochschullehrern betriebene anwendungsorientierte Forschung, die sogenannte Lehrforschung, sei, und ob sie in ihrer Bedeutung der an wissenschaftlichen Hochschulen betriebenen Forschung gleich zu erachten sei. Maßgebend sei vielmehr, welchen Platz sie nach der gesetzgeberischen Konzeption im Bereich der Amtsausübung in Anspruch nehmen könne, inwieweit sie wesentlicher Teil des Amtsinhalts sei.

Dass Forschung in diesem engeren Rahmen grundsätzlich auch zum Amt des Fachhochschullehrers gehören könne, ergebe sich bereits aus dem zum Aufgabenbereich der Fachhochschulen Ausgeführten. Wenn der Gesetzgeber den Fachhochschulen anders als den wissenschaftlichen Hochschulen auch keinen Auftrag zur Forschung erteilt habe, so habe er ihnen Forschung doch im bestimmten Rahmen gestattet. Allerdings stecke schon darin eine erhebliche Einschränkung. Es werde von vornherein berücksichtigt, dass das Forschungsspektrum der Fachhochschulen im Hinblick auf ihren Ausbildungsauftrag markiert sei, nämlich durch die Pflicht zur Orientierung an den durch den Anwendungsbezug geprägten und entsprechend definierten Lehr- und Forschungsaufgaben.

Demgegenüber seien Universitäten wesentliche Stätten der Forschung. Die Forschungstätigkeit des C 4-Professors an der wissenschaftlichen Hochschule habe – entsprechend dem Verständnis von wissenschaftlicher Lehre – die Bedeutung einer „Leitgröße: Vom Umfang seiner Forschung hängt es ab, inwieweit er eine durch neue

Erkenntnisse auf Grund eigener Forschung besonders qualifizierte Lehre anbieten kann“.²²

Im Hinblick auf ihren Auftrag wird den Universitäten eine umfassende und vertiefte wissenschaftliche Ausbildung, den Fachhochschulen dagegen eine eingeschränkte Vorbereitung für bestimmte berufliche Tätigkeiten, deren Ausübung lediglich die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden erfordert, zugeordnet. Dem entspricht der eingeschränkte, nicht verpflichtende Forschungsauftrag (als „Annex“ zur Lehre), so dass mithin der Standard der Hochschule auch für die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses nicht ausreiche. Das Gericht stellt die enge Wechselbeziehung von Funktion und Qualifikation deutlich heraus. Dem begrenzten Bildungsauftrag der Fachhochschulen entspreche der eingeschränkte und auf die Lehre konzentrierte Aufgabenbereich der Fachhochschulprofessorinnen/-professoren. Dem entspreche wiederum die Absenkung der für die Einstellung erforderlichen Mindestqualifikation, die deutlich unterhalb des für den Hochschullehrerstatus erforderlichen „Habitationsniveaus“ liege.²³

Für die Professorinnen und Professoren an den Universitäten war nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts von 1983 die Welt scheinbar wieder in Ordnung, ihr soziales Ansehen nicht mehr in Frage gestellt. Durch das Dritte Gesetz zur Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes vom 19.12.1986 wurden die Amtsbezeichnungen der Professorinnen und Professoren zum 01.01.1987 geändert. Seitdem führen Professorinnen und Professoren der Bes.Gr. C2 - C4 an Universitäten die neue Amtsbezeichnung „Universitätsprofessorin/-professor“. Die Professorinnen und Professoren an Fachhochschulen behielten ihre bisherige Amtsbezeichnung „Professorin/Professor“, ergänzt um den Funktionszusatz „an einer Fachhochschule“, der aber nicht zur Amtsbezeichnung gehört. Den interessierten universitären Kreisen war es über ihre Interessenverbände nicht gelungen, die diversen KMK-Ausschüsse und die für das Dienstrecht zuständigen übrigen Ressorts dahingehend zu beeinflussen, die bis dato gültige Amtsbezeichnung „Professorin/Professor“ durch „Fachhochschulprofessorin/-professor“ zu ersetzen. Damit war ein kleiner Wermutstropfen auf den positiv ausgegangenen Gerichtsentscheid gefallen. Seitdem leben die Professorinnen und Professoren an Fach-

²² BVerfG (1983) Beschluss vom 29.Juni 1983 (2 BvR 720 / 79 u. a.) Zur Amtsbezeichnung der Hochschullehrer, in: Westdeutsche Rektorenkonferenz (Hrsg.), Dokumentation Nr. 29 / 1983, 09.11.1983.

²³ Kalkum, Dietrich, a. a. O., S. 75/76. S. auch Denninger, Erhard (Hrsg.), Hochschulrahmengesetz. München 1984, § 43 Rz 3 und 4.

hochschulen mit der unverändert gebliebenen Amtsbezeichnung unbeschwert weiter, eine nicht unerhebliche Anzahl ihrer Universitätskolleginnen und -kollegen bedient sich der Einfachheit halber ebenfalls des normalen Professorentitels, d.h. ohne Praefix.

Ausblick

Der Fachhochschule haftet seit ihrer Gründung – ungeachtet aller immer wieder behaupteten „Gleichwertigkeit“ – weiterhin das Stigma eines Emporkömmlings an.²⁴ Die fehlende Gleichberechtigung ihrer Professorinnen und Professoren im Hinblick auf die Ausgestaltung ihres Amtes und ihrer Absolventinnen und Absolventen im Hinblick auf die bisher nicht erfolgte Öffnung des öffentlichen Dienstes, stempelt sie weiterhin zu einer Hochschule zweiter Klasse. Die Realitäten weisen die vom Wissenschaftsrat 1981 beschworene Gleichwertigkeitsthese als reine Fiktion aus.²⁵ Die gelegentlich vernehmbaren Appelle, man müsse die Fachhochschulen aus dem Schatten des Minderwertigen herausziehen, verhallen, kaum dass sie erklingen sind.

Die Ursachen hierfür liegen im Verzicht auf eine tiefgreifende bildungspolitische Diskussion über die Stellung und Vergleichbarkeit der verschiedenen Hochschularten und in einer vorrangig von finanzpolitischen Erwägungen geprägten Hochschulpolitik. Soll jedoch die Gleichwertigkeit mit den übrigen Hochschularten realisiert werden, müsste sich bei den Gesetzgebern (Bund und Ländern) und der Gerichtsbarkeit das Bewusstsein durchsetzen, wonach Andersartigkeit nicht prinzipiell Ungleichwertigkeit bedeutet.

²⁴ Mayer, Werner, Bildungspotential für den wirtschaftlichen und sozialen Wandel. Die Entstehung des Hochschultyps „Fachhochschule“ in Nordrhein-Westfalen 1965 – 1971, Essen 1997, S. 426/427.

²⁵ Ebd.

Die Stellung der Hochschullehrer an den amerikanischen Universitäten: ein Vorbild für die deutschen Hochschulen?

Jürgen Enders
Kassel

1. Einleitung

Wenn in der deutschen Öffentlichkeit über die Strukturprobleme unserer Hochschulen und mögliche Lösungswege diskutiert wurde, sind in den letzten Jahren zwei Akzente fast unvermeidlich. Geht es um die Frage nach den Ursachen für die vermeintliche oder tatsächliche „Krise“ unserer Hochschulen, wendet sich der Blick zunehmend auf Fragen der Stellung des Hochschullehrerberufs. Ob die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses, der berufliche Status der Professorenschaft oder ihre herausgehobene Position in den hochschulpolitischen Entscheidungsprozessen zur Diskussion standen, die Modernisierungsrückstände schienen schnell ausgemacht. Geht es dagegen um die Frage nach den „Wegen aus der Krise“, wendet sich der Blick fast zwangsläufig auf das „gelobte Land“ des modernen Hochschulwesens, das Vorbild der amerikanischen Universitäten.

Manchmal sind solche Vergleiche so übertrieben, daß man sie schlicht nicht ernst nehmen kann. Wenn uns Nachrichtenmagazine die „Schokoladenseite“ amerikanischer Spitzenuniversitäten präsentieren, um sie den „Niederungen“ einer durchschnittlichen deutschen Universität gegenüberzustellen, ist das zunächst einfach nur ärgerlich. Aber selbst hinter solchen offensichtlich unsinnigen Vergleichen stecken ernstzunehmende Fragen an die Konfiguration moderner Hochschulsysteme: Wieviel Differenzierung braucht ein Hochschulsystem, das als Massenausbildungsstätte fungiert? Verbessert die Konzentration der Kräfte an wenigen Institutionen die Qualität des Gesamtsystems? Kann die Imitation der Besten den Kompaß für die Entwicklung aller Hochschulen abgeben?

Manchmal leben solche Vergleiche auch von systematischen Übertreibungen und einer irreführenden Informationspolitik. Zweifellos besitzen, um ein Beispiel aufzugreifen, die *graduate schools* an den amerikanischen Universitäten in den letzten Jahren besondere Anziehungskraft,

wenn in europäischen Hochschulsystemen über eine Reform der Doktorandenausbildung nachgedacht wird. Eine übersichtliche Strukturierung der postgradualen Qualifizierungsphase, systematische Lehrangebote auch nach dem ersten Studienabschluß, die Einbindung der Doktoranden in institutionalisierte Arbeitsgruppen, eine intensive Betreuung der Dissertationen und die Moderation und Bewertung der Qualifizierung durch mehrere Hochschullehrer sind einige der Zauberworte, die in diesem Kontext immer wieder fallen. Es gibt sicherlich gute Gründe, warum das Modell der *graduate schools* auch hierzulande besonderen Anklang findet. Ein näherer Blick auf die Diskussionen in den USA verdeutlicht allerdings auch, daß nicht alles „Gold ist, was glänzt“.

So wird seit langem auch in den USA geklagt, daß das Durchschnittsalter bei der Promotion zu hoch sei und weiter steige. Experten in den USA schätzen, daß das mittlere Promotionsalter kaum niedriger ist als in Deutschland. Bei Befragungen von Doktoranden und Promovierten in den USA wird bei aller Zufriedenheit mit der Ausbildungssituation in einigen Bereichen immer wieder auch auf verbreitetes Einzelkämpfertum, mangelnde Einbindung und Betreuung, Überlastung durch Arbeiten neben der Promotion oder Probleme der Finanzierung der Dissertation in den letzten Phasen hingewiesen. Schließlich tragen wachsende Promoviertenzahlen und Veränderungen auf den Arbeitsmärkten für hochqualifizierte Wissenschaftler in den USA dazu bei, daß dort Fragen der Eignung der Ausbildung für berufliche Einsatzorte auch außerhalb des klassischen „Arbeitsmarktes Hochschule“ zunehmend thematisiert werden.

Dieses Beispiel stellt nicht die beeindruckenden Eigenschaften der *graduate schools* an den führenden amerikanischen Universitäten in Frage. Es verdeutlicht aber, daß der fremde Blick aus der Ferne nicht immer einer Überprüfung aus der Nähe standhält. Auf meine Frage nach seinem Eindruck der wechselseitigen Beobachtung der Hochschulsysteme verwies ein zugegebenermaßen eher selbstkritischer Gesprächspartner in den USA auf die Probleme der Perspektivenverzerrung: mitunter könne man den Eindruck haben, daß ausländische Beobachter das amerikanische Hochschulsystem durch ein Fernrohr betrachten, wodurch der Eindruck von Größe und Leistung natürlich noch verstärkt werde; wenn amerikanische Beobachter andere Hochschulsysteme betrachten, würden sie demgegenüber mitunter dazu neigen, das Fernrohr verkehrt herum zu halten, wodurch der Abstand zum eigenen System noch verstärkt werde.

Die Liste der Merkmale des amerikanischen Hochschulwesens, die in anderen Ländern besondere Aufmerksamkeit finden, ist, wie Teichler (1997) resümiert, lang. Besonders häufig werden die Expansion der Studierquoten, die ungewöhnliche Differenzierung des Hochschulwesens,

die Ausbildung und Karriere jüngerer Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen sowie die starke Stellung des Managements an den Hochschulen genannt, wenn es darum geht, die Stärken des Systems hervorzuheben.

Zwei dieser Aspekte – die Bewährung und Rekrutierung für den Hochschullehrerberuf nach der Promotion und die Stellung von Management und Hochschullehrerschaft im Binnenleben ihrer Institution – werden im folgenden näher betrachtet. Zunächst werden ihre grundlegenden Charakteristika und die neueren Diskussionen in den USA zu diesen Themen ausgeleuchtet. Anschließend werden jeweils einige für diese Themen einschlägigen Befunde einer von uns 1992 durchgeführten international vergleichenden Hochschullehrerstudie diskutiert (vgl. Enders/ Teichler 1995; Altbach 1996). Anhand der für den deutsch-amerikanischen Vergleich wesentlichen Ergebnisse wird der Frage nachgegangen, inwieweit das gängige Fremdbild über die Stellung des Hochschullehrerberufs in den USA im Selbstbild ihrer Hochschullehrer Bestätigung findet oder inwieweit es vor dem Hintergrund überraschender Ergebnisse Anlaß zu Relativierungen gibt.

2. Die Hochschullehrerkarrieren

Als der Wissenschaftssoziologe Ben-David (1977) in seiner mittlerweile klassischen Studie über die „*centers of learning*“ die Eigenschaften und Leistungsfähigkeiten verschiedener Hochschulsysteme untersuchte, bezeichnete er die deutschen Hochschulen als die besten der Welt - für das 19. Jahrhundert. Als einen der wesentlichen Gründe für die Qualität der deutschen Universitäten nannte er die Gestaltung der Karrierewege zum Hochschullehrerberuf. Heute beobachten wir eher eine Situation, in der manche Aspekte der Qualifizierung und Rekrutierung jüngerer Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen an unseren Hochschulen als „veraltet“ und „überkommen“ angesehen werden. Beim Nachdenken über tatsächliche oder vermeintliche Modernisierungsrückstände an den deutschen Hochschulen fällt der Blick auch hier auf die USA.

Im internationalen Vergleich wird zunächst immer wieder hervorgehoben, daß die Karriereleitern an den amerikanischen Hochschulen in vergleichsweise frühen Phasen den Eintritt in strukturierte und überschaubare Karrierepfade ermöglichen und die Unterschiede zwischen verschiedenen Wissenschaftlerpositionen in der Statushierarchie nicht sehr deutlich betont werden. Im *department*-System mit seiner Karriereleiter vom *assistant professor* über den *associate professor* bis zum *full professor* sind nach Eintritt in die „akademische Laufbahn“, die im Anschluß an die Promotion zumeist mit einem Wechsel der Universität

verbunden ist, vergleichsweise klar strukturierte und berechenbare Aufstiegsprozesse nahegelegt. Entscheidungen über eine Verstetigung der Beschäftigung von Wissenschaftlern fallen biographisch vergleichsweise früh, und die Unterschiede zwischen den verschiedenen Hochschullehrerpositionen innerhalb eines *departments* werden nicht besonders deutlich betont. Durch die starke Stellung der Hochschuladministration sowie durch von außen eingeholte Urteile des *peer-review*-Systems werden Personalentscheidungen, insbesondere *tenure*-Entscheidungen, kontrolliert und überwacht.

Wettbewerb, Selektivität und Mobilität werden bekanntlich auch im amerikanischen System groß geschrieben. Für jüngere Wissenschaftler bietet die „klassische“ Karriereleiter aber den Vorteil, daß das „Nadelöhr“ zum *assistant professor*, mit dem sich hohe Selektivität und institutionelle Mobilität verbinden, biographisch vergleichsweise früh angesiedelt ist. Dies ermöglicht u.a. berufliche Umorientierungen zu einem Zeitpunkt, an dem man für den Arbeitsmarkt außerhalb der Hochschulen nicht schon allein aus Altersgründen diskreditiert ist. Zugleich signalisiert die Berufsbezeichnung, die manchen deutschen Assistenten neidisch über den Teich blicken läßt, daß der Assistenzprofessor als legitimes, wenngleich juveniles Mitglied der Zunft verstanden wird. Die Wirkung solcher symbolischer Akte auf die Förderung der Selbständigkeit jüngerer Wissenschaftler ist sicherlich nicht zu unterschätzen. Für die Hochschulen selbst bietet dieses Modell den Vorteil, daß die Karriere vom *assistant professor* bis zum *full professor* innerhalb der eigenen Institution stattfinden kann. Dies stärkt zweifellos den Einfluß der einzelnen Institution auf den Karriereweg „ihrer“ Hochschullehrer und ermöglicht es, zusätzlich zur Anerkennung durch die *scientific community* auch die Leistungen des einzelnen für „seine“ Hochschule mit in die Wagschale zu werfen, wenn es um Karriereentscheidungen geht.

Schon seltener wird zur Kenntnis genommen, daß Mechanismen von Wettbewerb und Mobilität im amerikanischen Hochschulsystem auch über vergleichsweise große Unterschiede in Prestige und Profil der einzelnen Universitäten oder verschiedener Zweige des Universitätssystems stimuliert werden. Der im deutschen System eingeschlagene Weg bestand darin, einerseits nur geringe Unterschiede in Qualität oder Anspruchsniveau der einzelnen Hochschulen zuzulassen, wobei weder vertikale Unterschiede nach dem Rang oder der Reputation der Hochschulen, noch horizontale Unterschiede nach der substantiellen Vielfalt der Inhalte oder Ziele zwischen den Hochschulen besonders betont werden (vgl. Teichler 1990). Zugleich gibt es hierzulande innerhalb der Institutionen in Gestalt des Lehrstuhlsystems ein hohes Maß an Ungleichheit

(vgl. Enders 1996) zwischen den Nachwuchspositionen und einer vergleichsweise geringen Zahl von etablierten Lehrstuhlinhabern.

Die Betonung der institutionellen Differenzierung im amerikanischen Hochschulwesen bedeutet demgegenüber für die dort etablierten Hochschullehrer, daß sie sich im Hinblick auf die Ausstattung der Wissenschaftlerarbeitsplätze durch ressourcielle Unterstützungsleistungen, auf Einkommen und akademisches Prestige z.T. deutlicher unterscheiden, als man dies von deutschen Lehrstuhlinhabern her kennt. Für diejenigen Wissenschaftler, die einmal die professorale Laufbahn betreten haben, hält das *department*-System vergleichsweise gute Verbleibschancen bereit, "wenn man darunter versteht, daß sie irgendwo schließlich zum *full professor* ernannt werden, wobei allerdings die Professuren, die sie erhalten, möglicherweise nicht den höchsten in dem System erreichbaren Status und das höchstmögliche Einkommen bieten" (Sørensen 1992, S. 102).

Was in Deutschland gerne übersehen wird, ist, daß Voraussetzung hierfür u.a. eine Stellenstruktur ist, die eher einer umgekehrten Pyramide mit relativ vielen Stellen auf den obersten Ebenen gleicht und einen relativ selektiven Zugang beim Einstieg in die Hochschullehrerlaufbahn aufweist.

Wer als deutscher Wissenschaftler in den USA nicht nur die Vorteile des dortigen Systems wahrnehmen will, muß schließlich einen Aspekt der jüngeren Entwicklung der Struktur des wissenschaftlichen Personals an den amerikanischen Universitäten zur Kenntnis nehmen, der dort Stoff für wachsende Diskussionen bietet - die zunehmende Bedeutung der sog. „*non-tenure track faculty*“. Gemeint sind diejenigen Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen an den Hochschulen, die nicht in den Genuß einer Laufbahn im oben beschriebenen *tenure track* gekommen sind, also nicht als Vollzeitbeschäftigte mit Daueranstellung oder Aussicht auf Daueranstellung tätig sind, sondern als *adjunct faculty*, *part-time instructors* oder *contracted researchers* arbeiten.

Nach Angaben der berufsständischen Vereinigung der amerikanischen Hochschullehrer, der Association of American University Professors (AAUP), ist die Zahl der *non-tenure track faculty* seit 1975 um 88 Prozent gestiegen, während die Zahl der *tenure-track faculty* im selben Zeitraum um neun Prozent zurückgegangen ist. Derzeit sei jeder zweite Beschäftigte im Bereich der *instructional faculty*, also des Lehrpersonals, ein *part-timer* (Benjamin 1998). Ein langjähriger Analytiker des Hochschullehrerberufs in den USA widmet seine neueste Studie ganz dem Thema „The New Academic Generation“ (Schuster u.a. 1998) und rechnet dort vor, daß vermutlich nurmehr 40 Prozent der jüngeren Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, die in den letzten Jahren an den ame-

rikanischen Hochschulen neu eingestellt wurden, eine Position im *tenure-track* gefunden haben. Die Erosion der „klassischen“ akademischen Laufbahn ist vor allem ein Problem für jüngere Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen. Sie wird zunehmend aber auch als Bedrohung für den Berufsstand insgesamt und die Leistungsfähigkeit der Hochschulen wahrgenommen. In einer der *academic profession* gewidmeten Ausgabe der Zeitschrift *Daedalus* wiesen Vertreter der Wissenschafts- und Hochschulforschung in den USA unlängst auf die wachsenden Spannungen von „*haves and have-nots*“ (Gumport 1997, S. 131), von „*professionals, semi-professionals and would-be professionals*“ (Rothblatt 1997, S. 257) und die Gefahr eines „*rundown of the academic calling*“ (Clark 1997, S. 38) hin.

Befürworter dieser Entwicklung halten dem entgegen, daß das *tenure-system* antiquiert, dysfunktional und zu teuer ist, und daß die *entrepreneurial university* ein höheres Maß an Flexibilität auch in Beschäftigung und Einsatz ihres wissenschaftlichen Personals benötigt, um den Herausforderungen des Marktes gerecht zu werden (Brenneman 1998). Fest steht, daß das Management der amerikanischen Hochschulen in den letzten Jahren in wachsendem Maße auf solche flexibilisierten Beschäftigungsformen zurückgreift.

3. Die gemanagte Universität

In den letzten Jahren haben in Deutschland Überlegungen und Initiativen zu einer Stärkung der Stellung der Hochschulleitungen an Popularität gewonnen. Konkret geht es darum, die Rolle der Institutionen bei der Steuerung der Hochschulen insgesamt zu stärken und innerinstitutionell die Entscheidungskompetenzen der Dekane und Rektoren zu erhöhen. Allgemein wird angenommen, daß solche veränderten Modi der Steuerung und Entscheidungsfindung zur Effizienzsteigerung an den Hochschulen beitragen.

Betrachtet man die Verteilung von Macht und Autorität im amerikanischen Hochschulwesen, fällt einerseits auf, daß die Regulierung durch den Staat weitaus geringer ist als in Deutschland. Übergreifende rechtliche Regelungen sind weitaus weniger an einer Einheitlichkeit des Hochschulwesens ausgerichtet und regeln das Binnenleben der Hochschulen weitaus weniger ausgefeilt und detailliert. An die staatliche Finanzierung der Hochschulen werden zwar Auflagen geknüpft, die aber eher als steuernde Vorgaben fungieren, mit denen die staatlichen Instanzen gesellschaftliche Ansprüche an die Universitäten herantragen. Insgesamt sind die Modi der Verantwortung und Entscheidung für Personal und Finan-

zen an den staatlichen Universitäten denen der privaten Universitäten recht ähnlich.

Andererseits ist das Binnenleben der amerikanischen Universitäten weniger als das der deutschen von der Macht der Hochschullehrerschaft geprägt. Unterste Einheit ist anders als in kontinentaleuropäischen Systemen nicht der Lehrstuhl, sondern das *department*. Der *chairman* dieser Einrichtungen ist dem *dean* verantwortlich, der von höchster Stelle an den Hochschulen für die Fachgruppen und Sachbereiche eingesetzt wird und deutliche Aufsichts- und Sanktionsmacht besitzt. An *colleges* oder *schools* bestehen auch korporative Gremien, die *faculty*, die über akademische Angelegenheiten abstimmen, während die Universitätsverwaltung für Budgetfragen verantwortlich ist. Der Präsident einer amerikanischen Universität ist nach Einkommen und Status dem Kollektiv der Hochschullehrerschaft sozial deutlich enthoben und ist in der Regel ein einflußreicher hochschulpolitischer Gestalter. Formal an der Spitze der Hochschule aber steht ein *board*, dessen Mitglieder an staatlichen Universitäten zumeist vom Gouverneur aus dem Kreis von Vertretern aus Wirtschaft, Verwaltung und öffentlichem Leben ernannt werden. Das *board* ernennt den Präsidenten oder Kanzler der Hochschule, und dieser oberste Manager der Hochschule ist dem *board* gegenüber rechen-schaftspflichtig (vgl. hierzu auch Karpen/Hanske 1994).

Man darf annehmen, daß dieses Modell der Außen- und Binnensteuerung der Hochschulen nicht unwesentlich dazu beiträgt, daß amerikanische Universitäten sich relativ erfolgreich sowohl im schnellen und flexiblen Reagieren auf Veränderungen in ihren Außenbedingungen als auch in der Bewahrung ihrer Kernaufgaben gezeigt haben. Den ausländischen Betrachter fasziniert jedenfalls, in welchem Maße amerikanische Hochschulen in der Lage sind, sich zugleich als progressiv und konservativ zu „verkaufen“, in welchem Maße sie ihre institutionellen Kerne durch flexible „Auffangstationen“ an den Rändern schützen.

Verschiedene Elemente der gemanagten Universität in den USA haben hierzulande allerdings bislang zu wenig Beachtung gefunden. Dies führt mitunter zu Versuchen einer bruchstückhaften Imitation, die von der Sache her kaum geeignet scheinen, zu Verbesserungen in diesem Bereich beizutragen. Vielmehr kommen bei näherer Betrachtung des amerikanischen Modells verschiedene Dinge zusammen:

- Erstens manifestiert sich der Einfluß der Gesellschaft auf die Hochschulen weniger durch staatliche Aufsicht und Kontrolle als durch die Vertretung staatlicher und gesellschaftlicher Kräfte im *board*. Dieses fungiert als Agent der gesellschaftlichen Interessen gegenüber der Hochschule, zugleich kann es in schwierigen Zeiten aber auch als

buffer zwischen der Hochschule und z.B. überzogenen externen Erwartungen an die Hochschulen fungieren.

- Zweitens ist die relativ starke Stellung der Präsidenten und Dekane an verschiedene Voraussetzungen geknüpft, die ihnen jene Amtsautorität und Sanktionsmacht erst verleihen, die sie durchsetzungsfähig machen. Zumindest drei Elemente kommen hierbei zusammen (vgl. Schimank 1999): Sie werden nicht durch die Hochschullehrer gewählt, sondern durch andere Instanzen eingesetzt. Sie verfügen über genuine eigene Statussymbole und Entscheidungsbefugnisse, so daß sie sich im Zweifelsfall auch über andere Mehrheiten hinwegsetzen könnten. Schließlich ist die Amtszeit langfristig genug angelegt, um Leitungserfahrungen sammeln und Veränderungspläne auch umsetzen zu können.
- Drittens haben die Universitäten in den USA einen vergleichsweise großen Verwaltungsapparat, der – wie Teichler (1997, S. 204) schätzt – gemessen an den Studierendenzahlen mindestens fünfmal so groß ist wie in Deutschland. Beispielsweise wird bei den Diskussionen über das amerikanische Vorbild der *graduate schools* gerne vergessen, daß hinter diesen *graduate schools* der beeindruckende bürokratische Apparat der *graduate division* steht, der von der Studienberatung über Finanzierungsfragen bis hin zur Berufsvermittlung, Management- und Dienstleistungsfunktionen in diesem Bereich wahrnimmt.

Zweifellos tragen alle diese Elemente dazu bei, daß das Management der amerikanischen Universitäten wirkungsvoller arbeiten kann, als wir dies von den deutschen Universitäten gewöhnt sind. Wer als deutscher Wissenschaftler längere Zeit an einer der größeren Forschungsuniversitäten in den USA regulär arbeitet, wird möglicherweise aber nicht nur von den Vorzügen dieses Systems berichten. Unverkennbar ist jedenfalls für den deutschen Betrachter, daß man sich an amerikanischen Universitäten der eigenen Rolle als „Beschäftigter“ und „Angestellter“ der Hochschule sehr viel deutlicher bewußt wird. Auch stimmt das gerne gepflegte Bild von den unbürokratischen amerikanischen Universitäten wohl nur begrenzt mit der institutionellen Wirklichkeit hochgradig verwalteter Einrichtungen überein. Schließlich haben die Entwicklungen der letzten Jahre verdeutlicht, daß das Management der Hochschulen mehr und mehr dazu neigt, Hochschulentwicklung nach eigenen Effizienzmaßstäben zu betreiben, die keineswegs durchgängig mit den akademischen Ansprüchen an Forschung und Lehre vereinbar sind.

4. Amerikanische und deutsche Hochschullehrer - Ergebnisse einer vergleichenden Studie

Im Rahmen einer international vergleichenden Hochschullehrerstudie (vgl. Enders/Teichler 1995; Altbach 1996) wurden Hochschullehrer aus 14 Ländern zu ihren beruflichen Vorstellungen, Aufgaben und Rahmenbedingungen befragt. Betrachtet man die Aussagen der befragten Professoren, Mittelbauangehörigen und Nachwuchswissenschaftler an den amerikanischen und westdeutschen Universitäten, sind folgende Ergebnisse für unser Thema besonders bemerkenswert:

In Deutschland wird vielfach die Überzeugung geäußert, daß die institutionelle Mobilität innerhalb der Hochschullehrerkarriere nicht ausgeprägt genug sei. Die Befragungsdaten weisen demgegenüber im Vergleich zu ihren Kollegen an den amerikanischen Forschungsuniversitäten auf eine überraschende Mobilitätsrate unter den deutschen Universitätsprofessoren hin: So haben 41 Prozent der amerikanischen Professoren an Forschungsuniversitäten, aber nur 22 Prozent der deutschen Universitätsprofessoren in ihrer beruflichen Laufbahn niemals die Hochschule gewechselt; jeweils 32 Prozent der deutschen und amerikanischen Befragten haben einmal die Institution gewechselt; an drei oder mehr Hochschulen waren 46 Prozent der deutschen, aber nur 27 Prozent der amerikanischen Professoren tätig. Nimmt man die Zeiten, die die Hochschullehrer außerhalb ihrer jetzigen Hochschule tätig waren, zusammen - sei es an anderen Hochschulen oder auch außerhalb des Hochschulwesens -, ergibt sich ein ähnliches Bild: Insgesamt waren die deutschen Universitätsprofessoren mit 11,1 Jahren länger außerhalb ihrer jetzigen Hochschule tätig als ihre amerikanischen Kollegen (9,6 Jahre).

Für die These mancher amerikanischer Experten, daß die Zentralität der USA im internationalen Wissenschaftssystem nicht nur den Import von Internationalität sicherte, sondern auch Provinzialität förderte, spricht der Befund, daß ein nicht unerheblicher Anteil der amerikanischen Befragten internationale Kommunikation und Mobilität nicht für nötig hält. Auf entsprechende Nachfragen meinten immerhin etwa ein Drittel der Universitätsprofessoren an den amerikanischen Forschungsuniversitäten, daß etwa Kontakte mit Wissenschaftlern im Ausland, das Lesen im Ausland veröffentlichter Bücher oder Zeitschriften oder die Unterstützung internationaler Mobilität, für sie nicht wichtig seien. Unter den befragten deutschen Universitätsprofessoren meinte dies nur etwa je-

der sechste Befragte. Entsprechend unterschiedliche Einschätzungen fanden wir auch im Vergleich der amerikanischen und deutschen nicht-professoralen Wissenschaftler, die dadurch unterstrichen wurden, daß die deutschen Befragten dieser Gruppe deutlich länger auch mit ausländischen Wissenschaftlern in Forschungsprojekten gearbeitet hatten bzw. für Forschungsaufenthalte im Ausland waren.

Betrachtet man im weiteren die Arbeitssituation der Nachwuchswissenschaftler und Mittelbauangehörigen in den beiden Ländern, fallen die Unterschiede in der beruflichen Aufgabenverteilung auf. Während der Vorlesungszeit verwenden die nicht-professoralen Wissenschaftler an den deutschen Universitäten deutlich mehr Zeit auf die Forschung (49% ihres Zeitbudgets, gegenüber 26% in der Lehre) als ihre Universitätsprofessoren (29%, gegenüber 43% in der Lehre). An den amerikanischen Forschungsuniversitäten fällt der Forschungsbezug der Tätigkeit der Nachwuchswissenschaftler und Mittelbauangehörigen (31%, gegenüber 43% in der Lehre) im Vergleich zu den Professoren (34%, gegenüber 36% in der Lehre) demgegenüber deutlich geringer aus. Während der Vorlesungszeit gleichen sich die Verteilungen des Zeitbudgets dieser Befragungsgruppen zwar zugunsten der Forschung an, aber im Vergleich der deutschen und amerikanischen Befragten unterhalb der etablierten Senior-Positionen wird deutlich, daß sich die deutschen Befragten auch während der Vorlesungszeit deutlich mehr der Forschung zuwenden können.

Anders ausgedrückt sind die formellen und informellen Erwartungen an den Beitrag des Nachwuchses zur Lehre an den amerikanischen Forschungsuniversitäten sehr viel ausgeprägter als in Deutschland. Während hierzulande ein Assistent eine Lehrverpflichtung von etwa vier Semesterwochenstunden übernimmt, haben amerikanische *assistant professors* nicht selten eine Lehrverpflichtung von bis zu zwölf Wochenstunden. Auch zeigen sich deutliche Unterschiede in den beruflichen Präferenzen in Forschung und Lehre, die es nahelegen, unser Bild vom forschungshungrigen Nachwuchs in den USA zumindest zu ergänzen. So äußerten 55 Prozent der promovierten und nicht-promovierten Wissenschaftler an amerikanischen Forschungsuniversitäten, die Positionen unterhalb der Position eines *associate professor* einnehmen, daß sie sich in ihren Präferenzen eher zur Lehre hin orientieren. Der entsprechende Anteil unter den befragten nicht-professoralen Wissenschaftlern in Deutschland betrug 28 Prozent.

Die anders geartete Einbindung und Stellung jüngerer Wissenschaftler an den Hochschulen in den USA trägt offenbar aber auch dazu bei, daß diese bei ihren Aufgaben in Forschung und Lehre deutlich mehr Dis-

positionsspielräume sehen und sich deutlich zufriedener zu verschiedenen Aspekten ihrer beruflichen Situation äußern. Während sich die Befragten dieser Gruppe an den amerikanischen Forschungsuniversitäten für weitgehend frei halten, die Inhalte ihrer Lehrveranstaltungen und die Gebiete ihres Forschungsinteresses selbst zu bestimmen, räumten sich die deutschen Nachwuchswissenschaftler und Mittelbauangehörigen in dieser Hinsicht einen deutlich geringeren Spielraum zur eigenen Gestaltung ein. Dies gilt wiederum sowohl für promovierte als auch nicht-promovierte Befragte der beiden Länder unterhalb der etablierten professoralen Positionen. Manche Aspekte beruflicher Zufriedenheit - wie das Verhältnis zu den Kollegen oder die Sicherheit des Arbeitsplatzes - bewerten die deutschen und amerikanischen Befragten dieser Gruppe kaum unterschiedlich. Im Hinblick auf ihre Lehrveranstaltungen, die Möglichkeiten zur Verwirklichung eigener Ideen und die weiteren beruflichen Aufstiegschancen sind die amerikanischen Befragten allerdings deutlich zufriedener als ihre deutschen Kollegen. Insgesamt verdeutlichten die Ergebnisse unserer Befragung die ausgeprägte berufliche Unzufriedenheit der nicht-professoralen Wissenschaftler an den deutschen Universitäten nicht nur im Vergleich mit den deutschen Professoren, sondern auch im Vergleich mit den Mittelbauangehörigen anderer Länder wie der USA.

In einem weiteren Themenbereich unserer vergleichenden Studie sind wir Fragen der institutionellen Einbettung der Hochschullehrer nachgegangen, die für die Bewertung unterschiedlicher Konzepte der Verwaltung der Hochschulen zweifellos von Interesse sind: Welchen Einfluß räumen sich die Hochschullehrer selbst in der Institution ein? Wie schätzen sie die Verwaltung und Entscheidungsstrukturen ein? Welche Verbundenheit mit „ihrer“ Institution entwickeln sie?

Gefragt, welchen persönlichen Einfluß bei der Gestaltung hochschulpolitischer Entscheidungen sie an ihrer Hochschulen haben, sind verständlicherweise deutsche wie amerikanische Universitätsprofessoren der Ansicht, daß sie den höchsten Einfluß auf der Ebene des Instituts und den geringsten auf der Ebene der Hochschule insgesamt haben. Bemerkenswert ist dabei, daß die amerikanischen Professoren auf allen Ebenen ihren Einfluß ebenso hoch einschätzen wie ihre deutschen Kollegen. Auch bei der bereits erwähnten Frage nach der Gestaltungsfreiheit in Forschung und Lehre äußern sich die amerikanischen und deutschen Professoren sehr ähnlich. Die vergleichsweise stärkere Stellung des Managements an den amerikanischen Forschungsuniversitäten führt demnach offenbar nicht dazu, daß sich ihre Professoren in ihren Einfluß- und Gestaltungsmöglichkeiten deutlicher eingeschränkt sehen.

Allerdings sind die amerikanischen Professoren insgesamt auch nicht zufriedener mit ihrer Universitätsverwaltung als die deutschen Professoren. Auf einzelne Aspekte angesprochen, fallen die Einschätzungen oft ähnlich aus: etwa in dem reservierten Urteil über die Leitungskompetenz der Verwaltungsspitze oder die Kritik, daß die Wissenschaftler zu wenig einbezogen würden oder daß die Verwaltung oft autokratisch handle. In zwei Aspekten beurteilen die amerikanischen Professoren an den Forschungsuniversitäten ihre Verwaltungen positiver als ihre deutschen Kollegen: Sie äußern vergleichsweise häufiger die Überzeugung, daß man von der Verwaltung über alles informiert werde; vor allem aber sind sie deutlich häufiger davon überzeugt, daß die Verwaltung die akademische Freiheit unterstützte.

Schließlich gibt es deutliche Unterschiede, was das Ausmaß der Verbundenheit der Hochschullehrer mit ihrer Institution betrifft. Für alle untersuchten Länder gilt, daß sich die Hochschullehrer am stärksten mit ihrem Fach, danach auch mit ihrem Fachbereich und dann auch mit ihrer Institution verbunden fühlen. Allerdings ist die Verbundenheit mit ihrem Fachbereich und ihrer Institution bei den amerikanischen Professoren deutlich ausgeprägter als bei ihren deutschen Kollegen. Dabei ist hervorzuheben, daß im internationalen Vergleich die deutschen Befragten den Sonderfall einer fast ausschließlichen Bindung an die Disziplin und einer kaum vorhandenen Bindung an die Institution bildeten (vgl. Enders 1999).

5. Schlußbemerkung

Legt man die Antworten der amerikanischen und deutschen Hochschullehrer, wie sie sich aus der vergleichenden Studie ergeben, zugrunde, werden zweifellos nicht alle unsere positiven Vorurteile über das amerikanische Hochschulwesen bestätigt. Deutsche Hochschullehrer sind im Laufe ihrer Karriere institutionell mobiler als ihre amerikanischen Kollegen. Sie betonen die Bedeutung internationaler wissenschaftlicher Kontakte und Aktivitäten häufiger als die amerikanischen Hochschullehrer, die öfter eine „Lehnstuhlhaltung“ einnehmen, die die Internationalisierung durch Import für selbstverständlich hält.

Die anders geartete Einbindung und Stellung jüngerer Wissenschaftler an den Hochschulen in den USA trägt offenbar dazu bei, daß diese bei ihren Aufgaben in Forschung und Lehre deutlich mehr Dispositionsspielräume zur Gestaltung ihrer Arbeit und zur Verwirklichung eigener Ideen sehen und sich auch deutlich zufriedener als der deutsche Nachwuchs zu verschiedenen Aspekten ihrer beruflichen Situation äußern. Die Kehrsei-

te größerer beruflicher Selbständigkeit und Zufriedenheit der jüngeren amerikanischen Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen bildet allerdings ihre weitaus größere Einbindung in die Lehraufgaben. Mancher wissenschaftliche Assistent in Deutschland wird den *assistant professor* in den USA wegen der symbolischen Anerkennung seiner Position und wegen der weiteren Aufstiegschancen an seiner Hochschule wohl beneiden. Wenn es um die zeitlichen Möglichkeiten zur Forschung geht, würde der *assistant professor* aber wohl mit dem deutschen Assistenten tauschen wollen. Schließlich ist nicht zu verkennen, daß ein wachsender Teil gerade jüngerer Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen an den amerikanischen Universitäten erst gar nicht in den Genuß der Privilegien einer *tenure-track*-Position gelangen. Die vielgelobte Flexibilität der amerikanischen Universitäten geht im Personalbereich jedenfalls in wachsendem Maße zu Lasten der jüngeren Generation.

Die vergleichsweise stärkere Stellung des Managements an den amerikanischen Forschungsuniversitäten führt allerdings nicht dazu, daß sich ihre Professoren in ihren Einfluß- und Gestaltungsmöglichkeiten deutlicher eingeschränkt sehen. Jedoch sind die amerikanischen Professoren insgesamt auch nicht zufriedener mit ihrer Universitätsverwaltung als die deutschen Professoren. Auf einzelne Aspekte angesprochen, sind sie aber deutlich häufiger als ihre deutschen Kollegen davon überzeugt, daß die Hochschulverwaltung die akademische Freiheit unterstützt.

Innerhalb des deutschen Hochschulwesens wird in den letzten Jahren immer stärker der Ruf nach einer Stärkung der Stellung der Institution, nach Differenzierung und Profilbildung im Hochschulwesen und nach der Entwicklung effizienterer Mechanismen der Binnensteuerung der Hochschulen laut. Diese sind sicherlich schwer zu entwickeln und zu pflegen, wenn der Dialog zwischen den Hochschullehrern und „ihrer“ Institution in Deutschland nach wie vor durch traditionelle Dichotomien von professioneller Autonomie und bürokratischer Kontrolle geprägt bleibt. Hinzu tritt – wie die Ergebnisse unserer Studie zeigen –, daß sich die deutschen Hochschullehrer im internationalen Vergleich besonders ausschließlich auf die nationale und internationale Gemeinschaft ihrer engeren Fachkollegen beziehen und das geringste Ausmaß an Identifikation auch mit „ihrer“ Institution entwickeln. Dies mag mit dazu beitragen, daß sich Enthusiasmus und Phantasie der deutschen Hochschullehrer bei der Neugestaltung der Rolle der Institution und ihres Binnenlebens in Grenzen halten.

Insgesamt gesehen, kann eine vergleichende Gegenüberstellung von ausgewählten Aspekten des Hochschulwesens in den USA und Deutschland, die sich auch durch eine vergleichende Empirie – in diesem Fall die

Arbeitsaufgaben, Rahmenbedingungen und Einstellungen der Hochschul-lehrer – informiert, zur Versachlichung der Diskussion beitragen. Die Idealisierung eines anderen Hochschulsystems sagt demgegenüber möglicherweise mehr über die Perspektive des Betrachters als über die institutionelle Wirklichkeit in einem anderen Land. Insofern besteht in Deutschland zweifellos weiterer Analyse- und Aufklärungsbedarf, wenn es darum geht, die Erfahrungen an den amerikanischen Universitäten für die eigene Entwicklung aufzuarbeiten. Möglicherweise gelingt es dann auch besser, mitunter vorschnelle und bruchstückhafte Imitationen zu vermeiden und die Stärken und Schwächen im jeweiligen Land realistischer abzuwägen: Können wir die frühe Selbständigkeit unseres wissenschaftlichen Nachwuchses fördern, ohne die Möglichkeiten zur Forschung und institutionellen Mobilität preiszugeben? Können wir die Personalstrukturen flexibler gestalten, ohne einer Erosion der Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen Vorschub zu leisten? Können Rolle und Identifikation mit der eigenen Hochschule gestärkt werden, ohne in Provinzialismus zu verfallen? Schließlich, kann das Management der Hochschulen wirkungsvoller gemacht werden, ohne die Errungenschaften wissenschaftlicher Selbstverwaltung zu unterminieren?

Literatur

- Altbach, Philip G. (Hg.) (1996): *The International Academic Profession*. Carnegie Foundation for the Advancement of Teaching: Princeton.
- Ben-David, Joseph (1978): *Centers of Learning: Britain, France, Germany, United States*. McGraw-Hill: New York.
- Benjamin, Ernst (1998): *On the Excessive Reliance on Part-Time Faculty Appointments*. In: *Academe*, 1, S. 26.
- Brenneman, David W. (1997): *Alternatives to tenure for the Next Generation of Academics*. American Association for Higher Education: Washington, D.C. (AAHE: Working Paper, 14).
- Clark, Burton R. (1997): *Small Worlds, Different Worlds: The Uniqueness and Troubles of American Academic Professionals*. In: *Daedalus*, 126, 4, S. 21-42.
- Enders, Jürgen (1996): *Die wissenschaftlichen Mitarbeiter. Ausbildung, Beschäftigung und Karriere der Nachwuchswissenschaftler und Mittelbauangehörigen an den Universitäten*. Campus: Frankfurt a.M./New York.
- Enders, Jürgen (1999): *Das ambivalente Verhältnis freier Kosmopoliten zu ihrer Institution*. In: *Das Hochschulwesen*, 1, S. 3-6.
- Enders, Jürgen/Teichler, Ulrich (1995): *Der Hochschullehrerberuf im internationalen Vergleich. Ergebnisse einer Befragung über die wissenschaftliche Profession in 13 Ländern*. Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Forschung und Technologie: Bonn

Gumport, Patricia J. (1997): Public Universities as Academic Workplace. In: *Daedalus*, 126, 4, S. 113-136.

Karpen, Ulrich/Hanske, Peter (1994): Status und Besoldung von Hochschullehrern im internationalen Vergleich. 2 Bde. Nomos: Baden-Baden.

Rothblatt, Sheldon (1997): The „Place“ of Knowledge in the American Academic Profession. In: *Daedalus*, 126, 4, S. 245-264.

Schimank, Uwe (1999): Professorenautonomie und Selbststeuerung der Hochschulen. In: *Das Hochschulwesen*, 1, S. 11-14.

Schuster, Jack/Finkelstein, Martin J./Seal, Robert K. (1998): *The New Academic Generation: A Profession in Transformation*. Baltimore.

Sørensen, Aage B. (1992): Wissenschaftliche Werdegänge und akademische Arbeitsmärkte. In: Mayer, Karl Ulrich (Hg.): *Generationsdynamik in der Forschung*. Campus: Frankfurt a.M./New York, S. 83-109.

Teichler, Ulrich (1990): Das Hochschulwesen in der Bundesrepublik Deutschland - Ein Überblick. In: Teichler, Ulrich (Hg.): *Das Hochschulwesen in der Bundesrepublik Deutschland*. Deutscher Studien Verlag: Weinheim, S. 11-42.

Teichler, Ulrich (1997): Das amerikanische Hochschulwesen: ein Modell für die Zukunft des deutschen Hochschulwesens? In: Schmitt, Bettina/Hartmann, Karin/Krais, Beate (Hg.): *Über Grenzen. Neue Wege in Wissenschaft und Politik. Beiträge für Evelies Mayer*. Campus: Frankfurt a.M./New York, S. 197-209.

Mehr als eine Frage der Ehre

Der Dr. h.c. und der Honorarprofessor

Hermann Horstkotte
Bonn

„Die Ehre hat im heutigen Wertgefüge ungefähr den gleichen Rang wie die Keuschheit. Wer sie mit Nachdruck verteidigt, findet kaum Bewunderung, und wer behauptet, er habe sie verloren, wird eher belächelt als bemitleidet.“

Diese Beobachtung der amerikanischen Soziologen Berger/Kellner wird jeder aus der eigenen Alltagserfahrung nur bestätigen oder jedenfalls nicht bestreiten können.¹ Der Begriff der Ehre hat den Status des Altmodischen, Überholten. Er ist geprägt von den unterschiedlichen Standesehren in traditionellen, hierarchischen Gesellschaften, der Offiziersehre etwa oder der Akademikerehre.² Dafür läßt sich in der egalitär-demokratischen Gesellschaft kaum mehr Verständnis finden. So mußte sich Herr Dr. Günter Schlechte vergangenes Jahr vom Niedersächsischen Obergericht in Lüneburg belehren lassen, daß sein Titel kein Namensbestandteil ist, sondern von Rechts wegen lediglich als Namenszusatz geduldet wird. Ein Anspruch auf die entsprechende Anrede oder Anschrift besteht nicht.³

Der Niedergang der Ehre erfolgt(e) gleichzeitig mit dem Aufstieg der nichtständischen, universellen und individualrechtlichen „Menschenwürde“ zum Perfektionsbegriff des modernen Gesellschaftsideals. Artikel 1 des Grundgesetzes ist charakteristisch dafür. Auch im Strafrecht, in dem sich die Werteordnung einer Gesellschaft immer besonders spiegelt,⁴ schlug sich der Wertewandel nieder: Ende der sechziger Jahre fielen in der großen Strafrechtsreform der Bundesrepublik Nebenstrafen weg, die

¹ Peter L. Berger/Brigitte Berger/Hansfried Kellner: Das Unbehagen an der Modernität, Frankfurt/New York 1975, 75.

² Siehe etwa Artikel 89 Absatz 1 des bayerischen Hochschulgesetzes (1993): „Der von einer bayerischen Hochschule verliehene akademische Grad kann... entzogen werden, wenn sich der Inhaber durch sein späteres Verhalten der Führung des Grades als unwürdig erwiesen hat.“

³ Vgl. Verf.: „Dr.“ – eine Frage der Höflichkeit, in: *Rheinischer Merkur* Nr. 1/1.1. 1999

⁴ E. Durkheim: *De la division de travail social*, Paris 1893.

den Verlust akademischer Grade – im Sinne von Ehrenzeichen – bislang eingeschlossen hatten.

Der Justitiar der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU), Karl-Ernst Merker, konkretisierte in einem Rechtsgutachten von 1996 am Beispiel seiner Hochschule, wie der Dokortitel immer weniger zu einer Frage der Ehre wurde. Von 1951 bis 1970 entzog die FAU den Dokortitel in achtzehn Fällen aufgrund von Verurteilungen “in einem mittleren Strafraumen bis zu drei Jahren“ (wegen Vermögensdelikten, Abtreibung, Landesverrat). Aber 1984 sah eine Fakultät in einer Freiheitsstrafe von neun Jahren wegen Totschlags schon keinen Grund mehr zur Aberkennung des Dokortitels – „ein Indiz für den nachhaltigen Wertewandel und die zunehmende Neigung, an den Träger des Doktorgrades nicht mehr die Anforderungen zu stellen, die die bisher herrschende strenge Auffassung verlangte“, so der Leitende Regierungsdirektor Merker.⁵ Als amtlichen Beweis zitiert er ein Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs, wonach „im Regelfall nur noch berufsbezogene oder im weitesten Sinne wissenschaftsbezogene Fehlverhaltensweisen“ den Verlust des akademischen Grades nach sich ziehen.⁶

Vor dem Hintergrund des Bedeutungsverlusts der Ehre überhaupt und der akademischen Ehren im besonderen erscheint die Promotion zum Dr. e(hren)h(alber) oder – lateinisch - Dr. h(onoris) c(ausa) auf den ersten Blick fragwürdig. Das gilt gleichermaßen für die Ernennung zum Honorarprofessor, der höchstens nebenberuflich⁷ ohne jedes Entgelt zwei Wochenstunden oder wenig mehr allein für die Titelehre unterrichtet. Wissenschaft ist heute in der Regel ein „richtiger Beruf“, der berufsqualifizierende Prüfungen beziehungsweise entsprechende Leistungsnachweise voraussetzt.⁸ Wer sie nur „nebenbei“ ausübt, steht deshalb leicht in dem wenig schmeichelhaften (und oft unzutreffenden) Rufe eines bemühten Laien oder Hobbyfanatiklers. In der modernen Wettbewerbsgesellschaft

⁵ Abgedruckt in: Ungeahntes Erbe, hrsg. v. Antirassismus-Referat der FAU Erlangen-Nürnberg, Aschaffenburg 1998, 109-119.

⁶ Ebenda 116f. Der einfachste Fall ist das Plagiat. Ein spektakuläres Beispiel an der FAU war die Dissertation „Bismarcks Reichsgründung und das Ausland“ von Friedrich Wilhelm Prinz von Preußen im Jahre 1971. Für den zunächst getäuschten Doktorvater Hans-Joachim Schoeps war es eine ausgespochene Ehrensache, den Betrug selber der Hochschulleitung anzuzeigen: „Die Ehre Preußens werde ich auch gegen das Haus Hohenzollern verteidigen“ (*Der Spiegel* Nr. 31/30.7.1973).

⁷ Mitunter werden auch ordentliche Professoren nach ihrer Pensionierung von einer fremden Fakultät guter Freunde zu Honorarprofessoren berufen.

⁸ Für Universitätslehrer bestehen sie normalerweise in der Doktor- und der Habilitationssprüfung, für Fachhochschullehrer im Doktorgrad und einer mehrjährigen Berufspraxis in der Wirtschaft oder Verwaltung.

wirkt zudem irritierend, daß der Ehrendoktor oder die Honorarprofessur nur einseitig von einem Fachbereich beziehungsweise dem zuständigen Minister „verliehen“ werden, aber nicht prinzipiell von jedermann „erworben“ werden können. Es handelt sich stets um Gnadenakte oder Gunsterweise nach freiem Ermessen, die generell und im Einzelfall einer einleuchtenden Rechtfertigung bedürfen.

Doktor und Ehrendoktor

In einer Zeitungsanzeige bietet eine hessische Firma „seriöse Ehrenpromotionsmöglichkeiten an afrikanischen und amerikanischen Universitäten mit sehr gutem internationalen Ruf.“⁹ Die Verleihung des Dr. h.c. oder Dr. e.h. erfolge „zügig“ und „unkompliziert“, die „Abwicklung über Treuhandkonto bei einem deutschen Rechtsanwalt“. Das Angebot richtet sich an zahlungswillige Zeitgenossen, die der historische Niedergang der Ehre abstrakte Theorie ist.

Vielleicht rechnen sich die (künftigen) Ehrendoktoren in ihrem jeweiligen sozialen oder beruflichen Umfeld sogar einen geldwerten Prestigezuwachs aus. Der könnte zumal für Akademiker in Beratungsberufen, für Ärzte, Anwälte, Apotheker und allerlei Sachverständige drin sein. Die Klienten gehen oft davon aus, daß der Dr. einfach besser Bescheid weiß als der Kollege ohne diesen Grad. Das besondere Vertrauen in den normalen Doktor strahlt auch auf den Ehrendoktor ab, vorausgesetzt, der Ratsuchende weiß zwischen den beiden überhaupt zu unterscheiden.

Die Wertschätzung der Titel ist im Unterschied zu den angezeigten afrikanischen oder amerikanischen Verhältnissen typisch deutsch und in den hiesigen Strukturen auch wohlbegründet. Denn die akademischen Grade, so Piet Hein von der Kultusministerkonferenz, erfüllen hierzulande die Funktion, die anderswo Berufsvereinigungen (*professional bodies*) wahrnehmen. In der angelsächsischen Welt bleibt es den einzelnen Hochschulen überlassen, welchen Grad sie auf welchem Niveau vergeben. Für die Qualitätssicherung im Alltag sorgt dann beispielsweise das „Königliche Institut britischer Architekten“ (Royal Institute of British Architects/RIBA). Es entscheidet, welche Hochschulabsolventen für eine Mitgliedschaft gut genug sind und damit werben dürfen. Anders in Deutschland: Hier vertreten die Hochschulen herkömmlich das Ideal ihrer Gleichwertigkeit und mithin (ungefähr) gleichwertiger Abschlüsse. Doktor ist Doktor, egal von welcher Uni. Was RIBA im Briefkopf von Henry Smith im Sinne von Qualität, Wettbewerb und Verbraucherschutz

⁹ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* Nr. 117/22.5.1999.

signalisiert, das leistet für den Kollegen Heinrich Schmidt zum Beispiel der Dr.-Ing.

Wegen ihrer Bedeutung in der Welt von Arbeit und Beruf sind die akademischen Grade im Strafgesetzbuch vor Hochstaplern geschützt. Aus demselben Grunde dürfen im Ausland erworbene Dokortitel hierzulande erst nach Genehmigung durch das zuständige Kultusministerium geführt werden. Es prüft nach, ob die jeweilige Hochschule in Afrika, Amerika oder sonstwo wissenschaftlich ernstzunehmen ist. So manche Promotions- oder Ehrenpromotions-Urkunde ist auf einmal nur noch das Papier wert.

„In den Augen anständiger Menschen“, so der Bundesgerichtshof in Karlsruhe, beruhen öffentliche Titel „auf Mühen und Verdiensten“.¹⁰ Jeder Prüfungsbewerber und Examierte kann davon sein persönliches Lied singen. Das gilt auch für den Professor Dr. Dr. h.c. mult., dessen wissenschaftliche Leistungen in einem jahrzehntelangen Berufsleben die eine und andere Ehrenpromotion auswärtiger Fakultäten einbrachten. Solche Verleihungen können zumal die internationale Spannweite der *scientific community* symbolisieren und verstärken.

Kritisch erscheint es demgegenüber, wenn jemand mit einem Ehrendoktorhut für „Mühen und Verdienste“ gekrönt wird, die er selber noch nicht zu einem Promotionsversuch auf normalem Wege genutzt hat. Nur in der Theologie kann der übliche Weg verschlossen sein. Wer von einer katholischen oder evangelischen Fakultät normal promoviert werden will, muß der betreffenden Glaubensgemeinschaft angehören. Um die wissenschaftlichen Leistungen ihrer langjährigen jüdischen Lehrbeauftragten Edna Brocke zur Geltung zu bringen, machte die Evangelisch-Theologische Fakultät der Ruhr-Universität Bochum sie im vergangenen Jahr also zur Ehrendoktorin.

Die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) formulierte 1994 in „Empfehlungen zur Verhinderung von Unregelmäßigkeiten bei Erwerb und Verleihung akademischer Titel“ unmißverständlich: „Der Grad des Dr. h.c. wird aufgrund wissenschaftlicher Leistungen verliehen.“ Als „strittigen Grenzfall“ bezeichnet Susanne Morgner, die Pressesprecherin der Berliner Humboldt-Universität, die Ehrenpromotion der Künstler Jeanne-Claude und Christo, nachdem sie den Reichstag verhüllt hatten. Sie waren allerdings auch in Seminaren der Hochschule aufgetreten. Bislang einmalig ist der Fall dadurch, daß sich zwei Personen denselben Ehrendoktorhut teilen.

Statt für „Mühen und Verdienste“ *in* der Wissenschaft wird der Dr. h.c. oft auch für Verdienste *um* die Wissenschaft beziehungsweise die Universität vergeben. Ein gleichermaßen junges wie klassisches Beispiel gab die juristische Fakultät der Uni Köln im Sommersemester 1998. Sie ehrte den Oberbürgermeister Norbert Burger. Dekan Klaus Luig hob seine Leistungen als Vorsitzender des Kuratoriums der Universität hervor, das die Verbindungen zwischen der Hochschule und der Stadt sichere. Offenbar wegen der HRK-Empfehlungen zur Promotion verwies der Dekan auch auf Burgers „genuine wissenschaftlichen Verdienste“ in einem knapp achtseitigen Beitrag zu einem kriminologischen Kongreß. Mit unverhohlener Ironie fügte Klaus Luig abschließend hinzu: „Der Zweck meiner Laudatio ist hoffentlich erreicht: Auch der heute zu Ehrende ist sicher völlig davon überzeugt, daß nach all den Verdiensten der rechtswissenschaftlichen Fakultät gar nichts anderes übrigblieb, als ihn zum Ehrendoktor zu machen.“¹¹

Der Verfassungsrechtler Wilhelm Karl Geck hätte den Fakultätsmitgliedern aus der Verlegenheit helfen können. Er riet schon 1986 in den *Mitteilungen des Deutschen Hochschulverbandes*, der Standesvertretung der Universitätsprofessoren, davon ab, den Ehrendoktor an aktive Politiker mit direkten Einflußmöglichkeiten zugunsten der Hochschule zu verleihen: „Dann kann die Ehrung auch keinen Verdacht hervorrufen.“ Der schadet nur allen, dem Geehrten, den Ehrenden und der Bedeutung jeglicher Promotion, auch der Ehrenpromotion, in der Wissenschaft und der außeruniversitären Arbeitswelt.¹²

Professor und Honorarprofessor

Im Frühjahr 1999 machte der Bürgermeister der Hansestadt Hamburg Loki Schmidt, die Gattin des ehemaligen Bundeskanzlers, an ihrem 80. Geburtstag zur Professorin, in Anerkennung ihrer Begeisterung im Felde der Botanik. Einer solchen „Rathausprofessur“, so die geläufige Bezeichnung in haseatischem Understatement, entspricht in anderen Bundesländern die Verleihung des Professorentitels durch den Ministerpräsidenten an Kammersänger oder Museumsdirektoren. Die Universitäten haben damit nichts zu tun, diese Professoren sind keine Mitglieder oder Angehörige einer Hochschule.

¹¹ Laut Redemuskript, das Spektabilität Luig dem Verf. freundlicherweise zur Verfügung stellte.

¹² Wilhelm Karl Geck: Ehrenpromotionen von Politikern, in: *Mitteilungen des Hochschulverbandes* 34, 1986, 157.

Universitätsintern gibt es ordentliche und außerplanmäßige Universitätsprofessoren sowie Honorarprofessoren. Die Fachhochschullehrer tragen den Titel „Professor“ ohne weitere Unterscheidung, ebenfalls die Kollegen an den Kunsthochschulen. In Hamburg ist der Professorentitel ohne jeden Zusatz generell üblich, hochschulübergreifend.

Der ordentliche Universitätsprofessor wird aus dem Bewerberfeld auf eine Stellenausschreibung an eine Hochschule berufen. Der außerplanmäßige Professor hat im typischen Falle die Hochschullehrerprüfung (Habilitation) abgelegt und in der Regel mindestens fünf Jahre an seiner angestammten Fakultät als Privatdozent (ohne finanzielle Vergütung) gelehrt. Nach dieser Frist und Bewährung im Dienst der Wissenschaft kann er bei der Fakultät den Titel apl. Professor beantragen. Je nachdem folgt sie seinem Wunsche. Am häufigsten kommt das bei Medizinern vor. Schon die Habilitation ist in vielen Fällen lediglich als Sprungbrett für einen Chefarztposten an einem Krankenhaus gedacht (die sogenannte „Chefarzthabilitation“). Heute wird aber auch am Kreiskrankenhaus meist schon mehr verlangt, eben der apl. Professor. Allerdings sprechen sich inzwischen ernste Stimmen ordentlicher Medizinprofessoren gegen die Titelinflation unter im wesentlichen hochschulfernen Krankenhauspraktikern aus.¹³ Aber die Patienten rufen eben überall nach dem Professor.

Honorarprofessoren sind Ehrenamtler im Hochschulbetrieb. 1995 gab es 624 solcher Idealisten an den Universitäten und 49 an den Fachhochschulen. Nach der jüngsten Erhebung des Statistischen Bundesamtes von 1997 lehren 492 beziehungsweise 67 Dozenten regelmäßig ein paar Wochenstunden unbesoldet, neben gut 30 000 hauptberuflichen Professoren.

Niemand kann Honorarprofessor „werden“, der zuständige Landesminister beziehungsweise die Fakultät verleiht die Ehre nach freiem Ermessen. Abgesehen vom Unterricht zum Nulltarif bieten die Honorarprofessoren einen fachlichen Vorteil: Sie erneuern die theoretischen Wissenschaften mit praktischen Erfahrungen und Know-how außerhalb des Elfenbeinturms. Über diese Mittler können gerade Hochschul- und Industrieforschung voneinander profitieren. So war und ist der frühere Forschungsvorstand der Bayer AG in Leverkusen, Karl-Heinz Büchel, gleichzeitig Honorarprofessor für Chemie (und Chef des Fördervereins) an der benachbarten Universität Bonn.

Trotz überragender Fallbeispiele steht die Honorarprofessur aufgrund ihrer bürokratischen Konstruktion im Zwielficht. Sie ist keine bloße wissenschaftliche Ehrung (wie der "Ehrendoktor"), sondern mit der Befugnis

¹³ H. Troidl mit M. Nagelschmidt, K. Bergdolt in: *Der Chirurg* 1998; vgl. Verf.: Unvergleichliche Weihen, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 8.12.1998.

und Verpflichtung zur Lehre akademisch überhöht. Andererseits bleibt sie weit entfernt von einer normalen Professur, die öffentlich ausgeschrieben wird und der Glückliche im offenen Wettbewerb, dem kaum wegzudenkenden Qualitätstest für alle Lebensbereiche, erringt.

Im Regelfall kann Honorarprofessor werden, wer vorher fünf Jahre lang für weniger als fünfzig Mark in der Stunde einen nebenberuflichen "Lehrauftrag" erfüllt hat. "Für das Geld allein finden Sie keine guten Leute", erklärt Bernd Klöver, Kanzler der FH Wismar/Mecklenburg. "Guten Anwälten, die auch an der Uni gefragt sind, müssen wir für unser neues Fach Wirtschaftsrecht schon die Aussicht auf den Titel Honorarprofessor bieten." Damit bedankte sich die FH Osnabrück kürzlich auch bei einem Arzt, der schon seit fast zwanzig Jahren "Gesundheitsmanagement" lehrt.

Ursprünglich konnten die Hochschulen die Titelverleihung nur vorschlagen. Überall entschied der zuständige Landesminister wie bei der Berufung normaler Professoren. Nordrhein-Westfalen und neuerdings Hessen haben das letzte Wort den Hochschulen selbst überlassen. Hubert Detmer vom Deutschen Hochschulverband sieht darin einen begrüßenswerten "Zugewinn an Freiheit" gegenüber dem Staat.¹⁴ Die Einschätzung des jeweiligen Fachbereichs über die individuelle "Bereicherung des Lehrangebots und akademische Ehrung" ist bindend.

Die Versuchung, die akademische Ehre nicht zu sehr von der Qualität der Lehre abhängig zu machen, spitzt sich bei den Fachhochschulen zu. Sie haben keinen "Ehrendoktor" wie die Universitäten. Trotz der fehlenden Alternative steht für Clemens Klockner, den Sprecher der FHs in der Hochschulrektorenkonferenz, fest: Der "Honorarprofessor" kommt nur für fachliche und nicht für sonstige Meriten in Frage. Seine Hochschule in Wiesbaden hat die akademische Würde in mehr als zwanzig Jahren weniger als zehnmal vergeben, meistens an Kooperationspartner der landwirtschaftlichen Forschungsanstalt Geisenheim.

Weniger puritanisch denkt Doris Casse-Schlüter von der FH Aachen. Unter ihrem Dekanat im Fachbereich Design wurde der Honorarkonsul von Luxemburg auch Honorarprofessor für "Medienpraxis". Der PR-Mann übt mit seinen Studenten die Selbstdarstellung des Fachbereichs im Internet. Casse Schlüter räumt freimütig ein: Mindestens so wichtig sind die Beziehungen des Geehrten. "Er hat beispielsweise Jacques Santer als Präsidenten der Europäischen Kommission in Brüssel und eine Luxemburger Bank für ein Ausstellungsprojekt von uns gewinnen können."

¹⁴ H. Detmer, in: Kommentar von Leuze/Bender zum Universitätsgesetz Nordrhein-Westfalen § 54.

Früher einmal hatte sich die Technische Hochschule am Ort geziert, den Aachener Schokoladenfabrikanten und Kunstsammler Ludwig zum Honorarprofessor zu machen. Die Uni Köln zeigte das richtige Verständnis. Deshalb, so schwören TH-Professoren, ist das weltberühmte Museum Ludwig heute in der Rhein-Metropole zu besichtigen statt in der Kaiserstadt.

Mit der Auszeichnung ganz nach dem Willen der Hochschule statt durch den Staat rückt der Honorarprofessor in die Nähe des Ehrenbrandmeisters. "Über diesen Titel befindet die jeweilige Feuerwehr autonom", erklärt Josef Schaaf, der Leiter der Bonner Brandschützer. "Auf dem Dorf kann auch schon mal der dicke Bauer in den Genuß kommen, der 200 Liter Bier springen läßt."

Weil der Staat aber, wie gesagt, die wissenschaftlichen Grade gemäß dem Leitgedanken von Qualitätssicherung und Wettbewerb gesetzlich schützt, kann er sich der Einzelentscheidung über den (Honorar-)Professor eigentlich nicht entziehen – ob beispielsweise der Arzt, der nebenbei im "Gesundheitsmanagement" oder in der Pflegewissenschaft an einer Fachhochschule den Grundwortschatz seiner Fachterminologie vermittelt, sich deswegen schon Prof. Dr. med. nennen darf.

„Ehre“ kann heute auf Zustimmung nur rechnen, wenn grundsätzlich jeder die gleiche Chance hat, sie zu erringen. Was letztlich zählt, ist die im Markt erzielte Anerkennung. So haben wir es gelernt – im Hochschulbereich spätestens seit der Ausschreibung von Professorenstellen, einer Neuerung vor immerhin schon drei Jahrzehnten.

Die Liebe der Alma mater

Jochen Hörisch
Mannheim

„Fakultät für Wissensbegierde“ steht als Absender auf den Briefen eines befreundeten niederländischen Kollegen zu lesen.* Die herrlich anachronistische Bezeichnung macht, so sachlich unauffällig

sie sich auf dem Briefumschlag der Universität Nijmweegen auch ausnehmen mag, doch deutlich, daß noch im Projekt des modernen Wissenschaftsbetriebs Universität so etwas wie eine rudimentäre Restlibido steckt. Ohne (sei's drum: unreine) Libido ist selbst das Projekt der reinen Vernunft nicht zu haben. Noch ein so unschuldig rational scheinender Begriff wie der der ‚Aufklärung‘ hat seinen sexuellen Hinter-, ach was: Primärsinn. Die früheste Form von Aufklärung vor aller Religionskritik und Kant-Lektüre verschafft uns Wissen über das, was uns noch und gerade dann, wenn wir keine Kinder mehr sind, erregt. Wer lustvoll studiert, will die nackte Wahrheit erkennen. „Und er erkannte sie“ – die Wahrheit. *Cognoscere feminam / veritam*: die Wahrheit ist, wie der dissidente Professor für klassische Philologie Nietzsche erkannte, weiblich. Wer erkennt, den treibt der Wunsch nach tiefen Einblicken, die Gier nach

* Dieser Text wurde – wie im weiteren noch deutlich wird – aus Anlaß der Eröffnung des Menzel-Daches der Humboldt-Universität zu Berlin am 13. November 1998 verfaßt und dort vorgetragen. Er erscheint zugleich in *Dachreiter. Blätter des Menzel-Daches an der Humboldt-Universität zu Berlin* Heft 1 (darin weitere Beiträge von Friedhelm Krummacher, Hans Meyer, Elke Schulze, Ruth Tesmar und Martin Warnke), Oktober/November 1999. Auf die Eröffnung des Menzel-Daches – eines Ateliers für die studentische Ausbildung Unter den Linden – und den Start des künftig in loser Folge erscheinenden *Dachreiters* weist *hochschule ost* auch deshalb gern hin, da hiermit die Konsolidierung einer strukturellen Innovation des Berliner Universitätsumbaus 1990ff. dokumentiert wird: der Professur für Künstlerisch-ästhetische Praxis am FB Kulturwissenschaften der HU, gegründet in Anlehnung an die historische Einrichtung des Universitätszeichenlehrers, besetzt durch Ruth Tesmar. Der *Dachreiter* kann einzeln oder fortlaufend bezogen werden bei: Humboldt-Universität, FB Kulturwissenschaften, Professur für Künstlerisch-ästhetische Praxis, Unter den Linden 6, 10099 Berlin. (Red.)

Neuem, die systematisierte Neugierde. Er will offenlegen, entschleiern und erkennen – und all das heißt: fruchtbare Forschungsergebnisse erzielen. Nach dem alten Kalauer: Je freier der Forscher, desto forscher der Freier.

Aus dem Umstand, daß sie fundamentalerotologische Formationen freisetzen, haben die klassischen Ideen der Akademie, der Alma mater und der Universität kaum ein Hehl gemacht. Was nicht ausschließt, daß sie wenig Interesse daran hatten, ihr offenkundiges libidinöses Geheimnis nach außen zu tragen. Sie haben vielmehr gleichsam innersphärisch gesprochen. Wer Platons Phaidros-Dialog liest, wird über (in diesem Fall eben: platonische) Liebe viel, über die peripatetische Wissenschaftsorganisation der Akademie hingegen vergleichsweise wenig, eben sekundäres erfahren. Aut liberi aut libri: wie Männer Männer mit Wissen schwängern und ihnen Methexis an den höchsten Ideen verschaffen – darum kreist Platons Dialog. Und die Antwort auf diese Fragen ist, Derridas „Postkarte“ hat es eindringlich gezeigt, von verblüffender Einfachheit: indem sie sich erotisch wechselseitig faszinieren.

Die klassische Alma mater hat die Akademie-Idee aufgegriffen und überformt. Auch sie macht aus ihrer erotischen Obsession kein oder allenfalls ein überaus offenkundiges Geheimnis. Daß sie (wie die anderen traditionsmächtigen Großinstitutionen Kirche und Armee) weiblichen Geschlechts und näherhin Mutter, nämlich nährende Mutter ist, gibt sie schon in ihrem Namen überdeutlich zu erkennen. Wie die Mutter Kirche nährt die Alma mater ihre Mustersöhne in verrückter Mutterliebe. Töchter mag sie hingegen nicht so recht. Ihre Söhne aber verwöhnt sie nach Strich und Faden. Sie haben alle Freiheiten und dürfen machen, was sie wollen: z.B. darüber nachdenken, wieviel Engel auf eine Nadelspitze passen, Einhörner jagen oder – eines ihrer Lieblingsspiele – Ketzersöhne ausfindig machen. Kein Wunder, daß Söhne der Mutter, die sie so gewähren läßt, kultische Dankbarkeit entbieten. Wenn sie ihre Mutter rituell ehren, ziehen ihre Söhne Talare und also ersichtlich Frauengewänder an – so wie die Priester nicht nur dann, wenn sie die typische Frauenaufgabe schlechthin erfüllen, nämlich den Tisch zu bereiten und Essen zu verteilen, sich in feminine Gewänder kleiden, um der Mutter Kirche Freude zu bereiten.

Noch die Humboldtsche Reformuniversität hat gewußt, daß sie auf spezifisch neuzeitliche Transformationen der alten Alma-mater-Libido angewiesen ist, wenn sie fruchtbar werden und Wissen, Bildung, Forschungsergebnisse und preußischen Beamtenoutput mehren will. Keine andere Korporation dürfte Worte mit der Stammsilbe „Philo“ so hochgehalten haben wie die Humboldt-Universität. Die philosophische Fakul-

tät ist ihr heißer Kern. Denn dieser Kern organisiert eben nicht das Wissen, sondern die Liebe zum Wissen. Die Liebe, die spätestens mit dem Platon-Übersetzer Schleiermacher weiß, daß sie unendlich strebt und sich nie erfüllt. Und die weiß, daß es im Zweifelsfall besser ist, Schleier zu machen als nackt und bloß dazustehen. Denn sonst gäbe es ja nichts mehr zu entschleiern. Systeme brauchen Probleme – und deshalb lernen Systeme, etwa mit der Humboldtschen Universitätsneugründung, daß sich Probleme stets schaffen und vermehren lassen. Wer viel erkennt, erkennt systematisch, daß er stets noch mehr nicht erkennt.

Kurzum: auch die Reformuniversität von 1810 knüpft an die Tradition der universitären Libidoorganisation an. Die Universitätskrise von 1968 kann unter vielen, aber eben auch unter unserem libidinösen Gesichtspunkt analysiert werden. Sie offenbart sich dann als ein leidenschaftlicher und wechselseitig Leiden schaffender, jedenfalls hochpassionierter Liebeskampf um die Alma mater. Sie, die großzügige Nährmutter, soll, so die Perspektive der gegen den Vaterstaat revoltierenden Studenten, nicht Monsieur le Capital in die Arme getrieben werden. Sie soll und darf sich nicht prostituieren; sie muß das tun, was liebevolle Mütter immer machen: ihre genial aufbrausenden Söhne gegen die Vater-Raison und die Vater-Untaten in Schutz nehmen. Auch aus der Perspektive ihrer professoralen Verteidiger, die in diesen Krisenjahren ihrem Namen Ehre machen und zu Bekenntnislust neigen, wird die Universität erotisch umworben und bündisch gefeiert: sie soll weiterhin ihren ordinierten Lieblingssöhnen die Privilegien wahren, die Lieblingssöhnen nun einmal zukommen müssen, wenn sie in Freiheit forschend und lehrend weiterverändert hat, ist ein Satz, der immer wahr ist. Ein Datum aber springt beim Alma-mater-Vergleich 1968/98 krass ins Auge (ich nehme dankbar Motive des HU-Studenten und FU-Mitbegründers Klaus Heinrich auf): die Universität hat ihre erotischen Qualitäten in den letzten Jahren auffallend verloren. Aus der Akademie oder Alma-mater-Korporation ist eine geschlechtslose Institution geworden. Aus der heißgeliebten, kultisch verehrten und gefeierten Körperschaft wurde erstaunlich schnell die von niemandem mehr begehrte, runterverwaltete Institution. Keiner liebt sie mehr. Und warum sollten sie Studierende auch noch lieben? Sie hat ihnen wenig zu bieten. Die Mutter läßt ihre Kinder, zu denen nun endlich auch in größeren Zahlen Töchter zählen, verwahrlosen. Am wenigsten kann sie ihnen die Perspektive bieten, nach Ausflügen in die weite Welt in die Nähe des Mutterschoßes zurückkehren zu dürfen. Verheißungsvolle Zukunftsperspektiven für den akademischen Nachwuchs – wo sind sie? Und warum sollten Dozenten und Professoren die heutige Universität lieben? Ihren lustvoll besetzbaren Sonderstatus,

für buchstäblich alles Abartige gratifiziert und bewundert zu werden, haben sie verloren. In harter Konkurrenz kämpfen Professoren und Professorinnen um knappe Drittmittelressourcen, wo früher die Alma mater den Männerbund alimentierte. Drittmittel: schon das Wort zeigt an, daß Mutter-Kind-Symbiosen aufgebrochen sind. Daß Politiker die Universität nicht lieben, ist evident. Die Gründe dafür sind es auch: wo ist, wenn wir den Blick von Hans Maier über Werner Maihofer zu Peter Glotz schweifen lassen, der Politiker, dessen hochschulpolitisches Engagement seine Karriere gefördert hätte?

Mit einem Wort: Die Universität am Ende des zweiten Jahrtausends ist auffallend unattraktiv und unerotisch. Mit zwei Worten: libidinös verwahrlost. Versuche, dem entgegen zu wirken, sind heikel. Sätze wie „Liebe und begehre gefälligt x oder y“ sind bekanntlich keine besonders klugen Sätze. Dennoch wird es Zeit, endlich zum Positiven zu kommen. Und so lassen Sie mich bekennen, das letzte Mal, da ich so etwas wie eine Universitätspassion gespürt habe, war, als ich nach der deutschen Vereinigung von 1989/90 zu meiner Überraschung und zu meinem Stolz Mitglied der Struktur- und Berufungskommission für den Fachbereich 8 (Kunst- und Kulturwissenschaft) und später Ehrenmitglied der HUB wurde. Ihren von allen SBK-Mitgliedern in seiner Symbol-, weil eben uno actu Realqualität erkannten Höhepunkt fand diese Arbeit, als sie, Martin Warnke sei Dank, für die Einrichtung einer Professur für künstlerische Praxis plädierte und sich mit dieser berückenden Idee bei der Alma mater und bei Vater Staat auch Gehör und Realisierungschancen verschaffte. In Ruth Tesmar stand eine gebildete Künstlerin bereit, über deren Qualitäten ich hier kein Wort verlieren muß, weil ihr freundlich-dämonisch dimensioniertes künstlerisches, wissenschaftliches, pädagogisches und organisatorisches Geschick für sich selbst spricht.

Womit ich endlich beim schönen Anlaß bin, der uns heute in dieser traditionsreichen Halle der Humboldt-Universität zu Berlin zusammenführt. Wir wollen ein Atelier mit dem schönen Namen Menzel-Dach einweihen. Ein Ort unter den Dächern Unter den Linden, der sich so wundersam ausnimmt, daß er seine Besucher sofort in seinen Bann schlägt. Ein produktiv verwunschener Ort in allerbesten Berliner Immobilienlage. Eine Einrichtung, deren schiere Existenz wohl nur in Ausnahmesituationen gründen kann. Ein labyrinthischer und verführerischer Raum, der zu intellektuellen und künstlerischen Abenteuern verlockt. Man kann, man muß sich schnell in ihn verlieben. Studierende haben heute in der Regel viele soziale Identitäten. Daß sie studieren, ist häufig eine neben vielen anderen Rollen – und keineswegs immer die Hauptrolle. Ich wünsche der HUB-societas magistrorum et discipulorum, daß sie an diesem Ort in das eigentliche Geheimnis der Intellektualität initiiert

wird: den Wunsch im Denken zuzulassen. Et vice versa: das Wünschen klug werden zu lassen. Witze, so sie denn Mindestanforderungen an Geistesregungen erfüllen, Witze über die Aktzeichen-Kurse, die hier neben so vielen anderen Kursen, Begegnungen und Gesprächen statthaben, sind erlaubt. Denn diese künstlerische Tätigkeit dient der Wahrheitsfindung. Und sie dient dazu, an libidinöse Qualitäten zu erinnern, ohne die die Universität auf Dauer keine sein wird.

Alternativen 1956

Fritz Behrens, Herbert Crüger, Wolfgang Harich, Kurt Vieweg¹

Siegfried Prokop
Berlin

Unbestritten stellte die Zeit nach dem XX. Parteitag der KPdSU auch für die DDR eine große Chance dar, mit dem Konzept des stalinistisch geprägten autoritären Sozialismus zu brechen und statt dessen einer demokratisch-

sozialistischen Gesellschaft den Vorzug zu geben. Hans Mayer schrieb über die Chance 1956:

„Zeitweilig glaubten wir, es gab eine reale Chance. Die Situation mit Ulbricht konnte nicht dauern. Daß 1956, in der Periode des sogenannten Tauwetters, eine Mannschaft aus Kadern der Partei, der anderen Organisationen und der übrigen Bevölkerung bereitstand, um das Ulbricht- System zu stürzen, ist sicher.“²

Seiner Bewertung wird man kaum widersprechen können.³ Es gab 1956 nicht nur unter den Intellektuellen des Kulturbundes Reformkonzepte. Reformvorstellungen waren auch im Politbüro und in Regierungs-

¹ Gekürzte Fassung eines Vortrags vom 9.12.1998 im *Gesprächskreis Geschichte der Berliner Universitäten* an der Humboldt Universität.

² Gespräch mit Hans Mayer. Wer hier verliert, das ist noch gar nicht ausgemacht, in: *Neues Deutschland*, 24./25.6.1995, S.13.

³ Walter Ulbricht bestätigte in seiner Lesart am 10. Juni 1958 im Rückblick den Umfang an oppositionellen Bestrebungen im Jahre 1956: „Es gab keinen Zweig der Wissenschaft, in dem nicht eine Gruppe von Genossen oder Staatsfunktionären mit einer revisionistischen Plattform aufgetreten wäre. Das ging von der Agrarökonomie bis zu den Germanisten.“ SAPMO-BArch, ZPA IV 2/1/100 (unpag.)

kreisen feststellbar. Selbst Otto Grotewohl ging davon aus, daß nach dem XX. Parteitag der KPdSU die DDR einen „westlichen Sozialismus“⁴ anstreben müsse. Das theoretische Denken erlebte in der DDR einen Aufschwung, wie ihn im Ostblock nur noch Polen und Ungarn zu verzeichnen hatten.

Auf Initiative von Ernst Bloch, Wolfgang Harich und Georg Klaus fand vom 8. bis 10. März 1956 an der Akademie der Wissenschaften die Konferenz *Das Problem der Freiheit im Lichte des wissenschaftlichen Sozialismus*⁵ statt. Dieser erste Versuch einer philosophischen Neubestimmung der internationalen Linken nach Stalins Tod führte Ernst Fischer, Roger Garaudy, Leszek Kolakowski, Ernst Bloch, Hermann Duncker, Friedrich-Karl Kaul, Rudolf Schottlaender und Kurt Hager mit den Konferenzinitiatoren zusammen. Der ebenfalls eingeladene Georg Lukàcs konnte nicht teilnehmen

Dieser erste Versuch einer theoretischen Neubestimmung sollte zugleich die letztmalige Begegnung eines so erlauchten Gremiums linker Denker in der DDR werden. Der im Ergebnis der sowjetischen Intervention in Ungarn möglich gewordene Sieg Ulbrichts führte zur bekannten Abrechnung mit Bloch, Lukàcs, Harich und Janka. Die nach Chruschtschows halbherziger Kritik am Personenkult um Stalin 1956 kaum in Gang gesetzte Rückkopplung zwischen Theorie und Politik wurde erneut unterbrochen.

In der wissenschaftlichen Literatur gibt es subjektiv geprägte Wertungen zu den Konzepten der Reformer und Oppositionellen des Jahres 1956. Diese reichen von der pauschalen Zuordnung dieser Konzepte zu einer Alternative⁶ bis zu jener Abwertung, ihre Verwirklichung hätte zu einem neuen Stalinismus geführt.⁷ Eine Abwertung der Oppositionsleistung im Jahre 1956 erfolgt auch dadurch, daß eine blinde Gefolgschaft

⁴ SAPMO, BArch, ZPA, NL 90/301, Bl. 44.

⁵ Das Protokoll erschien unter diesem Titel in einem Umfang von 549 Seiten 1956 im Akademie Verlag. Im Dezember 1956 wurden die verkauften Exemplare des Buches „rückgeholt“. Nur wenige Exemplare konnten vor der Makulierung gerettet werden.

⁶ Vgl. Thomas Klein/Wilfriede Otto/Peter Grieder: Visionen. Repression und Opposition in der SED (1949-1989). Frankfurt/Oder 1996, S. 58; Michael F. Scholz: Kurt Viewegs alternative Agrarpolitik 1956, in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung* (BzG), 3/1994, S.78.

⁷ Vgl. Frank Stern: Dogma und Widerspruch. SED und Stalinismus in den Jahren 1946 bis 1958. München 1992, S. 198-203.

gegenüber den Beschlüssen des XX. Parteitages der KPdSU unterstellt wird.⁸

Am Beispiel von vier Reformern und Oppositionellen des Jahres 1956 – Fritz Behrens, Herbert Crüger, Wolfgang Harich und Kurt Viegeweg – soll hier eine präzisere Zuordnung und Wertung versucht werden.

Fritz Behrens

Fritz Behrens⁹ legte zusammen mit Arne Benary¹⁰ die Broschüre *Zur ökonomischen Theorie und ökonomischen Politik in der Übergangsperiode* vor, die wegen ihrer Kritik an gängigen Dogmen der Politischen Ökonomie des Sozialismus vom SED-Politbüro für die Auslieferung in den Buchhandel gestoppt wurde.¹¹ In der Broschüre wurden bestimmte Themen der Stalin-Periode entabuisiert. Dazu zählten die Frage der Warenproduktion und der Funktion des Wertgesetzes.

Behrens stritt gegen die staatliche Überzentralisierung und Bürokratisierung in der Wirtschaftslenkung. Er trat für eine Dezentralisierung ökonomischer Abläufe und Entscheidungen ein. Behrens schrieb:

„Aber ebenso, wie die Zentralisierung keine obligatorische Form der Leitung des sozialistischen Staates ist, so ist auch die zentrale Weisung keine obligatori-

⁸ Ehrhart Neubert schreibt: „Ihre Überlegungen basierten auf der Grundlage der Vorgaben der KPdSU und stimmten mit dem XX. Parteitag überein.“ In: *Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989*. Bonn 1998, S. 107.

⁹ Fritz Behrens (1909-1980) wurde im Ergebnis der Anti-Revisionismus-Kampagne 1957 nach Parteiverfahren von allen staatlichen Funktionen (u.a. Leiter des Staatlichen Zentralamtes für Statistik und stellv. Vorsitzender der Staatlichen Plankommission) abgelöst und als Arbeitsgruppenleiter am Institut für Wirtschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften eingesetzt. Zur Vita von Fritz Behrens vgl. Helmut Steiner: *Notizen zu einer „Gesellschaftsbiographie“ des Fritz Behrens (1909-1980)*. Leipzig 1996.

¹⁰ Arne Benary (1929-1971) ab 1954 Oberassistent an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Leipzig, ab 1955 Akademie der Wissenschaften in Berlin. Nach Revisionismus-Vorwürfen Parteiverfahren und 1958 Versetzung in das Kabelwerk Oberspree in Berlin (Abteilungsleiter für Betriebsorganisation).

¹¹ Die Broschüren-Artikel von Behrens und Benary erschienen jedoch eingebettet in eine parteiseitig bestellte Kritik in einem Sonderheft der *Wirtschaftswissenschaft*. In der Einführung zum Sonderheft wurde den Vf.n der Versuch einer Revision von Prinzipien des Marxismus-Leninismus vorgeworfen. Genannt wurden folgende Themenbereiche (S. 3): „1. Bei der Darstellung der Wechselbeziehungen zwischen Ökonomie und Politik in der Epoche der Diktatur des Proletariats, besonders der Staatstheorie. 2. Bei der Behandlung der Rolle und des Wirkungsbereichs des Wertgesetzes im Sozialismus. 3. Bei der Behandlung der Beziehungen zwischen Spontaneität und Bewußtheit in der sozialistischen Gesellschaft bzw. in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus.“

*sche Form der Leitung der sozialistischen Wirtschaft. In dem Maße, wie die ökonomischen Gesetze der sozialistischen Produktion zu wirken beginnen, d.h. in dem Maße, wie sich die sozialistischen Produktionsverhältnisse festigen, muß die Leitung der Wirtschaft durch zentrale Weisung zurücktreten, da sie sonst zu einem Hemmschuh der weiteren Entwicklung wird. Die wachsenden Produktivkräfte und das ökonomische System geraten dann in Widerspruch zu der Leitung der Wirtschaft durch zentrale Weisung.*¹²

Für Behrens war die Vorstellung, daß der Staat alles leiten müsse, nicht sozialistisch. Er hielt diese Vorstellung für „preußisch“, also „junckerlich-monopolistisch“. Behrens votierte für den Übergang von der administrativ-bürokratischen zur ökonomischen Wirtschaftslenkung.

Behrens sah in der überkommenen Wirtschaftslenkung die Ursache für die permanente Verletzung der Interessen der Wirtschaftssubjekte. Diese Verletzung führte zu einem in Qualität und Menge unbefriedigenden Warenangebot. Agitatoreneinsätze, Betriebskonferenzen und Parteaufträge konnten nicht wettmachen, was durch das Unterlassen ökonomischer Lenkung, Nichtberücksichtigung des Marktes und monetärer Kategorien (Geld, Preis, Kosten Lohn, Kredit, Zins) versäumt wurde. Schließlich wünschte sich Behrens die eigentlichen Produzenten in einer qualitativ veränderten Rolle, was er mit dem Begriff „Selbstverwaltung der Wirtschaft durch die Werktätigen“ zu erfassen bemüht war. Die ökonomische Selbständigkeit der Betriebe zählte er zu den Voraussetzungen jeglicher Veränderung.

Der Reform-Vorstoß von Behrens in den Jahren 1956/57 bedeutete noch keine Alternative zum Wirtschaftstypus Planökonomie.¹³ Jedoch richtete Behrens mit seinen Analysen in den 70er Jahren, die hier nicht zur Diskussion stehen, den Blick auf die Unumgänglichkeit von systemtranszendenten Reformen des „realen Sozialismus“.¹⁴

¹² Fritz Behrens: Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode, in: *Wirtschaftswissenschaft*, 3. Sonderheft, 1957, S. 117/118.

¹³ Günter Krause unterstreicht diese Wertung: „Dabei handelte es sich um eine Reformökonomie, die sich nicht als Beitrag zur Beseitigung, sondern zur Verbesserung des Sozialismus – und zwar im Hinblick auf mehr ökonomische Stabilität und Rationalität, Demokratie und Humanismus – verstand. Der Wirtschaftstypus Planökonomie selbst als casus diagnostizierter Konflikte und Dysfunktionen stand nicht zur Debatte, wohl aber Formen und Mechanismen seiner Ausgestaltung.“ Günter Krause: *Wirtschaftstheorie in der DDR*. Marburg 1998, S. 130.

¹⁴ Vgl. Fritz Behrens: *Abschied von der sozialen Utopie*. Berlin (1992)

Herbert Crüger

Herbert Crüger, Philosophie-Dozent am Institut für gesellschaftswissenschaftliches Grundstudium der Humboldt-Universität, war 1958 das letzte Opfer in der Prozeßserie gegen reformorientierte Intellektuelle. Crüger wurde zusammen mit Erwin Gülzow¹⁵ und Heinrich Saar¹⁶ zu Zuchthaus wegen „staatsfeindlicher Tätigkeit“ verurteilt (Crüger und Saar zu acht, Gülzow zu fünf Jahren). Eine schriftlich formulierte Plattform hatten Crüger und seine Gesprächspartner abgelehnt.¹⁷ Die Diskussionen über anzustrebende Veränderungen in der SED verliefen im Gesprächskreis in eher unverbindlicher Form. Die Schwerpunkte, die in den Debatten eine Rolle spielten, faßte das Gerichtsurteil 1958 in sechs Punkten zusammen:

1. *„Änderung des Charakters der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Veränderung im innerparteilichen Leben der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.“*
2. *Veränderung in der Zusammensetzung des ZK der SED und des Parteiapparates.*
3. *Fragen des Verhältnisses zwischen der Partei und den werktätigen Massen in der Deutschen Demokratischen Republik.*
4. *Fragen der Organisation des Staats- und Wirtschaftsaufbaus in der DDR:*
5. *Fragen der Demokratie.*
6. *Bestrafung der für die angeblich fehlerhafte Politik in der Vergangenheit verantwortlichen Funktionäre.“*¹⁸

Diese Punkte fielen nicht aus dem Rahmen der in der SED nach dem XX. Parteitag der KPdSU üblichen Debatten. Sie boten als solche keinen An-

¹⁵ Erwin Gülzow (1926-1992). Lehrer, 1956 wissenschaftlicher Oberassistent, 1958 Mitangeklagter im Crüger-Prozeß, 1961 vorzeitige Entlassung, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Museum für Deutsche Geschichte, 1969 Promotion.

¹⁶ Heinrich Saar (1920 - 1995). Philosoph, 1933-1938 Exil in der CSR, ab 1952 Dozent am Institut für Gesellschaftswissenschaftliches Grundstudium an der Humboldt-Universität zu Berlin. 1956/1957 Direktor des Instituts, 1985-1961 Haft. 1961 Lektor am Bibliographischen Institut Leipzig. 1966 Kontakt zum Biermann-Havemann-Gesprächskreis. Arbeitslosigkeit, dann Hilfsarbeiter. Aufruf zur Freilassung von Rudolf Bahro 1979. 1980-1982 erneute Haft, Ausweisung in die Bundesrepublik.

¹⁷ Dazu wurde in dem Gesprächskreis allerdings ein Vorstoß unternommen: „Schließlich versuchte ein Assistent von uns, der an der Forstwissenschaftlichen Fakultät der Humboldt Universität lehrte, unsere Vorstellungen in einem Forderungskatalog an die Parteiführung zu bündeln. Dies geschah jedoch ohne unser Wissen und Einverständnis, und wir forderten ihn deshalb auf, dieses Papier zu vernichten, denn wir fühlten uns weiterhin an das Statut der SED gebunden, das derartige Handlungen als Fraktionsbildung verbot.“ Herbert Crüger: *Verschwiegene Zeiten. Vom geheimen Apparat der KPD ins Gefängnis der Staatssicherheit.* Berlin 1990, S. 150.

¹⁸ Urteil im Prozeß gegen Herbert Crüger u.a., in: ebenda, S. 200/201.

laß für eine Anklage wegen Staatsverrats. Es bedurfte schon der Konstruktion „Gruppenbildung“ und „Fraktionsmacherei“, um „partei-feindliche“ Bestrebungen unterstellen zu können, die aber nur im Rahmen der SED hätten disziplinarisch geahndet werden dürfen. Den besonderen Unwillen Ulbrichts hatte sich Crüger zugezogen, weil er am 5. Dezember 1956 einen Brief an das Zentralkomitee der SED geschrieben und sich in scharfer Form gegen die Pressemitteilung der Generalstaatsanwaltschaft zur Verhaftung der Gruppe Harich gewandt hatte. In dieser Mitteilung wurde auch Bernhard Steinberger¹⁹, ein Mitstreiter Herbert Crügers während der Emigration in der Schweiz, erwähnt. Crüger empörte, daß in dieser Mitteilung dem bereits rehabilitierten Berija-Opfer Steinberger vorgehalten wurde, daß er wegen „Vergehens gegen den Frieden vorbestraft“ sei. Crüger wandte ein:

„Das ist meines Wissens nicht die Wahrheit. Ich muß sogar annehmen, daß diese Formulierung eine bewußte Entstellung der Wahrheit ist, denn den verantwortlichen Genossen der Generalstaatsanwaltschaft kann die wirkliche Sachlage nicht unbekannt sein. Meines Wissens war B. Steinberger ein Opfer der verbrecherischen Berija-Clique, der unschuldig viele Jahre unter schweren Bedingungen inhaftiert war. Bekanntlich war Steinberger nicht der einzige Genosse unserer Partei, der unschuldig zu einem Opfer der verbrecherischen Berija-Clique wurde... Wenn heute von der Generalstaatsanwaltschaft Steinberger als vorbestraft wegen Vergehens gegen den Frieden bezeichnet wird, so ist nicht einfach nur einfach eine Unwahrheit. Es ist mehr. Es ist eine Rechtfertigung der Verbrechen Berijas und seiner Helfer. Wenn Steinberger als vorbestraft angesehen wird, dann sind nicht Berija und seine Helfer die Verbrecher, sondern ihre Opfer, dann ist damit die Rehabilitierung aller dieser Genossen fragwürdig gemacht.“²⁰

Crüger forderte eine Richtigstellung in der Presse und eine Untersuchung der Tätigkeit der Generalstaatsanwaltschaft. Crüger hatte geschrieben „Berija und seine Helfer“. Erich Mielke und Walter Ulbricht wußten, wen er damit meinte. Da Crüger, verheiratet mit der bekannten Schauspielerin Mathilde Dannegger, Gesprächspartner von Wolfgang Langhoff, Erich Correns und Grete Wittkowski war und auch an der Humboldt-Universität über Einfluß verfügte, mußte er aus der Sicht Ulbrichts zum Schweigen gebracht werden. Behilflich war ihm dabei vor allem der Prorektor für Gesellschaftswissenschaften Robert Naumann.²¹

¹⁹ Bernhardt Steinberger (1917-1990). Ingenieurausbildung, Emigration 1936 Italien, 1938 Schweiz. Ab 1947 Ökonomie-Studium bei Fritz Behrens in Leipzig. 1950 Verurteilung zu 15 Jahren Straflager (Workuta). 1955 rehabilitiert. 1956-1960 Haft als Mitglied der Gruppe Harich.

²⁰ Zit. nach: Herbert Crüger: Ein alter Mann erzählt. Lebensbericht eines Kommunisten. (Schkeuditz) 1998, S. 315.

²¹ Robert Naumann (1900-1978). Werkzeugmacher, Wirtschaftswissenschaftler, Parteifunktionär. 1920 Übersiedlung in die UdSSR. Ab 1926 Mitarbeiter am „Institut für

Herbert Crüger urteilte im Rückblick, daß sich vor allem Naumann bemüht habe, ihn und seine Gesprächspartner „als gefährliche Revisionisten und Parteifeinde“ zu entlarven:

„Seine scharfen Drohungen, die er beständig mit Stalin-Zitaten würzte, zeigten bald ihre Wirkung. Nach und nach rückten alle, die nach dem XX. Parteitag für eine Demokratisierung eingetreten waren, von ihren Auffassungen ab. In einem Brief an Walter Ulbricht übten wir öffentlich Selbstkritik und erklärten unsere rückhaltlose Unterstützung der Parteilinie.“²²

Wolfgang Harich

Wolfgang Harichs Aktivitäten im Jahre 1956 wurden vergleichsweise gut durchleuchtet. Er selbst hat sich 1993 in der Studie „Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit“²³ in Polemik gegen Walter Janka auf diesen Zeitraum konzentriert. Caroline de Luis, seine erste Frau, hat ihre Erinnerungen an die Zeit mit Harich 1998 publiziert.²⁴ Weitere Beiträge zur Biographie Harichs ergänzen das Bild.²⁵

Caroline de Luis erinnerte an ein Bonmot Harichs, das er auf dem Höhepunkt der Hegel-Debatte im Jahre 1952 zum besten gegeben hatte. Ohnehin schon dem Vorwurf ausgesetzt, im „Gegensatz zu Stalin“ zu lehren und überheblich gegenüber der Sowjetwissenschaft zu sein, hatte Harich in der Vorlesung gesagt: „Es sei eine Schikane des Weltgeistes, erklärte er grinsend, daß die proletarische Revolution ausgerechnet in einem rückständigen Land wie Rußland ausbrechen mußte ...“²⁶

In dieser Zeit, so führte Frau de Luis aus, hätte Harich am sowjetischen Vorbild zu zweifeln begonnen. Sie beide hätten immer wieder über die Russen aus ganzem Herzen lachen müssen. Sowjetische Offiziere

Rote Professur“. 1943-1950 Dozent und stellvertretender Leiter der Antifaschulen in der Sowjetunion. Ab 1950 Prorektor für Gesellschaftswissenschaften an der Humboldt- Universität.

²² Herbert Crüger: Verschwiegene Zeiten, a.a.O., S. 152/153.

²³ Wolfgang Harich: Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit. Berlin 1993.

²⁴ Caroline de Luis: Gründerjahre. Frankfurt/Oder 1998.

²⁵ Vgl. Matthias Eckoldt: Begegnung mit Wolfgang Harich. Schwedt 1996; Thomas Grimm (Hrsg.): Wolfgang Harich. Ahnenpaß. Versuch einer Autobiographie. Berlin 1999; Siegfried Prokop (Hrsg.): Ein Streiter für Deutschland. Das Wolfgang Harich-Gedenk-Kolloquium am 21. März 1996 im Ribbeck-Haus zu Berlin. Berlin 1996; ders.: Ich bin zu früh geboren. Auf den Spuren Wolfgang Harichs. Berlin 1997.

²⁶ Caroline de Luis: Erinnerungen an W. H., in: Siegfried Prokop (Hrsg.): Ein Streiter für Deutschland, S. 167.

sprachen mit der größten Selbstverständlichkeit über die Demokratie, von der sie in Wirklichkeit nichts verstanden.²⁷

Harich, der auf der erwähnten Freiheits-Konferenz der Philosophen eine „marxistische Anthropologie“ verlangte, sprach über „Das Rationelle in Kants Konzeption der Freiheit.“ Harich ging davon aus, daß in der Geschichte jede auf eine vorhergehende Gesellschaft folgende neue Gesellschaft ein „Plus an Freiheit“²⁸ mit sich gebracht habe. Daß dieses „Plus an Freiheit“ im autoritären Sozialismus nicht zu verzeichnen war, zeigte an, daß sich Harichs Reformvorstellung auf Systemtranszendenz hin bewegte. Vor allem seine Hegel-Denkschrift von 1952 und sein Memorandum an Botschafter Puschkin vom Frühjahr 1956²⁹ belegen, daß Harich ebenso wie Palmiro Togliatti viel weitgehender, als es die SED und die KPdSU getan hatten, den Stalinismus kritisierte und über den geographischen Rahmen der DDR hinaus reichende politische Ziele formulierte. Für Harich war der Stalinismus das entscheidende Hemmnis der internationalen Arbeiterbewegung am Beginn der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. In direkter Polemik zu den Feststellungen des XX. Parteitags wandte er sich dagegen, den Stalinismus auf den Personenkult zu reduzieren:

„Der Stalinismus ist vielmehr ein ganzes System von Verzerrungen der marxistischen Theorie und Praxis, das aus bestimmten historisch-gesellschaftlichen Bedingungen entstanden ist und das seinen ideologischen Ausdruck, keineswegs ausschließlich im Personenkult fand.“³⁰

Es ging Harich nicht nur um die Herstellung der deutschen Einheit.³¹ Er wollte auch eine Korrektur der Nachkriegsgrenze für Deutschland und Polen.³² Seinen Wertungsmaßstab leitete er aus Universalgeschichte ab.

²⁷ Caroline de Luis in einem Gespräch mit dem Vf. am 23. März 1996.

²⁸ In: Das Problem der Freiheit im Lichte des wissenschaftlichen Sozialismus. Konferenz der Sektion Philosophie der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin. 8.-10. März 1956. Berlin 1956, S. 69.

²⁹ Ausführlich behandelt vgl. Siegfried Prokop: Ich bin zu früh geboren, S. 65-72, 83-91.

³⁰ Wolfgang Harich: Studien zur weltgeschichtlichen Situation. Zit. nach: ebenda, S. 86.

³¹ Auf den Genfer Konferenzen hatten sich die vier Großmächte auf eine längere Existenz von zwei deutschen Staaten geeinigt. Dies hatte Harich mit seinen gesamtdeutschen Vorstellungen nicht bis zur Konsequenz erfaßt. Andererseits ist zu berücksichtigen, daß nach dem XX. Parteitag der KPdSU in der sowjetischen Führung die Gedanken an gesamtdeutsche freie Wahlen wieder eine Rolle spielten. Die SPD suchte Kontakte zur KPdSU und zur SED. Fritz Schäffer, Finanzminister in Bonn, suchte mit Wissen von Konrad Adenauer offizielle Kontakte in Ost-Berlin, um die Voraussetzungen für eine deutsch-deutsche Konföderation zu erörtern. Harich wurde durch Michail Voslenskij, Sekretär der sowjetischen Botschaft, zu seinen Vorschlägen ermutigt.

Bei der Charakterisierung des Harichschen Konzeptes wird in der Literatur fast ausschließlich auf die „Plattform“ vom November 1956 eingegangen, die Harich nach Gesprächen mit Botschafter Puschkin und mit Walter Ulbricht für die Publikation in der *Einheit*, d.h. mit diplomatischen Rücksichten, entworfen hatte. Er hatte darin immerhin die Auflösung von Staatssicherheit und NVA verlangt. Andererseits betonte er die Bedeutung des Marxismus-Leninismus und des demokratischen Zentralismus und sprach sich für eine Einschränkung der Pressefreiheit aus. Auch hatte er vorgeschlagen, politische Abteilungen bei den Kriminaldezernaten der Volkspolizei einzurichten.³³ Auf diese Punkte konzentrierten sich nach Veröffentlichung der „Plattform“ im Jahre 1993 die Kritiker.

Zu einer dieser Kritiken erklärte Harich, daß er die ‚Plattform‘ auch nicht von A bis Z für richtig und genial hielt. 1956 sei es ihm um die Vorbereitung einer Wiedervereinigung Deutschlands gegangen, bei der möglichst viel Sozialistisches aus der DDR gerettet werden sollte. Dies wollte er den Funktionären der Partei in ihrer Sprache, anknüpfend an ihre Denkgewohnheiten und Erfahrungen, plausibel machen. Erst nach der Diskussion im Aufbau Verlag und nach Überarbeitung unter national-ökonomischen Gesichtspunkten durch Steinberger sollte der Text an die Mitglieder des ZK der SED sowie der Bezirks- und Kreisleitungen geschickt werden. Bei der Verhaftung am 29. November 1956 sei der erste Entwurf beschlagnahmt worden, d.h. etwas ganz Unfertiges. Das Konzept der „Plattform“ sei in einem frühen Stadium im Keim erstickt worden.³⁴ Die Erklärung des Harichschen Reform-Konzepts lediglich unter Zugrundelegung der „Plattform“ greift also zu kurz.

Kurt Vieweg

Kurt Vieweg, Direktor des Instituts für Agrarökonomie an der Akademie für Landwirtschaftswissenschaften und ehemaliger ZK-Sekretär der SED für Landwirtschaft, hatte 1955/56 eine Methode zur Berechnung der Selbstkosten in den LPG entwickelt. Sein Institut legte erste Ergebnisse

Dazu ausführlicher: Visonen. Repression und Opposition in der SED, S. 580-588; Markus Wolf: Spionagechef im geheimen Krieg. Erinnerungen. München 1998, S.195-219.

³² Vgl. Ulbricht sollte zurücktreten. Kaliningrad zur DDR gehören. Vor 40 Jahren: Wolfgang Harichs Memorandum und sein Gespräch mit Sowjetbotschafter Puschkin, in: Neues Deutschland, 17.10.1996, S. 9.

³³ Wolfgang Harich: Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit, S. 112-160.

³⁴ Interview des Vf.s mit Wolfgang Harich.

zur Kategorie „Reineinkommen der Genossenschaft“ vor. Vieweg und seine Mitarbeiter stießen auf erhebliche Mängel der „Erfolgs“-Berichterstattung der SED. Als Fortschritt wies die SED 1956 z.B. aus, daß die Schweinebestände der LPG um 8% zugenommen hätten, während die Schweinebestände der selbständig wirtschaftenden Bauern um 12% abnahmen. Der Zunahme von 70.000 Schweinen bei den LPG stand eine Abnahme von 560.000 Schweinen bei den privat wirtschaftenden Bauern gegenüber, also ein Minus von fast einer halben Million. Die Ermittlung der absoluten Zahl verdeutlichte, daß die Fortschritte der LPG nicht am Rückgang der Wirtschaft der individuell wirtschaftenden Bauern gemessen werden konnte. Die Tatsache, daß die DDR nur noch 50% der Marktleistung an Getreide selbst erzeugte, während 50% importiert werden mußte, verdeutlichte die mangelnde Leistungsfähigkeit der DDR-Landwirtschaft.³⁵

Aus seiner kritischen Analyse leitete Vieweg, ermutigt durch den sowjetischen Berater Tscherjomuschkin,³⁶ Vorschläge für eine Veränderung der Agrarpolitik der SED ab. Im November 1956 legte er den Entwurf des „Neuen Agrarprogramms für die Entwicklung der Landwirtschaft beim Aufbau des Sozialismus in der DDR“ vor.³⁷ Vieweg richtete das Augenmerk auf theoretische Fragen der Standortverteilung landwirtschaftlicher Produktion, der genossenschaftlichen Produktion und auf die Rezeption der von Johann Heinrich v. Thünen³⁸ begründeten klassischen landwirtschaftlichen Betriebslehre. Vieweg plädierte für die Neustrukturierung der landwirtschaftlichen Betriebe und die konsequente Führung der LPG nach betriebswirtschaftlichen Erkenntnissen. Künftig sollte es in der Landwirtschaft der DDR sowohl den hochmechanisierten Familienbetrieb als auch den Lohnarbeiterbetrieb geben. Wie im Nachbarland Polen waren wirtschaftsschwache LPG aufzulösen und die MTS umzubil-

³⁵ Vgl. SAPMO-BArch, KB, Nr. 922, Bl. 79.

³⁶ Wie in anderen Vergleichsfällen auch ließ der sowjetische Berater Vieweg, als dieser sich mit harten Revisionismus-Vorwürfen konfrontiert sah, fallen wie eine heiße Kartoffel. Vieweg floh am 27.3.1957 in die Bundesrepublik. Im Oktober 1957 kehrte er in die DDR zurück und wurde 1959 zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt. Zur Biographie von Vieweg vgl. Michael F. Scholz: Bauernopfer der deutschen Frage. Der Kommunist Kurt Vieweg im Dschungel der Geheimdienste. Berlin 1997.

³⁷ Zuerst publiziert von Michael F. Scholz in: BzG, Berlin 1994, H. 3, S. 80- 87.

³⁸ Der zuständige ZK-Sekretär Erich Mückenberger verteilte Viewegs Agrarkonzept sofort als „revisionistisch“ und schlug dem Politbüro die Entlassung Viewegs aus seiner Funktion als Institutsdirektor vor. Bemerkenswert ist, wie sich Mückenberger die weitere Tätigkeit Viewegs vorstellte: „Es wird vorgeschlagen, V. mit der Verwaltung des Thünen-Arbeitskreises zu betrauen, mit dem Auftrag, die unmarxistische Lehre Thünens zu widerlegen.“ SAPMO-BArch, ZPA, IV 2/2/A543 (unpag.)

den. Für zwei bis drei Generationen sollte der bäuerliche Familienbetrieb das Rückgrat der Agrarproduktion sein. In diesem Sinne empfahl Vieweg:

„Die Einzelbauernwirtschaften erhalten die Möglichkeit, alle für die Entwicklung ihrer Produktion notwendigen Produktionsmittel zu kaufen, um ihre Betriebe mit moderner Technik auszustatten... Unverzüglich wird mit der Großproduktion eines Bauerntraktors mit den dazugehörigen Anbaugeräten begonnen. Den Bauern wird Gelegenheit gegeben, sich durch Vorbestellung und Einzahlung der ersten Raten an dem schnellen Aufbau dieser Werke zu beteiligen.“³⁹

Vieweg war bemüht, den Bauern in der DDR eine Perspektive zu geben und sie von allen die Agrarproduktion beeinträchtigenden Hemmnissen zu befreien. Vieweg wandte sich nicht gegen eine sozialistische Entwicklung der Landwirtschaft. Er ging von einem wesentlich länger gefaßten Zeitplan für die Schaffung einer sozialistischen Landwirtschaft aus, als die geltende Agrarpolitik der SED. Auch ließ er sich von ökonomischen Kriterien leiten.

Viewegs Agrarplan war mit Fritz Behrens abgestimmt worden. Er bewegte sich in diesem Reform-Rahmen. Mit Harich hatte Vieweg keine Abstimmung angestrebt. Erst bei den Gesprächen während der Freigänge im Zuchthaus von Bautzen erkannten beide, daß sich Viewegs Agrarplan in die „Plattform“ Harichs hätte integrieren lassen.

Ein Vergleich zeigt, daß eigentlich nur Wolfgang Harich mit seiner Analyse und seinen Vorschlägen über den Rahmen des autoritären Sozialismus tendenziell hinaus ging. Seine Position in der nationalen Frage – Herstellung der deutschen Einheit durch freie Wahlen – wurde nicht vom Sieg der linken Parteien abhängig gemacht. Aus Harichs Sicht konnte sich ein historischer Emanzipationsprozeß in sozialistischer Richtung nur im nationalen Rahmen vollziehen. Einen Sieg der konservativen Parteien bei den Wahlen im Jahre 1957 hätte er in der Hoffnung in Kauf genommen, daß es danach der SPD und einer entstalinisierten und demokratisierten SED in demokratischen Wahlen gelingen wäre, die Mehrheit der Wähler hinter sich zu bringen. Offensichtlich ist, daß Harich weit über die Analyse und Kritik des XX. Parteitag am Personenkult Stalins hinaus ging.

Der vom XX. Parteitag der KPdSU inspirierte Aufschwung eigenständigen sozialistischen Denkens in Polen, Ungarn und der DDR hatte, nachdem sowjetische Panzer in Budapest die Volksbewegung für einen menschlichen Sozialismus niedergeworfen hatten, keine Chance mehr. Es fällt auf, daß die Ächtung und Verurteilung der Reformer und Oppositio-

nellen in der DDR auf unterschiedliche Weise erfolgte: Strafprozesse und Haft, Ausschluß aus politischen Funktionen. Öffentliche politische Kriminalisierung, stillschweigende Funktionsenthebung und publizistische Einschüchterung.

Harich wurde gemäß dem 30. Plenum der SED 1957 zum Inbegriff der Konterrevolution und mit 10 Jahren Zuchthaus bestraft. Aus dem Prozeß wurde das Memorandum an Puschkin herausgehalten, das nach den vorherrschenden Maßstäben zu einer Bestrafung wegen „Revanchismus“ gezwungen hätte. Behrens blieb eine Verhaftung erspart. Er wurde dienstlich degradiert und öffentlich an den Pranger gestellt. Es spricht für die mangelnde Logik der Ulbrichtschen Repressionswelle, daß Vieweg, der im Vergleich zu Harich bestenfalls einen Bruchteil an Reformvorstellungen entwickelt hatte, zu zwölf Jahren Zuchthaus, d.h. zu einer härteren Strafe, verurteilt wurde. Daß auch Crüger lange Jahre nach Bautzen mußte, obwohl er kein Reform-Konzept ausgearbeitet hatte, belegt, daß es Ulbricht vor allem um Einschüchterung und Repression ging. Ulbricht hielt sich an die 1957 von den kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau beschlossenen Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus. Harichs Vision von einer Gesellschaft mit einem „Plus an Freiheit“ blieb ein Traum.

Wirtschaftsplanung als Anschlußplanung

Der „Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands“ und das Jahr 1990

Werner Röhr
Berlin

Die Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung e.V. führt jeden Monat eine wissenschaftliche Veranstaltung durch. Gegenstände dieser Vorträge, Werkstattge-

spräche oder Colloquia sind aktuelle Forschungsfragen zur Geschichte und Gegenwart des deutschen und des internationalen Faschismus, zu beiden Weltkriegen des XX. Jahrhunderts einschließlich ihrer Okkupationsregime, zur Geschichte des Widerstandes gegen Faschismus, Krieg und Okkupation und generell zu sozialgeschichtlichen Fragen der Entwicklung im XX. Jahrhundert.

Vor Mitgliedern und Gästen der Gesellschaft sprach im Januar 1999 Dr. Karl-Heinz Roth aus Bremen über die Geschichte des „Forschungsbeirates für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands“ und seiner Fortsetzung als „Forschungsstelle für gesamtdeutsche Fragen“. Obwohl die Quellenlage zu diesem Gegenstand nicht schlecht ist, haben sich deutsche Historiker bisher kaum mit der Tätigkeit dieses Gremiums befaßt.¹ Sie war aber von besonderer Relevanz für die Gestaltung des Prozesses der Destabilisierung der DDR 1989/90 und ihres Anschlusses an die BRD. Auch wenn die geheimsten Archivdokumente über diese Vorgänge für Historiker noch Jahrzehnte gesperrt sein werden, so liegen doch bereits heute genügend beweisfähige Quellen vor, um wissenschaftlich begründet die Frage zu entscheiden, in welchem Umfang, in welcher Weise und hinsichtlich welcher Fragen die Bundesregierung 1989/90 beim Anschluß der DDR an die Bundesregierung den Vorgaben, Mustern und Ratschlägen dieses Beirates gefolgt ist bzw. diese vermieden hat. Denn aus Wahlkampfgründen hat Helmut Kohl 1998 ungeachtet aller

hochschule ost 3-4/1999

¹ Vgl. Bernd Adolph: Die Anfänge des Forschungsbeirates für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands, in: *Deutschland Archiv* 10/1995, S. 1048-1064.

Sperrfristen einen dicken Band mit Akten des Bundeskanzleramtes publizieren lassen, der in diesen Fragen klare Auskünfte gibt.²

Bereits im Jahre 1990 wurde die Legende in die Welt gesetzt, die für Millionen ehemaliger DDR-Bürger sehr fühlbaren Folgen vieler gesetzlicher Regelungen für ihre rechtliche und soziale Behandlung als ungleichberechtigte Bürger der BRD seien der Hektik jener Monate schuldet. Diese Legende unterstellt, die Regelungen seien nicht den Zielen der Bundesregierung geschuldet, sondern nicht ausreichender Zeit und übermäßigem Entscheidungsdruck, angeblich sogar dem spontanen Druck der DDR-Bevölkerung, sowie unzureichender Kenntnis über Voraussetzungen und nicht ausreichender Kontrolle über die vor sich gehenden Prozesse. Sie unterstellt weiterhin, die Kosten seien nicht absehbar gewesen, da der Zustand der DDR-Wirtschaft nicht exakt bekannt gewesen sei.

Nichts davon entspricht der Wahrheit. Wie Roth in seinem Vortrag ausführte, waren *erstens* die entscheidenden Zielvorgaben und Lösungsvarianten nicht improvisiert, sondern seit langem ausgearbeitet, auch die fälligen Alternativentscheidungen waren als Problem bekannt: Als von Stabsgruppen des Bundeskanzleramtes Mitte Januar 1990 ein Anschluß mit extremer Beschleunigung favorisiert wurde, entschieden sie sich, die Währungsunion vor der staatlichen Einheit einzuführen. Damit entsprach die Bundesregierung den in den 60er Jahren von Ludwig Erhard empfohlenen Prioritäten. Erhard war damals ein entschiedener Gegner der Präferenzen des Beiratsvorsitzenden Ernst, der ein stabilitätsorientiertes Anschlußmodell entwickelte hatte, das die Übernahme der Währung erst nach einer dreijährigen Übergangszeit vorsah. In Rechnung stellten die Stäbe auch die Erfahrungen einiger Experten des Forschungsbeirates, die bereits 1938 ff. in Österreich, der Tschechoslowakei und anderen damals von Deutschland annektierten Ländern tätig gewesen waren. Die schnelle Außerkurssetzung der einheimischen Währung und die Einführung der Reichsmark als alleiniges Zahlungsmittel hatte sich als Erfolgsrezept bewährt: für das deutsche Großkapital, niemals aber für die Bevölkerung der annektierten Länder.

Zweitens war die Bundesregierung durch die wissenschaftlichen Vorarbeiten der Forschungsstelle umfassend und genau über die jeweilige aktuelle Wirtschaftslage der DDR und deren Probleme informiert. Die von der Forschungsstelle z.B. 1987 vorgelegte Krisendiagnose der DDR

2 Dokumente der Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes, hg. vom Bundesministerium des Innern unter Mitwirkung des Bundesarchivs. Wissenschaftliche Leitung: Klaus Hildebrand, Hans Peter Schwarz; Bundesarchiv: Friedrich P. Kahlenberg; Bearbeiter: Hanns Jürgen Küsters, Daniel Hofmann, München 1998.

war exakt: Die DDR-Führung selbst hatte niemals eine derart exakte Diagnose der eigenen Lage auch nur zugelassen: Und als ihr diese Diagnose – die 1987 auf einer wissenschaftlichen Konferenz der Forschungsstelle erörtert worden war – vom eigenen Geheimdienst auf den Tisch gelegt werden konnte, hat sie es vorgezogen, sie zu ignorieren. Das genaue Wissen aber war äußerst hilfreich für die Politik der Bundesregierung, die DDR weiter zu destabilisieren, ohne selbst als der treibende Motor in Erscheinung zu treten.

Drittens waren die entscheidenden Stäbe der Bundesregierung in jeder Phase über die Krisenentwicklung in der DDR 1989/90 genau informiert. Zugleich verfügten sie über ausreichend politische, finanzielle und mediale Mittel zur Einflußnahme, um innenpolitisch in jeder dieser Phasen Herr des Geschehens bleiben und außenpolitisch ihre entscheidenden Forderungen durchsetzen zu können, vor allem das Heraushalten der Alliierten aus dem staatlichen Anschlußprozeß und den Ausschluß jedes Bezuges auf die deutsche Niederlage in zweiten Weltkrieg, deren Folgen aufgehoben werden sollten, ohne die Ursachen zu nennen.³ Dabei wußte die Bundesregierung ziemlich genau, wieviel die Durchsetzung des Primats ihrer Politik vor der Ökonomik beim Anschluß der DDR kosten würde: Im Winter 1990 schätzte das Bundesfinanzministerium die Höhe der Transferkosten auf über eine Billion Deutsche Mark.

Als 1990 von allen West-Medien ein chauvinistisches Anschluß-Fieber geschürt und von großen Teilen der DDR-Bevölkerung erregt aufgenommen wurde, erinnerten sich nur noch wenige ältere Zeitgenossen an ein ähnliches Fieber ein halbes Jahrhundert zuvor. Tatsächlich aber hatte die Führungsschichten und Funktionseliten der Bundesrepublik trotz der Gründung der DDR im Oktober 1949 ein hartnäckiges Anschlußfieber ergriffen, das 1960/61 seinen Höhepunkt erreichen und erst nach dem Mauerbau abebben sollte. Diese Kräfte wollten nicht wahrhaben, daß die von ihnen durch die einseitige Währungsreform betriebene Spaltung Deutschlands nunmehr als staatliche Zweiteilung vollendet wurde und sie in der DDR endgültig von den Grundlagen ihrer Herrschaftspositionen trennen sollte.

In der schließlich 1952 erfolgten Gründung des Forschungsbeirates trafen sich viele Initiativen. Hier schlossen sich wirtschaftliche Interessengruppen zusammen, um die Politik für ihre enteigneten Anlagen, Ländereien oder Anteile zu mobilisieren, aber auch politische Parteien und die sich etablierende Bonner Ministerialbürokratie mit dem Bundes-

3 Vgl. Gregor Schirmer: „Die Sache ist gelaufen ... „ Der Zwei-plus-Vier-Vertrag. Versuch einer Vivisektion, in: Die kurze Zeit der Utopie. Die „zweite DDR“ im vergessenen Jahr 1989/90, hg. von Siegfried Prokop, Berlin 1994, S. 187ff.

ministerium für gesamtdeutsche Fragen an der Spitze. Den Kern der Initiative bildeten Spitzenmanager der Berliner Zentralbank um ihren Aufsichtsratsvorsitzenden Friedrich Ernst und der Berliner Aktiengesellschaft für Industriebeteiligungen. Ernst galt als diskreter Finanzfachmann, der schwierigste Situationen zu meistern verstand. 1931 sanierte er als Bankenkommissar der Regierung Brüning die zusammengebrochenen Berliner Großbanken. Als Reichskommissar für das Kreditwesen der Regierung Hitler hatte er bei der Annexion Österreichs und der Tschechoslowakei umfangreiche Erfahrungen gesammelt, insbesondere als Schlichter im Konkurrenzkampf der Großkonzerne um die Filetstücke der Beute. 1939-1941 war Ernst Leiter des Reichskommissariats für die Verwaltung feindlichen Vermögens. Im Herbst 1941 wurde er als persönlich haftender Gesellschafter in die mit der Deutschen Bank verbundene Privatbank Delbrück, Schickler & Co aufgenommen. Dieser im bankwirtschaftlichen Krisen- und Annexionsmanagement überaus erfahrene Finanzmann gehörte zu jener handverlesenen Bankiersgruppe, die den engsten Beraterkreis Konrad Adenauers bildete und dem Kanzler immer wieder zu diskreten Sondermissionen zu Diensten war.“⁴

Der Forschungsbeirat war autokratisch auf seinen Leiter zugeschnitten, es gab weder eine Satzung noch klare Kompetenzabgrenzungen gegenüber den Ministerien. Nach den Worten Roths fungierte er als eine „mafiose Struktur“. Ernst setzte mit seiner Personalpolitik ein ausgesprochenes Klientel- und Loyalitätsverhältnis als Norm durch, doch inhaltlich war diese Personalpolitik wichtiger als jedes Programm: Von den entscheidenden Beiratsmitgliedern hatten vier in der deutschen Kriegswirtschaft, in erster Linie bei der wirtschaftlichen Regulierung der Annexionen Erfahrungen gesammelt (z.B. Karl C. Thalheim, Matthias Kramer). Vier andere hatten nach wirtschaftspolitischen Tätigkeiten z.B. bei den IG Farben oder anderen Konzernen nach 1945 einige Zeit in der Wirtschaftsverwaltung der sowjetischen Besatzungszone gearbeitet (z.B. Rudolf Meimberg, Franz Rupp, Bruno Gleitze). Sie profilierten sich bei der Anschlußplanung, um ihre Ansprüche auf Spitzenpositionen in einer künftigen Wirtschaftsverwaltung „Mitteldeutschlands“ zu untermauern. Um die Kritik Erhards und des Bundeswirtschaftsministeriums zu unterlaufen und gleichzeitig die Basis des Beirates über Berlin hinaus zu erweitern, holte Ernst auch vier ausgesprochen neoliberale Exponenten der

4 Karl Heinz Roth: Wirtschaftspolitik als Anschluß-Planung. Der Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands und die Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen (1952-1993), in: Ansichten zur Geschichte der DDR, hg. von Ludwig Elm, Dietmar Keller und Reinhard Mocek, Bd. IX/X, Eggersdorf 1998, S.288.

westdeutschen Wirtschafts- und Agrarpolitik in den Forscherkreis (Erich Welter, Werner Bosch, K. Paul Hensel und Hans Jürgen Seraphim). Es ist keineswegs paradox, wie Roth meinte, sondern für die Geschichte der deutschen Großbourgeoisie bezeichnend, daß ausgerechnet mit diesen neoliberalen Exponenten der Beirat noch stärker re-nazifiziert wurde als allein durch die erstgenannte Gruppe.

Es lohnt, einen Blick auf einige dieser Spitzen des Forschungsbeirates zu werfen: Der Wirtschaftswissenschaftler Karl C. Thalheim hatte während des Krieges die unbegrenzte finanzpolitische Ausdehnungsfähigkeit der Kriegswirtschaft „nachgewiesen“. Als Leiter der vom Inland-SD beherrschten Grundsatzabteilung des Reichswirtschaftsministeriums ventilierte er 1943/44 die außenwirtschaftlichen Nachkriegsperspektiven. Nach 1945 kam Thalheim bei der Volkswirtschaftlichen Abteilung der Berliner Zentralbank unter und wurde 1951 Mitbegründer des Osteuropa-Instituts an der Freien Universität, wo er den Lehrstuhl für Weltwirtschaft übernahm. Im Beirat leitete Thalheim den Ausschuß für Fragen der gewerblichen Wirtschaft.

Der engste Vertraute von Ernst im Beirat war der Kreditspezialist und Ordnungstheoretiker Rudolf Meimberg. Er hatte noch 1944 in Prag eine wirtschaftswissenschaftliche Professur bekommen und nach 1945 für kurze Zeit in der Zentralverwaltung für Industrie der SBZ gearbeitet. Nachdem er sich in den Westen abgesetzt hatte, war er volkswirtschaftlicher Berater bei der Vorbereitung der Währungsreform und ab 1948 Leiter der Volkswirtschaftlichen Abteilung der Berliner Zentralbank. 1953 wurde Meimberg von der Deutschen Bank übernommen. Im Beirat leitete er den wichtigsten Ausschuß, den Finanzausschuß.

1953 berief Ernst den Gründungsherausgeber der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* Erich Welter in den Beirat. Der Wirtschaftsjournalist war bis 1943, als die Nazis diese Zeitung schlossen, als Wirtschaftsredakteur für die Frankfurter Zeitung tätig gewesen war. Welter war ein begeisterter Anhänger der nazistischen Annexionspolitik und befaßte sich vor allem mit deren währungspolitischen Techniken. Von 1940 bis 1943 wirkte er nebenbei als Wirtschaftsexperte in der Verwaltung des Militärbefehlshabers in Frankreich. 1943 holte ihn Speer in das Planungsamt seines Ministeriums. Gleichzeitig wurde er in den exklusiven „Europakreis“ der um Hans Kehrl gruppierten Nachkriegsplaner aufgenommen. Er wurde von Ernst in den „Kleinen Kreis zur Beratung von Währungsfragen“ berufen und leitete den Sozialausschuß des Beirates.

Die offizielle Gründung des Forschungsbeirates erfolgte nach der Stalin-Note vom März 1952, die seinen Initiatoren Anlaß gab, ihre Planungen zum Anschluß der DDR beschleunigt aufzunehmen. Offiziell erhielt

der Beirat den Auftrag, die volkswirtschaftliche Bilanz der DDR zu sichten und Maßnahmen zur Reprivatisierung vorzubereiten. Durch die Rückendeckung Adenauers konnte Ernst weitgehend unabhängig von institutionellen Bindungen ein politisches Imperium aufbauen, das zeitweise wie eine Art Neben-Regierung wirkte.

In den folgenden Jahren bildete der Forschungsbeirat Ausschüsse und Arbeitsgruppen, in denen rund 60 Wissenschaftler mitarbeiteten. Bis zum Herbst 1953 hatten Sofortplanungen für den „Tag X“ absoluten Vorrang vor der Erhebung volkswirtschaftlicher Basisdaten und der Entwicklung mittelfristiger Transformationskonzepte. Das stabilitätsorientierte Anschluß-Modell von Ernst ging davon aus, daß es gewaltige Umstellungs- und Kostenprobleme geben werde und der anfallende Kredit-, Investitions- und Finanzbedarf enorme Dimensionen erreichen wird. Allein den Haushaltsausgleich für den Wegfall der Aufschläge auf HO-Waren veranschlagte Meimberg mit 5 Milliarden DM. Für die Deckung des zusätzlichen Stoßbedarfs an Verbrauchsgütern kalkulierte er weitere 500 Millionen DM und allein für eine erste Investitionsfinanzierung 1,5 Milliarden DM.

Der DDR-Bevölkerung sollten die Restaurationsziele durch großzügige Angebote schmackhaft gemacht werden: Man empfahl die Angleichung der Preise und Löhne an die westdeutschen Verhältnisse, Maßnahmen zur Bekämpfung der vorauszusehenden Arbeitslosigkeit, sofortige Aufhebung der Überbesteuerung der Konsumgüter. Dabei ging man von den Erfahrungen des Jahres 1938 aus, die besagten, daß es eine ausschlaggebende Bedeutung hatte, am „Tag X“ den gewaltigen Bedarf an Konsumgütern, aber auch an „Genußmittel und feineren Lebensmitteln“ decken zu können.

Ordnungspolitische Sofortmaßnahmen sahen vor, so schnell wie möglich unumkehrbare Tatsachen zu schaffen, vor allem personalpolitisch: Das hieß Entlassung von 90 Prozent aller öffentlich Bediensteten, Auswechslung fast aller Betriebsleitungen in Produktion und Handel, Rückkehr und Einsetzung der westdeutschen Funktionseiliten.

Nachdem die Sofortplanung zum Herbst 1953 obsolet geworden war, ging der Beirat an eine Systematisierung seiner ökonomischen Strukturanalysen. Die Sofortplanungen sollten zu einem ausgefeilten Programm für eine „Übergangszeit nach der Wiedervereinigung“ fortgeschrieben und ausgebaut werden. Der Höhepunkt der Tätigkeit des Forschungsbeirates wurde Anfang der 60er Jahre erreicht. Die Vorschläge des Beirates an die Bundesregierung sahen die Zurücknahme des Ausbaus der Schwerindustrie der DDR und der Bodenreform vor sowie die Lösung aus der wirtschaftlichen Bindung an die sozialistischen Länder. Für die

Privatisierung des gesellschaftlichen Eigentums der DDR nach erfolgtem staatlichen Anschluß wurde als Hauptinstrument eine Treuhandanstalt vorgesehen, für deren Funktionsprinzipien gegen Beutemacher aber mehr Umsicht als 1938-1945 empfohlen. Der Beirat orientierte darauf, die DDR vor allem durch Konsumgüterlieferungen abhängig zu machen und deren Bevölkerung darüber hinaus durch Transferzahlungen zu gewinnen.

Bei seinen langfristigen Planungen sah sich der Beirat vor allem mit zwei Problemen konfrontiert: *Erstens*: Mit dem Deutschlandvertrag waren der Bundesregierung von deren westlichen Alliierten detailliert die Prozeduren der „Wiedervereinigung“ vorgeschrieben worden: Erst gesamtdeutsche Wahlen, verfassunggebende Nationalversammlung und neue Verfassung, dann Bildung einer neuen gesamtdeutschen Regierung. Dadurch waren der souverän gewordenen Bundesrepublik gegenüber ihrem wichtigsten Anschlußobjekt DDR die Hände gebunden. Das vorgegebene Procedere widersprach der bisher vom Forschungsbeirat zugrundegelegten Reihenfolge, die vorsah, alle entscheidenden Sofortmaßnahmen vor Verabschiedung einer neuen Verfassung unwiderruflich zu realisieren.

Es ist ein Paradebeispiel für die Revisionspolitik der Bundesregierung auch gegenüber dieser Vertragsregelung, mehr noch aber für die tatsächliche Machtposition des Beirates, in welcher Weise diese staatsvertraglichen Regelungen in der Planung schon seit 1955 umgangen wurden. Roth bewertete den Beirat für die 60er Jahre entscheidenden „Exponenten der geheimen Deutschlandpolitik“. Tatsächlich ist der Anschlußprozeß 1990 hinsichtlich der staatsrechtlichen Momente nicht nach den Vorgaben des Deutschlandvertrages, sondern jenen des Beirates erfolgt.

Zweitens: Von Wirtschaftsminister Erhard und neoliberalen Ökonomen wurde dem Beirat immer wieder vorgeworfen, daß er die Währungsfragen zu wenig berücksichtigt. Erhard forderte schon 1953 für den Anschluß die sofortige Übertragung der DM auf die DDR als allererste Voraussetzung. Damals folgte ihm nur eine Minderheit der Forscher des Beirates. Vor allem Ernst hielt dieses Blitzverfahren für zu riskant. Aber bereits Mitte der 50er Jahre wurden in einer Expertise jene Umtauschquoten vorgeschlagen, die 1990 annähernd realisiert wurden: 1:1 für Löhne, 2:1 für Guthaben. Die Währungspolitik war und blieb das Kernstück aller Anschlußplanungen, bildet sie doch die wichtigste Schnittstelle zwischen ökonomischer und politischer Macht.

Ludwig Erhard war stets ein Gegner des Forschungsbeirates, den er für überflüssig hielt. In der Regierung der Großen Koalition von 1966 wurde dann Herbert Wehner Minister für Gesamtdeutsche Fragen. Er er-

teilte dem Forschungsbeirat ein Richtlinienverbot. Aber auch nach seiner formellen Auflösung 1975 und seiner Ersetzung durch eine Forschungsstelle ging die wissenschaftliche Anschlußvorbereitung weiter, teilweise sogar umfassender und präziser als vorher. Von der Entspannungsära eingeholt, gelang es der Forschungsstelle zu überwindern, doch seit 1985 erhielt sie neuen Aufwind. Die in Jahrzehnten entwickelte Fähigkeit, die normative Restaurationsabsicht mit einer ziemlich genauen Analyse der Schwachstellen des Anschlußobjektes zu verbinden, hatte nicht gelitten. Im Vordergrund standen in der zweiten Hälfte der 80er Jahre empirische Analysen über besonders krisenanfällige Segmente des Wirtschaftskreislaufs der DDR. Aus der treffenden Krisendiagnose von 1987 leitete die Forschungsstelle Konzepte zur Destabilisierung der DDR ab. Sie konnte nun ihre alten Anschlußplanungen in die Forderung nach einem radikalen Reformschub kleiden.

Auf einer Jahrestagung im November 1988 begann die Forschungsstelle, offen mit der Ära Honecker abzurechnen. Diese Ära gehe zu Ende, deshalb seien die Arbeiten zu ihrer „Aufwands- und Ertragsrechnung“ legitim. Die Vertreter der Forschungsstelle ließen 1988 keinen Zweifel daran, daß sie nicht den Abschluß einer Etappe der DDR-Geschichte meinten, sondern das Ende des gesamten Experiments DDR. Zu diesem Zweck wurde gefordert, der DDR keine Kredite zu gewähren und keine Joint-ventures mit ihr zu bilden. Die DDR befand sich in einer schweren Zahlungsbilanzkrise. Sie hatte längst begonnen, ihre Ressourcen im Außenhandel zu verschleudern, um dem Staatsbankrott zu entgehen. Damit ihre Führung jedoch nicht noch einmal wie 1980/81 und 1984/85 den Kopf aus der Schlinge ziehen könne, sollte man diesem Bankrott in aller Diskretion nachhelfen. Das Programm einer stillen Wirtschaftskriegführung wurde im November 1988 unverblümt vorgetragen. Man wollte nicht mehr auf einen machtpolitisch herbeigeführten „Tag X“ warten, sondern diesen Tag selbst durch einen Wirtschaftskrieg mit herbeizwingen. Dies war – so wertet es Roth – wahrscheinlich der radikalste Schritt in der vierzigjährigen Geschichte des Forschungsbeirates.

Die Tätigkeit des Forschungsbeirates und seiner nachfolgenden Forschungsstelle stellt sich im Rückblick als ein Glanzstück deutscher Eroberungspolitik im XX. Jahrhundert dar. Im November 1989 sahen sich die Anschlußplaner am Ziel ihrer Wünsche. Aus ihren Visionen und Vorarbeiten wurde politische Praxis. Die Mitarbeiter der Forschungsstelle hatten es verstanden, „die Führungsschichten und Funktionselemente der BRD seit 1987/88 auf die sich erneut zuspitzende Zahlungsbilanzkrise der DDR aufmerksam zu machen und zusätzliche Destabilisierungsmaßnahmen vorzuschlagen. Die Bundesregierung war genauestens informiert

und konnte im Wissen um die ökonomische Existenzkrise der DDR die ‚deutsche Frage‘ rechtzeitig wieder auf die Tagesordnung setzen. Sie ist also nicht im geringsten von den ‚Ereignissen‘ überrascht worden, wie heute gemeinhin behauptet wird. Sie war bestens informiert und auf den DDR-Anschluß im Ergebnis jahrzehntelanger Planungsprozesse auch detailliert vorbereitet. Die ‚Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion‘ war in allen Einzelheiten vorgedacht und wurde in ihrer radikalsten Variante angewandt. Nur deshalb war die Bundesregierung in der Lage, die weitere Zuspitzung des Krisenprozesses in aller Ruhe abzuwarten und im richtigen Augenblick auch politisch aktiv zu werden.“⁵

Die bei der Berliner Veranstaltung thesenhaft vorgetragenen Erkenntnisse sind materialreich, quellengestützt und durch eine fast 200 Druckseiten umfassende zusätzliche Dokumentation ergänzt nachzulesen.⁶ Den Ausführungen schloß sich eine überaus lebhafte und kritische Diskussion an, in der sich vor allem Historiker zu Wort meldeten. Die DDR-Ökonomen, von denen in den späten 80er Jahren jene notwendige nüchterne und kritische Diagnostik ihrer Wirtschaftslage hätte erwartet werden müssen, waren nicht erschienen.

5 Ebenda, S. 347

6 Ebenda, S. 186-372, sowie Der Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands 1952-1975. Eine Dokumentation. Zusammengestellt und eingeleitet von Karl Heinz Roth, in: Ebenda, S. 373-550

Personelle Erneuerung in Sachsen Ministerielle Bilanz

Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst
Der Staatsminister
Dresden, den 15.06.1999

Betr.: Große Anfrage der Fraktion der PDS, LT-Drs. 2/11276: Personelle Erneuerung in Sachsen

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

die o.g. Große Anfrage beantworte ich namens und im Auftrag der Staatsregierung wie folgt:

Die Erneuerung der sächsischen Hochschulen auf der Grundlage des Sächsischen Hochschulerneuerungsgesetzes vom 25. Juli 1991 und des Sächsischen Hochschulstrukturgesetzes vom 10. April 1992 wurde mit In-Kraft-Treten des Sächsischen Hochschulgesetzes vom 4. August 1993 abgeschlossen. Die zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 in Sachsen vorhandenen 22 Hochschulen mit mehr als 28.000 Beschäftigten wurden unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates und der Sächsischen Hochschulkommission in eine moderne Hochschulstruktur überführt, deren personelle Ausstattung die Erfordernisse von Wissenschaft und Lehre gebührend berücksichtigt und ökonomisch vertretbar ist. Mit vier Universitäten, fünf Fachhochschulen und fünf Kunsthochschulen, die über einen Bestand von derzeit ca.

10.000 Stellen verfügen, gehört der Freistaat Sachsen zu den Flächenländern mit vergleichsweise guter Personalausstattung im Hochschulbereich.

Die im Sächsischen Hochschulerneuerungsgesetz und im Sächsischen Hochschulstrukturgesetz vorgeschriebenen Verfahren zur Berufung von Professoren bzw. zur Besetzung der Stellen des wissenschaftlichen und künstlerischen Mittelbaus waren darauf ausgerichtet, eine Vielzahl dafür qualifizierter und persönlich geeigneter sächsischer Wissenschaftler und Künstler in die neue Hochschulstruktur – zum Teil im Professorenamt – zu übernehmen. Das ist weitgehend gelungen, insbesondere durch die Besetzung der Eckprofessuren mit Wissenschaftlern aus Sachsen. Nach In-Kraft-Treten des Sächsischen Hochschulgesetzes am 3. Oktober 1993 erfolgen Berufungen und Einstellungen ausschließlich nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung.

Ausdruck der sorgfältigen und verantwortungsbewußten Arbeit der Personalkommissionen und des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst ist, dass nur knapp 2% der im Personalüberprüfungsverfahren gemäß §§ 75 ff SHEG negativ evaluierten Hochschulmitglieder noch in einer sächsischen Hochschule beschäftigt sind.

Die Beantwortung der Großen Anfrage kann nicht in jedem Einzelfall umfassend sein, da sich nicht alle erforderlichen Daten aus Standardstatistiken entnehmen lassen und nicht immer oder nur mit unververtretbarem Aufwand zu ermitteln waren. Dies gilt z. B. für die Fragen II/9 und II/12. Bestimmte Fragen, so z.B. die Frage I/2, lassen sich mit den Mitteln der Statistik grundsätzlich nicht beantworten.

Viele der nachgefragten Daten mussten vom Landesamt für Finanzen und von den Hochschulen bereitgestellt werden, was z.T. mit beträchtlichem Aufwand und daraus resultierend mit erheblichen Kosten einherging. Dies liegt einerseits daran, dass für die Jahre vor 1993 die erfragten Daten kaum elektronisch gespeichert, sondern fast nur in Form archivierter Akten vorliegen. Diese Akten betreffen komplexe Verwaltungsvorgänge und mussten manuell durchgearbeitet werden. Eine lückenlose Bearbeitung war in der verfügbaren Zeit nicht möglich und wäre auch bei zeitlicher Streckung aus Kostengründen nicht vertretbar. Bereits für die Bereitstellung der von der Universität Leipzig vorgelegten Daten musste diese u.a. fast 100 Arbeitsstunden von Personal der Vergütungsgruppe III/BAT-O aufwenden.

Aus den dargelegten Gründen können die Zahlenangaben nicht den Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Der Prozess der Hochschulerneuerung, insbesondere der personellen Erneuerung, wird deshalb mit der Antwort auf die Große Anfrage nur unvollständig und teilweise verzerrt widerspiegelt.

I: Angaben zu Entlassungen aus den Hochschulen Sachsens auf der Grundlage des Hochschulerneuerungsgesetzes, des Hochschulstrukturgesetzes und der angestrebten Personalstärke an den Hochschulen (Zeitraum 01.10.1990–31.12.1997)

1. Wie hoch war die Zahl der Beschäftigten an den Hochschulen Sachsens vor der Hochschulstrukturreform, aufgeschlüsselt nach Hochschulart und Fachspezifik (Mathematik/Naturwissenschaften, Geistes- und Sozialwissenschaften und Medizin), sowie ausgewiesen nach

- a) Professoren (ordentliche und außerordentliche)
- b) Dozenten (ordentliche und außerordentliche)
- c) unbefristete Assistenten und Oberassistenten (wissenschaftlicher Mittelbau)
- d) befristete Assistenten
- e) weiteres wissenschaftliches Personal
- f) nichtwissenschaftliches / technisches / Verwaltungspersonal?

Aus der Zeit vor der Hochschulstrukturreform liegen untergliederte Statistiken gemäß der Fragestellung nicht vor. Die letzte Quelle einer Personalstatistik ist das Statistische Jahrbuch des Hochschulwesens der DDR 1989. Hierin sind jedoch keine fachbezogenen Angaben für den sächsischen Bereich enthalten. Die vorhandenen Daten sind in folgender Tabelle aufbereitet:

Personal im Jahr 1988/1989:

Personalart	Unis ohne Med.	THs / Ing.-HSen / HandelsHH	Päd. HSen	Kunst - HSen	inzwischen abgew. Einrichtungen	HSen ohne Med. gesamt	Med. Fakultäten / HSen	HSen gesamt
Prof.en	810	230	77	55	47	1219	106	1325
Dozenten	893	336	87	107	61	1484	122	1606
übr. wiss. u. künstl. Pers.	6258	1979	750	249	470	9706	1749	11455
wiss./ künstl. Pers. gesamt	7961	2545	914	411	578	12409	1977	14386
nicht-wiss./- künstl. Pers.	10702	3098	681	329	803	15613	7120	22733
Personal gesamt	18663	5643	1595	740	1381	28022	9097	37119

2. *Wie viele der am 01.10.1990 an den Hochschulen auf dem Territorium des heutigen Sachsens Beschäftigten waren am 31.12.1997 nicht mehr im Hochschulwesen Sachsens beschäftigt (aufgeschlüsselt wie unter Frage 1.)?*

Die Hochschulstatistik liefert auf diese Frage keine Antwort, da sie sich nur mit aggregierten Zahlen, nicht aber mit dem Weg von Einzelpersonen befaßt. Somit können die statistischen Angaben generell nur die Bilanz, aber nicht das Verlassen des Hochschulwesens durch einzelne Personen widerspiegeln. Ein Maß für den planmäßigen und notwendigen Personalabbau ist die Differenz zwischen dem Personal von 1988/89 und dem Personal von 1997. Aufgrund der unterschiedlichen Hochschulstruktur ist die Darstellung nur nach Personalkategorien möglich.

Personalentwicklung von 1988/89 bis 1997 (ohne Medizin):

	Professoren	Dozenten	übr. wiss./künstl. Personal	wiss./künstl. Pers. gesamt	nicht-wiss./-künstl. Personal	Personal gesamt
1988/89	1219	1484	9706	12409	15613	28022
1997	1956	107	2632	4695	5429	10124 ^{*)}

*) Darüber hinaus wurden 1997 noch 3277 Personen aus Drittmitteln finanziert.

Während die Zahl der Professoren erheblich gestiegen ist, ging die Zahl des übrigen wissenschaftlich/künstlerischen und nichtwissenschaftlich/nichtkünstlerischen Personals stark zurück. Dieser Personalabbau ist teilweise auch darauf zurückzuführen, dass bisher von Hochschulpersonal zu leistende Aufgaben ausgegliedert wurden (z.B. in die Studentenwerke). Zur Zuendeführung universitärer Studiengänge an Fachhochschulen, zur Initiierung der Drittmittelforschung und zum Ausgleich von Infrastrukturdefiziten der Hochschulen wurde ein Teil des Personals in einer Übergangszeit befristet weiterbeschäftigt.

3. *Wie viele der Ausgeschiedenen haben das Hochschulwesen Sachsens verlassen auf Grund*

- a) *Eigenkündigung*
829
- b) *Aufhebungsvertrag*
4133

Davon haben im Zusammenhang mit den Ergebnissen der Personalüberprüfung durch Personal- und Fachkommissionen 271 Hochschulmitglieder ihr Arbeitsverhältnis durch Aufhebungsvertrag beendet.

c) Kündigung infolge der Abwicklung von Hochschuleinrichtungen bzw. Instituten einzelner Einrichtungen

Infolge Abwicklung sind ausgeschieden 1229

d) Kündigung wegen mangelnder fachlicher Eignung:

Es wurde keine Kündigung wegen mangelnder fachlicher Eignung ausgesprochen.

Mit der Abwicklung der in besonderer Weise ideologisch geprägten Einrichtungen und Teileinrichtungen wurden bereits viele Arbeitsverhältnisse mit Hochschulmitgliedern ohne Einzelfallprüfung der fachlichen Eignung beendet. Im Falle der Bewerbung entschied die jeweilige Gründungskommission unter Berücksichtigung des Bedarfs über die Übernahme in neugegründete Bereiche.

Von den Fachkommissionen wurden in etwa 0,75% der Fälle Zweifel an der fachlichen Befähigung der überprüften Person geäußert. Lediglich in ca. 0,2% der Fälle wurde die Kündigung bzw. Abberufung vorgeschlagen. In mehreren dieser Fälle lag gleichzeitig ein negatives Votum der Personalkommission vor, das zur Kündigung führte. In weiteren Fällen schlossen die Betroffenen Auflösungsverträge ab. In geringer Anzahl verblieben Kündigungsempfehlungen, über die nach Prüfung der Stichthaltigkeit der Empfehlung zu entscheiden war. In diesen Fällen ergab die Prüfung, dass der Nachweis der fachlichen Nichteignung nicht zweifelsfrei geführt worden war. Aus diesem Grunde wurde eine Kündigung nicht ausgesprochen.

Alle Voten der Fachkommissionen fanden bei der Berufung von Professoren gemäß § 11 Abs. 3 SächsHStrG sowie bei den Entscheidungen der Auswahlkommissionen zur Stellenbesetzung gemäß § 11 Abs. 4 SächsHStrG Berücksichtigung.

e) Kündigung wegen mangelnder persönlicher Eignung und

f) Kündigung wegen Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR

Wegen mangelnder persönlicher Eignung, z.B. wegen Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit der DDR, wurde im genannten Zeitraum 985 Hochschulmitgliedern gekündigt.

Der Nachweis einer Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit der DDR stellt ein wichtiges Indiz für einen Mangel an persönlicher Eignung dar. Dieser Tatsache wurde im Einigungsvertrag dadurch Rechnung getragen, dass in der Kündigungsermächtigung (Anlage 1 Kapitel XIX Sachgebiet A Abschnitt III Ziff. 1 Abs. 5 Nr. 2) eine Unter-

scheidung gemäß den Fragestellungen zu e) und f) nicht vorgenommen wurde. Der Sächsische Landtag hat das im Wortlaut in die Vorschrift von § 75 Abs. 1 SHEG übernommen. Eine getrennte statistische Erfassung konnte daher nicht erfolgen.

- g) *Bedarfskündigung* 6.091
- h) *Kündigung zur Reduzierung der Planstellen der Einrichtung* 48
- i) *Vorruhestands- oder Rentenregelung* 2.918
- j) *Tod* 199

4. *In wie vielen Fällen klagten entlassene Hochschulangehörige bei den Arbeitsgerichten*

- a) *gegen die Kündigung* 1807
Enthalten sind hierin Klagen gegen die vom SMWK ausgesprochenen Kündigungen wegen persönlicher Nichteignung.
- b) *auf Wiedereinstellung* 52

5. *In wie vielen Fällen obsiegten die Kläger im Arbeitsprozeß und in wie vielen Fällen wurden sie im Ergebnis der Gerichtsurteile wieder eingestellt?*

130 Kläger obsiegten im Arbeitsgerichtsprozeß, davon wurden 82 wieder eingestellt.

6. *In wie vielen Fällen endeten die Arbeitsgerichtsverfahren mit einem Vergleich und wie viele davon führten zur Wiedereinstellung der Kläger?*

In 1164 Fällen endeten Arbeitsgerichtsverfahren mit einem Vergleich, darunter in 29 Fällen mit Wiedereinstellung.

7. *Wie hoch waren die im Zusammenhang mit der Personalerneuerung entstandenen Kosten für das Land Sachsen durch*

- a) *Anwaltskosten*
- b) *Prozesskosten und*
- c) *Abfindungen?*

Die Höhe der entstandenen Kosten für den Freistaat Sachsen ergibt sich aus folgender Tabelle (Zeitraum: 01.10.1990 - 31.12.1997):

Anwaltskosten	7.094.086,86 DM
Prozesskosten	44.630,29 DM
Abfindungen	3.846.238,48 DM

Die gesamten Kosten entsprechen etwa 0,4% der Personalausgaben des SMWK für die Hochschulen im Jahr 1997.

8. *In wie vielen Fällen wurde Hochschullehrern der ehemaligen DDR wegen des Verstoßes gegen die Grundsätze der Menschlichkeit gekündigt? Wie viele davon wurden strafrechtlich zur Verantwortung gezogen und verurteilt?*

Wegen Verstoßes gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit z.B. durch eine Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit oder das Amt für Nationale Sicherheit wurde im genannten Zeitraum 341 Hochschullehrern gekündigt. Diese Zahl ist in der unter Ziff. 3. e) und f) aufgeführten Anzahl bereits enthalten.

Die Verfolgung von Straftaten obliegt der zuständigen Staatsanwaltschaft. Vorhandene Statistiken geben keine Auskunft darüber, ob und wie viele Hochschullehrer der ehemaligen DDR strafrechtlich zur Verantwortung gezogen wurden.

9. *Wie viele ärztliche Direktoren gab es im Bereich Medizin zum 01.10.1990 und wie viele von ihnen schieden bis zum 31.12.1997, aufgeschlüsselt entsprechend Ziffer 3 Buchstaben a) bis i), aus?*

Im Bereich der Hochschulmedizin gab es zum 01.10.1990 an den Kliniken des Universitätsklinikums Leipzig und der Medizinischen Akademie "Carl Gustav Carus" Dresden 40 ärztliche Direktoren. Am 01.01.1998 waren davon noch 15 an den Hochschulkliniken des Freistaates beschäftigt.

Beendigungsgründe:

Eintritt in den Ruhestand	9	
Aufhebungsvertrag	4	
Kündigung wegen mangelnder persönlicher Eignung/MfS		12

10. *Wurde bei der Personalerneuerung an Universitäten, Fachhochschulen und künstlerischen Hochschulen nach unterschiedlichen Kriterien verfahren? Wenn ja – worin bestanden die Unterschiede und woraus war dieser unterschiedliche Maßstab gerechtfertigt?*

Nein.

II. Berufungen und Einstellungen zur Umsetzung des Hochschulerneuerungsgesetzes an den sächsischen Hochschulen

1. *Wie viele Hochschullehrer wurden zu Beginn der Hochschulerneuerung ohne Verfahren berufen (Eckprofessuren)?*

Es wurden keine Hochschullehrer ohne Verfahren berufen. Als erster Schritt der Erneuerung von Fakultäten und Fachbereichen wurden gem. § 52 Abs. 1 i.V.m. § 125 SHEG auf Vorschlag außerordentlicher Beru-

funktkommissionen 400 "Eckprofessoren" berufen, um die Selbstverwaltung der Hochschulen arbeitsfähig zu erhalten und sie in den Stand zu versetzen, ihre Rechte in den Berufungsverfahren wahrzunehmen.

2. *Wie viele Hochschullehrer wurden ohne Evaluierung und Anhörung entlassen?*

Es wurden keine Hochschullehrer ohne Evaluierung entlassen. Jedem betroffenen Hochschullehrer wurde die Möglichkeit der Anhörung gewährt. Bei der Abwicklung von Einrichtungen endete das Arbeitsverhältnis der Beschäftigten ohne Einzelfallprüfung und ohne Kündigung.

3. *Wie viele Hochschullehrer aus den alten Bundesländern wurden bis zum 31.12.1997 an die Universitäten Sachsens berufen? Wie viele davon hatten zum Zeitpunkt der Berufung den Status eines Privatdozenten? Wie viele wurden von einer C 3-Professur auf eine C 4-Professur und von einer C 4-Professur auf eine C 4-Professur berufen?*

Bis zum 31.12.1997 zu Hochschullehrern berufene Wissenschaftler aus den alten Bundesländern	578
davon Privatdozenten	133
von C 3-Professur auf C 4-Professur	83
von C 4-Professur auf C 4-Professur	15

4. *Wie viele von den bis zum 31.12.1997 berufenen Hochschullehrern waren am 01.10.1990 in den neuen Bundesländern beschäftigt? Wie viele davon wurden auf C 3- bzw. C 4-Professuren berufen?*

Bis zum 31.12.1997 zu Hochschullehrern berufene Wissenschaftler aus den neuen Bundesländern	1416
davon auf C 3-Stellen	751
auf C 4-Stellen	384

5. *Wie viele Hochschullehrer aus den alten Bundesländern, die nach dem 03.10.1990 von dort an sächsische Hochschulen berufen wurden, sind inzwischen auf Grund einer Berufung wieder an Hochschulen der alten Bundesländer zurückgekehrt?*

45

6. *Wie viele der seit dem 01.10.1990 neu berufenen Professoren wurden nicht verbeamtet?*

Von den seit dem 1.10.1990 berufenen Professoren wurden insgesamt 910 nicht verbeamtet. Gegenwärtig sind 851 Professoren im Angestelltenverhältnis beschäftigt, wie bereits in der Antwort auf die kleine An-

frage des Abgeordneten Heiko Hilker, PDS-Fraktion, Landtagsdrucksache 2/10 889, angegeben wurde.

7. *Wie hoch ist die Zahl der Hochschullehrer Sachsens, die aus den neuen Bundesländern kamen und bereits in der ehemaligen DDR Hochschullehrer waren (aufgeschlüsselt nach den Bereichen Mathematik/Naturwissenschaften, Geistes- und Sozialwissenschaften und Medizin)?*

Math./Naturwissensch.	Geistes- u. Sozialwiss.	Wirtschafts- u. Rechtswiss.	Ingenieurwissensch.	Medizin
159	82	37	322	77

8. *Wie hoch ist die Zahl der Hochschullehrer Sachsens, die aus dem Mittelbau der Hochschulen der neuen Bundesländer kamen?*

574

9. *Wie viele von den Hochschullehrern Sachsens, die aus den neuen Bundesländern kommen, hatten bereits in der ehemaligen DDR leitende Positionen (z.B. Direktor einer Einrichtung, Leiter eines Wissenschaftsbereiches u. ä.) inne (aufgeschlüsselt nach den Bereichen Mathematik/Naturwissenschaften, Geistes- und Sozialwissenschaften und Medizin)?*

Hierzu sind keine Angaben möglich, da die Berufungsvorschläge solche Hinweise nicht regelmäßig enthalten.

10. *Wie viele Hochschullehrer aus der ehemaligen DDR sind an Sachsens Hochschulen als wissenschaftliche Mitarbeiter (befristet oder unbefristet) weiterbeschäftigt worden?*

71

11. *Wie hoch war im Dezember 1997 die Zahl der Oberassistenten, unbefristeten und sonstigen wissenschaftlichen Mitarbeiter an sächsischen Hochschulen?*

Oberassistenten	143
Assistenten	449
sonst. wissenschaftl./künstl. Mitarbeiter	4382

Wissenschaftliche oder künstlerische Assistenten werden befristet für die Dauer von drei Jahren eingestellt mit der Option, das Dienstverhältnis um weitere drei Jahre bei Erfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen zu

verlängern. Eine weitere Verlängerung ist nicht zulässig. Unbefristet beschäftigte wissenschaftliche/künstlerische Assistenten sieht das Dienstrecht nicht vor.

12. Wie viele Hochschullehrer, die bis 1990 auf dem Territorium des heutigen Sachsens tätig waren, wurden an Universitäten der alten Bundesländer berufen (aufgeschlüsselt nach den Bereichen Mathematik/Naturwissenschaften, Geistes- und Sozialwissenschaften und Medizin)?

Über die Berufung ehemaliger Hochschullehrer aus Sachsen in die alten Bundesländer liegen keine Informationen vor. Zur Beantwortung dieser Frage wäre es notwendig gewesen, alle Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland über die jeweiligen Wissenschaftsministerien um Mitwirkung zu bitten. Diesen Arbeitsaufwand (Durchsicht aller Berufsakten) kann der Freistaat Sachsen den anderen Ländern nicht zumuten. Im Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst sind jedoch Beispiele für Berufungen von Wissenschaftlern aus Sachsen in die alten Bundesländer und ins Ausland bekannt.

13. Wie hat sich der Frauenanteil an Hochschullehrern bis zum 31.12.1997 im Vergleich zu 1998 entwickelt?

1988/89 betrug der Frauenanteil bei den Professoren 3,8%. Im Dezember 1992 betrug der Frauenanteil bei den Professoren bereits 7,5%, zum Erhebungsstichtag 1. Dezember 1997 betrug er 10,6%. Das ist ca. das Dreifache wie zu DDR-Zeiten und ca. das Doppelte wie in den alten Ländern.

14. Welche besondere Förderung haben Wissenschaftler erfahren, die in den Personalkommissionen der sächsischen Hochschulen zur Hochschulrenewierung beigetragen haben?

Dieser Personenkreis hat keine besondere Förderung erfahren. Er genießt jedoch gemäß § 159, Abs. 6 SHG erhöhten Kündigungsschutz.

III. Vorstellungen über die gegenwärtige und künftige Personalstruktur an den sächsischen Hochschulen

1. Welche Vorstellungen gibt es von Seiten der Staatsregierung über die gegenwärtige und künftige Personalstruktur an den sächsischen Hochschulen?

Die Vorstellungen der Staatsregierung über die gegenwärtige und künftige Personalstruktur an den sächsischen Hochschulen zielen unter

Berücksichtigung der engen finanziellen Spielräume und der Belange der Beschäftigten auf einen flexibleren und effektiveren Personaleinsatz. Die hohe Qualität von Forschung und Lehre ist zu sichern und weiter zu verbessern, der wissenschaftlich/künstlerische Nachwuchs mit einer zügigen Qualifikation zu fördern. Wesentliche rechtliche Grundlagen finden sich in der Novellierung des Hochschulrahmengesetzes und der Neufassung des Sächsischen Hochschulgesetzes. Bei der Ausgestaltung der Dienstverhältnisse des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals, namentlich der Hochschullehrer, wurde die Gleichwertigkeit des Angestellten- zum Beamtenverhältnis zum Ausdruck gebracht. Damit wird u.a. die Mobilität auch im Wechsel von und zu Bereichen außerhalb des öffentlichen Dienstes unterstützt. Beschäftigte in befristeten Dienstverhältnissen erhalten durch Beitragsleistungen an die Arbeitslosenversicherung eine soziale Absicherung. Mit befristeten Beschäftigungsverhältnissen und Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen auch für Professoren kann in Forschung, Lehre und künstlerischer Praxis beweglicher auf technische, gesellschaftliche oder künstlerische Entwicklungen reagiert werden. Wissenschaftliche und künstlerische Assistenten sind mit weiteren Dienstaufgaben eines Hochschullehrers vertraut zu machen. Sie können damit ihren Erkenntnishorizont erweitern und ihre Chancen im Wettbewerb um eine wissenschaftliche oder künstlerische Karriere steigern. Dem dient auch die Möglichkeit, weiteren während des Assistentenverhältnisses erbrachten wissenschaftlichen Leistungen den einer Habilitation gleichen Wert zuzuerkennen.

Im Rahmen der Beratungen der Länder untereinander und der Länder mit dem Bund setzt sich der Freistaat für eine leistungsorientierte Besoldung der Hochschullehrer ein, die neben einer Grundvergütung als ständigen Anreiz befristete Struktur-, Leistungs- und Funktionszulagen vorsieht. Das Nebentätigkeitsrecht für Professoren wird überarbeitet, um bei Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen eine Verbesserung der Verbindung zwischen Theorie und Praxis zu fördern. Nicht zuletzt wird die Einführung eines eigenen Wissenschaftsdienstrechts sowie eines Wissenschaftstarifvertrages – auch für das nichtwissenschaftliche Personal – geprüft.

2. Wird zur weiteren Profilierung der Hochschulen Sachsens eine Strukturkommission gebildet?

Die Bildung einer Hochschulentwicklungskommission wird z.Z. vorbereitet.

3. Wenn ja, welche zeitliche Vorstellung für Gründung und Arbeitsdauer sowie Zusammensetzung, Zielstellung und Arbeitsweise gibt es?

Die Hochschulentwicklungskommission soll innerhalb eines Jahres nach Auftragserteilung Empfehlungen für eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung der sächsischen Hochschullandschaft unter Berücksichtigung absehbarer Entwicklungen ausarbeiten.

In die Hochschulentwicklungskommission sollen Persönlichkeiten berufen werden, die überregional tätig, im Hochschulmanagement erfahren sind und keine zu enge Bindung an sächsische Hochschulen haben. Ein Kabinettsbeschluß hierzu steht noch aus.

4. Welche Vorstellungen gibt es zur Beibehaltung oder Veränderung der Grundstruktur des Hochschulwesens in Sachsen?

Ausgangspunkt ist die sächsische Hochschulstruktur mit den vorhandenen Standorten, an denen festgehalten wird. Ihr traditionelles Fächerprofil – insbesondere im Bereich der Natur- und Ingenieurwissenschaften – sowie die breite Fachstruktur ist unter Beachtung des erkennbaren wissenschaftlichen und technologischen Fortschritts sowie des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedarfs fortzuentwickeln.

Die Schwerpunkte des sächsischen Hochschulwesens für die einzelnen Standorte sind noch deutlicher herauszuarbeiten und durch Konzentration und Kooperation verstärkt Möglichkeiten für die effektive Nutzung der Ressourcen zu erschließen.

Mit dem Ziel einer Verbesserung der Effizienz und einer verstärkten Nutzung von Synergieeffekten ist auf die wissenschaftliche/künstlerische Kooperation, die stärkere Vernetzung innerhalb der Hochschulen und zwischen ihnen sowohl in der Lehre als auch in der Forschung und künstlerischen Praxis zu orientieren. Durch Konzentration von Fächern sind thematische Schwerpunkte so zu bilden, dass "kritische Massen" erhalten oder erzeugt werden, die die Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen auf dem Forschungsmarkt fördern.

Zugleich ist der wissenschaftliche Wettbewerb zwischen den Hochschulen und innerhalb derselben z.B. durch die Schärfung der fachlichen Profile im Kontext mit der Entwicklung von Sonderforschungsbereichen, Graduiertenkollegs, Forschergruppen sowie durch Kooperation mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen zu beleben.

5. Welche Vorstellungen gibt es, kleine, förderungswürdige Wissenschaftsgebiete ("Orchideenfächer") auszubauen oder neu einzurichten, für die es in Sachsen besondere Voraussetzungen gibt?

Nachdem durch die Hochschulpolitik der DDR die nicht gegenwartsbezogenen und politisch nicht instrumentalisierbaren Fächer stark reduziert bis abgebaut worden waren, galt und gilt die Fürsorge der Sächsischen Staatsregierung übereinstimmend mit Empfehlungen des Wissen-

schaftsrates auch jenen Disziplinen, die als "Kleine Fächer" das Profil der Universitäten maßgebend mitbestimmen. Dies gilt in besonderem Maße für die Universität Leipzig. Zu den "Kleinen Fächern", die in Sachsen gepflegt werden, gehören jene, deren Gegenstand eine bestimmte Dimension von Kultur ist, wie Kunstgeschichte, Musikwissenschaft, Theaterwissenschaft, Religionswissenschaft, Ethnologie, Archäologie, Ur- und Frühgeschichte, und jene, die sich mit außereuropäischen Sprachen und Kulturen beschäftigen, wie Ägyptologie, Asienwissenschaften, Afrikanistik oder Arabistik.

Die globale Vernetzung führt in verschiedenen Berufszweigen zu einem hohen Bedarf an interkultureller Kompetenz. Dennoch ist im Hinblick auf beschränkte Berufsmöglichkeiten der Absolventen "Kleiner Fächer" abzuwägen, inwieweit diese Disziplinen in grundständigen Studiengängen oder nur als andere Studiengänge ergänzende interkulturelle Studien angeboten werden. Bei einer Vielzahl "Kleiner Fächer" an der Universität Leipzig ist eine Erhöhung der Anzahl der Studienplätze nicht in Betracht zu ziehen. Zur Vermittlung interkultureller Kompetenz an anderen Universitäten besteht zwischen diesen – auch länderübergreifend – Abstimmungsbedarf, um aus Sparsamkeitsgründen Überkapazitäten zu vermeiden, den Studierenden Wahlmöglichkeiten zu eröffnen und Gewinne aus der Zusammenarbeit zu ziehen.

6. Soll perspektivisch die derzeitige Relation Hochschullehrer-Student verändert werden? Wenn ja – in welchen Relationen (Zahlenangaben, bitte auch ausgewiesen nach naturwissenschaftlich-technischen und geisteswissenschaftlichen Disziplinen sowie Medizin)?

Die gegenwärtigen günstigen Relationen Hochschullehrer-Student haben wesentlich zu besseren Studienbedingungen und kürzeren Studienzeiten gegenüber den Hochschulen in den alten Bundesländern beigetragen. Die Prognosen lassen einen Anstieg der Studentenzahlen erwarten. Ab 2005 ist mit einem Rückgang der Studentenzahlen zu rechnen. Bei gleichbleibender Hochschullehrerzahl würde sich daher auch die Relation Hochschullehrer-Student verändern. Die fachbereichsbezogene Relation Hochschullehrer-Student ändert sich mit der Nachfrage der Studenten nach den einzelnen Fachgebieten. In zahlreichen Fächern mußte der Zugang zur Hochschule wegen zu großer Nachfrage durch Festsetzung eines Numerus Clausus beschränkt werden. Dabei wird die Aufnahmekapazität in der Regel auf Grund bundesweit vorgeschriebener Curricularnormwerte berechnet. In anderen Fächern – speziell in den naturwissenschaftlichen und technischen Fächern – wird eine höhere Auslastung der vorhandenen Kapazität angestrebt.

7. Ist an eine Änderung des Status der Professoren alten Rechts gedacht?

Nein.

8. Gibt es Vorstellungen, die Zahl der Stellen für den wissenschaftlichen Nachwuchs (befristete und unbefristete Assistentenstellen) zu erhöhen? Wenn ja – in welchen Größenordnungen (ggf. in welchen Fächergruppen)?

Wissenschaftliche Assistenten werden befristet für die Dauer von drei Jahren eingestellt mit der Option, das Dienstverhältnis um weitere drei Jahre bei Erfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen zu verlängern. Eine weitere Verlängerung ist nicht zulässig. Unbefristet beschäftigte wissenschaftliche Assistenten sieht das Dienstrecht nicht vor.

Zum wissenschaftlichen Nachwuchs gehören aber auch wissenschaftliche Mitarbeiter auf Qualifikationsstellen, die befristet besetzt werden, sowie die Stipendiaten, die Promotions- und Habilitationsstipendien in Anspruch nehmen.

Mit Rücksicht auf die Verdienste und die soziale Lage des akademischen Mittelbaus wurden im Zuge der Hochschülerneuerung Stellen, die grundsätzlich dem wissenschaftlichen Nachwuchs vorbehalten sind, auch mit älteren Wissenschaftlern unbefristet besetzt. Indem diese Wissenschaftler in den Ruhestand treten, wird schrittweise das angestrebte Verhältnis von mit Nachwuchswissenschaftlern befristet besetzten Funktionsstellen hergestellt werden.

Mit freundlichen Grüßen

(gez.)

Prof. Dr. Hans Joachim Meyer

Personelle Hochschulerneuerung in Sachsen 1990 bis 1997

Resümee einer Großen Anfrage im Sächsischen Landtag

Werner Bramke
Leipzig

1. Einführung

Gegen Ende der zweiten Legislaturperiode richtete die PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag eine Große Anfrage an die Staatsregierung, um eine Bilanz der personellen Erneuerung und darüber hinaus der Personalpolitik im Hochschulbereich in rund neunjähriger Regierungszeit zu erhalten.¹ Die Auseinandersetzungen um die Hochschulerneuerung waren zwar vorrangig in der 1. Legislaturperiode geführt und im wesentlichen abgeschlossen worden, so dass sich alle drei im Sächsischen Landtag vertretenen Parteien in der 2. Legislaturperiode ganz überwiegend auf aktuelle und perspektivische Aufgaben in der Hochschulpolitik konzentrierten. Dabei gab es aber "Überhänge" wie die versuchte und nur teilweise verwirklichte Integration von Wissenschaftlern ehemaliger Akademieinstitute an die Hochschulen des Freistaates (Wissenschaftlerintegrationsprogramm – WIP) und die Konsequenzen aus dem von der ursprünglichen Strukturplanung nicht vorgesehenen Personalabbau der Jahre 1995-1999 sowie

¹ Vgl. Sächsischer Landtag, 2. Wahlperiode, Drucksache (DS) 2/11276. Die Anfrage war am 24. März 1999 bei der Staatsregierung eingegangen, deren Antwort lag fristgemäß am 27. Juni 1999, also unmittelbar vor Ende der Legislatur, vor, so dass eine Debatte zur Thematik im Plenum oder Ausschuß nicht stattfinden konnte. Von den Tageszeitungen berichtete die LVZ kurz über die Große Anfrage (PDS kritisiert Zustände an den Universitäten, in: *Leipziger Volkszeitung*, 15.7.1999. S. 4).

aus Wiedereinstellungen ehemals Gekündigter, was die Personalerneuerung nicht unerheblich modifizierte. Aus diesen Gründen wurde der zeitliche Rahmen der Hochschulerneuerung, der im allgemeinen bis 1993 gefaßt wird², deutlich überdehnt. Konsequenter wäre es gewesen, die Veränderungen bis 1999 zu erfragen, doch hätte das die Statistiker vor kaum lösbare Aufgaben gestellt.

Eine Bilanz der personellen Erneuerung bot sich aber auch deshalb an, weil die bundesweite Diskussion um eine notwendige Hochschulreform 1998 mit der Novellierung des Hochschulrahmengesetzes und entsprechende Veränderungen in der Gesetzgebung der Länder einen zweiten Einschnitt nach 1990 markierten, der zu einer Rückschau auf die Entwicklung des Wissenschaftlerbestandes geradezu herausforderte. Denn in diesem waren die Veränderungen an Ostdeutschlands Hochschulen am nachhaltigsten erfahren worden.

Eine solche Bilanz lag durchaus auch im Interesse der Staatsregierung, wie aus der von Minister Hans Joachim Meyer vorgetragene Regierungserklärung, in der die personelle Erneuerung besonders hervorgehoben wurde, zu erkennen ist.³ Deshalb verwundert der vorwurfsvolle Ton in der Antwort der Staatsregierung beim Verweis auf Kosten und zeitliche Mühen bei der Bereitstellung der Daten.⁴ Die Staatsregierung hätte doch selbst an einem klaren Bild der von ihr so hochgeschätzten Personalerneuerung⁵ interessiert und längst um eine genaue Erfassung der Veränderungen durch die von ihr verantworteten Personalveränderungen bemüht gewesen sein müssen. Dass eigens für die Große Anfrage offenkundig aufwendige Recherchen durch das Sächsische Ministerium für Wissenschaft und Kunst bzw. an Sachsens Hochschulen und vor allem an der Universität Leipzig angestellt werden mußten, läßt verschiedene Deutungen zu und drängt zur Frage: Wie hielten und halten es die anderen neuen Bundesländer mit der statistischen Erfassung und Bilanzierung der personellen Hochschulerneuerung? So könnte die Große Anfrage zur personellen Hochschulerneuerung im Freistaat Sachsen die weitere vergleichende Betrachtung des Umbruchs der ostdeutschen Hoch-

² Wissenschaftsminister Hans Joachim Meyer sieht die Hochschulerneuerung in Sachsen "mit In-Kraft-Treten des Sächsischen Hochschulgesetzes vom 4. August 1993 [als] abgeschlossen" an (DS 2/11276, S. 1). Ähnlich datiert Peer Pasternack das Ende des Umbruchs der ostdeutschen Hochschul- und Wissenschaftslandschaft. Vgl. Derselbe: DDR-Wissenschaftsgeschichte – Umbau von Hochschule und Wissenschaft in Ostdeutschland. Bibliographie 1989-1993, Leipzig 1994.

³ Vgl. Sächsischer Landtag des Freistaates Sachsen, 56. Sitzung, 14. Mai 1997, Plenarprotokoll 2/65, S. 4002f.

⁴ DS 2/11276, S. 2.

⁵ Ebenda, S. 1f.

schullandschaft⁶ nach dem Anschluß der DDR an die Bundesrepublik⁷ befördern.

In der Anfrage wurden drei Schwerpunkte erfasst: die Entlassungen aus den Hochschulen auf der Grundlage des Hochschülerneuerungs-gesetzes vom 25. Juli 1991 und des Hochschulstrukturgesetzes vom 10. April 1992; die Berufungen und Einstellungen im Zuge der Hochschülerneuerung; die Vorstellungen der sächsischen Staatsregierung über die künftige Personalstruktur. Dass in den Fragen wie in den Antworten die Kategorie der Hochschullehrer und in Sonderheit die Professoren im Mittelpunkt standen, kann bei Anerkennung des Gewichts dieser Wissenschaftlergruppe an sich nicht verwundern. Bei Berücksichtigung der gegenwärtig außerordentlich prekären Lage des wissenschaftlichen Mittelbaus erscheint es aber notwendig, genauer zu erforschen, wie es zu dieser für die ostdeutschen Hochschulen bedrohlichen Situation kommen konnte, um von fundierten Erkenntnissen ausgehend gegensteuern zu können. Das gilt – mutatis mutandis – auch für das "sonstige" Personal. Denn die Einsparungen in diesem Bereich haben z. T. zu erschreckenden Engpässen wie etwa in den Bibliotheken geführt. Und ob die Aussonderungen der "Reparaturbrigaden" aus DDR-Zeiten zu wirklichen Einsparungen geführt haben, ist so sicher nicht.

2. Personalentwicklung zwischen 1989 und 1997

Die Personalentwicklung an den Hochschulen auf dem Territorium des heutigen Freistaates Sachsen zwischen 1989 und 1997 war rein quantita-

⁶Zur Literatur über den Umbau der Hochschulen in Ostdeutschland, die zum Vergleich anregt, vgl. die Bibliographie von Peer Pasternack (Anm. 2); derselbe: Hochschule in die Demokratie. Fallstudie (Karl-Marx-) Universität Leipzig 1998-1993, Berlin 1995; derselbe: Risiken und Nebenwirkungen. Die Erneuerung der ostdeutschen Hochschulmedizin nach 1989, in: *hochschule ost* 6(1997), H. 2, S. 116-143; Siegfried Kiel: "Hochschülerneuerung" an ostdeutschen Hochschulen aus dem Blickwinkel heutiger Verantwortungsträger. Versuch eines Vergleiches und einer kritischen Sichtung, in: ebenda 5(1996), H. 2, S. 155.171.

⁷ Der Terminus "Anschluß", wegen seines politisch-polemischen Gebrauchs in Anlehnung an den sogenannten Anschluß Österreichs 1938 zeitweilig diskreditiert, kann durchaus sachlich gebraucht werden, wie unlängst nachgewiesen wurde. Vgl. Jörg Rösler: Der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik. Versuch einer historischen Einordnung, in: *Deutschland Archiv* 32(1995), H. 3, S. 432. Danach handelt es sich beim Anschluß um eine Vereinigung, bei der "es zu einer fast vollständigen Angleichung der politischen, administrativen und überwiegend auch der sozialen und wirtschaftlichen Strukturen des Anschlußgebietes an die im Hauptland bereits existierenden" kommt. Diese Merkmale treffen auf das Hochschulwesen wie auf nur wenige andere Bereiche zu.

tiv durch einen dramatischen Abbau gekennzeichnet. Die Reduzierung erfolgte wesentlich unter der Aufgabenstellung, in der Personalausstattung der ostdeutschen Hochschulen den Standard der westdeutschen zu erreichen, wobei für Sachsen Baden-Württemberg das Vorbild abgab. Die Ausgangssituation im Studienjahr 1988/89 zeigt die Tabelle auf Seite 3 der Großen Anfrage, die auf Angaben des Statistischen Jahrbuchs des Hochschulwesens der DDR 1989 beruht.

Es konnte nicht im Einzelnen überprüft werden, ob in allen Positionen der tatsächliche Bestand von 1988/89 korrekt erfasst wurde oder bereits das Statistische Jahrbuch des DDR-Hochschulwesens Ungenauigkeiten enthielt. Nach Hinweisen aus dem ehemaligen Bereich Medizin der Karl-Marx-Universität Leipzig soll z.B. die Zahl der Hochschullehrer in der Medizin größer gewesen sein. Im Ganzen dürfte diese Statistik aber ein realistisches Bild vermitteln.

Die Tabelle über die Personalentwicklung zwischen 1989 und 1997 lässt zwar viele Fragen offen, z.B. die, wie viele bis zur Vereinigung Beschäftigte auch 1997 noch an Sachsens Hochschulen tätig waren. Erst die Beantwortung dieser Frage ließe schlüssig werden, inwiefern Abbau und Neuzuführung, die gleichzeitig Verdrängung der Alteingesessenen darstellte, Hand in Hand gingen, was jetzt nur einigermaßen gut im Bereich der Hochschullehrer nachzuvollziehen ist. Auch bleibt unklar, inwieweit der besonders augenfällige Rückgang des nicht zur Gruppe der Hochschullehrer gehörenden wissenschaftlich/künstlerischen und nichtwissenschaftlich/nichtkünstlerischen Personals darauf zurückzuführen ist, dass universitäre Studiengänge an Fachhochschulen ausgelaufen waren oder "Restaufgaben", die sich aus der Integration der Pädagogischen Hochschulen in die Universitäten Chemnitz, Dresden und Leipzig ergaben, beendet wurden.

Dennoch ist die Gegenüberstellung des Personals von 1988/89 und 1997 sehr aufschlußreich (siehe Tabelle S. 4). Sehr zu bedauern ist das Fehlen von Vergleichen mit anderen Bundesländern für das Jahr 1997, z. B. mit dem Vorbildland Baden-Württemberg oder auch mit anderen neuen Bundesländern.

Die gestiegene Professorenzahl darf nicht über den insgesamt deutlich gesunkenen Hochschullehrerbestand hinweg täuschen. Die meisten der Dozenten der DDR-Hochschulen waren relativ jung, der Abschluß ihrer Dissertation B (Habilitationsschrift) lag nicht lange zurück, sie befanden sich in der Lauerstellung auf eine Professur, waren also hochmotiviert und leisteten – was kaum zu überschätzen ist – einen ganz erheblichen Beitrag zur Lehre. Das Letzte galt auch für die a.o. Professoren, die zur Kategorie der Hochschuldozenten gerechnet wurden.

Setzen wir voraus, dass mit dem jetzigen Personalbestand in etwa der Weststandard erreicht wurde, die Relationen zwischen Wissenschaftlern und Studierenden im Osten aber immer noch etwas günstiger sind⁸, so bleibt zu berücksichtigen, dass noch manches Provisorium den Vergleich eher zu Ungunsten des Ostens ausfallen läßt. Von den Professoren pendeln immer noch viele zwischen dem Berufungsort im Osten und dem Hauptwohnsitz im Westen hin und her, was vor allem die Lehre beeinträchtigt. Der immer noch ungünstigere Ausstattungsgrad, was Technik und besonders Bibliotheken betrifft, verlangt einen höheren Aufwand von Wissenschaftlern und Studenten, was gleichfalls in dieser Statistik unberücksichtigt bleiben muss.

3. Politisch motivierte Entlassungen

Inwieweit das Ausscheiden von Hochschulangehörigen durch Bedarfs- und Eigenkündigungen sowie Aufhebungsverträge mit anderen Faktoren, die sich z.B. aus Empfehlungen der Personalkommissionen ergaben, berührten oder zusammenfielen, geht aus den Antworten der Staatsregierung nicht hervor und müßte durch Nachfragen ergänzt werden. Die Zahlen der aus erklärter Maßen politischen Gründen zum Ausscheiden Gezwungenen sind auch ohne diese Unsicherheitsfaktoren beeindruckend genug. 1225 Hochschulangehörige aus den "in besonderer Weise ideologisch geprägten Einrichtungen und Teileinrichtungen"⁹ fielen der Abwicklung ohne Einzelfallprüfung zum Opfer. Vor allem gegen diese, im Vergleich zur Entnazifizierung der Hochschulen nach 1945 extreme und trotz des Einigungsvertrages kaum wirklich rechtstaatlich abgesicherte Art und Weise der Hochschülerneuerung richteten sich die Proteste von Dezember 1990/ Januar 1991, die übrigens – jedenfalls in der Messestadt Leipzig, deren Universität besonders betroffen war – ganz überwiegend von Studenten, und zwar aller Fachrichtungen, bestimmt und nur von einer Minderheit der betroffenen WissenschaftlerInnen mitgetragen wurde. Ich erinnere die Argumentation Peer Pasternacks zum Abschluß einer Demonstration auf dem Innenhof der Karl-Marx-Universität. Mit dem Blick auf die Abgewickelten selbst sagte er: "Um die Meisten von ihnen ist es nicht schade." Jedoch die Pauschalität des Verdiktes verletzte Rechtsnormen und Rechtsempfinden, was schwere Folgen zeitigen müsse.

⁸ Zumindest beim Vergleich der großen Universitäten. Kleine Universitäten in den alten Ländern unterscheiden sich diesbezüglich nicht so sehr von mittleren und kleinen Universitäten in den neuen.

⁹ DS 2/11276, S. 5.

Ich bin als Nichtabgewickelter einer sogenannt besonders ideologisch geprägten Disziplin, der Neuesten Geschichte, und noch dazu als Landtagsabgeordneter, der mit Wissenschaftspolitik befasst ist, zur Zurückhaltung in der Bewertung der Hochschulerneuerung 1990/93 gemahnt. Doch dies glaube ich feststellen zu müssen: Die Abwicklung hat bis heute un- gute Nachwirkungen auf die innere Verfassung der Hochschulen Ost- deutschlands. Es ist immer ein fataler Irrtum zu glauben, eine zeitweilige, auch nur partielle Dispensierung der Demokratie könne folgenlos für die- se selbst bleiben oder könne gar positiv, weil als Schocktherapie wirken.

Zwar gab es in Einzelfällen dort die fachliche Überprüfung, wo sich WissenschaftlerInnen aus abgewickelten Bereichen auf Stellen in an- deren Bereichen bewarben. Nach allem, was bekannt ist, haben aber die Chancen für erfolgreiche Bewerbungen nicht sehr hoch gelegen. Wer aus abgewickelten Bereichen kam, war stigmatisiert, was bei der Zahl der Bewerber schwer wog. Dazu erfolgten die Evaluierungen nicht mit dem Ziel der generellen Leistungsüberprüfung, sondern für eine zu besetzende Stelle mit mehr oder minder engumrissenen Kriterien.

Über die Arbeit der Fachkommissionen wird in der ministeriellen Antwort nichts Näheres ausgesagt, obwohl sich eine Bewertung bei den Detailfragen zu I.3. geradezu aufdrängte. Aufschlußreich sind aber die Feststellungen, dass in nur 0,75% aller Fälle Zweifel an der fachlichen Eignung der geprüften Personen geäußert und in keinem Fall Kündigun- gen aus Mangel an fachlicher Eignung ausgesprochen wurden.¹⁰ Hinter diesen unkommentierten Aussagen verbirgt sich das Eingeständnis be- merkenswerter Leistungsfähigkeit und wohl auch -bereitschaft der DDR- Wissenschaftler, woran sich viele Fragen anknüpfen, die freilich in einem anderen Rahmen gestellt und erörtert werden müssen.

Die wohl am meisten angreifbaren Aussagen in der Großen Anfragen beziehen sich auf die Teilfragen 3e, f nach Kündigungen wegen man- gelnder persönlicher Eignung resp. wegen Zusammenarbeit mit dem Mi- nisterium für Staatssicherheit. Die Antwort "wegen mangelnder persönli- cher Eignung, z. B. wegen Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit der DDR, wurden im genannten Zeitraum 985 Hoch- schulmitgliedern gekündigt"¹¹, faßt einfach zwei Konfliktfelder im Streit um die personelle Hochschulerneuerung zu einem zusammen, ohne dass dafür eine überzeugende Erklärung gegeben wird. Denn es mag nicht sel-

¹⁰ Ebenda.

¹¹ Ebenda, S. 6. Aufschlußreich zur Art im Umgehen mit dem Vorwurf der mangelnden persönlichen Eignung die Analysen bei Arno Hecht: Verzweigt und verhunzt, nicht weiter verwendbar. Politisches und menschlich-soziales Umfeld der Hochschulerneuerung im Beitrittsgebiet, Leipzig 1997.

ten gewesen sein, dass die Tätigkeit für das MfS ein "Indiz für einen Mangel an persönlicher Eignung"¹² darstellen konnte, deshalb darf aber nicht der Zusammenfall beider Faktoren generell als Tatsache, die im Einigungsvertrag festgeschrieben wurde, behandelt werden. Der Einigungsvertrag differenzierte durchaus beide Sachverhalte. Er ermöglichte die außerordentliche Kündigung wegen der Zusammenarbeit mit dem MfS und die ordentliche Kündigung auf Grund mangelnder Eignung.

Wenn nicht alles täuscht, wird dieser Sachverhalt durch die heutige Rechtsprechung stärker berücksichtigt, als dies in der Zeit unmittelbar nach der Vereinigung der Fall war.¹³ In der Antwort der Staatsregierung fehlt jeder Hinweis auf eine Reflexion sich verändernder Sichtweisen in der Bundesrepublik, in denen sich nicht pauschal eine Verteidigung der Erneuerungspolitik in der Nachwendezeit ablesen läßt. Der Umgang mit der Krankenschwester Monika S., wie er sich im Untersuchungsausschuß des Sächsischen Landtages dazu und in der Öffentlichkeit widerspiegelt,¹⁴ läßt den Schluß zu, dass die Staatsregierung dann bereit ist, in den Grenzbereich der Rechtsüberschreitung vorzudringen, wenn frühere Tätigkeit für das MfS nachweisbar ist. Ohne ein solches Denken wäre die Anforderung zusätzlicher Akten aus der Gauck-Behörde *nach* Abschluß des Vergleiches im Rechtsstreit zwischen Monika S. und der Staatsregierung wohl nicht zu erklären.

Das Festhalten an überholten Positionen der Rechtsanwendung des Einigungsvertrages äußert sich noch beeindruckender in der Interpretation des Vorwurfs des Verstoßes gegen die Grundsätze der Menschlichkeit. Die Antwort auf die diesbezügliche Frage, wonach 341 Hochschullehrern wegen dieses schwerwiegenden Deliktes gekündigt wurde, wird mit dem "Beweis" der Tätigkeit für das MfS oder das Amt für Nationale Sicherheit belegt.¹⁵ Das erstaunt um so mehr, als zugegeben werden muß, der Staatsregierung sei nicht bekannt, ob irgendein Hochschullehrer für Verstöße gegen die Menschlichkeit strafrechtlich behelligt wurde; die Statistik sage darüber nichts aus.¹⁶ Wer so argumentiert, muss damit rechnen, dass seine politischen Prinzipien in der Hochschulerneuerung grundsätzlich in Zweifel gezogen werden.

¹² Ebenda.

¹³ Vgl. Peer Pasternack: Ein abgeschlossener Fall? Die Affäre Heinrich Fink 1990-1997, in: *hochschule ost* 6(1997), H. 3/4, S. 214-246.

¹⁴ Zuletzt im Beitrag von Peter Carstens "Ein Abschlußbericht ist nicht mehr zu erwarten" in der FAZ vom 24. Juli 1999, S. 4.

¹⁵ DS 2/11276, S. 8.

¹⁶ Ebenda.

Viele Fragen lassen auch andere lustlos gegebene Antworten offen. Wenn festgestellt wird, 130 Kläger hätten im Arbeitsgerichtsverfahren obsiegt, aber nur 82 Wiedereinstellungen wären erfolgt, so bleibt zu fragen: Welches Schicksal erlebten die Anderen? Ebenso ist das lapidare "Nein"¹⁷ auf die Frage nach einer beabsichtigten Änderung des Status der Professoren alten Rechts indiskutabel. Hierbei handelt es sich um offene Diskriminierung, die wenigstens einer Begründung bedurft hätte.

5. Neuberufungen

Die vielleicht erfreulichste Antwort in der ganzen Großen Anfrage wird hinsichtlich der Entwicklung des Frauenanteils an der Hochschullehrerschaft gegeben. Dieser stieg zwischen 1989 und 1997 von 3,8 auf 10,6 Prozent – eine Bilanz der Berufungspolitik, die viele überraschen dürfte und nicht kleingeredet werden sollte.

Die meisten, durchaus instruktiven Antworten lassen freilich wenig Schlüsse auf die Qualität der personellen Erneuerung zu. Es ist auch beim Schwerpunkt II der Großen Anfrage (Berufungen) völlig unerfindlich, warum die Staatsregierung nicht wenigstens Vergleiche mit anderen Bundesländern anstellte oder auf die Evaluierungsverfahren eingegangen ist. Es bleibt auch fast jeder Versuch aus zu zeigen, wo durch die Erneuerung besondere Leistungszuwächse erzielt wurden oder wo Schwachstellen entstanden. In einem Fall, wo solche Zuwächse konstatiert wurden, muß man dahinter noch dicke Fragezeichen setzen. Denn die "Orchideenfächer" oder Kleinen Fächer, die die DDR als "nicht gegenwartsbezogene(n) und politisch nicht instrumentalisierbare(n) Fächer stark reduziert bis abgebaut" haben soll¹⁸ wie Kunstgeschichte, Musikwissenschaft, Religionswissenschaft, Archäologie, Ur- und Frühgeschichte, Ägyptologie, Afrikanistik u. a. hat es auch in DDR-Zeiten gegeben und gerade in Leipzig, wenn auch z. T. in nicht eigenständigen Instituten oder Fachbereichen. Und dass Einrichtungen wie die Afrika-Nahostwissenschaften und die Tropische Landwirtschaft als eigene Disziplinen beseitigt wurden, bleibt ganz unerwähnt.

5. Resümee

¹⁷ Ebenda, S. 16. Vgl. zu diesem Thema und zu dessen unterschiedlicher Behandlung in den neuen Ländern Thomas Neie: Zur Stellung der DDR-Hochschullehrer nach Abschluß der Hochschülerneuerung, in: *hochschule ost* 6(1997), H. 3/4, S. 247-255.

¹⁸ Ebenda, S. 15.

Ungeachtet der notwendigen kritischen Bewertung der Antworten der Staatsregierung, sind diese für ganz unterschiedliche Sichten sehr aufschlußreich, und die Staatsregierung verdient Dank für ihre Beantwortung in vergleichsweise knapper Zeit. Notwendig werden, wie angedeutet, Nachfragen sein. Wünschenswert wären vergleichbare Anfragen in anderen neuen Bundesländern, wobei Schwachstellen in der Methodik unserer Großen Anfrage aufgespürt und korrigiert werden sollten. Letzteres bezieht sich z. B. auf Teil III über Vorstellungen der Staatsregierung über künftige Personalstrukturen. Vermutlich wären die Antworten weniger unbestimmt ausgefallen, hätte es eine bessere Verbindung der Fragen zur abgeschlossenen Hochschulerneuerung mit solchen zu den perspektivischen Überlegungen gegeben.

Die Wendedokumentation der Jenenser Studentenschaft

Fragen zu Quellenkritik und Vergangenheitsbewältigung.

Ein Fallbeispiel

Till Fichtner
Erlangen

Zum 10. Jahrestag der Wende ist mit einer Fülle neuer Aufsätze und Dokumentationen zu den Ereignissen des Herbstes 1989 zu rechnen, basierend auf neuem Quellenmaterial, daß in den letzten Jahren gesichtet worden ist. Vordergründig scheint sich damit die Quellenlage für

umfassende zeitgeschichtliche Studien zum Zusammenbruch der DDR stetig zu verbessern. Das Fallbeispiel der Jenenser Studentenschaft steht jedoch für die Relativierung einer solchen Einschätzung. Eher läßt sich hieraus der unwiederbringliche Verlust von originärem Quellenmaterial ablesen. Darüber hinaus werden Fragen zum Thema Vergangenheitsbewältigung bzw. historische Wahrheit deutlich, die offensichtlich auch im Jahr 10 nach der Wende wenig von ihrer Brisanz verloren haben. Zumindest führte die Diskussion über die vollständige Namensnennung von Stasi-Mitarbeitern in der Redaktion dieser Zeitschrift zum Kompromiß einer Teilanonymisierung aller beteiligten Studenten.

Die Studenten der Friedrich Schiller-Universität Jena (FSU), die sich im Herbst 1989 aktiv für eine Veränderung der bestehenden Verhältnisse einsetzten, gründeten im Oktober 1989 das „Reformhaus“ als Koordinations- und Anlaufstelle für studentische Aktivitäten. Nahezu alle Aktionen in der Wendezeit liefen über das Reformhaus, dessen Existenz bis zur Gründung des unabhängigen Studentenrates im Januar 1990 andauerte.

Bereits im Jahr 1991 entstand unter den Studenten die Idee einer gemeinsamen Aufarbeitung der Wendeereignisse. Dies führte mit einiger Verspätung im Juni 1992 zu einem studentischen Vergangenheitskolloquium mit ca. 40 Teilnehmern. Zahlreiche Studentenvertreter beteiligten sich auch an der universitären Tagung

sich auch an der universitären Tagung „Unrecht und Aufarbeitung“, die eine Woche später ebenfalls im Juni 1992 stattfand.¹

Ebenso wie die Idee des Vergangenheitskolloquiums gab es bei den Studenten bereits seit längerem eine Diskussion über die Erstellung einer Dokumentation zu den Ereignissen 1988/89 an der FSU Jena. Bis in das Jahr 1993 hinein scheiterten zwei geplante Projekte jeweils bereits in der konzeptionellen Phase, da keine Forschungsgelder zur Verfügung standen.

Im Winter 1993/94 kam es zu einer zarten Wiederbelebung der Idee. Ausgangspunkt waren Gespräche von vier Studenten, darunter Tilo S. und Kitty L., mit Professor Meinhold, der bis zum Sommer 1993 Prorektor für Geisteswissenschaften gewesen war. Im Laufe der Gespräche über eine mögliche Realisierung des Projektes, die ca. alle zwei Monate stattfanden, kam man überein, Professor Niethammer vom Historischen Institut hinzuzuziehen, um eventuell einen Außenstehenden mit entsprechenden Fachkenntnissen mit der Koordination zu beauftragen. Bei einem Treffen mit Niethammer im Herbst 1994 wurde diese Idee verworfen. Niethammer sagte seine Bereitschaft zur Mitarbeit zu, war aber der Ansicht, daß die authentischste Dokumentation von den Beteiligten selber entwickelt werden könne. Deswegen sprach er sich gegen einen außenstehenden Koordinator aus, was die Studenten letztendlich überzeugte.

Konkret wurde das Projekt dann zur Jahreswende 1994/95. Ein wesentlicher Anlaß dafür war der fünfte Jahrestag der Wende, an dem an der FSU Jena in einer Sonderausgabe der Universitätszeitung eine Kurzdokumentation der Ereignisse der Jahre 1988/89 erschien.² Viele ehemalige und Noch-Studenten, die man bezüglich der Bereitstellung von Originaldokumenten ansprechen wollte, waren so erneut für das Thema sensibilisiert worden. Außerdem gelang es der Herausgeberin Kitty L. (Mitherausgeber: Roberto S.) bis Ende Dezember 1994, 18.000.- DM Fördergelder zu organisieren.

¹ Vgl. deren Dokumentation: Böttcher, Hans Richard (Bearb.): Vergangenheitsklärung an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Beiträge zur Tagung "Unrecht und Aufarbeitung" am 19. und 20.6.1992. Hrsg. vom Rektor der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Leipzig 1994.

² Friedrich-Schiller-Universität Jena, der Rektor (Hg.): Alma Mater Jenensis. Sonderausgabe "Wende". Jena 1994, 16 S.; vgl. auch Dietfried Jorke: Die Tätigkeit der „Aktionsgemeinschaft Demokratische Erneuerung der Hochschule“ an der Friedrich-Schiller-Universität Jena 1989 - 1992, in: *hochschule ost* 10-11/1993, S. 11-15, Ulrich Zwiener: Die Wende an der Jenaer Universität. Erlebnisbericht eines Beteiligten, in: *hochschule ost* 5-6/1995, S. 55-67, und Tilo Schieck: Der Herbst der Studenten? Persönliches Resümee des Wendejahres an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, in: *hochschule ost* 6/1994, S. 102-108.

Ein erstes Koordinierungstreffen fand Mitte Dezember 1994 statt. Dabei entstand unter den sieben Teilnehmern erstmals die Diskussion über die Frage der Namensnennung. Alle Beteiligten waren während der Wendezeit 1988/89 Studenten der FSU Jena und teilweise direkt in die Ereignisse involviert. Aus diesem Grund waren die vorhandenen Dokumente eng mit den handelnden Personen verknüpft. Angesichts dieses konkreten Materials bestand weitgehende Einigkeit in der Gruppe über die grundsätzliche Namensnennung der Beteiligten. Dies sollte sich beim nächsten Treffen bereits ändern.

Am 19. Januar 1995 kam es auf der zweiten Sitzung, bei der es eigentlich um die Festlegung der Arbeitskompetenzen gehen sollte, zu einer Diskussion über die Namensnennung von Stasi-Mitarbeitern. Zum Verständnis dieser Debatte ist ein kleiner Exkurs nötig.

Einer der führenden Studentenvertreter im Reformhaus war Olaf H., Forschungsstudent an der Sektion Psychologie. Gleichzeitig war er bis November 1989 inoffizieller Mitarbeiter des MfS. Bis zum Bekanntwerden seiner Stasi-Tätigkeit im Winter 1991 hatte er selbst noch an der Diskussion zur Vergangenheitsbewältigung mitgewirkt. Dieser Umstand führte bei einem befreundeten Kommilitonen, der von einer dritten Person über Olaf H.s Mitarbeit informiert war, zu schweren Gewissenskonflikten. Nach mehreren vergeblichen Bemühungen, ihn für eine öffentliche Bekanntmachung zu gewinnen, sah er sich schließlich genötigt, seinem Freund mit der Preisgabe des Geheimnisses zu drohen. Olaf H.s eher unfreiwilliges Eingeständnis seiner Stasi-Mitarbeit bestand daraufhin aus zwei Veranstaltungen; eine mit den Beschäftigten des Psychologischen Instituts der FSU Jena, wo er inzwischen als wissenschaftlicher Assistent tätig war, und eine für einen persönlich ausgewählten Kreis von Studenten. Im Sommer 1992 verließ er nach Beendigung seiner Assistenzzeit (zu der er nach Bekanntwerden seiner Stasi-Tätigkeit aufgrund des Einigungsvertrages und der Thüringer Evaluationsordnung gezwungen war) Jena und zog in die alten Bundesländer.

Den Mitstreitern des Reformhauses wurde zur Jahreswende 1991/92 klar, daß einer ihrer führenden Repräsentanten Mitarbeiter des MfS gewesen war. Wie weit der Kenntnisstand der einzelnen Studenten über H.s Berichte dabei ging, läßt sich heute nur noch schwer feststellen. Fest steht, daß die Mehrzahl der Beteiligten keine Kenntnis von H.s Weitergabe von Informationen an das MfS bis Anfang November 1989 hatte.

Bei der Universitätsstagung "Unrecht und Aufarbeitung" im Juni 1992, bei der sich die Studenten über die mangelnde Bereitschaft zur Vergangenheitsbewältigung beklagten, wurde der Sachverhalt von einem Studenten, allerdings ohne Namensnennung, am Rande erwähnt. So berich-

tete Christof A.: "Unter diesen Leuten (der Reformhauskreis, d. Verf.) ... bildete sich zudem eine Vertrauensbasis, von der wir zwar heute wissen, daß sie Illusion war (mindestens ein ganz exponierter Mitstreiter unter uns war Mitarbeiter des MfS)..."³

In dem Buch, das 1994 über die Tagung veröffentlicht wurde, findet sich in einer Anmerkung von Professor Böttcher genaueres zur Geschichte dieses inoffiziellen Mitarbeiters. Böttcher, der hauptverantwortlich für die Entstehung des Buches war, war an der früheren Sektion Psychologie und bis 1992 am jetzigen Psychologischen Institut der FSU tätig gewesen. Er schrieb:

*"Zu den in der Tat klärenden Beiträgen des Studentenvertreters A. ... möchte ich eine Ergänzung bringen, die eine besondere Problematik der Wandlung erhellen kann. Im Reformhaus wirkte mutig und fleißig O. H. mit. Er war in der Sektion Psychologie FDJ-Sekretär und wissenschaftlicher Assistent und zählte dort – als Kritiker des Sektionsdirektors Professor Lindig sowie als Mitverfasser des Studentenbriefes vom September 1989 – zu dem politisch Unliebsamen. Zu jener Zeit war er aber schon anderthalb Jahre (wie sich erst im Frühjahr 1992 herausstellte) IM bei der Stasi. Als Student hatte er, erstaunlich naiv für einen aus der Sowjetunion kommenden Absolventen, sich gewinnen lassen und war trotz der glaubhaften Absicht, bei nichts Unredlichem mitzumachen, bald tiefer verstrickt worden, als ihm lieb war. Bei seinem Aufbegehren mit den anderen im Reformhaus hatte er also die Absicherung im Rücken, daß ihm, dem heimlichen Berichterstatter nach draußen, nicht viel passieren könne."*⁴

Böttchers Kenntnisse stützten sich z.T. auf die Veranstaltung von Olaf H. am Psychologischen Institut, bei der er sich zu seiner Stasi-Tätigkeit geäußert hatte. Allerdings handelte es sich bei Böttchers Äußerungen über dessen Berichterstattung vom Reformhaus nur um Vermutungen, die H. nicht wirklich bestätigt hatte. Die Tragweite seiner Handlungen schien ihm aber unterdessen bewußter geworden zu sein, wie Böttcher aufgrund der Kenntnisse aus dieser Veranstaltung fortfuhr :

*"Inzwischen fühlt er sich schwer betroffen von seinem eigenen Verhalten, zumal er sich nun sagt: Hätte es im Herbst 1989 auch bei uns die chinesische Lösung vom Platz des Himmlischen Friedens oder die nur hausgemachte Wiederholung der DDR-Niederschlagung von 1953 gegeben..., wäre er einer derer gewesen, die Namen und andere Interna geliefert hätten. Vielleicht wäre er selbst 'geliefert' gewesen."*⁵

Für den Verlauf der nun – 1995 – innerhalb der Buchgruppe einsetzenden Diskussion gilt es im Auge zu behalten, daß der Name Olaf H. im

³ Böttcher, a.a.O., S. 215.

⁴ ebenda, S. 224.

⁵ ebenda.

Zusammenhang mit seiner Tätigkeit als IM des MfS also bereits in einer universitätseigenen Dokumentation gefallen war.

Von den sieben Anwesenden plädierten zwei, die Mitherausgeberin Kitty L. und Martin S., entschieden für eine Namensnennung von ehemaligen Stasi-Mitarbeitern. Neben dem Anspruch an die historische Wahrheit in der Dokumentation ging es diesen beiden vor allem um die Befreiung vom Stasi-Mythos durch eine Offenlegung der Fakten. Dies wollten sie auch durch die Einbindung H.s in das Projekt erreichen, mit dem sie eine Befragung zum Stasi-Thema anstrebten.

Drei Vertreter, darunter Tilo S. und Christof A., äußerten sich gegen eine Namensnennung. Ein gewichtiges Argument waren die schlechten Erfahrungen im Zusammenhang mit der Namensnennung, für die es in Jena Beispiele gab (der Jurist Professor Riege beging nach Stasi-Verdächtigungen 1991 Selbstmord).

Darüber hinaus gab es aber eine Reihe von Argumenten, die die unterschiedliche Herangehensweise an die Vergangenheitsbewältigung in der Gruppe verdeutlichten. Gewarnt wurde vor einem Verlust der Objektivität, dem Aufbau eines Feindbildes und dem Abgleiten in Richtung "Bild-Journalismus". Auch die Frage der Existenzgefährdung Olaf H.s wurde in die Debatte eingebracht, deren Berechtigung durch seine mittlerweile erfolgreiche Tätigkeit in der Privatwirtschaft allerdings zweifelhaft erschien. Dennoch wurde durch diese Argumente das Festhalten an der Idee der Namensnennung als eine Art unmoralische Handlung desavoiert.

Die restlichen Anwesenden äußerten keine Meinung bzw. bezogen nicht eindeutig Stellung. Die emotionale Diskussion wurde schließlich ohne Entscheidung vertagt. Hauptgrund war die ungeklärte Frage, ob die Gruppe eine Genehmigung für die Akteneinsicht beim BStU bekommen würde. Das nächste Treffen wurde für den 27. Januar 1995 vereinbart.

Im Vorfeld dieses Treffens wurde die Frage der Berechtigung zur Akteneinsicht vom thüringischen Landesbeauftragten des BStU positiv entschieden. Außerdem hatten in dieser Woche sowohl die Gegner als auch die Befürworter einer Namensnennung Gespräche mit bis dahin außenstehenden Personen geführt. Daraus ergab sich zunächst ein wachsendes Interesse der Studenten, die in den Jahren 1988/89 an der FSU Jena studiert hatten, zur möglichen Akteneinsicht der Projektgruppe. Kitty L. versuchte dabei gezielt, Vertreter anzusprechen, von denen sie annahm, daß sie ebenfalls für eine Veröffentlichung der Namen plädieren würden. Tilo S. hatte seinen Freund Olaf H. angerufen und ihm mitgeteilt, daß in der Gruppe über seine Namensnennung in Bezug auf seine IM-Tätigkeit diskutiert wurde. Auch Kitty L. hatte Olaf H. am Abend vor dem 27. Ja-

nuar 1995 angerufen, woraufhin dieser ihr sein Erscheinen zum Treffen ankündigte und ihr Vorwürfe bezüglich der beabsichtigten Veröffentlichung seines Namens machte.

Das dritte Treffen am 27. Januar 1995 brachte den emotionalen Höhepunkt der Debatte. Neben den ursprünglichen sieben Teilnehmern erschienen zwei Vertreter für die Namensnennung, darunter Matthias J., ehemaliger "Reformhüsler", ebenso Olaf H. mit seiner Frau sowie Karin S., gleichfalls "Reformhüslerin" und damals Studentin an der Sektion Psychologie. Sie hatte im Herbst 1989 durch H. persönlich als erste von seiner IM-Tätigkeit erfahren, diese Information aber nur zwei Kommilitonen anvertraut, so daß es bis zum Herbst 1991 ein dreifaches Geheimnis blieb. Für den folgenden Tag beabsichtigte Kitty L., mit den drei Beteiligten ein Interview zum Thema "Geheimnisteilung" durchzuführen.

Von den Anwesenden ergriff Olaf H. die Initiative. Er berichtete kurz über seine IM-Tätigkeit, wobei er im Wesentlichen nur seine Aufträge bezüglich der Auslandsstudenten erwähnte und einen Zusammenhang mit dem Reformhaus bestritt. Die Berichterstattung glich derjenigen, die bereits 1992 von ihm gegeben wurde. Weitere Fragen wurden abgeblockt, statt dessen verwies er auf die Gefährdung seiner Familie, weshalb er augenscheinlich auch seine Frau mitgebracht hatte. Im Falle einer "Existenzgefährdung" behielt er sich rechtliche Schritte vor. Abschließend fragte er die Gruppe, was sie konkret zu nennen beabsichtige, und bezweifelte die Ehrlichkeit des Interesses bei Personen, die damals – 1989 – nicht voll beteiligt waren.

Da die Diskussion über die Namensnennung innerhalb der Gruppe noch keineswegs abgeschlossen war, konnte die Uneinigkeit zu diesem Thema nicht übersehen werden. Karin S. äußerte daraufhin ihre Befürchtungen bezüglich einer Verwendung der Akten. Sie selbst hatte eine "Opferakte" beim MfS und plante einen längeren Auslandsaufenthalt. Aufgrund der ungeklärten Standpunkte innerhalb der Gruppe war sie besorgt darüber, auf den weiteren Prozeß keine Einflußmöglichkeiten zu besitzen. Schließlich überwog allgemein die Bereitschaft zum Einlenken und man signalisierte auch Zustimmung zu Olaf H.s Wunsch, nicht namentlich genannt zu werden. Daraufhin erklärte er, sein Material der Dokumentation zur Verfügung zu stellen.

Obwohl die grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten in der Gruppe nicht ausgeräumt waren, einigte man sich an diesem Abend auf einen Kompromißvorschlag, dessen später ausformulierte Erklärung folgendermaßen lautete :

"Hiermit erkläre ich mich einverstanden, daß mein Name im Zusammenhang mit der Recherche in der Gauck-Behörde zum Projekt 'Studentische Wende 1988 - 1991' verwendet wird. Ich weiß, daß mir die Einsichtnahme mich betreffenden

Aktenmaterials, soweit dem Projektmitarbeitern zugänglich wird, zugesichert wurde, und daß vor einer Veröffentlichung meine Erlaubnis eingeholt wird. Weitere von mir gestellte Bedingungen: [...] Unterschrift Datum"

Mit dieser Einigung trennte sich die Gruppe. Das nächste Treffen wurde für den 2. Februar 1995 vereinbart. Ein Teil der Gruppe sah sich nach dieser sehr emotional geführten Diskussion noch ein 1990 von einem holländischen Fernseheteam gedrehtes Video an, in dem Mitglieder des Reformhauses zu den Ereignissen während der Wendezeit befragt wurden. An einer Stelle des Videos wurde Olaf H. gefragt, ob er in der damaligen Situation niemals Angst empfunden habe und antwortete wörtlich: "Nein, daß da jemand von der Stasi kam und uns einschüchterte, das hat es nicht gegeben."

Das Mißtrauen in der Gruppe wurde aber nicht nur durch dieses Video verstärkt. Auch die ausgearbeitete Erklärung erwies sich als weiterer Stein des Anstoßes. Zum einen stellte der Zusatz: "Weitere von mir gestellte Bedingungen" de facto eine beliebige Einschränkungsmöglichkeit jeglicher Akteneinsicht dar. Zum anderen zog einer der Mitautoren, Christof A., der ebenfalls einen Auslandsaufenthalt plante, seine Zustimmung zurück, seine Daten zur Verfügung zu stellen. Mit diesem Standpunkt war er nicht allein, denn von den ca. 20 innerhalb einer Woche befragten Studenten verweigerte die Hälfte jegliche Akteneinsicht. Dabei fielen Äußerungen wie: "Wir finden das nicht gut, wenn Ihr in unseren Akten wühlt."

Das vierte Treffen am 2. Februar 1995 brachte das Ende des Projektes. Matthias J. begann die Sitzung mit der Verlesung eines offenen Briefes an Olaf H. Da diese Stellungnahme die Problematik des Sachverhaltes verdichtet zusammenfaßt, sei sie mit Zustimmung des Autors vollständig zitiert:

„Transparenz und Taktik

Einer von uns, ohne den die Geschichte nicht erzählt werden kann, hat mit denen von der Stasi während der kritischen Zeit ziemlich viele Gespräche gehabt. Später hat er es uns selber erzählt ohne äußere Not, wir wissen es nur von ihm. Seine Aufregung war dabei groß genug, so daß wir es ihm glauben müssen.

Jetzt möchte er, daß sein Name nicht genannt wird in diesem Zusammenhang. Warum hat er es uns dann erzählt? Daß wir sein Geheimnis teilen und seine Komplizen werden? Jetzt verlangt er Diskretion, wo wir doch damals immer Transparenz eingefordert haben, er allen voran. Durch ihn waren unsere Handlungen sehr transparent für den Geheimdienst, nahezu gläsern, selbst wenn er ihnen nicht alles erzählt haben mag, wie er beteuert. Kein Mensch kann alles erzählen. Manches wird er weggelassen haben, aus welchen Gründen auch immer. Vielleicht wußte er, was sich gehört, während wir es jetzt nicht wissen, indem wir seinen Namen preiszugeben bereit sind einer schamlosen Öffentlichkeit.

Aber schon hat er uns wieder gefangen: wir werden seinen Namen nicht nen-

nen, er hat uns mit rechtlichen Schritten gedroht. Seine Existenz könnte zerstört werden. Die gleiche Angst, die ihn damals der Stasi in die Arme trieb und uns nun in eine undurchsichtige Taktik.

Aber wer hat Interesse daran, daß sein Name genannt wird? Die Geschichte, die Gerechtigkeit, das enttäuschte Vertrauen? Eigentlich ist es gleichgültig.

Einer mußte ja der Verräter sein. Und einer wird auch jetzt wieder der Verräter sein. Ich werde es sein, ich habe damals die Zeit zu wenig genutzt zum Verrat, ich habe noch einen Verrat gut.

Ich schlage vor, die Akten genauestens zu untersuchen und die Ergebnisse zu seinen Ungunsten auszulegen. Das Ergebnis steht jetzt schon fest: er hat unser Vertrauen gröblich mißbraucht, er hat mehr erzählt, als er sich jetzt erinnern kann und er hat uns ans Messer geliefert. Daß das Messer stumpf war und denen aus der Hand geglitten war, ist nicht sein Verdienst. Nennen wir jetzt seinen Namen öffentlich, kreist ein Messer auch über ihm. Aber ob es seine Haut auch nur ritzen wird, ist nicht gewiß. Er ist nicht einmal im öffentlichen Dienst angestellt, sondern freiberuflich tätig. Seine Auftraggeber werden sich einen Dreck darum scheeren, was er früher gemacht hat.

Wir nicht.

Leider ist so zu sprechen niemand in der Lage. Und so wird wohl die Geschichte noch lange ungeschrieben bleiben, bis entgültig Gras darüber gewachsen ist.

Eigentlich alles Unsinn. Sein Name ist längst bekannt und seine IM-Tätigkeit in einem anderen Buch veröffentlicht. Dagegen hat er nicht Klage erhoben. Offensichtlich ist, was er will, daß wir, seine alten Freunde, durch sein Geheimnis an ihn gebunden bleiben. Solange hat er scheinbar unsere Freundschaft nicht verloren, insofern wir auf seine Forderung nach Verschwiegenheit Rücksicht nehmen, die er anderen gegenüber gar nicht eingeklagt hat. Aber was ist das für eine Freundschaft allein durch die Kraft einer Verschwörung, einer heimlichen Verabredung? Und muß sie wirklich brechen und in Feindschaft sich umkehren durch offene Worte? War unser Ziel damals Öffentlichkeit herzustellen oder eine Verschwörung zu bilden?

Es ist kein Verrat an unseren Zielen, nun in einer rückblickenden Betrachtung auch seinen Namen zu nennen, der längst bekannt ist denen, die es wissen wollen.

Wenn Du es als Verrat empfinden solltest, lieber Olaf, mußst Du Dich fragen lassen, was Du mit Transparenz damals eigentlich gemeint hast."

Im Anschluß daran erklärten die Herausgeber, daß sie die Fördergelder storniert hatten. Auch sie hatten eine Erklärung erarbeitet, in der sie ihren Rücktritt von der Herausgeberschaft begründeten. Auszüge :

"Der Ausgangspunkt des redaktionellen Zerwürfnisses liegt im Umgang mit der Namensnennung im Zusammenhang mit Verstrickungen von ehemaligen Studenten mit der Staatssicherheit der DDR. Am Beispiel Olaf H. haben sich dabei verschiedene Positionen der Redaktionsmitglieder gezeigt. Diese konnten trotz einer Krisensitzung am 19. Januar in Jena unter Anwesenheit Olaf H. nicht wirklich zu einem arbeitsfähigen Konsens geführt werden. Die Gespräche im Anschluß an den 19. Januar haben gezeigt, daß der bei dieser Sitzung gefundene

Kompromiß (Verzicht auf Namensnennung, aber keine Strukturverfälschungen) nicht von allen Redaktionsmitgliedern getragen werden kann. Es war abzusehen, daß diese Frage weiterhin auf der Tagesordnung bleiben und die inhaltliche Arbeit belasten würde...

Diese Situation stellte die Herausgeber vor die Frage, sich vom methodischen Herangehen der Kollektivarbeit zu lösen und vielmehr selbstbestimmter auf die eigenen konzeptionellen Vorgaben zu bestehen. Das hätte dazu geführt, auch gegen die Auffassungen einzelner Redaktionsmitglieder die inhaltliche Arbeit fortzuführen. Dieser Schritt widerspricht jedoch zum einen unserem ursprünglichen Ansinnen einer gemeinsamen Arbeit. Zum anderen ist durch das entstandene Mißtrauen eine ausreichende Sammlung des Materials, das sich zum Großteil im Besitz der ehemaligen Akteure befindet, gegenwärtig nicht möglich. Damit hätte auch der Anspruch einer ausgewogenen Dokumentation nicht eingelöst werden können...

Angsichts des entstanden Mißtrauens und der nun existierenden Verdächtigungen denken wir inzwischen auch nicht mehr, zu dem gebotenen unvoreingenommenen Herangehen in der Lage zu sein.

Das heißt jedoch nicht, daß dieses Thema nicht oder erst in zehn Jahren oder nur von der nächsten Generation bearbeitet werden soll."

Die darauf folgende Diskussion war kurz. Tilo S., der mit seiner Frau als einzige Vertreter der Nicht-Namensnennung anwesend war, bewertete die Ursachen des Scheiterns anders, fühlte sich aber schnell unter Rechtfertigungszwang und verließ daraufhin das Treffen.

Als Ergebnis dieses Scheiterns geht ein Riß durch die Jenenser Studentenschaft der Wendezeit, der bis heute nicht gekittet ist.

Stand und Perspektiven der Frauen- und Geschlechterforschung in Mecklenburg-Vorpommern

Heike Kahlert
Hamburg

Zum Stand der Frauen- und Geschlechterforschung in Mecklenburg-Vorpommern lagen bisher keine wissenschaftlichen Untersuchungen und/oder Dokumentationen vor. Auch die Forschungsberichte der Hochschulen

des Landes weisen die entsprechenden Arbeiten nicht gesondert aus. Zielsetzung des im folgenden vorzustellenden Forschungsprojekts war daher die Bestandserhebung, Dokumentation und Auswertung der Frauen- und Geschlechterforschung in Mecklenburg-Vorpommern. Das Projekt wurde von mir am Interdisziplinären Zentrum für Frauen- und Geschlechterstudien (IZFG) der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald bearbeitet und von Juli 1997 bis Dezember 1998 vom Bildungsministerium Mecklenburg-Vorpommern aus dem Hochschulsonderprogramm III gefördert.

Die inzwischen abgeschlossene Studie, die den Zeitraum von 1992 bis 1997 umfaßt, zeigt zahlreiche und vielfältige Beispiele für frauen- und geschlechterspezifische Lehre und Forschung an den mecklenburg-vorpommerschen Hochschulen auf (vgl. Kahlert 1999). Sie bietet erstmalig eine gesicherte Informationsgrundlage über den Stand der Frauen- und Geschlechterforschung in Mecklenburg-Vorpommern und damit auch für die landesweite Vernetzung und Koordination in diesem innovativen Wissenschaftsbereich. In diesem Beitrag möchte ich einige ausgewählte Ergebnisse der Studie vorstellen.

Fragestellungen, methodisches Vorgehen und Durchführung der Studie

Die meisten Dokumentationen zur Frauen- und Geschlechterforschung, die bereits für verschiedene andere Bundesländer vorliegen, erfassen nur Forschungsprojekte und messen der Lehre keine besondere Bedeutung bei. Die mecklenburg-vorpommersche Untersuchung erfaßt hingegen gleichermaßen Forschung und Lehre zu Frauen- und Geschlechterfragen.

Die systematische Einbeziehung der Lehre in diese Bestandserhebung schließt an die Tradition an, daß in der DDR die Hochschulen der Lehre relativ viel Gewicht beigemessen haben. Sie greift des weiteren die Diskussion um den erhöhten Stellenwert und die Verbesserung der Lehre in den Hochschulen auf, die seit einigen Jahren bundesweit geführt wird. Darüber hinaus knüpft sie an neuere Entwicklungen in der Frauen- und Geschlechterforschung an, die sich zunehmend in Studienschwerpunkten und eigenständigen Nebenfächern auch in der Lehre zu institutionalisieren beginnt.

Forschungsleitende Fragestellungen für die empirische Untersuchung waren:

- An welchen mecklenburg-vorpommerschen Hochschulen finden Forschung und/oder Lehre zu Frauen- und Geschlechterfragen statt? Welche Fakultäten, Fachbereiche bzw. Disziplinen beteiligen sich an der Frauen- und Geschlechterforschung? Wieviele frauen- und geschlechterspezifische Lehrveranstaltungen und Forschungsprojekte gibt es im Erhebungszeitraum, d.h. von 1992 bis 1997, an den Hochschulen des Landes?
- Welche Themenstellungen der Frauen- und Geschlechterforschung werden in Lehre und Forschung an den Hochschulen Mecklenburg-Vorpommerns bearbeitet? Welche Methoden werden angewendet?
- Wer bietet in Mecklenburg-Vorpommern frauen- und geschlechterspezifische Lehrveranstaltungen an? Wer führt frauen- und geschlechterspezifische Forschungsprojekte durch? Von Interesse waren insbesondere Geschlecht und Status der WissenschaftlerInnen.
- Wie ist die Frauen- und Geschlechterforschung institutionell und personell in der Hochschul- und Wissenschaftslandschaft Mecklenburg-Vorpommerns verankert? Inwieweit gibt es eine (personelle und thematische) Kontinuität in den frauen- und geschlechterspezifischen Lehrangeboten? Wo gibt es Initiativen zur Verfestigung dieser Lehrangebote in entsprechenden (Teil-)Curricula, Studienordnungen etc.?

Das Forschungsdesign umfaßte die Entwicklung und Anwendung verschiedener Methoden. Eine Dokumentenanalyse der Forschungsberichte und Vorlesungsverzeichnisse der mecklenburg-vorpommerschen Hochschulen gab einen ersten Einblick in die Forschungsaktivitäten und Lehrangebote zu Frauen- und Geschlechterfragen. Die Analyse der Vorlesungsverzeichnisse erwies sich methodisch jedoch als nicht unproblematisch: Zwar sind die Vorlesungsverzeichnisse wichtige zeitgeschichtliche

Dokumente, die den Hochschulerneuerungsprozeß mit seinen Auflösungen, Neugründungen und Umstrukturierungen der gesamten mecklenburg-vorpommerschen Hochschul- und Wissenschaftslandschaft spiegeln. Aus eben diesen Gründen muß aber auch insbesondere für die ersten zwei Jahre des Erhebungszeitraums davon ausgegangen werden, daß die Vorlesungsverzeichnisse die angebotenen Lehrveranstaltungen nur unvollständig abbilden (können). Auch die Analyse der Forschungsberichte stieß methodisch an ihre Grenzen: Forschungsberichte liegen nur für die beiden Universitäten (Rostock und Greifswald) und auch dort nicht für den gesamten Erhebungszeitraum vor. Eine quantitative Fragebogenerhebung zu den frauen- und geschlechterspezifischen Forschungsaktivitäten sowie einige qualitative Expertinneninterviews mit Gleichstellungsbeauftragten der Hochschulen und Entscheidungsträgerinnen in der Ministerialbürokratie ergänzen daher die Ergebnisse der Dokumentenanalyse.

Die Kategorisierung von Lehrveranstaltungen als 'frauen- und geschlechterspezifisch' erfolgte zumeist ausschließlich nach dem Veranstaltungstitel, da kommentierte Vorlesungsverzeichnisse nur in Ausnahmefällen zugänglich waren und im übrigen deren systematische Analyse auch den Projektrahmen gesprengt hätte. Dokumentiert wurden Lehrveranstaltungen, die z.B. Bezüge zur Situation von Frauen und/oder Frauenbewegungen sowie zu realen, literarischen, historischen, religiösen und/oder zeitgenössischen Frauenfiguren bzw. Frauenbildern herstellen oder Themen behandeln, die traditionell einen engen Zusammenhang mit der Geschlechterfrage vermuten lassen. Insgesamt wurden so 349 Lehrveranstaltungen erfaßt, die im Untersuchungszeitraum an den Hochschulen Mecklenburg-Vorpommerns angeboten worden waren. Eine ähnlich breite Definition von Frauen- und Geschlechterforschung liegt der Analyse der Forschungsberichte zugrunde. Der Fragebogen gibt keine Definition vor, was unter Frauen- und Geschlechterforschung verstanden werden soll. Seine positive Beantwortung wurde als Selbstzuordnung der Antwortenden zu diesem Wissenschaftsbereich gewertet.

Insgesamt wurden 250 Fragebögen verschickt. Der Rücklauf lag bei 42,4% (absolut 106), von denen wiederum 51,9% (absolut 55) Fehlmeldungen waren, d.h. daß die angeschriebenen WissenschaftlerInnen mitgeteilt haben, kein entsprechendes Projekt zu bearbeiten. Die Fragebogenerhebung ergab 46 Frauen- und Geschlechterforschungsprojekte. Durch eigene Recherchen konnten weitere elf Projekte ausfindig gemacht werden, so daß in der Studie 57 abgeschlossene oder laufende Frauen- und Geschlechterforschungsprojekte erfaßt sind. Die Studie erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit: Wahrscheinlich gibt es in Mecklenburg-

Vorpommern weitere Frauen- und Geschlechterforschungsprojekte. Weiterführende Recherchen waren jedoch in der vorgegebenen Projektlaufzeit nicht möglich.

Frauen- und Geschlechterforschung in der Wissenschaftslandschaft Mecklenburg-Vorpommerns

Seit dem Abschluß des Hochschulerneuerungsprozesses gibt es in Mecklenburg-Vorpommern zwei Universitäten (Rostock, 1419 gegründet, und Greifswald, 1456 gegründet), drei Fachhochschulen (Neubrandenburg und Stralsund, beide 1991 gegründet, und Wismar, deren Geschichte bis ins Jahr 1908 zurückreicht) sowie die Hochschule für Musik und Theater Rostock (1994 gegründet). Der folgende Überblick über die Wissenschaftslandschaft Mecklenburg-Vorpommerns skizziert die Präsenz der Frauen- und Geschlechterforschung an den einzelnen Hochschulorten und gibt so auch indirekt Aufschluß über ihre Absenz.

An beiden Universitäten Mecklenburg-Vorpommerns werden frauen- und geschlechterspezifische Fragen in Forschung und Lehre bearbeitet. Auffällig ist, daß die (kleinere) Ernst-Moritz-Armdt-Universität Greifswald im Vergleich der beiden Universitäten deutlich besser abschneidet, wenn es um die Präsenz von frauen- und geschlechterspezifischer Forschung und Lehre geht. Im Rahmen meiner Studie konnten 34 Frauen- und Geschlechterforschungsprojekte ermittelt werden, die institutionell an der Universität Greifswald verankert sind. Abgesehen von zwei Projekten, die an der Medizinischen Fakultät durchgeführt werden, sind alle Projekte an der Philosophischen Fakultät angesiedelt. Für den Zeitraum vom Sommersemester 1992 bis zum Wintersemester 1997/98 weisen die Vorlesungsverzeichnisse der Universität Greifswald 163 frauen- und geschlechterspezifische Lehrveranstaltungen auf, die ebenfalls, von wenigen Ausnahmen abgesehen, alle von der Philosophischen Fakultät angeboten werden.

Die gegenüber der Universität Rostock größere Präsenz der Frauen- und Geschlechterforschung an der Universität Greifswald findet ihren Ausdruck auch im Interdisziplinären Zentrum für Frauen- und Geschlechterstudien (IZFG), das hier an der Philosophischen Fakultät am 19. November 1996 gegründet wurde (vgl. Kahlert 1998; Kahlert/Babendererde 1998). Seinem Selbstverständnis nach dient das IZFG der Durchsetzung der Chancengleichheit beider Geschlechter. Es unterstützt u.a. die Förderung des weiblichen wissenschaftlichen Nachwuchses sowie die Erhöhung des Frauenanteils im akademischen Bereich, insbesondere an den Professuren, nachdrücklich. Das Zentrum bündelt das

vorhandene Potential der in der Frauen- und Geschlechterforschung engagierten WissenschaftlerInnen der Universität Greifswald und möchte darüber hinaus das Interesse von Studierenden an dieser Forschungsperspektive wecken bzw. beleben und kontinuierlich fördern. Arbeitsschwerpunkte des Zentrums liegen u.a. in der Konzeption und Organisation von Tagungen, Ringvorlesungen und Gastvorträgen im Bereich der Frauen- und Geschlechterforschung, in der Förderung der Präsenz von entsprechenden Themenstellungen im Lehrangebot und im Aufbau einer Bibliothek. Darüber hinaus werden am IZFG Forschungsprojekte durchgeführt. Am 07. Mai 1998 veranstaltete das IZFG schließlich die Tagung "Impulse – Chancen – Innovationen", die erste Tagung zur Frauen- und Geschlechterforschung in Mecklenburg-Vorpommern (vgl. Babendererde u.a. 1999). Die positive Bilanz der bisherigen Aktivitäten des IZFG darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß seine dauerhafte Institutionalisierung in der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald noch aussteht.

Für die Universität Rostock ergibt die Bestandserhebung 14 Projekte zur Frauen- und Geschlechterforschung. Auch in der Lehre ist die Frauen- und Geschlechterforschung an dieser Universität nur zu einem sehr geringen Anteil zu finden: im Erhebungszeitraum konnten hier 127 frauen- und geschlechterspezifische Lehrveranstaltungen dokumentiert werden. Die Fachhochschule Neubrandenburg ist die dritte Hochschule Mecklenburg-Vorpommerns, an der zu Themenstellungen der Frauen- und Geschlechterforschung geforscht und vor allem gelehrt wird. Die Forschung und auch das Lehrangebot zu frauen- und geschlechterspezifischen Themenstellungen beschränken sich hier allerdings auf den Fachbereich Soziale Arbeit und Gesundheit. Von einzelnen Ausnahmen abgesehen, kann für die Hochschule für Musik und Theater Rostock sowie für die Fachhochschulen Stralsund und Wismar keine frauen- und geschlechterspezifische Forschung und Lehre dokumentiert werden. Festzuhalten ist also, daß die Landkarte der Frauen- und Geschlechterforschung in der mecklenburg-vorpommerschen Hochschul- und Wissenschaftslandschaft zahlreiche weiße Flecken aufweist.

Frauen- und Geschlechterstudien an den Hochschulen Mecklenburg-Vorpommerns

Für den Untersuchungszeitraum vom Sommersemester 1992 bis Wintersemester 1997/98 können für die mecklenburg-vorpommerschen Hochschulen insgesamt 349 Lehrveranstaltungen dokumentiert werden. Frauen- und geschlechterspezifische Lehre wird vor allem an den beiden Universitäten (Greifswald mit 163 Lehrveranstaltungen bzw. 46,7%, Rostock

mit 127 Lehrveranstaltungen bzw. 36,4%), an der Fachhochschule Neubrandenburg (49 Lehrveranstaltungen bzw. 14,0%) und an der Hochschule für Musik und Theater Rostock (10 Lehrveranstaltungen bzw. 2,9%) angeboten. Für die beiden Fachhochschulen Stralsund und Wismar kann kein diesbezügliches Lehrangebot dokumentiert werden.

Lehrveranstaltungen zur Frauen- und Geschlechterforschung werden an Mecklenburg-Vorpommerns Hochschulen von 167 Lehrenden angeboten. Davon sind 75 weiblich (44,9%) und 83 männlich (49,7%). Bei den verbleibenden neun Lehrenden können keine Aussagen über das Geschlecht gemacht werden (5,4%), da die Vorlesungsverzeichnisse die Vornamen nicht nennen und diese auch nicht durch weitere Recherchen herausgefunden werden konnten. Die meisten Lehrenden haben unbefristete oder befristete Stellen: 43,1% sind zur Gruppe der ProfessorInnen, Hochschul- und PrivatdozentInnen zu zählen, 34,7% zur Gruppe der wissenschaftlichen AssistentInnen und MitarbeiterInnen, und 10,2% sind Lehrbeauftragte, d.h. ohne Anstellungsverhältnis.

Das fast ausgeglichene Geschlechterverhältnis bei den Lehrenden in der mecklenburg-vorpommerschen Frauen- und Geschlechterforschung überrascht. Schließlich wird die Geschlechtszuständigkeit traditionell den Frauen zugeschrieben, so daß angenommen werden könnte, daß auch in den Frauen- und Geschlechterstudien weibliche Lehrende dominieren – trotz ihrer quantitativ deutlich geringeren Präsenz in hochschulischen Spitzenpositionen (Professuren). Gründe für das Phänomen des fast egalitären Geschlechterverhältnisses in der Hochschullehre zur Frauen- und Geschlechterforschung können nur vermutet werden. Am wahrscheinlichsten erscheint die These, daß sich dieses Geschlechterverhältnis durch die relativ weit gefaßten Kriterien ergibt, nach denen die frauen- und geschlechterspezifischen Lehrveranstaltungen dokumentiert wurden. Hinzu kommt aber auch, daß ein Großteil der erfaßten Lehre dem sprachwissenschaftlichen Bereich zuzuordnen ist, d.h. einem Fächerspektrum angehört, in dem der Anteil der Männer (auch in universitären Spitzenpositionen), die gegenüber Frauen- und Geschlechterfragen aufgeschlossen sind, ohnehin verglichen mit anderen Fächergruppen verhältnismäßig hoch ist.

Im Erhebungszeitraum ist die Quantität der frauen- und geschlechterspezifischen Lehre an allen Hochschulen Mecklenburg-Vorpommerns relativ konstant, wenn auch insgesamt auf sehr niedrigem Niveau. In den beiden Universitäten und in der Fachhochschule Neubrandenburg scheint eine grundsätzliche Offenheit und Bereitschaft gegenüber frauen- und geschlechterspezifischen Lehrveranstaltungen zu bestehen. Hinzukommt, daß viele Lehrende in der Frauen- und Geschlechterforschung Stellen in-

nehaben. Grundsätzlich besteht also aufgrund dieser verhältnismäßig guten Ausgangsbedingungen die Möglichkeit, ein kontinuierliches Lehrangebot zu Frauen- und Geschlechterfragen bereitzustellen, sofern dieses an den Hochschulen gewollt ist und entsprechend geplant wird.

Die Ergebnisse der Dokumentenanalyse weisen jedoch nicht darauf hin, daß es an den entsprechenden Hochschulen eine reguläre Lehrplanung zur Frauen- und Geschlechterforschung gibt: die diesbezüglichen Lehrangebote sind zufällig und beliebig. Von einer personellen und thematischen Kontinuität in den Frauen- und Geschlechterstudien kann allenfalls in Ansätzen gesprochen werden. Weiterführende Initiativen zur Verstärkung der Lehrangebote in entsprechenden Stellendenominationen, (Teil-)Curricula und Studienordnungen gibt es an den Hochschulen des Landes derzeit nicht, abgesehen vom Fachbereich Soziale Arbeit und Gesundheit der Fachhochschule Neubrandenburg, wo über die (Weiter-)Entwicklung eines adäquaten Lehrangebots zur Frauen- und Geschlechterforschung im Studiengang Soziale Arbeit nachgedacht wird.

Quantitative Auswertung der dokumentierten Forschungsprojekte

Im Bereich der Forschungsaktivitäten dokumentiert meine Erhebung 57 Projekte. Die meisten Forschungsprojekte, nämlich 51, sind institutionell an den Hochschulen des Landes verankert: 34 an der Universität Greifswald, 14 an der Universität Rostock, zwei an der Fachhochschule Neubrandenburg und eins an der Fachhochschule Stralsund. Die verbleibenden sechs Projekte sind außerhochschulisch verortet. 46 Forschungsprojekte haben nach 1994 begonnen, allein 27 im Jahr 1997. Zum Stichtag der Datenerhebung am 31.12.1997 waren lediglich 14 Forschungsprojekte abgeschlossen, 41 Forschungsprojekte laufend und zwei weitere geplant. Das Spektrum der dokumentierten Forschungsprojekte reicht von Magisterarbeiten, Dissertationen und Habilitationsschriften bis zu Gutachten, Tagungen, Ausstellungen und sonstigen Forschungsprojekten.

Bemerkenswert ist, daß von den 57 erfaßten Forschungsprojekten 22 Arbeiten der Erlangung eines akademischen Abschlusses bzw. Grades (Examen, Promotion, Habilitation) dienen. 43,1% der dokumentierten und an den Hochschulen des Landes durchgeführten Projekte werden also vom wissenschaftlichen Nachwuchs bearbeitet. Es ist davon auszugehen, daß die Zahl der laufenden Examensarbeiten und Dissertationen in diesem Forschungsbereich deutlich höher liegt; die Forschungsberichte der Hochschulen erfassen Examensarbeiten gar nicht und Dissertationen erst dann, wenn sie abgeschlossen sind. Da die jungen Nachwuchsfor-

scherInnen häufig nicht oder nur sehr marginal in den Wissenschaftsbetrieb eingebunden sind, ist die Erhebung entsprechender Projekte häufig auf die Kooperation und Informationsbereitschaft der Lehrenden angewiesen, die diese Arbeiten betreuen: ein Großteil der erfaßten Examensarbeiten und Dissertationen hätte ohne die Unterstützung der jeweiligen BetreuerInnen nicht dokumentiert werden können.

Fast zwei Drittel aller dokumentierten Forschungsprojekte, nämlich 37 (64,9%), werden mit Drittmitteln gefördert, die verbleibenden 20 Projekte (35,1%) finanzieren sich stellenimmanent (vor allem Professuren, aber auch unbefristete und befristete Mittelbaustellen). Die meisten Frauen- und Geschlechterforschungsprojekte werden also in Mecklenburg-Vorpommern auf zeitlich befristeten Stellen durchgeführt, deren Finanzierung explizit von externen Geldgeberinnen und -gebern eingeworben worden ist. Hauptsächliche Drittmittelgeber sind das Bildungsministerium Mecklenburg-Vorpommern, das die Frauen- und Geschlechterforschung aus dem zeitlich bis zum 31.12.2000 befristeten Hochschulsonderprogramm III fördert, und die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern. Bundesministerien und öffentliche Forschungsfördereinrichtungen wie beispielsweise die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) sind fast nicht bei den Drittmittelgeberinnen und -gebern vertreten.

Zuordnung der Forschungsprojekte und Lehrveranstaltungen zu Disziplinen

37 bzw. 64,9% aller dokumentierten Forschungsprojekte können der Fächergruppe der Sprach- und Kulturwissenschaften (incl. Sport) zugeordnet werden. Germanistik und Geschichtswissenschaft sind hier diejenigen Disziplinen mit den meisten Projekten. Die Forschungsprojekte in den rechts-, wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen (zehn Projekte bzw. 17,5%) fallen bereits deutlich hinter die Dominanz der Sprach- und Kulturwissenschaften zurück. Der relativ geringe Anteil der sozialwissenschaftlichen Frauen- und Geschlechterforschung ist allerdings bemerkenswert: zwar gibt es durchaus an den beiden Universitäten und auch an der Fachhochschule Neubrandenburg sozialwissenschaftliche Forschung, diese beschäftigt sich jedoch offensichtlich kaum mit frauen- und geschlechterspezifischen Fragestellungen.

Medizin nimmt mit fünf Projekten bzw. 8,8% den dritten Platz in dieser Aufstellung ein. Der geringe Anteil der dokumentierten ingenieurwissenschaftlichen Forschung (zwei Projekte bzw. 3,6%) erstaunt wenig, da sich diese Disziplinen bisher doch insgesamt nur sehr zögerlich den Her-

ausforderungen der Frauen- und Geschlechterforschung gestellt haben. Auch die interdisziplinär ausgerichtete Wissenschaftsforschung ist mit drei Projekten bzw. 5,2% nur relativ wenig vertreten.

In der universitären Lehre sieht die Fächerverteilung ähnlich aus. Sofern überhaupt von einem landesweiten Lehrprofil in der Frauen- und Geschlechterforschung gesprochen werden kann, muß festgehalten werden, daß dieses sprach-, geistes- und kulturwissenschaftlich dominiert ist. Von insgesamt 290 universitären Lehrveranstaltungen können 254 (87,6%) dieser Fächergruppe zugeordnet werden, an deren Spitze wiederum drei Fächer mit 188 Lehrveranstaltungen bzw. 64,8% stehen: Germanistik nimmt in dieser Gruppe den ersten Platz mit 94 Lehrveranstaltungen bzw. 32,4% ein, Amerikanistik/Anglistik liegt auf dem zweiten Platz mit einem Anteil von 53 Lehrveranstaltungen bzw. 18,3%, und Erziehungswissenschaft ist an dritter Stelle mit 41 Lehrveranstaltungen bzw. 14,1%.

Die übrigen Fächer bleiben mit ihren jeweiligen Anteilen weit hinter dieser Spitzengruppe zurück: der Anteil der rechts- und sozialwissenschaftlichen Fächer liegt nur noch bei 19 Lehrveranstaltungen bzw. 6,6%, der der Medizin bei elf Lehrveranstaltungen bzw. 3,8% und der interdisziplinärer Veranstaltungen im Studium generale bei sechs Lehrveranstaltungen bzw. 2,0%. In den übrigen Fächergruppen wie z.B. Natur- und Technikwissenschaften finden sich keine frauen- und geschlechterspezifischen Lehrveranstaltungen.

Das Fächerspektrum der dokumentierten Lehrveranstaltungen und Forschungsprojekte erstreckt sich in Mecklenburg-Vorpommern also, von wenigen Ausnahmen in den Sozialwissenschaften und der Medizin abgesehen, bisher nur auf die geistes- und kulturwissenschaftlichen Disziplinen. An allen Hochschulen des Landes zeichnen sich die Natur- und Technikwissenschaften, aber auch die Rechts- und Wirtschaftswissenschaften durch eine absolute Absenz frauen- und geschlechterspezifischer Fragen in Forschung und Lehre aus.

Dieses Ergebnis überrascht teilweise. In den Natur- und Technikwissenschaften steht die Entwicklung frauen- und geschlechterspezifischer Ansätze zumindest im deutschsprachigen Raum noch in den Anfängen, so daß hier auch für die Hochschulen Mecklenburg-Vorpommerns kein gegenläufiger Trend zu erwarten war. Daß die sprach- und kulturwissenschaftlichen Fächer eine derart herausragende Position in der frauen- und geschlechterspezifischen Lehre einnehmen, ist auch wenig verwunderlich: zum einen korrespondiert dieses Ergebnis ohnehin mit dem Fächerprofil der beiden mecklenburg-vorpommerschen Universitäten, zum anderen wurde auch in den achtziger Jahren in der DDR in den sprach- und

kulturwissenschaftlichen Fächern bereits zu entsprechenden Themenstellungen gearbeitet, so daß hier möglicherweise diese Tradition fortgeführt wird.

Erstaunen ruft allerdings die geringe Präsenz der Frauen- und Geschlechterforschung in den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften hervor. Schließlich gehören die Sozialwissenschaften zu den Disziplinen, in denen Frauen- und Geschlechterfragen seit dem Aufleben der neuen Frauenbewegung in westlichen Ländern relativ fest verwurzelt sind, und auch in den Rechts- und Wirtschaftswissenschaften gibt es inzwischen eine Reihe geschlechtsspezifischer Ansätze. Ursachen für die Unterrepräsentanz der Frauen- und Geschlechterperspektive in dieser Fächergruppe müssen im Zusammenhang mit der Berufungs- und Stellenpolitik dieser Disziplinen gesucht werden: In der weitgehenden Absenz entsprechender Lehrender und Themenstellungen wirkt sich das Phänomen der konservativen Modernisierung im Transformationsprozeß aus, das zumindest für die Soziologie nachgewiesen werden kann.

Themenschwerpunkte und Methoden

Das Themen- und Methodenspektrum in den dokumentierten Lehrangeboten und Forschungsprojekten zu Frauen- und Geschlechterfragen ist breit gefächert. Trotz dieser Vielfalt kristallisieren sich einige Lehr- und Forschungsschwerpunkte heraus. Ein Schwerpunkt liegt im Bereich der literaturwissenschaftlichen Arbeiten, die sich mit einzelnen Schriftstellerinnen, mit Fragen des 'weiblichen Schreibens' und mit Konstruktionen von Weiblichkeit, Männlichkeit und Geschlechterverhältnissen in ausgewählten Texten bzw. Werken beschäftigen. Einen anderen Lehr- und Forschungsschwerpunkt bilden Vorhaben zur sozial- und regionalhistorischen Frauen- und Geschlechterforschung. Mehrere geschichts- und literaturwissenschaftlich ausgerichtete Arbeiten sind wiederum mediävistisch orientiert. Gegenwärtige Lebenssituationen und -realitäten von Frauen stehen im Zentrum einiger weiterer Projekte. Ein letzter großer Themenschwerpunkt ist im Bereich der Hochschul- und Wissenschaftsforschung angesiedelt, die allerdings in der Lehre kaum vertreten ist: hier sind Forschungsprojekte zur Wissenschafts- und Hochschulgeschichte, zur Situation von Frauen verschiedener Statusgruppen in Hochschule und Wissenschaft, zur Institutionalisierung der Frauen- und Geschlechterforschung in den Hochschulen sowie zur Hochschulentwicklung aus der Perspektive von Frauen zu nennen. Ein regionaler Schwerpunkt dieser Forschungsvorhaben, die übrigens mehrheitlich aus dem Hochschulsonderprogramm III gefördert werden, ist Mecklenburg-Vorpommern.

Die dokumentierten Forschungsprojekte können zum Teil der Grundlagenforschung und zum Teil der anwendungsbezogenen Forschung zugeordnet werden. Auch in methodologischer und methodischer Hinsicht zeigt sich eine Pluralität in den Vorgehensweisen und Untersuchungsverfahren. Eine bestimmte methodische Präferenz kann nicht festgestellt werden: neben quantitativen Forschungs- und Analysemethoden finden sich verschiedene qualitative Forschungs- und Analysemethoden. Text-/diskursanalytische Verfahren sind ebenso im Methodenspektrum der Frauen- und GeschlechterforscherInnen Mecklenburg-Vorpommerns vertreten wie verschiedene mündliche und schriftliche Interviewtechniken, teilnehmende Beobachtung und Aktionsforschung. Festzuhalten ist also, daß die Methodenwahl gegenstandsbezogen erfolgt, abhängig von den jeweiligen Fragestellungen, aber auch von den finanziellen bzw. infrastrukturellen Möglichkeiten der einzelnen Projekte.

Perspektiven der Frauen- und Geschlechterforschung in Mecklenburg-Vorpommern

Festzuhalten ist, daß die Frauen- und Geschlechterforschung auch an Mecklenburg-Vorpommerns Hochschulen präsent ist. Die Ergebnisse der hier vorgestellten Studie lassen aber auch keinen Zweifel daran, daß die Frauen- und Geschlechterforschung eine überaus randständige Position an den Hochschulen des Landes einnimmt. Frauen- und Geschlechterforschung in der Lehre und entsprechende Forschungsprojekte sind fast nur in den geistes- und kulturwissenschaftlichen Disziplinen und folglich fast nur an den beiden Universitäten Rostock und Greifswald zu finden. Ein halbwegs kontinuierliches Lehrangebot zu Fragen der sozialwissenschaftlichen Frauen- und Geschlechterforschung gibt es nur an der Fachhochschule Neubrandenburg. Lediglich an diesen drei Hochschulen sind überhaupt thematische Akzente zu frauen- und geschlechterspezifischen Fragen in Forschung und Lehre nachweisbar. Diese sind jedoch bisher nicht verstetigt. An allen Hochschulen des Landes steht eine dauerhafte Institutionalisierung der Frauen- und Geschlechterforschung aus. **Angewandte Geschlechterforschung Ergebnisse** verdeutlicht der abschließende Blick auf den Stand und die Perspektiven der Frauen- und Geschlechterforschung in Mecklenburg-Vorpommern, daß in diesem innovativen Wissenschaftsbereich zumindest an den beiden Universitäten und der Fachhochschule Neubrandenburg einiges in Bewegung und Entwicklung ist. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Zukunft der meisten Ansätze und Initiativen in Forschung und Lehre ungewiß ist. Zur Stärkung und dauerhaften Etablierung der Frauen- und Geschlechterfor-

sung an den Hochschulen des Landes sind weitere Anstrengungen von allen hochschul- und gleichstellungspolitisch Verantwortlichen auf den verschiedenen Akteursebenen, d.h. in den Hochschulen und in der Landespolitik, erforderlich. Die mecklenburg-vorpommerschen Hochschulen können einen Beitrag zur Gleichstellung der Geschlechter und zur Wissenschaftsreform leisten, wenn sie die Frauen- und Geschlechterforschung verstetigen. Dies würde zugleich dazu beitragen, ihre Attraktivität auch überregional zu erhöhen.

Literatur:

Babendererde, Cornell/Claudia Fellmer/Heike Kahlert/Julia Pieper (Hg.) (1999): Impulse – Chancen – Innovationen. Dokumentation der ersten Tagung zur Frauen- und Geschlechterforschung in Mecklenburg-Vorpommern 1998. Rostock: Neuer Hochschulschriftenverlag.

Kahlert, Heike (1998): Für die Durchsetzung der Chancengleichheit beider Geschlechter: Das Interdisziplinäre Zentrum für Frauen- und Geschlechterstudien der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald. In: *ZiF-Bulletin* Nr. 16 (April). Berlin: Humboldt-Universität, S. 189-198.

Kahlert, Heike/Cornell Babendererde (1998): Profilbildung in der Wissenschaftslandschaft Mecklenburg-Vorpommerns: Das Interdisziplinäre Zentrum für Frauen- und Geschlechterstudien der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald. In: *hochschule ost* 2/1998, S. 100-116.

Kahlert, Heike (1999): Frauen- und Geschlechterforschung in Mecklenburg-Vorpommern. Eine Studie zu Forschung und Lehre an den Hochschulen von 1992 bis 1997. Herausgegeben vom Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern und von der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin: Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern und Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern.

Wege aus der Unterrepräsentanz von Fachhochschulprofessorinnen

Eine Untersuchung von Berufungsverfahren an der FH Brandenburg

**Julia Lepperhoff &
Frauke Spottka**
Berlin

Die Verwirklichung einer geschlechtergerechten Hochschule ist immer noch weit von ihrer Realisierung entfernt. 1997 war bundesweit nur jede elfte Professur mit einer Frau besetzt, bei den C-4-Stellen

sogar nur jede zwanzigste (vgl. Statistisches Bundesamt 1998). Der Professorinnenanteil ist in den letzten Jahren zwar gestiegen, doch immer noch so gering, daß nicht von einer sich selbst tragenden Entwicklung gesprochen werden kann: In den neuen Bundesländern hat er sich von 1992 bis 1996 von 8,3% auf 11,3% erhöht. Damit schneidet Ostdeutschland noch besser ab als die alten Bundesländer, in denen lediglich ein Anstieg von 5,4% (1990) auf knapp 8% Professorinnen (1996) zu verzeichnen ist (vgl. BLK 1998, 2.1.1).

Diese Unterrepräsentanz von Frauen in der Hochschullehrerschaft hat viele Facetten, die u.a. von der Hochschulart und dem Fächerspektrum abhängig sind. Der folgende Beitrag befaßt sich im besonderen mit der Situation von Professorinnen an Fachhochschulen und Strategien für eine erfolgreiche Frauenförderpolitik an diesen Einrichtungen. Im Mittelpunkt steht dabei eine Untersuchung der Berufungsverfahren an der FH Brandenburg mit empfohlenen Maßnahmen zur Erhöhung des Professorinnenanteils.

Ursachenanalysen zum geringen Professorinnenanteil

In den letzten zwanzig Jahren sind die Frauen- und Geschlechterforschung sowie die Hochschulforschung den Ursachen für die Unterrepräsentanz von Frauen im Wissenschaftsbetrieb nachgegangen. Dabei sind verschiedene Ansätze zur Analyse der Marginalisierung von Frauen innerhalb der Hochschullehrerschaft entstanden, die auf die Ursachenvielfalt dieses Phänomens verweisen (vgl. als Überblick: Müller 1999).

So wird die Benachteiligung von Frauen an Hochschulen in zahlreichen Beiträgen als strukturelles gesamtgesellschaftliches Problem inter-

pretiert. Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, aus der die sog. Vereinbarungsproblematik von wissenschaftlicher Karriere und Familie sowie der Zuschnitt von Hochschulkarrieren auf männliche Normalbiographien resultiert, wird ebenso als Blockadefaktor für den Berufsweg als Professorin identifiziert wie traditionelle Geschlechterstereotype (vgl. Müller 1999, 145).

Die Ursachen für die geringe Anzahl von Professorinnen werden in dieser Argumentation vorrangig jenseits der Hochschulen angesiedelt. Die Forschung befaßt sich jedoch auch mit dem Wissenschaftssystem selbst und den in ihm wirksam werdenden Mechanismen der Ausschließung von Frauen (vgl. z.B. Lang/Sauer 1997). Wegweisend sind hier die Arbeiten von Wetterer (1992) zur sozialen Konstruktion von Geschlecht in Professionalisierungskontexten. Soziale Schließungs- und Ausgrenzungsprozesse in den Rekrutierungsverfahren der Hochschulen sind inzwischen vielfach nachgewiesen. Für Aufsehen hat z.B. eine schwedische Studie über die Vergabe von postdoktoralen Stipendien gesorgt: Wennerås und Wold (1997) kommen bei der Auswertung der Bewerbungsunterlagen zu dem Ergebnis, daß Frauen bei Publikationen 2,5 Mal produktiver als ihre Mitbewerber sein mußten, um von der Auswahlkommission als ebenso kompetent eingestuft zu werden. Auch die Berufungspraxis der Hochschulen verweist auf diese geschlechtsspezifische Bewertung von 'Paßfähigkeit' und 'Reputation' in den Auswahlprozessen (vgl. z.B. Zimmermann 1998; zur quantitativen Dimension: z.B. Reiche 1996).

In jüngster Zeit sind zudem verstärkt organisationssoziologische Konzepte zur Analyse der Geschlechterasymmetrie im Hochschulbereich herangezogen worden, die Aushandlungs- und Entscheidungsprozesse in gleichstellungs- oder personalpolitischen Auseinandersetzungen in den Blick nehmen (vgl. vor allem Kirsch-Auwärter 1995; Roloff 1998; Müller 1999; für Unternehmen: Riegraf 1996). Da die mikropolitischen Organisationsstrukturen und -kulturen je nach Organisation sehr unterschiedlich sind (vgl. Riegraf 1996), besteht die Notwendigkeit, einzelne Hochschulen gezielt empirisch zu untersuchen.

An diese Erkenntnisse anschließend soll nachfolgend die spezifische Situation von FH-Professorinnen näher betrachtet werden. Dies ist vor dem Hintergrund zu sehen, daß die meisten sozialwissenschaftlichen Beiträge ausschließlich die Unterrepräsentanz von Hochschullehrerinnen im System Universität analysieren. Das Interesse an der Situation von Professorinnen an Fachhochschulen beschränkt sich in erster Linie auf folgende Aspekte: Die Anzahl der Bewerbungen, der Listenplatzierungen und der Berufungen von Frauen an Fachhochschulen wird umfassend

dokumentiert. 1997 kamen 13,5 Prozent der Bewerbungen für FH-Professuren von Frauen, sie besetzten fast 16% der Listenplätze und erhielten 17% der Berufungen (vgl. BLK 1998, Anlage 3.1.). Damit lagen die Fachhochschulen durchschnittlich zwei Prozentpunkte über den entsprechenden Zahlen für die Universitäten. Des weiteren liegt eine Reihe praxisorientierter Beiträge von frauenpolitischen Akteurinnen aus Fachhochschulen, wissenschaftspolitischen Institutionen und Gewerkschaften vor, die Informationen zum Beruf der FH-Professorin bereitstellen oder spezifische gleichstellungspolitische Maßnahmen für Fachhochschulen diskutieren (vgl. z.B. Beiträge der „Gesellschaft Deutscher Akademikerinnen e.V.“, der GEW und der BuKoF). Eine systematische empirische Aufarbeitung einzelner gleichstellungspolitischer Handlungsfelder an Fachhochschulen findet sich dagegen kaum. Eine der wenigen Ausnahmen bildet die Untersuchung von Philipps (1998), die die Handlungsbedingungen einer Frauenbeauftragten im Berufungsgeschehen untersucht.

Insgesamt läßt sich eine ‘empirische Lücke’ für Fachhochschulen konstatieren, denn die Bedingungen an Universitäten sind nicht ohne weiteres auf Fachhochschulen übertragbar. Zwar läßt sich dies für bestimmte strukturelle Benachteiligungsmuster wie z.B. die Vereinbarkeitsproblematik oder die mangelnde Integration von Frauen in wissenschaftliche Netzwerke annehmen; jedoch gibt es einige Besonderheiten von Fachhochschulen, die stärker in gleichstellungspolitische Überlegungen zur Erhöhung des Professorinnenanteils einbezogen werden müssen.

Grundsätzlich ist es um die Repräsentation von Professorinnen an Fachhochschulen zwar keineswegs besser bestellt als an Universitäten. So betrug der Professorinnenanteil 1996 in den alten Ländern jeweils 7,9%. In den neuen Ländern standen den fast 11% Professorinnen an Universitäten 12% an Fachhochschulen gegenüber (vgl. BLK 1998, Anlage 2). Aber das im Unterschied zu den Universitäten eingeschränkte Fächerspektrum der Fachhochschulen, das traditionell auf Technik und Soziales ausgerichtet ist – sich in den letzten Jahren jedoch erweitert hat (vgl. Jahn 1998) –, führt dazu, daß viele FH-Professuren in Fachgebieten ausgeschrieben werden, in denen der ‘Pool’ berufungsfähiger Frauen immer noch relativ gering ist. In den Ingenieurwissenschaften liegt der Frauenanteil beim wissenschaftlichen Personal bei knapp 5%, bei den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften hingegen bei 17,8% (vgl. BMBF 1998). Ein zentraler Unterschied zu den Universitäten findet sich zudem in den Berufungsvoraussetzungen: Gemäß HRG §44 müssen für eine Berufung neben der qualifizierten Promotion und der pädagogischen Eignung der BewerberInnen fünf Jahre Berufspraxis, davon drei Jahre

außerhalb der Hochschule, vorliegen. Während Universitäten ihre zukünftige Hochschullehrerschaft im eigenen Haus ausbilden können, müssen Fachhochschulen qualifizierte Personen aus der Berufspraxis gewinnen. Somit erfordert der Weg zur FH-Professorin eine Doppelorientierung an Hochschule und Praxistätigkeit.

Diese besonderen Strukturen bilden den Hintergrund, auf dem eine Frauenförderpolitik zur Erhöhung des Professorinnenanteils einsetzen kann. Inwieweit diese Politik erfolgreich ist, hängt jedoch auch von den konkreten gleichstellungspolitischen Einflußmöglichkeiten vor Ort ab, wie das Beispiel der FH Brandenburg verdeutlicht.

Die Berufungsverfahren an der FH Brandenburg

Die FH Brandenburg ist eine Fachhochschule für Technik, Wirtschaft und Informatik, die 1992 im Zuge des Transformationsprozesses des ostdeutschen Hochschulsystems gegründet wurde. Ihr ging keine Vorgängerinstitution voraus, so daß ihre Professorenschaft allein aus Neuberufungen besteht.

Initiiert wurde die Studie „Analyse von Berufungsverfahren mit dem Ziel eines Aktionsplanes zur Erhöhung des Frauenanteils unter den ProfessorInnen an der FH Brandenburg“ (1998) von der Hochschulleitung und der Gleichstellungsbeauftragten. Auslöser hierfür war die sehr geringe Zahl von Professorinnen an der FH Brandenburg: 1997 stellte sie ein ‘Gruppenbild mit Dame’ dar – 45 Professoren und eine (beurlaubte) Professorin. Damit war die FH Brandenburg im Vergleich zu anderen Fachhochschulen der Region das Schlußlicht in Bezug auf den Professorinnenanteil.

Die Untersuchung basiert auf einer quantitativen Analyse der Berufungsunterlagen sowie auf ExpertInneninterviews mit Berufungskommis-sionsvorsitzenden. Für die Studie wurden dem mit HSP-III-Mitteln finanzierten Projekt „Frauenförderung in der Wissenschaft“ die offiziellen Unterlagen aller Berufungen seit der Gründung zur Verfügung gestellt. Diese umfaßten anonymisierte tabellarische BewerberInnenübersichten und anonymisierte Berichte der Berufungskommissionen. Damit konnte der Frauenanteil in den einzelnen Stadien des Berufungsverfahrens ermittelt und die Qualifikationsprofile hinsichtlich der formalen Anforderungen überprüft werden. Insgesamt wurden 1.026 Bewerbungen ausgewertet. Des weiteren befragten die Projektmitarbeiterinnen in ExpertInneninterviews die Berufungskommis-sionsvorsitzenden nach ihrer Einschätzung der Situation von Frauen in den Verfahren, ihrer Beurteilung von

Bewerberinnen und Bewerbern sowie geeigneten Maßnahmen zur Frauenförderung. Die Auswertung der Daten ergab folgende Resultate:

- Bei den Bewerbungen liegt der Anteil von Bewerberinnen mit rund 5% relativ niedrig.
- Die Untersuchung der Qualifikation hinsichtlich der *formalen Qualifikationsvoraussetzungen* zeigt, daß eine große Zahl von Bewerberinnen und Bewerbern diese nicht erfüllt. Für die *Bewerber* lassen sich sowohl beim Nachweis der dreijährigen Praxiszeit außerhalb der Hochschule als auch bei der erforderlichen Promotion Defizite ausmachen. Ca. 25% weisen Praxisdefizite auf, ca. 15% keine Promotion. Bei den *Bewerberinnen* verfügt die Hälfte nicht über die dreijährige Berufserfahrung außerhalb der Hochschule, dagegen haben fast alle promoviert.
- Der Frauenanteil bei den Probevorlesungen entspricht mit rund 5% ihrem Anteil an Bewerbungen. Damit wurden Frauen im Durchschnitt nicht über- oder unterproportional eingeladen. Ein deutlicher Rückgang des Frauenanteils auf 2,7% erfolgt bei der Listenplatzierung. Zwei Professorinnen wurden berufen, beide Berufungen erfolgten in der unmittelbaren Aufbauphase der Fachhochschule.
- Im Ost-/Westvergleich ergibt sich folgende Rangfolge bei den Bewerbungen: Männer (West), Männer (Ost), Frauen (West), Frauen (Ost). Die zwei Berufungen an Frauen ergingen an westdeutsche Frauen, nur eine ostdeutsche Frau wurde überhaupt gelistet.
- Die Berufungskommissionen sind überwiegend mit Männern besetzt.

Die auffallend geringe Zahl von Bewerberinnen läßt sich zum Teil aus dem insgesamt geringen 'Reservoir' von Frauen mit den geforderten Qualifikationen in diesen Fächern und Berufen erklären. Was allgemein gilt, trifft auch hier zu: Je höher die Stufe der wissenschaftlichen Qualifikation und beruflichen Position, desto geringer der Frauenanteil. In den technischen Fächern ist diese Tendenz aufgrund der insgesamt sehr geringen Anzahl von Frauen besonders ausgeprägt.

Die Befragten sehen in dieser Problematik die Hauptursache für den geringen Professorinnenanteil. Nur wenige nennen als weiteren Grund direkt wirkende Zugangsbarrieren im Wissenschaftsbetrieb, die zur Schlechterstellung von Frauen beitragen und zu einer geringen Zahl von Bewerberinnen führen. Die strukturellen Benachteiligungen von Frauen, die von einigen Befragten genannt werden, werden alle außerhalb der Hochschule verortet. Erwähnt werden die mangelnde Integration von Frauen in 'Netzwerke' und die zusätzliche Inanspruchnahme von Frauen durch Familienarbeit. Diese 'Wettbewerbsnachteile' von Frauen sind für die meisten Befragten jedoch kein Anlaß, die Zahl der Bewerberinnen

durch gezielte Ansprache von qualifizierten Akademikerinnen aktiv zu vergrößern. Die Möglichkeit, den Bewerberkreis durch direkte Ansprache ihnen persönlich bekannter Männer zu erweitern, wurde dabei durchaus genutzt.

Die Auswertung der Bewerbungsunterlagen zeigt, daß viele Bewerberinnen die vorgeschriebene mindestens dreijährige Berufstätigkeit außerhalb der Hochschule nicht nachweisen können. Diese Berufungsvoraussetzung erweist sich als größtes Hindernis für die Frauen, während fast alle Bewerberinnen über die erforderliche Promotion verfügen. Das ist ein Hinweis darauf, daß sich Frauen, die in Industrie oder Wirtschaft tätig sind, nicht auf FH-Professuren bewerben. Da jedoch viele der männlichen Bewerber aus Industrie und Wirtschaft kommen, liegt die Interpretation nahe, daß außerhalb der Hochschule tätige Frauen im Vergleich zu ihren Kollegen weitaus seltener den Weg an die Hochschule zurückfinden. Auch die Befragten äußerten sich in diese Richtung: Der Aufbau von Kontakten in die Wissenschaft geschehe meist während der Zeit als wissenschaftliche/r MitarbeiterIn oder AssistentIn und müsse später, z.B. über Tagungen und Publikationen, gehalten werden. Anzunehmen ist, daß strukturelle Barrieren (z.B. 'Doppelbelastung') und wissenschaftsinterne Schließungsstrukturen (geringe Einbindung in Netzwerke, Promotion von Frauen über Stipendien statt Stellen etc.) für Frauen die erforderliche Doppelorientierung an Wissenschaft und Praxis erschweren. In den anschließenden Stufen der Berufungsverfahren, der Probevorlesung und der Listenplatzierung, erfolgt die Beurteilung der Qualifikation von Bewerberinnen und Bewerbern. Hierbei wird von den Befragten angenommen, daß für die Berufungskommissionen ausschließlich fachliche Leistung als Auswahlkriterium gilt. Bei den Befragungen zeigt sich jedoch auch, daß eine Eindeutigkeit des Qualifikationsverständnisses, allein bei den formalisierten Qualifikationskriterien, nicht gegeben ist. Außerdem wurden die strukturellen Benachteiligungen von Frauen, die im allgemeinen Kontext von den Befragten angesprochen wurden, in dieser entscheidenden Phase des Berufungsverfahrens nicht berücksichtigt. Bei der Listenplatzierung scheint auch 'Bekanntheit' ein wichtiges weiches Auswahlkriterium darzustellen, denn es läßt sich beispielsweise in vielen Fällen eine gemeinsame Herkunftshochschule der gelisteten Personen und einzelner Kommissionsmitglieder feststellen. Die Ergebnisse der Studie in Bezug auf das Ost-/Westverhältnis von Bewerbern und Bewerberinnen bei den Listenplatzierungen entsprechen denen anderer Untersuchungen (vgl. Zimmermann 1998, Reiche 1996): Das Geschlecht dominiert die regionale Herkunft, die Hierarchie zwischen West und Ost zeigt sich auch im Verhältnis zwischen Frauen.

Die Studie kommt hinsichtlich der Integration von gleichstellungspolitischen Elementen in die Berufungsverfahren an der FH Brandenburg zu folgenden Ergebnissen: Die Beteiligung der Gleichstellungsbeauftragten bei Berufungsverfahren wird von den befragten Kommissionsvorsitzenden grundsätzlich akzeptiert. Der Gleichstellungsbeauftragten kommt jedoch auch eine Entlastungsfunktion für die Kommission zu, indem sie die Gewährleistung der Gleichstellung formal repräsentiert, ohne jedoch über Mitspracherechte zu verfügen, die es ihr erlauben, diese Aufgabe auch wahrzunehmen. Die Verantwortung der Hochschule für die Realisierung des gesetzlichen Gleichstellungsauftrages wird an die Gleichstellungsbeauftragte delegiert, obwohl im Berufungsgeschehen die Professoren die Macht- und Entscheidungsträger sind. Diese stehen mehrheitlich klassischen Instrumenten der Frauenförderung skeptisch bis ablehnend gegenüber: Sie befürchten dadurch eine Aushebelung der Qualifikationskriterien. Das gleichstellungspolitische Interesse, das für die Gewährleistung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern notwendig ist, kann nur bei Einzelpersonen festgestellt werden. Wenn in der Hochschullehrerschaft jedoch kein Wille zur aktiven Förderung von Frauen formuliert wird, ist anzunehmen, daß sich die aktuelle Situation immer wieder reproduzieren wird und verhindert, daß die Zahl der Professorinnen signifikant steigt.

Gleichstellungspolitische Empfehlungen und Maßnahmen

Die Untersuchungsergebnisse zeigen, daß Gleichstellung auch in der nächsten Zeit eine institutionell abgesicherte Aufgabe an Hochschulen bleiben muß. Für die FH Brandenburg wurden daher zunächst Maßnahmen empfohlen, wie sie in Teilen auch von wissenschaftspolitischen Institutionen wie der BLK oder dem Wissenschaftsrat (1998) für Fachhochschulen gefordert werden:

- Bei der Personalplanung ist eine am 'Kaskadenprinzip' orientierte Zielvorgabe für die Zahl der Professorinnen aufzustellen, d.h. der Frauenanteil bei Professuren muß dem Frauenanteil bei den Promotionen entsprechen.
- Durch Lehraufträge sollen Wissenschaftlerinnen oder Frauen in qualifizierten Berufen Fachhochschulen näher kennenlernen. Akademikerinnen ohne Promotion muß es im Rahmen einer Stelle an der Fachhochschule, u.U. auch einer Berufung unter Auflage, oder über Stipendien ermöglicht werden, die Promotion nachzuholen. Wissenschaftlerinnen ohne ausreichende Praxiserfahrung sollen diese u.U.

in Verbindung mit ihrer Tätigkeit an einer FH (halbe Stelle) erwerben können (vgl. z.B. das Dorothea-Erxleben-Programm).

- FH-Absolventinnen sollen bei ihrem Promotionsvorhaben aktiv unterstützt werden, z.B. durch bessere Kooperation mit Universitäten oder Teilzeitbeschäftigung als wissenschaftliche Mitarbeiterin an Fachhochschulen (vgl. niedersächsisches AssistentInnenprogramm).
- Bei der Besetzung von wissenschaftlichen MitarbeiterInnenstellen sollen Frauen entsprechend ihres Anteils an den Studienabschlüssen eingestellt werden. In Fächern, in denen keine Professorin lehrt, sind Mittelbaustellen bevorzugt an Frauen zu vergeben.

In Anlehnung an die Ergebnisse der Studie hat der Senat der FH Brandenburg 1998 darüber hinaus eine „Checkliste für Berufungskommissionen“ verabschiedet, die Anforderungen an die Berufungskommissionen aus gleichstellungspolitischer Perspektive konkretisiert:

- Die Beteiligung der Gleichstellungsbeauftragten muß während des gesamten Verfahrens sichergestellt sein. Der Abschlußbericht der Kommission umfaßt obligatorisch ihre Stellungnahme.
- In jeder Berufungskommission müssen zwei stimmberechtigte Professorinnen vertreten sein. Falls die FH Brandenburg diese Professorinnen nicht selbst stellen kann, sind externe Professorinnen hinzuzuziehen (vgl. auch die Regelung: §52 Abs. 3 NHG).
- Die Berufungskommission muß geeignete Bewerberinnen für die Professur suchen und ihre diesbezüglichen Aktivitäten dokumentieren. Sie kann dabei auf fachspezifische Datenbanken mit qualifizierten Bewerberinnen zurückgreifen (z.B. die Datenbank der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft Berlin). Sind weniger als die Hälfte der eingegangenen Bewerbungen von Frauen, sollen auch qualifizierte Nicht-Bewerberinnen über die Stellenausschreibung informiert werden.
- Alle Bewerberinnen, die die formalen Voraussetzungen laut BbHG erfüllen, sind zur Probevorlesung einzuladen. Bewerberinnen, die die dreijährige qualifizierte Berufstätigkeit außerhalb der Hochschule nicht/unvollständig nachweisen, sind ebenfalls einzuladen, wenn es nur wenige Bewerberinnen gibt.

Die Einhaltung dieser Punkte ist Aufgabe der/des Vorsitzenden der Berufungskommission. Auf diese Weise ist sichergestellt, daß die Verantwortung für die Gleichstellungspolitik auch bei den Entscheidungsträgern liegt.

Die Gleichstellungsbeauftragte der FH Brandenburg beurteilt die bisherigen Auswirkungen der „Checkliste“ als sehr positiv. So werde sie in

ihrer Funktion als Gleichstellungsbeauftragte von der Widmung der Stelle bis zum abschließenden Bericht der Kommission systematisch in das Berufungsverfahren eingebunden. Auch das Hinzuziehen externer Professorinnen als stimmberechtigte Mitglieder der Kommission habe sich als außerordentlich förderlich für die Transparenz und die Atmosphäre in den Berufungskommissionen erwiesen. Zudem werden nach Aussagen der Gleichstellungsbeauftragten inzwischen alle formal qualifizierten Bewerberinnen automatisch eingeladen – die Zahl der auf Listen platzierten Frauen habe sich seitdem deutlich erhöht. Leider sei es jedoch noch nicht gelungen, den Kreis der Bewerberinnen wesentlich zu vergrößern. Zwar konnten in Einzelfällen Kontakte der Kommissionsmitglieder zur Ansprache qualifizierter Bewerberinnen genutzt werden, eine systematische Erhöhung der Bewerberinnenzahlen konnte jedoch nicht erzielt werden. Auch die Datenbankanfrage habe nur begrenzt Wirkung gezeigt.

Insgesamt wurden laut Einschätzung der Gleichstellungsbeauftragten mit der „Checkliste“ gute Voraussetzungen dafür geschaffen, Berufungskommissionen enger an die Aufgabe der Frauenförderung zu binden und zu einer kurzfristigen Erhöhung des Professorinnenanteils beizutragen.

Als allgemeines Fazit der Studie bleibt festzuhalten, daß Maßnahmen zur Frauenförderung nach wie vor unabdingbar sind. In diesem Sinne plädieren wir für eine Doppelstrategie der Gleichstellungspolitik ‘von oben’ und ‘von unten’: So besteht immer noch die Notwendigkeit, staatlich initiierte Qualifizierungsprogramme aufzulegen, da der Frauenanteil bislang zu gering ist, um eine selbstinduzierte Erhöhung der Professorinnenzahlen zu erreichen. Für solche Programme spricht auch der in den letzten Jahren positiv zu verzeichnende Anstieg des Professorinnenanteils, der maßgeblich auf die Frauenfördermaßnahmen der Hochschulsonderprogramme II/III zurückzuführen ist. Darüber hinaus gewinnt aber auch die institutionelle Verankerung von Gleichstellungspolitik auf Hochschulebene an Bedeutung: Im Zuge der Novellierung des Hochschulrahmengesetzes und der hieraus resultierenden Autonomiegewinne der Hochschulen muß eine Strategie der Frauenförderung bewußter als bisher die gleichstellungspolitischen Verhandlungsressourcen vor Ort stärken.

Literatur

BLK (Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung) (1998): Frauen in Führungspositionen. Zweite Ergänzung zum BLK-Bericht „Förderung von Frauen im Bereich der Wissenschaft“, Heft 68, Bonn.

BMBF (Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Techno-

logie) (1998): Grund- und Strukturdaten 1998/99, Bonn.

Jahn, Heidrun (1998): Frauen in Fachhochschulstudiengängen. Hindernisse und Möglichkeiten, in: *hochschule ost* 2, 23-31.

Kirsch-Auwärter, Edith (1995): Kulturmuster organisationalen Handelns am Beispiel wissenschaftlicher Organisationen, in: Wetterer, Angelika (Hg.): Die soziale Konstruktion von Geschlecht in Professionalisierungsprozessen, Frankfurt/M., 73-83.

Lang, Sabine/Sauer, Birgit (Hg.) (1997): Wissenschaft als Arbeit – Arbeit als Wissenschaft. Frankfurt/M., New York.

Lepperhoff, Julia/Spotka, Frauke (1998): Frauenförderung in der Wissenschaft. Analyse von Berufungsverfahren mit dem Ziel eines Aktionsplanes zur Erhöhung des Frauenanteils unter den ProfessorInnen an der FH Brandenburg, in: *Innovationen. Forschungsprojekte an der FH Brandenburg, Brandenburg an der Havel.*

Müller, Ursula (1999): Soziologie und Geschlechtergerechtigkeit am Beispiel der Forschung zu Frauen an Hochschulen, in: Dausien, Bettina u.a. (Hg.): Erkenntnisprojekt Geschlecht. Feministische Perspektiven in der Wissenschaft, Opladen, 141-166.

Philipps, Viola (1998): Institutionalisierte Geschlechterpolitik: Eine Rekonstruktion hochschulinterner Entscheidungsprozesse. Unveröff. Diplomarbeit, Otto-Suhr-Institut, FU Berlin.

Reiche, Karin (1996): Bewerben – auswählen – berufen: Hochschullehrerin an der TU Dresden? in: *hochschule ost* 3, 140-145.

Riegraf, Birgit (1996): Geschlecht und Mikropolitik: Das Beispiel betrieblicher Gleichstellung, Opladen.

Roloff, Christine (Hg.) (1998): Reformpotential an Hochschulen. Frauen als Akteurinnen in Hochschulreformprozessen, Berlin.

Statistisches Bundesamt (1998): Fachserie 11, Reihe 4.4. (Personal an Hochschulen).

Wennerås, Christine/Wold, Agnes (1997): Nepotism and sexism in peer-review, in: *nature*, Vol. 387, 22.5.1997, 341-343.

Wetterer, Angelika (1992): Profession und Geschlecht. Über die Marginalität von Frauen in hochqualifizierten Berufen. Frankfurt/M., New York.

Wissenschaftsrat (1998): Empfehlungen zur Chancengleichheit von Frauen in Wissenschaft und Forschung, Mainz.

Zimmermann, Karin (1998): Geschlechterverhältnis und Wissenschaftstransformation. Muster akademischer Selbstrekrutierung am Beispiel des Institutionentransfers an ostdeutschen Hochschulen, Berlin.

Zu „Jüdische Intellektuelle in der DDR. Politische Strukturen und Biographien“ (=*hochschule ost* 1-2/1999)

Günter Wirth
Berlin

Sehr geehrter, lieber Herr Pasternack,
sehr geehrter Herr Schuppener,

da Sie so freundlich waren, in *hochschule ost* 1-2/1999, S. 19, darauf hinzuweisen, daß für Ihr Heft über jüdische Intellektuelle in der DDR durch mich „schon frühzeitig... wichtige konzeptionelle Hinweise“ gegeben worden seien, müßte ich doch andeutungsweise versuchen, klarzustellen, welchen Kern diese Überlegungen hatten. Als ich voriges Jahr auf Ihre Fragen einging, war ich mir der Kompliziertheit dieser Thematik durchaus bewußt, objektiv wie subjektiv: Objektiv, als mir in Forschungsarbeiten schon in DDR-Zeiten klar geworden war, daß bereits unmittelbar nach der Befreiung 1945 eine merkwürdige Differenzierung zwischen (zumal kommunistischen) Widerstandskämpfern und (zumeist jüdischen) Opfern des Faschismus vorgenommen worden war, und subjektiv, als ich 1982/83 bei der Fertigstellung meines Manuskripts der „Hauser-Chronik“ (Buchverlag Der Morgen 1982) zwar mit dem „Haupthelden“ des Buches, dem damals 99jährigen Professor Wilhelm Hauser, Gründungsorinarius der Brandenburgischen Landeshochschule Potsdam 1948, einig war, im Untertitel zu schreiben: „Geschichte einer *jüdischen* Familie“, daß er dann aber bat,

auf das Adjektiv zu verzichten; „Harald“ habe hiergegen erhebliche Bedenken, Harald, also sein ältester Sohn, der Schriftsteller.

Da ich schon bei solchen subjektiven Bemerkungen bin, will ich noch ein, zwei weitere hinzufügen, da diese ohnehin im Hintergrund meiner konzeptionellen Überlegungen für Sie gestanden hatten:

Für mich (Jahrgang 1929) war – wenn ich einmal von der einschlägigen Lektüre der zweiten Hälfte der vierziger Jahre (einschließlich des seinerzeit in der *Täglichen Rundschau* groß aufgemachten Aufsatzes von Ilja Ehrenburg über die jüdische Frage) absehe – ab 1950 in dieser Problematik eine wie selbstverständliche, auch von antijüdischen Prozessen nicht zu beeinflussende Orientierung maßgebend, und sie hatte ich als Mitarbeiter eines der wenigen deutschen bürgerlichen Politiker erhalten, die in der Weimarer Republik als ausgesprochen philosemitisch bekannt waren (u.a. als Mitarbeiter des Organs des „Central-Vereins der deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens“), nämlich Otto Nuschkes. Und wenn in den Aufsätzen Ihres Doppelheftes über die Geschichte der DDR und der Juden in ihr gesprochen wird, dann kann wohl füglich nicht unerwähnt bleiben, wie sich Otto Nuschke als Stellvertretender Ministerpräsident der DDR für die Wiederherstellung der äußeren Formen jüdischen Gemeindelebens (Synagogen in Berlin und Erfurt) eingesetzt hat. Vor allem aber hat Otto Nuschke uns damals jungen Funktionären der CDU eingeschärft, jeglichem Antisemitismus von Anfang an (*Principiis obsta!*) zu widerstehen und in unserem jeweiligen Verantwortungsbereich alles in unseren Kräften Stehende zu tun, um uns etwa für jüdisches kulturelles Erbe einzusetzen. Wir haben dies in der CDU-Presse getan, vor allem aber in den Verlagen, im Union Verlag und im Verlag Koehler & Amelang, und zwar unabhängig von konjunkturellen Schwankungen (so oder so). Prinzipiell standen in den quantitativ nicht gerade üppigen (uns so vom Papierkontingent her verordneten) Verlagsprogrammen in jedem Planjahr mehrere Titel, die Jüdisches thematisierten oder von jüdischen Autoren stammten. Leider ist in der Bibliographie (hso 1-2/99, 164-172) kein einziger dieser Titel vermerkt, nicht einmal die beiden Bände des Rabbiners Martin Riesenburger und das Buch über jüdische Philosophie, auf das ich noch zu sprechen komme.

Auch 1967 – ich war damals Cheflektor des Union Verlags – ließen wir uns durch die in einigen Ihrer Aufsätze beschworene hektische Atmosphäre nicht beeindrucken und setzten auf die zeitaufwendige Vorbereitung eines Buches zum 30. Jahrestag der „Kristallnacht“, in dem es vor allem um die Beschreibung von Rettungsaktionen jüdischer Menschen durch Zeitzeugen ging: „Stärker als die Angst“. Es sollte sich 1968 herausstellen, daß dieses Buch die einzige Neuentwicklung auf dem Buchmarkt der DDR war, mit Heinrich Fink als Herausgeber und mit

markt der DDR war, mit Heinrich Fink als Herausgeber und mit Emil Fuchs als Verfasser des Geleitwortes, und ich konnte es am 9. November 1968 in der Synagoge in der Berliner Rykestraße den Vertretern der Ost- und der Westberliner Jüdischen Gemeinde überreichen. Man mag ja (um dies noch hinzuzufügen) zu Heinrich Fink stehen wie man will (und seine Rede als PDS-Bundestagsabgeordneter zur Problematik eines jüdischen Mahnmals in Berlin war sicher eine der schwächsten), aber in DDR-Zeiten war er an der Berliner theologischen Sektion, zuletzt als deren Direktor, maßgeblich am christlich-jüdischen Dialog (sozusagen im Alltag wie in großen wissenschaftlichen Kolloquien) beteiligt, und zwar sowohl hinsichtlich der Quantität wie der Qualität nach in Dimensionen, die gewiß denen zu vergleichen sind, über die Siegfried Hollitzer bei Ihnen in Hinsicht auf die Leipziger Aktivitäten dankenswerterweise geschrieben hat. Finks Bemühungen waren vor 1989 auch in den USA nicht ohne Echo geblieben, so daß er kaum Schwierigkeiten hatte, 1990 als Rektor der Humboldt-Universität Elie Wiesel als Redner zur Eröffnung des Studienjahres 1990/91 zu gewinnen.

Die Berliner theologische Fakultät hatte wie die Leipziger ihre eigenen jüdischen Traditionen (ich nenne nur den Namen von H. Strack, aber auch den von A. Deißmann, der zu Vorlesungen an der Berliner Hochschule für die Wissenschaft des Judentums eingeladen worden war). Vor allem aber (und das war in DDR-Zeiten wesentlich relevanter) ging Frau Prof. Dr. Marie Simon in ihren Vorlesungen über die Philosophiegeschichte an der Sektion Theologie der Humboldt-Universität auch auf jüdische Philosophie ein, und sie war es dann ja auch, die zusammen mit ihrem Mann, Prof. Dr. Heinrich Simon, 1984 in der Religionsphilosophischen Reihe des Union Verlags das Buch über die „Geschichte der jüdischen Philosophie“ herausgebracht hatte.

Damit kann ich (ohne alle eher substantiellen „subjektiven“ Anmerkungen gemacht zu haben) auf den Kern meiner konzeptionellen Überlegungen kommen. Ich war nämlich davon ausgegangen, daß bei der Charakterisierung bzw. Porträtierung jüdischer Intellektueller bzw. Hochschullehrer (von letzteren war wohl, wenn ich mich richtig erinnere, bei Ihnen zunächst die Rede) drei „Haupttypen“ (*sit venia verbo*) ins Blickfeld traten: 1. jüdische Gelehrte, die sich zur monotheistischen jüdischen Religion bekennen und formell zur Jüdischen Gemeinde gehören, 2. jüdische Gelehrte, die sich zwar nicht in diesem strengen Sinne religiös bekennen, wohl aber zu erkennen geben, daß sie sich als in jüdischer kultureller (und das ist eingeschlossen: religiöser) Tradition stehend betrachten, 3. jüdische Gelehrte, die säkularisiert sind, zumeist solche, die diese säkularistische Haltung als Kommunisten verifizier(t)en.

Ich hatte, wenn ich mich richtig erinnere, hinzugefügt, daß es zwischen diesen hauptsächlich „Typisierungen“ Überlagerungen, Changierungen, Symbiosen, wie auch immer man solche eigenartigen Erscheinungen nennen soll, gibt (allein schon, wenn man – von Angaben in Ihren Aufsätzen ausgehend – bedenkt, daß Vorsitzende Jüdischer Gemeinden in SBZ/DDR SED-Mitglieder geworden waren). Jedenfalls hatte ich aus meiner Kenntnis für jede dieser hauptsächlich „Typisierungen“ Vorschläge unterbreitet, allerdings mit der Einschränkung, daß mir die interessanten biographischen Entwicklungen in den achtziger Jahren, zumal in der jungen Generation, weniger vertraut waren. ~~Wichtig ist~~ nach Kenntnisnahme Ihres Doppelheftes richtig sehe, wenn ich hierbei den anders angesetzten Aufsatz von Hollitzer an dieser Stelle unberücksichtigt lasse, komme ich zu dem Ergebnis, daß hinsichtlich des ersten „Haupttypus“ und eventueller Changierungen in der weltanschaulich-religiösen Haltung neben meinem Aufsatz über Ernst Grumach nur der von Esther Jonas-Martin und Lothar Mertens anzuführen ist, der allerdings als Überblicksartikel kaum Details zum biographischen Art bietet.

Der zweite Haupttypus fehlt, wenn ich aufmerksam genug gelesen habe, im Grunde völlig – er tritt nur, dies freilich in bemerkenswertester Weise, in Erscheinung in der Fragestellung von Sonja Brentjes gegenüber Thomas Kuczynski, der, je länger er sich den bohrenden Fragen der Interviewerin zu stellen hatte, desto mehr zu erkennen geben mußte, daß er durchaus authentisch jüdische Kenntnisse hat. Ein Glücksfall dieser Publikation – und m. E. würde es sich schon lohnen, die von Sonja Brentjes entwickelten Fragestellungen eigenständig zusammenzufassen, auszugestalten und auf reale Biographien zu beziehen.

Was ich zwar *rebus sic stantibus* befürchtet hatte, freilich nicht in diesem Ausmaß, ist letztlich eingetreten: Der dritte „Haupttypus“ triumphiert in *hochschule ost*. Fast alles in Ihrer Publikation, auch das eher Systematische in den Essays über „Strukturen“, bezieht sich allein auf diesen Typus, der hierdurch, weil in vielfältiger Weise auftretend, biographisch besonders lebendig und plausibel wird. Allerdings finde ich es fatal, auf einen Umstand hinweisen zu müssen: Arnold Zweig, den ich aus guten Gründen zum ersten „Haupttypus“ rechne, allein schon angesichts seines Involviertseins in die jüdische Erneuerungsbewegung vor und nach dem Ersten Weltkrieg (und wenn er mit Martin Buber im Diskurs war, dann nicht nur wegen des Sozialismus, der für Buber ohnehin nicht die primäre Bedeutung gehabt hat), gerät bei meinem Freund Dieter Schiller wie selbstverständlich in die Nähe des dritten „Haupttypus“; wie

sein ohnehin marginaler Hinweis auf die Zugehörigkeit Arnold Zweigs zur Jüdischen Gemeinde einzuordnen ist, bleibt undeutlich.

Analog wäre hinsichtlich Mario Keßlers Bloch-Porträt zu bemerken, daß der Autor die Nähe Blochs zur jüdischen Erneuerungsbewegung vor 70, 80 Jahren offenbar überhaupt nicht zur Kenntnis genommen hat, und er sollte zur Kenntnis nehmen, was Jochanaan Christoph Trilse-Finkelstein in einem Gespräch eindrücklich so beschrieben hat:

„Einmal hatte ich das Glück, bei Bloch eingeladen zu sein an einem Schabbat-Nachmittag, zu dem Zeitpunkt, wo der Schabbat sich dem Ende zuneigt. Da trug Bloch, so hatte ich ihn noch nie gesehen, eine Kipa. Er zelebrierte ein bißchen Schabbat. Zum Abschluß des Schabbat sagt man ja auch einen Segen. Den Segen hat er gesprochen.

Auf hebräisch?

Auf hebräisch, ja. Vorher hatte er sich natürlich, diese zwei Stunden ungefähr, die wir da zusammen saßen, vielleicht waren es auch drei, das weiß ich heute nicht mehr so genau, den Wochenabschnitt vorgenommen. Ich muß dazu erklären, daß im jüdischen Jahr jede Woche ein bestimmter Abschnitt aus der Thora, aus dem Gesetz gelesen wird, d.h. aus den fünf Büchern Mose oder dem Pentateuch, dem Fünfbuch. Ein bestimmter Abschnitt liegt einer Woche zugrunde. Das ist vom Rabbinat festgelegt. Und zugleich ergänzen Abschnitte aus den Propheten diesen Wochenabschnitt aus der Thora. Ich weiß heute nicht mehr, welcher das war, Bloch ist ziemlich schnell durchgegangen. Aber bei den Propheten hat er sich aufgehalten. Da fiel dieser schöne Satz: 'Sie müssen sich vorstellen, die Propheten sind so etwas wie Schriftsteller und Philosophen. Sie haben natürlich ihr Land und auch ihr Israel kritisiert, und sie sind unbeliebt gewesen. Schriftsteller und Philosophen sind eben immer unbeliebt, weil sie immer kritisieren.' Das habe ich mir gemerkt mein Leben lang. Das war hervorragend. Man sagt ja immer, so etwas ist ein Gespräch. Allerdings, wenn Bloch redete, redete eben Bloch. Wir anderen hatten da nicht viel zu reden.“¹

Bloch wäre also mindestens zum zweiten „Haupttypus“ zu rechnen. Bei Hans Mayer wage ich ein solches Urteil nicht; bei ihm überwiegt wohl Aufklärerisches gegenüber dem Messianischen.

Daß diese Akzentverschiebung in Ihrer Veröffentlichung insgesamt so stattgefunden hat, hat mit einer Art doppelter Dialektik (wie Sie sie in Ihrem Einleitungsartikel beschworen haben) zu tun, nämlich einmal mit der der jüdischen Thematik im engeren Sinne implizierten und dann damit, daß mit dem Blick auf DDR-Geschichte im Grunde nur noch zwei sich scheinbar ausschließende, in Wahrheit aber ergänzende Positionen zum Tragen kommen (Herrn Schuppeners Bibliographie beweist es ungewollt aufs schönste), nämlich die der Exponenten des real(st)en Sozialismus und die ihrer dissidentischen Gegenspieler, und zwar nicht der

¹ In: Vincent von Wroblewsky (Hg.), Zwischen Thora und Trabant. Juden in der DDR, Berlin 1993, S. 52f.

bürgerlichen und weltanschaulich anders gearteten, sondern der utopisch-sozialistischen bzw. der Linken eines Dritten Weges. (Ich habe im September 1989 in meiner Vorlesung zur Eröffnung des Studienjahres 1989/90 an der Berliner theologischen Sektion festgehalten, ich hätte den Eindruck, daß der variierte Titel einer Schrift von Engels die zeitgenössische Szene charakterisiere: Der Rückweg des Sozialismus von der Wissenschaft zur Utopie.) Alles, was nicht in dieses Schema paßt, fällt aus der Betrachtung heraus (in Ihrer Bibliographie eben gerade auch die Veröffentlichungen der CDU- und der kirchlichen Verlage).

So auch ist diesem Schema zum Opfer gefallen, was seinerzeit eigentlich als Sensation hätte wirken müssen, aber eben auch damals schon „zwischen den Stühlen“ zu orten war (das Schema ist ja von „dort“ übernommen): Ich meine das schon erwähnte Buch von Heinrich und Marie Simon, „Geschichte der jüdischen Philosophie“, 1984 beim Union-Verlag in erster Auflage erschienen (eine zweite folgte). Daß in Ihrer Publikation (einschließlich Ihrer Bibliographie) dieses Ereignis völlig übergangen wird, ist allerdings, wenn ich mir dieses Urteil erlauben darf, ein gravierender Fehler, denn tatsächlich wäre ja der Topos „Jüdische Philosophie“, auf dessen Relevanz Thomas Kuczynski, aber wohl auch ohne das Buch der Simons zur Kenntnis genommen zu haben, mit Recht hinweist, Gravitationszentrum für die von Ihnen behandelte Thematik. Dies gilt wiederum subjektiv wie objektiv.

Subjektiv angesichts des Schicksals der Verfasser, die ihren Weg als jüdische Intellektuelle erst auf dem Umweg der Verfolgung und des Kampfes gegen das NS-Regime erreichen konnten (er als Emigrant in Palästina wurde Mitkämpfer der gegen das NS-Regime aufgestellten militärischen Einheiten, sie wirkte in der Illegalität in Deutschland). Objektiv, wenn Sie allein die sechs, sieben Seiten aus dem Buch von Heinrich und Marie Simon in Betracht ziehen, auf denen sie die Positionen der jüdischen Erneuerung bei Franz Rosenzweig und Martin Buber analysieren. Es wäre sicher günstig gewesen, diesen knappen Exkurs in Ihre Veröffentlichung einzubeziehen. Daß die seinerzeitige Edition im Union Verlag ihren Sitz im Leben letztendlich doch gehabt hat, mag an der Rezeptionsgeschichte des Buches abgelesen werden: Vor 15 Jahren war sicher auffällig, daß es von dem renommierten Verlag C. H. Beck, München, in zwei Auflagen übernommen wurde. Aus heutiger Sicht könnte interessanter sein, daß in Polen noch vor der Wende eine Lizenzausgabe vorbereitet worden war, die 1990 herauskam, und 1999 ist Reclam Leipzig auf das Buch von Heinrich und Marie Simon mit einer Neuauflage zurückgekommen. Anlaß genug für Sie in Leipzig, dem Buch doch noch Aufmerksamkeit zu schenken, dem Buch und den Verfassern (ggf. in Ge-

sprächen mit Heinrich und Hermann Simon – Marie Simon ist kürzlich verstorben).

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Günter Wirth

PS: Ein Sonderproblem zum 3. „Haupttypus“ wäre dieses: Von vielen Kommunisten ist erst nach 1989 ihre jüdische Identität bekannt geworden. Wie wäre dieses subjektiv und objektiv zu analysieren?

Zu „Der unbequeme Ja-Sager. Arnold Zweigs Jahre in der DDR“ (*hochschule ost* 1-2/1999)

Jürgen Werner
Leipzig

Dieter Schiller schreibt in seinem wohlwollenden, nicht unkritischen Beitrag über Arnold Zweig: „Er trat für Wolfgang Harich und Walter Janka ein.“ (S. 139) Das stimmt und stimmt auch wieder nicht, so, wie es dasteht.

In der Tat freute ich mich, den bedeutenden Schriftsteller und bedeutenden Antifaschisten von einer weiteren sympathischen Seite kennenzulernen, als ich in *Sinn und Form* 1/1990 die Briefe las, die er zwischen 1957 und 1959 an Lotte Janka geschrieben hat. Ihr Tenor: Er will sich um den Fall Janka kümmern – unter anderem in der Volkskammer, der Zweig angehörte –, und er unternimmt auch etwas: Ende 1959 schreibt er „an unsere oberste Stelle“, ohne Echo („eine Antwort bekam ich nicht, konnte sie auch nicht erwarten“); an Frau Janka schickt er Geld.

In der Sache Wolfgang Harich schreibt er sogar, zum Jahreswechsel 1956/57, einen „Offenen Brief an Herrn Professor Kurt Hager“ (SuF 1/1990, S. 32 ff.). Der Leser ist beeindruckt. Falls er nicht das ganze *Sinn und Form*-Heft durchliest. Da entdeckt er nämlich, 190 Seiten weiter hinten, in den redaktionellen „Anmerkungen“ folgende lapidare Mitteilung: „Zweig ließ sich überreden, diesen Brief nicht abzuschicken.“

Juristisch ist es gewiß unanfechtbar, durch den S. 32 ff. unkommentiert erfolgenden Abdruck des Briefes Zweig gleichsam zum unerschrockenen Kämpfer gegen Willkür hochzustilisieren („Männerstolz vor Königsthronen“); die entscheidende Notiz – daß der Brief nie abging - steht ja im gleichen Heft. Aber ob man Zweig mit solcher publizistischen Verfahrensweise einen Gefallen tut? Und hoffentlich hat derlei nicht „Wendehälse“ auf die Idee gebracht, „nichtabgeschickte“ – oder auch: nicht geschriebene – „mutige“ Briefe aus der hinter uns liegenden Zeit nachträglich zu publizieren, als Persilscheine.

Die „Anmerkungen“ sind überhaupt ein wenig knapp. So wüßte man gern, von *wem* Zweig sich „überreden ließ“. Und wieso ist der Text „*Offener Brief*“ betitelt? Offene Briefe sind zur Veröffentlichung in Medien bestimmt. (Dazu demnächst Rolf-Bernhard Essig, *Der offene Brief* [...] von Isokrates bis Günter Grass, Würzburg 1999.) Eine Publikation von Zweigs Brief an Hager kam aber aus verschiedenen Gründen nicht in Betracht. In der DDR hätte ihn niemand gedruckt oder gesendet, drucken oder senden können, aus bekannten Gründen. Die Veröffentlichung außerhalb der DDR dagegen hätte mit großer Wahrscheinlichkeit Harich eher geschadet. Unabhängig davon war Zweig meines Erachtens ein zu vorsichtiger Mensch, als daß er mit solch spektakulärer Aktion den mächtigen Chefideologen und das ganze Regime hätte reizen mögen. Und schließlich war Zweig wohl auch zu system-“loyal“, um derart brisante Gegenstände vor einer internationalen Öffentlichkeit zu verhandeln. Also: wieso „*Offener Brief*“?

Forschungsprojekte zu Wissenschaft und Hochschulentwicklung in der DDR und Ostdeutschland

5. Folge

Die nachfolgende Dokumentation setzt die ersten vier Teile, veröffentlicht in hso 5/94, 5-6/95, 4/96 und 2/98, fort. Das heißt: Sie führt aktuell laufende Projekte, die seinerzeit bereits annonciert worden waren, nicht noch einmal auf.

Mitteilungen über laufende Forschungsprojekte wie auch zu abgeschlossenen Graduiierungsarbeiten bitte an: Red. *hochschule ost*, Universität Leipzig, Postfach 920, 04009 Leipzig.

1. Abgeschlossene Graduiierungsarbeiten

Vorbemerkung: Abgeschlossene Graduiierungsarbeiten werden nur dann in der folgenden Übersicht verzeichnet, sofern sie bis dato nicht veröffentlicht sind und ihr Erscheinen auch nicht angekündigt ist.

Conelly, John Francis: *Creating the socialist elite. Communist higher education policies in the Czech lands, East Germany, and Poland, 1945 - 1954*. Dissertation. Harvard University, Department of History, Center of European Studies. Cambridge 1994. 3 Bde. 1.021 + VI S.

Tandler, Agnes: *Geplante Zukunft. Wissenschaftler und Wissenschaftspolitik in der DDR 1955-1971*. Dissertation. Europäisches Hochschulinstitut Florenz. Florenz 1997.

Rach, Steffen: *Die Geschichte der Geographischen Zentralbibliothek in Leipzig*. Diplomarbeit. Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur (FH), FB Buch und Museum, Studiengang Bibliothekswesen. Leipzig 1997. 51 S.

Scheiber, Hans: *Zentralisierte Diagnostik und Betreuung der Wilson-Kranken in der ehemaligen DDR. Ein zwanzigjähriger Erfahrungsbericht über die Leipziger Zentralstelle für Morbus Wilson aus medizin-historischer Sicht*. Dissertation. Medizinische Fakultät der Universität Leipzig, Leipzig 1997. 115 S. + Anl.

Menzel, Birgit: *Die Anfänge der Herzchirurgie in Leipzig unter besonderer Berücksichtigung des Wirkens von Martin Herbst. Ein Beitrag zur Geschichte der Institutionalisierung neuer medizinischer Spezialfächer*. Dissertation. Medizinische Fakultät der Universität Leipzig. Leipzig 1998. 94 Bl.

Dagmar Kuhn: *Die Entwicklung der Leipziger Universitätskliniken von 1945 bis 1952*. Dissertation. Medizinische Fakultät der Universität Leipzig. Leipzig 1999.

Albrecht, Helmuth: *Laserforschung in Deutschland 1960-1970. Eine vergleichende Studie zur Frühgeschichte von Laserforschung und Lasertechnik in der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik*. Habilitationsschrift. Universität Stuttgart. Stuttgart 1997.

Fichtner, Tillmann: *Vergangenheitsbewältigung als sozialpsychologisches Problem der historischen Forschung. Fallstudie der Friedrich-Schiller-Universität in den Jahren 1988-1995*. Magisterarbeit. Philosophische Fakultät I der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Nürnberg o.J. [1996]. 133 S.

Meyer, Kathrin: *Kommentierter Wegweiser zu frauenspezifischen Beständen in Berliner Bibliotheken und Archiven*. Diplomarbeit. Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Bibliothekswissenschaft. Berlin 1999.

2. Aktuell laufende Forschungsprojekte

Martin Sabrow, Zentrum für Zeithistorische Forschung, Am Kanal 4/4a, 14467 Potsdam:

Die Rolle von Remigranten bei der Etablierung des marxistisch-leninistischen Diskurses in den "Gesellschaftswissenschaften" der SBZ und DDR 1945-1961.

Günther Heydemann/Ulrich von Hehl, Universität Leipzig, Historisches Seminar, PF 920, 04009 Leipzig; *Klaus-Dietmar Henke*, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden, Mommsenstr. 13, 01069 Dresden:

Austausch akademischer Eliten in sächsischen Hochschulen während des Nationalsozialismus und in der SBZ/DDR.

Forschungsprojekt im Rahmen des Projektverbundes "Sachsen unter totalitärer Herrschaft. Diktaturdurchsetzung, Diktaturformen, Diktaturerfahrung 1933-1961". Bearbeitung seit 1998. Abschluß 2001.

Gunilla-Friederike Budde, FU Berlin, Zentrum für Vergleichende Geschichte Europas, Koserstr. 20, 14195 Berlin:

Frauen der Intelligenz. Berufs- und Karrierewege von Akademikerinnen in der SBZ/DDR, 1945-1975.

Habilitationsprojekt. Bearbeitung seit 1995.

Siegfried Lokatis, Zentrum für Zeithistorische Forschung, Am Kanal 4/4a, 14467 Potsdam.

Diskurssteuerung durch Zensur. System und Praxis der "Begutachtung" historischer Texte in der DDR.

Joachim Petzold, Zentrum für Zeithistorische Forschung, Am Kanal 4/4a, 14467 Potsdam.

Politische Vorgaben und wissenschaftliche Eigenständigkeit von Historikern in der DDR.

Hans-Martin Krusche, Institut für vergleichende Staat-Kirche-Forschung, Planckstr. 20, 10117 Berlin:

Berliner Theologen in politischen Entscheidungsprozessen der sechziger und siebziger Jahre.

Interviewprojekt. Bearbeitung seit 1998.

Marcus Gärtner/Ingeborg Cleve, Stiftung Weimarer Klassik, Büro Prof. Dr. Lothar Ehrlich, PF 2012, 99401 Weimar. gaertner@swk03.weimarklassik.de:

"Weimarer Klassik" in der DDR.

Bearbeitung seit 1997. Abschluß voraussichtlich Ende 1999.

Ingeborg Cleve, Universität des Saarlandes, Historisches Institut, PF 151150, 66041 Saarbrücken. i.cleve@rz.uni-sb.de:

Legitimitätsbehauptungen und Loyalitätsbedingungen. Zum Umgang mit der Weimarer Klassik in der DDR.

Habilitationsprojekt.

Harold Hurwitz, FU Berlin, Institut für politische Wissenschaft, Malteserstr. 70-100, 12249 Berlin:

Verstrickung als Prüfung eines autonomen Menschen. Robert Havemann – anders gesehen.

Monographie. Abschluß voraussichtlich Ende 2000.

Christian Sachse, Robert-Havemann-Gesellschaft e.V., Schliemannstr. 23, 10437 Berlin:

Die parteiamtliche Rehabilitierung von Robert Havemann im November 1989.

Christof Geisel, Robert-Havemann-Gesellschaft e.V., Schliemannstr. 23, 10437 Berlin:

Robert Havemann und die oppositionelle Bürgerbewegung in der DDR 1989.

Dietrich Benner, Gundel Fischer, Dr. Thomas Gatzemann, Dr. Horst Sladdek, Karl-Heinz Göstemeyer, Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Allgemeine Pädagogik, Unter den Linden 6, 10099 Berlin:

Bildungstheorie und Unterricht zur Zeit die Entwicklung von der Gründung der Akademie der pädagogischen Wissenschaften bis zum Ende der DDR (1970 - 1990) – Konzepte in der systematischen Pädagogik und Bildungstheorie und ihre Widerspiegelung in den Lehrplänen und Lernzielnormierungen für den Chemieunterricht, die Staatsbürgerkunde, den Geschichtsunterricht und die Polytechnik.

Seit 1994 (1. Projektphase abgeschlossen). Abschluß 2. Projektphase 4/2000.

Heinz-Elmar Tenorth, Christa Uhlig, Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Historische Erziehungswissenschaft, Unter den Linden 6, 10099 Berlin:

Sozialisationserfahrungen in der UdSSR und ihre Wirkungen auf Bildungspolitik und Pädagogik in SBZ und DDR.

Seit 1995. Abschluß 4/2000.

Wiltrud Gieseke, Karin Opelt, Andreas Paetz, Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Wirtschafts- und Erwachsenenpädagogik, Unter den Linden 6, 10099 Berlin:

Erwachsenenbildung – Erwachsenenqualifizierung – Erwachsenenlenkung. Erschließung von Quellen in den neuen Bundesländern.

Seit 1997. Abschluß 3/2000.

Manfred Bräuer, Humboldt-Universität zu Berlin, Landwirtschaftlich-Gärtnerische Fakultät, Unter den Linden 6, 10099 Berlin:

Ausbildung und Rolle von Landwirtschafts- und Gartenbaulehrern in der ehemaligen DDR.

Seit 1997. Abschluß 8/2000.

Theobald Austermühle, Universität Halle-Wittenberg, Philosophische Fakultät, Institut für Sportwissenschaft, Selkestr. 9, 06121 Halle/S.:

Alltags- und Studentensport in der DDR.

Monographie, Bearbeitung seit 1995. Abschluß voraussichtlich Ende 1999.

Bruno Schelhaas, Universität Leipzig, Fakultät für Physik und Geowissenschaften, PF 920, 04009 Leipzig/Institut für Länderkunde, Schongauer Str. 9, 04329 Leipzig:

Institutionelle Geographie in der wissenschaftlichen Systemspaltung in Deutschland: Die Geographische Gesellschaft der DDR (1953-1990).

Dissertationsprojekt. Bearbeitung seit 1998.

Ulrich Mielke/Klaus Kramer, Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e.V., Umfassungsstr. 76, 39124 Magdeburg:

Die Medizinische Akademie Magdeburg und die Staatssicherheit.

Dokumentationsprojekt (4 Bde. bereits erschienen). Bearbeitung seit 1996, Abschluß geplant für 2001.

Uwe Künzler, Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, Institut für Pharmazie, Friedrich-Ludwig-Jahn-Str. 17, 17487 Greifswald:

Zur Geschichte der Pharmazeutischen Gesellschaft der DDR.

Dissertationsprojekt.

Henning Haase, Qualifizierungs- und Strukturgesellschaft mbH Genthin,
Ziegeleistraße 56, 39307 Genthin:

Erloschene DDR-Patente mit innovativem Wert. Dokumentation.

Seit 1995, Abschluß Ende 1999.

Nina Arnhold, Department of Educational Studies, University of Oxford.
nina.arnhold@seh.ox.ac.uk:

The Science Council in the 1990s: Continuity in a Period of Change.

Dissertationsprojekt. Bearbeitung seit 1998.

Recherche & Zusammenstellung: Peer Pasternack

Bibliographie Wissenschaft und Hochschulen in Ostdeutschland und Osteuropa 1945 bis zur Gegenwart¹

Peer Pasternack
Wittenberg/Leipzig

1. SBZ / DDR 1945-1989

Führ, Christoph (Hg.): *Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte*. Bd. VI, Zweiter Teilband: *Deutsche Demokratische Republik und neue Bundesländer*. Verlag C.H. Beck, München 1998. 486 S. DM 188,-. Im Buchhandel. U.a. enthält dieser Sammelband folgende hier relevante Kapitel: „Pädagogische Wissenschaft“, „Schulen und Hochschulen“, hier insbesondere der Abschnitt „Das Hochschulwesen“ (alle Siegfried Baske), „Zu Entwicklungen in den neuen Ländern zwischen 1990 und 1995“, insbesondere die Abschnitte „Wiedervereinigung des deutschen Hochschulwesens“ (Dieter Simon) und „Bildungshistorische Forschung zur SBZ/DDR nach der ‚Wende‘“ (Gert Geißler/Ulrich Wiegmann).

Gibas, Monika/Pasternack, Peer (Hg.): *Sozialistisch behaut & bekunsted. Hochschulen und ihre Bauten in der DDR* (Leipziger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftspolitik). Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 1999. 246 S. DM 34,-. Im Buchhandel.

Die Autoren und Autorinnen dieses reich illustrierten Bandes sind Architekt, Maler, Ministerialfunktionär bzw. Sozial-, Kunst- oder ArchitekturhistorikerIn. Nachdem der DDR-Versuch – so die Herausgeber in ihrem einleitenden Beitrag „Sozialistisch behaut & bekunsted? Zur Botschaft und Sozialgeschichte des Hochschulbaus in der DDR“ –, eine spezifisch sozialistische Architektur, die

¹ Die an dieser Stelle fortlaufend veröffentlichte Bibliographie erfaßt ausschließlich selbständige Publikationen: Monographien, Sammelbände, Broschüren, ggf. auch komplette Zeitschriften-Nummern, sofern diese einen an dieser Stelle relevanten thematischen Schwerpunkt haben.

zugleich Traditionen deutscher Baukunst aufnehmen sollte, erfolglos geblieben war, stand zweierlei im Mittelpunkt des DDR-Hochschulbaus: Funktionalität und (kollektivistisch überformte) Sozialintegration. Was indessen architektonisch nicht zu realisieren war, das sollte fortan baubezogene Kunst leisten: mit deren Hilfe wurde versucht, die Gebäude ideologisch zu beschriften. – Hans-Joachim Hicke – seinerzeit zuständiger Abteilungsleiter im Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen – schildert die administrativen Wege des Hochschulbaus in der DDR. Die Architekten und Projektanten Peter Korneli und Dietrich Gläser beleuchten die herausgehobene Stellung des medizinischen Hochschulbaus, der Defizite im allgemeinen Gesundheitswesen aufzufangen hatte. Eine Bilanz der Arbeit des Instituts für Hoch- und Fachschulbau Dresden liefert dessen letzter Leiter Manfred Rücker. Die typischen, gleichwohl keineswegs konfektionierten DDR-Mensabauten der 70er und 80er Jahre sind Gegenstand eines Interviews mit Ulf Zimmermann, der diese Bauten als Architekt und Projektleiter verantwortet hatte. Die 50er Jahre als intensive Suchphase einer DDR-Architektur öffentlicher Bauten sind Gegenstand architekturhistorischer Aufarbeitungen von Ulrich Hartung sowie – zu einzelnen Bauwerken – Hildtrud Ebert (zur Kunsthochschule Berlin-Weißensee) und Valentin Hammerschmidt (zur Hochschule für Verkehrswesen Dresden). Gabriele Wiesemann, Bonner Kunsthistorikerin, hat ein unbekanntes und nichtrealisiertes Henselmann-Projekt in den Archiven ausgegraben: eine (dann nie gebaute) Hochschule für Landwirtschaft in Neubrandenburg; die Ablehnung des Projekts durch Walter Ulbricht hatte den DDR-Stararchitekten so getroffen, daß er es selbst in seinen Werkverzeichnissen nicht aufführte. Realisiert worden ist hingegen der Neubau und die Rekonstruktion der Berliner Charité (dazu Peter Korneli/Geerd Dellas). Als paradigmatische Realisierung einer „sozialistischen Universität“ im Herzen einer „sozialistischen Stadt“ darf der Zentralkomplex der Leipziger (Karl-Marx-)Universität in der Messestadt-City gelten: Er wird deshalb ausführlich abgehandelt in Beiträgen zur Vorgeschichte, d.h. der Platzberäumung, um Baufreiheit zu schaffen (Katrin Löffler), rezeptionsgeschichtlichen Darlegungen zum Leipziger Universitätsturm (Thomas Topfstedt), einer Rekonstruktion des Verhaltens der Universität zu ihrem Turm nach 1989 (Peer Pasternack) und einem Beitrag zur Planungs- und Entstehungsgeschichte des Karl-Marx-Reliefs am Universitätshauptgebäude (Hubertus Adam); über das Zustandekommen seiner sog. Fledermaus-Installation (tatsächlicher Titel: „Anti-imperialistische Solidarität“) im Leipziger Hörsaalgebäude und die Reaktionen aus der Universität heraus gibt Hartwig Ebersbach Auskunft, dabei unterstützt und z.T. widersprochen von Rainer Behrends, dem Kustos der Universität Leipzig. Damit wird zugleich übergeleitet zur innenräumlichen Bekundung der DDR-Hochschulbauten: Der Historiker Jörn Schütrumpf rekonstruiert einen Kunststudenten-Wettbewerb zur bildnerischen Ausgestaltung der Jugendhochschule am Bogensee, und Martin Schönfeld, Berliner Kunsthistoriker, befaßt sich mit den Wandmalereien an DDR-Hochschulen unter dem Titel „Erziehungsbilder“.

Geulen, Dieter: *Politische Sozialisation in der DDR. Autobiographische Gruppengespräche mit Angehörigen der Intelligenz*. Leske + Budrich, Opladen 1998. 380 S. DM 48,-. Im Buchhandel.

Der Band analysiert auf der Grundlage autobiographischer Gruppengespräche Erfahrungen und Resultate politischer Sozialisation in der DDR bei den um 1940,

1950 und 1960 geborenen Angehörigen der staatsnahen Intelligenz. Der im akademischen Milieu erleichterte Zugriff auf Studierende und wissenschaftliche MitarbeiterInnen läßt diese beiden Gruppen überdurchschnittlich unter den Interviewten vertreten sein. Die Erfahrungen umfassen sowohl das primäre Sozialisationsmilieu sowie Ausbildung und Studium als auch die politische Realität der DDR, darunter wahrgenommene Widersprüche und Ungleichheiten, die Bewußtseinslenkung, die Partei und die Staatsgewalt. Die Resultate werden auf der Ebene politischen Verhaltens und Bewußtseins u.a. durch verschiedene Typen des politischen Habitus beschrieben; dabei werden auch der Begriff von Sozialismus, das Verhältnis zur Bundesrepublik und die Sicht der Gründe für den Untergang der DDR thematisiert. Aus dem Inhalt: Herkunft und primäres Sozialisationsmilieu, Ausbildung und Studium, Exkurs: Das Dilemma der Frauen in der DDR, Kritische Erfahrungen mit dem System, ausgewählte politische Verhaltensweisen, Typen des politischen Habitus in der DDR, Reflexionen über die DDR und ihr Scheitern, ausgewählte Biographien im Längsschnitt.

Freytag, Mirjam: *Die „Moritzburger“ in Vietnam. Lebenswege nach einem Schul- und Ausbildungsaufenthalt in der DDR - Vermitteln in interkulturellen Beziehungen*. IKO-Verlag, Frankfurt/Main 1998. 410 S. DM 49,80. Im Buchhandel.

Im Rahmen der Austauschforschung befaßt sich die Arbeit mit den Langzeitwirkungen interkultureller Erfahrungen. Grundlage sind biographische Interviews mit Vietnamesen und Vietnamesinnen, die als Kinder 1955/56 zu einer schulischen und beruflichen Ausbildung in die DDR eingeladen wurden. Die Ausbildungen reichten von der zweijährigen Facharbeiterausbildung bis zu Promotionen an DDR-Universitäten. Die im heutigen Vietnam lebenden sogenannten „Moritzburger“ engagieren sich in ihren jeweiligen Lebens- und Arbeitszusammenhängen für die kulturelle Vermittlung zwischen Vietnam und Deutschland.

Ruppelt, Georg (Hg.): *Bibliothekspolitik in Ost und West. Geschichte und Gegenwart des Deutschen Bibliotheksverbandes (Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie Sonderheft 72)*. Vittorio Klostermann Verlag, Frankfurt a.M. 1998. 322+IV S. DM 98,-. Im Buchhandel.

Unter anderem enthält der um eine deutsch-deutsche Gesamtbilanzierung bemühte Band einige Beiträge zu speziellen Einzelfragen des DDR-Bibliothekswesens sowie Studien über den Bibliotheksverband der DDR (Konrad Marwinski), den „Weg der Vereinigung“ der beiden großen deutschen Bibliotheksverbände (Jürgen Hering) und einen Artikel über „Struktur und Bibliotheksrecht der DDR“ (Heinz Werner).

Göhler, Helmut (Hg.): *Alltag in öffentlichen Bibliotheken der DDR. Erinnerungen und Analysen*. Bock + Herchen Verlag, Bad Honnef 1998. 271 S. DM 84,-. Im Buchhandel.

Ausgehend von der 9. Jahrestagung des Wolfenbütteler Arbeitskreises für Bibliotheksgeschichte im Mai 1996 unter dem Thema „Geschichte des Bibliothekswesens in der DDR“ will der Herausgeber des Sammelbandes mit weiteren Beiträgen das Thema vertiefen. Im hiesigen Kontext sind u.a. folgende Beiträge von Interesse: „Ereignisse und Wahrnehmungen von den Anfängen eines deutschen Bib-

liotheksinstituts“ (Peter Günnel), „Dreißig Jahre Redakteur bei der Fachzeitschrift ‚Der Bibliothekar‘. Franz Hannuth im Interview mit dem Herausgeber“, „An der Berliner Humboldt-Universität. Was heißt und zu welchem Ende studiert man Bibliothekswissenschaft? Über einige Sachen aus der Aus- und Weiterbildung von Diplombibliothekaren für Staatliche Allgemeinbibliotheken ...“ (Günter Fröschner), „Aus der Leipziger Fachschule. Die ernst genommene Literatur. Belletristik an der Leipziger Fachschule für Bibliothekare“ (Hans Hoffmann), „Bibliotheksfacharbeiteraus- und Fortbildung. Das Klassentreffen. Zur Ausbildung von Facharbeitern an Bibliotheken in Sachsen“ (Irene Naumann) und „Nebenberufliche Gemeindebibliotheksleiter. Die Qualifizierung der nebenberuflich tätigen Gemeindebibliotheksleiter im Bezirk Potsdam – oder ‚Lebenslang lernen‘?“ (Jürgen Kraft). Hinzuweisen ist auf die in den Anlagen befindliche Übersicht über Neuzulassungen und Absolventen an den bibliothekarischen Ausbildungseinrichtungen (1988).

Lehmstedt, Mark/Lokatis, Siegfried (Hg.): *Das Loch in der Mauer. Der innerdeutsche Literaturtausch* (Veröffentlichungen des Leipziger Arbeitskreises zur Geschichte des Buchwesens. Schriften und Zeugnisse zur Buchgeschichte Bd. 10). In Kommission bei Harrassowitz Verlag, Wiesbaden 1997. 360 S. DM 86,-. Im Buchhandel.

Der innerdeutsche Literaturtausch betraf belletristische wie wissenschaftliche Literatur und entsprechende Verlagsbeziehungen. Alle drei Aspekte werden in dem Band abgehandelt. In Bezug auf den wissenschaftlichen Austausch sind folgende Beiträge von Interesse: „Die Börsenvereine in Leipzig und Frankfurt - eine Problemskizze“ (Monika Estermann), „Die Anfänge des deutsch-deutschen Buchhandelsverkehrs (1945-1955)“ (Heinz Sarkowski), „Der Handel mit antiquarischen Büchern aus der DDR in die BRD“ (Heidi Karla), „Die Leipziger Buchmesse 1946 bis 1989“ (Klaus G. Saur), „Die Deutsche Bücherei als ‚Loch in der Mauer‘“ (Gottfried Rost), „Eine Gratwanderung ohne Absturz. Die Deutsche Bücherei Leipzig in jener Zeit“ (Helmut Röttsch), „Das Problem der ‚zweigleisigen Verlage‘ als Folge der Lizenzierungspolitik in der SBZ am Beispiel des Gustav Fischer Verlags (1945-1953)“ (Bettina Jütte), „Die Zusammenarbeit der Gustav Fischer Verlage in Stuttgart und Jena 1953 bis 1989“ (Wulf D. v. Lucius), „Der Akademie-Verlag Berlin“ (Lothar Berthold), „Die Schiller-Nationalausgabe - ein deutsch-deutsches Editionsunternehmen“ (Norbert Oellers).

Riedel, Manfred: *Nietzsche in Weimar. Ein deutsches Drama*. Reclam Verlag, Leipzig 1997. 357 S. DM 42,-. Im Buchhandel.

Nach einem ersten („Der ‚Gute Europäer‘ und die Parteien des europäischen Bürgerkriegs“) und einem zweiten Teil („Nietzsche und der Nationalsozialismus“) gelangt der Autor zu Nietzsches Nachleben in der DDR, das Teil III bis V beansprucht. III. Teil: „Im Schatten der Nachkriegszeit“ (u.a. zur Bewahrung des Nietzsche-Nachlasses im Goethe- und Schiller-Archiv und zu zweierlei Nietzsche-Debatten in der West- und der Ostzone, wobei auch der Frage „Der junge Wolfgang Harich als Nietzsche-Verteidiger?“ nachgegangen wird); IV. Teil: „Der Philosoph als Staatsfeind“ (hier geht es darum, „wie Nietzsche realsozialistisch banalisiert wird“ und um den „Kampf gegen die westliche Nietzsche-Renaissance“); V. Teil: „Lärm, Stille vor dem Sturm und ein Mantel um Nietz-

shes Gedanken“ (u.a. zu „Zweierlei ‘Nietzsche-Konferenzen‘“, einer kirchlichen und einer staatlichen in den 80er Jahren, Nietzsches Weg aus dem Weimarer Goethe- und Schiller-Archiv, zu Wolfgang Harich und der Nietzsche-Debatte in *Sinn und Form*).

De Luis, Caroline: **Gründerjahre**. Frankfurter Oder Editionen, Frankfurt/O. 1998. 290 S. DM 24,80. Im Buchhandel.

De Luis, Jg. 1922, kam 1948 nach Ost-Berlin, und arbeitete später als Referentin der Sektion „Dichtkunst und Sprachpflege“ an der Akademie der Künste, studierte dann Philosophie an der Humboldt-Universität zu Berlin und reiste 1954 aus der DDR aus. Was den Band im hiesigen Kontext vor allem interessieren läßt, ist der Umstand, daß die Autorin einige Jahre mit Wolfgang Harich verheiratet war, was selbstredend auch Darstellung in dieser Autobiographie findet.

Vollnhals, Clemens: **Der Fall Havemann. Ein Lehrstück politischer Justiz**. Ch. Links Verlag, Berlin 1998. 312 S. DM 30,-. Im Buchhandel.

Im November 1976 verurteilte das Kreisgericht Fürstenwalde Robert Havemann, Physikochemiker und seit den 60er Jahren sich mit sozialphilosophischen Thesen profilierender Dissident, in einer Blitzaktion zu einer Aufenthaltsbeschränkung. Es folgte eine jahrelange Isolierung Havemanns in Grünheide. 1979 verurteilte ihn dasselbe Gericht unter dem Vorwand eines Devisenvergehens zu einer Geldstrafe. In beiden Fällen stand die Verwerfung der Berufung bereits vorher fest. Die Gerichtsverfahren gegen Robert Havemann sieht Vollnhals als Lehrstücke für die Inszenierung eines politischen Prozesses: Alle Entscheidungen wurden vorher auf höchster politischer Ebene unter Einschaltung Honeckers getroffen, anschließend von der Staatssicherheit mit den zentralen Justizorganen „abgestimmt“ und der weitere Verlauf in „Konzeptionen“ und „Maßnahmeplänen“ detailliert fixiert.

Stengel, Friedemann: **Die Theologischen Fakultäten in der DDR als Problem der Kirchen- und Hochschulpolitik des SED-Staates bis zu ihrer Umwandlung in Sektionen 1970/71** (Arbeiten zur Kirchen- und Theologiegeschichte Bd. 3). Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig 1998. 824 S. DM 98,-. Im Buchhandel.

Gegenstand der Untersuchung sind Entwicklung, Strukturen und Ziele der Politik des von der SED beherrschten Staates gegenüber den sechs Theologischen Fakultäten an den Universitäten der DDR bis zur III. Hochschulreform. Die Politik der SED wird als maßgebliche Perspektive gewählt, und die Theologischen Fakultäten sind insofern Gegenstand dieser Darstellung, als sie Ziel und Problem dieser Politik waren. Auf die Nutzung von Universitätsarchiven verzichtete der Autor, da nicht die Geschichte einzelner oder aller Theologischer Fakultäten Untersuchungsgegenstand ist, sondern die Fakultätspolitik des SED-Staates, die sich nur von dem ausgehend gestalten konnte, was den Partei- und Regierungsstellen zur Kenntnis gelangte.

Iggers, Georg G./Jaraus, Konrad H./Middell, Matthias/Sabrow, Martin (Hg.): **Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem** (*Historische Zeitschrift* Beihefte N.F. Bd. 27). R. Oldenbourg Verlag, München 1998. 450 + VIII S. DM 118,-. Im Buchhandel.

Die Herausgeber veranstalteten im Frühjahr 1996 eine internationale Tagung über „Geschichtswissenschaft in der DDR“ am Max-Planck-Institut für Geschichte in Göttingen. Die Aufsätze des Heftes gehen auf die Referate dieser Konferenz zurück. Ziel war es, aufgrund neuer Quellen und Ansätze zu einem tieferen Verständnis der Widersprüchlichkeit ostdeutscher Geschichtswissenschaft anzuregen. Folgende Beiträge sind enthalten: „Störfall DDR-Geschichtswissenschaft. Problemfelder einer kritischen Historisierung“ (Konrad H. Jarausch/Matthias Middell/Martin Sabrow), „Die Geschichtswissenschaft der DDR und ihr ‚objektiver Gegner‘“ (Martin Sabrow), „Die Westbeziehungen der Historiker im Auge der Staatssicherheit“ (Rainer Eckert), „Die DDR-Historiographie in der ‚Ökumene der Historiker‘. Selbstverständnis und Praxis als Wissenschaftsdisziplin“ (Wolfgang Küttler), „Der Selbstwiderspruch der DDR-Historiker als analytisches Problem. Befunde einer Diskussion“ (Ralf Possekel), „Die DDR-Geschichtsschreibung aus westdeutscher Perspektive“ (Wolfgang J. Mommsen), „Geschichtswissenschaft in der DDR. Strukturgefängnis oder individuelle Handlungsmöglichkeiten im Wandel von 45 Jahren“ (Matthias Middell), „Von der historischen Mission der SED. Wandel der politischen Vorgaben in den sechziger Jahren und die Entpolitisierung der Historiker der DDR“ (Bernd Florath), „Die DDR-Geschichtswissenschaft in der Mitte der siebziger Jahre. Paradigmenwechsel oder konservative Wende?“ (Helga Schultz), „Eine soziale Klasse isst, trinkt und schläft nicht. Die Arbeitsgruppe ‚Kulturgeschichte der deutschen Arbeiterklasse‘“ (Adelheid von Saldern), „Historische Texte der DDR aus der Perspektive des linguistic turn“ (Konrad H. Jarausch), „Die Zensur historischer Literatur in der DDR unter Ulbricht“ (Siegfried Lokatis), „Scharf gezielt und nicht getroffen. Zur Kritik in der DDR-Geschichtswissenschaft“ (Gerald Diesener), „Historische Diskursformen ostdeutscher Intellektueller. Die Weimarer Republik und die ‚Sieger der Geschichte‘“ (Wolfgang Bialas), „Unterwegs zwischen Wirtschafts- und Mentalitätsgeschichte“ (Jan Peters), „Die ‚marxistische‘ Regionalgeschichte. Ideologischer Zwang und Wirklichkeitsferne“ (Karlheinz Blaschke), „Wer handelt? Die Akteure der Geschichte. Zur DDR-Geschichtsschreibung über Arbeiterklasse und Faschismus“ (Alf Lüdtke), „Zur Alten Geschichte in der DDR“ (Wolfgang Schuller), „DDR-Geschichtswissenschaft und Geschichtspolitik“ (Mary Fulbrook) und „Überlegungen zum Vergleich der DDR-Geschichtswissenschaft mit den ‚gespaltenen‘ Historiographien Ostmitteleuropas nach 1945“ (Frank Hadler/Georg G. Iggers).

Bonna, Rudolf: *Die Erzählung in der Geschichtsmethodik von SBZ und DDR. Nebst einem Quellenband* (Dortmunder Arbeiten zur Schulgeschichte und zur historischen Didaktik Bd. 27/1). Hrsg. von Klaus Goebel und Hans-Georg Kirchhoff. Universitätsverlag Dr. N. Brockmeyer, Bochum 1996. 507 S. Bezug bei: Universitätsverlag Dr. N. Brockmeyer, Uni-Tech-Center, Gebäude MC, 44799 Bochum.

Die Dissertation untersucht die Geschichtserzählung in der Geschichtsmethodik in der SBZ und DDR. Ihr Anliegen ist es festzustellen, ob von einem marxistisch-leninistischen Typ der Geschichtserzählung gesprochen werden könne und welche Merkmale dieser Typ ggf. aufweist. Die Arbeit stützt sich auf Quellen im Bundesarchiv (Abteilungen Potsdam), in den Landeshauptarchiven Mecklenburgs und Brandenburgs, den Universitätsarchiven Rostock und Greifswald sowie dem

Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung in Berlin, enthält aber auch Exkurse wie den zur Geschichtserzählung im Rahmen der Methodendiskussion in den Zeitschriften *pädagogik*, *die neue schule* und *Geschichte in der Schule*.

Schiller, Dieter: *Der abwesende Lehrer. Georg Lukacs und die Anfänge marxistischer Literaturkritik und Germanistik in der SBZ und frühen DDR* (Pankower Vorträge H. 9). Hrsg. von Helle Panke e.V. Berlin 1998. 26 S. DM 5,-.

Georg Lukacs beeinflusste die marxistische Literaturbetrachtung zwischen 1948 und 1955 sehr stark. Der Autor versucht eine Interpretation des Widerspruchs zwischen glaubhaften Erinnerungen an die prägende Kraft und Wirkung von Lukacs und der nur schwer auffindbaren oder einfach fehlenden Rezeption in den Publikationsorganen innerhalb des kulturellen und akademischen Feldes der DDR.

Förster, Günter: *Bibliographie der Diplomarbeiten und Abschlußarbeiten an der Hochschule des MfS* (Reihe A Dokumente Bd. 1/1998). Hrsg. vom Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Abteilung Bildung und Forschung. Berlin 1998. 578 S. DM 20,-. Bezug bei: Der Bundesbeauftragte, Abt. Bildung und Forschung, PF 218, 10106 Berlin.

Mit dieser Bibliographie von 4.537 Diplomarbeiten und Abschlußarbeiten im postgradualen Studium, die an der Juristischen Hochschule Potsdam des MfS (JHS) und von MfS-Angehörigen an zivilen Universitäten und Hochschulen verfaßt wurden, soll dieser Quellenbestand für die Forschung erschlossen werden. Damit werden Texte zugänglich, in denen die Absolventen ihre geheimdienstlichen bzw. geheimpolizeilichen Erfahrungen verarbeiteten und zugleich Vorschläge für die operative Praxis unterbreiteten. Das wissenschaftliche bzw. „wissenschaftliche“ und ideologische Gerüst, in das diese Schilderungen eingebettet sind, wurde während des Studiums an der JHS erworben. Deshalb werden einleitend die verschiedenen Studiengänge, deren Abschluß die Diplomarbeiten bildeten, skizziert.

Cloer, Ernst: *Theoretische Pädagogik in der DDR. Eine Bilanzierung von außen* (Bibliothek für Bildungsforschung Bd. 7). Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1998. 307 S. DM 68,-. Im Buchhandel.

In diesem Band sind elf Studien des Autors aus einem 25jährigen Forschungszusammenhang vereinigt. Er soll Einblick in die Entwicklung eines Forschungsinteresses und die allmähliche Entwicklung einer Methodologie geben. Ausgehend von der Bilanzierung der erziehungswissenschaftlichen Debatten über „Pädagogik in der DDR“ in den 90er Jahren und methodologischen Überlegungen zur Rekonstruktion der Wissenschaftsgeschichte der Pädagogik werden unter anderem vier vor 1989 entstandene Studien dokumentiert. Sie seien Vertreter des Paradigmenwechsels von einer system-immanenten zu einer zunehmend pädagogisch-theoriegeleiteten Methodologie einer vergleichenden Bildungsforschung. Desweiteren sind acht Studien zur universitären Pädagogik und ihrer Teildisziplinen in der SBZ und DDR abgedruckt. In gesonderten Kapiteln werden die lokale pädagogische Wissenschaftskultur der Universität Halle-Wittenberg sowie ab-

schließend die Bildungspolitik und das Bildungssystem in der SBZ und DDR erörtert.

Benner, Dietrich/Sladek, Horst: *Vergessene Theoriekontroversen in der Pädagogik der SBZ und DDR 1946-1961. Studienausgabe* (Bibliothek für Bildungsforschung Bd. 10). Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1998. 197 S. DM 27,-. Im Buchhandel.

Die in diesem Band veröffentlichten Studien stehen in einem engen Zusammenhang mit zwei DFG-Projekten: einerseits über die in der SBZ und DDR geführte Diskussion zu Allgemeinbildung und Schulstruktur und andererseits über bildungstheoretische Argumentationsmuster, die in der systematischen Pädagogik sowie in den Lehrplänen und Fachmethodiken der SBZ und DDR zur Rechtfertigung bzw. Kritik allgemeiner und spezieller Bildungsziele verwendet wurden. Die vergessenen Kontroversen in der Pädagogik der SBZ und DDR, auf welche mit dieser Publikation aufmerksam gemacht werden soll, beziehen sich auf mehrere Felder und Gebiete der erziehungswissenschaftlichen Theoriediskussion. Sie dokumentieren unterschiedliche Auslegungen der Annahmen des 1946 erlassenen Gesetzes zur Demokratisierung der deutschen Schule hinsichtlich dessen Annahmen zum Verhältnis von Begabung und Bestimmung, analysieren einen bildungstheoretischen und bildungspolitischen Streit, der der Verabschiedung des Erziehungsprogramms 1947 vorausging, führen in eine Diskussion ein, die in den 50er Jahren über Fragen einer antinomischen oder harmonischen Menschenbildung geführt wurde, und berichten über eine Debatte, die sich 1946-1961 Grundfragen einer empirisch-experimentellen Ausrichtung der erziehungswissenschaftlichen Forschung widmete. Der Band sucht einem Vergessen entgegenzuwirken: „Diejenigen, die heute von der theoretischen und praktischen Pädagogik der SBZ und DDR das Bild einer Pädagogik zeichnen, die die Pädagogik einer zweiten deutschen Diktatur und nichts als diese gewesen sei, leisten solchem Vergessen überall da Vorschub, wo sie den bisherigen Formen ideologischer Geschichtsschreibung eine neue, vom Ende der DDR her argumentierende Version hinzufügen.“ (Benner/Sladek)

Benner, Dietrich/Sladek, Horst: *Vergessene Theoriekontroversen in der Pädagogik der SBZ und DDR 1946-1961. Monographie mit Quellenangaben* (Bibliothek für Bildungsforschung Bd. 11). Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1998. 368 S. DM 87,-. Im Buchhandel.

Der Band ist in seinem analytischen Teil identisch mit dem voranstehend genannten Buch. Zusätzlich enthält er einen umfangreichen Dokumentenanhang und ein Interview mit Hans Herbert Becker, geführt am 19.9.1995.

John, Bernd: *Ideologie und Pädagogik. Zur Geschichte der vergleichenden Pädagogik in der DDR* (Studien und Dokumentationen zur vergleichenden Bildungsforschung Bd. 78). Böhlau Verlag, Köln/Weimar/Wien 1997. 326 S. DM 62,-. Im Buchhandel.

Auf der Grundlage der Auswertung bislang nicht erschlossener Akten und anderer unveröffentlichter Materialien wird eine disziplingeschichtliche Darstellung geliefert. Der Analyse, die veröffentlichte Quellen interpretiert, ist eine umfangreiche Dokumentation beigelegt. Bei all dem wird die Geschichte der Vergleichenden Pädagogik in der DDR als Exempletum des Verhältnisses von Pädagogik

und Ideologie in der DDR mit einem sozialhistorischen Ansatz untersucht.

Ichenhäuser, Ernst Zenno: *Wenn möglich – ehrlich. Lebensbericht von einem, der auszog, Revolution zu machen.* edition ost, Berlin 1998. 300 S. DM 24,80. Im Buchhandel.

Ichenhäuser war Erziehungswissenschaftler an der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR.

Pehnke, Andreas: *Sächsische Reformpädagogik. Traditionen und Perspektiven.* Militzke Verlag, Leipzig 1998. 300 S. DM 48,-. Im Buchhandel.

Neben Thüringen verfügt auch Sachsen über reichhaltige reformpädagogische Traditionen. Die Reformpädagogik der früheren sächsischen Lehrervereinsbewegung im Wilhelminischen Deutschland oder in der Weimarer Republik war emanzipatorischen gesellschaftlichen Kräften verbunden und stets in Kooperation mit einer sorgfältig konzipierten wissenschaftlichen Begleitung umgesetzt worden. Im hiesigen Kontext ist insbesondere auf die Kapitel „Für Frieden, Völkerverständnis und Reformpädagogik. Waldus Nestler (1887 bis 1954): In Diktaturen gemaßregelt – in Demokratien vergessen und wiederentdeckt“ und „Leipziger Reformpädagogikforschung im letzten DDR-Jahrzehnt und ausgewählte Diskussionsangebote für die Reformpädagogik-Rezeption im vereinten Deutschland“ hinzuweisen. Abschließend steht die gegenwärtig verwirklichte sächsische Reformpädagogik im Mittelpunkt.

Krause, Günter: *Wirtschaftstheorie in der DDR.* Metropolis Verlag, Marburg 1998. 339 S. DM 58,-. Im Buchhandel.

Der Autor untersucht die Rolle der Wirtschaftswissenschaft in der DDR, insbesondere ihren Stellenwert in der zentralistischen Planwirtschaft und der Gesellschaft der DDR. Im Mittelpunkt stehen Fragen nach relevanten Zäsuren und Diskursen in der Geschichte der Ökonomie. Dabei spürt der Autor Erkenntnisse und Blockaden, Leistungen und Defizite der DDR-Wirtschaftstheorie auf und beschäftigt sich mit den Fragen, unter welchen historischen Voraussetzungen die Wirtschaftstheorie in Ostdeutschland entstand, unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen DDR-Ökonomen ihre Konzepte entwickelten, und wie sich das Spannungsverhältnis von Systemgebundenheit bzw. Monopol des Offizialmarxismus einerseits sowie Erkenntnisfähigkeit bzw. wissenschaftsimmanenten Kriterien verpflichtete Forschung andererseits gestaltete.

Hoffmann, Dieter/Macrakis, Kristie (Hg.): *Naturwissenschaft und Technik in der DDR.* Akademie Verlag, Berlin 1998. 410 S. DM 78,-. Im Buchhandel.

Dieser Band - das Resultat eines deutsch-amerikanischen Kooperationsprojektes der A. v. Humboldt-Stiftung - gibt einen schlaglichtartigen Überblick zur Entwicklung von (Natur-)Wissenschaft und Technik in der DDR, über deren Einordnung in das politische System, die Wechselwirkung zwischen SED, Staat und Wissenschaft. Zugleich werden Bezüge zu anderen Ländern des Ostblocks hergestellt und Kontinuitäten bzw. Diskontinuitäten zur nationalsozialistischen Herrschaft herausgearbeitet. Aus dem Inhalt: Wissenschafts- und Technologiepolitik in der DDR (Eckart Förtsch); Reformpaket der sechziger Jahre (Hubert Laitko);

Spionage und Technologietransfer in der DDR (K. Macrakis); Hochschulpolitik im östlichen Mitteleuropa 1945-1955 (John Conelly); Schatten des Nationalsozialismus: Nachwirkungen auf die DDR-Wissenschaft (Reinhard Siegmund-Schultze); Wandel des Akademiegedankens zwischen 1945 und 1968 (Peter Nötzoldt); Leopoldina und Machtdreieck in Ostdeutschland (K. Macrakis); Ingenieure in der Ulbricht-Ära (Dolores L. Augustine); DDR-Flugzeugbau in den fünfziger Jahren (Burghard Ciesla); Genetische und biomedizinische Forschung (Rainer Hohlfeld); Biologie in der DDR (Ekkehard Höxtermann); Computerindustrie und Informatik (Friedrich Naumann); Chemie und chemische Industrie (Raymond G. Stokes); Kernforschung und Kerntechnik (Burghard Weiss); der Physikochemiker Robert Havemann (Dieter Hoffmann); Kurt Gottschaldt und die psychologische Forschung (Mitchell Ash); der Physiker Friedrich Möglich (Dieter Hoffmann/Mark Walker). Abschließend eine Auswahlbibliographie zur Geschichte von Mathematik, Naturwissenschaften und Technik sowie zur Wissenschafts- und Hochschulpolitik der DDR, zusammengestellt von Thomas Stange.

Hoffmann, Horst: *Die Deutschen im Weltraum. Zur Geschichte der Kosmosforschung in der DDR.* edition ost, Berlin 1998. 544 S. DM 29,80. Im Buchhandel.

Der Band bietet einen detaillierten Überblick über die raumfahrtbezogene Forschung in der DDR einschließlich ihrer Vor- und Nachgeschichte. Daneben Zeitzeugenbeiträge von Manfred von Ardenne („Die Menschheit braucht Visionen“), Arno Fellenberg („Verwirklichte Träume“), Peter Glöde („Polarbären nutzen Sputniks“), Claus Grote („Zwischen Geheimniskrämerei und Weltniveau“), Karl Hecht („Beschaffen Sie mir eine russische Rakete...“), Bernd Henze („Vieles war dennoch möglich“), Gerhard Kowalski („Wie ich Raumfahrt-Journalist wurde“), Tassilo Römisch („Mittweida - eine Brücke ins All“), Hans-Dieter Naumann („Ionentriebwerk 'made in Ilmenau'“), Peter Stache („Detektivarbeit und Stasiverdacht“).

Wissenschaftlich-technische Gesellschaft Adlershof WITEGA (Hg.): *Zur Geschichte physikalischer, technischer und mathematischer Institute der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin in Berlin-Adlershof bis zum Ende der 1960er Jahre* (Wissenschaftshistorische Adlershofer Splitter Bd. 4). Berlin 1998. 210 S. DM 20,-. Bezug bei: WITEGA e.V., Rudower Chaussee 5, Gebäude 4.1, 12489 Berlin.

Der Band enthält Dokumente, Biographien, Fotos, Übersichten und weitere Materialien zur Geschichte insbesondere folgender Forschungsstätten von Anfang der 50er bis Ende der 60er Jahre: Institut für Optik und Spektroskopie, Institut für Kristallphysik, Institut für Gerätebau, Institut für spezielle Probleme der theoretischen Physik und Institut für reine Mathematik.

Pätzold, Horst/Meinl, Gerhard: *Die Forschungsinstitute Dummerstorf und Gross Lüsewitz 1945 bis 1991. Zeitzeugen berichten.* Hrsg. von Verband ehemaliger Rostocker Studenten VERS. Rostock 1998. 158 S. DM 10,-. Bezug bei: Wolfgang Baudisch, Peter-Lorenz-Weg 3, 18055 Rostock.

Die Studie stellt einen Vergleich zweier Institute der früheren DDR-Akademie der Landwirtschaftswissenschaften in der Nähe von Rostock dar. Diese Institute

widmeten sich - wie bei Akademieeinrichtungen üblich - ausschließlich der Forschung. Neben den Arbeitsbedingungen der Wissenschaftler und politischen Strukturen erörtern die Autoren die Lebensbedingungen von Wissenschaftlern der Tier- und Pflanzenproduktion der DDR.

Klemm, Volker: *Von der Königlichen Akademie des Landbaus in Möglin zur Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin*. Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin 1998. 212 S. DM 29,80. Im Buchhandel.

Das Buch veranschaulicht in Wort und Bild die 200jährige Geschichte der heutigen Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät. Die Kapitel „Wiederaufbau nach 1945 - die gesplante Fakultät (1945 bis 1990)“ und „Die Fusion - Wiedervereinigung der Fakultät (1990 bis 1997)“ gehen auf die jüngste Geschichte und die gegenwärtigen Probleme der Fakultät ein. Im Anhang befindet sich ein umfangreiches Verzeichnis mit Kurzbiographien von Personen, die zu dieser Einrichtung und ihren Vorläufern eine direkte Beziehung in Forschung und Lehre besaßen.

Flierl, Bruno: *Gebaute DDR. Über Stadtplaner, Architekten und die Macht. Kritische Reflexionen 1990-1997* (Reihe Architektur und Stadt). Verlag für Bauwesen, Berlin 1998. 224 S. DM 49,80. Im Buchhandel.

Der Band dokumentiert das jüngste Schaffen eines der bedeutendsten Architekturtheoretiker der DDR. Gegenstand der Texte sind zum einen die gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen Stadtplaner und Architekten arbeiteten, wie auch deren individuelle Verhaltensweisen, zum anderen die realen Prozesse, in denen gebaute Umwelt und entstand: Städte und Stadtzentren, Straßen, Plätze und Gebäude, aber ebenso Kunst im Raum der Stadt - konzentriert auf Berlin. Hinzuweisen ist unter wissenschaftsgeschichtlichem Aspekt insbesondere auf die Abschnitte „Architektur im Denken von Lothar Kühne. Zur räumlichen Dimension des Gesellschaftlichen“ und „Hans Schmidt in der DDR. Reflexionen eines Mitarbeiters“.

Schoenemann, Julius: *Der große Schritt. Die dritte Hochschulreform in der DDR und ihre Folgen dargestellt an einem Beispiel aus der Medizinischen Fakultät der Universität Rostock 1969-1972*. Unter Mitarbeit von Angelika Seifert. Hrsg. von Verband ehemaliger Rostocker Studenten VERS. Rostock o.J. [1998]. 139 S. Bezug bei: VERS, c/o Dr. Wolfgang Baudisch, Peter-Lurenz-Weg 3, 18055 Rostock.

Der Autor beschreibt anhand eines persönlichen Schicksals die dritte Hochschulreform in der DDR und ihre Folgen. Mittelpunkt der geschilderten Ereignisse ist die Medizinische Fakultät der Universität Rostock in der Zeit vom Prager Frühling bis zur Flucht des Betroffenen aus der DDR 1972.

Bühler, Gero: *Medizinstudium und Studienreform in der SBZ und in der DDR (1945-1990)* (Wissenschaft Bd. 41). Mabuse-Verlag, Frankfurt/Main 1999. 327 S. DM 48,-. Im Buchhandel.

Wie in der Bundesrepublik waren auch in der DDR Reformen des Medizinstudiums gleichzeitig gewünscht und umstritten. Anhand der Auswertung vielfältiger Quellen werden zusammenhängend für den Zeitraum 1945-1990 alle in der Sow-

jetischen Besatzungszone bzw. DDR geltenden Studienpläne und -regelungen, die sich auf das Medizinstudium auswirkten, im Überblick dargestellt. Die Arbeit will zeigen, welche Beweggründe auf ministerialer Ebene und im Wissenschaftlichen Beirat Medizin diskutiert wurden und schließlich zu Veränderungen führten. Der Autor gliedert seine Darstellung in die Phasen 1945-49, 1950-61, 1962-67, 1968-72, 1973-81, 1982-86, 1987-89 sowie 1989-90. Innerhalb dieser Phasen bereitet er das Material nach einem vergleichbaren Raster auf. Neue Inhalte seien in das DDR-Medizinstudium infolge wissenschaftlicher Entwicklungen, aus politischen Gründen und aufgrund von Anforderungen des Gesundheitswesens gekommen. In der Vorklinik habe ein Gleichgewicht passiver und aktiver Lernformen erreicht werden können, in der klinischen Ausbildung seien dagegen passive Lernformen dominant geblieben. Im ganzen habe die tradierte Ausgestaltung des Studiums nie überwunden werden können, wobei „die Positionen der Ordinarien eine Rolle“ gespielt hätten. Curriculare Mängel seien denen in der Bundesrepublik sehr ähnlich gewesen. Daher lasse sich sagen, daß „die ärztliche Ausbildung in der DDR nicht schlechter oder besser war als die bestehende in der BRD“. Im Anhang sind zahlreiche Quellen veröffentlicht.

Mielke, Ulrich/Kramer, Klaus: *Der Operative Vorgang „Labor“*. Die Medizinische Akademie Magdeburg und das Ministerium für Staatssicherheit. Maßnahmen des Ministeriums für Staatssicherheit gegen Studenten der Humanmedizin 1957/58 an der Medizinischen Akademie Magdeburg (Forschungsheft 1/1997). Hrsg. von Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt, Magdeburg 1997. 18 S. + Anhang. DM 15,-. Bezug bei: Historisches Dokumentationszentrum des Bürgerkomitees Sachsen-Anhalt e.V., PF 30, 39028 Magdeburg. Die Autoren waren selber viele Jahre an der Medizinischen Akademie Magdeburg tätig. Ziel dieses Forschungsvorhabens zur Tätigkeit des Ministerium für Staatssicherheit in der Medizinischen Akademie im Zeitraum 1954 bis 1989 ist es, Ziele, Zielgruppen und Maßnahmen des MfS innerhalb der Akademie zu ergründen sowie die dafür geschaffenen Organisationsstrukturen offenzulegen. Im weiteren Verlauf wird die Zielerreichung und eventuelle Verweigerung bzw. widerständiges Verhalten Einzelner diskutiert.

Mielke, Ulrich/Kramer, Klaus: *Der Vorgang Prof. Dr. med. habil. Linke. Die Medizinische Akademie Magdeburg und das Ministerium für Staatssicherheit. Enthüllungen über inoffiziell für das MfS tätige Leitungskader der MAM* (Forschungsheft 2/1997). Hrsg. von Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt, Magdeburg 1997. 46 S. + Anhang. DM 12,-. Bezug bei: Historisches Dokumentationszentrum des Bürgerkomitees Sachsen-Anhalt e.V., PF 30, 39028 Magdeburg.

Linke war von 1965 bis 1973 ordentlicher Professor für Innere Medizin an der Medizinischen Akademie Magdeburg. Aufgrund eines Vortrages „Therapiestandards und ärztliche Entscheidung“ auf dem Jahreskongreß der Akademie für Ärztliche Fortbildung der DDR 1971 in Dresden wird er der Befürwortung von Euthanasie und bürgerlicher Ideologien beschuldigt. Von einer Dienstreise 1972 in Wien kehrt Linke nicht wieder in die DDR zurück. Die Dokumentation will anhand von Dokumenten den Ablauf der Geschehnisse vom Beginn der Vorwürfe über ein „Strafkolloquium“ bis zur nachträglichen Abberufung vom Lehrstuhl für

Innere Medizin 1973 verdeutlichen.

Mielke, Ulrich/Kramer, Klaus: *Der Operative Vorgang „Versuch“*. Die Medizinische Akademie Magdeburg und das Ministerium für Staatssicherheit. *Untersuchung eines „Störfalles“ bei einem Forschungsvorhaben für chemische Kriegsführung* (Forschungsheft 3/1997). Hrsg. von Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt, Magdeburg 1997. 166 S. DM 12,-. Bezug bei: Historisches Dokumentationszentrum des Bürgerkomitees Sachsen-Anhalt e.V., PF 30, 39028 Magdeburg.

Neben einer Darstellung des Vorgangs „Versuch“ des MfS an der MAM beinhaltet dieser Band Auszüge aus den MfS-Unterlagen dieses Operativen Vorgangs sowie Angaben zu beteiligten Personen.

Mielke, Ulrich/Kramer, Klaus: *Die FIM-Systeme der Medizinischen Akademie Magdeburg. Die Medizinische Akademie Magdeburg und das Ministerium für Staatssicherheit. Übersicht über die derzeitigen Kenntnisse von Führungsinformatoren (FIM) im Beobachtungsobjekt Medizinische Akademie Magdeburg und den in dieses Netz einbezogenen IM's* (Forschungsheft 4/1998). Hrsg. von Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt, Magdeburg 1998. 2 Bde. 1.366 S. DM 30,-. Bezug bei: Historisches Dokumentationszentrum des Bürgerkomitees Sachsen-Anhalt e.V., PF 30, 39028 Magdeburg.

Die Schaffung des Geheimen Hauptinformators ging auf den Aufstand vom 17. Juni 1953 zurück. Nach den Recherchen der Autoren sollen von 1954 bis 1989 14 Geheime Hauptinformatoren bzw. Führungs-IM für die MAM zuständig gewesen sein. Das zweibändige Forschungsheft gibt eine Übersicht über die zum Zeit des Erscheinens bestehenden Kenntnisse von Führungsinformatoren in der MAM und den kooperierenden Inoffiziellen Mitarbeitern. Der größte Teil der Dokumentation sind faksimilierte MfS-Akten.

Maaz, Hans-Joachim/Hennig, Heinz/Fikentscher, Erdmuthe (Hg.): *Analytische Psychotherapie im multimodalen Ansatz. Zur Entwicklung der Psychoanalyse in Ostdeutschland* (Sammlung von Beiträgen zur analytischen Psychotherapie und Tiefenpsychologie Bd. 1). Pabst Science Publisher, Lengerich 1997. 148 S. DM 30,-. Im Buchhandel.

Analytische Psychotherapie entwickelte sich unter den relativen Isolationsbedingungen in der DDR eher pragmatisch und praxisbezogen. Beziehungs- und handlungsorientierte Ansätze bestimmten im wesentlichen die theoretischen Überlegungen, das Interventionsgeschehen und die Ausbildungskonzeptionen. Im Gegensatz zur Beurteilung sozialer Entwicklungstendenzen oder Konflikte spielte im therapeutischen Raum psychoanalytisches Gedankengut eine wesentliche Rolle; zumindest hätten sich einige tiefenpsychologische Ansätze neben durchaus üblichen psychodynamischen Überlegungen erstaunlich entwickeln können. Hieraus entstand schließlich in den 90er Jahren ein multimodaler Ansatz von analytischer Psychotherapie und im weiteren Sinn auch psychoanalytischen Denkens. Die in diesem Buch enthaltenen Arbeiten stützen sich auf Referate, die auf einem Symposium der Deutschen Gesellschaft für Analytische Psychotherapie im April 1996 gehalten wurden. Von besonderem Interesse ist der Beitrag von Hans-

Joachim Maaz „Entwicklungslinien zur Psychoanalyse in der DDR und nach der Wende 1989 in den neuen Bundesländern“.

Süß, Sonja: *Politisch mißbraucht? Psychiatrie und Staatssicherheit in der DDR* (Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes Bd. 14). Ch. Links Verlag, Berlin 1998. 776 S. DM 58,-. Im Buchhandel.

Sonja Süß hat in jahrelanger Kleinarbeit Hunderte Akten des MfS ausgewertet und kommt in ihrer Monographie zu folgenden Ergebnissen: Tatsächlich hat ein Teil der Ärzte, die als inoffizielle Mitarbeiter des MfS tätig waren, Patientengeheimnisse verraten. Auch wurden psychisch Kranke anlässlich von Staatsfeiertagen als potentielle Störer vorübergehend in psychiatrische Krankenhäuser eingewiesen. Anders jedoch als in der Sowjetunion oder Rumänien wurde die Psychiatrie in der DDR nicht bzw. nur in Ausnahmefällen als staatssicherheitsdienstliches Instrument zur Verfolgung politischer Gegner mißbraucht. Süß macht das Geschehen im psychiatrischen Fachgebiet durch eine Schilderung des zeitgeschichtlichen Kontextes in bezug auf das gesamte Gesundheitswesen der DDR verständlich. Zudem zeichnet sie das Zusammenspiel von KGB und MfS im Weltverband der Psychiatrie nach.

Ingenieurkammer Sachsen: *Ingenieurleistungen in Sachsen*. Hrsg. in Verb. mit dem Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit. o.O. [Chemnitz] 1998. 123 S. Bezug bei: Ingenieurkammer Sachsen, An der Markthalle 4, PSF 437, 09004 Chemnitz.

Der aufwendig ausgestattete Band stellt wesentliche ingenieurtechnische Leistungen vor, die in Sachsen vollbracht wurden. Er spannt den Bogen von den Anfängen sächsischen Ingenieurwesens über die Zeit der Industrialisierung, die DDR bis hin zu „Bauen nach 1990“.

Wiemers, Gerald/Blecher, Jens: *Studentischer Widerstand an der Universität Leipzig 1945-1955*. Hrsg. von der Universität Leipzig und der Vereinigung von Förderern und Freunden der Universität Leipzig. Sax-Verlag, Beucha 1998. 144 S. DM 14,80. Im Buchhandel.

Der Band entstand im Gefolge einer gleichnamigen Ausstellung an der Universität Leipzig, erarbeitet vom Universitätsarchiv. Ein Einleitungsbeitrag befaßt sich mit der „politischen Situation unter den Studierenden der Universität Leipzig 1945 bis 1955. Von der politischen Auseinandersetzung zur Kriminalisierung politischer Aktivitäten“. Den Hauptteil bildet eine reich illustrierte „Dokumentation ‘Studentischer Widerstand an der Universität Leipzig 1945 bis 1955’. Jugend zwischen Aufbruch und Ernüchterung“. Hier werden auch, neben einer Namensliste verhafteter Studenten, die sog. Belter-Gruppe und weitere zentrale studentische Akteure dieser Zeit (Werner Ihmels, Wolfgang Natonek, Heinz Eisfeld, Gerhard Rybka, Axel Schroeder) anhand ihrer persönlichen und politischen Biographien vorgestellt. Mit Personenregister.

2. Ostdeutsche Wissenschaftsentwicklung & -politik seit 1990

Ehse, Christiane: *Die Reproduktion des Vertrauten. Aufbau und Entwicklung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in den östlichen Landesverbänden*. Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 1998. 250 S. DM 49,-. Im Buchhandel.

Die Autorin sucht in ihrer auf Quellenstudium und Gruppen- sowie Einzelinterviews basierenden Dissertation zu analysieren, inwieweit der Ruf der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), sensibel auf Entwicklungen in der Wendezeit zu reagieren, gerechtfertigt war. Die Entwicklungen der DDR-Gewerkschaften Unterrichtung und Erziehung (GUE) sowie Wissenschaft (GW) werden dabei implizit mitbehandelt. Die spezifisch abweichende Situation in Berlin vernachlässigend, werden widerstreitende Tendenzen im Streben hin zu einer gesamtdeutschen GEW dokumentiert und die seinerzeitige Selbstdarstellung der GEW hinterfragt.

Bramke, Werner (Hg.): *Mitbestimmung an Hochschulen. Alternativer Hochschultag (4. Juli 1998)* (Texte zur Hochschulpolitik Bd. 3). Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig 1998. 109 S. Bezug bei: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Sternwartenstr. 31, 04103 Leipzig.

U.a. mit folgenden Beiträgen: Mitbestimmung an den Hochschulen Sachsens (Reiner Riedel); Studentische Proteste an der TU Chemnitz (Susann Werner); Studentische Mitbestimmung an DDR-Hochschulen - einige kritische Anmerkungen (Siegfried Kiel); Chancen für Mitbestimmung an den Hochschulen Sachsen-Anhalts (Christel Schimmel); Zu den Schwierigkeiten Brandenburgischer Wissenschaftspolitik (Gert-Rüdiger Wegmarshaus); Die Berliner Erprobungsklausel - demokratische Mitbestimmung zum Abschluß freigegeben? (Wolfgang Girnus); Kriterien zur Beurteilung der bevorstehenden Novellierung des Thüringer Hochschulgesetzes (Klaus Höpcke).

Jank, Dagmar (Hg.): *Die Nachlaßerschließung in Berlin und Brandenburg: Probleme und Perspektiven. Protokoll einer Tagung der Fachhochschule Potsdam am 25. Juni 1997 zum siebzigsten Geburtstag von Friedrich Beck* (Potsdamer Studien Bd. 8). Verlag für Berlin-Brandenburg, Potsdam 1998. 135 S. DM 39,-. Im Buchhandel.

Der Fachbereich Archiv-Bibliothek-Dokumentation der Fachhochschule Potsdam veranstaltete eine Tagung zur Nachlaßerschließung anlässlich des 70. Geburtstags von Friedrich Beck, dem ehemaligen Direktor des Brandenburgischen Landeshauptarchivs Potsdam. Die Publikation enthält folgende im hiesigen Kontext interessierende Artikel: „Laudatio Friedrich Beck“ (Peter-Johannes Schuler), „Ein Archiv der Künste. Möglichkeiten und Grenzen“ (Volker Kahl), „Das Erbe Wilhelm Fraengers - Probleme und Perspektiven eines Nachlaßverwalters“ (Wolfgang Hempel), „Nachlaßerschließung im Wilhelm-Fraenger-Archiv: eine Kombination aus Archiv, Museum und Forschungsstätte“ (Roswitha Ulrich), „Künstler- und Firmenarchive in der Modeabteilung des Stadtmuseums Berlin“ (Christine Waidenschlager). Es schließt sich eine Bibliographie zu Friedrich Beck an.

Schwarz, Anna/Jacobs, Jörg (Hg.): *Experiment Grenzuniversität. Soziologische Erkundungen über die deutschen und polnischen Studierenden an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder)*. Verlag Peter Lang, Frankfurt a.M. 1998. 309 S. DM 79,-. Im Buchhandel.

Rund 40 Prozent der Studierenden der Europa-Universität sind Ausländer, die ProfessorInnen stammen aus sechs Ländern. Wie lebt dieser Mikrokosmos an der deutsch-polnischen Grenze und mit dem ausdrücklichen Anspruch der Internationalität und Interdisziplinarität tatsächlich? Der Band präsentiert die Ergebnisse einer repräsentativen Befragung unter den Viadrina-Studierenden. Analysiert werden insbesondere Herkunftsprofile, Motivationsstypen, Studien- und Berufsorientierungen der deutschen und polnischen Studierenden. Reflexionen international erfahrener Hochschullehrer über die Schwierigkeiten beim Übertreten disziplinärer, institutioneller und staatlicher Grenzen runden die Skizze dieses „hochschulpolitischen Wagnisses“ ab.

Diedrich, Ulrike/Stecker, Heidi (Hg.): *Veränderungen – Identitätsfindung im Prozeß. Frauenforschung im Jahre Sieben nach der Wende* (Wissenschaftliche Reihe Bd. 96). Kleine Verlag, Bielefeld 1997. 225 S. DM 37,50. Im Buchhandel. Der Band dokumentiert eine Tagung des Leipziger Vereins „alma - Frauen in der Wissenschaft“, die im Oktober 1996 Forschungsansätze vorstellte, „die sich kritisch mit der Geschichte von Frauen in der DDR und ihrer Situation im heutigen Ostdeutschland auseinander setzen und teilweise Schwierigkeiten haben, sich in der Frauenforschung zu behaupten.“ Im Kontext dieser Bibliographie interessieren dabei insbesondere die Beiträge „Suche nach Identität. Zur ersten und letzten Tagung der DDR-Kunstwissenschaftlerinnen“ (Rita Jorek) und „West ‘beforscht’ Ost. Politische, forschungsethische und methodische Überlegungen zur Frage der Ost-West-Forschung aus feministischer Sicht“ (Monika Schröttle).

Kahlert, Heike: *Frauen- und Geschlechterforschung in Mecklenburg-Vorpommern. Eine Studie zu Forschung und Lehre an den Hochschulen von 1992 bis 1997*. Hrsg. vom Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern und von der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin 1999, 291 S. Bezug bei: Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern, Werderstr. 124, 19055 Schwerin.

In den Jahren 1997/98 führte das Interdisziplinäre Zentrum für Frauen- und Geschlechterstudien IZFG der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald ein Forschungsprojekt durch, um die Frauen- und Geschlechterforschung an den Hochschulen Mecklenburg-Vorpommerns zu dokumentieren und auszuwerten. Die Studie stellt die Ergebnisse dieses Forschungsvorhaben vor. Die dokumentierten Forschungsprojekte können zum Teil der Grundlagenforschung und zum Teil der anwendungsbezogenen Forschung zugeordnet werden. Die meisten Vorhaben erörtern Fragestellungen der Frauenforschung, einige wenige Projekte widmen sich explizit beiden Geschlechtern. Die Mehrzahl der erfaßten Forschungsprojekte ist literatur- oder geschichtswissenschaftlich orientiert.

Schrödl, Jutta/Unger, Wolfgang/Werner, Peter (Hg.): *Installation Paulinerkirche 1998*. Mit grafischen Blättern von Axel Guhlmann und Dokumentationsfotos der Installation. Martin Krämer Musikverlag, Leipzig 1998. 63 S. DM 29,80. Im Buchhandel.

1998 war in Erinnerung an die 30 Jahre zurückliegende Sprengung der Leipziger Universitätskirche am an gleicher Stelle errichteten Universitätshauptgebäude eine Stahlinstallation von Axel Guhlmann aufgebaut worden, die in stilisierter Weise die Umrisse der dreißig Jahre zuvor gesprengten Kirche nachbildete. Als zentraler Bestandteil war das 1974 angebrachte monumentale Karl-Marx-Relief in die Installation integriert.

Der Band dokumentiert die Aktion, wobei im Mittelpunkt farbige Blätter Guhlmanns stehen. Daneben eine Chronologie der Unternehmung mit einer Bildreportage vom Aufbau des Stahlgerüsts, Beiträge zur Kirche und Universitätsarchitektur von Rainer Behrens, Thomas Topfstedt und Wolfgang Unger sowie vom Paulinerverein.

Burckhardt, Arnulf: ***Dreizehn auf einen Streich. Die personelle Veränderung der Professorenschaft an der Veterinärmedizinischen Fakultät der Universität Leipzig 1990 bis 1993.*** Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig 1998. 125 S. Bezug bei: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V., Sternwartenstr. 31, 04103 Leipzig.

Ziel der Ausführungen ist es, am Beispiel der Professoren als Personalgruppe der Leipziger Veterinärmedizinischen Fakultät den angewendeten Mechanismus der Hochschulerneuerung ab 1990 bis 1993 zu untersuchen. Der Autor resümiert, daß die seines Erachtens beispiellose Vernichtung von Intelligenz an der Universität Leipzig durch die sächsische Staatsregierung jeglicher sachlichen Begründung entbehre.

ad iubilaeum (=ad rem Nr. 150). Daniela Münster Verlag, Dresden 1999. 48 S. Bezug bei: ad rem, Alträcknitz 1, 01217 Dresden.

Diese Ausgabe der Dresdner Studentenzeitung *ad rem* erscheint als Sonderdruck anlässlich ihrer 150. Ausgabe. In verschiedenen Artikeln werden die Geschichte der Zeitung, das Engagement einzelner Redakteure und die Redaktionsarbeit seit 1989 behandelt.

Hogrebe, Wolfram (Hg.): ***Philosophie in Jena. Reden anlässlich der Neugründung des Philosophischen Instituts der Friedrich-Schiller-Universität*** (Jenaer Philosophische Vorträge und Studien Bd. 1). Verlag Palm & Enke, Jena 1993. 33 S. DM 18,-.

Der Band enthält neben den Reden von Rektor Ernst Schmutzer und Odo Marquard anlässlich der Neugründung des Instituts für Philosophie folgende Beiträge: „Warum die Neugründung der Philosophie [*sic!*] erforderlich ist“ (Werner Becker) und „Der Neuanfang der Philosophie in Jena“ (Wolfgang Hogrebe).

Berteit/Grenzmann/Hansen/Marquardt/Ransch: ***Rahmenbedingungen für Innovationsnetze in den neuen Ländern und Berlin-Ost*** (Materialien zur Wissenschaftsstatistik Bd. 10). Hrsg. von SV Wissenschaftsstatistik/Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft. Verwaltungsgesellschaft für Wissenschaftspflege, Essen 1998. 80 S. DM 20,-. Bezug bei: SV Wissenschaftsstatistik, PF 164460, 45224 Essen.

Hilpert, Ulrich: ***Dokumentation und Bewertung wirtschafts- und innovationspolitischer Programme der Neuen Bundesländer*** (Arbeitsheft Nr. 3). Hrsg. von der Otto-Brenner-Stiftung. Berlin 1998. 63 S. + Anl. Bezug bei: Otto-Brenner-Stiftung, Büro Berlin, Alte Jakobstr. 149, 10969 Berlin.

Von den ostdeutschen Erwerbspersonen arbeiten 1998 nur 2,3% in Forschungs- und Entwicklungsbereichen, während es in Gesamtdeutschland 12,3% sind. In allen ostdeutschen Bundesländern incl. Gesamt-Berlin wurden 1997 3.934 Patente angemeldet, in Nordrhein-Westfalen hingegen 9.499 und in Bayern 11.132. Vor dem Hintergrund solcher Zahlen untersucht die Studie die innovationspolitischen Förderprogramme der ostdeutschen Bundesländer. Korrekturen seien erforderlich, mehr Geld

nicht unbedingt, jedoch eine konzeptionelle Neuausrichtung der Förderprogramme auf die sehr unterschiedlichen „Innovationslandschaften“. Die Studie sucht das Material zu liefern, mit dem neue Innovationsstrategien entwickelt werden könnten.

3. Wissenschaft & Hochschulen in Osteuropa²

Council of Europe: *Student Handbook. A Directory of Course and Institutions in Higher Education für 29 Countries which are Non-Members of the European Union*. Kogan Page, London 1998. £ 12.99. Im internationalen Buchhandel.

Förderprogramme und Finanzierungsinstrumente für Mittel- und Osteuropa. Hrsg. von F.A.Z.-Institut, Frankfurt/Main 1998, 640 S. DM 128,-. Bezug bei: F.A.Z.-Institut für Management-, Markt- und Medieninformationen GmbH, Postfach 20 01 63, 60605 Frankfurt/Main.

Meske, Werner/Mosonie-Fried, Judith/Etzkowitz, Henry/Nesvetailov, Genady (eds.): *Transforming Science and Technology Systems - the Endless Transition?* (Series 4: Sciences and Technology Policy, Vol. 23). IOS Press, Amsterdam/Berlin/Oxford/Tokyo/Washington 1998. 375 S. Im internationalen Buchhandel.

Der Band widmet sich der Transformation des Wissenschafts- und Technologie-sektors in Osteuropa. Von Interesse sind vor allem folgende Beiträge: „S&T in Hungary. Past, Present and Future“ (J. Imre), „Towards a New Innovation Pattern in the Czech Republic“ (K. Müller), „Institutional Transformation of the STS in Poland“ (J. Kozłowski), „The Slovenian S&T Transition“ (P. Stanovik), „Transformation of R&D Systems in the Baltic States“ (H. Martinson/I. Dagytė/J. Kristapons), „Self Organisation and Politics in Russian S&T Transformation“ (N. Gaponenko), „Towards a National STS in Ukraine“ (B. Malitsky/V. Onoprienko/L. Kavunenko), „What Can We Learn from the Slow Pace of Reform of Basic Research in Russia an Ukraine?“ (P. R. Josephon), „What is the Fate of S&T in the Republic of Moldova?“ (V. G. Kramarenko), „Structural Changes in Industrial R&D in Hungary. Losers and Winners“ (J. Mosoni-Fried), „Alternative Approaches to Industrial R&D Institutes in Hungary and Russia“ (P. Bouché), „How to Ensure a Future for Industrial R&D Institutes in Russia?“ (M. Tichonova), „The Emergence of Innovative Firms in Estonia“ (M. Paasi), „Diverg-

² ‚Osteuropa‘ steht an dieser Stelle vereinfachend für die früher sozialistischen Staaten Ostmittel-, Ost- und Südosteuropas sowie die außereuropäischen Staaten, die vormals als Sowjetrepubliken zur UdSSR gehörten. Formal werden hier – wie unter Pkt. 1. und 2. – selbständige Publikationen erfaßt, d.h. unselbständig erschienene Zeitschriften- und Sammelbandartikel finden nicht berücksichtigt. Thematisch sind Publikationen einbezogen, die sich (a) mit der Hochschul- und Wissenschaftsgeschichte osteuropäischer Staaten ab 1917 (Sowjetrußland/UdSSR) bzw. ab 1945 (alle anderen Länder), (b) mit der Hochschul- und Wissenschaftsentwicklung in Osteuropa seit 1990 sowie (c) mit den west-ost-europäischen Hochschul- und Wissenschaftsbeziehungen beschäftigen. Berücksichtigung finden Publikationen in deutscher und englischer Sprache.

ing Approaches to the Transformation of Industrial R&D Institutes. Evidence from Poland and the Czech Republic“ (C. Schneider), „Industrial R&D in Slovakia“ (S. Zajac), „Industrial R&D Reform in Romania“ (S. Sandu), „The Struggle for Survival of Industrial R&D in Bulgaria“ (K. Simeonova), „Demand-Oriented S&T Policies as an Alternative Strategy for Post-Socialist Countries“ (J. Blitzer), „Introducing the East into International Scientific Networks“ (J. Kristapsons/K. Gedina/H. Martinson), „Co-operation across Former Boundaries. The Black Sea Marine Project“ (Ü. Ünlüate), „Tools for Creating Accountability and Trust in Transnational S&T Projects“ (J. B. Litoff/J. A. Jacqua), „Transfer of S&T Policy Know-How: Experience from Slovene-German Co-operation“ (U. Bross/G. H. Walter), „Science after Communism“ (Y. M. Rabkin), „S&T and the Future of Economies in Transition. An Economic Perspective“ (W. Andreff).

Meske, Werner: *Institutional Transformation of S&T Systems in the European Economies in Transition. Comparative Analysis* (Veröffentlichungsreihe der Arbeitsgruppe Wissenschaftstransformation des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung Nr. P 98-403). Berlin 1998. 83 S. Bezug bei: WZB, Reichpietschufer 50, 10785 Berlin.

Diese Studie ist Ergebnis des EU-Projektes Targeted Socio-Economic Research TSER mit dem Titel „Restructuring and Reintegration of Science and Technology Systems in Economies in Transition“. Anliegen des Projektes war die Erarbeitung eines vergleichenden Überblicks über die Transformation der sozialistischen Wissenschafts- und Techniksysteme (WuT). Der Autor geht dabei von zwei Phasen der Umgestaltung aus: einerseits der Auflösung und Fragmentierung des WuT verbunden mit einer Reduzierung des Personals und andererseits der Umgestaltung der WuT-durchführenden Institutionen und ihrer Umgebung in Politik und Wirtschaft. Die Untersuchungsländer werden in drei Stufen eingeteilt: fortgeschrittene Länder, die gegenwärtig schon höhere Phasen der Transformation durchlaufen; Länder mit institutionellen Veränderungen in Form neuer Gremien, Gesetze und wettbewerblicher Finanzierung der Forschung und Entwicklung; Länder mit fehlenden stabilen wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für WuT. Es werden typische Probleme und deren Folgen auf die WuT erörtert.

Leitner, Erich (ed.): *Educational Research and Higher Education Reform in Eastern and Central Europe* (Beiträge zur vergleichenden Bildungsforschung Bd. 6). Verlag Peter Lang, Frankfurt a.M. 1998. 231 S. DM 69,-. Im Buchhandel.

Folgende Beiträge sind im hiesigen Kontext von Interesse: „Higher Education in Transition“ (Erich Leitner), „Social Changes, Politics and Higher Education“ (Claudius Gellert), „Researchers and Policy Makers in Higher Education in Central Europe“ (Don Westerheijden), „Institutional Innovations in Higher Education in East and Central Europe – a Progress Report“ (Peter Darvas), „Adaption Processes at Universities: Organizational Implications of a Complex Environment“ (Barbara Sporn), „Typical Features of Education and Education Reforms in Central Europe“ (Jana Hendrichová), „Autonomy of Higher Education Institutions and Reforms – the Polish Case“ (Ireneusz Bialecki), „Educational Staff Facing a Changing University“ (Elzbieta Wnuk-Lipińska), „Changes in the Market of the

Educational Services in Poland“ (Ewa Szemborska), „New Challenges of Tertiary Education in East-Central Europe“ (Tamás Kozma), „Policy-Development and Educational Research: The Hungarian Experience“ (János Setényi), „Renewal of Higher Education in Slovenia with Special Attention to Quality“ (Sonja Kump), „The Progress of Education and Higher Education Reform in Slovakia“ (Mária Hrabinská), „Intellectual Elite and Population of Russia about Problems of Education and Personnel Training“ (Natalia Kovaleva), „Development of Higher Education Reform in the Ukraine“ (Igor Folvarochny), „Higher education in Romania. The Imperatives of Reform – New Pradigms, New Options, New Strategies“ (Ioan Neacsu) und „Higher Education Reform in Bulgaria“ (Nickolay B. Popov).

Hennessey, Mary Ann/Lampinen, Osmo/Schröder, Thomas/Sebkova, Helena/Setényi, János/Teichler, Ulrich: *Tertiary professional and vocational education in central and eastern Europe. A cross-country report*. European Training Foundation/Council of Europe. o.O. o.J. (1998). 131 S. Bezug bei: European Training Foundation, Villa Gualino, Viale Settimio Severo 65, I - 10133 Torino.

Dargestellt und untersucht werden „Programmes and institutions“ sowie „The regulatory and steering system“. Im Anhang sind Länderstudien dokumentiert: Bulgarien (Natalia Kalendarova/Milcho Petrov), Tschechische Republik (Jana Hendrichová), Estland (Reet Neudorf/Erle Enneveer/Loone Ots), Litauen (Vincentas Dienys/Birute Mockiene), Polen (Maria Wójcicka), Rumänien ((Mihaela Jigau/Roxana Mihail/Eleonora Radulescu/Catarina Olariu), Russische Föderation (Gennadij K. Shestakov/Evgenij I. Popov/Stanislav S. Ivanov/Irina E. Volkova), Ukraine (Kostyantyn Korsak/Mikail Stepko).

Mende, Klaus D./Seidel, Andreas/Spahn, Susanne/Thiem, Wolfgang (Hg.): *Reform der Lehrerbildung in der Folge der politischen und gesellschaftlichen Transformationen in Belarus, Polen, Rußland, Ungarn und den neuen Ländern Deutschlands. Materialien einer internationalen wissenschaftlichen Tagung mit Teilnehmern aus Belarus, Polen, Rußland und Ungarn vom 17.11. bis zum 20.11.1997 in Berlin-Wannsee*. Hrsg. von der Universität Potsdam/Institut für Pädagogik und der Hochschule der Künste Berlin/FB Erziehungs- und Gesellschaftswissenschaften. Potsdam 1998. 99 S. Bezug bei: Universität Potsdam, Universitätsbibliothek, Publikationsstelle, PF 601553, 14415 Potsdam.

Neben einem Resümee von Wolfgang Thiem interessieren im hiesigen Kontext insbesondere die Beiträge „Zum Problem der pädagogischen Ausbildung von Lehrern in der Republik Belarus - Konzeptionen und Realität“ (Wladimir I. Andreev), zu „Tendenzen der Entwicklung pädagogischer Bildung in der Republik Belarus“ (Wassili A. Bondar/Adam A. Grimot), „Standards der Ausbildung von Fachlehrern in Polen“ (Maria Jakowicka/Kazimierz Uzdzicki), „Berufskompetenzen der Lehrer“ (Zenon Jasinski), „Reform der Lehrerbildung in Ungarn“ (Maria Molnar), „Qualitative Aspekte der Änderungen in der Lehrerbildung in Polen“ (Magdalena Piorunek), „Zur psychologischen Ausbildung des Lehrers an der Pädagogischen Universität A. I. Herzen in St. Petersburg“ (Ludmilla Regusch), „Stereotype bei der pädagogischen Ausbildung von Lehrern in Polen -

Versuche zu ihrer Überwindung“ (Lech Salacinski), „Strukturelle und bildungspolitische Aspekte der Lehrerbildung in Polen“ (Krystyna Zielinska).

Arbeitsstelle für vergleichende Bildungsforschung AVB (Hg.): **Beiträge zur bildungspolitischen und pädagogischen Entwicklung in Mittel- und Osteuropa**. Bochum 1997. 123 S. Bezug bei: Ruhr-Universität Bochum, Arbeitsstelle für vergleichende Bildungsforschung, 44780 Bochum.

Neben einer aktuellen Situationsanalyse der Transformation mittel- und osteuropäischer Bildungssysteme bemüht sich diese Publikation um die Darstellung der gegenwärtigen Reformprozesse im Rahmen der zeitlichen Entwicklungszusammenhänge seit den Umbrüchen 1989/91. Die verschiedenen Artikel repräsentieren jeweils die Außen- und die Innenperspektive des betreffenden Landes. Schwerpunkte sind auf Polen, Tschechien und Lettland gelegt. Folgende Beiträge sind im Hochschulkontext von besonderem Interesse: „Die Entwicklung des Hochschulwesens in Polen. Chancen und Barrieren“ (Krystyna Zielinska), „Die Lehrerbildung und -weiterbildung in der Tschechischen Republik. Historische Entwicklungen und Reformtendenzen seit 1989“ (Bozena Himmel), „Zur Lehrerbildung in der Tschechischen Republik“ (Vladimíra Spilková/Vladimír Václavík), „Die quantitative Entwicklung im allgemeinbildenden Schulwesen und in der Lehrerbildung in Lettland 1918 bis 1997“ (Aldis Baumanis) sowie „Die Entwicklung der Hochschulbildung in Lettland. Gesetzgebung und ihre Realisierung“ (Ivika Laev).

Wagener, Hans-Jürgen (ed.): **Economic Thought in Communist and Post-Communist Europe** (Routledge Studies in the History of Economics vol. 18). Routledge, London/New York 1998. 424 p. £60.00. Im internationalen Buchhandel.

Mehrere Gruppen untersuchten innerhalb eines internationalen Forschungsprojekts „Wirtschaftswissenschaft und Systemwandel in Mittel- und Osteuropa“ in den Jahren 1994-96 grundlegende Phänomene und Prozesse der Wirtschaftstheorie in der Sowjetunion, der Tschechoslowakei, Polens, Ungarns, Jugoslawiens und der DDR für die Periode 1945-1995. „The guiding question was: What has been the impact of economics as a science on systemic developments in the communist and post-communist countries of Central and Eastern Europe“ (Wagener).

InformationsZentrum Sozialwissenschaften (Hg.): **Newsletter Sozialwissenschaften - Osteuropa** (H. März 1999). Berlin 1999.

Das InformationsZentrum verfolgt eine systematische Ausweitung der Berichterstattung über sozialwissenschaftliche Datenquellen in Osteuropa. Diese Ausgabe geht dabei auf Institutionen, Zeitschriften oder Datenquellen in Weißrußland, Bulgarien, Lettland, Polen, Rußland, Slowenien, Tschechien und Ungarn ein. Unter [http://www.berlin.iz-soz.de/navigation/socsci/archives/index.htm#Eastern Europe](http://www.berlin.iz-soz.de/navigation/socsci/archives/index.htm#Eastern%20Europe) wird ab sofort auch ein Internet-Clearinghouse zur Verfügung gestellt: dieses soll für alle Nutzer als zentraler Ablage- und Zugriffsort für osteuropäische sozialwissenschaftliche Internetadressen, auf die man zufällig oder bei systematischen Recherchen gestoßen ist, fungieren.

Stiftung Deutsch-Amerikanisches Akademisches Konzil DAAK (Hg.): *Symposium Halle 1997. Naturwissenschaftliche Forschung in Hochschulen, Akademien und außeruniversitären Institutionen mitteleuropäischer Länder, Deutschlands und der USA - Ansätze, Erfahrungen, Perspektiven. Scientific Research in Universities, Academies, and Extra-University Institutions of Central Eastern European Countries, Germany and the USA - Approaches, Experiences, Perspectives* (Schriftenreihe des DAAK, Symposien Bd. 6 / Publications of the GAAC, Symposia vol. 6). Bonn 1998. 376 S. Bezug bei: DAAK, Jean-Paul-Str. 9, 53173 Bonn.

Folgende Beiträge sind im hiesigen Kontext von Interesse: „The Role of the Bulgarian Academy of Sciences as a National Scientific Research Center in the Progress of the Transformation of Bulgarian Society“ (Nikola Sabotinov), „University Research and Development - The Czech Republic vs. European Union“ (Cyril Höschl), „Estonian Science in Transition - Problems and Challenges“ (Raivo Vilu), „The Role of Research Universities in Science - Personal and Statistical Observation in Hungary“ (Géza Gordos), „Scientific Research in Universities, Academies in Lithuania: Situation and Perspectives“ (Leonas Kadziulis), „Scientific Research in Poland: Taking Account of the Establishments of Higher Education, the Institutes of the Polish Academy of Sciences and the Research and Developments Units“ (Marian Truszczynski), „Science in Romania“ (Virgiliu N. Constantinescu), „The Role of Research in the Slovak Academy of Sciences under the Transitory Period in the Slovak Republic“ (Stefan Luby), „The Science System in Poland with Particular Regard to Foreign Cooperation and Special Consideration to the USA and the Federal Republic of Germany“ (Marek Kepka), „The Academy of Sciences of the Czech Republic“ (Rudolf Zahradnik) und „Social Sciences in Post-Communist States“ (David M. Olson).

Graham, Loren R.: *What Have We Learned About Science And Technology From The Russian Experience?* Stanford University Press 1998. US\$39.45 (Hardcover, ISBN 0804729859). US\$14.90 (Paperback, ISBN 0804732760). Im internationalen Buchhandel.

Deutscher Akademischer Austauschdienst DAAD (Hg.): *Kompendium. Universitäten und Hochschulen in der Russischen Föderation* (Dokumentation und Materialien Bd. 30). Bonn 1998. 905 S. DM 9,50 (für Porto und Verpackung). Bezug bei: Köllen Druck + Verlag, Ernst-Robert-Curtius-Str. 14, 53117 Bonn.

Dieses Kompendium erfaßt 448 russische Universitäten, Technische, Medizinische, Pädagogische und andere Hochschulen, skizziert Studienbedingungen und beschreibt knapp das wissenschaftliche Profil der Einrichtungen.

OECD: *Reviews of National Policies for Education: Russian Federation*. Paris 1998. 154 pp. DM 55,-. ISBN 92-64-16058-2. Bezug bei: OECD Publications, 2 rue André-Pascal, 75775 Paris, Cedex 16, France.

Education is a powerful force in building the new Russia: it can help its citizens meet the challenges of the new, emerging democratic society; develop in its labour force the talents, skills and dispositions required in the new economic and social setting; and harmonise national aims with regional concerns. The challenge to the education system in the Russian Federation is especially great because so many other social and economic systems are undergoing transition and reform simultaneously. Against the present context of fluid and uncertain conditions and significant financial constraint, school policies need to promote and support the adaptation and restructuring of curric-

ula while reinforcing evident strengths in current provision and fostering the development of new, effective partnerships at national, regional and local levels. This report describes the most recent trends in schooling and education policy in the Russian Federation, and analyses the education reform initiatives under way. While supporting the overall policy trends now under way, its recommendations draw attention to particular problems and share new perspectives as well as identify ways to consolidate the ongoing reforms. Recommendations are offered for education goals, access and opportunity for all; curriculum and assessment; teachers and teacher education; reforming vocational and technical education within a changing economy; and management, finance and the role of government.

Etkind, Alexander: *Eros des Unmöglichen. Die Geschichte der Psychoanalyse in Rußland*. Gustav Kiepenheuer Verlag, Leipzig 1996. 496 S. DM 58,-. Im Buchhandel.

An der Geschichte der Psychoanalyse in Rußland sind nicht nur Ärzte und Psychologen, sondern nach Ansicht des Autors auch dekadente Dichter, Religionsphilosophen und Berufsrevolutionäre beteiligt. Das Original des Buches wurde für die deutsche Ausgabe sowohl gekürzt wie mit Ergänzungen versehen. Die zehn Kapitel widmen sich abwechselnd - von Lou Andreas-Salomé bis William C. Bullitt - wichtigen Vertretern bzw. einzelnen Epochen in der Entwicklung der Psychoanalyse Rußlands. Im hiesigen Kontext sind insbesondere die Kapitel „Die Psychoanalyse im Land der Bolschewiki“, „Lew Trotzki und Genossen: Analyse nahe der Macht und dem Tod“, „Die pädologischen Perversionen im System“, „William C. Bullitt: Botschafter und Satan im Bulgakowschen Moskau“ und „Die Intelligenzija auf der Suche nach Widerstand“ von Interesse.

Zimmer, Harro: *Der rote Orbit. Glanz und Elend der russischen Raumfahrt*. Franckh-Kosmos, Stuttgart 1996. 159 S. DM 24,80. Im Buchhandel.

Mit dem Zusammenbruch der UdSSR öffneten sich auch Archive der Raumfahrtentwicklung in Ost und West. Die ersten Jahre der Raumfahrt erscheinen nach Ansicht des Autors jetzt in einem neuen Licht, geprägt von Pannen und Fehlschlägen. Das Buch will keinesfalls die sowjetische Raumfahrt in ihrer ganzen Breite darstellen. Vielmehr sollen zentrale Punkte neu bewertet, Lücken geschlossen und aufgezeigt werden, wie das System funktionierte bzw. versagte. Basis der Publikation bilden u.a. bisher nur teilweise veröffentlichte Gespräche mit hochrangigen Beteiligten, freigegebenes Material aus verschiedenen Quellen sowie Ergebnisse von eigenen Beobachtungen und Analysen.

Pfeiffer, Waldemar (Hg.): *Systemwandel und die polnische Wissenschaft im europäischen Kontext*. Verlag der Universität Thorn, Thorn 1998.

Dokumentation eines Symposiums des Polnischen Humboldtianer-Verbandes „Societas Humboldtiana-Polonorum“ in Krakow im Mai 1997. Schwerpunkte der Beiträge bilden Probleme, die mit den Wechselbeziehungen zwischen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft sowie der weiteren Entwicklung von Wissenschaft und Bildung in Polen innerhalb eines sich integrierenden Europas zusammenhängen.

Peteri, Gyorgy: *Academia Under State Socialism. Essays On The Political History Of Academic Life In Post-1945 Hungary And East Central Europe* (East European Monographs vol. 501). East European Quarterly 1998. US\$34.95. Im internationalen Buchhandel. ISBN 0880333987.

Ägerter, Roland: *Die schweizerische Wissenschaft und der Osten Europas. Zur Geschichte der Slavistik und Osteuropakunde* (Slavica Helvetica Bd. 57). Verlag Peter Lang, Bern 1998. 248 S. DM 71,-. Im Buchhandel.

Die wissenschaftsgeschichtliche Studie stellt die Entwicklung der schweizerischen Slavistik und Osteuropakunde von den Anfängen bis zur Gegenwart dar. Wie wurden an den einzelnen Universitäten osteuropakundliche Disziplinen institutionalisiert? Wieso wurde die Beschäftigung mit dem östlichen Europa lange Zeit vernachlässigt? Die Untersuchung geht den Motiven nach, die einzelne Gelehrte - oft gegen Vorurteile kämpfend, oft selber ideologische Scheuklappen tragend - zu einer intensiven Beschäftigung mit Osteuropa führten. Der Band zeigt, wie in den letzten Jahrzehnten die Osteuropaforschung in der Schweiz zwar nicht optimal, aber gut ausgebaut wurde. Vor dem Hintergrund des Umbruchs in Osteuropa und den Veränderungen in der schweizerischen Hochschullandschaft komme einer historischen Aufarbeitung der bisherigen Entwicklung besondere Bedeutung zu.

Wolf-Hagen Krauth/Ralf Wolz (Hg.): Wissenschaft und Wiedervereinigung. Asien- und Afrikawissenschaften im Umbruch, Akademie Verlag, Berlin 1998, 502 S. ISBN 3-05-003271-5

Ein ansehnliches Buch, gelehrt in seinen Einzelbeiträgen – und insgesamt irreführend. Seinem Titel nach könnte es von einem gesamtdeutschen Vorgang handeln. Irrtum. Gemeint sind, wie auch die Herausgeber in ihren "Einleitenden Bemerkungen" deutlich machen, nur die Asien- und Afrikawissenschaften in der ehemaligen DDR. Und was heißt hier "Umbruch"? Was aus der DDR kam, wurde weitgehend schlichtweg liquidiert ("abgewickelt"); an seine Stelle traten hauptsächlich Konzeptionen und Personal aus der alten BRD ("Verwestlichung Ostdeutschlands"). Gewiß, es blieben auch Ostdeutsche, zunächst gar nicht so wenige, doch ihre Zahl schrumpfte inzwischen auf weniger als ein Fünftel des ursprünglichen Personalbestandes, und wer blieb, hatte dies in nicht wenigen Fällen erfolgreicher Anpassung zu verdanken.

Konnten die DDR-Regionalwissenschaften als Modell einer Entwicklungswissenschaft dienen? Waltraud Schelkle fragt dies in der Überschrift ihres Beitrages. Ihre Antwort ist, das hängt mit ihrem sachlich differenzierenden Vorgehen zusammen, nicht so eindeutig wie die Fragestellung. Auf keinen Fall dürften die genannten Disziplinen im nachhinein idealisiert werden; charakteristisch für sie sei ein Theoriekonservatismus gewesen, und in der Realisation blieben sie hinter den – in der DDR selbst postulierten – konzeptionellen Möglichkeiten zurück (S. 80 f.). Hartmut Schilling, der in der Studie von Schelkle im Unterschied zu anderen Analyseversuchen eine "solide, seriöse Grundlage für die Aufnahme eines konstruktiven Diskussionsprozesses" sieht (S. 488), will das Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft tiefer erfaßt wissen. Mit den Regionalwissenschaften habe die SED nicht einfach nur ihre Ideologie durchsetzen wollen; zugleich habe man auf weltgeschichtliche Umbrüche reagiert, wozu die angestammten betont philologischen Disziplinen allein nicht in der Lage waren.

Kai Hafez hatte sich bereits in einer Monographie mit der DDR-Orientwissenschaft befaßt;¹ gemeinsam mit Gerhard Höpp fragt er hier zusätzlich nach deren Schicksal in den neuen Bundesländern. Innerhalb der gegenwartsbezogenen Orientwissenschaft sei nur wenig entstanden – zu dem Ergebnis kommen beide Autoren –, das nicht in differenzierter Form außerhalb der sozialistischen Staatenwelt bearbeitet worden wäre. Es sei zwischen der intellektuellen Folgenlosigkeit der vergangenen

¹ Kai Hafez, *Orientwissenschaft in der DDR. Zwischen Dogma und Anpassung, 1969–1989*, Hamburg 1995.

Forschung und der Sachkompetenz ostdeutscher Wissenschaftler zu unterscheiden (S. 147 f.). Hans Neumann beschäftigt sich mit der Altorientalistik in der DDR 1986 bis 1990 und ihrer inhaltlich-strukturellen Umgestaltung in den neuen Bundesländern 1990/91 bis 1995. Er registriert eine strukturelle und materielle Verstärkung und damit inhaltliche Verbreiterung disziplinärer Forschung und Lehre an den Universitäten, während der inter- und multidisziplinäre Zusammenhang altorientalistischer Forschung vornehmlich im Rahmen des Bereiches Alter Orient des Zentralinstitutes für Alte Geschichte und Archäologie der AdW zerstört wurde (S. 241 f.). Thomas Kampen stellte im wesentlichen Daten zu den Ostasienwissenschaften zusammen. Mit und nach der Wende sei die gegenwartsbezogene Ostasienforschung weitgehend abgeschafft worden, und bei Neuberufungen habe man Kandidaten mit vormodernem Schwerpunkt ausgewählt. Kerrin Gräfin Schwerin sucht die DDR-Südasiawissenschaften im Kontext internationaler Trends zu erfassen. Dietmar Rothermund würdigt eigens die Forschungen, die in der DDR zur indischen Arbeiterklasse betrieben wurden.

Ulrich van der Heyden äußert sich zu den Afrikawissenschaften und im Zusammenhang damit zu Grundfragen der Entwicklungsländerforschung. Letztere sieht er stark vom Dogmatismus durchdrungen, den er teilweise mit einer Behandlung allgemeiner Fragen gleichsetzt. Die Wende enttäuschte, ja verbitterte ihn, nicht zuletzt, weil er mit seinen Projekten im Forschungsschwerpunkt bzw. Geisteswissenschaftlichen Zentrum Moderner Orient auf Dauer keinen Platz fand. Thea Büttner hält es in einem Kommentar zu van der Heyden für vereinfacht, die Entwicklung der Afrikawissenschaften in der DDR nur unter dem Desiderat zunehmender Politisierung, wissenschaftlicher Verkrustung und Einmischung durch den Partei- und Staatsapparat zu sehen. "Es gab auch in den 70er und sogar erneut in den 80er Jahren nicht nur quantitative, sondern auch qualitative Felder der Entwicklung, einschließlich einer auch vor dem Hintergrund des Marxismus inhaltlich-substantiellen Professionalität." (S. 471)

Dem Band hätte eine Gesamtschau auf die Asien-, Afrika- und Lateinamerikawissenschaften in der DDR gut getan. Wolf-Hagen Krauth ("Die Asien- und Afrikawissenschaften in der DDR. Wissenschaftssoziologische Bemerkungen", S. 443 ff.) bietet sie leider nicht. Er sucht seinen Gegenstand vielmehr mit ideologisch vorgefertigten und abstrakten Formeln zu erfassen, was ihn mit Einzelheiten, die zu Nebensächlichkeiten werden, freizügig verfahren läßt; da taucht etwa ein "Vorsitzender der ZK der SED" auf (gemeint war offenbar der Generalsekretär), den Regionalwissenschaften spricht er eine Beschäftigung mit ihren Traditionen

ab, in einer "Multilateralen Plankommission" (gemeint ist wohl die Problemkommission "Ökonomie und Politik der Entwicklungsländer") sieht er neben anderen Wissenschaftsakademien auch die der DDR vertreten (was sie zum Ärger ihrer Mitarbeiter gerade nicht war) usw. Den Marxisten unterstellt er eine strikte Abgrenzung gegenüber Nichtmarxisten, die es so nicht gab. Nichtmarxistische Wissenschaftler, wenngleich zu wenige, übten verantwortliche Funktionen aus; Heinrich Junker etwa – seinen Namen vermißt der Rezensent in dem Buch – war nicht nur Direktor des Vorderasiatischen Instituts der Humboldt-Universität; von Hause aus Iranist, baute er die Koreanistik an dieser Universität auf und suchte Verständnis für Gegenwartsprozesse in der Dritten Welt zu wecken. Ernst Dammann läßt da in seiner jüngst erschienenen Autobiographie² der DDR-Wissenschaftsgeschichte größere Gerechtigkeit widerfahren, obwohl der offizielle Umgang mit ihm die dafür Verantwortlichen noch heute beschämen sollte; u. a. vermerkt er, daß sich, obwohl selbst eng der christlichen Mission verbunden, namhafte Marxisten energisch für seine Berufung an die Berliner Universität eingesetzt hatten.

Im übrigen geht mehr oder weniger durch alle Beiträge ein Bruch. Für die DDR-Wissenschaft machen die meisten Autoren, mitunter übertrieben vereinfachend, ein soziales bzw. politisches Interessengeflecht aus. Doch wie war es mit Wende, Evaluierung und Abwicklung? Gab es da keine sozialen und politischen Interessen? Hatten sich mit den Herrschenden nicht auch die Erwartungen an Wissenschaft und deren Personal gewandelt? Auch Autoren, die dem, was da lief, kritisch gegenüberstehen, verlassen nicht die Ebene des intellektuellen Pro und Contra – so, als habe man nur die besseren Argumente vorbringen müssen. Und wer die intellektuelle Folgenlosigkeit wissenschaftlicher Mühen in der DDR beklagt, sollte auch hier das soziale Umfeld nicht unterschlagen: Die altvertrauten Wissenschaftsverlage gingen zugrunde oder wurden von Westhäusern übernommen, Autoren erhielten schon angenommene Manuskripte zurück und ausgedruckte Bücher wurden vernichtet, Bibliotheken sondierten Ostliteratur aus (selbst Klassiker aus Ostverlagen) usw. – Einst hatten Verantwortliche angekündigt, die Evaluierung, die im Osten begann, solle sich im Westen fortsetzen. Nichts geschah bislang. Günter

² Ernst Dammann, 70 Jahre erlebte Afrikanistik. Ein Beitrag zur Wissenschaftsgeschichte (Marbuger Studien zur Afrika- und Asienkunde, Serie A: Afrika; Bd. 32), Berlin 1999.

Barthel signalisiert den Wunsch, ob sich hier Versäumtes vielleicht doch noch nachholen lasse (S. 486).

Martin Robbe (Berlin)

Rainer Land/Ralf Possekel: Fremde Welten. Die gegensätzliche Deutung der DDR durch SED-Reformer und Bürgerbewegung in den 80er Jahren (Forschungen zur DDR-Gesellschaft), Ch. Links Verlag, Berlin 1998, 310 S. DM 38,-. ISBN 3-86153-172-0.

Zum zehnten Jahrestag des '89er Herbstes erscheinen jetzt viele Bilder- und Erinnerungsbücher. Zur Erklärung der Ereignisse und der nachfolgenden Entwicklungen tragen sie kaum etwas bei, das wir nicht bereits aus anderen Bilder- und Erinnerungsbüchern wüßten. Ein Jahr vor dem zehnten Jahrestag ist aber mit dem hier anzuzeigenden Band eine historische Untersuchung erschienen, die plausible Erklärungen für eines der zentralen Probleme des DDR-Umbruchs liefert.¹

Das Problem: Diejenigen, die das Aufbrechen der verkrusteten Strukturen aktiv betrieben hatten, wurden in dem Augenblick, als „die Idee die Massen ergriff“ (Marx), völlig zu Recht von den Ereignissen überspült. Zu Recht deshalb, weil sie nicht etwa mit ihren politischen Konzepten im Meinungswettbewerb unterlegen waren, was ehrenwert gewesen wäre, sondern weil sie keine situationsbezogenen politikfähigen Konzepte hatten. Ein wesentlicher Grund dafür war, daß die vorhandenen intellektuellen und politischen Kapazitäten zwei Welten – sich gegenseitig „fremden Welten“ – angehörten und nicht zueinander fanden. Bürgerbewegte wie SED-Reformer machten 1989/90 immer wieder dieselbe Erfahrung: „Man verstand einander nicht. Man verstand einander falsch. Was die einen zu hören glaubten, meinten die anderen nicht gesagt zu haben.“ (7) Weder Teilnehmer noch Beobachter konnten einleuchtend erklären, warum eine Verständigung scheiterte, und worin das Mißverstehen bestand. Legte man die programmatischen Aussagen nebeneinander, dann habe es zwar Unterschiede gegeben, aber die schienen gering und keinesfalls unvernittelbar. Die Untersuchung identifiziert also ein kommunikations-

¹ Der Band ist gleichsam die Populärausgabe. Daneben ist für Ende 1999 ein ausführlicherer Studienband angekündigt: Land/Possekel: Konspirativer Avantgardismus und symbolhafte Verweigerung. Die politische Identität von SED-Reformern und Bürgerbewegung. Studienband, Interviews und Modell, Berliner Debatte Wissenschaftsverlag, Berlin 1999.

praktisches Problem und versucht konsequenterweise, dieses kommunikationstheoretisch zu lösen.

Bereits in früheren Veröffentlichungen hatten die Autoren in der DDR sechs „Diskursgenerationen“ identifiziert: einerseits die Diskurse der Altkommunisten, der Aufbaugeneration und den Reformdiskurs im Umfeld der SED; andererseits den Überwinterungsdiskurs, den Diskurs „Kirche im Sozialismus“ und denjenigen der politisch-alternativen Gruppen im Umfeld der Kirche (vgl. *hochschule ost* 3/1995). Diese Generationen politischer Diskurse werden als „Intellektuellendiskurse“ gekennzeichnet (11), was zumindest für die jeweils letzten Generationen zweifelsfrei zutrifft.

Die Unterscheidung der zwei mal drei Diskursgenerationen ist nun auch im vorliegenden Band der analytische Ausgangspunkt. Im weiteren erfolgt dann eine Fokussierung auf die beiden Diskurse, die im Herbst '89 potentiell gestaltungsmächtig hätten werden können (und in kleinerem Umfang ja auch wurden: der Gruppen-Diskurs aus dem kirchlichen Umfeld als Stichwortgeber für die Demonstrationen, der SED-Reformer-Diskurs bei der Umwandlung der SED zur PDS). Die Untersuchung nimmt sich vor, die „zentralen Codes“ der jeweils letzten Diskursgeneration zu analysieren: den „konspirativen Avantgardismus“ der SED-Reformer und die „symbolhafte Verweigerung“ der politisch-alternativen Gruppen.

In einer Vielzahl von Interviews forschten die Autoren familiären Prägungen und der Wirkung historischer Ereignisse im Leben der Betroffenen nach. In der Auswertung dieser (ausführlich zitierten) Interviews suchen sie nachvollziehbar zu machen, wie sich individuelle und kollektive Identitäten über ähnliche Biographien und politische Diskurse herstellten.

Sie kommen zu dem Ergebnis, daß die Gründe der bis heute anhaltenden Kommunikationsbarriere in „kollektiv gültigen und kommunikativ entstandenen Deutungs- und Handlungsmustern zu suchen“ seien. Diese entstehen über den „Austausch von Narrationen, das Erzählen von Geschichten“, die einen geschichtenübergreifenden Sinn konstituieren: den Code dieser Geschichten. Im Erzählen, Weitererzählen, Beschweigen, oder Negieren von Geschichten konstruiert die jeweilige Diskursgemeinschaft eine eigene Identität. „Den Code kennt, wer in der Diskursgemeinschaft gültige Geschichten erzählen kann. Die- oder derjenige besitzt damit einen Zugang zur jeweiligen politischen Gemeinschaft. Wer diesen Schlüssel nicht kennt, wird früher oder später beim Erzählen ungültiger Geschichten ertappt und erscheint als Eindringling oder Fälscher.“ (9) Derart können Situationen entstehen, in denen ein Kommuni-

kationsvorgang scheitert, obgleich auf der rationalen Ebene gar kein unüberbrückbarer Gegensatz feststellbar ist.

Ein Beispiel: „Ungültig wären“ in der Kommunikation der symbolhaft Verweigernden „Geschichten, in denen das Engagement in einer Partei Erfolg brachte oder in denen man Anpassung übte, ohne dadurch Schaden zu nehmen. Udenkbar wäre eine Geschichte, die vom Scheitern, von Maßregelung und dem Bemühen erzählt, trotzdem ‘zur Sache’ zu stehen und wieder Anschluß an die SED oder andere machttragende Institutionen der DDR-Gesellschaft zu finden. Genau dies aber war eine gültige Erzählung im Gegendiskurs der DDR-Intellektuellen, deren Eltern Ausschlüsse, ungerechte Zurücksetzungen oder gar Repressalien still erduldeten, denn in ihrem Diskurs galt der Code: ‘In der Partei muß man bleiben. Nur wer sich trotz Niederlagen und Zurücksetzungen engagiert, gehört dazu.’“ (130)

Jeder Diskurs habe den anderen nicht als das gesehen, was er ist, sondern als Negation der eigenen Codes. Dabei konnten freilich irritierende Erfahrungen entstehen, für die Land/Possekel aber auch die typische Verarbeitungstechnik entdeckt haben: „wenn man dann auf Personen von der anderen Seite trifft, auf überzeugte Kommunisten hier oder engagierte Pfarrer dort, die nicht in das Raster passen, wird das mit individuellen Ausnahmen erklärt“ (145).

Freilich waren es nicht allein Wahrnehmungsprobleme. Denn wo die SED-Reformer den Sozialismus verbessern und seine Institutionen und Strukturen dafür nutzen wollten, da manifestierte sich das Gruppenbewußtsein der kirchennahen Kreise gerade in der Verweigerung, im Bekenntnis zur Machtlosigkeit. Aus der Perspektive des „konspirativen Avantgardismus“ galt die Bürgerbewegung als „ehrenwert, aber inkompetent“. Es sei, so die Autoren, nicht die Differenz hinsichtlich der Gesellschaftsvorstellungen gewesen, die sich im übrigen anfangs kaum unterschieden; sondern „es war das gegensätzliche Politik- und Machtverständnis, das wechselseitig nicht begriffen und akzeptiert wurde“ (107).

Es ist dies eine historische Untersuchung mit eminentem Gegenwartsbezug: Die Prägungen wirken fort und liefern Erklärungen für einen Teil der heutigen politischen Debatten, Mehrheitsverhältnisse und Kooperationen wie Kooperationsverweigerungen, die zumal den Kommentatoren aus den hinzugewonnenen westdeutschen Landesteilen so rätselhaft erscheinen.

Zu klären blieben jetzt noch drei Fragen: Warum gelang es manchen in der DDR, sich parallel innerhalb beider Diskursgemeinschaften zu bewegen, d.h. gültige Geschichten mit zwei verschiedenen Codes zu erzählen? Warum gelang es manchen, ‘den Schalter umzulegen’, also aus

der einen Diskursgemeinschaft in die andere zu wechseln (was in beiden Richtungen vorkam)? Und warum gelingt beides heute, geraume Zeit nach dem Ende der DDR, augenscheinlich niemandem mehr?

Peer Pasternack (Wittenberg/Leipzig)

Clemens Zintzen (Hg.): Die deutschen Akademien der Wissenschaften. Gesamtverzeichnis ihrer Mitglieder, Union der deutschen Akademie der Wissenschaften, Mainz 1998, 198 S. DM 10,-. ISBN 3-933490-11-1.

Durch die historische Entwicklung und den föderativen Aufbau der Bundesrepublik gibt es in Deutschland keine zentrale Akademie, sondern mehrere Gelehrtengesellschaften. Wie vielen Lesern bekannt, haben sich (ich reihe nach Gründungsdaten) die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (hier kurz: AdW), die AdW in Göttingen, die Bayerische AdW, die Sächsische AdW zu Leipzig, die Heidelberger AdW, die Akademie der Wissenschaften und der Literatur Mainz sowie die Nordrhein-Westfälische AdW 1967 zur „Konferenz der Akademien der Wissenschaften“ in der Bundesrepublik Deutschland zusammengeschlossen. (Seit 1999 heißt sie „Union der Akademien der Wissenschaften“. Ihr Vorsitzender ist der Präsident der Mainzer Akademie Prof. Dr. Clemens Zintzen.) Unter diesen Bedingungen war es eine glückliche Idee, ein Gesamtverzeichnis aller Mitglieder dieser sieben Gelehrtengesellschaften zu schaffen. Seit Ende 1998 liegt es vor. Herausgeber ist Clemens Zintzen.

Auf das Vorwort folgen: „Die deutschen Akademien der Wissenschaften im Überblick“, mit einer im Inhaltsverzeichnis nicht eigens ausgewiesenen kurzen Vorstellung der einzelnen Akademien (Nennung der Präsidiums-Mitglieder und maßgeblicher MitarbeiterInnen sowie von Daten wie Postanschrift, Fon, Fax, E-mail); alphabetisches Verzeichnis sämtlicher Mitglieder aller sieben Akademien; Verzeichnis der jeweiligen Mitglieder der einzelnen Akademien; Aufschlüsselung der Mitglieder nach Wissenschaftsdisziplinen.

Das „Gesamtverzeichnis“ hat sich längst als außerordentlich nützliches Nachschlagewerk erwiesen. Zweifellos ist bald eine Neuauflage nötig; für diese möchte ich folgendes zu bedenken geben.

Im „Historischen Abriss“ ist die „Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina“ erwähnt (S. 7); es sollte kurz gesagt sein, wieso sie

nicht der Akademien-Gemeinschaft angehört. Entsprechendes gilt für die Erfurter „Akademie gemeinnütziger Wissenschaften“, die „Braunschweigische Wissenschaftliche Gesellschaft“ und die Joachim-Jungius-Gesellschaft Hamburg. Zu der Gliederung der Akademien ist als „Besonderheit“ (9) auch der Sächsischen AdW die Existenz einer Technikwissenschaftlichen Klasse (seit 1996) zu erwähnen; S. 15 ist sie aufgeführt. Bei der Nennung der Präsidiumsmitglieder der einzelnen Akademien ist angegeben, welche Fächer die Betreffenden repräsentieren; dies vermißt man S. 13 bei Smend und Gottschalk.

Im alphabetischen Mitglieder-Gesamtverzeichnis (S. 21 ff.) sind die Ordentlichen Mitglieder durch ein Sternchen gekennzeichnet. Ein Beispiel:

*Dihle, Albrecht**
Klassische Philologie
*Heidelberger AdW**
AdW in Göttingen
Nordrhein-Westfälische AdW.

Unerwähnt bleiben Mitgliedschaften in den nicht der „Union“ angehörenden deutschen Institutionen sowie in ausländischen Akademien, auch bei ausländischen Mitgliedern deutscher Akademien.

Die Auflistungen der Mitglieder der einzelnen Akademien sollten im Inhaltsverzeichnis mit Seitenzahl aufgeführt sein: Berlin-Brandenburgische AdW S. 156, Göttinger AdW 158 usw., zumal die Akademien nicht alphabetisch, sondern nach Gründungsdaten angeordnet sind, und diese hat nicht jeder Benutzer im Kopf. – Die „Liste der Fachgebiete“ wäre im Inhaltsverzeichnis hilfreicher als auf S. 178. Sie sollte dann auch mit Seitenzahlen versehen sein: Altertumswissenschaften 179 usw.

Beides kostet etwas Platz. Dieser ist zu gewinnen, indem man die jetzt freie S. 4 ebenfalls für das Inhaltsverzeichnis nutzt. Die Anmerkung zu den Abkürzungen wäre S. 3 unten oder S. 4 nach dem Inhaltsverzeichnis unterzubringen.

Die Disziplinen sind alphabetisch angeordnet. Dann sollte „Ethnologie und Volkskunde“ nicht zwischen „Theologie“ und „Wirtschaftswissenschaften“ stehen oder zu „Volkskunde und Ethnologie“ geändert werden. Vermutlich war zunächst an „Völkerkunde und Volkskunde“ gedacht, und „Völkerkunde“ ist dann ‘ausgedeutet’ worden. – Vielleicht sollten einige Rubriken kurz erläutert werden, so „Sprach- und Literaturwissenschaften“ durch „Neuere ...“ bzw. durch den Hinweis, daß die Klassischen Philologen in „Altertumswissenschaften“ zu finden sind. – Die Zuordnung zu Fächern ist immer schwierig, wie man z. B. vom

„Kürschner“-Register¹ weiß, und dies nicht nur bei interdisziplinär arbeitenden WissenschaftlerInnen. Aber daß der Althistoriker R. Günther bei „Alturtumswissenschaften“ steht, die übrigen Althistoriker bei „Geschichte“, überzeugt nicht. Die Technikwissenschaften haben in Berlin und Leipzig eigene Klassen; dann sollten sie nicht bei „Geschichte der Naturwissenschaften ...“ bzw. „Ingenieurwissenschaften ...“ subsumiert sein. Möglicherweise geht manche diskussionswürdige ‘Unterbringung’ auf Zuarbeiten der einzelnen Akademien zurück (s. S. 5).

Zwar heißt die Sächsische AdW „... zu Leipzig“, doch gelegentliches „AdW zu Göttingen“ ist zu „... in Göttingen“ zu korrigieren. – Druckversehen halten sich in Grenzen. Gordesiani ist KM der Sächsischen Akademie (55, 166). – Der S. 32 und 158 erwähnte ungarische Gelehrte heißt Borzsák; 165, 191 hat D’Hondt ein überflüssiges Komma (es ist wohl ein nach unten verrutschter Apostroph), 146 (Wenz) „Systematische“ ein nicht gerechtfertigtes h. Dem Herausgeber dieses unentbehrlichen Büchleins und seinen Helfern gebühren Anerkennung und Dank!

Jürgen Werner (Leipzig)

Martina Röbbcke: Mitbestimmung und Forschungsorganisation, Nomos-Verlag, Baden-Baden 1997. DM 98,-. ISBN 3-7890-4947-6

Fälle sogenannten wissenschaftlichen Fehlverhaltens haben in der jüngeren Vergangenheit die Diskussion um die Selbstkontrolle der Wissenschaft belebt. Noch vor dem Beginn dieses Diskussionsprozesses hat Röbbcke im Jahr 1996 ihre an der Schnittstelle von Politik- und Rechtswissenschaft angesiedelte Dissertation abgeschlossen, in der sie sich mit Verfahren auseinandersetzt, die eine größtmögliche Transparenz der Entscheidungsprozesse in Forschungseinrichtungen sichern, mögliche Risiken von Forschungsarbeiten aufdecken und kritisch zu reflektieren helfen, sowie den am Forschungsprozess beteiligten Personen die Chance geben soll, alternative Konzepte zu diskutieren und ggf. auch umzusetzen. Anders als die unter öffentlichem Druck agierende Deutsche Forschungsgemeinschaft untersucht Röbbcke, ob eine solche wissenschaftliche Selbstkontrolle durch eine Stärkung der Mitbestimmung in

¹ Zum „Kürschner“ s. J. Werner, *hochschule ost* 1/1998, 236 f. und 1-2/1999, 372f.

den außeruniversitären, staatlich finanzierten Forschungseinrichtungen realisiert werden kann. Dabei kommt sie zu dem Ergebnis, dass eine Mitbestimmung des Betriebsrates zumindest die Transparenz der Informations- und Entscheidungsprozesse verbessern kann.

Ausgehend von der Fragestellung, ob Betriebsräte an einer internen Kontrolle des Forschungsprozesses angesichts bestehender Beschränkungen durch das Betriebsverfassungsgesetz für sogenannte Tendenzbetriebe beteiligt werden können, stellt Röbbcke die Rechtslage dar und zeigt wichtige Konfliktfelder auf. Hierbei wirft sie die Frage auf, ob es sich bei außeruniversitären Forschungseinrichtungen überhaupt um Tendenzbetriebe handelt, die unmittelbar und überwiegend wissenschaftlichen Bestimmungen dienen. Ob eine Einrichtung Tendenzbetrieb in diesem Sinne ist, hängt von Aufgaben und Organisationsform ab.

Die Autorin untersucht daher im sozialwissenschaftlichen Teil der Arbeit die historische Entwicklung, Aufgabenstellung und Struktur der außeruniversitären Forschungseinrichtungen unter Berücksichtigung der Grundzüge staatlicher Forschungspolitik nach 1945 sowie die dadurch bedingte Ausdifferenzierung der Forschungseinrichtungen. Die Besonderheiten der Max-Planck-Gesellschaft, der Fraunhofer-Gesellschaft und der Großforschungseinrichtungen insbesondere hinsichtlich Größe, Aufgabenstellung, Finanzierungsmodus, Steuerungsmechanismen und Rechtsform werden aufgezeigt. Intensiv widmet sich die Autorin aber auch den Instituten und internen Gliederungen der Forschungseinrichtungen und insbesondere der Stellung der Institutsleiter, die vom Tendenzschutz als Gewährleistung ihrer Handlungsfreiheit profitieren. Wegen eines möglichen Konfliktes zwischen der Mitbestimmung in den Gremien der Forschungseinrichtungen und den Beteiligungsrechten der Personalvertretung widmet sich die Autorin dem Verlauf und den Zielen der Mitbestimmungsbewegung in den 60er Jahren und den dadurch ermöglichten Partizipationsmöglichkeiten des wissenschaftlich-technischen Mittelbaus. Am Beispiel der Großforschungseinrichtungen und der Max-Planck-Gesellschaft zeigt sie Mängel und Schwächen der Mitbestimmungsstrukturen auf. Notwendigkeiten und Bedenken gegen eine Erweiterung der Beteiligung der Mitarbeiter werden dargelegt.

Im Ergebnis der soziologischen Untersuchungen gelangt die Autorin zu Kriterien, die einen Rückschluss darauf zulassen, ob einzelnen Einrichtungen bzw. Untergliederungen Tendenzcharakter zukommt. So läßt sich nach Auffassung Röbbckes für die Fraunhofer-Gesellschaft und (technologieorientierte) Großforschungseinrichtungen ein Tendenzschutz nur schwer begründen, weshalb einer Ausweitung der Mitbestimmung der Personalvertretung nichts entgegenstehen würde. Daneben gelangt

die Autorin wegen Stellung und Tätigkeit der Institutsleiter zu der Auffassung, dass es weniger des Tendenzschutzes denn vielmehr neuer Erwägungen bedarf, wie die kollidierenden Rechte der am Erkenntnisprozess beteiligten Wissenschaftler ausgeglichen werden können. Ein Schutz der Institutsleiter, die wegen der Übernahme von Managementaufgaben nicht wissenschaftlich tätig sind, ist nicht gerechtfertigt.

Allein vor diesem Hintergrund werden nach Auffassung Röbbekes die Restriktionen des Tendenzschutzes nach dem Betriebsverfassungsgesetz überschätzt und Gestaltungsspielräume nicht genutzt. Neben einem umfassenden und anschaulichen Ein- und Überblick über die außeruniversitären Forschungseinrichtungen liefert die Autorin mit ihrem Werk – gerade anlässlich steigender Risiken im Forschungsbereich aber auch von Betrugsfällen – Überlegungen, die Gefahren des Erkenntnisprozesses jedenfalls begrenzen und neue Forschungsfelder erschließen könnten. Es bleibt zu hoffen, dass die Überlegungen Röbbekes Berücksichtigung bei der internen Strukturierung der Forschungseinrichtungen finden und die Personalvertretungen in ihrer Arbeit bestärken.

Thomas Neie (Berlin/Leipzig)

Autorinnen & Autoren

Elisabeth Bemer, Dr. phil., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Germanistik/Bereich Sprachgeschichte der Universität Potsdam.

Sabine Besenfelder, ist Doktorandin am Ludwig-Uhland-Institut für Empirische Kulturwissenschaft der Universität Tübingen.

Werner Bramke, Prof. Dr. phil., ist Professor für Neuere und Neueste Geschichte am Historischen Seminar der Universität Leipzig, Mitglied des sächsischen Landtages und dort Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft und Hochschule, Kultur und Medien.

Falk Bretschneider studierte Geschichte in Leipzig und Aix-en-Provence (Frankreich) und bereitet zur Zeit an der Ecole Normale Supérieure (Paris) ein Promotionsprojekt vor. bretschn@rz.uni-leipzig.de

Torsten Bultmann ist Geschäftsführer des Bundes demokratischer WissenschaftlerInnen (BdWi) und lebt in Bonn.

Michael Daxner, Prof. Dr. phil., ist Professor für Soziologie und jüdische Studien an der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg und war von 1987 bis 1998 Universitätspräsident ebendort.

Jürgen Enders, Dr. pol., ist wissenschaftlicher Assistent und Geschäftsführer des Wissenschaftlichen Zentrums für Berufs- und Hochschulforschung der Universität Gesamthochschule Kassel. enders@hochschulforschung.uni-kassel.de

Till Fichtner, M.A., Studium der Geschichte, Soziologie und Geographie in Jena und Erlangen, z.Z. Weiterbildung zum Medienwirt in Erlangen.

Marco Finetti studierte Geschichte, Publizistik und Politikwissenschaft in Münster und ist Leitender Redakteur bei der Deutschen Universitätszeitung (DUZ); gemeinsam mit Armin Himmelrath Verfasser des Buches "Der Sündenfall - Betrug und Fälschung in der deutschen Wissenschaft", Raabe-Verlag, Bonn 1998.

Renate Föll, ist Magistrandin am Ludwig-Uhland-Institut für Empirische Kulturwissenschaft der Universität Tübingen.

Dietrich Heither, nach Deutsch/Sozialkunde-Studium Staatsexamen, arbeitet als Lehrer an einer Wiesbadener Gesamtschule.

Armin Himmelrath absolvierte ein Lehramtsstudium der Germanistik und Sozialwissenschaften in Wuppertal und Beer Sheva (Israel) und

arbeitet als freier Wissenschaftsjournalist in Köln vor allem für die *Süddeutsche Zeitung*, *Berliner Zeitung* und den Westdeutschen Rundfunk; daneben Tätigkeit in der Aus- und Weiterbildung von Journalisten; gemeinsam mit Marco Finetti Verfasser des Buches "Der Sündenfall - Betrug und Fälschung in der deutschen Wissenschaft", Raabe-Verlag, Bonn 1998.

Jochen Hörisch, Prof. Dr. phil., ist Professor für Neuere Germanistik und Medienanalyse an der Universität Mannheim und z.Z. Gastprofessor in Princeton (USA). Mitglied der europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste (Salzburg) und der Freien Akademie der Künste (Mannheim). hoerisch@rumms.uni-mannheim.de

Hermann Horstkotte, PD Dr. phil., ist Althistoriker und Journalist, lehrt am Historischen Seminar der TH Aachen und schreibt regelmäßig für die Bildungsseite des *Rheinischen Merkur*.

Heike Kahlert, Dr. rer. soc., ist Soziologin und war von 1997 bis 1998 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Interdisziplinären Zentrum für Frauen- und Geschlechterstudien (IZFG) der Universität Greifswald; jetzt an der Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg mit einer modernisierungstheoretischen Studie zum Verhältnis von Wissen, Macht und Geschlecht befaßt.

Barbara M. Kehm, Dr. phil., Germanistin und Sozialwissenschaftlerin, ist am HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung an der Universität Halle-Wittenberg tätig. kehm@hof.uni-halle.de

Clemens Klockner, Prof. Dr. h.c., Sozialwissenschaftler, ist Präsident der Fachhochschule Wiesbaden und Vizepräsident der Hochschulrektorenkonferenz.

Wolfgang Kraushaar, Dr. phil., hat Politologie, Philosophie und Germanistik in Frankfurt a.M. studiert und ist seit 1987 Politikwissenschaftler am Hamburger Institut für Sozialforschung.

Reinhard Kreckel, Prof. Dr. phil., ist Soziologe und Rektor der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Rainer Kuhlen, Prof. Dr., ist Professor für Informationswissenschaft in der Fakultät für Mathematik und Informatik an der Universität Konstanz. rainer.kuhlen@uni-konstanz.de

Julia Lepperhoff, Diplom-Politologin, 1997 Mitarbeiterin des Projekts „Frauenförderung in der Wissenschaft“ an der FH Brandenburg, ist Doktorandin in Berlin. Lepperho@zedat.fu-berlin.de

Thomas Neie, Jurist, ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin, Lehrbeauftragter

an der FH der Sächsischen Verwaltung Meißen und lebt in Leipzig.
Thomas=Neie@Rewi.Hu-Berlin.de

Peer Pasternack, Dr. phil., ist Politikwissenschaftler am HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung an der Universität Halle-Wittenberg und Lehrbeauftragter für Politikwissenschaft an der Universität Leipzig. pasternack@hof.uni-halle.de

Siegfried Prokop, Prof. Dr. phil., Historiker, war von 1983 bis 1996 Professor für deutsche Zeitgeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin und danach Projektleiter an der Forschungsstelle für historische und sozialwissenschaftliche Studien Berlin/Verein für angewandte Konfliktforschung.

Martin Robbe, Prof. Dr. phil., Historiker und Orientalist, war am Institut für Allgemeine Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR tätig und ist Mitherausgeber und Redakteur der Zeitschrift *asien afrika lateinamerika*.

Werner Röhr, Prof. Dr. phil., Historiker, ist Vorstandsmitglied der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung.

Karl-Heinz Siehr, Dr. phil., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Germanistik/Bereich Angewandte Sprachwissenschaft der Universität Potsdam.

Frauke Spottka, Diplom-Politologin, 1997-1998 Mitarbeiterin des Projekts „Frauenförderung in der Wissenschaft“ an der FH Brandenburg, ist Doktorandin in Berlin. Spottka@aol.com

Jürgen Werner, Prof. Dr. phil., ist emeritierter Professor für Klassische Philologie an der Universität Leipzig und Ordentliches Mitglied der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig.

Günter Wirth, Prof. Dr. phil. Dr. theol. h.c., Kirchenhistoriker und Publizist, lebt in Berlin.

Karin Zimmermann, Dipl. pol., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Hochschuldidaktischen Zentrum der Universität Dortmund im DFG-Projekt „Organisationales Potential und Interventionschancen von Frauen im aktuellen Reformprozess der Hochschulen“ (DFG-Forschungsschwerpunkt „Professionalisierung, Organisation und Geschlecht“).

1. Jahrgang 1991/92

Themenschwerpunkte: Die ostdeutschen Hochschulgesetze * Die Erneuerung und ihre Kriterien * Hochschulstruktur in Sachsen * Heinrich Fink * Ostdeutsche Geschichtswissenschaft * Jürgen Teller Honorarprofessor * Ehrenpromotion Hans Mayer in Leipzig * HRG –Wirkungen im Osten * Kirchliche Hochschulen * Geistes- und Sozialwissenschaften nach dem Ende des Sozialismus * Wissenschaft Ost 1989/90 * Europäische Universität Erfurt * Die Studierenden 1989/90

2. Jahrgang 1992/93

Themenschwerpunkte: Drei Jahre Wissenschaftsumbau in Berlin-Ost * Frauen in der Ostwissenschaft * Sächsische Hochschulerneuerung aus Oppositionsperspektive * Ostdeutsche Studentengemeinden * Hochschulen und MfS * Methodologische Wende? * Verbände(-Schicksale) im Osten * Ostdeutsche Entwicklungsländerforschung * Sächsisches Hochschulgesetz * Personalstruktur-Neugestaltung * Die ostdeutschen Archive * Forschung und Technologie in Osteuropa * Sozial- und Geisteswissenschaften Ost: Zwischenbilanzen * Aktivitäten politischer Stiftungen an ostdeutschen Hochschulen

3. Jahrgang 1993/94

Themenschwerpunkte: Erneuerungsgruppen bilanzieren * Institution Hochschule und Landeshochschulrecht * Politische Kündigungen in der ostdeutschen Hochschulmedizin – eine Debatte * Gleichstellungsmanagement Ost * Bundestagsdebatte: Industrieforschung in den neuen Bundesländern * Habilitiertentagung in Leipzig * Streitfall Multiple Choice * Studierende 1994 * Berufungsverfahren West und Ost * Singularitäten

4. Jahrgang 1994/95

Themenschwerpunkte: Forschung über Wissenschaft Ost * Dissertationen in der DDR * Singularitäten * Fern studieren in Ostdeutschland * Archive in Ostdeutschland II * Mittel- und Osteuropa: Wissenschaft im Transit * Sozialistische Intelligenz * Kirche & Hochschule, Theologie & Politik I * Synopse Hochschulrecht Ost

5. Jahrgang 1995/96

Themenschwerpunkte: Prekäre Wissenschaftsstrukturen Ost * Singularitäten * Erziehungswissenschaft, Potsdamer Modell & Bildungsforschung Ost * Kirche & Hochschule, Theologie & Politik II * Dialektik der Einpassung * Tschechien: Hochschulforschung & Bibliothekssystem * Frauenforschung Ost: Geschichte & Bilanz des Neubeginns * Ausbildungsförderung: Politik & Protest in Ost & West * kunsthochschule ost

6. Jahrgang 1997

Themenschwerpunkte: Göttinger Vorträge zum Wissenschaftsumbau Ost * Haushaltspolitik & Hochschulstrukturentwicklung I * Akademische Medizin * Haushaltspolitik & Hochschulstrukturentwicklung II * Ostdeutsche SozialwissenschaftlerInnen melden sich zu Wort * Wissenschaftliche Zeitschriften in Ostdeutschland * Bibliotheken in Ostdeutschland

7. Jahrgang 1998

Themenschwerpunkte: Hochschulbau & Hochschulkunst in der DDR * Ost-Studierende 1998 * „Acht Magnifizenzen“. Bilderstreit in Jena * Der innerdeutsche Philosophenstreit 1996/97 * Hochschulpolitikerneuerung: Perspektiven für Sachsen

Nachbestellungen bis auf wenige Hefte möglich.

Schutzgebühren: Einzelheft DM 25,-, Doppelheft DM 40,-, Jahresabonnement DM 98,-, PrivatabonnettInnen DM 42,-, Nichtverdienende DM 31,-, (Abogebühren inklusive Versandkosten)

Kündigungen: Jeweils bis 4 Wochen vor Ablauf des Jahres für den folgenden Jahrgang.

Konto: 45 37 343, HypoVereinsbank Leipzig, BLZ 860 200 86.

Gemäß §33 BDSG weisen wir unsere AbonnentInnen darauf hin, daß wir Namen und Anschrift ausschließlich zum Zweck der Abonnementverwaltung maschinell gespeichert haben.

Kopiervorlage:

Bestellung	
Ich/wir bestelle/n:	
1. Probeexemplar	
2. Nachbestellung(en):	
3. mal <i>hochschule ost</i> im Jahresabonnement	à DM 98,-
4. mal <i>hochschule ost</i> im PrivatabonnettInnen-Abo	à DM 42,-
5. mal <i>hochschule ost</i> im Abo für Nichtverdienende	à DM 31,-
(Begründung der Anspruchsberechtigung bitte unterstreichen: Studierende/r – Erwerbslose/r – Vorruheständler/in – Pensionär/in – Sonstiges:.....)	
Die Bezahlung erfolgt nach Rechnungslegung mit dem ersten Heft. Ich erkläre mich damit einverstanden, daß sich mein Abonnement jeweils um ein Jahr verlängert, wenn ich es nicht bis vier Wochen (Poststempel) vor Ablauf der Bestellfrist (Jahresende) kündige.	
..... Name	
..... Adresse	
.....	
..... Datum Unterschrift
Es ist mir bekannt, daß meine Bestellung erst wirksam wird, wenn ich sie gegenüber dem Anbieter nicht innerhalb von zehn Tagen (Poststempel) widerrufe.	
..... 2. Unterschrift	

Einzusenden an:
Red. *hochschule ost*, Universität Leipzig,
PF 920, 04009 Leipzig